

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 8

HELMUT BOCK

Wir haben erst  
den Anfang gesehen

Selbstdokumentation eines DDR-Historikers  
1983 bis 2000

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Helmut Bock : Wir haben erst den Anfang gesehen : Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000 / Rosa-Luxemburg-Stiftung. Helmut Bock. –

Berlin : Dietz, 2002

(Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung ; 8)

ISBN 3-320-02037-4

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2002

Umschlag, Druck und Verarbeitung:

MediaService GmbH Bärenndruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

Einleitung	9
<b>Vorabend der »Wende«. Die Waffen nieder!</b>	
»Ich glaube nicht an mechanischen Siegeslauf« <i>Umstrittenes Interview (1983)</i>	29
Für wen »arbeitet« ein Weltkrieg? <i>Nuklearzeitalter und Geschichtsdenken (1984)</i>	38
»Der Scheißkrieg ist zu Ende!« <i>Erinnerung im Interview (1985)</i>	48
Kein Ort. – Nirgends? <i>Historische Analogie (1986)</i>	52
»Der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen!« <i>Antagonismus der Moderne (1987)</i>	72
Pazifismus und Marxismus <i>Historisches Friedenserbe (1987)</i>	85
Die fatale Alternative <i>Von Krieg und Frieden (1989)</i>	97
Das süße Wort Frieden war nie vergessen <i>Letzter Historikerkongreß der DDR. Interview (1989)</i>	120

**Die »Wende«.  
Revolution oder Restauration?**

Sturz der DDR-Regierung <i>Nous sommes en route ... Zwei Schweizer Interviews (1989)</i>	127
Die Erblast Stalins <i>Von Ursachen und Zielen unserer Revolution (1989)</i>	135
Menschenrechte – Frieden – Fortschritt <i>Gedenkrede zur Französischen Revolution (1989)</i>	151
Politik des Notstands <i>Die Regierung Modrow. Zwei Schweizer Interviews (1990)</i>	166
Was ist des Deutschen Vaterland? <i>Nachdenken links des Rheins. Für Historiker und Abgeordnete (1990)</i>	171
In welcher Zeit leben wir? <i>Zum Tag der deutschen Vereinigung (1990)</i>	191

**Nach der »Wende«.  
Wie bewältigt man Vergangenheit?**

Schwieriger Dialog <i>Ein deutsch-deutscher Briefwechsel (1990/1991)</i>	195
Die ungeliebten Linken <i>Revolutionär im Priesterrock (1991)</i>	204
Moskauer Staatsstreich und PDS <i>Es führt kein Weg zurück (1991)</i>	213
Partei – Staat – bürokratische Kaste <i>Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus (1992)</i>	217
Zwischen den Stühlen <i>Zu einer Rede in der Bonner Enquête-Kommission (1993)</i>	247

**Historischer Epilog.  
Freiheit, Gleichheit – und kein Ende**

Spaltung der Menschenrechte <i>Wie aktuell ist Maximilien Robespierre? (1996/2000)</i>	253
Die »häßliche« Revolution <i>Wer bedroht wen? (1998/2000)</i>	282
Unsterbliche Utopie <i>»Wir haben erst den Anfang gesehen.« (1995)</i>	302
Krieg – Revolution – Frieden <i>Wandlung zweier »Klassiker«. Vergewissernde Thesen (1996)</i>	321
Dynamit und Friedenspreise <i>Alfred Nobel. Zum hundertsten Todestag (1996)</i>	327
Die Waffen nieder! <i>Vom Ursprung der einzig richtigen Losung (1999)</i>	331
Die russische Revolution <i>Kriegskind des 20. Jahrhunderts (1997/2000)</i>	338
Schöne neue Welt <i>Zwischenbilanz aktuell (2000)</i>	361
<b>Textnachweise mit Anmerkungen</b>	370

So ist das Leben  
und so muß man es nehmen  
tapfer  
unverzagt  
und lächelnd –  
trotz alledem  
(Rosa Luxemburg an Sophie Liebknecht, Dezember 1917)

Ich danke  
Sigrid  
und allen  
die mir zu leben  
geholffen haben  
(H.B., Oktober 2002)

# Einleitung

Immer lebte und lebt man in unfriedlichen Zeiten. Wenn ich in diesem Buch über Frieden und Unfrieden, wo nicht gar über Krieg seit dem Anfang der Neuzeit spreche, so geschieht dies am Ende des 20. Jahrhunderts. Unter den Eindrücken gleichzeitig abgelaufener Geschichte. Ich reproduziere mein Geschichtsdenken als Zeitgenosse einer welthistorischen Entscheidung: des Zusammenbruchs von Staaten und Gesellschaften, wodurch in Ost-Mittel-Europa und dem von der Sowjetunion gleichfalls beherrschten Teil Asiens das Ende des staatsmonopolistischen Sozialismus besiegelt wurde. Mit Bezug auf den Osten Deutschlands, die Auflösung der DDR, wird die aus der Krise hervorgegangene Wandlung – der volksdemokratische Aufbruch und sein schließliches Resultat – gemeinhin »die Wende« genannt. Diese strukturiert die chronologisch-thematische Gliederung der nachfolgenden Texte. Ich erinnere mein gelebtes Denken *vor*, *in* und *nach* der »Wende« als jemand, der den konkret geschehenen Umbruch zwar akzeptiert, jedoch nicht bevorzugte. Vielmehr wünschte ich einen anderen.

Über das spannende Verhältnis, das zwischen meinen Reflexionen und dem objektiven Gang der Geschichte bestand, will ich keine Autobiographie schreiben. Wohl ist dieses Genre für Historiker ein willkommener Fundus mit Auskünften, hellen und dunklen Farben verflorenen Lebens. Gleichwohl sind Wahrheitsgehalt und somit Quellenwert einer Selbstdarstellung in der Geschichtswissenschaft seit Generationen in Frage gestellt. Der Autobiograph, Erzähler seines Werdegangs, blickt von der Höhe der Gegenwart in die Niederungen persönlicher Vergangenheit zurück, die vom Dunst unsicherer Erinnerung getrübt oder auch vom Abendlicht eigener Heroisierung überglänzt sein kann. Er vermag sein ehemaliges Empfinden, Denken und Handeln nicht so genau wieder herzustellen, wie es gewesen ist; denn er berichtet über seine Vergangenheit mit den nachgewachsenen Erfahrungen und Einsichten, den Interessen und Rücksichten der Gegenwart. Ob man will oder nicht: Autobiographie schwebt ständig in der Gefahr, daß aus dem Geist ihres Erzählers nicht das konkret gewesene Leben, sondern ein ausgewähltes, verändertes, mitunter beschönigtes – kurz: ein »neues Leben« entsteht.

Aber auch ich möchte eine eigene Spur, vielleicht Botschaft, aus der Vergangenheit hinterlassen. Um nun die Imponderabilien der Selbst-Biographie

zu meiden, sei eine andere Methode und Form gewählt. Ich reproduziere eine charakteristische Auswahl meiner veröffentlichten Interviews, Ansprachen, Zeitungsartikel, wissenschaftlichen Aufsätze und nenne dies eine Selbstdokumentation. Sie beginnt 1983, dem Jahr der »Nach-Rüstung« und »Nach-Nach-Rüstung« von modernisierten, mit nuklearen Sprengköpfen versehenen Mittelstreckenraketen: auf beiden Frontseiten des Kalten Krieges und also mitten in Deutschland. – Sie endet mit dem Abschluß des 20. Jahrhunderts und des zweiten Jahrtausends der christlichen Zeitrechnung: nach der Vereinigung Deutschlands, aber mit ununterbrochenen Rüstungen und neuen Fronten, sogar neuartigen Kriegen in der universalen Völker- und Staatenwelt.

Wer nun erinnert hier sein geschichtliches Denken? Und warum legt er – unter Millionen, die schon seit langem von Rüstungen und Gegenrüstungen betroffen waren – den Anfang seiner Dokumentation auf diese Zäsur des Kalten Krieges: die Rüstungsschwelle zu einer neuen Generation von Waffen der Massenvernichtung? Das hat mit Einsichten und Empfindsamkeiten zu tun, die im früheren Leben angelegt waren und sich den Militärstrategien des weltweiten Systemkampfes, mit Aussicht auf einen dritten Weltkrieg, widersetzen.

Geboren 1928 in Köln, im Vorjahr der Weltwirtschaftskrise, war ich Kind von Eltern, die in jüdischen Geschäften angestellt und römisch-katholischen Glaubens waren. Von Haus aus faschistischer Gesinnung fremd, geriet ich aber als Schüler unter die germanophile Didaktik und den nationalen Romantizismus eines Nazi-Lehrers, wuchs ich bald gar im Braunhemd auf. »Zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl und flink wie die Windhunde« – Hitlers Sinngehalt der Knabenerziehung wurde auch an mir exerziert. Solange ich Kind war, schien die auf Europa bezogene Differenzierung zu genügen, daß Franzosen nur Weißbrot, Deutsche hingegen Vollkornbrot aßen. Sobald ich jedoch unter Trommeln und Fanfaren in unübersehbarer Masse mit aufmarschierte, geriet ins Bewußtsein, daß diese urig genährten Deutschen ein »Volk ohne Raum« waren, woraus sich logischerweise das Anrecht auf Ausdehnung ergab. Wie vor Zeiten die Germanen gegen die Römer, so waren wir doch ein tapferes Volk, das im vergangenen großen Krieg gegen eine »Welt von Feinden« gefochten, durch den Versailler Vertrag aber zu Unrecht eingezwängt und gedemütigt war. Die zwei Millionen gefallener Deutscher (an andere dachte ich nicht) waren in meinem jungen Gehirn eine statistische Zahl, ohne Sinn für die Vernichtung der Unmasse von Individuen. Eher dämmerte mir ein Vergleich: Die blonden und blauäugigen Sippen des Altertums – hatten sie nicht zuletzt das römische Weltreich zum Einsturz gebracht? Historische Phantasie und alltägliche Begeisterung, die sich in Lektüre, Sport und wehrhaften Spielen auslebten, wurden 1936 von Olympischen Siegen ermutigt, die doch wohl für Bedeutung und Kraft der Deutschen zeugen mochten. Meine dauernde Hochstimmung wurde allerdings eines Tages von der Mutter gedämpft, die sich

gegen die Exmittierung der Familie Herzberg aus dem Haus gegenüber empörte. Was man »Kristallnacht« nannte, war ein Vorspiel nur – für das Große, das kaum ein Jahr später begann. Sieghaft marschierten die Deutschen nun wieder gegen eine »Welt von Feinden«. Die Kölner aber hockten am dritten Kriegstag bereits in den Luftschutzkellern, opponierten mit zügelndem Witz gegen die vollmundigen Verheißungen der Berliner Regierung.

Viele Deutsche, soweit sie damals nicht durch Gewaltsamkeit in den Hades gerieten, könnten über ihr Geschick im Zweiten Weltkrieg noch immer berichten. Ein Grund, mich kurz zu fassen. Ich weiß heute nicht mehr, ob ursächlich die Nachricht von Stalingrad oder die Luftmine wirkte, die dicht über meinem Kopf, aber standhaltenden Kellergewölbe explodierte: Ziemlich früh jedenfalls sah ich mich im Traum durch Ruinen kriechen, beim jähen Erwachen definitiv begreifend – auch dieser Krieg werde für Deutschland verloren sein. Wenn aber Millionen ein solches Schicksal standhaft und kämpfend ertrugen: Wie konnte ich abseits stehen? Noch vor Schulabschluß schrieb ich mich in die Listen der Freiwilligen ein. Meine kriegerischen Bewährungsproben sind rasch aufgezählt: technischer Praktikant in der Kriegswirtschaft, ewig schaufelnder Frontarbeiter beim langen Rückzug vom Westwall bis vor die Brücke von Remagen, Einberufung zur Kriegsmarine und Abtakuung zum Panzergrenadier, zuletzt – Glück im Unglück: immer noch lebend und Gefangener bei den Briten. Die Kriegserfahrung des Siebzehnjährigen war trüb und zweifelhaft. Der Vater: einstweilen an der Ostfront verschollen. Das Kölner Elternhaus: von einer weiteren Fliegerbombe zerfetzt. Die gegen Hitler und Krieg aufmüpfige Mutter: mit meinen jüngeren Geschwistern nach Ostelbien evakuiert. Und ich selbst – nach dem Erleben der ruinierten Städte, verstümmelten Toten, verahrlosten Individuen? »Mit Gottes Hilfe«, wie ich glaubte, war ich unmittelbarer Todesgefahr mehrfach entronnen, hatte aber nie auf einen Menschen geschossen. Ausgenommen die Schüsse, die ich in Jütland vollkommen sinnlos auf ein dahindonnerndes Monstrum, einen englischen Tiefflieger abgab. Den Krieg, der alles andere als die Schlacht im Teutoburger Walde war, hatte ich erleidend, nicht aktiv kämpfend überstanden. Und was in der albernen Kindheit nicht zu erwarten gewesen: In diesen Wochen des totalen Zusammenbruchs wuchs mir die dauernde Lebensmaxime. Frieden – niemals mehr Krieg! Zutiefst gegründet aber wurde dieser Entschluß durch die weltweite Enthüllung der mir bislang unbekanntes, von Deutschen massenhaft begangenen Verbrechen. Und durch die Scham, einer solchen Nation anzugehören! Wohl wußte ich, daß aus der Kollektivschuld deutscher Kriegsgenerationen auch für mich kein Entrinnen war. Aber die schöne Phrase »Ich liebe Deutschland!« war mir vergangen auf Lebenszeit.

Da Kriegsende und Neubeginn in den dokumentierten Texten erinnert sind, seien hier nur Stationen des Heimkehrers aus der Kriegsgefangenschaft und wenige Tatbestände genannt: Landarbeiter in Westfalen. Abrißarbeiter an

zerstörten Spreerbrücken in Berlin, wo sich die ganze Familie in entliehener Wohnung wiederfand. Schutzpolizist und Polizeischullehrer des Gesamtberliner Magistrats. Und endlich – ich fühlte mich wirklich wie »Hans im Glück« – Studium der Literatur und der Geschichte an der Humboldt-Universität. Anfangs war es nur ums Überleben gegangen; entsprechend mein Geist, der dumpf und gegen abermals schönfärbende Agitatoren, hüben wie drüben, allergisch war. Aber der Logik des Unterschieds, daß die »Eingeborenen von Trizonesien« ihre vorigen Lebensweisen, sozialen Strukturen, bürgerlichen Über- und Unterordnungen unter Oberaufsicht der westlichen Besatzungsmächte konservierten, hingegen im »Osten« die deutsche Kollektivschuld offen angenommen und in den Gemeinwillen für ein »antifaschistisches und friedliebendes Deutschland« umgemünzt wurde, vermochte ich mich auf die Dauer nicht zu entziehen.

Als Arbeiter der Industrie, der für den Klöckner-Humboldt-Konzern an der Produktion von Schnellbootmotoren beteiligt gewesen, begriff ich die besondere Kriegsschuld des Großkapitals und blieb für antikapitalistische Argumente nicht unzugänglich. Als Landarbeiter, der bei den Bauern Westfalens fremdenfeindliche Emotionen gegen die haus- und hablosen »Ostvertriebenen« erfahren hatte, verstand ich die Bodenreform: die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Landverteilung an Knechte, Mägde, arme Familien und entwurzelte Umsiedler. Als Sohn einer Mutter und Freund von Freundinnen war ich für die Losung ganz und gar aufgeschlossen, die eine »Gleichberechtigung der Frau« deklarierte. Und als Studiosus endlich war ich selbst Nutznießer der Reform, die eine »Brechung des Bildungsprivilegs« an Tausenden von Abkömmlingen kleiner Leute verwirklichte. Freilich, was heute ganz logisch erscheint, erfüllte mich damals nicht wie ein einziger großer Gedankenblitz. Zögerlich wuchs ich in den »Osten« hinein, und weil ich schon einmal in Reih und Glied marschiert, also gebranntes Kind war, blieb ich unfähig, unter neuen Fahnen, doch überkommenen Trommeln und Fanfaren, wiederum parteinehmend und streitbar aufzutreten. Zumal der Kult mit Stalin, an Stelle von Hitler, stimmte mich mißtrauisch. Bei den Fakultätswahlen im Winter 1949 trat ich noch gegen eifernde SED-Kandidaten auf und gewann die höchste Stimmenzahl. Das bißchen Hegelei, das ich mir im ersten Semester aneignete und wonach Thesis und Antithesis in der Synthesis aufzuheben, also Konflikte und Streitparteien zu befrieden seien, entsprach jetzt dem Innersten meines Charakters.

Doch beim Studium, mehr noch Selbststudium, lebte ich in der Geschichte preußisch-deutscher Machtpolitik, des wuchernden Kapitalismus, der sozialen Not der Arbeitenden, der Klassenkämpfe gegen Ausbeutung und Krieg – reflektiert von Dichtern und Denkern, die gegen den Strom ihrer Zeit geschwommen waren. Konsequenz bot sich an: Wer nicht wieder politische Knetmasse, getriebenes Herdenvieh sein wollte, mußte sich angesichts der

erneuten Fronten eines Kalten Krieges doch wohl entscheiden. Unter der Drohung amerikanischer Atombomben und der Remilitarisierung meines Heimatlandes, das jetzt BRD hieß, schloß ich mich alternativen Bestrebungen an. Im Jahr der von Moskau vorgeschlagenen, von Adenauer abgelehnten Wahlen zur Wiedervereinigung und Neutralität Deutschlands entschied ich mich dauerhaft für Sozialismus, also auch für die DDR.

Inzwischen wohnte ich in Leipzig: Doktorand an der Universität namens »Karl Marx«, der von den Auguren des Kapitals seit jeher gehaßt oder abgetan wurde. Ich fand Aufnahme bei dem Literaturwissenschaftler Hans Mayer, dann auch bei Ernst Engelberg, dem Historiker und späteren Bismarckbiographen, und beide wurden meine Doktorväter. Der Revolutionsforscher Walter Markov und andere kamen hinzu: sämtlich Eingekerkerte oder politische Emigranten des Dritten Reiches, geprüfte Antifaschisten, die keinen »Persilschein« benötigten – im »Westen« aber schon wieder scheel angesehen waren. Dank ihrer Mentorschaft wollte ich meinen Anteil an der Kollektivschuld abtragen: durch Arbeit und nochmals Arbeit! Forschend über den Juden Heinrich Heine, die Doktorarbeit schreibend über den ebenfalls deutsch-jüdischen Weltbürger, aber auch Revolutionär und Republikaner Ludwig Börne. Der Gewinn an Erkenntnis, auch literarischem Genuß, war immens, ergänzt durch die Erfüllung von Lehraufträgen zur deutschen Literatur und Geschichte seit Aufklärung und Französischer Revolution. Aber die konkret-politische Weltzeituhr pendelte unruhig zwischen notvollem Frieden und erneuter Kriegsgefahr.

Im »Westen« herrschten jetzt Zustände, die Heinrich Böll ein »strikt kapitalistisches Modell« nannte: beschirmt von den atomaren Waffen der NATO, ideologisch gerüstet durch institutionalisiertes Christentum, nicht zuletzt den Kölner Katholizismus. Wiederaufrüstung und Entnazifizierung, so urteilte er, seien die »folgenreichsten Heucheleien der europäischen Geschichte«. Das »Gute« und das »Böse« waren in der politischen Rhetorik schon wieder geboren. Hallsteins Abendlandkonzept, den herkömmlichen Antikommunismus schlicht fortsetzend, formulierte die Ausdehnung der »Guten« bis zum Ural.

Das hatte ich doch schon einmal gehört. Es waren Menschen der Sowjetunion gewesen, die an der entscheidenden Front der Anti-Hitler-Koalition kämpften und millionenfach starben. Sie hatten die schwersten Lasten getragen, bis die Völker Europas – selbst die schuldhaften Deutschen – der Auspowerung und der Erniedrigung durch Nazipartei, SS-Banden, profitgeile Kriegsgewinnler entrissen wurden. Diesmal war ich entschieden gewillt, Ostlandreitern den Weg zu versperren. Als ich am 17. Juni 1953 zuerst den Leipziger Pavillon der deutsch-sowjetischen Freundschaft brennen sah, erkannte ich den faschistischen Mob, nicht schon den Arbeiteraufstand. Die Ereignisse, die mich selbst nachhaltig bewegten, geschahen erst drei Jahre später. Dann allerdings mußte der Sozialist und junge Historiker begreifen, daß auch im »Osten« unschuldige Hoffnungen vernichtet wurden.

Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 enthüllte Nikita Chruschtschows Geheimbericht unglaubliche Staatsverbrechen, die unter Stalins Regierung begangen und jetzt mit dem harmlos-kritischen Diktum »Personenkult« abgehandelt wurden. Auf internen Versammlungen wurden nur Bruchteile vorgelesen und selbst diese unter der Bedingung, daß sich niemand Notizen machte. Ein von Archivreise heimkehrender Freund lieh mir für eine Nacht die bereits im »Westen« erfolgte Publikation des ganzen Berichts – und was ich da las, wie im Fieber nachschrieb, hat sich in Hirn und Herz dauerhaft eingebrannt. Um es mit Worten des alten, verfeimten Trotzki zu sagen, von dem ich damals nur den Namen kannte: »Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin [...]. Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin von innen [...]. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Regierer gegen die Regierten.«

Daß Hitler eine Blutspur durch ganz Europa gezogen, war mir bekannt. Daß aber auch Stalin mit Deportationen, Zwangslagern, Meuchel- und Massenermord seine Blutspur von Brest bis Wladiwostok und sogar anderswo hinterließ, war im wörtlichen Sinne niederschmetternd. Und doch: Es gab eine Chance. Im Historischen Institut Ernst Engelbergs lebten wir für die Ideen sozialer Gerechtigkeit, proletarischer Emanzipation, freier Gemeinschaft kollektiv produzierender und solidarischer Individuen – wußten aber von den Defiziten an sozialistischer Demokratie. Immerhin war es jetzt die Führungsmacht Sowjetunion und ihre Staatspartei, die Fehler und Untaten Stalins eingestand. Eine Stunde der Wahrheit schien angebrochen. Durch rückhaltlose Offenheit, ehrliche Kritik und Selbstkritik konnte noch Zukunft gewonnen werden. Das gerade erschien uns, die wir in der DDR die jüngere Generation des sozialistischen Aufbaus waren, als die Schicksalsfrage einer ganzen Weltbewegung. Aber den wissenschaftlich Arbeitenden, analytisch Denkenden konnte die Anklage des toten Stalin bloß unter Schlagworten der Personenkritik keineswegs befriedigen. Vielmehr war eine Frage zu stellen, die ich noch heute nicht besser formulieren kann: An welchen Grundmängeln mußte das von der Sowjetunion ausgehende Sozialismus-Modell erkranken, das den Stalinismus mit seinen ungeheuerlichen und unentschuldbaren Verbrechen möglich machte?

Gegen diese Fragestellung drohte die SED-Führung drastische Repressionen an. Druck aber erzeugt Gegendruck. Zumal wenn sich junge, noch unverbogene Charaktere moralisch in der Verantwortung fühlen. In Parteigruppe und Freundeskreis debattierten wir widerständig, organisierten den Austausch von Flugblättern und sekretierter Literatur. Mit solch streitbarer Gesinnung traf ich auf den mir bekannten Genossen, der in der Kulturabteilung des Zentralkomitees für den Aufbau-Verlag zuständig war – und sympathisierte nun obendrein mit der Berliner Parteiopposition unter ihrem führenden Kopf, dem Philosophen und Heine-Editor Wolfgang Harich.

Im bald einbrechenden Winter ging die »Tauwetter-Periode« jäh zu Ende. Walter Ulbrichts Führungsmannschaft, manövrierend unter den Zwängen des Kalten Krieges und seit Jahren gewöhnt an die Hybris der Macht, bekämpfte »Fehlerdiskussionen«, »Kapitulantentum«, »kleinbürgerlichen Sozialdemokratismus«. Harich, Janka und andere wurden in Berlin verhaftet und abgeurteilt. Dasselbe geschah mit Genossen in Leipzig. Mein Mann im ZK flog in Unehren auf die Straße. Im Schlagschatten der Gefängnisse hagelten disziplinarische Maßnahmen: Parteistrafen, Lehr- und Publikationsverbote, Aberkennung akademischer Rangstufen, Strafversetzungen in die Produktion. Auch bewährte Antifaschisten der Philosophischen Fakultät wie Ernst Bloch, mein Doktorvater Hans Mayer blieben von Invektiven nicht verschont. Das alles traf Menschen, die ihre Ideale von den Amtswaltern des Sozialismus nicht abhängig machten. Aber es war eine Zeit, die hart an die Nerven ging. Offene Solidarität wurde niedergemacht. Schnüffler und Denunzianten hatten das Sagen. Ich selbst blieb ungeschoren, flüchtete mich in Arbeitswut, in anhaltend beißende Ironie. Aber dem sanguinischen Rheinländer, der ich war, mußte ein Gutmeinender zur Geduld raten und sagen, daß Geschichte einen langen Atem benötige, bis »unsere Zeit« kommen werde. Der liebenswerte und unvergessene Ratgeber selbst hat sich erhängt. Weitere, in tiefster Enttäuschung, setzten ihrem Leben gleichfalls ein Ende. Nach »Westen« flüchtete kaum jemand.

Objektiv blieb meine und die allen gemeinsame Schuld, daß die historische Chance, den überkommenen Sozialismus zu erneuern, in jenen Jahren vertan wurde. Doch behielt ich den Glauben, kleinstes Glied einer grenzüberschreitenden Bewegung zu sein, die zukünftig zur Synthese von Sozialismus und volkhafter Demokratie, daher auch zur Welt ohne Ausbeutung und Krieg gelangen werde. Weil meine Opposition gegen Ulbricht und das Politbüro eher verinnerlicht als öffentlich war, bevorzugte ich Anspielungen, historische Analogien: vor allem auf meinem Arbeitsfeld, dem »deutschen Vormärz«, wo die von den bürgerlichen Revolutionen seit 1789 Enttäuschten auf eine »neue und bessere Revolution« hofften. Ludwig Börne, Heinrich Heine, Georg Büchner und der große Name: Karl Marx. Seine Methode der Gesellschaftsanalyse war den Platzhaltern der Macht mit ihren voluntaristischen, also schönfärbenden Deutungen der Wirklichkeit vorzuhalten. Seine Verwurzelung in den human-emanzipatorischen Idealen der Aufklärung, die das proletarische Klassenkampfdenken mit den Lebensfragen der Menschheit verknüpfte und daher auch mäßigte, konnte gegen Hypertrophien der Macht und der Gewaltmittel erinnert werden. Und hatte der Spiritus rector des Kommunistischen Manifestes nicht auch »die freie Entwicklung eines jeden« zur Bedingung erhoben »für die freie Entwicklung aller«? Hatte er nicht nach dem Beispiel der Pariser Kommune eine »Selbstregierung der Produzenten« vertreten, mit freier Wahl von Abgeordneten, die »jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein« sollten, mit Leistung aller Regie-

rungs- und Verwaltungstätigkeit »für Arbeiterlohn«, mit Reorganisation von Polizei und Justiz zum »verantwortlichen und jederzeit absetzbaren Werkzeug« des Gemeinwesens? Den amtierenden Bürokraten der sozialistischen Revolution, die immerfort von sich behaupteten, sie selbst seien die Arbeiterklasse, mußte die Strenge solch geistigen Erbes unbequem sein. Denn Politiker und nicht wenige Gesellschaftswissenschaftler mißbrauchten das originäre Denken von Marx und Engels als Steinbruch, wo beliebig viele Zitate für beliebige Anlässe gebrochen wurden. Das war ein Ungeist, den mein Lehrer Hans Mayer rügte, durch konkret-historisches Begreifen und Interpretieren korrigierte; indes durch die Arbeiten Ernst Engelbergs zu lernen war, was marxistische Analyse bedeutet. So wurde ich ein Gegner der Reduktion des historischen Erbes auf den puren Gebrauchswert der Gegenwart.

Aus der Leipziger »Provinz« geriet ich 1960 nach Berlin an die Akademie der Wissenschaften. In der Direktion des Instituts für Geschichte erkannte ich das Regime Ulbrichts, der im »im dritten Beruf« ein Historiker sein wollte, als durchaus monarchisch. Die räumlich-fachliche Nähe zur Partei- und Staatsführung schärfte den kritischen Blick für das, was wir »Sozialismus« nannten. Doch nie vergaß ich die erschwerenden Bedingungen seiner Existenz: den Kalten Krieg, der inzwischen mit Wasserstoffbomben und Interkontinentalraketen bestückt war. Die Kubakrise wurde zum Glück für die Menschheit durch Kompromisse befriedet. Hingegen der US-amerikanische Angriff auf Nordvietnam und der feinfühligste Hochmut des Fliegergenerals Curtins Le May, »Wir werden sie zurück in die Steinzeit bomben«, klärten die Fronten. Bei allem Zwist im eigenen Land – von Begeisterung für den »Westen« konnte mitnichten die Rede sein.

Als man die 70er Jahre schrieb, war der »Prager Frühling«, ein hoffnungreicher Versuch auf den demokratischen Sozialismus, niedergeschlagen, ich selbst wiederum als Sympathisant ins Schweigen gedrängt. Auch im »Westen« fehlte eine wünschenswerte Alternative; die »Achtundsechziger« gingen bereits den staatsnahen »Weg durch die Institutionen«. Aber es war eine relativ friedliche Zeit: mit allgemeiner Entspannung, völkerrechtlicher Anerkennung und Gleichstellung von DDR und BRD in der UNO, Rüstungskontrolle der Supermächte, das ganze gekrönt durch die versöhnliche Konferenz von Helsinki. Und es gab eine Genugtuung: Trotz himmelschreiender Barbarei, mit Vernichtung der Menschen und Entlaubung der Wälder durch C-Waffen – das tapfere Volk von Vietnam siegte über die modernste und brutalste Kriegsmaschinerie der Staatenwelt.

Kaum jedoch schien das bedrückende Massensyndrom der nuklear gefährdeten Menschheit gewichen, so erfolgte ein um so größeres Erschrecken. Der Kalte Krieg der Gesellschaftssysteme erzeugte seit 1979/80 neue, schärfere Konfrontationen: Brüsseler Rüstungsbeschlüsse der NATO, Konflikte in Polen, Invasionen gegen Afghanistan und Grenada, »Nachrüstung« der Mittel-

streckenraketen in der BRD und »Nach-Nach-Rüstung« in der DDR, Abbruch der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Während ein Kongreß der DDR-Historiker geistig aufrüstete und nach wie vor höhere Qualität, größere Leistungsfähigkeit der sozialistischen gegenüber den bürgerlichen Revolutionen behauptete, während ein Zivilschutz für alle und ein »Wehrunterricht« für die Schulen verordnet wurden, ging mein Geschichtsdanken auf anderen Wegen. Ich sah das Problem darin, daß der seit dem 19. Jahrhundert wirkende Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in eine Epoche eingetreten war, die eine Beschränkung der kapitalistischen Ausbeutung vielleicht möglich machte, daß aber dem »Klassenkampf«, der im Kalten Krieg nunmehr von Staaten und Staatenblöcken ausgefochten wurde, militärtechnische Mittel verfügbar waren, deren Einsatz den Exitus der Menschheit bedeutete. Die Einsicht in die Janusköpfigkeit des Kapitals, seine friedlichen und auch kriegtreibenden Interessen, verband mich mit den Erfahrungen kritischer Denker seit zweihundert Jahren. Doch die gegenwärtigen Bedingungen – mit destruktivem Rüstungswettlauf, Raubbau der Natur, möglicher Katastrophe – unterschieden sich wesentlich von den Zuständen früherer Epochen. Sozialistisch und zugleich demokratisch denkende Historiker mußten aus dem geistigen Waffenarsenal ausbrechen, in dem sich die sogenannte marxistisch-leninistische Zunft überwiegend auf Klassenkampf, dessen Erbe und Traditionen konzentriert hatte. Mit Friedensforschern verschiedener Länder, auch der DDR, sah ich in der Weltgeschichte der Neuzeit widerstreitende Tendenzen oder Entwicklungen wirken, die im »Nuklearzeitalter« der Gegenwart die schlechthin entscheidende Alternative von Krieg oder Frieden hervortrieben. Zuvor nur Historiker, definierte ich mich jetzt auch als ein historischer Friedensforscher. An der Front der Friedensstreiter wollte ich hinfert meine Bewährungen finden.

Der Leser weiß nun, daß der im Rheinland aufgewachsene, durch Zweiten Weltkrieg und Nachkriegswirren zu sozialistischen Überzeugungen gelangte Pazifist in der DDR gelebt und als Geschichtsschreiber gearbeitet hat. Weitere Auskunft über seinen persönlichen Werdegang, der ihn die Bewahrung des Völkerfriedens und zumal die Vermeidung des drohenden Nuklearkrieges als höchstes Gebot für Gegenwart und Zukunft erkennen ließ, geben die dokumentierten Interviews und viele weitere Texte. Alle diese Stücke erscheinen in vier Teilen, die – mit Ausnahme des letzten Teils – in der chronologischen Abfolge ihrer früheren Veröffentlichung nachgedruckt sind. Textnachweise und erklärende Anmerkungen befinden sich am Buchende.

Der *erste Teil*, auf die Jahre von 1983 bis 1989 bezogen, wird als »Vorabend der Wende« aufgefaßt. Die historischen Betrachtungen reflektieren den Rüstungswettlauf europäischer Nationalstaaten und die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts andauernde Revolution der Waffentechnik. Allen War-

nungen der human und sozial denkenden Elite Europas zum Trotz, beschworen feindliche Militärböcke das düstere Menetekel der Weltkriege herauf. Es waren kapitalistische Staaten verschiedener Nationen, Strukturen und Wachstumsgrade, die den Ersten Weltkrieg und dann sogar noch den Zweiten Weltkrieg verschuldeten. Bau und Abwurf der US-amerikanischen Atombomben sowie in der Folge die Rüstungsspirale wiederum feindlicher Staatenböcke, mit immer grausameren Waffen der Massenvernichtung, überführten die herkömmliche Moderne in das Nuklearzeitalter hochtechnisierter, computergesteuerter Vernichtungssysteme. Wenn auch die Antipoden des Kalten Krieges einander in Schach hielten – der Weltfrieden war höchst ungewiß. Ein politisches Mißverständnis oder eine technische Selbstausslösung konnten die Völker in die Hölle des Nuklearkrieges, die Vernichtung der Menschheit stürzen. Angesichts solcher Gefahr entzog sich mein Denken dem Vorrang und der Disziplinierung des Klassenkampfes. Ich bezweifelte ebenso die herrschende Fiktion des Leninismus, wonach sich die Menschheit in der »weltgeschichtlichen Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« befände.

Die Furcht um den Bestand allen Lebens verband sich mit der Einsicht, daß der praktizierte Sozialismus eine soziale Emanzipation der arbeitenden Klassen eröffnete – aber auch fragwürdig war: verunstaltet vom Mangel an Demokratie und somit an dauerhafter Verwurzelung im Volke. Der viel beschworene »Arbeiter-und-Bauern-Staat« war Staat einer herrschenden Funktionsbürokratie. Nach innerer Logik konsequent, den äußeren Handlungen jedoch moderat, wagte ich als Sozialist in der gegebenen Weltsituation keinen Angriff gegen das Regierungssystem. Vielmehr suchte mein Selbstverständnis eine geschichtliche Wahlverwandtschaft zu Heinrich Heine, mit dessen verhüllender »Sklavensprache« für nahe Zukunft eine Reform oder gar Revolution des Sozialismus im Sozialismus angestrebt wurde.

Erst die Politik der sowjetischen Führung unter Gorbatschow, mit »Perestroika« und ersten Abrüstungserfolgen, ermutigte zur Offenheit. Für Friedensbemühungen von Staatsführern und Diplomaten, die Blockgrenzen überschreiten mochten, um für eine »Koalition der Vernunft und des Realismus« oder eine »Partnerschaft der Sicherheit« zu wirken, waren Erfahrungen der Geschichte aufzubereiten. Jedoch eine Geschichtsschreibung, die sich fast immer im Kampf gesehen und nicht selten sektiererisch aufgeführt hatte, mußte ihre streitbaren Waffen nun auch gegen sich selbst, ihre eigenen Versäumnisse und Fehler kehren: Es galt, eine »Lanze zu brechen« – für die Aufrichtigkeit friedlicher Koexistenz, die Anerkennung des historischen und gegenwärtigen Pazifismus, das Bündnis mit Religionsgemeinschaften, die Akzeptanz von Theoretikern und Praktikern der alten Losung »Frieden durch Welthandel«, sogar für verdrängtes Friedenserbe im klassischen Marxismus. Gewiß waren schon Darstellung und Interpretation der Weltkriege, ihrer Ursachen in kapi-

talistischen Konkurrenzen und Konflikten ein aufklärender Beitrag zur Friedensarbeit. Aber war nicht im eigenen Weltlager, dem des sogenannt friedliebenden Sozialismus, längst Problematisches geschehen, worüber peinlich geschwiegen wurde? Hatten nicht die Großmächte Sowjetunion und China den Eroberungskrieg ins Baltikum, nach Polen, Finnland, Tibet, Vietnam, Afghanistan getragen? Ich muß gestehen, daß ich darüber sprechen, aber nicht schreiben konnte. Mein wichtigstes Bemühen als Historiker und Herausgeber war die definitorische Darlegung der Polarität von Krieg und Frieden seit dem Anfang der Neuzeit und ihre detaillierte Beschreibung in einem Gemeinschaftswerk, das in den Stürmen der »Wende« vom Berliner Dietz Verlag kaum noch verbreitet werden konnte: »Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart.« Ein Extrakt wurde aber im Plenum des letzten Historikerkongresses der DDR gegeben, wobei ich Arbeitsweisen meiner Zunft kritisch befragte und insgeheim die Regierung Honecker zu Gunsten eines demokratischen Sozialismus verabschiedet wünschte.

Der *zweite Teil* dokumentiert Texte, die während der »Wende« – von Oktober 1989 bis Oktober 1990 – gesprochen oder geschrieben, jedenfalls veröffentlicht wurden. Gemäß den Prämissen meines politischen Denkens wirkte ich anfangs für eine revolutionierende Erneuerung: im Einklang mit nicht wenigen Bürgerrechtlern und Partiereformern, die gemäß der populären Losung eine »bessere DDR« erstrebten. »Stasi in die Produktion!« und »Wir sind das Volk, wir bleiben hier!« waren überdies Massenrufe aus der Bewußtheit von Werktätigen, die die Regierung Honecker auf der Straße abwählten, aber den Sozialismus noch nicht preisgegeben hatten. In diesem Herbststurm, der vielleicht eine deutsche »Oktoberrevolution« hervorbrächte, schien mir Aufklärung vonnöten: So interpretierte ich historische Ursachen der Staatskrise und einen volksdemokratischen Rechtsstaat als ein mögliches, allerdings ungewisses Ziel. Weil sich vor genau zweihundert Jahren die Französische Revolution ereignet hatte, bot sich auch die Möglichkeit, historisch-kritisches Gedenken unter aktuell gebliebenen Kriterien zu betreiben: Die Deklarationen von 1789 und 1793 hatten keineswegs nur die Abschaffung der Privilegien des Adels und des Klerus, die Verfassungsmäßigkeit des Grund- und Kapitalbesitzes verkündet. Sie formulierten ebenfalls ein zivilisatorisch-humanes Projekt: den »frei« und »gleich« geborenen Menschen und Staatsbürger in einer gerecht und freiheitlich gestalteten Gesellschaft zu verwirklichen. Menschenrechte und Frieden waren also noch immer Kriterien, an denen sich Kapitalismus und Sozialismus messen mußten.

Mit Jahreswechsel war erkennbar, daß nicht nur der »real existierende Sozialismus«, sondern auch das Konstrukt eines erneuerten Sozialismus scheitern würden. Die politbürokratischen Regierungen Honecker und seines Nachfolgers Krenz waren passé. Die »Mauer« war gefallen – ohne den koor-

dinierten Rechtsakt von Regierungen, die als Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wohl noch für Deutschland zuständig gewesen wären. Unter den Farben Schwarz-Rot-Gold und dem Adler des Wilhelminischen Reichsbanners skandierten Leipziger Montagsdemonstranten neuerdings den Vers aus der Nachkriegshymne des kommunistischen Dichters Johannes R. Becher: »Deutschland, einig Vaterland!« Koryphäen der BRD tourten auf DDR-Territorium, propagierten die anlockende Metapher des »Zuges der deutschen Einheit«, wobei »keiner unter die Räder« komme (Willy Brandt) und das Ziel »blühende Landschaften« im Osten seien (Helmut Kohl). Auch das Preisgeld von 100 West-Mark pro DDR-Bürger verfehlte seine Wirkungen nicht. Es währte nicht lange, so verhiess der Bonner Kanzler die deutsche »Wiedervereinigung« für 1990. Die Absicht der Wiederherstellung des Kapitalismus im »Osten« ließ grüßen. Es war beschlossene Sache, daß diese »Restauration« einer volksdemokratischen »Revolution« den Rang ablaufen müßte. Indes äußerte Gordon A. Craig, Historiker und Berater von US-amerikanischen Regierungen, im »Spiegel« (Nr. 46/1989) seine Besorgnisse, die auch in Polen und Dänemark, Belgien und den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich, Österreich und der Schweiz die Medien füllten: »Eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wäre die traumatischste Veränderung des Status quo seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. [...] Statt Wiedervereinigung könnte es eine Art Konföderation geben – zwei souveräne deutsche Staaten mit vielleicht unterschiedlichen politischen Systemen, aber demokratischen Strukturen. Das könnte einen Teil der Befürchtungen zerstreuen, Deutschland sei zu groß und zu stark für den Rest Europas.« Hier wurde den Bemühungen für die »bessere DDR« zugestimmt. »Eine stabilisierte, reformierte DDR würde uns Gelegenheit geben, die beiden deutschen Staaten einander näher zu bringen und zugleich die europäische Union voranzutreiben.«

Ministerpräsident Modrow, der dem Druck der Straße folgte, aber das Vereinigungstempo des Bonner Eilzuges mäßigen wollte, machte den Vorschlag eines dreistufigen Weges zur nationalen Einheit: deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft, dann Konföderation, schließlich Föderation oder Deutscher Bund. Er wurde von den Regierungen in Bonn und sogar in Moskau desavouiert. Der Plan, den auch ich guthieß, hätte der ostdeutschen Erneuerungsbewegung einige Zeit eingeräumt, um soziale Grundrechte der Arbeitenden, Pflichten der Abrüstung und der Friedenspolitik nicht nur im eigenen Verfassungsentwurf zu formulieren, sondern auch öffentlich zur Diskussion und Volksabstimmung zu stellen, außerdem in die deutsch-deutschen Regierungsverhandlungen einzubringen. War nicht der volksdemokratische Aufbruch im »Osten« ein historisches Ereignis und Verdienst für ganz Deutschland – also der Achtung wert? Das alte Bonner Grundgesetz mit seinen bürgerlich-liberalistischen Freiheiten bedurfte mancher Ergänzung im sozialen Interesse des arbeitenden Volkes. Doch die politische Klasse am Rhein mochte Aktivitäten

»von unten her« nur, wenn es den Sturz »kommunistischer Obrigkeit« galt – keinesfalls für die Ausgestaltung einer erweiterten Bundesrepublik. Nicht nur in Fragen deutscher Innenpolitik, auch für Äußeres bestand keine wirkliche Anerkennung der Erneuerungs- und Friedensbewegung. Diese war seit ihren Anfängen stets nur mit den friedlichen Waffen der Demonstrationen, der Runden Tische, der öffentlichen Willensbekundungen aufgetreten. Indem sie nun auch angemessene Forderungen nach Abrüstung, nach einer von ABC-Waffen freien Zone in Mitteleuropa, nach Auflösung der Militärblöcke äußerte, stieß sie auf Ohren, die hinsichtlich des Beitrags von BRD und NATO an chronischer Taubheit litten. Noch immer propagierten Vertriebenenverbände die deutschen Grenzen von 1937. Noch immer verabsäumte der Bonner Kanzler die offene Anerkennung der Westgrenze Polens an Oder und Neiße.

Die politisch entscheidenden Wahlen vom 18. März 1990, bei denen die Mitte-Rechts-Parteien triumphierten, machten alle Souveränität der DDR zunichte. Die Regierung de Maizière, vierte und letzte seit dem Herbst des Vorjahres, begab sich unter die Dominanz der BRD; sie stellte die Signale des »Zuges der Einheit« auf eilige Durchfahrt. Was blieb da einem ostdeutschen Sozialisten in der halbjährigen Frist des Anschlusses an die BRD öffentlich noch zu sagen?

Wie in den Medien der scheidenden DDR oder der Schweiz, so konnte ich als Historiker im »Westen« von einem Bonus zehren, der aus der Vorwendezeit wirkte. Es war damals üblich, mit »Nachdenken über Deutschland« aufzutreten. Als auch ich an die Reihe kam, entledigte ich mich der Aufgabe als ein Mahner, der beispielsweise in Bonn vor Historikern und Abgeordneten »Wege und Irrwege« reflektierte, die in der Geschichte von Preußen nach Europa führten. Mein Fazit lautete: »Wenn also die historische Entwicklungstendenz der Bildung von Nationen und Nationalstaaten auch immer noch wirkt, so verlangt sie gleichwohl eine ›Neu-Vereinigung‹: den planvollen Zusammenschluß beider Teile Deutschlands auf einer absolut friedlichen Grundlage der Nationalpolitik und des Völkerlebens. Die Antwort auf die alte Frage, was denn des Deutschen Vaterland sei, kann heute nur lauten: ein europäisches Deutschland – und vor allem: Europa als ein Teil dieser Welt. Dabei sollten die Ansprüche und Pflichten der ›Staats-Nation‹ und der ›Kultur-Nation‹ einander nicht ausschließen. [...] Ein endlicher Frieden in Deutschland und Europa, gegründet im unbedingten Friedenswillen unseres Volkes, das der Rüstung und dem Krieg für immer entsagt – das wäre eine große Botschaft und Tat für die Welt! Und was die Menschen östlich von Elbe und Thüringer Bergen betrifft, so wären ihre nahezu halbhundertjährigen Mühen, ein neues Deutschland in einer friedensfähigen Welt zu errichten, nicht ganz und gar vergebens gewesen.«

Im Sommer wurde begonnen, die DDR-Volksarmee aufzulösen, die Sowjetarmee aus Deutschland zu entfernen. Jedoch die NATO, die stets ihre Option des Erstschlags mit Nuklearwaffen behauptet hatte, verblieb als alleinherrschende Militärmacht Europas. Qualitative Abrüstungen fanden im Westen

nicht statt. So blieb das Friedensziel der DDR-Bewegung unerreicht. Vielleicht ist dem Leser begreiflich, daß jemand, der weit vor der »Wende« in seinem begrenzten Wirkungskreis die Abrüstung verfochten, die altpazifistische Losung »Die Waffen nieder!« erhoben hatte, sich besorgt an seine augenblickliche Regierung wandte. Die Denkschrift »Friedensbund Europa« warb für eine Utopie, die noch zu verwirklichen war. – Indessen verrann die Frist der deutschen Vereinigung. Am 3. Oktober 1990 hielten sich Genugtuung und Verunsicherung im »Osten« etwa die Waage. Vor allem jene unfreiwillig neuen Bundesbürger waren verwirrt, die jahrzehntelang tatsächlich geglaubt hatten, in einer Welt-epoche des »gesetzmäßigen Übergangs«, also auch Sieges des Sozialismus über den Kapitalismus zu leben. »In welcher Zeit leben wir wirklich?« war die brennende Frage, auf die es jetzt nur noch eine rationale Antwort gab. Die Epoche seit 1917 war zu Ende.

Der *dritte Teil* enthält Texte, die in den ersten Jahren nach der »Wende« publiziert wurden (ausgenommen: der Briefwechsel mit dem Präsidenten des Verbandes der Historiker Deutschlands). Es war eine Zeit, in der man »frei« reisen, reden, sich versammeln konnte. Jedoch die Illusion des glücklichen Zusammenlebens deutscher Brüder und Schwestern erstickte in der Umarmung allwissender Onkels und Tanten: vormundschaftlicher Politiker und Unternehmer des Westens. »Wiedervereinigung« entpuppte sich tatsächlich als eine Einverleibung des Territoriums und des Volkes der DDR in die bürgerlich-kapitalistischen Strukturen der BRD. Und was politische Mentalitäten nicht wenig verletzte: Aktivisten wie auch Untätige und Widersacher des Aufbruchs vom Herbst 1989 wurden sämtlich zu Bundesbürgern zweiter Klasse. (Wer das bezweifelt, möge sich an Löhnen, Renten, Arbeitslosigkeit, Wohnungsfrage, Sozialinstitutionen, Bildungswesen, Wissenschaften – überhaupt an der Gesetzeswirklichkeit orientieren.) Jetzt geschah eine Restauration, die in historischer Analogie mit der Kolonisierung Indiens durch Britannien zu vergleichen wäre, als ein kapitalistisches »Mutterland« die einheimische Wirtschaft des Subkontinents zerstörte und teilweise modernisierte. Die Restauration war aber auch eine politische, die mit dem triumphalen Behagen aller Restaurationen der Geschichte daher kam. Einer ihrer scheinheiligen Leitsprüche besagte: Was in der alten BRD an den Nazis versäumt wurde, müsse nun an den Sozialisten der DDR exekutiert werden. Damit war nicht bloß die semantische Gleichsetzung von ehemaligen Faschisten und aktuellen Sozialisten formuliert – auf der gutbürgerlichen Hackliste stand die PDS als »Links-extremismus« weit vor den Gruppierungen früherer und nachgewachsener Rechtsextremisten. Wohl konnte einem demokratischen Sozialisten die Entamtung der DDR-Staatsbürokratie und der Stasi grundsätzlich als gerechtfertigt erscheinen, so daß ihm unmöglich war, für deren Rehabilitierung oder Interessen einzutreten. Daß aber die PDS, in deren Reihen sich nicht wenige

Reformer um neue Ideen und Strukturen mühten, schlechthin als Wurmfortsatz der politbürokratischen SED, wenn nicht Stasi-Enklave inmitten der Bundesrepublik, verteufelt wurde, war Fortsetzung des Kalten Krieges.

Dieser Partei aus Ruhebedürfnis oder Gründen politischer Taktik den Rücken zu kehren, hätte bedeutet, mir selbst untreu zu werden. War ich nicht aufgrund meines früheren Erlebens von Hitlerfaschismus, Weltkrieg, Remilitarisierung und geradliniger Fortsetzung des Antikommunismus in Westdeutschland zum DDR-Bürger und Sozialisten geworden? Und hatte ich nicht in der Folge mehr als drei Jahrzehnte lang eine dringend gebotene Umwälzung der SED und der staatlichen Strukturen erwartet? Während sich nun in der »Wende« die Staatspartei zur Oppositionspartei reorganisierte, wobei sie von 2,3 Millionen auf rund 130 000 Mitglieder schrumpfte, mochte ich nicht einsehen, daß man sich ausgerechnet in einer Situation von ihr abwandte, in der sie eine demokratisch-sozialistische Bewegung »links« von der staatstragenden SPD werden konnte. Ich blieb also Anhänger der geschmähten Vereinigung, arbeitete stetig als Mitglied der »Historischen Kommission« beim PDS-Parteivorstand, als Kurator der »Hellen Panke e. V.« und Leiter des »Treptower Forums« in Berlin, die alle für ein Umdenken von leninistisch-stalinistischen zu demokratischen Auffassungen wirkten. So entstand eine Haltung, die man als »dialektische Position« bezeichnen könnte.

Einerseits blieb ich ein »Linker«, der seine Identität wahrte, indem er von der verdeckten oder gefesselten Opposition im Staats-Sozialismus zur legalen Opposition in der bürgerlichen Demokratie gelangte. Gemäß der Tradition neuerzeitlicher Revolutionen streiten »Linke« für die Lebensinteressen der armen und wenig besitzenden Klassen, wobei »konsequente Volkssouveränität« ihre Forderung nach einem nicht bloß liberalistischen, sondern volksdemokratischen Staatswesen ist. Zur Erinnerung daran publizierte ich den Essay über das Schicksal des Priesters Jacques Roux, des sansculottischen Stimmführers im Paris des Jahres 1793. Vor dem Hintergrund des Moskauer Vertrags, der das vereinigte und souveräne Deutschland zum Frieden verpflichtet, gemahnte ich auch an den alltäglichen Faschismus vieler Deutscher im Zweiten Weltkrieg, als Widerstand und Desertion nur rühmliche Ausnahmen blieben. Weil eine Majorität in Deutschland fast immer dem Konservatismus und herkömmlichen Geist der Staatsräson zuneigt, genügen schon Mangel an »Patriotismus«, im Weltkrieg begangene »Fahnenflucht«, überdies sozialistisches Denken oder gar »Kommunismus«, um als ein »Linker« verdächtigt zu werden. Kaum war ich frischbackener Bundesbürger und ging nun gegen die staatsterroristische Maßlosigkeit der Bombardements der US-Amerikaner und Briten im Golfkrieg von 1991 auf die Straße, so konnte unter Wasserwerfern und Sirenengeheul zahlloser Polizeiwagen erfahren werden: Wie in der DDR, so waren auch in der BRD entschieden pazifistische Rüstungs- und Kriegsgegner schlecht beleumundet. Jetzt nämlich war das ganze und große

Deutschland ein NATO-Mitglied. Bonner Minister predigten erhöhte Verantwortung in Europa, sogar für die Welt, und wetterten gegen unpatriotische »Friedenstrottel«, die das Ansehen des BRD-Staats im Ausland beschädigten.

Was »Linke« und »Konservative« betrifft, so bleibt freilich anzumerken, daß die historisch gewachsenen Begrifflichkeiten durchaus schillern. »Linke«, die sich selbst als fortschrittlich begreifen, können entsetzlich stupide Sektierer und Traditionalisten sein. Hingegen »Konservative«, die den »Linken« oft traditionell als rückschrittlich vorkommen, dürften infolge humaner Gesinnung in Sozialarbeit, Ökologie, Friedenskampf als höchst achtbar erscheinen. Wie aber auch immer: Ich mühte mich in der Nachwendezeit, das Erbe des revolutionären Demokratismus und die Friedenspflicht der Deutschen einzumahnen, die Würde der Rüstungsgegner und Friedensdemonstranten zu ermutigen.

Andererseits aber war ich als ein sogenannter Linker kein Verteidiger der von der Sowjetunion überkommenen Konstruktion des staatsmonopolistischen Sozialismus, daher auch kein nostalgischer Nachläufer der dahingegangenen DDR. Auf Gegenwart und Zukunft gerichtetes Denken müßte, so meinte ich, durch historische Kritik und Selbstkritik die Fehler und die Schandtaten aufklären, die die emanzipatorische Fahne des Sozialismus beschmutzt und besudelt hatten. Rückfällen, sei es auch nur im programmatischen Denken, war gerade jetzt durch geistige Entschiedenheit vorzubeugen – und dies um so mehr, als Erneuerungsstreben und »Poststalinismus« in der PDS unaufhörlich im Streit lagen. Unter den Reformern selbst war strittig, was der Begriff des »Stalinismus« bedeute und wie historische Kritik zu denken sei. Es gab den Versuch der Ideologie-Kritik, wodurch Politbüro, Funktionsapparat, Staatssicherheitsorgane und das Parteivolk der SED unterschiedslos unter die Schuld einer Herrschaftsideologie gestellt, also undifferenziert beurteilt wurden. Gegen dieses pauschale Verfahren, das den Verantwortlichen der Vergangenheit eine Tarnkappe der Gleichmacherei bot, mußte das Prinzip der Strukturanalyse und der davon abgeleiteten differenzierenden Wertung erhoben werden. In Diskussionsreden und Schriften wies ich wiederholt auf jene ethisch gesinnten Sozialisten und Kommunisten, die seit einem Dreivierteljahrhundert dem Stalinismus und Poststalinismus ihre gesellschaftspolitischen Systemkritiken und Alternativen entgegengehalten – und dafür ihr Leben durch Freiheitsentzug, Hinrichtung, Meuchelmord eingebüßt hatten. Sie waren mit politischer Erfahrung und ganzheitlicher Analyse zu einem schwerwiegenden Resultat gelangt: Nicht bloß ideologisch falsches Denken war das zentrale Problem des von der Oktoberrevolution 1917 ausgehenden Sozialismus – eine bürokratische Kaste hatte sich zum Herrscher über die Partei, die werktätigen Klassen, das ganze Volk erhoben.

Der unabdingbare Anspruch, den die Pariser Kommune, der klassische Marxismus, die frühen Sowjets und Rätebewegungen der Revolutionen von

1917/18 gestellt hatten, war preisgegeben, verraten worden: Das arbeitende Volk hätte seine Demokratie und seine Besitztümer durch eigene Willensbildung, produktive Selbsttätigkeit und politische Kontrolle bestimmen müssen. Statt dessen dominierte eine bürokratische Kaste den »Arbeiter-und-Bauern-Staat« und das geltende Recht. Sie rekrutierte sich durch ein elitäres System der Kaderauslese und der willkürlichen Ernennung von Amtspersonen. Sie besaß Entscheidungsmacht, Kommandogewalt und das Privileg der Meinungsbildung. Sie war behütet durch andauernde Zensur der Medien und Produkte geistiger Kultur, das Fehlen verfassungsmäßiger Beschwerdeinstitutionen, die Verweigerung der Gesinnungs-, Versammlungs- und Lehrfreiheit. Und sie wurde kriminalpolitisch geschützt von der allgegenwärtigen Staatssicherheitspolizei. Weil die meisten Individuen dieser Kaste den werktätigen Klassen und Schichten entstammten, trugen sie ursprünglich durchaus die Absicht, Sachwalter des arbeitenden Volkes zu sein. Jedoch emporgehoben und zugleich gefangen in der Hierarchie des Partei- und Staatsapparats, wurden sie letztlich zum Instrument der hohen Repräsentanten und Spitzenfunktionäre – darunter verdiente antifaschistische Kämpfer, die sich zu machtbeflissenen, selbstgefälligen Patriarchen mauserten. Diese geboten, das Volk gut zu hegen, aber auch materiell und geistig unter Kontrolle zu halten, und sie gewöhnten sich an, die jeweils nötige oder mögliche Erfüllung der Volksinteressen als »Geschenke von oben«, als obrigkeitlichen Akt zu vollziehen. Das Volk hingegen durfte mit vorgefertigten Dankadressen seine Begeisterung bekunden, obwohl es selbst doch gearbeitet hatte und die Kosten für den Staat zahlte, auch für Immerdieselben auf den Tribünen.

Das aber war noch nicht alles! Indem die Bürokratie ihre Verfügungsgewalt über das »Volkseigentum« ausübte und die Verteilung des Bruttosozialprodukts alljährlich entschied, besaß diese Kaste eine ökonomisch-soziale Fundierung. Sie verwandelte Gemeineigentum des werktätigen Volkes in Parteien- und Staatseigentum und war als Parteien- und Staatsbürokratie dessen unmittelbarer Nutznießer. Daß darunter auch charaktervolle, persönlich bescheidene Individuen waren, kann die historisch-sachliche Erfahrung kaum entkräften: Die herrschende Kaste des staatsmonopolistischen Sozialismus schuf selbst keine materiellen und geistigen Güter, war streng genommen nicht produktiv-werk tätig. Aber sie leitete, reglementierte, kontrollierte, bevormundete, verteilte, entschied. Sie nutzte das vom Volk produzierte und vermehrte Gemeineigentum für ihre eigene Reproduktion – und dies zunehmend mit Selbstgewißheit und Verschwendung, der Arroganz einer geschichtlich neuartigen Kaste von Machtbewußtheit und Privilegierung. Die heutige Restauration des großen Kapitals in den ostdeutschen Bundesländern, mit Anhäufung des Reichtums von Unternehmern und Politikern, mag uns die Aneignung des »Volkseigentums« durch die ehemals politische Klasse eher in einem kleinbürgerlichen Zuschnitt erkennen lassen: Jedoch politbürokratischer Zentralis-

mus und Bevorzugung der Nomenklatura, also einer Arbeiteraristokratie, waren im Marxismus nicht vorgesehen. Die kritische Frage, ob Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im »real existierenden Sozialismus« ganz und gar abgeschafft war, muß im Interesse einer Erneuerung der demokratisch-sozialistischen Bewegung zwingend gestellt werden. – Der Leser mag einsehen, daß aus solcher Erfahrung für mich nur eine Folgerung möglich ist: Es führt kein Weg zurück.

Der *vierte Teil* dieser Selbstdokumentation enthält ausgewählte Texte, die in den letzten Jahren des scheidenden 20. Jahrhunderts veröffentlicht wurden. Sie erscheinen unter dem Begriff des »historischen Epilogs«. Die darin enthaltenen Gedanken sollen sowohl das Buch abschließen, als auch noch einmal in die Vergangenheit schweifen, um die Geschichte der Neuzeit aufgrund der zuletzt gemachten Erfahrungen auf neue Weise zu begreifen. Nach dem Scheitern des Versuchs, eine Menschen- und Völkergemeinschaft ohne Ausbeutung und Kriege zu verwirklichen: War nun alles umsonst? Waren Selbstverständnis und Aktivitäten all derer, die für allgemein-menschliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, also auch für soziale Gerechtigkeit und für Frieden stritten, eine verächtliche Fehlleistung? Waren zumal antikapitalistische Alternative und »weltrevolutionäre« Gläubigkeit der Millionen, die sich nach den Katastrophen des Ersten und dann des Zweiten Weltkrieges für die Idee und die Existenz des Sozialismus einsetzten, nur blanker Irrtum, politische Verfehlung, historische Schuld?

Die prüfende Rückschau richtet sich auf bürgerliche Revolutionen Europas und darin besonders die »Linken«: Was war ihre geschichtliche Rolle – war sie nötig oder anmaßend, verzichtbar? Nach ausreichender Darlegung der Fakten erinnere ich einen Hinweis, den Friedrich Engels am Ende des 19. Jahrhunderts gegeben hat: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinaus geführt wurde [...]. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.« Nehmen wir diese Erwägung als zutreffend an, so ist die Funktion bezeichnet, die von den jeweils zeitgenössischen »Linken« als Antipoden des bürgerlichen Liberalismus in dessen eigenen Revolutionen erfüllt wurde. Sie erwies sich als nötig – aber tragisch zugleich. So hat auch Engels hinzugefügt: »Die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den zweiten Sieg der radikaleren Partei; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.«

Es fragt sich, ob diese Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für Sozialisten und Kommunisten des 20. Jahrhunderts gilt. Wohl waren die »klassischen« bürgerlichen Revolutionen nicht wiederholbar. Seit der Erhebung des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal seit der Pariser Kommune von 1871

wurden die bürgerlichen Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der arbeitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrieben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch es siegten und profitierten jene Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeitverhältnissen angemessen waren; sie allein festigten ihre politische und ökonomische Macht. – Und nun denke man zu diesen Tatsachen, die Engels kommentierte, an eine historische Analogie: an Rußland, das am Beginn des Ersten Weltkrieges noch ein halbfeudales, absolutistisch regiertes Land gewesen, heute ein Land des raumgreifenden Kapitalismus geworden ist. Was nämlich geschah? Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete die Umwälzung des Staats und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und die frühe Sowjetregierung irreversibel wurde. Dabei trieben die Bolschewiki, die unter noch anderen »linken« Zeitgenossen die »äußerste Linke« waren, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die weitere Entwicklung als sozialistisch begriffen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion jedoch rückte zuletzt eine Bourgeoisie an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Strukturen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam, insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Kom-somol. Gemessen an diesem Endresultat wäre zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und rigide Industrialisierung hat der praktizierte Sozialismus soziale, technologische, infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen, worüber die neue Bourgeoisie im heutigen Rußland und in weiteren Ländern der ehemaligen Sowjetunion verfügt. Für jeden, der die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« und die daraus entstandene Sowjetunion als sein politisches Kredo auffaßte, muß dieses Resultat der insgesamt achtzigjährigen Umwälzung enttäuschend sein. Und doch scheint jetzt die umfassende Einsicht veranlaßt: Bei allen Bemühungen und Kämpfen gegen Ausbeutung und Krieg – setzt man den Terminus »Revolution« nicht für temporäre Versuche, sondern umfassend und streng welthistorisch, so bezeichnet er in der Geschichte der Neuzeit eine bislang ausschließlich bürgerliche, letzten Endes den Kapitalismus begünstigende Tatsache. Die Jahrhundertwende 2000 bietet der werktätigen Menschheit keine sozial gerechte Arbeits- und Lebenswelt, zudem keinen Frieden. Vielmehr grassieren die Ansprüche des Großkapitals auf europäische und mehr noch globalistische Weltherrschaft.

War also doch alles umsonst? – Daß nach dem Ende des Kalten Krieges die Welt des liberalistischen Kapitalismus fortleben, aber sonstige »Geschichte zu Ende« sei, behauptete Francis Fukuyamas Buchtitel und eilige These – die freilich allzu bald von Samuel Huntingtons futurologischem Ausblick überflügelt wurde: »Kampf der Kulturen«. Voraussagen sind freilich nicht selten vermessenen. Anders erscheinen mir Gesinnungen und Haltungen: Denn »Linke«, die vormals bürgerlichen Revolutionen zur historischen Konsequenz verhalten, können ihre Streitsachen auch heute in der bürgerlichen Gesellschaft ver-

fechten, nicht zuletzt gegen die latente Militanz des bürgerlichen Staats. Schon Sozialpolitik, die eine Errungenschaft ist, muß verteidigt werden, weil Kapitalinteressen den Lebensinteressen von Arbeitenden und Bedürftigen noch immer – im »Osten« schon wieder – Schranken setzen. Was aber weltweit am schlimmsten ist: Der Frieden blieb nur eine Vorkriegszeit.

Wir leben in einer gesellschaftspolitischen Ordnung, die sich nicht von 1917, sondern von weit früher herleitet: von bürgerlichen und industriellen Revolutionen des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts. Da bleibt zu sagen, daß »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!«, die 1793 vom Klub der Cordeliers für das französische Volk und gegen die besitzende Klasse gefordert wurden, noch heute nicht eingelöst sind. Wer also in der Vergangenheit gelebt und gewirkt hat, damit »Liberté« und »Égalité« nicht bloß als formal, vielmehr als sozial und real verstanden, damit »Fraternité« als Solidarität und Frieden der Individuen und der Völker verwirklicht werde, der muß aus der bourgeoisen Verdammnis oder Vergessenheit befreit, muß durch unsere historische Bemühung erinnert und fortgesetzt werden.

Immer sind es die Lebenden, wodurch die Auferstehung der Toten erfolgt. Mit Heinrich Heine, dem Geistkämpfer für Menschenrechte, der die Zielsetzungen von 1789 keinesfalls erreicht sah, ist zu sagen: »Nein, die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen, und viele werden die Mitte nicht überleben!«

# Vorabend der »Wende«. Die Waffen nieder!

## »Ich glaube nicht an mechanischen Siegeslauf«

Umstrittenes Interview (1983)

Ich bin in einer Landschaft aufgewachsen, die voll von Geschichten und Geschichte war – im Rheinland, im alten Köln. Bei den verwitterten Stadttoren, den ragenden Domtürmen begannen meine Jahre, und immer faszinierten die Wellen des mächtigen Flusses, die mich fragen ließen: Woher? und wohin? In naher Ferne die Berge und Burgruinen, der dämmerige Ort, wo Jung-Siegfried den bösen Drachen erschlug. Wieder und wieder die phantastischen Bilder der Märchen und Sagen, die ringsum Wirklichkeit gewesen schienen. Als Schüler war ich sehr für Literatur, auch für Geschichte, die aber kaum über Römer, Germanen, die Kaiser des Mittelalters hinausreichte. – Und dann brach diese Welt zusammen, in den Bombennächten und Feuerstürmen des Zweiten Weltkriegs. Und ich war mitten darin.

**Sonntag:** Wie haben Sie 1945 als historische Zäsur erlebt?

**Bock:** Bei Kriegsende war ich in einem Wehrmachtslager in Dänemark. Es herrschte eine beklommene Freude: endlich Schluß und nach Hause. Aber wie weiter?

Das Verhältnis meiner Eltern zum Hitlerfaschismus war so, daß sie sich standhaft geweigert hatten, irgendwelchen Naziorganisationen beizutreten. Ihre Opposition reichte jedoch nie weiter als bis zur typisch kölschen Witzigkeit, humorigen Ironie, die das Unangenehme und Fremde auf Abstand zu halten sucht. Es ist diese mentale Distanz, die mich berührt hat. Mehr nicht. Jetzt sah ich, daß eine Wiederherstellung vollzogen wurde, die sich antifaschistisch gebärdete, mit englisch-amerikanischen Redensarten, die aber die herkömmliche Ordnung überhaupt nicht veränderte. Ich war vor 1945 Metallarbeiter im Klöckner-Konzern gewesen und hatte keine Lust, wiederum dienstwillig ins alte Fabrikverhältnis zu gehen. Mit Siebzehn ist man ja jung genug, um immer neu anzufangen.

**Sonntag:** Sie haben die Heimat und das politische Lager gewechselt, war das schon eine Entscheidung, der eigene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vorausging?

**Bock:** Es war eine gefühlsmäßige Bereitschaft, sich selbst und die Vorgänge dieser Welt zu prüfen. Neugierig ging ich über die Grenze nach Osten, um mir dieses Experiment mit den Russen anzuschauen. Aber Anschauen ist nicht ganz der richtige Ausdruck, weil ich ja leben, also arbeiten mußte, überdies die

im Krieg verlorenen Eltern wiederfand. Als ich 1946 bei Helmstedt illegal rüberging, sah ich als erstes ein Plakat mit dem Zitat: »[...] die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.« Das war das erste, was ich vom Anfang eines anderen Deutschland gesehen habe.

Aus den Wirren des Kriegs geht man nicht unbedingt als ein Kämpfer oder Revolutionär hervor. Es kann auch eine solche Betroffenheit geben, daß man zunächst nur pazifistisch reagiert. Ich war für einen wehrhaften Pazifismus – eine merkwürdige Position: Ich wollte nie wieder eine Uniform anziehen, ein Koppelschloß zumachen, und andererseits lebte in mir die Vorstellung, für eine neue Welt eintreten zu müssen, in der die alten Schläger nicht wieder schlagen würden. So kam es, daß ich mich im Osten sehr schnell entschlossen habe, der Schutzpolizei beizutreten. Dann, erst auf der Polizeischule als Lehrer, hatte ich eine spontane Begegnung mit Marx und Engels. Marxismus und Leninismus waren noch nichts Organisiertes, das begann später.

**Sonntag:** Was wissen Sie noch über Ihren Weg zu Marx?

**Bock:** Was ich bis ins 21. Lebensjahr erfahren hatte, trieb mich zum Studium. Damit bin ich ein ganz typischer Fall von Tausenden, die damals so oder so ihr Abitur, ihr Studium machten, woran sie früher nie hätten denken dürfen. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, die Studienförderungen – Welch eine Chance für meine Generation! Ich brauchte Wissen, um die Welt zu reflektieren. Grundsätzlich entschied ich mich für Germanistik, um zu lernen, wie man schreibt. Zugleich aber habe ich mehrere Weltbefragungsetappen durchlaufen. Zuerst interessierte mich Psychologie, weil ich dachte, man müsse vom Menschen Genaueres wissen: Er hatte den Weltkrieg gemacht, und die neue Welt mußte auch von ihm geschaffen werden. Wer ist er also? Dann kam meine philosophische Periode, wo ich Systeme abklopfte: der Antike, kaum mehr, weil die Vorlesungen nie weiter als bis zu Leibniz kamen – Hegel beispielsweise war nie dran.

In der Germanistik haben mich vor allem die Beweggründe von Literatur und ihre Wirkungen in der Gesellschaft interessiert. Bei Georg Lukács habe ich viel zur gesellschaftlichen Erklärung von Literatur und Kunst erfahren, ich fand dann zu Franz Mehring und über ihn wieder zu Marx und Engels. Engels verstand ich, Marx kaum. Das ist nun mal so, wenn ein Arbeiterjunge die »Klassiker« zu studieren beginnt. Er empfindet etwas bei Marx, das er vergleicht mit dem Gemeißelten im felsigen Block – falls er einmal die Skulpturen Rodins gesehen hat. Engels also, der kam an. Bei Marx war nur die Ahnung von Großem.

Nachdem ich viele Konzeptionen der Welterklärung kennenlernte, von Goethe und Kleist bis zu Sternheim und Rilke, zu den kritischen und sozialistischen Realisten – auch Zola, Ibsen, Dostojewski, Gorki – drängte es mich, gesellschaftliche Bewegung nicht nur in individuellen Reflexionen und Brechungen erklärt zu finden. Ich wollte zur Wissenschaft von der Gesellschaft

selbst übergehen und beantragte, während meiner Doktor-Aspirantur als Germanist, einen Fachwechsel zur Geschichtswissenschaft.

**Sonntag:** Wie nähern Sie sich der Vergangenheit – mit den Fragen der Gegenwart, oder dominiert die Neugier, einfach wissen zu wollen, wie es war?

**Bock:** Es sind die Anstöße aus gegenwärtigem Leben, die mich zur Befragung der Vergangenheit treiben. Ein Beispiel: Wir schreiben eine vielbändige deutsche Geschichte, und ich habe darin Deutschland in der Napoleonischen Ära dargestellt. Was stimuliert Rüstung und Hegemonialpolitik, was vernichtet Millionen von Menschenleben, bringt sogar Menschheitsgefährdung auf den Weg? Diese brennendste Frage der Gegenwart habe ich auch an die bürgerliche Revolution, die Geburtsphase der kapitalistischen Ordnung gestellt. Da richtet sich der kritische Blick nicht nur auf die Konterrevolution des feudalen Adels, sondern auch auf die ökonomischen Interessenkonflikte zwischen der Londoner und der Pariser Bourgeoisie, die, kaum daß sie an der Macht ist, im Zweikampf steht und Europa verheert. Und dann die Schwierigkeit der bürgerlichen Politiker, aus ihrer eigenen Politik mit allen Irrtümern, Illusionen, Zwängen, Verbrechen wieder herauszufinden, so daß es zu dieser irrsinnigen Vernichtung von Produktivkräften und Menschen kommt – ein Problem, das uns heute durch die Erfahrung zweier Weltkriege und die unfriedliche Dialektik dieser Friedenszeit auf den Nägeln brennt. Solche Phänomene sind auch in der Napoleonischen Zeit vorhanden, aber wenig beschrieben worden. Die tödlichen Zwänge der Kontinental Sperrenpolitik und das Unvermögen Napoleons, unter der ständigen Herausforderung Englands von der Hegemonialpolitik loszukommen. Man ist bei uns immer geneigt gewesen, dem Kaiser der Franzosen alleinige Kriegsschuld in die Schuhe zu schieben, und man hat die englische Bourgeoisie nicht belastet. Marx und Engels haben zwar das Problem gesehen; aber wir haben es vernachlässigt. – Derart neue Zugänge zum Verständnis der Geschichte gewinnen wir also durch unsere eigene Weltsituation. Das Leben in der Gegenwart war einer jeden politischen Generation schon immer die entscheidende Motivation, um Vergangenheit zu befragen.

**Sonntag:** Jede Generation hat mit ihrer eigenen Welt genug zu tun. Wird bei dieser gegenwartsträchtigen Interpretation von Vergangenheit nicht auch Wesentliches vergessen, was war?

**Bock:** Gegenwart ist völlig ausreichend, um die lebenden Generationen in Atem zu halten. Folglich tritt geschichtliches Totalinteresse für die Vergangenheit zurück. Aber das Gegenwartsverständnis zielt aufs Weltganze. Wir haben uns nicht selbst zu befriedigen, indem wir den Blick ausschließlich auf die nationale Aktualität richten, also politische Nabelschau betreiben. Die weitblickende Intention, die auf die Welt, ihr Werden und Gewordensein abzielt, muß gerade durch den Historiker gefördert werden. Daß er sich in der arbeitsteiligen Gesellschaft als eine fachliche und sogar ethische Kraft auffaßt, die für das historische Gedächtnis der Klasse, des Volkes, der Nation arbeitet, halte ich

für politisch eminent wichtig. Da gilt es, alles Bedeutsame – das Gute und das Schlechte – so wenig wie möglich zu vergessen. Übrigens gibt es kaum eine Generation, die nicht ihren Versuch zur Gesamtdarstellung der Geschichte macht; auch auf diese Weise wird an Wesentliches immer wieder erinnert.

**Sonntag:** Fragen an die Vergangenheit werden ja nicht nur von der aktuellen politischen Sicht geprägt, sondern auch vom gegenwärtigen Erkenntnisstand. Besteht da nicht die Gefahr, derzeitig geltende Verallgemeinerungen in Geschehenes hineinzudozieren?

**Bock:** Jeder Marxist will objektive Gesetzmäßigkeiten erkennen, also auch theoretisch begründen und den historischen Stoff gemäß dieser Erkenntnis beschreibend organisieren. Als Geschichtsschreiber setze ich aber auf den Vorrang konkret-historischer Interpretation, wonach die objektiven Ereignisse und Prozesse, die subjektiven Ideen und Handlungen niemals außerhalb ihrer jeweiligen zeitgenössischen Bindungen erklärbar sind. Das betone ich im Dialog mit ideengeschichtlichen Arbeitsweisen der Literaturwissenschaft, mit geschichtlich aktualisierenden Tendenzen der Künste, etwa bei der Rezeption deutscher Klassik und Romantik. Und auch unter Historikern habe ich gerade jetzt einen Meinungsstreit heraufbeschworen. Es geht um die Frage, welche Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten solche Gestalten wie Freiherr vom Stein, Scharnhorst, Clausewitz zu ihrer Zeit hatten – ob es statthaft ist, ihr Tun während der Napoleonischen Ära nach den »Maximallösungen« und den Wertekategorien der weit größeren Weltepoche von 1789 bis 1870/71 zu beurteilen. Manchmal wittere ich die Gefahr einer Theoriemacherei, die das konkrete Leben der Vergangenheit in ein Schnürkorsett binden könnte.

**Sonntag:** Behindert das Wissen um den Verlauf historischer Vorgänge und um ihre Endresultate das Bedürfnis, zu verstehen, was früher gedacht, gesagt und getan wurde?

**Bock:** Im Vergangenen suche ich nach objektiven Gegebenheiten, Lebensbedingungen, auch Gesetzmäßigkeiten, und es ist immer die erregendste Frage für mich, wie sich Individuen zu objektiven Prozessen verhalten: ob sie diese erkennen, in welchem Maße, mit welchen bewußtseinsmäßigen Verdrehungen, also auch zeitbedingten Irrtümern und Illusionen. Dabei befindet man sich als Nachgeborener durchaus in der vorteilhaften Position, die historische Übersicht zu haben. Die Vorväter in ihrer Zeit aber waren wie Schwimmer inmitten eines Flusses, verspürten die Strömung, witterten Vorteile und Gefahren, sahen nur wenig die Landschaft, wußten nicht genau, was hinter der nächsten Flußbiegung kam. Deshalb muß der Historiker – trotz seines Resultatwissens – versuchen, im Geiste mit ihnen zu leben, in dem er damalige Gedanken und Handlungen streng unter den damaligen Bedingungen reproduziert und beurteilt. Das schließt die Wertung ihres Anteils an den Ergebnissen ihrer Epoche nicht aus. Aber es wäre ein Unrecht, die Menschen, die doch in einer Entwicklung standen, ausschließlich anhand der später erst

überschaubaren Resultate zu beurteilen. Der Weg zur Erkenntnis beginnt immer mit halbverstandenen Eindrücken, vagen Umschreibungen, vor-schnellen Schlagworten, er erfordert stets die Mühe der Erfahrungen, die Preisgabe der Illusionen, die unablässige Korrektur der Praxis und der Zielvorstellungen. Wir sollten unsere eigene Mühe um Erkenntnis und Handlungsrichtigkeit auch den Vorfahren als eine Bedingung anrechnen, die nicht leicht zu erfüllen ist.

Allerdings gibt es eine praktizierte Geschichtsinterpretation, die bei objektiven Gesetzmäßigkeiten als einem schlechthin Beschreibenswerten stehen bleibt. So kommt eine abstrakte, sogar moralisierende Erklärungsweise zustande, in der das konkrete Leben verschwindet. In unserer Geschichtsschreibung der ersten Jahrzehnte und noch heute im Schulunterricht störte und stört mich der einseitige Abstraktionsgrad, bei dem Prozesse, aber kaum lebende Menschen gezeigt werden. Weil ich nun einstmals den Impetus für Literatur und Germanistik hatte, suche ich der reinen Abstraktion auch dadurch zu begegnen, daß ich literarische und überhaupt künstlerische Elemente in die historische Wissenschaft hineinnehme. Mein erster Versuch war eine Biographie über Ludwig Börne, den Ghettojuden, der zum revolutionären National-schriftsteller und Weltbürger wurde. Weitere Versuche galten Yorck, Gneisenau, Schill – allesamt Rebellen im Preußenrock. Dabei war ich bestrebt, Theorien und Methoden des Romans, der Novelle, der Miniatur und des Porträts auf die wissenschaftliche Arbeitsweise zu beziehen. Ohne diese Synthese wären auch die Gemeinschaftswerke »Unter dem Regenbogen«, »Gewalten und Gestalten«, »Sturz ins Dritte Reich«, die ich in den letzten Jahren konzipiert und geleitet habe, nicht denkbar.

Insbesondere die Zuwendung zum Biographischen und Episodischen, also zum historischen Individuum und zur konkreten Situation, benötige ich sehr; denn das Gesetzmäßige, das als allgemeingültig Bezeichnete, bedarf der Prüfung an individuellen und einzelnen Lebensvorgängen. Gewiß, die Suche nach den ganz konkreten Quellen und Aussagen ist mühselig, man braucht auch Glück dabei – vor allem, wenn man die Anonymität, die Gesichtslosigkeit der Volksmassen beleben will, von deren historischer Rolle ständig geredet wird. Wenn das gelingt, ist mein Arbeitserlebnis am größten: so beim Fund der Soldatenbriefe für das Buch über Ferdinand von Schills Rebellenzug (1809) oder der Gerichtsdokumente über die Aachener Arbeiterrebellion (1830) für mein Buch »Die Illusion der Freiheit«.

**Sonntag:** Das gilt ja nicht nur für den Aachener Aufstand, dieses Hineinnehmen individueller Lebensvorgänge in historische Aktionen. Als Leser wird einem vorgeführt, wie Menschen zum Subjekt der Geschichte werden, ohne es recht zu wissen, und wie sie wegen dieser Ahnungslosigkeit auch wiederum Objekt der Verhältnisse bleiben. Das liest sich wie ein guter Krimi, und zurück bleibt langzeitwirkend die Frage, wieweit man eigentlich selbst Subjekt und

Objekt der eigenen Verhältnisse ist. – Sie erwähnen die Quellen. Wie findet man im Quellschutt die Edelsteine? Ist es nicht manchmal nur eine einzige Seite, die in ein sonst wertloses Buch Licht bringt?

**Bock:** Wenn einer Bernstein finden will und er hat Anhaltspunkte, daß in einer bestimmten Jahreszeit an einem bestimmten Küstenabschnitt die Wahrscheinlichkeit besteht, ihn finden zu können, dann sucht er. Und das ist dann nicht zu mühselig. So verhält sich der Historiker zum Schutt vergangenen Lebens. Einmal ein Thema als fündig aufgefaßt und sich auf die Suche gebracht, belebt ganz die Chance, den Schatz zu finden. Man lebt in der Faszination von Sachen, die man verfolgt. Der Moment des Findens ist doppelt belebend, denn erstens findet man das sachliche Faktum – und zweitens lassen sich die Indizien des Vergangenen wieder zur Nachbildung des Lebens zusammenfügen.

**Sonntag:** Was unterscheidet Forschen und Schreiben als kreativen Vorgang?

**Bock:** Forschen ist notwendige Voraussetzung, wobei schon Fragestellung und Hypothese von Kreativität zeugen können. Andererseits gehören aber auch »handwerkliche« Effektivität und Sauberkeit dazu. Schreiben ist schwer und manchmal quälend. Man baut dann ein Stück Welt wieder auf, und das soll stimmig sein. Es beginnt mit Rudimenten. Für mich vollzieht sich das Denken erst im Vorgang des Schreibens. Wirkliche Klarheit finde ich kaum durch Unterhaltung und Vortrag. Es ist interessant, wenn Sie mich hier mit Fragen treiben, gerade weil Sie es in anderer Weise tun, als ich selbst formulieren würde. Aber erst wenn ich schreibe, merke ich, wo die Lücken, Mängel, Fehler sind. Darum ist Schreiben das Nonplusultra für den historisch forschenden Wissenschaftler, selbst den Politiker – wie man bei Lenin erkennt. Daher bedarf es auch mehrerer Arbeitsstufen. Beim ersten Niederschreiben erfahre ich, wie wenig ich weiß. Und dann wird die Suche präziser. Bis schließlich aber der Punkt kommt, wo man Halt machen und auf den vorläufigen Abschluß hin schreiben muß. Ich kenne potente Wissenschaftler, Forscher, die kaum zur Publizität gelangen, weil sie immer denken und sagen, es fehle dies und das. Ich finde, man muß es auf sich nehmen, daß das eigene Wissen begrenzt bleibt – und sich entscheiden, welche Art von Verantwortung schließlich am Platz ist: Ob man für die breitere Öffentlichkeit nichts hervorbringt oder ob wenigstens der Versuch erlaubt und produktiv ist. Ich bin – bei solch einer Quälerei – entschieden für die Versuche.

**Sonntag:** Wird man Historiker auch aus Freude am Stoff?

**Bock:** Es gibt eine Sachliebe, sie ist bei mir stark in das Raster der Gegenwartsprobleme eingebettet. Also, daß ich Heinrich Heine oder Georg Büchner liebe, versteht sich durch meine Art, ein revolutionäres und zudem ästhetisches Verhältnis zur Welt zu haben. Daß ich eine Vorliebe für die Epoche der Französischen Revolution und der Napoleonischen Herrschaft, des deutschen Vormärz und der Revolution von 1848 habe, versteht sich durch die Analogie, selbst in einer Revolutionsepoche zu leben. Es gibt auch Epochen mit ruhigerem Fluß.

Weil ich jedoch in der kurzen Spanne meines Lebens wählen muß, entscheide ich mich für geschichtliche Zeiträume, wo Revolution und Konterrevolution, heftige Bewegungen und dramatische Gestalten ein faszinierendes Thema sind. Wenn man so dabei ist, können Freude am Stoff und politischer Wirkungswille eine Geschichtsliteratur zeitigen, die den Nerv berührt – den eigenen und den des Lesers.

**Sonntag:** Der Streit zwischen Schriftstellern und Historikern hat ja nun schon Tradition, wenn es um die Frage geht, wer erfolgreicher Geschichtsbewußtsein befördert. Inspiriert Sie Gegenwartsliteratur, sehen Sie diese als produktive Konkurrenz?

**Bock:** Ich möchte diese Konkurrenz nicht missen. Da denke ich zum Beispiel an die Rezeption des Sturm und Drang und eine Diskussion, die der »Sonntag« selbst vor Jahren organisiert hat: Ist Werther noch aktuell? Oder die Büchner-Rezeption, wie sie heute vom Deutschen Theater in Berlin mit »Dantons Tod« praktiziert wird. Oder die Romantik-Rezeption der letzten Jahre. Als Historiker weiß ich einiges über die deutsche Romantik im großen Wechselspiel zwischen der bürgerlichen Revolution und der spätfudalen Konterrevolution und nehme nun Kenntnis von den literarischen Bemühungen, etwa der Christa Wolf um Günderode und Kleist. Da bin ich nicht derselben Meinung wie die Verfasserin, sehe ich, wie sie das romantische Material zurechtrückt, um – wie mir scheint – ihre eigene Individualität und Weltsicht in der Gegenwart ausdrücken zu können. Aber indem ich als Leser hineingezogen werde, ist das ein Anreiz für mich als Historiker – produktiv natürlich erst, wenn es gelingt, meine Position zu bestimmen.

**Sonntag:** Wir sind uns einig, Geschichte wird nur als genutzte Erfahrung produktiv. Aber, die Frage stellt sich für mich, beruft sich das Individuum eigentlich nicht nur auf die eigene Erfahrung und die seiner Generation?

**Bock:** Jede heranwachsende, mündig werdende Generation fragt: Stimmt denn das Überlieferte, war es denn wirklich so? Dieses Verhältnis der Generationen zueinander bestand in allen Epochen. Ich gehöre natürlich zu einer einzigen Generation und muß zunächst einmal davon ausgehen, daß ich meine eigene Welterfahrung anwende, also von meinem Standpunkt und mit meiner Optik frühere Geschichtsepochen befrage. Auf diese Weise geschehen die Hervorhebungen und die Vernachlässigungen gegenüber historischen Gegenständen, von denen wir schon sprachen.

In unserer hochtechnisierten Welt hat sich der Stellenwert geschichtlichen Wissens gegenüber der Kenntnis von Technik und Naturwissenschaften für die junge Generation verschoben. War noch das 19. Jahrhundert ein Jahrhundert historischen Denkens, so gilt das längst nicht mehr. Auch meine Generation, die aus der Zeit des Hitlerfaschismus kam und sich wandeln mußte, um aktiv beim Aufbau des Sozialismus mitmachen zu können, hat eminent historisch gedacht. Uns waren die Erfahrungen der Geschichte in besonderer Wei-

se nötig für eigenes Dasein. Das scheint mir bei der Generation unserer Kinder etwas anders zu sein. Doch von Geschichtsmüdigkeit ist nicht die Rede. Es gibt eine natürliche Haltung von Generation zu Generation. Immer fragt die jüngere die ältere nach ihrem Bild von der Vergangenheit, und jede muß ihr Verhältnis zur Vergangenheit neu prüfen und bestimmen.

**Sonntag:** Mit dem Sozialismus bietet sich zum ersten Mal die Chance, unsere eigenen Verhältnisse zu beherrschen. Daraus ergibt sich – aus meiner Sicht – eine neue Art, Vergangenheit zu befragen: auch nach Alternativen, nach Handlungsvarianten.

**Bock:** Unter den Bedingungen des Geschichtsprozesses gibt es immer gelebte Alternative, widerstreitende Überzeugungen und Handlungsweisen, wodurch Entwicklung überhaupt erst entsteht. Deshalb sollte im Bewußtsein der Menschen, die mit ihrer eigenen Entscheidung den Fortschritt bewirken wollen, kein Platz für Gesetzesfetischismus, für den Selbstlauf des objektiv Notwendigen sein. Es gibt beispielsweise die Alternativen des bürgerlichen Fortschritts, etwa die gemäßigte Antwort der Vertreter deutscher »Klassik« auf die Französische Revolution, indem sie auf Menschenbildung und reformwillige Fürsten setzten. Eine andere Antwort gaben die deutschen Jakobiner als revolutionäre Demokraten und Republikaner. Fortschrittalternativen anhand der Vergangenheit zu erklären, das hilft, in der Gegenwart zu begreifen, wie schwierig, aber auch wie nötig das Ringen um eine eigene Position zu Gunsten des Fortschritts ist. Man könnte eine Geschichte ohne Alternativen schreiben, nur den scheinbar gesetzmäßigen Verlauf und eine einsträngige Handlungsweise. Man kann aber auch Entscheidungssituationen reproduzieren, in denen alternative Denk- und Handlungsweisen tatsächlich ausgekämpft wurden. Wenn ich gerade diese Schwierigkeiten zeige, die Brüche, die Konflikte – kurzum, wie schwer es war und keine glatte Straße, dann nähere ich mich der Wahrheit, dann erst erreiche ich den Leser. Ich sehe unser produktives Verhältnis zur Vergangenheit als eine Annäherung und würde niemals behaupten, daß wir das Geschehene schlechterdings wissen. Es ist immer nur Annäherung, nicht Allwissenheit.

**Sonntag:** Wie erklärt sich, daß Geschichtsschreiber mit demselben Gegenstand, derselben marxistischen Methode andere Akzente setzen und zu unterschiedlichen Gestaltungsweisen kommen: Wo beginnt die Originalität des Historikers, das Eigene. Allein Auswahl setzt ja schon originelles Urteil voraus.

**Bock:** Unter den Menschen, auch den Historikern, gibt es den Typ, der Umwelt und Überlieferung vorwiegend abstrahierend aufnimmt. Ein anderer Typ sieht selbst das Abstrahierte in Bildern. Ein dritter und häufigster reproduziert rein faktologisch. Ich glaube, daß ich zum zweiten Typ zähle. Weil ich von der Germanistik komme, haben mich anschauliche Gestaltungsformen immer interessiert, habe ich viel Mühe für literarische Technik verwendet. Fesselnde Geschichtsliteratur versuche ich nun schon seit 25 Jahren zu schreiben, und da

finden sich schließlich auch Leute, die mitmachen wollen, innerhalb meiner Fachdisziplin und auch bei den Publizisten. Für solche Kooperation muß man eben so ein Typ sein, der die Geschichte als Wissenschaftler und Literat angeht.

**Sonntag:** Wie sehen Sie die Alternative von Frieden oder Krieg mit Ihrem Wissen um die Vergangenheit?

**Bock:** So wie jeder andere Mensch, der sich hinreichend informiert über den Stand der menscheitsbedrohenden Rüstung, des negativen Gebrauchs der wissenschaftlich-technischen Revolution. Ich glaube nicht an solcherlei offizielle Reden, die den »Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus« beinahe als mechanischen Siegeslauf formulieren. Ich möchte helfen, diese gewordene Welt zu interpretieren und zu verändern. Wir stehen in der Aufgabe, die mit der Oktoberrevolution eingeleitete Epoche nunmehr auch unter der besonderen, von Ihnen genannten Alternative als eine welthistorische Entscheidungssituation zu begreifen: Als ein in aller bisherigen Geschichte unvergleichbares Zeitalter, das uns mit der gesamten Kraft, die wir überhaupt aufzubringen vermögen, zum Friedensringen und zur sozialistischen Arbeit ruft. Es gilt, eine Widerspruchsdiagnostik zu lösen, deren Problem darin besteht, daß der seit 150 Jahren wirkende Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in eine Epoche eingetreten ist, die das Ende der kapitalistischen Ausbeutung möglich macht, daß aber dem Klassenkampf, der heute ja auch von Staaten und Staatenblöcken ausgefochten wird, militärtechnische Mittel zur Verfügung stehen, deren Einsatz das Ende der Menschheit bedeuten würde. Das Ringen gegen den Kapitalismus verbindet mit den Erkenntnissen und den Kämpfen von Marx, Engels und Lenin. Aber die modernen Bedingungen – destruktiver Rüstungswettlauf, Raubbau der Natur und mögliche Katastrophe – trennen uns zugleich von den zeitgenössischen Bedingungen der »Klassiker« der revolutionären Arbeiterbewegung. Diese Weltsituation fordert gebieterisch, den Marxismus-Leninismus auf schöpferische Weise zu rezipieren und unter der Notwendigkeit friedlicher Koexistenz – mit internationalem Gewaltverzicht und paritätischer Abrüstung – zu erneuern.

Politisches Bestreben ist in der Sowjetunion und unserem Land unverkennbar. Aber die historische Wissenschaft könnte viel mehr leisten, um diese Aufgabe zu unterstützen. Wir müssen überdenken, ob die traditionellen Themen, die bis jetzt im Vordergrund stehen, überhaupt noch ausreichend sind. Wenn das Problem »Frieden oder Krieg« zielstrebig in die Vergangenheit projiziert würde, kämen historische Gegenstände, Alternativen und Entwicklungslinien in Sicht, die unter dem Generalthema »Sozialer Fortschritt und Frieden« längst nicht ausgeschöpft sind. – Bei Parteinahme für Frieden und Sozialismus zu helfen, diese von Waffen der Massenvernichtung starrende Welt zu verändern und die Menschheit zu erhalten: Das ist für mich das höchste Kriterium der Kreativität historischen Denkens und Handelns.

# Für wen »arbeitet« ein Weltkrieg?

Nuklearzeitalter und Geschichtsdenken (1984)

»Wir müssen lernen, auf neue Art zu denken. [...] Die breite Öffentlichkeit und sogar viele Personen in Machtpositionen haben nicht begriffen, was ein Kernwaffenkrieg bedeuten würde. [...] Hier also ist das Problem, das wir Ihnen darlegen, wahnsinnig, schrecklich und unausweichlich: Sollen wir die Gattung Mensch vernichten, oder soll die Menschheit auf den Krieg verzichten?«

Einstein-Russell-Manifest, Pressekonferenz, 9. Juli 1955.

Vor einem Jahrhundert, am 5. Dezember 1885, schrieb Friedrich Engels in London an Johann Philipp Becker, den deutschen Revolutionsgeneral von 1849 und Mitbegründer der Internationalen Arbeiterassoziation, einen Brief: »Wir marschieren jetzt so famos voran, überall, daß ein Weltkrieg uns jetzt ungelogen käme – zu spät oder zu früh. Aber auch er würde schließlich für uns arbeiten, indem er dem Militarismus ein für allemal ein Ende machte – vermitteltst Massakrieren von 1 ½ Millionen Menschen und Vergeudung von 1 000 Milliarden Franken. Danach wäre kein Krieg mehr möglich.«

Der Weltkrieg, der dann im neuen Jahrhundert kam, forderte das Leben von 10 Millionen Menschen; weiterhin fielen ihm 20 Millionen Verwundete und Kriegskrüppel, nur ungenau zählbare Millionen Verhungerte, Seuchentote, spurlos Verschwundene zum Opfer – weit mehr als vorhergesehen. Es waren zumeist Menschen aus den arbeitenden Klassen, die den Blutzoll zahlen mußten. Aber der mörderische, an Zerstörungskraft nie gekannte Krieg »arbeitete« wahrhaftig für die sozialistische Bewegung: Die Annalen der Weltgeschichte verzeichnen den Sieg der russischen Oktoberrevolution mitsamt dem unüberhörbaren Ruf des Leninschen Friedensdekrets. So begann eine neue menschheitliche Epoche, in der der Sozialismus zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Sozialordnung zur internationalen Möglichkeit wurden.

Das dennoch ausbrechende Inferno des Zweiten Weltkriegs, als bloße Eventualität, geschweige denn mit seinen 55 Millionen Toten und unermesslichen Verheerungen, hatte völlig außerhalb der Phantasie jener politischen Generation des 19. Jahrhunderts gelegen. Wiederum bestand die überwiegende Mehrzahl aus Menschen der werktätigen und mittleren Klassen, die in Gefechten und Schlachten, neuerdings auch in Bomberangriffen, Konzentrationslagern und Folterhöhlen verstümmelt, erschlagen, verbrannt, vergast, erschossen wurden. Doch was die Kriegsverursacher und die am Ende verurteilten Kriegsverbrecher nicht beabsichtigt hatten, das bewirkte dieses Völkermorden für die epochale Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung und Wandlung: Die Sowjetunion behauptete sich als die am erbittertsten umkämpfte Bastion

der Anti-Hitler-Koalition. In weiteren Ländern Europas und Asiens beschritten einige Völker, von ihren revolutionären Parteien geführt, ebenfalls einen Weg zum Sozialismus. Das kapitalistische Kolonialsystem zerfiel in den außereuropäischen Erdteilen. Die Staaten der Anti-Hitler-Koalition und somit aller bewohnten Kontinente gründeten die Weltorganisation der Vereinten Nationen, deren Charta das internationale »Gewaltverbot« deklariert. Von Bandung (1955) bis Helsinki (1975) hat die Politik der friedlichen Koexistenz, die von Staaten des Sozialismus inauguriert, von Ländern der Dritten Welt und des Kapitalismus aufgegriffen wurde, in Deklarationen und Verträgen eine Anerkennung gefunden.

Was jedoch Engels überhaupt nicht voraussehen konnte, ist die Tatsache, daß nach zwei Weltkriegen von unvorstellbaren Ausmaßen und Vernichtungen dem »Militarismus« noch keineswegs »ein für allemal ein Ende« gemacht und daß gar ein dritter Weltkrieg noch immer »möglich« ist – ein Exitus der Menschheit, von dem nicht mehr zu sagen bleibt, für wen er »arbeiten« würde. Angesichts solcher Gefahr lautet die erste der Fragen, die an die jüngste Geschichte zu stellen ist: Wie gelangte die Menschheit in diese welthistorische Entscheidungssituation, die unsere ganze Kraft zum Ringen um den Frieden ruft?

## 1.

Alles begann in einem Berliner Laboratorium – und alles schien bisherigen konkreten Erfahrungen zu widersprechen. Die Chemiker Otto Hahn und Fritz Straßmann gewahrten bei der Bestrahlung von Uran mit Neutronen, daß sich der Urankern spaltete. In mehreren Ländern liefen ähnliche Versuche. Aber nur mit dem Ziel, im Innersten der Natur, soweit der damaligen Forschung zugänglich, diejenigen Kräfte und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, die hier den Zusammenhalt bewirken. An irgendeine Nutzenanwendung vermochte noch niemand zu denken.

Die beiden Deutschen beschrieben ihre Beobachtung am 6. Januar 1939 in der Zeitschrift »Die Naturwissenschaften«. Es dauerte nur wenige Wochen, bis diese in Dänemark, Frankreich, den USA auch von Physikern nachgeprüft und bestätigt wurde. Man erinnerte sich an eine ältere spekulative Vermutung, die nun half, einen Prozeß zu verstehen, bei dem ungewohnt hohe Energien frei würden: Ein unter Neutronenbeschuß zerplatzender Urankern könnte selbst neue Neutronen abgeben und bewirken, daß benachbarte Urankerne infolge einer Kettenreaktion in die Spaltung hineingerissen würden. – Schon im Frühjahr stellte der Berliner Physiker Siegfried Flügge in derselben Zeitschrift die Praxisfrage: »Kann der Energiegehalt der Atomkerne technisch nutzbar gemacht werden?« Seine fiktive Rechnung besagte, daß Energie, die bei der vollständigen Spaltung von 1 Kubikmeter Uraniumoxyd freigesetzt würde, dazu ausreichte, um 1 Kubikkilometer Wasser in eine Höhe von 27 Kilometern zu

schleudern. Es war eine Sternstunde der Naturwissenschaften. Die riesige Energiequelle verhieß reichere Lebensqualität für alle Bewohner der Erde.

Doch in demselben historischen Augenblick wuchs der düstere Schatten empor, ein Menetekel, das den künftigen Untergang der Menschheit fürchten ließ: die Möglichkeit des militärischen Mißbrauchs – die Gefahr vernichtender Bomben schlechthin. Die fatale Erkenntnis trieb sofort den Gewissenskonflikt namhafter Forscher hervor. Der ungarische Physiker Leo Szilard, politischer Emigrant in den USA, warnte vor einer Weiterarbeit, zumindest vor jeder Publikation über die Kettenreaktion. Der Franzose Frédéric Joliot-Curie, Sohn eines Pariser Kommunarden, beurteilte die Frage der Publikation anders: Die Kenntnis der möglichen, sogar explosiven Freisetzung ungeheurer Energien wäre schon viel zu weit verbreitet, um sie noch eindämmen zu können.

Politische Machthaber würden dieses Wissen bald für Staatszwecke benutzen, die Weiterarbeit in eigene Regie nehmen und die Resultate geheimhalten. Je früher die Weltöffentlichkeit in Kenntnis gesetzt würde, desto besser könnten Einsichtige und Oppositionelle gegen einen Mißbrauch der Kernforschung auftreten. Verschweigen sei nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Joliot-Curie veröffentlichte seine Arbeitsergebnisse. Er interpretierte die Spaltung eines Urankerns, die Möglichkeit der Kettenreaktion, und weitere Forscher in weiteren Ländern fanden dasselbe Resultat.

Kaum hatte der Zweite Weltkrieg angefangen, da begann schon die politische Ausbeutung des neuen Wissens. Nationale Regierungen und Militärbefehlshaber stülpten die Tarnkappen der Geheimhaltung über naturwissenschaftliche Forschungen und technische Entwicklungen – bis dieses Dunkel, nur sechs Jahre später, mit den grauenhaften Blitzen von Hiroshima und Nagasaki zerriß. Weit hinter den Kriegsfrenten verendeten 155 000 Menschen im Inferno der Explosionen sofort. Zweihundert- bis Dreihunderttausend starben einen qualvollen Siechentod. Alle Beschreibungen, die in der Überlieferung zu finden sind, vermögen das Entsetzen, das nachfolgende Elend in Wort und Bild schwerlich zu fassen.

Es war Leo Szilard, der Einstein zu jenem berühmten Brief vom 2. August 1939 veranlaßte, durch den US-Präsident Franklin D. Roosevelt vor deutschen Uranerzschürfungen und Kernforschungen gewarnt, überdies zum präventiven Bau einer eigenen Bombe gedrängt wurde. Schließlich selbst in den Krieg gegen Nazi-Deutschland und dessen Alliierte verwickelt, peitschte die amerikanische Administration die Herstellung der Massenvernichtungswaffe voran. Doch es blieben Gewissensbisse, überdauernden Ängste, die etliche Kernforscher unter den »Vätern der Bombe« plagten. »Während des ganzen Jahres 1943 und eines Teils von 1944 war es unsere Sorge«, so dokumentiert Szilard, »daß die Deutschen eine Atombombe vor der Landung in Europa fertigstellen könnten. 1945 aber, als wir aufhörten, uns Sorgen darüber zu machen, was die

Deutschen uns antun könnten, begannen wir uns besorgt zu fragen, was die Regierung der Vereinigten Staaten wohl anderen Ländern antun könnte.«

Ein zweites Mal ging Szilard zum Renommiertesten aller Naturwissenschaftler – nicht mehr einzig gespornt vom Widerstandsgeist gegen die Barbarei Hitlers. Jetzt trieb ihn der Argwohn, die verheerende Waffe könnte von den eigenen Militärs mißbraucht werden. Wiederum, am 25. März 1945, schrieb Einstein an den Präsidenten und bat, den Kernphysiker zu empfangen. »Die Geheimhaltungsbestimmungen, an die Dr. Szilard gebunden ist, verbieten ihm, mich über seine Arbeit zu informieren. Anscheinend ist er aber sehr beunruhigt über den Mangel an ausreichendem Kontakt zwischen den Wissenschaftlern, die an dem Projekt arbeiten, und den Mitgliedern Ihres Kabinetts, die für die politische Seite des Problems verantwortlich sind.«

Einsteins Brief lag noch unerledigt auf Roosevelts Schreibtisch, als dieser am 12. April 1945 starb. Wissenschaftler und Techniker, die an der Bombe arbeiteten, hatten ihr bohrendes Gewissen im Gedanken an diesen Präsidenten zu beruhigen gesucht: Er mochte die schwere Verantwortung tragen, die die Atomwaffe eigentlich allen Beteiligten als drückende Last auferlegte. Doch Roosevelt, der moralische Schutzschild, war tot.

Am Tag darauf informierte James F. Byrnes, juristischer Vertreter der finanzkapitalistischen Morgan-Gruppe und Direktor des Kriegsamtes, den neuberufenen Präsidenten Harry S. Truman. Die Vereinigten Staaten seien dabei, einen nie gekannten Sprengstoff herzustellen. Dabei soll die vielsagende Bemerkung gefallen sein: Die USA würden ein atomares Monopol gewinnen – und gegenüber der Sowjetunion sieben bis zehn Jahre lang bewahren können. Truman, wie seine Memoiren bezeugen, war fasziniert von den »fast unglaublichen Entwicklungen«, der »furchtbaren Macht, die uns bald in die Hände gegeben« sei. Er ernannte Byrnes zu seinem persönlichen Berater für Atomfragen und einige Wochen später zum Staatssekretär des Auswärtigen.

Auch Kriegsminister Stimson unterrichtete den neuen Präsidenten. »Innerhalb von vier Monaten werden wir nach aller Wahrscheinlichkeit die schrecklichste Waffe in der Geschichte der Menschheit vollendet haben, eine Bombe, die eine ganze Stadt zerstören kann. Wenn das Problem der richtigen Nutzung der Waffe gelöst wird, hätten wir die Möglichkeit, die Welt in einen Zustand zu versetzen, in dem der Weltfrieden und unsere Zivilisation gerettet werden können.« So lautet der einleitende Text des Memorandums der Generalität, das Stimson dem Präsidenten am 25. April 1945 überreichte. Das geschah in den Tagen, als die Sowjetarmee bereits in den Straßen Berlins, der Wolfshöhle des Hitlerfaschismus, kämpfte – zwei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Welche Bedeutung die Begriffe »Weltfrieden« und »unsere Zivilisation« im Denken des Kriegsministers hatten, erhellen seine damals noch geheimen Tagebuchaufzeichnungen: »Wir müssen die Führung zurückgewinnen, die uns die Russen entrissen haben. Eine Atom-

bombe ist eine Hand voller Trümpfe [...]. Wenn wir diese alles zerschmetternde Waffe besitzen, sind wir in einer viel freieren und stärkeren Position, falls es zu einem Zusammenstoß mit der Sowjetunion käme.«

Erst am 28. Mai wurden Szilard und der Nobelpreisträger Harold C. Urey als Vertreter einer Gruppe von Kernforschern zur Regierungsaudienz zugelassen – jedoch nicht vom Präsidenten, sondern von seinem Berater empfangen. Byrnes soll den Wissenschaftlern mit undurchdringlicher Miene zugehört haben, als sie von den schlimmen Folgen sprachen, die ein Einsatz der neuen Waffe provozieren würde: Vergiftung der internationalen Beziehungen und Auslösung eines hektischen Wettrüstens, wozu sich andere Staaten, besonders die Sowjetunion, veranlaßt sähen. »Soviel ich weiß«, erwiderte Byrnes, »gibt es in Rußland doch überhaupt kein Uran! Darum bin ich fest überzeugt, daß wir durch den Besitz und die Anwendung der Bombe Rußland gefügiger machen werden.«

Wenige Tage später verabschiedete das »Interim Committee« unter Leitung des Kriegsministers eine Empfehlung an den Präsidenten. Im noch bestehenden Kriegszustand gegen Japan sollte die Bombe ohne Vorwarnung geworfen werden – auf eine möglichst große Stadt mit Rüstungsanlagen, Industrie und dichtbesiedelten Wohngebieten. General Groves, treibendes Mitglied der Kommission und militärischer Leiter des Bombenbaus in Los Alamos, erläuterte diesen Plan mit zynischem Sachverstand: »Um die Wirkung der Bombe richtig einschätzen zu können, sollten die Ziele nicht durch Luftangriffe beschädigt sein. Erwünscht wäre schließlich, als Ziel einen Ort von solcher Größe zu wählen, daß die ganze Zerstörungszone sich innerhalb des Ortes befände und wir daher die Gewalt der Bombe genauer bestimmen könnten.« Auf der Todesliste erschienen die Namen von Städten, die als »besonders geeignet« bezeichnet wurden: Hiroshima, Kokura, Nagasaki, Niigata. Den Luftstreitkräften wurde befohlen, diese Orte nicht zu bombardieren. – Im Gedächtnis der Menschheit sollte dieser Vorgang als Indiz und dauernde Warnung gelten: vor der gesetzlich legitimierten Kaltschnäuzigkeit, mit der Militaristen in Uniform und Zivil imstande sind, den Massenmord zu bereiten.

## 2.

Was aber ebenso unvergessen bleibe, ist der Widerstand von Naturwissenschaftlern und Technikern, denen die mörderische Waffe einseitig angelastet worden ist. Die Information des Bombeneinsatzes, die trotz strengster Geheimhaltung durchsickerte, bewirkte keineswegs nur Genugtuung. Sie weckte Opposition und Empörung. In den Laboratorien, die an der Fertigung beteiligt waren, entstanden Protestschreiben mit kreisförmigen Unterschriften, um im kriegsrechtlichen Ausnahmezustand die Initiatoren und die Erstunterzeichner zu verschleiern. Sicherheitsoffiziere erklärten die Petitionen für »top secret«. Geheimdokumente durften nur mit militärischer Bewachung zum Ort

der Regierung gebracht werden – und weil zur Zeit, wie Groves beispielsweise erklärte, kein Begleitpersonal zur Verfügung stehe, verschwanden die Papiere im Safe von Los Alamos. Im »Metallurgischen Laboratorium« der Universität Chicago, wo Diskussionen verboten wurden, soll eine geheime Abstimmung von einhundertfünfzig Wissenschaftlern und Technikern vierfünftel Nein-Stimmen gegen den kriegsmäßigen Einsatz der Waffe ergeben haben.

Von allen Bekenntnissen, die in diesen Wochen zustande kamen, ist noch immer die Eingabe an den Kriegsminister vom 11. Juni 1945 hervorzuheben: verfaßt und offen unterzeichnet von sieben Chicagoer Wissenschaftlern, die unter der Leitung des einstigen Göttinger Professors James Franck den unangemeldeten Kernwaffenangriff auf Japan ablehnten. »Wenn unser Land als erstes eine solch verwerfliche Methode der restlosen Zerstörung jeglicher Zivilisation einführt«, wäre ein Wettrüsten die Folge, bei dem auch andere Staaten binnen zehn Jahren in den Besitz von Kernwaffen gelangten. Der Mahnruf erfolgte zwei Wochen vor Gründung der UNO in San Francisco. Diese Forscherelite, die die Furchtbarkeit der Waffe und die Dramatik der weltpolitischen Entscheidungssituation tatsächlich einschätzen konnte, begegnete den Gewaltambitionen ihrer Regierung mit einer Empfehlung, die von humaner Ethik getragen war: Die Bombe sollte »vor den Augen der Abgeordneten aller Vereinten Nationen« in einem geeigneten, unbewohnten Gebiet vorgeführt und von einer Erklärung an die Welt begleitet werden. »Ihr seht, was für eine Waffe wir besaßen, aber wir haben sie nicht angewandt. Wir sind bereit, sie auch in Zukunft nicht anzuwenden, wenn sich die anderen Nationen uns daran anschließen und in die Gründung einer wirkungsvollen internationalen Kontrolle einwilligen.« Auch der »Franck-Report« wurde nur für wert erachtet, zu den Akten genommen zu werden.

Die erinnerten Tatsachen, die in den bis heute publizierten Dokumenten und Darstellungen zu finden sind, beweisen die Strategie der US-amerikanischen Regierung und des Pentagon – noch während ihr Volk in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition und also an der Seite der Russen kämpfte. Die Bombe sollte fallen, je eher, desto besser! Sie explodierte erstmals am 16. Juli 1945 in der Wüstenlandschaft des sinnigen Namens »Jornada del Muerto« (Reise in den Tod): als technischer Geheimversuch und zudem erklärte Warnung an die Sowjetunion in den Tagen der Potsdamer Konferenz. Die dann folgenden Katastrophen am 6. und 9. August 1945 in Japan, die man als Antifaschist (das ist Bedingung!) auch Kriegsverbrechen und Verbrechen wider die Menschlichkeit nennen kann, eröffneten den verhängnisvollsten Vorgang der Menschheitsgeschichte. Alles Leben, jede Art von Politik erfolgt seitdem unter der krebsartig wachsenden Vernichtungsgewalt, die mit dem allegorischen Begriff der »Bombe« längst unzureichend bezeichnet ist.

Robert Oppenheimer, Projektleiter der Endfertigung des Monstrums in Los Alamos, bekannte 1948 im Interview mit Betroffenheit: »In einem ursprüngli-

chen Sinn [...] haben die Physiker die Sünde kennengelernt; und das ist eine Erkenntnis, mit der sie von nun an leben müssen.« Präsident Truman hingegen, der einen Monat nach Gründung der UNO den Abwurf der Bomben entschieden hatte und ihre weitere Produktion verfügte, posaunte mit staatspolitischer Hybris: »Was dort geschah, ist die größte Leistung der organisierten Wissenschaft in der ganzen Geschichte. Sie wurde unter äußerstem Druck erbracht und war ein absoluter Erfolg. Wir haben zwei Milliarden Dollar für das größte wissenschaftliche Risiko der Geschichte aufs Spiel gesetzt – und gewonnen.« Es war der Jargon eines Spielers, mit dem hier die peinlichste Frage der Menschheit beurteilt wurde.

Einstein war wegen seines nur brieflichen Anteils bis zum Lebensende zutiefst deprimiert. Doch die Kernwaffe wäre in den Vereinigten Staaten auch ohne sein erstes Schreiben an Roosevelt gebaut worden. Wahrscheinlich nur wenig später. Ihre Verheerungen wären dann nicht in Japan erfolgt, wohl aber im Korea-Krieg oder in Vietnam. Andere Menschen wären die Opfer gewesen. Was entscheidend für die Betroffenen ist, aber nicht von prinzipiell anderem Einfluß auf die Weltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es gab eine politische Macht, die diese Massenvernichtungswaffe um jeden Preis besitzen und zum Einsatz bringen wollte. Ihre »Stärke« vor aller Welt zu beweisen, so daß kein anderes Land, kein anderes Volk ernsthaft mehr konkurrieren könnte – das schien der Errichtung eines neuen Hegemonialsystems dienlich: der »Pax-Americana«, des »Weltfriedens« und der »Zivilisation« im Interesse einer vom Monopolkapital geführten, alles beherrschenden USA.

### 3.

Die Geschichte des Zerfalls der Anti-Hitler-Koalition und des »Kalten Krieges« offenbart, wie sehr das amerikanische Monstrum tatsächlich gegen die Sowjetunion und die Länder des sich ausbreitenden Sozialismus gerichtet war. Was wäre geschehen, wenn die Russen die Hölle von Hiroshima, von Nagasaki und die weitere Atomrüstung nicht als eine auf sie zielende Drohung verstanden hätten – wenn sie nicht, nach schwersten Verlusten an Menschen und Produktivkräften im soeben überstandenen Krieg, zum ungemein kostenschweren Bau einer eigenen Atombombe vorangeschritten wären? Wann nicht die Menschheit zumindest eine Hoffnung, die »Frieden der Abschreckung« heißt, als am 29. August 1949 die erste Versuchsexplosion einer sowjetischen Atombombe gelang? Das Waffenmonopol der USA war gebrochen. Wegen einer möglichen Vergeltung durch die Sowjetunion wagte die US-Administration, trotz der Absichten ihrer Planungsstrategen und einiger ihrer Generäle, schon im 1950 ausbrechenden Korea-Krieg nicht mehr, Atomwaffen einzusetzen.

Man hat einen Krieg, bei dem die damaligen Kernwaffen verwendet würden, strategisch noch immer mit dem Charakter und dem Zerstörungsgrad

der sogenannten klassischen Kriege verglichen. Die Wirkung der einzigen Bombe von Hiroshima, gemessen an der Zahl der sofortigen Menschenopfer, nicht an den unerwarteten Folgen der radioaktiven Verseuchung, schien noch eine gewisse Ähnlichkeit mit dem letzten Großangriff auf Dresden zu haben. Doch die Entwicklung der neuen Waffentechniken trieb zu weiteren, ungeheuren Veränderungen. Die Vernichtungskraft der Wasserstoffbomben, die bei den konträren Versuchsexplosionen der USA (1952) und der Sowjetunion (1953) gezündet wurden, war rund tausendmal größer als die der bis dahin gebauten Atombomben. Die Rüstungseskalation hat sich fortgesetzt, ohne an Tempo zu verlieren. Es gibt heute strategische Raketen mit mehrfachen Nuklearsprengköpfen in großer Zahl, von denen eine einzige zehnmals soviel Sprengkraft mit sich führen kann, als insgesamt im Zweiten Weltkrieg eingesetzt wurde, einschließlich der Bomben von Hiroshima und Nagasaki.

Der Physiker Frank Barnaby, zeitweilig Leiter des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI), zählte 1982 rund 52 800 nukleare Sprengköpfe mit einem Gesamtsprengsatz von 12 Milliarden Tonnen, was 1 Million Hiroshimabomben entspricht. Wollten wir im Vergleich mit den beiden auf Japan geworfenen Bomben nur die 155 000 Soforttoten zugrunde legen, so würde die mörderische Un-Masse für 155 Milliarden Menschen ausreichen – wobei doch nur 5 Milliarden auf der Erde leben. Ein jeder weiß allerdings, daß selbst dieses makabere Zahlenspiel die Gefahr mangelhaft ausdrückt, weil radioaktiver Niederschlag und Strahlung dabei noch gar nicht in Rechnung gestellt sind. Hinzu kämen die schwer voraussagbaren (daher oft ignorierten) Langzeiteffekte, die menschliche Erbschäden, globale Klimaveränderungen und Zerstörung der erdschützenden Ozonschicht bewirken. Selbst ein konventioneller Krieg könnte in hochindustriellen Regionen der Erde eine massenvernichtende Wirkung erzeugen: Ist doch leicht auszudenken, welch ein Inferno durch den Einsatz modernster Artillerie, Raketen und Bombergeschwader gegen Großstädte, Kernkraftwerke, Chemie- und Baustoffindustrien, bio- und gentechnische Entwicklungszentren bereitet würde.

Von Humanisten und Friedensfreunden, die sich unter den »Vätern der Bombe« befanden, ist schon gesprochen worden. Es bleibt auch zu erwähnen, daß inzwischen fast drei Jahrzehnte vergangen sind, seitdem kein Geringerer als Albert Einstein – wenige Tage vor seinem Tod – das vermächtnishaftes Dokument unterzeichnete, das als »Einstein-Russell-Manifest« überliefert ist. Der berühmteste Zeitgenosse und der britische Philosoph Bertrand Russell verfochten den allgemein-humanistischen Standpunkt unbedingter Erhaltung der Menschheit. »Wir sprechen [...] als Angehörige der Gattung Mensch, deren weitere Existenz auf dem Spiele steht. Die Welt ist voller Konflikte, und alle kleineren Konflikte sind überschattet vom titanischen Kampf zwischen Kommunismus und Antikommunismus [...]. Wir wollen versuchen, kein Wort zu sagen, welches sich an die eine Gruppe stärker wendet als an die andere. Die

Gefahr ist für uns alle gleich groß, und wenn die Gefahr verstanden wird, ist zu hoffen, daß sie kollektiv abgewendet werden kann. Wir müssen lernen, auf neue Art zu denken. Anstatt zu fragen, welche Schritte unternommen werden können, damit dem Lager, dem wir den Vorzug geben mögen, der Sieg sicher ist – denn solche Schritte gibt es nicht mehr –, müssen wir uns die Frage stellen, welche Schritte unternommen werden können, damit ein militärischer Konflikt verhindert wird, dessen Folgen für alle Seiten katastrophal wären. Die breite Öffentlichkeit und sogar viele Personen in Machtpositionen haben nicht begriffen, was ein Kernwaffenkrieg bedeuten würde.«

Die von beiden Initiatoren empfohlene Resolution, unterschrieben von neun weiteren Naturwissenschaftlern aus Großbritannien, Frankreich, Japan, Polen, der BRD und den USA, gemahnte am 9. Juli 1955 die Regierungen an ihre menschheitliche Verantwortung: zu erkennen, »daß ihre Ziele nicht durch einen Weltkrieg gefördert werden können«. Sie müßten vielmehr »nach friedlichen Mitteln und Wegen zur Lösung aller strittigen Fragen« suchen.

Man kann nicht sagen, daß die Staatsführungen, die den weltumspannenden Systemkonflikt repräsentieren, diese Mahnung genügend bedacht hätten. Die Administration der USA provoziert andauernd Rüstungsschübe, und sie wagte den Einsatz barbarischer C-Waffen in Vietnam. Die Vertreter der Sowjetregierung erklärten von der Tribüne des XX. Parteitages der KPdSU (1956): »Der Wasserstoffbomben- und Atomkrieg kann zu großen Zerstörungen, aber nicht zur Vernichtung der Menschheit oder ihrer Zivilisation führen [...]. Unser sehnlichster Wunsch ist es, den Krieg aus den Gepflogenheiten der internationalen Beziehungen zu beseitigen [...]. Nun, wenn die Abenteurer aus dem Lager des Imperialismus es versuchen sollten, den Frieden zu verletzen und einen dritten Weltkrieg zu entfachen, so ist es eben ihre Schuld. Es besteht kein Zweifel, daß ein dritter Weltkrieg zum Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems führen wird.« Hier wurden Waffenentwicklung und Menschheitsbedrohung, wurde die weltpolitische Situation objektiv falsch beurteilt.

In der DDR hat Max Steenbeck, Nestor der physikalischen Wissenschaften, in den Wochen des »Nachrüstungs«-Beschlusses der NATO in Brüssel (1979) seine beschwörende Schrift publiziert: »Nukleare Auf- oder Abrüstung, eine Frage von Sein oder Nichtsein«. Während er die sofortigen Wirkungen eines Nuklearschlages konkret-sachlich beschrieb, mochte er nicht »glauben«, daß es sich wirklich so ereignen würde. Das aber ändere nichts an der »sehr realen Tatsache, daß es technisch noch vor Ablauf des heutigen Tages, hier an dieser Stelle, genau in dieser Weise oder noch grauenvoller geschehen« könnte: »Die Menschen sollen durchaus nicht erwarten, daß es so kommt. Das wäre lähmend. Doch sie müssen wissen, daß es so kommen kann, wenn sie nicht selbst mithelfen, etwas dagegen zu tun. [...] Eine Krise dieser Art nicht Wirklichkeit werden zu lassen, ist nur mit politischen Mitteln möglich, genau so, wie sie

nur aus politischen Gründen entstehen kann.« Das ist eine Mahnung aus berufenem Mund – alarmierend in unserem militärisch behüteten Alltag, wo trotz amtlicher Friedensbeteuerung die Losung »Schwerter zu Pflugscharen« nur widerstrebend geduldet wird.

#### 4.

Im Gegensatz zu den Prognosebedingungen von Friedrich Engels sind heute die Folgen eines Weltkriegs abstrakt, aber zutreffend als ein Ende der Menschheit vorstellbar. Und wir müssen selbstkritisch sagen: Es waren nicht Historiker, sondern Naturwissenschaftler, die von Anfang an warnten – mehr noch: deren moralische Betroffenheit und Fachwissen, exakte Sprache und Vorstellungskraft die Gefährdung der Menschheit in weltweiten Kundgaben begreiflich machten. Paritätische Abrüstung und friedliche Koexistenz – verstanden als Kooperation aller Gesellschaftsordnungen – ist ein unabdingbares Gebot heutiger und zukünftiger Weltpolitik.

Sie zu unterstützen, muß Pflicht marxistischer Historiker sein. Wir müßten unsere traditionellen Arbeitsrichtungen prüfen, Präzisierungen vornehmen, vor allem noch weitere Fragen, die über die vorgenannte Problemstellung hinausgehen, an die Geschichte richten: Der Krieg, die Geißel der Menschheit, war und ist er ein unausweichliches Schicksal? – Der allgemeine Frieden, der Traum der Menschheit, war er schon früher und ist er endlich heute erreichbar? – Gibt es ein Friedenserbe in der Geschichte, das uns verpflichtet? – Gibt es versäumte Konfliktlösungen und Friedensmöglichkeiten, die uns mahnen? – Gibt es eine objektive Tendenz in den modernen Staatenbeziehungen und im Völkerrecht, die nicht bloß auf Krieg, sondern auf Ausgleich und Befriedung gerichtet ist? – Welche weltpolitischen Konzeptionen werden von den Trägern der Staatenpolitik und den Triebkräften der Geschichte für eine solche Befriedung heute vertreten? – Was kann Geschichtsbewußtsein leisten, um ein Bündnis für den Frieden sowie eine »Koalition der Vernunft« (eine »Partnerschaft der Sicherheit«) zu unterstützen? – Und insbesondere für Marxisten erhebt sich die Frage: In welchem Verhältnis standen und stehen proletarischer Klassenkampf und Friedenskampf, sozialistische Revolution und Frieden?

## »Der Scheißkrieg ist zu Ende!«

Erinnerung im Interview (1985)

**Sonntag:** Vierzig Jahre sind vergangen seit dem Tag des Sieges und der Befreiung, eine lange Zeit, weit länger als die Weimarer Republik und der Faschismus zusammengenommen. Trotzdem hat dieses Datum nichts verloren an Aktualität. Liegt das daran, daß es eine Zäsur war im Leben des einzelnen und in der Entwicklung der Gesellschaft? Welche Erinnerungen, Erfahrungen und – Sie sind Historiker – Erkenntnisse verbinden sich für Sie mit diesem Ereignis der Geschichte?

**Bock:** Wie immer ich an Ihre Frage herangehe, sehe ich primär das Objektive und Allgemeingültige dieses Datums; dann erst wage ich mich an persönliche Erinnerungen und Erfahrungen. Der 8. Mai 1945 ist eine Zäsur von weltgeschichtlicher und, zumal für jeden Deutschen, von nationalgeschichtlicher Bedeutung – tief einschneidend: mit Abbruch von Entwicklungen, die dorthin führten, und Folgen, die daraus erwachsen. Den Gehalt des Ereignisses haben Sie schon formuliert. Tag des Sieges und der Befreiung. Jeder in unserem Land weiß heute, was das bedeutet. Es ist der Tag des Sieges der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner in der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen und internationalen Faschismus – zugleich der Tag der Befreiung für die Völker Europas, darunter das deutsche Volk, vom Joch des Nazitums und dem Elend des Zweiten Weltkriegs.

Indem ich das sage, bin ich, in den vier Jahrzehnten seitdem, ein anderer geworden. Ich sage »Sieg der Sowjetunion«, nenne diese sogar vor den bürgerlich-kapitalistischen Siegermächten, etwa den USA, Großbritannien, Frankreich. Sage nicht bloß »Kapitulation« – womit das gedankliche Schlaglicht zuerst nur auf Wehrmacht und Deutsches Reich gerichtet würde. Ich beurteile den damaligen Vorgang in seiner Bedeutung für mich und mein Volk mit dem Begriff der »Befreiung«. Nicht dem der »Katastrophe«! Dieser 8. Mai 1945 ist daher für mich ein Tag der Entscheidung für das Leben. Kein »internationaler Trauertag«!

Doch indem ich das sage, verlangt mein Gewissen hinzuzufügen, daß ich damals, vor vierzig Jahren, nicht unter den Siegern, sondern den Besiegten war. Wohl unter den Befreiten, aber mit dem verfinsterten Gefühl einer Katastrophe, um einiges erhellt nur durch die Gewißheit, diesen verheerenden Krieg überlebt zu haben.

»Der Scheißkrieg ist zu Ende!« Das war der Ruf an jenem Tag auf der Halbinsel Jütland, wo Wehrmachtsreste, in einem Landsack eingeschlossen, den widrigen Kampfeinsatz nun nicht mehr fürchten mußten. »Heim geht's zu Muttern!« sagten die Älteren, dachten an ihre Frauen und Kinder, unterschlugen das Wort »Gefangenschaft«.

Es war ein vieltausendfaches Aufatmen. Die letzten Leuchtpurgeschosse jagten zum Himmel. Und ich selbst stand darunter: Jahrgang '28, gerade erst siebzehn, einer von den soeben noch Eingezogenen – mit blanker Ironie »Deutschlands letzte Hoffnung« genannt. Das war eine merkwürdige Katastrophenstimmung, die da überkam: nicht »Endzeit«, vielmehr »Ende« für irgendein Neues, anderes, immerhin Leben. Aber was und wie? Ich möchte den optimistischen Schimmer in diesem Halbdunkel nicht zu sehr aufhellen. »Heim zu Muttern!« war leicht gesagt. Zum Beispiel ich: Das Elternhaus zerbombt, die Familie in alle Winde zerstreut, der Wunschberuf »christlicher Seefahrt« ausgeträumt, alles Gelernte umsonst, alle sogenannten Werte kaputt. Dazu der Hunger, die Körperschwäche, der Dreck, die Läuse. Eine trüb spiegelnde Miniatur der großen Verelendung meines Volkes.

Ich selbst war doch nur ein Halm in diesem Strandgut der Vernichtung und der Selbstvernichtungen des Kriegs gewesen. Daß ich mich wieder aufrichten konnte, auf neue Art zu wachsen begann, verdanke ich allein dem dann folgenden gesellschaftlichen Vorgang der Kritik, der Selbstkritik und Erneuerung. Dem geistigen Entwurf und der Tat für ein antifaschistisches, gar sozialistisches Deutschland. Allein diese Tatsache erklärt, warum der 8. Mai für mich kein Tag der »Kapitulation« und der »Katastrophe« geblieben – vielmehr ein Tag des Sieges und der Befreiung geworden ist. Daß der Hitlerfaschismus zerschlagen wurde, hat meinem Leben die auf Weltfrieden und sozialen Fortschritt orientierte Richtung gegeben. Ich bin gewiß, daß diese Erfahrung von vielen meiner Generation gemacht worden ist, die heute in der DDR lebt und arbeitet.

**Sonntag:** Bleiben wir bei Ihrer Generation, die schon alt genug war für den Krieg und noch sehr jung gewesen ist in den ersten Jahren des Umbruchs. Entwurzelung in Kindheit oder Jugend bleibt nicht ohne Folgen für spätere Lebenshaltungen. Ist dies eine Generation, die Aufbruch mehr kannte als Geborgenheit, unterwegs zwischen Suchen und Ankommen?

**Bock:** Wenn ich an Kindheit und Jugend denke, muß ich mich peinlich an Faschismus und Krieg erinnern. An den Aufschrei und das Weinen der Frauen bei Ankunft der Todesnachricht ihrer gefallenen Männer und Söhne. An die Bombennächte in meiner Heimatstadt Köln. An den Zwangsdienst als Frontarbeiter während des Rückzugs zwischen Belgien und dem Rhein, mit MG-Salven britischer Flugzeuge von oben und Karabinerkugeln deutscher Wachmannschaften unten. An die Toten in ihrer unbeschreiblichen Verstümmelung. Die Barbarei dieses Kriegs, die unaufhaltsame Niederlage, das Geworfensein in all das Chaotische, in dem aber bis zuletzt ein machtsstaatliches Räderwerk malnte, ließen für unbekümmerte Jugend keine Zeit. Da kam frühreife Ironie hoch, immer gehemmt noch durch Anwendlungen des Vertrauens und des Zweifels an mir selbst. Erst bei der militärischen Vereidigung, im Frühjahr 1945, befreite ich mich inwendig durch einen lächerlichen Privatwiderstand:

Ich verweigerte den Fahneid auf den »Führer«, indem ich die Schwurhand nicht hob und schwieg. Der Aufbruch hatte begonnen. Aber es blieb dumpf und perspektivlos in mir.

Nicht nur nach außen, gegen die anderen Völker, auch nach innen, gegen das eigene Volk, vor allem die Jugend, hatte das Naziregime gewirkt. Es hatte auch mich verführt durch die Romantik von »Blut und Boden«, den Anspruch auf »Lebensraum und Weltmacht«, die Hetze des Antikommunismus. Es hatte mich mißbraucht durch den Schwulst spektakulärer Demonstrationen, den Betrug »arischer Herrenmenschen«, den Handlangerdienst für den Raubkrieg. Es hatte zudem eingeschüchtert durch Disziplinierung und Terror. Gleich der Mehrheit der Deutschen war auch ich ohne nennenswerten Widerstand, mit verzweifelten Illusionen, zuletzt erst mit aufbrechender Renitenz an das Kriegsende getaumelt. Noch trug ich ein falsches Bewußtsein von den Kriegsursachen – was der tiefere Grund aller Entwurzelung und Ungewißheit war.

Doch in mir, in sehr vielen, lebte ein Funke, der 1945 sofort aufflammte. Ein einziger lichter Gedanke: Nie wieder Krieg! Man war mit der ganzen Volksmasse das ächzende, splinternde Knüppelholz gewesen, auf dem die Regierer seit jeher gedachten, zum Ziel ihrer Interessen und ins Pantheon der Geschichte zu steigen. Diese Negation des Kriegs und die kritische Selbstbeurteilung wurden nun Streitbar, aktivierend. Vor allem, weil die bohrende Frage nach den Kriegsursachen auf Verursacher stieß. Mit historischer Verspätung griff sie die bisherigen Macht- und Befehlshaber an. Sie entdeckte hinter den wechselnden Regierungen, die seit dem Ersten Weltkrieg amtiert hatten, oft immer gleiche, auch heute fortlebende Namen – von Industrieunternehmern, Banken, Konzernen, für die ich selbst als junger Metallarbeiter Schnellbootmotore gebaut hatte. Aus der Ablehnung des erfahrenen Kriegs erwuchs eine Bereitschaft für Alternativen des gesellschaftlichen Lebens. Nur, solange ich ihren Trägern nicht begegnete, sie nicht einmal kannte, blieb ich innerlich wie äußerlich ein Entwurzelter, ein immer fragender Vagabund. Viele meines Alters waren auf diese Weise kürzer oder auch länger »unterwegs«. Auf der Suche nach geistigen Vätern und lebenswerten Zielen.

**Sonntag:** Die Söhne haben keinen Einfluß auf die Geschichte der Väter. Sie sind nur – ob sie wollen oder nicht – mit deren Folgen befaßt oder von ihnen betroffen. Eine von der genannten Generation zur Genüge gemachte Erfahrung.

**Bock:** Während das Naziregime meine Generation zur politischen Unmündigkeit erzog, hatte die Mehrheit der Vätergeneration durch mangelhaften Widerstand ihre Mündigkeit selbst aufs Spiel gesetzt. Aber die Zeit des Kriegsendes war nicht danach, diesen Vätern lange Vorwürfe zu machen. Man hungerte und arbeitete gemeinsam mit ihnen, war geprägt von derselben Not, Erfahrung und Hoffnung. Und doch waren es andere Väter, die ich suchte.

Erst als ich nach englischer Kriegsgefangenschaft und nach einem Landarbeiterleben in den Westzonen über die »grüne Grenze« ging, illegal ins so-

wjetische Besatzungsgebiet wechselte, begegnete ich ihrem politischen Geist sofort. Auf unzähligen Holztafeln und Plakatwänden stand geschrieben: »Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.« Frage ich mich heute, nach so langer Zeit, welches wohl der erste Satz gewesen ist, der mich politisch tief berührte, so war es dieser. Daß eine Siegermacht sogleich bei Kriegsende meinem Volk und damit auch mir die öffentliche Bürgschaft einer politischen Zukunft gab, hatte ich jenseits nirgends erfahren. Hier aber existierte ein überall bekanntes und zitiertes Versprechen. Ich werde niemals vergessen, wie mich bereits im Grenzland dieser geistige Anschlag schockte. Er widersprach allen Behauptungen des Antikommunismus und Antisowjetismus, den die Faschisten, sodann bürgerliche Besatzungsmächte und ihre deutschen Wortführer versucht hatten, in mein Bewußtsein zu flößen.

Arbeiter, der ich war, reizte es mich, die Probe aufs Exempel zu machen. Was ich sogleich fand, waren antifaschistische Parteien, Gewerkschaftsleben, Bodenreform, Schulreform, Einheit der Arbeiterbewegung. Der »Ostgänger« blieb – und wurde mit den Jahren ein Bürger des neuen Staats. Was er aber für eine großmütige Geste des Siegers in seiner Triumphstunde gehalten hatte, enthüllte sich dem späteren Historiker als eine Kundgabe vom 23. Februar 1942, dem Ende der Moskauer Winterschlacht – als der faschistische Aggressor noch tief im russischen Land stand und die Sowjetvölker aus tausend Wunden bluteten.

Vor diesem Hintergrund wirkten jene deutschen Männer und Frauen, die man heute »Aktivisten der ersten Stunde« nennt: namentlich heroische Menschen, die in der Illegalität, den Zuchthäusern, den Konzentrationslagern, der Emigration einen antifaschistischen Widerstand geleistet hatten. Sie selbst, mit dem von ihnen überlieferten Bildungsgut und begeistert gelebten Erneuerungsprogramm für eine Gesellschaft ohne imperialistischen Krieg und ohne Ausbeutung, erwiesen sich nun als die »geistigen Väter«, die ich in meiner dämmrigen Halbwissenheit gesucht hatte. In den vierzig Jahren meines eigentlichen Lebens genoß ich das Glück, einigen dieser Menschen zu begegnen, mit ihnen zusammen zu wirken. Stets werde ich mich verneigen vor ihnen: dem gelebten Humanismus, der Überzeugungstreue, der Tatkraft, dem Zukunftsglauben. Sie waren es, die mir die Tür zu einem sinnreichen Leben öffneten – aber hindurchgehen mußte ich selbst.

# Kein Ort. – Nirgends?

Historische Analogie (1986)

»Wie trübe beginnt dieses Jahr, wie beängstigend –  
könnte man nur der Zeit entlaufen wie man einem  
Ort entläuft! Ach, ich muß dies ganze Jahr  
ausdauern, ehe ich zu 1831 gelange!«

Heinrich Heine an Varnhagen von Ense, 3. Januar 1830.

Der Mann, von dem zu berichten ist, verweilte einige Wochen lang auf der britischen Insel Helgoland und fühlte sich müde, niedergeschlagen, abgekämpft. Er mochte jetzt nur noch Wolkenzüge beobachten, metrische Wortzauber erklügeln, sich in die Wunderwelt alter Märchen versenken. Eine Ironie des Schicksals, so wollte es ihm scheinen, daß er in langen Jahren das ganze Gegenteil getan hatte. »Ich mußte politische Annalen herausgeben, Zeitinteressen vortragen, revolutionäre Wünsche anzetteln, die Leidenschaften aufstacheln, den armen deutschen Michel beständig an der Nase zupfen, daß er aus seinem gesunden Riesenschlaf erwache.« Doch er hatte dem »schnarchenden Giganten«, womit er das deutsche Volk meinte, nur ein sanftes Niesen entlocken können, und als er ihm einmal – fabulierte er kaustisch – aus lauter Verzweiflung die Nachtmütze in Brand stecken wollte, sei sie »so feucht von Gedankenschweiß« gewesen, »daß sie nur gelinde rauchte«.

Der Spötter, der diese Gedanken auf den 1. Juli 1830 datierte, hatte seine Zeitgenossen aus dem Schneckenhaus biedermeierlicher Vorsicht und Bravheit nicht »hervorgeißeln« können. An der selbstgewählten Aufgabe, einen solchen »Guerilla-Krieg« zu führen, nun zweifelnd, resümierte er mit nie versiegender Ironie: »Ich werde mir ebenfalls eine deutsche Nachtmütze anschaffen und über die Ohren ziehen.«

Wohin aber hätte dieser Mann, der für die »Emanzipation der ganzen Welt«, insbesondere für die Freiheit des »mündig« gewordenen Europas gestritten hatte, damit es sich »von dem eisernen Gängelbände der Bevorrechteten« losriß, sein Haupt betten können? Wo durfte ein Jünger der Aufklärung und Sympathisant der Revolution, obendrein noch ein Jude, den schönen Traum von der allgemeinen Menschenverbrüderung in »Freiheit« und »Gleichheit« ungestört träumen? In Deutschland, wo die Polizei »sogar den Schlaf« kontrollierte, Italien, wo die Schildwachen Österreichs ihr schreckliches »Werda!« schrien, Rußland, wo die »Eisbären, seitdem sie sich zivilisierten«, gefährlicher wurden – in allen diesen Völkergefängnissen war dies ganz unmöglich.

Aber in England, der Wiege politischer und industrieller Bürgerordnung, wo er noch kürzlich das »glückselige Albion«, das »Land der Freiheit« gesucht hatte? – »Nimmermehr!« so räsonierte der Dichter in diesem Manne: »Nimmermehr nach diesem schnöden Lande, wo die Maschienen sich wie Menschen

und die Menschen wie Maschienen geberden. Das schnurrt und schweigt so beängstigend.«

Doch wohl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo es weder Fürsten noch Adel gibt und alle Menschen »gleich« sind, mit Ausnahme jener Millionen, die, wie dieser Mann wußte, »schwarze oder braune Haut haben und wie die Hunde behandelt werden? – »Du weißt,« schrieb er an den fiktiven Adressaten, den Leser also, »wie ich über dieses gottverfluchte Land denke, daß ich einst liebte, als ich es nicht kannte.« In diesem »ungeheuren Freiheitsgefängniß«, wo die rechthabenden Biedermänner ein »großes Wesen von ihrem Christenthum« machen und die »eifrigsten Kirchengänger« sind, würden ihn die »unsichtbaren Ketten« noch schmerzlicher drücken als »zu Hause die sichtbaren«: »Das Geld ist ihr Gott, ihr einziger, allmächtiger Gott.«

Dann aber in Frankreich, dem Land der Großen Revolution, mitsamt ihren Gesetzestafeln der Menschen- und Bürgerrechte, die die humane Aufgabe verkündigt haben, den möglichst vollkommenen Menschen und Staatsbürger in der möglichst vollkommen gestalteten Gesellschaft zu verwirklichen? »In Frankreich selbst soll es jetzt schlecht aussehen und die große Retirade hat noch kein Ende [...]. Die dortigen Machthaber sind dieselben Thoren, denen man [...] die Köpfe abgeschlagen [...]. Was half's! sie sind dem Grabe wieder entstiegen, und jetzt ist ihr Regiment noch thörigter als früher.«

Da war: Kein Ort. Nirgends. – Kein Land, wo ein wahrer Freund der »Freiheit« und »Gleichheit« seine Heimstatt finden mochte. »O Freiheit!« seufzte der Dichter, »du bist ein böser Traum!«

## 1.

Je höher die Ideale, je ungeduldiger das Streben nach ihrer Verwirklichung – desto tiefer stürzt manch ein Mensch in die Depression. Das mußte hier sogar Heinrich Heine erfahren, der doch einer der bewußtesten Zeitgenossen dieser Epoche war.

Seine Geburt als Sohn israelitischer Eltern im rheinischen Düsseldorf, seine Jugend unter den Nachwehen der Französischen Revolution und der Schirmherrschaft des Kaisers Napoleon, die beide für Juden emanzipatorisch wirkten, waren Mitgift fürs Leben gewesen. Seit rund fünfzehn Jahren als Lehrling und Kaufmann, Student und freischaffender Literat Gedicht auf Gedicht, Buch auf Buch aus sich hervortreibend, hatte er den Weg und das Ziel seiner Zeit zu begreifen, auch in aller Öffentlichkeit zu besprechen gesucht. Als ein Schüler Hegels den Werdegang von Staat und Gesellschaft nach objektiven Entwicklungstendenzen und dialektischen Widersprüchen befragend, hatte er die Große Revolution der Franzosen gemäß den oft zitierten Worten seines philosophischen Lehrmeisters als den »herrlichen Sonnenaufgang« eines Zeitalters aufgefaßt, in dem »der Mensch sich auf den Kopf, d. i. auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut«. Und ein jeder konnte es in der so-

eben in Hamburg erscheinenden Neuauflage des ersten Teiles der »Reisebilder« nachlesen: Er selbst hatte sich dort in der zweideutig verhüllenden Schilderung seiner »Harzreise« einen »Ritter von dem Heiligen Geist« genannt, womit er nichts anderes als Hegels »Weltgeist« meinte, dessen notwendiger Endzweck die »Freiheit« und »Gleichheit« aller Menschen sein sollte.

Welch ein freigeistiges, auf humanen Fortschritt orientiertes Bekenntnis – in welch geistwidrigen, auf Maulkorb und Polizeikontrollen verpflichteten Staatszuständen! Nach einem Vierteljahrhundert der Revolution und der Kriege hatten das bürgerliche England und die mit ihm verbündeten Fürsten des Kontinents das aus den Revolutionswehen hervorgegangene Kaisertum Napoleons überwunden. Das Rad der Geschichte schien tatsächlich zurückgedreht. Nur die Briten wahrten hinter dem Ärmelkanal ihren politischen Weltrang und das wegbereitende Beispiel bürgerlicher Gesellschaftsentwicklung. Dort eilte die Industrielle Revolution ihrem Ende zu und verursachte 1825 statt der Selbstgewissheit optimistischer Handels- und Industrieunternehmer den Katzenjammer fassungsloser Bankrotteure, die sich von der ersten zyklischen Überproduktionskrise jäh getroffen fühlten. Auf dem Festland aber herrschte die Heilige Allianz unter dem Vorrang des Zarentums, und in Deutschland galt Metternichs Name für die Bewahrung eines spät- und halbfeudalen Staatensystems, in dem die Deutschen teils als politisch unmündige Untertanen, teils als verfassungsrechtlich deklarierte, dennoch bevormundete und beargwöhnte Staatsbürger leben mußten. Die Historische Rechtsschule, wie sich die geistigen Klopffechter dieser Restaurationsregime titulierte und wie Heine selbst sie in der Leitfigur Savigny auf dem Berliner Katheder erlebt hatte, stellte die Aufklärung, die Revolution, den Kaiser Napoleon und jeden ihrer Anhänger vor die Meßlatte der romantisch-konservativen Evolutionstheorie: Sie verteuflte dies alles als irrsinnige Vernunfttümelei – Störungen und Störer, die gegen das »organische Wachstum«, die »historische Kontinuität« der Fürstenstaaten mitsamt den von ihnen beherrschten Völkern gerichtet seien. Und der politische Klerikalismus tat ein übriges, um die Staatsgewalt der Fürsten, sogar noch die Vorrechte des Adels und der Pfaffen, unter dem Heiligenschein des »Legitimus« (wie das erneuerte Dogma des monarchischen »Gottesgnadentums« nun hieß) gegen den Anspruch bürgerlicher »Freiheit« und »Gleichheit« zu verteidigen.

Dennoch war das, was man »Restauration« nannte und in der Historie heute noch nennt, nicht bloß Stillstand. Ihre Ideologie, die ihre Zeitgenossen dem Entwicklungsdenken und dem Rationalismus der Aufklärung, den Umbrüchen des Revolutionszeitalters entfremden wollte und ins Mittelalter verwies, wo sie die Bauelemente für Gegenwart und Zukunft entlehnen sollten, stand im Dienst einer merkwürdigen Regierungspraxis. Indem die Fürsten des Wiener Kongresses die territorialen Wandlungen und die frühliberalen Reformdekrete aus der Ära Napoleons dem Primat ihrer Machtinteressen unterordneten, großenteils aber übernahmen, betrieben sie eine aristokratisch-konservative Politik, die

man eine widerwillige Art von Anpassung an die Entwicklungstendenz der Epoche nennen darf: Sie vermochten den bürgerlichen Fortschritt zu deformieren, das Werden der neuen Gesellschaft zu verlangsamen – aber nicht aus der Welt zu schaffen. Fürsten und Adel bewahrten Macht und Vorrang nur um den Preis ökonomischer, sogar politisch-gesetzlicher Zugeständnisse. Die Umwälzung von Staat und Recht, die seit der Jahrhundertwende in vielen deutschen Gebieten durch die Springquellen französischer, rheinbündischer und preußischer Reformen begonnen hatte, jetzt freilich zum trägen Fluß gedämmt war, fand nicht weitab ihr vorwärtsweisendes Gegenbild in den Sturmfluten Europas: den nationalen Empörungen Italiens, Spaniens, Griechenlands, sogar dem Dekabristenaufstand der russischen Adelsrevolutionäre.

Wer da nicht in altväterischer Borniertheit und dumpfem Traditionsglauben versauerte, wer sich ebensowenig mit dem sprichwörtlich heiteren Selbstgügen und Alltagsoptimismus eines Biedermeiers beschied, der verstand diese untrüglichen Zeichen der Zeit. Gerade Heine hatte die Mauer, die aus Bürokraten und Zensoren, Polizisten und Demagogenriechern gebaut war, um die Deutschen vom Gang der Welt und der Weltgeschichte abzusperren, geistig überwunden, indem er seine Lebenstätigkeit auf die Pulsschläge des internationalen Lebens ausrichtete. Er hatte seine Weltkenntnis aus Handelsblättern und politisch-kulturellen Journalen, aus Briefwechseln und Salongesprächen, aus dem Studium der Geschichte und Philosophie, der Literatur und Künste gefiltert. Er hatte dieses Wissen durch Leben und Reisen in Deutschland, Polen, Italien und England geprüft. Er hatte seine hochbegabte Denk- und Ausdrucksfähigkeit durch die schwere Kunst des Schreibens geschärft. Und bei alledem waren ihm drei Zeitgenossen der älteren Generation – Napoleon, Hegel und Goethe – die epochalen Orientierungsgestalten, die richtungweisenden Leuchtfener gewesen.

Den öffentlich verfeimten Kaiser der Franzosen bewunderte Heine als einen genialen Geschäftsführer des »Weltgeistes«, als den »Mann der neuen Zeit, den Mann, worin diese neue Zeit so leuchtend sich abspiegelt, daß wir dadurch fast geblendet werden«. An Hegel, der seinen Studenten ebendieses Napoleon-Bild infiltrierte, hatte Heine die rationale Bewußtheit eines »Lebens für die Idee« der Menschheitsbefreiung geachtet, so daß er den Philosophen selbst – nächst der »französischen Revolution«, den »Dampfschiffen u.s.w.« – zu den hervorragenden Indizien des »Weltgeistes« rechnete. Bei Goethe schließlich rühmte Heine das »plastische Anschauen, Fühlen und Denken«, das »ewig feststehende« Geisteswerk des Dichters.

Doch im zwanghaft stillen Fluß der Restauration beständig »nach links« steuernd, war Heine mehr und mehr über den politischen und geistigen Standort dieser Gestalten, den Sektor seiner drei großen Richtzeichen, hinausgefahren. In den Reisebildern »Von München nach Genua« hatte er mit einer einschneidenden Korrektur seiner mutigen, aber pauschalen Hochschätzung Napoleons überrascht: »Ich bitte dich, lieber Leser, halte mich nicht für einen

unbedingten Bonapartisten; meine Huldigung gilt nicht den Handlungen, sondern nur dem Genius des Mannes. Unbedingt liebe ich ihn nur bis zum achtzehnten Brumaire – da verriet er die Freyheit. Und er tat es nicht aus Notwendigkeit, sondern aus geheimer Vorliebe für Aristokratismus. Napoleon Bonaparte war ein [...] Feind der bürgerlichen Gleichheit, und es war ein kolossales Mißverständniß, daß die europäische Aristokratie, repräsentiert von England, ihn so todfeindlich bekriegte.« Das Kriterium, das hier zur Beurteilung des zeitgemäßen Fortschritts angewendet wurde, verschob sich sichtlich von der allgemein-bürgerlichen Phrase der »Freiheit« zur revolutionär-demokratischen Forderung der »Gleichheit«. Heine selbst wertete sein nunmehr kritisches Napoleon-Bild als die Auffassung eines »Demokraten«.

An dieses Urteil über den »Kaiser der Franzosen«, der in Wahrheit ein autokratisches Haupt der neuen französischen Besitzaristokratie gewesen war, fügte Heine mit provozierender Kühnheit eine Inhaltsbestimmung seiner aktuellen Epoche. Er bekannte sich freiheraus zur Großen Revolution – sogar zu ihren ungeliebten Zuspitzern und Tempomachern. Den Leitbegriff der »Gleichheit« wiederum pointierend, bejahte er den Terror der Jakobiner als revolutionäre Maßnahme, die ihrer Tendenz nach gegen alle Erscheinungen des Aristokratismus, jede Art der Bevorrechtung gerichtet war: »Die Franzosen, das Volk der Gesellschaft, hat diese Ungleichheit, die mit dem Prinzip der Gesellschaft am unleidlichsten kollidiert, notwendigerweise am tiefsten erbittert, sie haben die Gleichheit zu erzwingen gesucht, indem sie die Häupter derjenigen, die durchaus hervorragten wollten, gelinde abschnitten, und die Revolution ward ein Signal für den Befreiungskrieg der Menschheit. Laßt uns die Franzosen preisen! – sie sorgten für die zwei größten Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft, für gutes Essen und bürgerliche Gleichheit; in der Kochkunst und in der Freiheit haben sie die größten Fortschritte gemacht.« Das war keine Verteufelung der »fürchterlichsten Tyrannei«, wie die jakobinerfeindliche Sprachregelung der Konservativen und der gemäßigten Liberalen doch lautete und selbst einem Hegel den Ausdruck diktierte. Das war auch nicht bloß Idealisierung der jakobinischen »Tugend«-Doktrin. In witziger Verkleidung wurden hier radikale Ideen von Marat, Robespierre, Saint-Just rezipiert. Die »Gleichheit« sollte das Korrelat der »Freiheit« sein. Nur eine politische »Kochkunst«, die beide Prinzipien gemeinsam nutzte und erfüllte, vermochte materielle Bedürfnisse und Interessen aller Menschen zu verwirklichen.

Da konnte nicht fehlen, daß der sich radikalisierende Hegelschüler auch von dem Haupt der bürgerlich-freiheitlichen Philosophie, insbesondere von dessen Staatsidee abrückte – vom Staat als der »göttlichen Idee«, dem »absoluten Interesse der Vernunft«, dem »sittlichen Ganzen«, worin das Individuum allein seine Freiheit erreichen und genießen sollte. Das geschah mit schneidender Ironie in Hegels eigener Systemsprache. Heine kritisierte den Lehrer im Namen der freiheitsliebenden Jugend als einen der »älteren Leute«, die am Ende doch

mehr an die »Interessen ihrer Kapitalien« als an die »Interessen der Menschheit« dächten und deshalb ihr Schifflin im Rinnstein des Lebens ruhig fortswimmen ließen: »Und dabei erzählen sie vielleicht: daß sie selbst in ihrer Jugend ebenfalls mit dem Kopf gegen die Wand gerennt seien, daß sie sich aber nachher mit der Wand wieder versöhnt hätten, denn die Wand sei das Absolute, das Gesetzte, das an und für sich Seiende, das, weil es ist, auch vernünftig ist, weshalb auch derjenige unvernünftig ist, welcher einen allerhöchst vernünftigen, unwidersprechbar seienden, festgesetzten Absolutismus nicht ertragen will.« Wohl unterschied Heine zwischen dem in seiner Beamtenpflicht gefangenen Philosophen und den autokratisch gesinnten Restaurationsideologen der Historischen Rechtsschule. Die »Verwerflichen«, die ihre Zeitgenossen in eine »gelinde Knechtschaft hineinphilosophieren« wollten, indem sie vom Staate Preußen einen baldigen Übergang zur konstitutionellen Monarchie erwarteten und ihn daher mit spekulativen Vernunftgründen rechtfertigten, seien immerhin achtenswerter als jene »Verworfenen«, die den monarchischen Despotismus als ein historisches Gewohnheitsrecht verteidigten. Doch selbst diese Unterscheidung zwischen dem gemäßigten Liberalismus des Reformdenkers und dem Konservatismus des herrschenden Adels lief auf eine politische Trennung von Hegel hinaus. Heine profilierte sich zu einem frühen »Links«-Hegelianer – einer demokratischen Position, die er während des Winters 1829/30, zehn Jahre vor dem Wirken der junghegelianischen Partei, im Manuskript »Die Stadt Lucca« durch die zitierten Sätze besiegelte.

Mit der Distanz gegenüber Napoleon und Hegel verwob sich auch Heines anwachsende Goethe-Kritik. Es war eben in den letzten Monaten vor dieser Helgolandreise geschehen, daß er im Briefwechsel mit dem Goetheaner Varnhagen von Ense den lebenden »Klassiker« anfocht: Im Gegensatz zu seiner besseren Jugendperiode, der »Werther«-Zeit, habe sich der spätere Goethe mit einer geradezu »unmännlichen« – das sollte bedeuten: unkämpferischen – »Kunstbehaglichkeit« abgefunden. Sie kennzeichne den Weimarer Dichterrfürsten als ein »großes Zeitablehnungsgenie«, das »sich selbst letzter Zweck« sein wolle. Die Polemik gipfelte in der Voraussage einer neuen Zeit, mit anderen Ansprüchen der Öffentlichkeit und folglich auch anderen Ausdrucksweisen der Literatur und der Künste. »Es ist noch immer meine fixe Idee, daß mit der Endschafft der Kunstperiode auch das Goethenthum zu Ende geht; nur unsre ästhetisierende, philosophirende Kunstsinnzeit war dem Aufkommen Goethes günstig; eine Zeit der Begeistrung und der That kann ihn nicht brauchen.«

Es war ein nahezu einsamer Denker und Streiter, der im Deutschland der Restauration auf diese Weise einen Demokratismus vertrat, der seine Entscheidung nicht nur aus liberalistischen Ideen ableitete, sondern auch aus dem Erbe »linker« Aufklärer und radikaler Revolutionäre. Im Manuskript »Die Stadt Lucca«, das zur Drucklegung bereitlag und im vierten Teil der »Reisebilder« erscheinen sollte, bezeichnete Heine die Wurzeln seiner freiheitlichen Gesinnung,

die ursprünglichen Quellen seiner ungemäßigten Einsichten. Dabei versteckte er sich hinter einer närrischen Maske, indem er vorgab, es ergehe ihm wie jenem Ritter von La Mancha, dem das Lesen wunderlicher Bücher den Kopf verwirrte: »Jean-Jacques Rousseau war mein Amadies von Gallien, Mirabeau war mein Roldan oder Agramanth, und ich habe mich zu sehr hineinstudiert in die Heldentaten der französischen Paladine und der Tafelrunde des Nationalkonvents.« Doch der Literat, der unter dem Argwohn der Zensur seinen Stil wie eine Florettkunst ausgebildet hatte, die an Virtuosität, an Finten und Ausfällen nichts zu wünschen übrig ließ, mochte das taktische Verhüllungsspiel diesmal nicht durchhalten. Er bekannte, daß die »fixen Ideen«, die er den genannten Büchern entnahm, von »entgegengesetzter Art« waren als die Ideen Don Quichottes: »Dieser wollte die untergehende Ritterzeit wieder herstellen, ich hingegen will alles, was aus jener Zeit noch übriggeblieben ist, jetzt vollends vernichten, und da handeln wir also mit ganz verschiedenen Ansichten.«

Im Briefwechsel mit Varnhagen und dessen Frau Rahel, seinen beiden älteren, aber vertrautesten Freunden, sprach sich dieser geistige Einzelkämpfer noch deutlicher aus. Dort verglich er seine öffentliche Fehde, die er soeben gegen den Dichter und Grafen von Platen ausfocht, mit dem literaturkritischen Wirken der Weimarer Dichter von 1797: »Der Schiller-Göthesche Xenienkampf war doch nur ein Kartoffelkrieg, es war die Kunstperiode, es galt den Schein des Lebens, die Kunst, nicht das Leben selbst – jetzt gilt es die höchsten Interessen des Lebens selbst, die Revolution tritt ein in die Literatur, und der Krieg wird ernster.«

Das schrieb einer, der an Goethe übel vermerkte, »wie ingrimmig er die Revolution haßte«, der selbst aber Adolphe Thiers »Histoire de la Révolution française« und die Memoiren dieser Umwälzung studierte – wohl um Erfahrungen der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft zu nutzen. Dabei fielen ihn allerdings heftige Zweifel an, ob er, der die »Revolution« in der deutschen Literatur vertrat, viele Nachfolger finden werde: »Denn der Deutsche ist von Natur servil, und die Sache des Volks ist nie die Populäre Sache in Deutschland.«

## 2.

Nunmehr, auf seinem Felseneiland, lebte der Dichter ohne die Schriften Rousseaus und die gedruckten Überlieferungen der Großen Revolution der Franzosen. Er hatte auch kein einziges Buch, das Tagesinteressen behandelte, mitgenommen. Seine ganze Bibliothek bestand aus Homers »Ilias«, der Bibel, einer »Geschichte der Langobarden« und einigen Scharteken über das Hexenwesen.

Arge Befürchtungen und nur vage Hoffnungen auf bessere Zustände verursachten gerade jetzt einen häufigen Gemütswechsel, bis schließlich Ungewißheit, Zweifel, Resignation überhandnahmen. »Ich kann mich der trüben Stimmung, die mich hier belastet, keineswegs erwehren«, schrieb er am 28. Juli 1830 an seine Schwester Charlotte. An Ludolf Wienbarg lautet der Briefftext: »Sie wollen ein Journal herausgeben, welche Verwegenheit, ich schicke ihnen meinen

Dolch, um sich gegen Ueberfälle des Gesindels zu vertheidigen.« Im Privatleben sei er gewiß nicht ohne Mut. Aber »in Hamburg oder anderswo in Deutschland« eine Literaturzeitschrift herauszugeben, übersteige seine »Courage«.

Heine wollte »Politik und Philosophie an den Nagel hängen«, sich jetzt allein der Naturbetrachtung und der Kunst hingeben. »Einst, als ich noch jung und unerfahren, glaubte ich, daß wenn auch im Befreyungskampfe der Menschheit der einzelne Kämpfer zu Grunde geht, dennoch die große Sache am Ende siege [...].« Jetzt erschien ihm all dieses Hoffen und Streben, Dulden und Mühen als nutzlos. »[...] Obgleich ich mich marterte für das allgemeine Heil, so wird doch dieses wenig dadurch gefördert. Die Welt bleibt, nicht im starren Stillstand, aber im erfolglosesten Kreislauf.« Vielleicht, so fragte er den anonymen Leser, bewege sich auch die Menschheit – wie das Meer – nur nach den Gesetzen von Ebbe und Flut?

Am selben Tag, dem 1. August 1830, hatte der Verleger Julius Campe in Hamburg einen Brief geschrieben. Er gewährte einen Vorschuß, den Heine gewünscht hatte, erteilte jedoch jeder weiteren Forderung eine Abfuhr. Mit dem Brustton des Unternehmers weigerte er sich, zukünftig »Honorare zu zahlen, die für mich lästig sind und mir die Aussicht auf einen Gewinn – für den ich doch nur arbeiten kann – nehmen«. Treffender konnte das Kapitalverhältnis des Verlegers zu seinem literarischen Textproduzenten kaum formuliert werden. Dann aber fiel der selbstbewußte Schreiber in den Ton ängstlicher Bestürzung. Die Eilpost aus Paris habe die »fürchterlichsten Nachrichten« gebracht: Der Bürgerkrieg sei ausgebrochen, die Stadt von Kanonendonner erfüllt, der Maire von Versailles »aufgehängt«, der König geflüchtet. Die Folgen dieser schrecklichen Ereignisse seien noch gar nicht abzusehen. »Mit einem Wort«, schrieb Campe, sich ganz unbehaglich an die Große Revolution erinnernd, »die alte Comödie wird noch einmal aufgeführt und hoffentlich nicht so lange wie das vorige Mal spielen.«

Es ist nicht bekannt, wie viel Zeit der Brief für die kurze Land- und Meeresstrecke bis Helgoland benötigte. Gewiß ist, daß dort das Zeitungspaket mit den Nachrichten der Pariser Julirevolution spätestens am 6. August eintraf. An diesem Tag quittierte auch Heine den Empfang der französischen Neuigkeiten. Aber ganz anders als sein Verleger. »Sonnenstrahlen, eingewickelt in Druckpapier«, nannte er sie, und sie hätten sogleich seine Seele entflammt. »Mir war als könnte ich den ganzen Ocean bis zum Nordpol anzünden mit den Gluthen der Begeisterung und der tollen Freude, die in mir loderten.«

Am Musterfall Heine erweist sich die Wirkung, die diese Julirevolution in den Ländern Europas ausübte. Wie ein Blitzstrahl fuhr die Tatsache dieser neuen, mächtigen Volkserhebung über den Kontinent, hinein in die Verkrustung der Restaurationsregime, in die erzwungene Lethargie vieler, die doch im Innersten freiheitlich fühlten – und wiederum war Frankreich das Land, das die Initialzündung auslöste. Zum zweiten Mal und endgültig stürzte die

Bourbonendynastie. Rückschläge, die Frankreichs bürgerliche Ordnung seit Napoleons Abgang erlitten hatte, konnten nun korrigiert werden. Die Revolution von 1830 bekräftigte die Revolution von 1789.

Einzelheiten des historischen Vorgangs konnte Heine in den englischen und französischen Zeitungen, in den geringeren Wiedergaben deutscher Journale, so des »Hamburgischen Correspondenten«, nachlesen. Dabei mußte ihm auffallen, daß regierungsamtliche, sogar liberale Blätter, in denen noch immer der »jakobinische Schrecken« von 1793 spukte, die Mäßigung der Pariser Volksrevolutionäre belobigten. Selbst der »aufgehängene« Bürgermeister erfreute sich wieder seines Lebens, weil er lediglich aus dem Amt gejagt worden war. So reflektierte auch Heine: Nur bei seiner »gerechten Gegenwehr« habe das Volk blutige Hände bekommen – danach aber sei es »wieder ruhig an seine Tagesbeschäftigung« gegangen, »ohne für die große Arbeit auch nur ein Trinkgeld« zu verlangen. Für einen Mann, der sein politisches Denken bei Rousseau und an der »Tafelrunde des Nationalkonvents« geschult hatte, verwies das biedere Wort »Trinkgeld« hintersinnig auf das revolutionäre Prinzip der »Volksouveränität«. Gleichwohl betonte Heine den Unterschied, der zwischen 1830 und 1789, den Julirevolutionären und ihren »armen Vätern« liege, »welche sich aus jahrtausendlicher Knechtschaft erhoben, und bey allen ihren Heldenthaten auch jene wahnsinnige Greuel ausübten, worüber der Genius der Menschheit sein Antlitz verhüllte«.

Notwendigkeit und Zusammenhang beider Revolutionen waren Heine dennoch nicht zweifelhaft. Er begriff sie als weltpolitische Entscheidungen auf dem Wege zu »Freiheit« und »Gleichheit«. Er sah sie sogar in einer überdauernden Gestalt personifiziert: in Lafayette, von dem die Zeitungen berichteten, daß dieser jetzt wieder die Nationalgarde kommandierte und einem »Bürgerkönig« den Aufstieg zum Thron bahnte. Der Name des schillernden Mannes, der ein Gegner der revolutionären Demokratie, aber auch ein Vorkämpfer der liberalen Menschenrechtsdeklaration von 1789 gewesen war, erschien Heine »wie eine Sage aus der frühesten Kindheit«. So schrieb er bekenntnishaft: »Es sind jetzt sechzig Jahr, daß er aus Amerika zurückgekehrt mit der Erklärung der Menschheitsrechte, den zehn Geboten des neuen Weltglaubens, die ihm dort offenbart wurden unter Kanonendonner und Blitz.« Wieder in Frankreich, hatte der junge Lafayette, zusammen mit anderen Karyatiden der konstitutionellen Monarchie, die erste Phase der Großen Revolution repräsentiert, bis das Königtum einer Republik weichen mußte – bis sich allein der Symbolwert der Trikolore und des berühmtesten aller Revolutionsmärsche als dauerhaft erwies. Doch im Sommer 1830 galt der wiederum aktivierte »Bürger beider Welten« nebst den Nationalfarben und den aufregenden Marschrhythmen als leitmotivischer Dreiklang des von Frankreich beflügelten Menschheitsfortschritts: »Lafayette, die dreyfarbige Fahne, die Marseillaise [...]. Ich bin wie berauscht. Kühne Hoffnungen steigen leidenschaftlichempor [...].«

Es war ein jubelnder Aufstieg aus Abgründen des Zweifels und der Resignation. Der Dichter schwor wieder auf die Deklarationen der Menschenrechte, die seit dem Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg und der Französischen Revolution die Grundsätze des »neuen Weltglaubens« enthielten. »Fort ist meine Sehnsucht nach Ruhe«, schrieb er unter dem 10. August. »Ich weiß jetzt wieder was ich will, was ich soll, was ich muß [...]. Ich bin der Sohn der Revolution und greife wieder zu den gefeyten Waffen, [...] Worte gleich flammenden Sternen, die aus der Höhe herabschießen und die Paläste verbrennen und die Hütten erleuchten [...]. Ich bin ganz Freude und Gesang, ganz Schwert und Flamme!«

So gab Heine der Julirevolution ein begeistertes Echo. Erarbeitet im Sommer, wohl mehr noch im Herbst 1830 aus dem Material unmittelbaren Erlebens, aber erst zehn Jahre später nach redigierender Durchsicht in der Denkschrift »Ludwig Börne« veröffentlicht, lassen die »Briefe von Helgoland« den Poeten erkennen, der als ein ungemäßigter Nachfolger Goethes ebenfalls »Dichtung und Wahrheit« schrieb. Hier wie dort findet sich gestaltende Einbildungskraft, sind aber Gesinnung und Grundtatsachen aktuell und wahr. Doch Heines demokratische Position, auffallend weit »links« von der des gemäßigten »Klassikers«, ist unverkennbar. Auch in der Anekdote vom Helgoländer Fischer. Rachel Varnhagen, erzählt Heine, habe ihm einst berichtet, daß ihre Magd in den Tagen der Leipziger Völkerschlacht mit dem Angstschrei ins Zimmer stürzte: »Der Adel hat gewonnen!« Er selbst könne nun von dem Fischer, der ihn zur Badestelle fuhr, den freudigen Ausruf nennen: »Die armen Leute haben gesiegt!« Der Begriff der »Armen« besagt viel. Der Dichter wollte gerade jetzt ein Anwalt und Mitstreiter derjenigen sein, die in den »Hütten« wohnen – nicht der »Vornehmen« und der »Reichen« in den »Palästen«.

»Friede den Hütten! Krieg den Palästen!« Die Losung der französischen Jakobiner, die Georg Büchner als Motto des »Hessischen Landboten« (1834) übernehmen wird, ist vier Jahre zuvor auch Heines Wahlspruch. Er wollte die Volkssouveränität mitsamt ihren entschiedensten Grundsätzen verwirklicht sehen: dem verbrieften »Recht auf Leben« und dem des »Widerstands gegen Bedrückung« – den beiden Zusicherungen für soziale und freiheitliche Existenz aller Menschen. Doch der Dichter wußte als kritischer Zeitgenosse von Vorrechten und Klassenegoismus der Bourgeoisie. Deshalb berichtigte er die Aussage des Fischers, der die »armen Leute« rundweg »siegen« ließ: Sie hätten nur den Sieg »erfochten«. Er steigerte die Korrektur sogar, indem er einen ostpreußischen Justizrat, der in den Helgoländer Briefen den nüchternen Rationalisten spielt, rasonieren ließ: Der Sieg helfe den Armen nicht, solange »sie nicht auch das Erbrecht besiegen«.

Wie berechtigt diese Art von »Verfremdung« war, konnte Heine im Sommer 1830 nur ahnen. Der 10. August, auf den er den Brief und die Anekdote datierte, war der zweite Tag nach der Krönung des neuen Königs der Franzosen.

Der »Sieg der armen Leute« wurde nun ausgeschlachtet, die Revolution kanalisiert, und die Gewinner waren ganz andere als jene, die auf den Barrikaden gekämpft hatten. Den Einfluß des Volkes auf demokratische Institutionen fürchtend, erstrebte das Großbürgertum abermals ein Königtum. Die liberale Parlamentsmehrheit, die vor der Revolution aufgrund eines sehr einengenden Zensuswahlrechts gewählt worden war, erhob am 8. August 1830 den Herzog Louis-Philippe von Orléans zum Haupt einer konstitutionellen Monarchie, die sich als »Juste-milieu« – richtige Mitte – zwischen legitimistischer Bourbonendynastie und bürgerlicher Republik einrichtete.

Es sollte ein Jahr vergehen, bis Heine das Juste-milieu als eine Herrschaft der Finanzaristokratie erkannte. Auf seiner fernen Insel aber vermochte er das Wesen des neuen Regierungssystems noch nicht zu fassen. Hier wollte er vielmehr aus der Revolution in Frankreich eine Kraft für Deutschland gewinnen. In seinen nächtlichen Traumgesichten bewegte er sich zwischen beiden Ländern, eilte er auch durch »alle deutschen Länder und Ländchen«, um schlaftrunkene Freunde wach zu klopfen. Wenn schnarchende Philister, die er in die Rippen stieß, gähmend nach der Uhrzeit fragten, habe seine Auskunft gelautet: »In Paris, liebe Freunde, hat der Hahn gekräht; das ist alles, was ich weiß.«

Phantasien und Traumgesichte waren die Tarnkappe des Dichters, um staatliche Aufpasser zu täuschen, tatsächlich aber revolutionäre Wortpfeile abzuschließen. Ein Kabinetstück, derart aufwieglerische Literatur zu schreiben, ist die Schilderung der Seekrankheit, die den Briefsteller auf der Rückfahrt von Helgoland befiel. Es war der Prophet Jonas, der in Dichters Bauch wütete und schrie: »O Ninive! O Ninive! Du wirst untergehen!« Die »Priester Baals« und die »Leibbäcker Gottes«, womit doch wohl Historische Rechtsschule und Klerikalismus gemeint waren, würden mit den Ohren an die Türen ihrer »Tempel« und »Läden« festgenagelt werden. Es waren soziale Argumente, womit Heine den Propheten gegen die Staatsideologen zürnen ließ: »Denn Ihr habt falsches Gewicht gegeben, Ihr habt leichte betrügerische Brode dem Volke verkauft! O Ihr geschorenen Schlauköpfe! wenn das Volk hungerte, reichet ihr ihm eine dünne homöopathische Scheinspeise, und wenn es dürstete, tranket Ihr statt seiner; höchstens den Königen reichet Ihr den vollen Kelch.« Auch die »Spießbürger« würden »Fußtritte« und »Ohrfeigen« bekommen, zumal »Jonas«, also Heine, »alles mögliche« tun wolle, damit sich die Voraussagen erfüllten. – In Wahrheit wußte der Dichter nicht, ob überhaupt oder wann und wie die Revolution dieses »Ninive«-Deutschland erreichen werde. Wohl mit Bedacht wählte er den genannten Propheten, dessen schlimme Weissagung in der alttestamentlichen Überlieferung nicht in Erfüllung ging, weil Gott die bußfertige Stadt verschonte.

»Und Deutschland?« fragte Heine am 19. August, nachdem er in Cuxhaven gelandet war. An den Seeleuten vieler Länder, die dort in den Kneipen lagen und auf das Wohl der Franzosen tranken, mochte er seine Freude haben. Sogar

aus Hamburg, wo der Franzosenhaß seit Napoleons handelsfeindlicher Kontinentalsperre und Okkupation tief gewurzelt hatte, konnte er jetzt Enthusiasmus für Frankreich berichten. In allen Ländern würden die Menschen die weltpolitische Bedeutung der Julirevolution »sehr leicht begreifen«, in ihr einen Sieg auch der »eigenen Interessen erkennen und feyern«.

»Und Deutschland?« fragte er also mit gespannter Erwartung, in die sich noch immer Zweifel mischte. »Werden wir endlich von unseren Eichenwäldern den rechten Gebrauch machen, nemlich zu Barrikaden für die Befreyung der Welt? Werden wir, denen die Natur so viel Tiefsinn, so viel Kraft, so viel Muth erteilt hat, endlich unsere Gottesgaben benutzen und [...] die Lehre von den Rechten der Menschheit begreifen, proklamiren und in Erfüllung bringen?«

An dieser Textstelle kamen Heine die Reformation und der Doktor Luther in den Sinn, der ein »braver Mann« gewesen sei und ein »Riesenwerk« vollbrachte. Aber er habe, so heißt es dann mit eindeutiger Parteinahme, »unsere Freunde«, an ihrer Spitze den »armen Thomas Münzer«, »allzu unhöflich« abgefertigt. Indem der Dichter den Gegensatz Luthers zu den Streitern der Volksreformation erinnerte, bekannte er von sich selbst, ein nachgeborener Anhänger Müntzers, der aufständischen Bauern und Plebejer von 1525 zu sein: Sie nämlich wollten »in der Exegese des göttlichen Wortes etwas weiter gehen« als der gemäßigte Reformator, indem »sie auch die irdische Gleichheit der Menschen in Vorschlag brachten«. Es geschah im Geiste der Partei Thomas Müntzers, wenn Heine die Frage nach revolutionären Bewegungen stellte, die auch in Deutschland die Menschenrechte erzwingen sollten.

### 3.

Seit dem 23. August 1830 lebte der Dichter wieder in Hamburg. Hier hatte er vor Jahren bei seinem Onkel Salomon die Kaufmannslehre absolviert, einen Tuchhandel betrieben, bei alledem geliebt und gedichtet, ohne erhört zu werden. Es waren Verse der romantischen Manier gewesen: mondbeglänzte Zaubernacht und gruslige Grabesstille, wunderägige Jungfrauen und schlagstarke Ritter, freudlose Liebe und früher Tod. – Traumbilder inmitten einer »Schacherstadt«, in der dieser junge Poet »nicht das mindeste Gefühl für Poesie« gefunden, jede Publikation seiner »Minnelieder« als Gefahr für kaufmännische Reputation gefürchtet hatte. Merkur, der Gott des Handels, verlangte ganz andere Opfer als Melpomene, die tragische Muse. Das Manufakturwarengeschäft »Harry Heine & Comp.« wurde wegen drohenden Bankrotts liquidiert. Alles in allem: Es war ein Abschied von der Jugend gewesen, der ihm noch immer mißlich, als eine verfehlte Existenz im »verluderten Kaufmannsnet« erscheinen mußte. Der Achtzehnjährige hatte seine damalige Erfahrung, die abstrakt als die Kunstfeindlichkeit des Kapitals zu bezeichnen wäre, konkret und drastisch formuliert: »Huren genug, aber keine Musen. Mancher deutsche Sänger hat sich hier schon die Schwindsucht am Halse gesungen.«

Wo nun der Onkel als millionenschwerer Bankier thronte und der weithin bekannte Literat in der Nähe seiner Mutter Betty, der geborenen van Geldern, wohnte, ereilten ihn die Unruhen, die er im letzten seiner Helgolandbriefe herbeigewünscht hatte. Sie begegneten ihm in einer unerfreulichen, gar schockierenden Erscheinungsform. Mit »Hep! Hep!«-Geschrei fielen Tumultuanten am 1. September über jüdische Läden und Geschäftshäuser her, bevor sie sich an die richtige Adresse ihrer Empörung wandten: die Hamburger Polizei und die Stadtverwaltung. – »Ereignisse, die einem minder starken Herzen wohl das Schönste verleiden konnten«, berichtete der Revolutionssympathisant später in einem Brief an Varnhagen. Bis dahin aber hatte er weit bessere Ursache gefunden, um wochenlang nicht zur Ruhe zu kommen. Wegen des Mangels an Konzentration zur Arbeit schrieb er am 28. Oktober nicht ohne Selbstironie: »Die deutschen Unruhen haben mich auf die unerquicklichste Weise aufgeregt. Auf ganze Stunden lang bleibt mir zuweilen der Verstand stehen [...].«

Was war geschehen? Die Pariser Julirevolution hatte den Ausbruch einer nationalen Revolution in Brüssel nach sich gezogen, wo die Belgier gegen das Königreich der Vereinigten Niederlande und somit gegen die Herrschaft der holländischen Dynastie Oranien rebellierten, und beide Revolutionen gemeinsam riefen ein baldiges Echo in den Ländern des Deutschen Bundes hervor. Weil die Deutschen eine nationale Regierung und einen Nationalschauplatz vom Range der Seine-Metropole entbehren, mußte sich der revolutionäre Widerhall vervielfältigen, aber auch ebenso oft brechen und abschwächen. Immerhin entbrannten Unruhen und Empörungen allein während des Septembers 1830 in einem Drittel der 38 deutschen Bundesstaaten.

Seit den Jahren der ersten Französischen Revolution waren Volksunruhen in Deutschland nicht mehr erfahren worden – und anders als in den ebenfalls bewegten Kriegszeiten von 1813 bis 1815 war Massenzorn gegen einen »Erbfeind« nach außen hin nicht wieder ablenkbar. Jetzt aber gab es wütende Demonstrationen vor Rathäusern und fürstlichen Residenzen, rebellische Umzüge von Ort zu Ort, handgreifliche Auseinandersetzungen mit Polizei, Gendarmerie und Militär. Da wurden Bäckerläden, Gefängnisse, Adelspaläste gestürmt, das herzogliche Schloß zu Braunschweig niedergebrannt, Polizeiämter und Zollstationen zertrümmert, Gefangene befreit, Gutsherren zum Verzicht auf Frondienste und Abgaben gezwungen. Im Lauffeuer dieser antifeudalen Empörungen explodierte überdies schon der neuartige Zündsatz frühproletarischer Sozialrebellionen und Maschinenstürme.

Zeitgeist und politische Symbolik hatten sich in den einundeinhalb Jahrzehnten seit Napoleons Sturz und Restaurationsbeginn sichtlich gewandelt: Statt der dynastischen Feldzeichen von 1813 leuchteten wieder die französischen Kokarden, statt der staatschristlichen Haß- und Kriegsgesänge ertönten die Marschrhythmen der weltlichen Marseillaise. Augenzeugen und Polizeiakten, Gerichtsprotokolle und Regierungsberichte bekunden: Neben den Hochru-

fen auf die »Freiheit« und den Forderungen nach »Gleichheit« waren auch »Vive la France!« und sogar »Vive Napoléon!« die Losungsworte der aufbegehrenden Demonstranten. Diese Unruhen standen unter dem epochalen Einfluß des bürgerlichen Revolutionszyklus Frankreichs, das wiederum als ein Leitbild der »Freiheit« und »Gleichheit« galt.

Das waren die Ereignisse, die Heine aufregten und zunächst wenig zur Arbeit kommen ließen. Erst im Brief vom 28. Oktober findet man beiläufig, daß er »jetzt ein politisch Büchlein vom Stapel laufen lasse und deßhalb bis über die Ohren beschäftigt« sei. Am 16. November fielen die Mitteilungen an Carl Herloszsohn, den Herausgeber des Leipziger »Kometen«, deutlicher aus: »Vielleicht kommt Ihnen nächstens ein Buch von mir zu Gesicht, worinn ich die Publikumsgefühle etwas unsanft streichle, ganz gegen den Strich [...].« Es sei das Problem des politischen Klerikalismus, »das Bündniß der Clerisy mit der Aristokratie«, das ihn beschäftige. Dabei stehe ihm entgegen, daß der Deutsche den Tempel seines Glaubens zwar von störenden »Wechslern und Taubenkrämern« gereinigt wünsche, aber »verdammte ungehalten« werde, sobald »man bey dieser Gelegenheit hie und da ein Heiligenbildchen verletzt« – was leicht geschehe, »wenn die Peitsche groß ist und der Zorn noch größer«. Der Brief endigt wie ein prophetisches Finale: »Aber es kommt die Zeit, wo der deutsche Michel einsehen wird, daß die Religionsinteressen ein Landesunglück sind, und daß es heilsam wäre, wenn sie sammt und sonders im Indifferentismus ersöffen. Dann gäbe es keine katholischen und protestantischen Deutschländer mehr, sondern ein ganzes, großes, freyes Deutschland!«

Der Dichter arbeitete also. Er hegte die Perspektive deutscher »Einheit« und »Freiheit« – und empfand sich augenblicklich von aller Daseinsnot erlöst. Trotz des gewohnten Kopfwehs und des Ärgers, den ihm das Geschäftsgebaren, die »Tücken« seines Verlegers bereiteten, hieß es am 19. November an Varnhagen: »Im Herzen fühl ich mich sehr frey und frisch und denke noch großes zu thun.« Hatte er den längeren Teil des Jahres, auch der Ferienwochen auf Helgoland, mit gedrückten Empfindungen und herb-ironischen Reflexionen verbracht, so erschien ihm jetzt alles im hellen Licht. Die Tatsachen halbwegs auf den Kopf stellend, lautet der retrospektive Bericht an den älteren Freund: »Wie es Vögel giebt die irgend eine physische Revolution, etwa Gewitter, Erdbeben, Ueberschwemmungen etc vorausahnen, so giebts Menschen denen die sozialen Revolutionen sich im Gemüthe voraus ankündigen, und denen es dabey lähmend betäubend und seltsam stockend zu Muthe wird. So erkläre ich mir meinen diesjährigen Zustand bis zum Ende July. Ich befand mich frisch und gesund und konnte nichts treiben als Revolutionsgeschichte, Tag und Nacht. Zwey Monath badete ich in Helgoland, und als die Nachricht der großen Woche dort anlangte, wars mir als verstände sich das von selbst, als sey es nur eine Fortsetzung meiner Studien.« Inzwischen habe er »ein zeitbeförderndes Büchlein« verfaßt, das ältere und auch ganz neue Texte enthalte.

»Nachträge zu den Reisebildern« laute sein Titel, und Campe lasse es in Leipzig bereits drucken.

Was Heine seit Wochen redigierte und durch einige neue, gewichtige Texte ergänzte, war der vierte und letzte Teil seiner »Reisebilder«, mit den Abteilungen »Die Stadt Lucca« und »Englische Fragmente«. Keines seiner früheren Bücher war mit derart gekräftigtem Selbstbewußtsein und historischem Optimismus zur Druckreife gelangt. Vom Gipfel der aktuellen Ereignisse in eine »dunkle Vergangenheit« zurückblickend, in der man befürchten mußte, »der Sieg der Freyheit« könnte »noch um ein Jahrhundert verzögert werden«, faßte der Dichter die bevorstehende Publikation als etwas Besonderes auf: eine Zäsur seiner eigenen Existenz und des Ganges der Welt. Er gebe die Texte »als den Abschluß einer Lebensperiode, der zugleich mit dem Abschluß einer Weltperiode zusammentrifft«, heißt es im »Vorwort«.

»Die Stadt Lucca« enthielt Geschriebenes von 1829/30. Wie der Brief an Herloszsohn ankündigte, stritt Heine hier gegen das »Bündniß der Clerisey mit der Aristokratie«, womit insbesondere Deutschland und Italien gemeint waren. Spott, blanker Hohn, dreiste Herausforderung, die die noch herrschenden Fraktionen des Ancien régime attackierten, suchen in der zeitgenössischen Literatur ihresgleichen. »[...] Während wir über den Himmel streiten, gehen wir auf Erden zu Grunde. Ein Indifferentismus in religiösen Dingen wäre vielleicht allein im Stande, uns zu retten, und durch Schwächerwerden im Glauben könnte Deutschland politisch erstarken.« Das war in der Erwartung formuliert: Diese Epoche bringe dem Staatschristentum, also Adel und Klerus, in Deutschland und ganz Europa den Untergang.

Doch dieser Kritiker hegte den Glauben an ein ursprüngliches Christentum. »Da wars noch die schöne Legende von einem heimlichen Gotte, der in sanfter Jünglingsgestalt unter den Palmen Palästinas wandelte, und Menschenliebe predigte, und jene Freyheit- und Gleichheitslehre offenbarte, die auch später die Vernunft der größten Denker als wahr erkannt hat, und die, als französisches Evangelium, unsere Zeit begeistert.« Gemäß diesem aktualisierten Verständnis des Christentums galt Jesus als »Gott des Volks« – im Gegensatz zum »absoluten Gott« der Obrigkeiten. Der Gekreuzigte stand bei den gemordeten »Freyheitshelden«, die Heine als Vorbilder auch für sich selbst rühmte: König Agis von Sparta, die Gracchen von Rom, Jesus von Nazareth, Robespierre und Saint-Just von Paris.

Anderes beinhalteten die »Englischen Fragmente«, geschrieben zumeist 1828 nach Aufzeichnungen einer viermonatigen Englandreise. Es war die Textilfabrik und die Eisenwerkstatt Europas, das moderne Handels- und Industrieland der Welt, wo Heine sich umgesehen hatte. Bei seinem revolutionär-demokratischen Verständnis von »Freiheit« und »Gleichheit« konnte nicht ausbleiben, daß der Berichtstatter den Gegensatz hervorhob, der dort zwischen Reichtum und Armut klaffte. In der industriellen Wirklichkeit Englands

war das schon ein Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit – wie einige Jahre später aus des jungen Friedrich Engels analytischer Schrift zu entnehmen ist: »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« (1844). Heine indessen, der das Inselreich vor der Wahlrechtsreform von 1832 besuchte, sah dort die bürgerliche Ordnung noch immer von altmodischen Vorrechten der Landbesitzeraristokratie eingeschränkt. Er beurteilte diese Tatsache mit kontinentalen Vorstellungen und Begriffen eines konsequent antifeudalen Kampfes. Folglich galt seine Polemik insbesondere dem Hochadel und der Highchurch, die die »Freyheitsgrundsätze der französischen Revolution« unterdrückten und den »französischen Freyheitsadlern [...] die Flügel beschnitten«. Die Kosten dieser Kriege und schließlich Siege allerdings belasteten die englische Gesellschaft auch jetzt noch schwer, wobei die machthabenden Torys und die Reichen die riesigen Staatsschulden auf den Rücken des Volkes abwälzten. Aus diesen Tatsachen entwickelte der Verfasser seine Sozialkritik. Er nannte England eine industrielle »Tretmühle«, in der das »Volk Tag und Nacht arbeiten muß, um seine Gläubiger zu füttern«. Sein Mitgefühl und seine Opposition waren auf Seiten der durch die Staatsschulden »zur stumpfsten Resignazion niedergedrückten« Menschenmasse, die »sich nicht zu helfen weiß – obgleich 900 000 Flinten und eben so viel Säbel und Bajonette im Tower zu London aufbewahrt liegen«.

Jetzt aber, im Herbst 1830, da er von der Pariser Revolution und ihren kontinentalen Folgen beeindruckt war, fügte der Dichter diesen »Englischen Fragmenten« ein neues und abschließendes Kapitel hinzu. Er gab ihm den signifikanten Titel: »Die Befreyung«. Darin betonte er nachdrücklich die sozialen Interessen des Volkes und die gerade durch sie beeinflussten großen Umwälzungen der neuzeitlichen Geschichte Europas.

Er begann mit der Reformation, die er nicht nur als eine Befreiung der Christen aus der Vormundschaft des römisch-katholischen Papsttums, nicht nur als Luthers Erneuerung des Glaubens und der Kirchenverfassung begriff. Gewiß hatte diese Reformation – politisch gesichert im Bündnis mit papstfeindlichen Landesfürsten und wohlhabenden Städtebürgern – in weiten Gebieten Deutschlands und Nordeuropas gesiegt. Doch wie schon im letzten der Helgolandbriefe galt Heines Erinnern vielmehr den Streitern der Volksreformation, den sozialen Empörern, deren historische Spuren im Blute ertränkt worden. »[...] Der Bauer in Deutschland und der Puritaner in England beriefen sich auf das Evangelium, dessen Aussprüche damals an Vernunft Statt galten, ja noch höher galten, nämlich als eine geoffenbarte Vernunft Gottes. Da stand deutlich ausgesprochen: daß die Menschen von gleich edler Geburt sind, daß hochmüthiges Besserdünken verdammt werden muß, daß der Reichthum eine Sünde ist, und daß auch die Armen berufen sind zum Genusse, in dem schönen Garten Gottes, des gemeinsamen Vaters.« Das war eine Rechtfertigung des Bauernkriegs im allgemeinen Vorgang der Reformation, eine bewußte Rezeption der sozialrevo-

lutionären Tendenz in der zeitbedingt religiösen Verkleidung des Christentums. Abermals stand Heine auffallend weit »links« vom diesbezüglichen Geschichtsbild der Goethe-Hegelschen »Klassik«. Indem er nicht den Sieg Luthers, sondern die Niederlage des Volkes zum literarischen Gegenstand erhob, traf er genau den sozialen und grundlegenden Widerspruch der Feudalgesellschaft und die ihn verkörpernden Kräfte. Als Verfechter sozialer Interessen: die Bauern mit Bibel und Schwert, die »so wahr und tief [...] die Gleichheit begriffen« – und als Bluthund der herrschenden Regime jedweden Glaubens: der christlich-deutsche Adel, der »roheste der Welt«, der die Besiegten und Wehrlosen zu Tausenden »todtgeschlagen, gefoltert, gespießt und gemartert« hatte.

Heine übergang die Unabhängigkeitsrevolution der Niederländer. Er sah den zweiten bedeutenden Anlauf zu »Freiheit« und »Gleichheit« in der Englischen Revolution, wobei er nicht die Glorious Revolution von 1688, sondern die Kämpfe von 1640 bis 1649 hervorhob. An die Erinnerung des deutschen Bauernkriegs fügt sich der Text: »Etwas besser erging es den Brüdern in England und Schottland; ihr Untergang war nicht so schmächtig und erfolglos, und noch jetzt sehen wir dort die Früchte ihres Regiments.« Doch Heine tadelte wiederum, wie sehr das Inselreich auch jetzt von wahrhafter »Freiheit« und »Gleichheit« entfernt war. »[...] Obgleich getränkt von dem Lichte und der Wärme der neuern Civilisazion, verharrt England in einem mittelalterlichen Zustande, oder vielmehr im Zustande eines fashionablen Mittelalters. [...] Die Volksvertretung ist so mangelhaft als möglich [...]; und wenn Eigenthum und Person des Volks nicht mehr von aristokratischer Willkühr, sondern vom Gesetze abhängen, so sind doch diese Gesetze nichts anderes als eine andere Art von Zähnen, womit die aristokratische Brut ihre Beute erhascht, und eine andere Art von Dolchen, womit sie das Volk meuchelt.« Für den selbsterklärten »Demokraten« hatte eine gründliche »gesellschaftliche Umwälzung« noch nicht stattgefunden. Aus der Kritik an Britanniens unfertiger Bürgerordnung, wo zwar bürgerliche Gesetze und ein Parlament, aber auch aristokratische Vorrechte und konservative Torys herrschten, folgerte er eine zukünftige Verfallskrise und die Möglichkeit einer grundstürzenden Volksrevolution: »[...] Der dümmste Schneider in England kann voraussehen, daß über kurz oder lang das alte Staatskleid in trübseligen Fetzen auseinanderreißt.«

Die dritte große Schlacht, die in Europa für »Freiheit« und »Gleichheit« geschlagen wurde, erblickte Heine in der Französischen Revolution von 1789. Jetzt offenbarte sich die revolutionär-demokratische Grundüberzeugung des Dichters durch erneute Parteinahme für die jakobinischen »Bergprediger«: Sie nämlich verkündeten im Konvent zu Paris »ein dreifarbiges Evangelium«, »wonach nicht bloß die Form des Staates, sondern das ganze gesellschaftliche Leben, nicht geflickt, sondern neu umgestaltet, neu begründet, ja neu geboren werden sollte«. Aber hatten die Männer um Robespierre, die die Erneuerung des Staats und der Gesellschaft von innerer und äußerer Konterrevolution be-

droht wußten, nicht zur Guillotine gegriffen, nicht radikale Gewaltmittel angewendet? Und hatte nicht Heine selbst im Brief vom 6. August 1830 seine moralische Distanz zu diesen »armen Vätern« der Revolution formuliert? – Diesmal steigerte sich das historische Verständnis, das er für die Apostel der »Freiheit« und »Gleichheit« hegte, zum Plädoyer gegen ihre Rufmörder, gegen die konservativen und gemäßigt liberalen Geschichtsschreiber: Sie hätten in den »Helden der Revoluzion« auch »die Revoluzion selbst verläumdnet« und diese als eine »Volksscheuche« dargestellt. »Man hat in den Schulen all die sogenannten Greuel der Revoluzion von den Kindern auswendig lernen lassen [...]. Es ist freylich nicht zu läugnen, diese Maschine, die ein französischer Arzt, ein großer Welt-Orthopäde, Monsieur Guillotin, erfunden hat, und womit man die dummen Köpfe von den bösen Herzen sehr leicht trennen kann, diese heilsame Maschine hat man etwas oft angewandt, aber doch nur bey unheilbaren Krankheiten, z. B. bey Verrat, Lüge und Schwäche, und man hat die Patienten nicht lange gequält, nicht gefoltert und nicht gerädert, wie einst tausende und aber tausende Rotürriers und Vilains, Bürger und Bauern, gequält, gefoltert und gerädert wurden, in der guten alten Zeit.«

Der Dichter verteidigte die Große Revolution der Franzosen als den irreversiblen Beginn einer »Weltperiode«, in der »die Lehre der Freyheit und Gleichheit« nunmehr »siegreich« emporsteige – und zwar »aus jener allgemeinen Erkenntnisquelle, die wir Vernunft nennen und die, als eine unaufhörliche Offenbarung, welche sich in jedem Menschenhaupte wiederholt und ein Wissen begründet, noch weit vorzüglicher sein muß als jene überlieferte Offenbarung, die nur in wenigen Auserlesenen bekundet und von der großen Menge nur geglaubt werden kann«. Weltliche Vernunft wurde gegen religiöses Glauben erhoben. Hier urteilte ein Rationalist, Schüler und Vollender der Aufklärung, der die Revolution von 1789 aber auch nicht – wie die späteren Kommunisten um Marx – als Krise und Schlußpunkt des Aufklärungsdenkens, seiner »heroischen Illusionen«, auffaßte. Die Aufklärung hatte in der Revolution ihre geschichtliche Prüfung bestanden: Denn mit diesem Beginn, der großartigsten Exposition, entwickele sich nunmehr das realgeschichtliche Schauspiel einer »Weltepoche«, in der die »Freiheit« und die »Gleichheit« aller Menschen, nicht nur der besitzenden Klassen, siegen müßten.

Sieht man einmal ab von Heines späteren Essays »Die romantische Schule« (1833/36) und »Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland« (1834), so geriet ihm der Text »Die Befreyung« zum bedeutendsten Beitrag, den die Kämpfe in Deutschland um 1830 für das geschichtliche Bewußtsein und das Geschichtsbild hervorbrachten. Der Dichter interpretierte die drei antifeudalen Hauptereignisse von 1525, 1640 und 1789 als die aufsteigende Linie des revolutionären Demokratismus, um in der eigenen Lebens- und Weltperiode die politische und soziale Emanzipation der Volksmassen als das Ziel aller freiheitlichen Kämpfe bewußt zu machen. Dabei ermutigte ihn die soeben geschehene

Pariser Revolution: »Die Revolutionsgeschichte ist die Kriegsgeschichte dieses Kampfes, woran wir alle mehr oder minder teilgenommen [...]. Obgleich die Schwerter unserer Feinde täglich stumpfer werden, obgleich wir schon die besten Positionen besetzt, so können wir doch nicht das Triumphlied anstimmen, als bis das Werk vollendet ist.«

#### 4.

Heine stand auf einer Schwelle zwischen Utopie und Realismus. Er richtete sein streitbar humanes Erwarten auf eine baldige Emanzipation aller Völker und Menschen. Schon aber sah er neue politisch-soziale Konflikte voraus. Am 19. November 1830 schrieb er an Varnhagen über sein Buch: »Ich weiß sehr gut, daß die Revoluzion alle sozialen Interessen umfaßt, und Adel und Kirche nicht ihre einzigen Feinde sind. Aber ich habe, zur Faßlichkeit, die letzteren als die einzig verbündeten Feinde dargestellt, damit sich der Ankampf konsolidire. Ich selbst hasse die aristocratie bourgeoise noch weit mehr.« Mit anderen Worten: Der Dichter wollte zuerst Adel und Klerus wirklich besiegt wissen, ehe die Menschheitsrevolution fortgesetzt und die Lebensinteressen der »Armen« auch gegen die Vormacht der Bourgeoisie durchgesetzt würden. Dies nämlich war Heines Auffassung vom geschichtlichen Sinn der großen und ganzen »Revoluzion«.

Damit das Buchmanuskript zum vierten und letzten Teil der »Reisebilder« zwanzig Druckbogen erreichte, somit der Zensur nicht vorgelegt werden mußte, schrieb Heine am 29. November noch ein »Schlußwort« für den gesamten Band. Es enthielt das literarische Vermächtnis des knapp Vierunddreißigjährigen am Ende seiner frühen Lebens- und Schaffensperiode. Jetzt sprach der politische Schriftsteller dezidiert auch in seiner Besonderheit als Künstler, als Poet.

Wer seine Privatverhältnisse kenne, wisse gut, wie wenig ihn »die eigne Selbstsucht zur Tribüne« dränge und wie groß die Opfer seien, die er für »jedes freye Wort« bringen müsse, das er seither gesprochen und weiterhin sprechen werde. Der Einsatz, das Wagnis sei hoch. »Jetzt ist das Wort eine That, deren Folgen sich nicht abmessen lassen; kann doch keiner genau wissen, ob er nicht gar am Ende als Blutzzeuge auftreten muß für das Wort.« Schon seit langem habe er das »Franzenthum« gelobt und sei dafür als ein »frivoler Vaterlandsverräther« geschmäht worden. Doch sein Lob für das Volk Frankreichs habe sich bewährt. »Ach, die große Woche von Paris!« Der Dichter schwärmte noch einmal für das Ereignis des Jahres, blickte dann aber besorgt auf die deutschen Zustände. »Der Freyheitsmuth, der [...] herüberwehte nach Deutschland, hat freylich hie und da die Nachlichter umgeworfen, so daß die rothen Gardinen an einigen Thronen in Brand geriethen und die goldnen Kronen heiß wurden unter den lodernden Schlafmützen [...].« Am Maßstab seines Verständnisses von den Aufgaben der menschheitlichen Revolution er-

schiene ihm die lokalen und regionalen Unruhen in Deutschland klein, sogar unbedeutend. Indem die Regierungen unfreiwillig zum Mittel der Reformen griffen, gossen sie Wasser ins Feuer der Empörungen. Es waren die »alten Hässcher«, die die »Löscheimer« herbeischleppten, um »die heimlichen Ketten« um so fester zu schmieden. »Armes, gefangenes Volk! verzage nicht in deiner Noth –.«

Es war der Punkt erreicht, an dem Heine nicht nur sein revolutionäres Dichteramts bekannte. Jetzt sprach er seine Distanz gegenüber dem »Goethentum«, die er in den Briefen an Varnhagen längst bekannt hatte, auch vor aller Öffentlichkeit aus. »[...] Meine Seele bebt, und es brennt mir im Auge, und das ist ein ungünstiger Zustand für einen Schriftsteller, der den Stoff beherrschen und hübsch objektiv bleiben soll, wie es die Kunstschule verlangt, und wie es auch Goethe gethan – er ist achtzig Jahr dabey alt geworden, und Minister und wohlhabend – armes deutsches Volk! das ist dein größter Mann!« Heine wünschte die Umwälzung von Staat und Gesellschaft. Eben dieses Revolutionsbegehren richtete er nun auch auf die Literatur und die Künste. Sein »Demokratismus« rebellierte freiheraus gegen politische und ästhetische Auffassungen der »Klassik«, die von dem alten Goethe repräsentiert wurde: gegen das gemäßigte Reformdenken sowie die ruhig objektivierende Weltanschauung und beherrschte Gestaltungsweise. Dies war die Polemik, die anzeigte, daß die »Revolution in die Literatur eintrat«.

Heines dreifache Kritik an den Großen seiner »Weltepoche«, an dem Politiker Napoleon, dem Philosophen Hegel und dem Dichter Goethe, gründete in der Anerkennung des Prinzips konsequenter Volkssouveränität: der Gestaltung des Gesellschaftslebens durch die revolutionäre Kraft und den erklärten, sozial motivierten Willen derer, die in den »Hütten« wohnten, nicht den »Palästen«. Just an das Buchende platzierte er diese Überzeugung, die er seit den Tagen der Großen Revolution und zumal ihrer jakobinischen Periode als geschichtsmächtig ansah: »[...] Du, mein Volk, bist der wahre Kaiser, der wahre Herr der Lande – dein Wille ist souverän und viel legitimer als jenes purpurne Tel est notre plaisir, das sich auf ein göttliches Recht beruft, ohne alle andre Gewähr als die Salbadereyen geschorener Gaukler – dein Wille, mein Volk, ist die allein rechtmäßige Quelle aller Macht.«

Der Dichter glaubte, daß die Volkssouveränität im Frankreich der Julimonarchie auf gutem Wege sei. Das deutsche Volk hingegen erblickte er noch in den Ketten der alten Aristokratie und ihrer machtragenden Helfershelfer. An dieses Volk gerichtet, schloß der Buchtext mit aufwiegelnder Verheißung: »[...] Eine neue Zeit beginnt – mein Kaiser, die Nacht ist vorüber, und draußen glüht das Morgenrot.«

## »Der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen!«

Antagonismus der Moderne (1987)

»Der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe jenen Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut zu Felde ziehen müsse.«  
Ludwig Börne, Briefe aus Paris, 60. Brief, 1. Dezember 1831.

Die Französische Revolution von 1789 war eine offensive Revolution gewesen. Sie hatte mit den Menschen- und Bürgerrechten auch das Recht des »Widerstands gegen Bedrückung« und somit des Bürgerkriegs proklamiert, sich aber fünf Jahre lang entwickeln müssen, bis auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobinerführer die Besitzklasse triumphierte.

Die Pariser Julirevolution von 1830 dagegen war eine defensive Revolution. Sie praktizierte das Widerstandsrecht gegen den Staatsstreich des zurückgekehrten Emigrantenadels. Sie verteidigte die bürgerliche Staatsverfassung und die Pressefreiheit in einer bürgerkriegsmäßigen Straßenschlacht, und indem sie die Konterrevolution niederwarf, bekräftigte die Revolution von 1830 die Große Revolution von 1789.

Die an der sprichwörtlich »heißen Juliwoche« zu Paris beteiligten Kräfte wirkten in einer Art von Arbeitsteilung, bei der wahrhaftig zu sagen ist, daß das Volk die Kastanien aus dem Feuer holte, die die Besitzklasse wiederum verzehren wollte. Diese nämlich reagierte auf den Staatsstreich nur mit Protestnoten, ließ den Börsenkurs fallen, schloß einige Werkstätten und erwog die Androhung einer Steuerverweigerung – der Waffe aller Eigentümer, die an den Fiskus zahlten. Die proletarischen Blusenmänner und die studentische Jugend hingegen, zudem Kleinbürger, Intellektuelle, Veteranen der napoleonischen Armee, bewaffneten sich und warfen in den altstädtischen Quartiers die Barrikaden auf. Sie bezwangen die Truppen des Restaurationsregimes in dreitägigen Kämpfen und hißten am 29. Juli 1830 die blauweißrote Trikolore anstelle des bourbonischen Lilienbanners auf dem Louvre und den Tuileries.

Solange die Gefechte unentschieden wogten, hielt sich die Bourgeoisie im kugelsicheren Hintergrund. Sobald das Volk siegte, griff ihre einflußreichste Fraktion nach der Regierungsgewalt. Die Wortführer der schwerreichen Finanzaristokratie warnten vor der Gefahr einer »Anarchie«. Sie befeindeten jakobinisch gesinnte Revolutionäre wegen ihrer Forderung nach republikanischer Volkssouveränität, alarmierten die Öffentlichkeit wegen bevorstehender »Bedrohung des Eigentums und der persönlichen Sicherheit«. Den Einfluß der Massen auf die demokratischen Institutionen einer Republik fürchtend, er-

strebte die Großbourgeoisie ein erneuertes Königtum. Sie betrieb ihre monarchistische Propaganda für den Herzog Louis-Philippe von Orléans – und tatsächlich wählte die liberalistisch gesinnte Mehrheit des Abgeordnetenhauses, das vor der Revolution aufgrund eines sehr einengenden Zensuswahlrechts entstanden war, den Herzog zum König einer konstitutionellen Monarchie, die sich als »Juste-milieu« (richtige Mitte) zwischen legitimistischer Bourbonendynastie und bürgerlicher Republik auffaßte.

In jenen Tagen ertönten die Kernsprüche der neuen Regierung immerhin unter dem Eindruck der revolutionierten Massen, ihres Sieges in den blutigen Kämpfen. Der einstweilige Ministerpräsident Laffitte soll zwar den selbstgefälligen Ausspruch getan haben: »Von nun an werden die Bankiers herrschen!« Der Minister Dupin aber fühlte sich an moralische Verpflichtungen gemahnt: »Wenn, wie es heute geschieht, eine Dynastie sich gründet auf den Heroismus der Arbeiter, dann muß die Dynastie auch etwas für das Wohl dieser heroischen Arbeiter tun.« Es dauerte allerdings kaum einen Monat, so wagten die Amtsträger des »Juste-milieu« soziale und politische Abgrenzungen. Gegen Forderungen der Lohnarbeiter proklamierte der Präfekt des Pariser Departements Seine die Rechtsauffassung des nunmehr entfesselten Liberalismus: Alle Eingaben zwecks Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung seien ungesetzlich – sie widersprächen »dem Prinzip der Freiheit und der gewerblichen Tätigkeit«.

Seitdem rauchte in der frischgebackenen Julimonarchie ein Schwelbrand, dessen Glut in Arbeiterprotesten und Demonstrationen aufflackerte. Doch die neuen Machthaber legten den Blusenmännern die alte Gesetzesschlinge um den Hals: Sie verfügten am 1. April 1831 die Wiedereinführung des Arbeitsbuchzwanges und des Koalitionsverbotes, und am Tage darauf erwirkten sie obendrein noch einen Parlamentsbeschluß gegen Zusammenrottungen. Wie auf dem Pariser Marsfeld von 1791 und in Napoleons Kaiserreich, so konnte nun jede Demonstration, die nicht nach dreimaliger Aufforderung auseinander ging, zusammengeschossen werden. Doch diese Drohung schreckte die Blusenmänner wenig. Sie wehrten sich in Lohnkämpfen und Streiks gegen das Unternehmertum und die neue politische Klasse.

## 1.

Auch in Lyon, der zweitgrößten Stadt Frankreichs, dem traditionsreichen Zentrum der Seidenwarenindustrie, stritten die Arbeiter gegen eine Herabsetzung ihrer Löhne. Dort war die Produktionsstruktur noch durch eine Organisationsform gekennzeichnet, die dem Manufakturwesen näher stand als modernem Industriekapitalismus. An der Spitze der Sozialpyramide thronte eine kleine Oberschicht reicher Handelskapitalisten, die sich »Fabrikanten« nannten und deren Anzahl für die Seidenfabrikation von 1831 exakt mit 392 angegeben wird. Sie ließen ihr Kapital »arbeiten«, indem sie mit Hilfe von Kom-

missionären den Rohstoff einkauften, ihn zum Zweck der Verarbeitung an zahlreiche kleinere Werkstätten verteilten und die fertigen Produkte gegen niedrigen Macherlohn pro Stück wieder einzogen, um mit Gewinn auf in- und ausländischen Märkten zu verkaufen. Abhängig von diesem Verlagssystem, gliederten sich die eigentlichen Produzenten in zwei Schichten: rund 9 000 Meister, die je zwei bis acht Webstühle besaßen, an denen sie mit Familienangehörigen und einigen Lohnarbeitern die Seide herstellten – und eben die mitarbeitenden Proletarier, die ihren Lohn von den Meistern empfangen. Waren letztere als Produktionsmittelbesitzer noch Vertreter des gewerblichen und industriell tätigen Kleinbürgertums, so bildeten die bei ihnen in Lohn stehenden 30 000 Männer, Frauen und Jugendlichen das frühe Proletariat der Stadt Lyon. Auf ihm lastete das ganze Sozialgerüst: Die kapitalistischen Unternehmer drückten auf die Meister, die Meister drückten auf die Lohnarbeiter. Weil aber Meister und Arbeiter gemeinsam für Macherlohn webten und unter dem Preisdiktat der Unternehmer standen, sahen beide in nicht wenigen Fabrikanten ihre Presser und Schinder. Sie führten den Arbeitskampf vereint.

Im Herbst 1831 stritten sie für die dauerhafte Festsetzung eines Stücklohntarifs, der empfindlich sank, weil die ursprünglich führende Marktstellung der Lyoner Seidenfabrikate durch englische, deutsche und schweizerische Handelskonkurrenz gebrochen wurde. Die Fabrikanten wälzten ihre Verluste auf die Produzenten ab und trafen damit eine Arbeiterschaft, die größtenteils unter dem Existenzminimum vegetierte. Bei fünfzehnstündigem Arbeitstag, ohne Pausen für Ruhe und Essen, erhielt ein Weber den durchschnittlichen Jahresverdienst von 450 Franken. Das amtlich berechnete Existenzminimum eines Arbeiters ohne Familie betrug jedoch im Jahr 1831 für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Licht und Heizung 547 Franken in der Stadt Lyon, 300 in den ländlichen Gebieten.

Viele Lohnarbeiter lebten in der Vorstadt Croix-Rousse, wo in lichtlosen, stinkenden Mietskasernen fünf bis acht Personen jeweils in einem Zimmer hausten. Das Elend der Lyoner Frühproletarier war sprichwörtlich. 1828 waren in der Stadt 9 032 Kinder ausgesetzt worden.

Der Lyoner Präfekt Bouvier-Dumolard, ein Beamter aus Napoleons Tagen, wollte die Not der Arbeiter lindern. Er hielt es für die Pflicht eines Staatsbeamten, im Tarifstreit zwischen Fabrikanten und Arbeitern als ein humaner und ausgleichender Schiedsrichter zu wirken. Deshalb berief er einen möglichst unparteiischen Sachverständigenrat, der am 11. Oktober 1831 erklärte: »In Betracht, daß es allgemein bekannt ist, daß viele Fabrikanten einen gar zu geringen Arbeitslohn bezahlen, ist es nützlich, daß ein Tarif für das Minimum des Arbeitspreises festgesetzt werde.« Bis die Verhandlungen zustande kamen, vergingen zwei Wochen. Unruhige Arbeiter drängten auf eine beschleunigte Lösung. Quertreibende Fabrikanten dagegen beschuldigten den Präfekten des Mißbrauchs der Staatsgewalt.

Endlich, am 25. Oktober, fanden Tarifverhandlungen statt. Am Morgen zog eine Menschenmenge von Croix-Rousse in die im Tal zwischen den Flüssen Rhône und Saône liegende Stadt hinunter. Dort stellte sie sich als düstere, schweigende Masse vor das Gebäude der Präfektur, um die Lohnentscheidung abzuwarten – unbewaffnet, nur ein Fahnentuch der Trikolore hoch über den Köpfen. Die Verhandlungen endigten mit der Fixierung eines Minimaltarifs, von dem der zeitgenössische Historiker Louis Blanc schreibt: »[...] So groß war die Mäßigung der Arbeiter, daß einzelne Verrichtungen, für welche man vor zwölf Tagen noch acht Sous bezahlt hatte, zu Gunsten der Fabrikanten um ein Achtel herabgesetzt wurden.« Doch das Abkommen verhiess ein Ende der Lohnkürzungen, und die Sachverständigen der Präfektur versprachen, die Einhaltung des Vertrages zu überwachen. Die Proletarier illuminierten ihre Quartiere, feierten den Erfolg der Tarifverhandlung mit Gesängen und Tänzen.

Es gab Fabrikanten, die den Tarif für gerecht hielten, weil er die Habsucht der Spekulanten zügeln und die Lyoner Konkurrenz mäßigen konnte. Andere jedoch verleugneten die amtliche Kommission. Sie stießen Drohungen gegen den Präfekten aus: »Was ist dieser Tarif anderes, als ein kecker Eingriff in die Freiheit der Übereinkunft? Und wie stünde es fortan um unsere Sicherheit, wenn es der Gewalt (Staatsmacht – HB.) erlaubt wäre, in Sachen der Industrie einzuschreiten und den ungestümen Forderungen der Arbeiter eine willfähige Unterstützung zu leihen?« Mehr als hundert Fabrikanten schickten eine Protestschrift an die französische Nationalversammlung. Als einige Regierungsvertreter sich gegen den Tarifabschluß erklärten, bekamen Präfekt Dumolard und sein Sachverständigenrat weiche Knie: Sie nannten das Abkommen eine bloße Ehrenverpflichtung ohne Gesetzeskraft und versäumten die Erfüllung ihres Versprechens, wonach sie jeden Tarifverletzer zur Rechenschaft ziehen wollten.

Der Tarif wurde fortwährend gebrochen. Die Lohnarbeiter, die sich betrogen fühlten, beschlossen einen einwöchigen Streik, worauf Lyons Militärkommandant sofort reagierte, indem er die kasernierten Linientruppen in Alarmbereitschaft versetzte. Auch die Posten der zivilen Nationalgarde wurden verdoppelt. Indessen wagten einige Unternehmer dreiste Provokationen. Ein Fabrikant empfing die Abordnung seiner hungernden Arbeiter mit Pistolen. Von einem anderen ist die Äußerung überliefert: »Wenn sie kein Brot im Bauch haben, so wollen wir ihnen Bajonette hineinstecken.«

## 2.

Am Montag, dem 21. November 1831, war Streiktag. In Croix-Rousse versammelten sich am frühen Morgen knapp vierhundert mit Stöcken bewaffnete, von einem Mitglied ihrer Tarifkommission angeführte Seidenarbeiter. Sie wollten, daß bis zur Anerkennung des Minimaltarifs keine Maschinen mehr betrieben würden und gingen in die Werkstätten, um jeden noch Tätigen zur

Arbeitsniederlegung aufzufordern. Da marschierten etwa fünfzig Mann der Nationalgarde heran und fällten auf Kommando die Bajonette: »Wir müssen diese Kanaille da wegfegen!« Eine Menge von Arbeitern aber umzingelte die Truppe. Im Handgemenge wurden die Nationalgardisten entwapnet oder in die Flucht geschlagen. Der Lärm des Scharmützels rief viele Menschen herbei.

Jetzt entstand der Gedanke, die friedliche Demonstration vom 25. Oktober zu wiederholen. Die Arbeiter bildeten Viererreihen, zogen in langer Kolonne talwärts, wobei sie den Weg in die Stadt von Nationalgarde versperrt fanden. Dies waren Gardisten der ersten Legion, die im Unterschied zur zweiten Legion bessere Uniformen trug und sich in der Mehrzahl aus Fabrikanten, deren Söhnen und Mitarbeitern rekrutierte. Sie luden ihre Gewehre, feuerten in die dichte Masse der Demonstranten, so daß acht Arbeiter fielen. In wilder Erregung rannte die Menge nach Croix-Rousse zurück und schrie in den Gassen: »Zu den Waffen, man ermordet unsere Brüder!«

Das war die Stunde des ersten proletarischen Aufstands der Weltgeschichte. Aus den Häusern liefen Arbeiter, die sich mit Knüppeln, Schaufeln, Mistgabeln, Jagdflinten bewapneten. Sogar Nationalgardisten der Vorstadt, zumeist Webermeister und Kleinhändler, fraternisierten mit ihnen, überließen den Empörten ihre Infanteriegewehre und zwei Kanonen. Bei dröhnendem Trommelschlag sammelte sich die Menge unter einer schwarzen Fahne, auf der die Losung geschrieben stand: »Vivre en travaillant ou mourir en combattant« (Arbeitend leben oder kämpfend sterben). Es war der Wahlspruch von Ausgebeuteten, die in der bürgerlichen Gesellschaft das »Recht auf Leben« durch ausreichenden Arbeitslohn für sich und ihre Familien erringen wollten. So zogen sie wiederum in Richtung Lyon und besetzten die Straße Grande-Côte.

Gegen Mittag rückte eine Kolonne von Nationalgardisten und Linientruppen heran. An der Spitze der Präfekt und der kommandierende General. Sie wollten die ansteigende Straße besetzen, an deren Ende jedoch eine starke Barrikade stand. Plötzlich prasselte aus den anliegenden Häusern ein Hagel von Steinen, Dachziegeln und Gewehrkugeln herab. Der Präfekt selbst und andere wurden getroffen. Die Truppe zog sich zurück.

Weil die Aufständischen aber Verhandlungen anboten, stiegen der Präfekt und der General über die Barrikade. Sie gedachten, in der Vorstadt vom Balkon der Bürgermeisterei zu versammelten Arbeitern zu sprechen, wurden freilich mit gellenden Rufen empfangen: »Arbeit oder Tod!« Kaum begann der Präfekt seine Rede, so unterbrach ihn das Krachen von Gewehrsalven, die vom Ortsrand herüberschallten. »Rache! Rache! Wir sind verraten!« schrien die Arbeiter. Sie entrissen den beiden Ordnungshütern den Degen und setzten sie in Gefangenschaft.

Tatsächlich hatte der Kampf aufs neue begonnen. Lyons 1 800 Mann starke Garnison und die weit zahlreichere Nationalgarde, numerisch etwa 10 000 Mann, war den Trommeln des Generalmarsches gefolgt und mit scharfer Mu-

nition ausgerüstet worden. Eine Schwadron von Dragonern ritt unter dem Schutz der Artillerie die Karmeliterstraße hinauf, schwärmte über die Hochebene von Croix-Rousse und schoß – zusammen mit nachdrängender Nationalgarde – auf die Proletarier, die sich in ihren Häusern verschanzten und zur Wehr setzten. Es gab Tote und Verwundete. Gegen Abend veranlaßten die Arbeiter den gefangenen General, seinen Truppen den Rückzug zu befehlen. Auch der Präfekt wurde aus seiner Haft entlassen, da er versprach, in der Stadt für die gerechte Sache der Lohnarbeiter zu wirken. Einige, die argwöhnisch waren, wurden von der Mehrheit laut überstimmt: »Es lebe der Vater der Arbeiter!« Die Proletarier beklagten ihre Toten. An Lagerfeuern und in den Quartieren erwarteten sie den nächsten Tag.

Am Dienstagmorgen, dem 22. November, läuteten Lyons Kirchenglocken. Abermals schlugen die Trommler den Generalmarsch. Soldaten eines Linienregiments, das in der Nacht zur Verstärkung eingetroffen war, zogen den Karmeliterhügel hinauf, um sich noch einmal der Hochebene von Croix-Rousse zu bemächtigen. Sie kamen nicht weit. Eine Überzahl von Arbeitern zwang sie zur Waffenstreckung. Die Straßen nach Lyon lagen frei und offen.

Wir wissen nicht genau, wie viele Proletarier an diesem Tag die Hügel hinunterstürmten, um sich mit Verzweiflung, Wut, zäher Gewalt in die Stadt zu werfen. Es müssen Tausende gewesen sein, zumal sich auch die Arbeiter der übrigen drei Vorstädte erhoben. Nicht wenige waren unter ihnen, die in Napoleons Armeen das »Waffenhandwerk« gelernt hatten. Sie begannen den Aufstand mit Knüppeln, kämpften bald aber mit Säbeln und Bajonetten, Pistolen und Gewehren. Nationalgardisten der zweiten Legion – Angehörige des Kleinbürgertums, die sich für die Fabrikanten nicht schlagen mochten – wechselten die Front und brachten ihre Waffen mit. Ein erklärter Republikaner namens Drigeard-Desgarnier, der ein Waffenmagazin besaß, verteilte seine Gewehre. Drei Waffenläden und zwei Kasernen wurden erobert. Ein Haupttrupp belagerte das Pulvermagazin.

Den ganzen Tag lang wurde an vielen Punkten der Stadt gekämpft. Am härtesten waren die Gefechte an den Ufern und Brücken der Rhône, wo die Artillerie der Regierungstruppen über den Fluß hinweg auf die Vorstadt Les Brotreaux zielte, die Kavallerie zur Attacke ritt und die Fabrikanten, von ihren Häusern gedeckt, auf die von jenseits andrängenden Arbeiter schossen. Ungeachtet der Artillerie, die mit Kartätschen feuerte, stürmten die Blusenmänner über die Brücken. Schritt für Schritt und Straße für Straße schnürten sie den Sperring um das Stadthaus, den Sitz der örtlichen Regierung.

Dieser Kampf riß die Kluft zwischen den Klassen auf. Selbst diejenigen Angehörigen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die seit der Julirevolution für Volkssouveränität und allgemeines Wahlrecht eingetreten waren, in Klubreden »Freiheit« und »Gleichheit« beschworen hatten, mußten in dieser entfesselten Wirklichkeit bekennen, ob sie praktisch gewillt waren, die Men-

schen- und Bürgerrechte für alle – auch für mißachtete Proletarier – zu verfechten. In dieser Stunde der Wahrheit starben die Phrasen. Die bürgerlich-ideale Rhetorik der »Fraternité!« aller Menschen und Bürger erstickte im Pulverrauch, im rasenden Gewühl, wo Rache geschrien, Menschen niedergemacht und Leichen in die Flüsse geworfen wurden.

Am Abend hatten die Aufständischen das Pulvermagazin besetzt, das Stadthaus und die angrenzenden Plätze dicht eingekreist. Die Kampfmoral vieler Liniensoldaten schien gebrochen. Man hatte in den Erzählungen von der Pariser Julirevolution den Übertritt der Linienregimenter auf die Seite des Volkes stets als eine patriotische Tat gepriesen – nun war schwerlich einzusehen, daß man das Volk metzeln müsse, bloß weil es für einen vertraglichen Tarif und gegen den Hungertod kämpfte. Hinzu kamen physische Ermattung und Verpflegungsnot. Lyons administrative und militärische Häupter, die zuletzt im Stadthaus fast wie in einer Mausefalle saßen, verabschiedeten um Mitternacht ein wortreiches Kommuniqué. Sein bloßer Inhalt besagte, daß das Militär »durch bedeutende Verluste hart mitgenommen« und nicht mehr zu kämpfen gewillt, zum Teil sogar übergelaufen sei, und weil von der »15 000 Mann starken Nationalgarde nur noch hundert unter den Waffen« stünden, müsse man »die Stellung des Stadthauses verlassen«, um eine vorteilhaftere Position »außerhalb der Mauern einzunehmen«. Der Präfekt hingegen wurde bestimmt, auf seinem Posten auszuharren.

Dann erfolgte der Rückzug. Die Reste von drei Linienregimentern und einige Abteilungen der Nationalgarde retirierten mitsamt ihren Geschützen. Die Arbeiter aber waren wachsam. Wieder krachten Schüsse, gellte der Ruf »Zu den Waffen!« In das Alarmgeläut der Kirchenglocken mischte sich noch einmal das Getöse der Artillerie, die einige Barrikaden zusammenschloß, um den Fluchtweg zu gewinnen. Das Rückzugsgefecht brachte neue Verluste. Keuchend, entnervt, ihre Verwundeten nachschleppend, retteten sich die Regierungstruppen in die Ortschaft Montessuy, wo endlich die Waffen schwiegen.

Der Präfekt und die Häupter der Munizipalbehörde, der Stadtverwaltung also, schlichen nun ebenfalls aus dem Stadthaus, nicht ohne eine zweite Rechtfertigung zu formulieren. Da ihnen der Schrecken die Feder führte, meldet der Text, »daß in diesem Augenblick die vollständigste Desorganisation in der Stadt vorwaltet, daß der Aufstand alle Gewalten beherrscht und daß die Gesetze, die Behörden, ohne Macht sind«. Minuten später besetzten die Aufständischen das Stadthaus, das politische Zentrum Lyons. Am 23. November 1831, morgens zwei Uhr, waren sie die Herren der Stadt.

### 3.

Erst am 24. November, nachdem sich ein Nebel gelichtet hatte, begannen mechanische Telegrafen, die Nachricht des Aufstands und des Arbeitersieges zu verbreiten. Auf der Börse stürzten die Kurse. Die Staatsregierung beratschlag-

te fieberhaft. Bürokraten und Besitzbürger fürchteten gnadenlose Rache und zügellose Anarchie.

Doch Lyons Sieger überraschten durch das völlige Gegenteil. Dieben und Plünderern drohte die Todesstrafe. Kreditinstitutionen wurden geschützt, so daß keine einzige Kasse verschwand. Aus den Gefängnissen wurden die Schuldgefangenen befreit, indes die Verbrecher hinter Gittern blieben. Die Behörden durften im Amt bleiben. Auch der Präfekt konnte wieder ins Stadthaus kommen, seinen Anordnungen wurde Folge geleistet. Bewaffnete Blumenmänner patrouillierten zusammen mit Nationalgardisten für »Ordnung und Sicherheit«. Die anderen kehrten in die Werkstätten zurück und begannen wieder zu arbeiten.

Vergeblich riefen politische Gegner des Julikönigtums zur Bildung einer neuen Regierung auf. Die Arbeiterkommission, die mit den Unternehmern über den Lohntarif verhandelt hatte und weiterhin als Repräsentant der Proletarier galt, überreichte dem Präfekten am 24. November eine durchaus loyale Adresse. »Wir müssen erklären, daß bei den eben stattgefundenen Ereignissen in Lyon politische und aufreizende Einflüsterungen von keinerlei Einfluß waren; wir sind Louis-Philippe, dem König der Franzosen, und der Verfassung absolut ergeben. Wir sind von den reinsten und heißesten Gefühlen für die soziale Freiheit und für Frankreichs Aufschwung erfüllt, und wir hassen alle Parteien, die sie verletzen wollen.«

Lyons Oberstaatsanwalt hatte tägliche Geheimberichte an den Justizminister in Paris gesendet, worin er von »barbarischer Pöbelwut« und »Katastrophe« schrieb. Noch am 23. November meldete er im Jargon der Obrigkeit, daß die Stadt der »Anarchie« preisgegeben sei. Am Tage darauf berichtete er mit sichtlichem Erstaunen: »Alle Widersprüche treten bei unserer Bevölkerung in Erscheinung. Sie ist hungrig – und plündert nicht; sie ist in den Aufstand getreten – und mißbraucht nicht ihren Sieg; sie hat die Obrigkeit nicht anerkannt, aber sie hat die Fahne dieser Obrigkeit nicht verlassen. Sie ging über die Kommunalbehörden hinweg, um zu kämpfen, doch nach der Schlacht bot sie diesen Behörden ihre materielle Unterstützung an. Diese Bevölkerung hat auf Rache verzichtet [...], Personen und Eigentum werden geachtet, wenn man von einem einzigen zerstörten Hause absieht.«

Die Arbeiter besaßen keinerlei Vorstellung von einer Eroberung politischer Macht für proletarische Klasseninteressen. Sie hatten die Waffen im Widerstand gegen die blutige Herausforderung der Bourgeoisie und ihrer Militärgewalt ergriffen – und begnügten sich nun mit der Genugtuung ihres Sieges. Allein die Festsetzung des gerechten Lohntarifs war das Ziel ihres Kampfes, der aber rund tausend Tote und Verwundete gekostet hatte.

Der Präfekt Bouvier-Dumolard blieb für sie eine Hoffnung und Beschwichtigung zugleich: Er schien noch immer die lebendige Garantie für bessere Löhne zu sein.

Indessen sammelte die Regierung Louis-Philippes starke Truppenverbände um Lyon. Sie beauftragte eigens den Kriegsminister Soult und den Kronprinzen mit der militärischen Wiederbesetzung der Stadt. Dort fügte man sich dem amtlichen Gebot, die Waffen den Behörden abzuliefern. Als aber am 3. Dezember 1831 die Armee mit 20 000 Mann, mit Kavallerie und Artillerie, ohne jeden Kampf einrücken konnte und die Ursache der sozialen Empörung zur offiziellen Entscheidung stand – wurden die Lohnforderungen der Seidenweber im Namen der »Freiheit des Handels und des Gewerbes« abermals verworfen. Lyons Präfekt erhielt seinen Abschied, weil er sich durch den Versuch, ein Tarifabkommen zu vermitteln, in die liberalistischen Rechte der Fabrikanten eingemischt habe. Die Regierung des »Juste-milieu« interpretierte das Verhältnis zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern als eine vertragsrechtliche Beziehung frei konkurrierender Partner. Sie hatte allerdings eilends die riesigen Machtmittel des Staates zum Einsatz gerufen, sobald es galt, die ökonomischen Interessen des Unternehmertums gegen die sich organisierenden Arbeiter zu schützen.

Der Lyoner Weberaufstand von 1831 war die erste Massenerhebung des Proletariats. Er war ein neuartiger Typus des Bürgerkriegs, der den Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Arbeiterklasse, Kapitalismus und Sozialismus offenlegte. Politische Unruhen, Aufstände, Revolutionen hatte es in der früheren Geschichte viele gegeben. Stets waren soziale Unzufriedenheit und Empörung ein Faktor in diesen Kämpfen gewesen; sie hatten beeinflusst, verschärft, zugespitzt. Doch die jeweiligen Zeitgenossen hatten diese nur als Teil einer konfliktreichen Situation und des Kampfes für Veränderung der Regierung, der Gesetze, der Verfassung oder der Staatsform, also auf dem Weg zur verbesserten politischen Ordnung aufgefaßt. Seit einigen Jahrzehnten waren auch frühproletarische Arbeitskämpfe, Streiks, Maschinenstürme nicht mehr unbekannt; es gab sie in England, Frankreich, Belgien, Deutschland, überhaupt in den Ländern, wo die Industrielle Revolution zu wirken begann. Aber ein Arbeiteraufstand, der eine Regierungsarmee von rund zehntausend Mann besiegte, der eine große, international bedeutende Industrie- und Handelsstadt mit Waffengewalt eroberte, war ein noch nie gesehener Vorgang. Er war bürgerlichen Politikern und Ideologen derart fremd, daß es ihnen schwer fiel, in dieser Erscheinung das geschichtlich neue Wesen des Klassenkampfes und des Bürgerkriegs aufzufassen.

Ministerpräsident Casimir Périer, der am 25. November 1831 vor dem Abgeordnetenhaus über erste Regierungsmaßnahmen gegen den Aufstand berichtete, nannte das Ereignis zwar von »ernster Art«, sprach aber nur von traditionellen Vergeltungsschlägen mittels rein politischer Gewalt. Eine Adresse der Abgeordneten an den König kam dem sozialen Kern der Erscheinung etwas näher, weil die Repräsentanten des reichen Bürgertums in Lyons Arbeitererhebung eine Gefahr für die bestehende, also kapitalistische Gesellschafts-

ordnung witterten: »Die Sicherheit der Personen ist frevlerisch angegriffen, das Eigentum ist in seinem Prinzip gefährdet, die Freiheit der Industrie ist mit Vernichtung bedroht, die Stimme der Obrigkeit ist nicht gehört worden.« Doch auch diese Parlamentarier vermochten den König und seine Minister nur mit den politischen Argumenten eines Verfassungsdenkens zu ermuntern, wonach es galt, den Willen der wahlberechtigten Eigentümer gegen eine angebliche «Minorität» von Rechtsbrechern durchzusetzen. »Wir schätzen uns glücklich, Sire, Ihnen im Namen Frankreichs die Mitwirkung seiner Deputierten anzubieten, um den Frieden überall, wo er gestört werden sollte, wieder herzustellen, alle Keime der Anarchie zu ersticken, die geheiligten Grundsätze zu befestigen, auf welchen sogar die Existenz der Nation beruht, das glorreiche Werk der Julirevolution aufrecht zu erhalten und überall dem Gesetz Kraft und Recht zu sichern.« In allen diesen Äußerungen wurde der Arbeiteraufstand grundsätzlich nur mit traditionellen, rein machtpolitischen Maßstäben gemessen und wie eine Verschwörung, ein Attentat, ein Landfriedensbruch beurteilt. Als Eruption des sozialen Antagonismus der neuen Gesellschaftsordnung wurde er nicht begriffen.

Den gordischen Knoten, der hier aus falschem Bewußtsein und Halbwissenheit geknüpft war, durchschlug erst zwei Wochen nach dem Aufstand das »Journal des Débats«, Blatt der regierenden Finanzaristokratie. Ein offiziöser Artikel alarmierte am 8. Dezember 1831 alle Schichten des Bürgertums gegen eine unausweichliche Gefahr: »Der Lyoner Aufstand hat ein wichtiges Geheimnis aufgedeckt: den Kampf innerhalb der Gesellschaft zwischen der Klasse der Besitzenden und der Klasse der Besitzlosen.« Mit diesen Worten wurde der objektiv existierende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit gekennzeichnet. Er wurde als das Krebsgeschwür eben jener neuen Ordnung charakterisiert, die in den letzten vier Jahrzehnten gegen den Feudaladel erkämpft und schrittweise ausgestaltet worden war.

Weitere Sätze des Textes lauten also: »Unsere Handels- und Industrie-gesellschaft hat wie alle anderen Gesellschaften ihre Wunde: die Arbeiter. Es gibt keine Fabrik ohne Arbeiter, doch bei einer immer wachsenden und immer bedürftigen Arbeiterbevölkerung gibt es keine Ruhe für die Gesellschaft [...]. Die Barbaren, die die Gesellschaft bedrohen, [...] hausen in den Vororten unserer Fabrikstädte [...]. Sie leiden Elend. Wie sollten sie keine besseren Zustände anstreben? [...] Wie könnten sie der Versuchung widerstehen, einen Überfall auf die Bourgeoisie zu machen? Sie sind stärker, zahlreicher [...]. Es ist notwendig, daß sich die Mittelklasse vollständig der Lage der Dinge bewußt werde [...]. Die Mittelklasse wäre betrogen, wenn sie sich von irgendwelchen demagogischen Grundsätzen dazu hinreißen ließe, ihren Feinden dummerweise Waffen und Rechte einzuräumen, wenn sie die proletarische Flut in die Nationalgarde, in die Gemeindegremien hineinließe, wenn sie ihr die Wahlgesetze und alles, was zum Staat gehört, zugänglich machte. [...] Es handelt sich hier

nicht um die Republik, nicht um die Monarchie, es handelt sich um die Rettung der Gesellschaft.«

Das war die Interpretation des Klassenkampfes vom Standpunkt der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staats. Die herrschende Finanzbourgeoisie trommelte die »Mittelklasse«, die Industrie- und Handelsbourgeoisie, zur Sammlung gegen das frühe Proletariat.

#### 4.

Die Lyoner Arbeiter kämpften nur für soziale Forderungen. Aber der Bürgerkrieg, die Wiederbesetzung der Stadt, die Entwaffnung, die erneute Zurückweisung der Tarifvereinbarung – dies alles war von desillusionierender Wirkung und trieb Klassenbewußtsein hervor. Der Oberstaatsanwalt von Lyon meldete ein grassierendes »Koalitionsfieber« unter der Arbeiterschaft. Obwohl die ökonomische Krise im folgenden Jahr 1832 abflaute, erreichten die Streiks in den französischen Städten ein bislang nie gekanntes Ausmaß. Immer öfter wurde in diesen Arbeitskämpfen auf den Weberaufstand gewiesen.

Die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins vollzog sich nicht nur in geschlossenen Klubs und Volksvereinen, sondern in aller Öffentlichkeit: Das Bürgerkönigtum Louis-Philippes schien nicht mehr die Heimstatt der Menschen- und Bürgerrechte zu sein, wofür doch die Masse der Julirevolutionäre gutgläubig gefochten hatte. Es war eine Monarchie der »Reichen«, eine Staatsform, die nicht zögerte, im Notfall ihren ganzen gewaltigen Staatsapparat für die Interessen der großen und mittleren Eigentümer einzusetzen. Diese Erkenntnis hatte zur Folge, daß sich ein Teil der Arbeiterschaft radikalisierte, indem er die starre Scheidung zwischen sozialen Forderungen und politischer Bewegung als Irrtum erkannte. Weil aber diese Proletarier eigene politische Organisationen und erfahrene Arbeiterführer nicht besaßen, wandten sie sich republikanisch gesinnten Intellektuellen und radikalen Kleinbürgern zu. Die politische Tradition des Jakobinismus verschmolz mit den Ideen aus dem Erbe des Gracchus Babeuf, seiner frühkommunistischen »Verschwörung der Gleichen«, und dem sozialistischen Denken aus den Schulen Saint-Simons und Fouriers.

Zwei Monate nach dem Aufstand, am 1. Februar 1832, sprach Auguste Blanqui, zuvor Führer der republikanischen Studentenbewegung und Barrikadenkämpfer der Julirevolution, auf einer öffentlichen Versammlung des Zentralbüros der »Gesellschaft der Volksfreunde« vor rund fünfzehnhundert Menschen in Paris. Er verspottete die Bourgeoisie, die in dem König Louis-Philippe »la boutique incarnée«, den fleischgewordenen Kramladen, gewählt habe – und zwar in ihrem rein egoistischen Interesse, nicht dem Allgemeininteresse des Volkes von Frankreich. Dabei verknüpfte er die jakobinische Auffassung der Volkssouveränität, der demokratischen Republik, mit den babouvistischen Ideen des Kampfes gegen die Ausbeuter: Es gelte, »die men-

schenmörderische Organisation der Gesellschaft so umzuformen, daß der Gewinn der Arbeit den Arbeitern zukomme und keiner das Instrument eines anderen sei«.

Dieser »Volksfreund« Blanqui hatte bereits am 12. Januar 1832 vor dem Geschworenengericht des Departements Seine wegen regierungsfeindlicher Tätigkeit unter Anklage gestanden. Er hatte bezeugt, wie sehr jetzt das spätjakobinische Republikanertum von der »sozialen Frage« der Arbeiter durchtränkt war: Für 30 Millionen Franzosen forderte er die Erfüllung des »Rechts auf Leben« ein. – Diesen Anspruch aber denunzierte der Staatsanwalt als eine Grundgefahr der bestehenden Gesellschaft. »Sehen Sie«, warnte er die Richter und die Geschworenen, »das ist der Krieg der Armen gegen die Reichen; allen Besitzenden muß daran liegen, den Ansturm abzuwehren. Wir führen Ihnen Ihre Feinde vor; schlagen Sie diese, bevor sie noch furchtbarer werden.«

Als der staatlich besoldete Sicherheitsapostel einen solchen Ton anschlug, zerriß Blanqui den Schleier des Irrtums und der Lüge, die Illusionen der Julirevolution. Er entlarvte die durch sie gewonnene »Freiheit« als das Vorrecht einer besitzenden Minderheit, deren Existenzbedingung die Unfreiheit der arbeitenden Mehrheit war. So verwandelte er die Bank des Angeklagten in eine Volktribüne revolutionärer und zugleich sozialer Demokratie: »Jawohl, meine Herren, dies ist der Krieg zwischen Reichen und Armen; die Reichen haben es so gewollt, denn sie sind die Angreifer [...]. Es ist nicht das erstemal, daß sich die Schinder als Opfer hinstellen [...]. Welch einen Abgrund enthüllten die Lyoner Ereignisse unseren Augen! Das ganze Land war aufgewühlt von Mitgefühl angesichts dieser Armee halbverhungertes Gespenster, die in das Kartätschenfeuer liefen, um wenigstens auf einen Schlag zu sterben [...]. Diese Männer [...], die ganz Europa zu seiner Erneuerung nötig hatte, ringen mit dem Hunger [...]. Das haben die Doktrinäre aus dem Frankreich der Julirevolution gemacht. Wer hätte das in jenen Tagen des Taumels für möglich gehalten, als [...] er diese [...] Arbeiter sah, denen die Bourgeois, die zitternd aus den Kellern kamen, um die Wette die Lumpen küßten und von deren Uneigennützigkeit und Mut sie schluchzend vor Bewunderung erzählten – wer hätte gedacht, daß diese Arbeiter vor Elend auf eben dem Straßenpflaster sterben würden, das sie sich erobert hatten, und daß ihre Bewunderer sie zur Plage der Gesellschaft stempeln könnten.«

Die gesellschaftlichen Resultate der Julirevolution widersprachen ganz offensichtlich den Hoffnungen realer »Freiheit« und »Gleichheit«, den unvergessenen Verheißungen der Menschen- und Bürgerrechtsdeklarationen von 1789 und 1793. Infolge der daraus entstandenen Enttäuschung und Kritik wagte Blanqui die Voraussage einer nochmaligen und besseren Revolution. »Meine Herren, ist es nicht etwas unvorsichtig, Menschen so schonungslos zu beschimpfen, die euch einen Vorgeschmack ihrer Kraft gegeben haben und sich nun in einer Lage befinden, schlimmer als jene, die sie zum Kampf trieb.

[...] Es ist leicht, Männern das Bajonett auf die Brust zu setzen, die ihre Waffen nach dem Sieg abgeliefert haben [...].« Blanqui schloß mit der Metapher eines optimistischen Kämpfers der Julirevolution und ihres weltweiten Echos. »Die Gewehre des Juli habt ihr beschlagnahmt. Gewiß, aber die Kugeln sind abgefeuert. Jede Kugel der Pariser Arbeiter nimmt ihren Weg um den Erdball, und alle treffen ohne Unterlaß. Sie treffen so lange, bis kein einziger Feind der Freiheit und des Glücks des Volkes mehr aufrecht steht.«

Das geschah einundeinhalb Jahre nach den »glorreichen Julitagen« und wenige Wochen nach dem Aufstand der Seidenweber Lyons. Der 27jährige Mann, der die Revolution von 1789 noch lange nicht am Ziel glaubte, sollte noch reifen – ganz wie die Klasse, von der hier die Rede war: zum kommenden Mann der aufkommenden proletarischen Bewegung, zum namhaftesten französischen Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts, welches der Beginn einer vielbeschworenen »Moderne« war.

# Pazifismus und Marxismus

Historisches Friedenserbe (1987)

Vor genau einem Jahrhundert sehen wir in den fortgeschrittenen Ländern Europas eine stürmische Entwicklung der Fabrikproduktion, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Wissenschaften und Technologie: ein Wachstum der Industriegesellschaft, deren Basis durch die weithin vollzogene Industrielle Revolution vorgegeben war. Es herrscht die Hoch- und Endzeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz, in der das große Kapital bereits beginnt, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren.

Zugleich aber waren mit Konstituierung und Festigung der bürgerlichen Nationalstaaten auch deren gewaltsam ausgetragene Gegensätze gewachsen: militärische Regionalkonflikte. Seit dem Beginn des Krimkriegs, der Rußland (das letzte Bollwerk des Feudalsystems) aus der Arena der führenden Großmächte warf, erschütterten siebenmalige Heerzüge und Blutstürze die Staatenwelt Europas (1853/56, 1859, 1864, 1866, 1870/71, 1877/78, 1885/86). Ganz zu schweigen von jenen Metzeleien, die, wie die englischen und französischen Kolonialkriege in Asien und Afrika, der ungemein verlustreiche Sezessionskrieg in den USA, andere Erdteile mitsamt ihren Bevölkerungen heimsuchten. Viele Jahrzehnte nach den Kriegen der napoleonischen Ära wurde die Alternativfrage »Krieg oder Frieden?« wieder zum dauernden Alpdruck all derer, die den humanen Geist der Aufklärung empfangen hatten und einen Gesellschaftszustand des Fortschritts, der Gerechtigkeit, des Völkerfriedens wünschten.

Da nun die Große Französische Revolution zum hundertsten Male sich jährte und die von ihr ausgehende Herrschaft der Bourgeoisie sich mit der Pariser Weltausstellung und der Errichtung des Eiffelturms, des damals höchsten Bauwerks der Erde, ein schillerndes Fest gab, wiesen bürgerliche Friedensfreunde auf die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. Die populäre Losung »Liberté! Égalité! Fraternité!« noch immer beim Wort nehmend, erinnerten sie daran, daß damals eine neue, friedvolle Menschheitsära verheißen worden war. Das geschah auf dem Pariser Weltfriedenskongreß, der vom 23. bis zum 27. Juni 1889 tagte (wenige Wochen vor dem Arbeiterkongreß, der die Zweite Internationale begründete). Einzelkämpfer und Abgesandte von rund hundert Gesellschaften, Vereinen, Zirkeln, Freundesgruppen leiteten bislang verstreute Rinnsale aus Europa und den USA in ein Strombett hinüber. Zählen die älteren Bemühungen um kosmopolitische Friedenspropaganda und Kommunikation gewiß zur Frühgeschichte des Pazifismus, so entstand mit dem Pariser Weltfriedenskongreß die moderne bürgerliche Friedensbewegung.

Vermeidung von Kriegen und Anerkennung interstaatlicher Schiedsverträge zwecks friedlicher Schlichtung von Konflikten – das war und blieb der

Kerngedanke, für den sich die Verfechter der Friedensideen zielstrebig organisierten: durch den Aufbau nationaler Vereinigungen und eines internationalen Zentralbüros, die Veranstaltung periodischer Kongresse, die Verbreitung wirksamer Friedensschriften. Diese allgemeine Antikriegs- und Kongreßbewegung verstärkte sich durch eine gleichzeitige Interparlamentarische Konferenz, an der in Paris insgesamt 97 Abgeordnete der Nationalparlamente Frankreichs (55), Englands (30), Italiens (5), Spaniens, Belgiens, Dänemarks, Ungarns, Griechenlands, Liberias und der USA (je 1) teilnahmen.

Wie sehr diese Bewegung entschlossen war, die Beschränktheiten nationalstaatlicher Interessen und unfriedlicher, aber patriotisch verhüllter Chauvinismen zu überwinden, offenbarte im folgenden Jahr schon der Friedenskongreß in London. Seine Beschlüsse vermitteln eine genaue Programmatik der gewünschten Erneuerung. Abermals finden wir die deklarierten Verheißungen von 1789 zum Maßstab internationaler Politik erhoben: »Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern.« Gemäß dieser ethischen Prämisse sollten die Friedensorganisationen eine gesicherte Rechtsordnung aller Staaten und Völker erstreben – und dies mit solcher Konsequenz, daß nicht nur der Krieg zwischen den »Kulturvölkern«, sondern auch die Aggressionen der Kolonialmächte zurückgewiesen, der Schutz »eingeborener und unentwickelter Rassen gegen jeden Mißbrauch der Gewalt und gegen die Laster der sogenannten fortgeschrittenen Nationen« proklamiert wurde. Als erste Schritte auf dem Weg zur Welt-Friedens-Ordnung galten staatliche Neutralitätserklärungen, gleichberechtigte Handelsbeziehungen, internationale Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, der Tarife und Währungen, der Transportwege, des Post- und Telegrafverkehrs zur Förderung eines »völkerverbindenden Freihandels«. Vor allem erstand wiederum die Forderung nach Schiedsverträgen zwischen den Staaten und Gründung von unabhängigen Gerichten, denen die Aufgabe obliegen sollte, politische Streitigkeiten, die zum Krieg führen konnten, zu schlichten. Kein internationaler Vertrag sollte von den Nationalparlamenten gebilligt werden, der nicht die Schiedsklausel enthielt.

Weil aber die idealen Entwürfe und Resolutionen vor dem düster-realen Hintergrund unablässiger Aufrüstungen erfolgten, konnte auch der Abrüstungsgedanke nicht fehlen: Die »Kulturwelt« erwarte ungeduldig den Verzicht auf Rüstungen, weil sie den Frieden gefährdeten und überdies eine Ursache wirtschaftlicher Bedrückung seien. Europas Staatsführungen sollten auf einem Kongreß zusammentreffen, um Maßnahmen für allgemeine und allmähliche Abrüstung zu beraten.

Der Londoner Friedenskongreß ermutigte die Friedensgesellschaften auch zu aktiver Propaganda gegen militärisches Denken, das »häufig die Ursache der Kriege« sei. Bei nationalen Parlamentswahlen sollten die Wähler nur für Anhänger des Friedens, der Abrüstung und des Schiedsgerichts stimmen.

Abgesehen davon, daß insbesondere Frauen und Lehrer des Religionsunterrichts angesprochen wurden, für die »Prinzipien des Friedens und des Wohllollens unter den Menschen« einzutreten, richtete sich eine unmittelbare Anforderung an die Geschichtslehrer: Sie sollten die Jugend über die Übel aufklären, die der Menschheit zu allen Zeiten durch den Krieg zugefügt wurden, und lehren, Friedensaktionen zu unterstützen. Anstatt »militärischer« Zurichtung würden »physische und friedliche Übungen« für die Schuljugend weit dienlicher sein.

## 1.

In diese internationale Bemühung der Friedensfreunde, die ein Bedürfnis nach hochwirksamen Mitteln trugen, um den Geist des Militarismus, die Politik des Wettrüstens und des Kriegsrisikos zu bekämpfen, trat plötzlich ein Buch, das für den Pazifismus von epochemachender Bedeutung wurde. Die Österreicherin Bertha von Suttner veröffentlichte im Dresdner Verlag E. Pierson gerade zum Jubiläumsjahr 1889 einen Roman, der zum Bestseller werden sollte: »Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte.« Schon der thematische Titel verlieh dem Pazifismus seinen bündigsten und wirksamsten Streitrufer.

Es war eine Frau, die den geistigen Aufstand gegen Nationalismus und Chauvinismus, gegen die militaristischen Ideologien der Staaten Europas wagte. Ihr galt der Krieg nicht als »Vater aller Dinge«, nicht als »Erwecker der schönsten menschlichen Tugenden« und »wichtigster Faktor der Kulturentwicklung«. Was die sogenannte öffentliche Meinung wie eine geheiligte Institution behandelte, entlarvte sie als »gräßlichste Form des Menschenjammers«, als Völkermord und politisches Verbrechen. Hier verblaßte die Glorie der Heerführer und Schlachtengewinner, die von zahllosen Literaten als die »vorzüglichen Träger der Geschichte, die Lenker der Länderschicksale« verherrlicht wurden. Diese Schriftstellerin appellierte mit allen Mitteln rationaler Argumente und emotionaler Aufwiegelung an die Zeitgenossen, ihre Regierungen in die Pflicht zu nehmen und »des Volkes Willen« zur Geltung zu bringen. »[...] Das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden«, heißt es im »Epilog«.

Durch das Studium philosophischer und historischer, naturwissenschaftlicher und technologischer Literatur war Bertha von Suttner nicht ohne gegründete Erkenntnisse. Zur längst erfahrenen humanistischen Bildung waren die Ideen Darwins, Haeckels, des englischen Geschichtsphilosophen Henry Thomas Buckle gekommen – geistige Quellen, aus denen sie den Gedanken der »Evolution«, der stetigen Entwicklung von Natur und Gesellschaft schöpfte. Den Aufstieg der Menschheit sah sie als einen Kulturfortschritt, der vornehmlich dem Entdeckergeist der Wissenschaften und ihrer technischen Nutzanwendung entsprang. »Maschinenalter«, gedacht als Gegenbegriff zum »Mittelalter«, so nannte sie ihre Epoche, benutzte sie diesen Zeitalterbegriff

auch als Titel einer populärwissenschaftlichen Abhandlung, die ihrem Friedensbuch noch im selben Jahr 1889 voranging. Auf dem Gebiet der Maschinen, überhaupt der technischen Erfindungen, erschien ihr »kein Gedankenflug zu hoch«, erblickte sie die Menschheit »an der Schwelle neuer Umwälzungen« – schon deutlich erkennbar durch Elektrizität, Telegraf und Telefon, demnächst gar Television. Sie glaubte bei alledem an eine Ratio in der Geschichte, die Vernunft der Humanität, die sich durch Denken und Tat bedeutender Menschen gegen alle Widerstände durchsetzen werde. Daran knüpfte sie die Überzeugung notwendiger Gerechtigkeit: »Alle Ungerechtigkeiten, alle Mißstände in den sozialen Verhältnissen – als da sind: Sklaventum, Arbeiterelend u. dgl. – beruhen auf irgendeiner fundamentalen Ungerechtigkeit, auf irgendeinem von den Menschen – nicht von der Natur – begangenen Fehler. Und Fehler lassen sich gutmachen, Irrtümer lassen sich berichtigen.«

Dieser Fortschrittsglaube, mit dem die Literatin die Aufklärung des 18. Jahrhunderts beerbte, wurde aber durch schlimme Einsichten verfinstert. Suttner erkannte, daß »alle Errungenschaften des neuen Geistes« von Barbaren der modernen Gesellschaft ausgenutzt, »alle Fortschritte der Technik sogleich für Mord- oder Vertilgungszwecke« mißbraucht wurden. Kriegsdrohung und Kriegsvorbereitung erschienen ihr als Hauptproblem der zeitgenössischen Gesellschaft, die mit der Feudalordnung vergleichbar sei: Der »Militarismus« habe im »Maschinenalter eine solche Höhe und Blüte erreicht, wie im Mittelalter die Kirchenmacht«. Im Klima der Staatsrivalitäten, der Wehrhaftmachung und Verhetzung der Völker sah diese Frau ein Militärwesen und eine Waffentechnik wuchern, die bereits jetzt alles Bisherige übertrafen – bald aber mit geradezu sinnwidriger und verheerender Zerstörungskraft gegen die Menschheit entfesselt würden.

Es war ein kontinentaler Krieg, den sie am politischen Horizont gewahrte und in warnenden Visionen beschrieb: »[...] Jedes Dorf eine Brandstätte, jede Stadt ein Trümmerhaufen, jedes Feld ein Leichenfeld und noch immer tobt der Kampf: unter den Meereswellen schießen die Torpedoboote, um mächtige Dampfer in den Grund zu ziehen, in die Wolken steigen bewaffnete und bemannte Luftschiffe einer zweiten äronautischen Truppe entgegen [...].« Dies werde, so urteilte die Schreiberin, der herandrohende »nächste«, der »große«, der »letzte Krieg des zivilisierten Europa« sein. – Käme er aber um einiges später als man befürchtete, so werde der Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu noch schlimmeren, nämlich totalen Vernichtungswaffen führen: Zu weittragenden Schnellfeuergeschützen mit »500 Schuß in der Minute«. Zu elektrischen Mordmaschinen, die »mit einem Schläge ein ganzes Heer vertilgen«. Zu »Sprengstoffpillen, die, aus Wolkenhöhen herunterregnend, in ein paar Minuten eine Stadt zertrümmern«.

Streift solcherart Warnphantasie auch die Konstruktionen des Science-fiction, so wissen wir Heutigen doch, daß diese Freundin Alfred Nobels die tenden-

zielle Entwicklung der Kriegstechnik damals keineswegs falsch einschätzte. Vor allem stimmte die welthistorische Folgerung: »[...] Ein Zusammenbruch des anwachsenden Wehrwahnsinnes in kurzer Frist war unvermeidlich. Jener Punkt, wo alles, was ist, aufhören muß – der Punkt der Unerträglichkeit nämlich –, von dem war die Waffenbelastung der Welt nicht mehr fern. Aller Reichtum, alle Volkskraft, alles Leben nur auf ein Ziel – Vernichtung – hingelenkt: ein solches System muß endlich entweder die Menschheit oder sich selber vernichten.«

Frieden oder Krieg? Leben oder Vernichtung? Erst als Suttner diese Schicksalsfrage der Menschheit erkannte und nach humanen Konfliktlösungen suchte, erfuhr sie von der Existenz zweier Frühbewegungen des Pazifismus: der seit 1867 bestehenden »Ligue internationale de la Paix et de la Liberté« mit dem Hauptsitz in Genf und der jüngeren, 1880 gegründeten »International Arbitration and Peace Association«, die neben dem Hauptsitz in London auch nationale Zweigvereine in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Ungarn, Norwegen, Schweden, Dänemark und den USA unterhielt. Die Literatin übernahm diese Information noch in die Druckfahnen ihres »Maschinenalters«. Sie vertrat dort selbst die bislang aktuellen Vorschläge des Pazifismus: Abrüstung und Schiedsgerichte. Da sie nun einmal die Menschheitsgefährdung erkannt hatte, verschrieb sie sich ganz dem Lager der Friedenskämpfer, obwohl diese von militaristischen Gegnern als »Vaterlandsverräter« und »Friedensbestien« verleumdet wurden. »Der Friedensliga wollte ich einen Dienst leisten – wie konnte ich das besser tun, als indem ich ein Buch zu schreiben versuchte, das ihre Ideen verbreiten sollte? Und am wirksamsten, so dachte ich, konnte ich das in Form einer Erzählung tun. Dafür würde ich sicherlich ein größeres Publikum finden als für eine Abhandlung.« Also schrieb Bertha von Suttner »Die Waffen nieder!«

Der Roman ist die fiktive Autobiographie einer österreichischen Gräfin, Martha Althaus, die in Böhmen lebt und in die Militärkonflikte ihrer Zeit hineingerät: vier Kriege von 1859 bis 1871. Wie das adlige Fräulein in einer Generalsfamilie reaktionär und kriegsgläubig erzogen wird, zweimal heiratet, beide Männer und ihr Kind in den Kriegswirren verliert und schließlich die peinliche Frage nach dem Sinn des Kriegs stellt – und wie sie dann von einer Kriegsbefürworterin zur Kriegsgegnerin wird, eben das ist der Hergang des Buches.

Kühle und vernünftelnde Kritiker, im Lager des Antimilitarismus selbst Carl von Ossietzky, haben gerügt, daß hier nicht ohne Sentimentalität, phantasievolles Mitleiden, schmerzhaft empfundene Erzählungen erzählt wird. Aber Suttners Grundhaltung ist unverbrüchlich der Vernunft, dem Rationalismus verbunden. Rational ist die stetige Argumentation gegen militaristisch gefärbte Zeitphrasen, Traditionsbilder, Geschichtsdeutungen. Rational ist das Arrangement des Ganzen, insbesondere die Verflechtung des Fiktiven mit den au-

thentischen Zeugnissen des erzählten Weltausschnitts. Denn Suttner hatte genaue Studien betrieben, Archive und Zeitungen gesichtet, Kriegsberichte und Geschichtswerke ausgewertet, Augenzeugen befragt – bevor sie deren pseudopatriotische Phraseologie wider den Strich bürstete, um auf die Verherrlichungen des Kriegs mit entschiedener Kriegsverneinung zu antworten. Geschult am literarischen Naturalismus, nicht zuletzt an den Elendsschilderungen Émile Zolas, konfrontierte sie die schönfärbende Staatsräson und Kriegsromantik mit dem Leiden und Sterben der Individuen, die nur ein einziges Leben haben und unwiederbringlich zugrunde gehen. So nahm die Erzählerin Elemente einer Schreibweise vorweg, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in der französischen und deutschen Antikriegsliteratur von Henri Barbusse bis Arnold Zweig, Ludwig Renn und Erich Maria Remarque auf einer höheren Stufe persönlicher Kriegserfahrung und literarischer Umsetzung herausbilden sollte. Jedoch die sensitive Radikalität der Antikriegshaltung in Suttners Roman resultiert aus der bis heute seltenen, bei Christa Wolfs »Kassandra« wiedererscheinenden Erzählperspektive – nämlich der einer vom Krieg betroffenen, am Krieg leidenden Frau. Sie entmystifizierte den Krieg als ein von den Herrschenden gemachtes und zu verantwortendes Verbrechen gegen die Menschheit.

Die Autorin stritt nicht nur gegen die hochorganisierten Staatsgewalten. Sie sah sich auch weltweit verbreiteten Bibliotheken gegenüber, die mit Schriften kriegerischen Inhalts angefüllt waren: den nationalen Kriegsgeschichten und Heldenleben, der nationalistischen Erbauungsliteratur und Traditionspflege, den Lehrbüchern der Militärwissenschaft und Kampftechnik, den Leitfäden der Rekrutenausbildung und Truppenführung, des Waffengebrauchs und der Ballistik, den Generalstabsberichten und Schlachtchroniken, den Sammlungen der Soldatenlieder und Kriegsbräuche. Gegenüber dieser ungeheuren Literaturmasse des Kriegs erinnerte Suttner an historisches Friedenserbe – wertvolles Gut der Weltliteratur, aber in ein »paar Heftchen« zu sammeln, so daß ein Friedensfreund kleinmütig werden könnte, wenn er Kraft und Zukunftsträchtigkeit nur nach literarischen Quantitäten messen wollte. Um den Leser mit Friedensideen der Vergangenheit bekannt zu machen, ließ die Autorin ihre Romangestalten an Aristophanes, Sokrates, Terenz, Cicero, Virgil denken, an Größen der Antike, die auf Humanität und friedliches Leben gerichtet gewesen waren. Sie nannte Projekte friedienstiftender Fürsten- und Staatenbünde, entworfen von dem Hussitenkönig Georg Podiebrad, von den Franzosen Henry Quatre und Sully. Sie skizzierte die Linie des Fortschrittsdenkens und der Friedensutopien, die von Abbé de Saint-Pierre über Voltaire zu Kants Traktat »Zum ewigen Frieden«, sogar weiter zu den französischen Sozialisten Saint-Simon und Fourier führt. Sie vergaß auch nicht die nordamerikanischen Quäker und Kriegsdienstverweigerer seit William Penn, die englischen Völkerrechtler und Freihandelspropagandisten seit Jeremy Bentham. In sehr be-

wußtem Kontrast zu Generalfeldmarschall Moltkes berühmter Sentenz, wonach der »ewige Frieden« nur ein »Traum« sei »und nicht einmal ein schöner«, finden wir bei Schilderung der Krisen- und Kriegssituation von 1870 »ein aus Volkskreisen« stammendes Manifest: gezeichnet von Wilhelm Liebknecht, nennt es den »bloßen Gedanken an einen deutsch-französischen Krieg« ein folgenschweres »Verbrechen«. Der »Epilog« des Buches informiert abermals über die Friedensgesellschaften des Jahres 1889, ihre aktuellen Bestrebungen und Vorschläge, wobei ein tatsächliches Dokument der »International Arbitration and Peace Association« fiktiv an die Romanheldin gerichtet wird.

So suchte das neue, pazifistische Denken sein ihm angemessenes geschichtliches Erbe. Es stellte die humane Tradition des Friedens und des Fortschritts gegen die Tradition des Militarismus und der Bedrückung des Volkes, von dem die Suttner stets hochsinnig dachte. »Aber das Volk? Man frage es nur, bei ihm ist der Friedenswunsch glühend und wahr, während die Friedensbeteuerungen, die von den Regierungen ausgehen, häufig Lüge, gleisnerische Lüge sind – oder wenigstens von den anderen Regierungen grundsätzlich als solche aufgefaßt werden. Das heißt ja eben »Diplomatie«. Und immer mehr und mehr werden die Völker nach Frieden rufen.«

Leo Tolstoi verglich Suttners Buch »Die Waffen nieder!« mit Harriet Beecher-Stoves Roman »Onkel Toms Hütte« (1852), weil es wie jener, der die Abschaffung der Sklaverei propagierte, ein literarisch-politisches Epochensignal setzte. In Preußisch-Deutschland allerdings waren die nationalistischen Parteien, die Rüstungstreiber, Kolonialvereine, Kriegshetzer und deren Gazetten sogleich als giftige Gegner auf dem Plan. Sie entblödeten sich nicht, in der streitbaren Humanistin auch die Frau herabzuwürdigen, die sich als »Friedensbertha«, als ein unbefugtes, hirnloses Geschlecht in die Politik einmische. Aber aus den zögerlichen tausend Exemplaren der Erstauflage wuchsen mehrere hunderttausend in zwölf Sprachen Europas. Die Persönlichkeit dieser ungewöhnlichen Frau erwies sich hinfort als eine Integrationsgestalt des internationalen Pazifismus. Sie gründete Friedensgesellschaften in Österreich, Ungarn, Deutschland und wurde als Vizepräsidentin in das internationale Friedensbüro gewählt, das in Bern die Aktivitäten der Pazifisten koordinierte.

## 2.

Der deutsche Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht, Chefredakteur des »Vorwärts«, erkannte Suttners Buch als massenwirksame Antikriegsliteratur. Er bat die Verfasserin am 11. April 1892 um ihr Einverständnis für den Nachdruck in seiner Zeitung und quittierte ihre Zusage mit dem selbstbewußten Versprechen: »[...] In der Saat, die aufgehen wird, werden Sie Ihren Lohn haben. Was Sie erstreben, den Frieden auf Erden, wir werden es durchführen – ich meine die Sozialdemokratie, welche in Wahrheit eine große internationale Friedensliga ist.«

Lieb knecht wünschte, daß die Pazifistin einige Zeilen dem Abdruck voranstellte. Die Friedensstreiterin erfüllte auch dieses Erwarten. Sie schrieb als Pazifistin, also nicht als Sozialdemokratin, an die Mitglieder und Leser der bedeutendsten Arbeiterorganisation: »Die Partei, welche als einen Hauptpunkt ihres Programms den internationalen Frieden hinstellt, ist wohl am geeignetsten, dem genannten Buch ihre Sympathie entgegenzubringen, und wird auf diese Weise vielleicht dieselbe Sympathie auch auf die bestehende Friedensliga erstrecken, die das gleiche Ziel – internationale Gerechtigkeit – als einzigen Punkt ihres Programms erwählt hat.« So wurde das Buch »Die Waffen nieder!« zum Medium kurzzeitiger Kooperation zwischen der bürgerlichen Friedensbewegung und der deutschen Arbeiterpartei. Von August bis November 1892 erschien der Roman in Fortsetzungen im Zentralorgan der Sozialdemokratie.

Zu dieser Zeit war Karl Marx schon neun Jahre tot. Er hatte jenen Staatenkonflikt längst vorausgesehen, der objektiv in das 20. Jahrhundert wirkte, in subjektiven Befürchtungen aber bereits bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erwartet wurde. Zusammen mit Friedrich Engels hatte er im Kriegssommer 1870 die deutschen Arbeiterführer dazu angehalten, unbedingt gegen einen Raubfrieden zu wirken: Eine Annexion Elsaß-Lothringens sei das »unfehlbarste Mittel, Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbsterfleischung zu ruinieren«. Der Brief an den Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, veröffentlicht am 5. September 1870, enthielt die zeitigste Voraussage einer kontinentalen Katastrophe – in Gestalt eines deutschen Zweifrontenkriegs, bei dem sich Frankreich mit Rußland verbünden werde. »Es ist überflüssig, die unheilvollen Folgen zu deuten«, lautete der Kommentar.

Als nach dem Sieg bei Sedan (1./2. September 1870) und der Gefangennahme Napoleons III., des Kaisers der Franzosen, die deutschen Annexionspläne dreist hervortraten, wiederholte Marx seinen Warnruf in der zweiten Generalratsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation: Im Falle eines räuberischen Friedensdiktats müsse sich Deutschland »nach kurzer Rast für einen neuen ›defensiven‹ Krieg rüsten, nicht für einen jener neugebackenen ›lokalisierten‹ Kriege, sondern zu einem Racenkrieg gegen die verbündeten Racen der Slawen und Romanen«. Das nämlich sei die »Friedensperspektive«, die von den »hirnkranken Patrioten der Mittelklasse Deutschlands« garantiert werde. Die richtige Losung hingegen müsse lauten: »ehrentvoller Frieden für Frankreich« und »Anerkennung der französischen Republik«. Könnte dies vom deutschen Proletariat nicht durchgesetzt werden, so müsse sich der Sieg über die Armeen Louis Napoleons in einen Ruin der Arbeiterinteressen verwandeln: Der zukünftige Krieg werde »in jedem Lande [...] zu neuen Niederlagen der Arbeiter durch die Herren vom Degen, vom Grundbesitz und vom Kapital« führen.

Der Annexionsfrieden von 1871 war das Schlangenei, das Bismarck dem deutschen Nationalstaat im Namen der Junker und der Bourgeoisie in die

Wiege legte. Marx und Engels sahen das Unheil wachsen. Der große Krieg Europas, der die nationalen Arbeiterklassen gegeneinander hetze, den Internationalismus zunichte mache, werde früher oder später kommen, urteilte Marx wiederholt im Jahre 1874 – vor dessen Beendigung seien revolutionäre Volksbewegungen schwerlich zu erwarten. Im Brief vom 9. September 1879 schrieb Engels an Marx: Der drohende Krieg werde die sozialistische Bewegung »auf Jahre zugrunde« richten. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei.

Indes mochten namhafte deutsche Sozialisten diese Befürchtungen nicht teilen. Weil sie vielmehr aus den Balkankonflikten, dem zeitgenössischen Schwelbrand Europas, einen revolutionären Gewinn zu ziehen hofften, äußerte Engels herbe Kritik. An Eduard Bernstein schrieb er am 22. Februar 1882: Die Unabhängigkeit der Balkanvölker sei keinen Krieg wert – er zerstöre ungleich mehr Menschenleben als diese Völker zählen und werde vor allem die europäische Arbeiterbewegung schädigen. »Daß dabei Deutschland in einen Kampf um die Existenz gerät und damit auch dort der patriotische Chauvinismus wieder vollständig Oberwasser bekommt, scheint mir evident. Soweit also alles Aussichten gegen uns.

Ist der Krieg aber einmal im Gang, so wird der Ausgang eines solchen europäischen Kampfs, des ersten seit 1813-15, ganz unberechenbar, und ich möchte ihn um keinen Preis herbeiwünschen.« Im Brief an August Bebel vom 22. Dezember 1882, in dem Engels einräumte, daß ein großer Krieg Europas vielleicht, aber auch nur vielleicht zur proletarischen Revolution führen könnte, lautet sein prinzipielles Bekenntnis völlig klar: »Einen europäischen Krieg würde ich für ein Unglück halten, diesmal würde er furchtbar ernst werden, überall den Chauvinismus entflammen auf Jahre hinaus, da jedes Volk um die Existenz kämpfen würde. Die ganze Arbeit der Revolutionäre in Rußland, die am Vorabend des Siegs stehen, wäre nutzlos, vernichtet; unsre Partei in Deutschland würde momentan von der Flut des Chauvinismus überschwemmt und gesprengt, und ebenso ging's in Frankreich.«

Nachdem Marx gestorben war, sah Engels mit Genugtuung, wie die nationalen Arbeiterparteien und ihr Wählerpotential anwuchsen, wie in Deutschland die Verfolgung der Sozialisten abgewehrt und sogar Reichskanzler Bismarck zum Rücktritt gezwungen wurde. Mit steigender Sorge aber beobachtete er auch, daß mit dem Eilmarsch von Technik und Industrie eine verhängnisvolle Entwicklung begonnen hatte: eine »nie endende Revolution der Waffentechnik« und ein darauf basierendes Wettrüsten aller großen Staaten Europas. Preußens allgemeine Wehrpflicht, die selbst im Frieden die besten Lebensjahre von Millionen und Steuern in Masse verschlang, war weithin eingeführt. Und es gab Kriegswerkzeuge, deren Zerstörungskraft die Welt bislang nicht gekannt hatte. Magazingewehre mit fliegenden Projektilen von Kanonenschußweite, von unerhörter Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft, dazu Ar-

tillerie mit Explosivgeschossen, obendrein Nobels Dynamit und sein rauchloses Pulver, das die Rekognoszierung feindlicher Feuerstellungen erschwerte.

Wohl erzeuge der brisante Rüstungswettlauf eine Kriegsfurcht selbst in Regierungskreisen. Aber dieser Frieden sei trügerisch, und jeder militärische Konflikt könnte allzu bald in das ungeheure Novum umschlagen, das Engels nicht nur einen europäischen Krieg, sondern einen »Weltkrieg« nannte. Diese Erkenntnis führte ihn – zwei Jahre vor Suttners Kriegsvisionen – zu einer Voraussage, die in der Einleitung zu Borkheims »Deutsche Mordspatrioten« (1887) beinahe in der Sprache alttestamentlicher Prophetie formuliert ist: »[...] Ein Weltkrieg von einer bisher nie gekannten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, [...] Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.« Das also sei die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System des Rüstungswettlaufes seine »unvermeidlichen Früchte« trage.

Angesichts solcher Weltsituation müßten die »Sozialisten in allen Ländern für den Frieden« sein – denn sonst würden die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, »sich gegenseitig abzuschlachten«. Gerade sie seien es doch, die den größten Blutzoll und überhaupt »sämtliche Kriegskosten zu bezahlen« hätten. Der Frieden ermögliche den Sozialisten beispielsweise in Deutschland einen Sieg »in ungefähr zehn Jahren«, ermutigte Engels 1891. Ein Weltkrieg dagegen werde die Arbeiterklasse infolge seiner totalen Erschütterungen entweder in wenigen Jahren an die Macht bringen oder – was ebenso wahrscheinlich sei – in den »vollständigen Ruin« stürzen, wodurch sich die soziale Revolution um Jahrzehnte verzögere. Gewiß bleibe nur, daß die kapitalistische Gesellschaft durch die Hervorbringung des Kriegs »unmöglichlicher würde als je«.

In Konsequenz dieser Erwägungen veröffentlichte Engels ebenfalls im »Vorwärts« – zwei Monate nach dem Abdruck von Suttners Friedensbuch – eine denkwürdige Abhandlung: »Kann Europa abrüsten?« Die herrschenden Regime und ihre Beziehungen einstweilen akzeptierend, jedoch den »allgemeinen Vernichtungskrieg« als voraussehbare Folge des Wettrüstens ganz und gar ablehnend, versetzte sich Engels in den Kopf eines rational denkenden Staats-

mannes, der Politik gemäß Gründen »der Vernunft und des Realismus« konzipierte. Er analysierte das Militärwesen der Kontinentalmächte Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Rußland und machte den Vorschlag eines militärpolitischen Reformprogramms. Dieses hätte dazu gereicht, den gordischen Knoten der Weltkriegs-Gefahr zu durchschlagen: Auf der Basis internationaler Verträge sollten die Militärdienstzeiten gesenkt, die stehenden Armeen schrittweise abgeschafft und das Prinzip der allgemeinen Volksbewaffnung durch die demokratische Institution einer Miliz verwirklicht werden. Die Funktionen der bewaffneten Staatsorgane sollten sich demnach beschränken auf innere Sicherheit und bloße Landesverteidigung – eine gewisse Vorwegnahme der heutigen Defensivkonzeption und Ablehnung eines jeden Angriffskriegs, wie sie von den Staaten des Warschauer Bündnisvertrags auf ihrer Berliner Beratung am 29. Mai 1987 erklärt worden sind. »Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich«, schrieb Engels vor rund hundert Jahren, »sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisierter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.«

Engels verfaßte seine Schrift auf Wunsch August Bebels, im Namen der deutschen Sozialdemokratie. Er tat dies gegen eine abermals drohende Erhöhung des Rüstungsetats im deutschen Kaiserreich, wodurch sich der internationale Rüstungswetlauf verschärfen mußte. Dabei wagte er den politischen, sogar moralischen Appell an Volk und Regierung eines Landes, das durch die »siebenundzwanzig Jahre Bismarckwirtschaft« im ganzen Ausland »für die Ursache der gegenwärtigen Kriegsgefahr« gehalten werde. Welch ein Gewinn, so argumentierte er in einem noch heute bedeutsamen Gedankengang, wenn Deutschland sich gegenüber den anderen Staaten für diesen Antrag entschließen würde: »Es träte als Friedensstifter auf in einer Weise, die keinen Zweifel zuläßt. Es erklärte sich bereit, voranzugehn im Werk der Abrüstung, wie dies von Rechts wegen dem Lande zukommt, das das Signal zur Rüstung gegeben hat [...]. Die ganze öffentliche Meinung Europas und Amerikas träte auf Seiten Deutschlands.« Und das wäre eine allein würdige, nämlich »moralische« Eroberung.

Der Abrüstungsvorschlag, den Engels zwei Jahre vor seinem Tod als sozialistische Initiative anbot, scheiterte sowohl an der Öffentlichkeit als auch an den Parlamentariern des Junkertums und der Bourgeoisie. Sie erzwangen den erhöhten Militäretat, provozierten eine neue Runde des Wettrüstens und beschworen die schließliche Katastrophe schuldhaft herauf.

### 3.

Indem ich nun abschließend meine Gesichtspunkte zusammenfasse, gilt die Prämisse, daß historische Vergangenheit aus einer nie dagewesenen Entscheidungssituation der Menschheit befragt werden muß: Denn alles Leben und

Kämpfen, jede Art von Politik, erfolgt seit Hiroshima und Nagasaki unter jener wuchernden Vernichtungsgewalt, die mit dem allegorischen Begriff der »Bombe« durchaus falsch bezeichnet ist.

Der von dieser Aktualität ausgehende Rückblick auf das Ende des vorigen Jahrhunderts erweist die Tatsache, daß ein rund hundertjähriger Entwicklungsprozeß unseres heutigen menschheitlichen Existenzproblems dort selbst in Gestalt des beginnenden Imperialismus, der permanenten Revolution der Waffentechnik und der realen Weltkriegs-Gefahr seinen spezifischen Anfang nahm. Dementsprechend offenbart sich zu dieser Zeit auch das Vorhandensein eines spezifischen Friedenserbes: Pazifisten und Marxisten, obgleich Träger von klassenmäßig verschiedenen Überzeugungen, waren schon damals der Idee des Weltfriedens, dem Fortschritt des Gesellschaftslebens und der Staatenbeziehungen verpflichtet. Ihr Bündnis in der Gegenwart erscheint mir als ein unabweisliches Gebot der Friedensarbeit! Wie falsch wäre jede sektiererische Zurückweisung des bürgerlich-humanistischen Pazifismus durch Marxisten, die zwar revolutionäre Umwälzungen bejahen, aber den Staatenfrieden bewahren wollen. Wie sehr gehen aber auch jene Antikommunisten in die Irre, die den Marxismus als eine »proletarische Kriegslehre« verleumden – eine Weltanschauung und Strategie, die für den Sieg des Sozialismus auf Kriege zwischen den Staaten, den Völkern setze.

Da ich in Dialog und Kooperation für den Frieden zugleich sozialistische Auffassungen vertrete, muß ich für den »klassischen« Marxismus bekennen: Vorbereitung, Aufgabe und Ziel der proletarischen Revolution standen strategisch im Zentrum aller Bemühungen von Marx und Engels. Sie waren grundsätzlich Revolutionäre, nicht auf Reformen sich beschränkende Evolutionspolitiker. Doch schon das Zukunftsstreben des proletarischen Emanzipationskampfes im 19. Jahrhundert war auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Klassen und Klassenkampf, ohne Kriege gerichtet. In der konkret-historischen Wirklichkeit indessen, wo die Völker von den Herrschenden gegeneinander gehetzt, die nationalen Arbeiterklassen einander entfremdet wurden, gewannen die Begründer des Marxismus in der zweiten Jahrhunderthälfte mehr und mehr die Überzeugung: Auch das aktuelle Ringen um die Befreiung des Proletariats bedürfe möglichst friedlicher internationaler Bedingungen, um sich entfalten zu können. Es sei eine »große Lüge«, schrieb Marx bereits 1859, daß, »um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten« müsse.

# Die fatale Alternative

Von Krieg und Frieden (1989)

Wer die Weltgeschichte seit dem Anfang der Neuzeit überschaut, sieht zwei widerstreitende Tendenzen und Entwicklungskräfte wirken. Gerade sie haben im «Nuklearzeitalter» der Gegenwart die globale Alternative von Krieg oder Frieden hervorgebracht – und somit eine Entscheidungssituation, die den größtmöglichen Einsatz für Weltfrieden und Fortschritt erfordert.

Die Genesis dieser Alternative ist Teil der historischen Entwicklung sozial-ökonomischer Gesellschaftsformationen. Obwohl deren »gesetzmäßige Abfolge«, also auch Chronologie, eine prinzipielle Ansicht marxistischer Geschichtswissenschaft bildet, hat doch der Historiker eher mit inneren Wandlungen, zudem mit Gleichzeitigkeit, Überschneidung und wechselseitigen Einflüssen solcher Formationen zu tun. Eingebettet in diese Variabilität offenbart nun die erste der beiden Entwicklungslinien die objektive Tendenz und die subjektiven Triebkräfte einer Staatenpolitik, die mit den gewalttätigen Mitteln des Hegemoniestrebens, der Kriegsvorbereitung und des Krieges letzten Endes zur Vernichtung der Zivilisation, zum Exitus der Menschheit führt. Die zweite, gegenläufige Entwicklungslinie aber erweist ein objektives Bedürfnis und subjektive Interessenträger für eine alternative Staatenpolitik: Sie ist verkörpert in Friedensideen und Friedensbewegungen, Menschenrechtsdeklarationen und Völkerrechtsgeboten, Staatenbeziehungen und universalen Föderationen, die auf friedliche Konfliktlösungen und letzten Endes auf eine dauerhafte Verwirklichung des Weltfriedens und der Menschheitsentwicklung abzielen.

Mein Versuch, die Alternative von Krieg oder Frieden im jahrhundertelangen Zeitalter bürgerlicher Revolutionen zu erfassen, bleibt allerdings auf den Mut zur Auswahl – also zur Lücke – angewiesen. Nur mit diesem Freibrief darf man es wagen, Erscheinungen und Wesenszüge des erdumspannenden Prozesses in historischen Impressionen zu skizzieren.

## 1.

Die neuzeitliche Entwicklungstendenz des Krieges enthüllt sich uns in der frühen Spur weltpolitischer Willkür und Hegemonie an der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert. Auf eine fatale Weise wurde damals Europa mit den übrigen Regionen der Erde verstrickt – oder richtiger: gerieten die Völker der Erde in die Raubfänge zweier Staaten Europas. Spanien und Portugal, die beiden römisch-katholischen Feudalmächte, teilten die außereuropäischen Länder und Meere an einer Meridianlinie auf, die 370 Seemeilen westlich der Kapverdischen Inseln verlief. Die Verträge von Tordesillas (1494) und Zaragoza (1529), die Spanien die westliche, Portugal die östliche Hemisphäre zusprachen, usurpierten das Recht, unter der Fahne des Kreuzes und des »Friedens« Kolonial-

reiche zu erobern und die Schiffe anderer Länder zu verfolgen. Dieser Anmaßung weltbeherrschender Macht erteilte der Papst seinen allerhöchst christlichen Segen.

Als mit der Unabhängigkeitsrevolution der Niederländer gegen Spaniens monarchische Herrschaft der weltgeschichtliche Aufstieg der Bourgeoisie begann, galt deren Kampf bald auch nicht nur nationalstaatlicher Souveränität, reformiertem Christentum und bürgerlichen Freiheiten. Er diente ebenfalls kolonialen Ansprüchen. Das kalvinistische Handelsbürgertum, das in der Republik der Vereinigten Niederlande zur Macht gelangte, verfolgte drei äußere Ziele: erstens, Freiheit der Meere für ungehinderte Schifffahrt, zweitens, Eroberung von Kolonien, drittens, Frieden in Europa für störfreien Handel. Die »Niederländisch-Ostindische Kompanie« (1602) brach das spanisch-portugiesische Monopol der Seefahrt und der überseeischen Besitzungen mit Waffengewalt. Dabei erwies sich die Verschwisterung des Handelskapitals mit dem Krieg. Generalgouverneur Jan Pieterzoon Coen, der das alte indonesische Djakarta niederbrennen und statt dessen das Kolonialfort Batavia errichten ließ, schrieb an das Amsterdamer Direktorium der »Kompanie«: »Euer Ehren sollten aus Erfahrung wissen, daß der Handel in Asien unter Schutz und Gunst der Waffen [...] vorwärtsgetrieben [...] werden muß und daß die Waffen mit dem Handelsgewinn bezahlt werden müssen; daß wir [...] Handel nicht ohne Krieg und Krieg nicht ohne Handel führen können.« In Indonesien, Hinterindien, Ceylon und Südafrika eroberten die Niederländer ein Kolonialreich, wo sie jene Reichtümer zusammenraubten, die sie in freier Fahrt über die Meere bringen und in freiem Handel auf dem Kontinent Europas zu Geld machen wollten.

Für diesen Kaufmannsliberalismus dachte und schrieb Hugo Grotius als ein vielzitatierter Begründer des bürgerlichen Völkerrechts. »Mare liberum« (1609) verlangte die Abschaffung der monopolistischen Seerechtsdoktrin in keinem geringeren Namen als dem der Menschheit. Die Freiheit des Handels und somit der Schifffahrt beruhe auf einem »ursprünglichen Völkerrecht«, das nicht aufgehoben werden könne – es sei denn mit »Billigung aller Völker«. Würde es den Niederländern streitig gemacht, so müsse dieses Naturrecht mit der Gewalt der Waffen zurückgewonnen werden.

Auch die berühmteste Schrift des Grotius trägt die militärische Konsequenz damaliger Staatenbeziehungen an erster Stelle ihres Titels: »De jure belli ac pacis« (1625). Sie konnte und wollte den Krieg als ein Mittel der Politik nicht beiseitigen. Doch zu einer Zeit, da in der Mitte Europas die Soldateska des Dreißigjährigen Krieges tobte und ganze Landstriche verödete, wirkte Grotius auch für das humane Bestreben, den Krieg wenigstens einzuhegen. »Ich sah in den christlichen Ländern eine ausgelassene Kriegführung, deren sich selbst rohe Völker geschämt haben würden; man greift aus unbedeutenden [...] Gründen zu den Waffen, und hat man sie einmal ergriffen, so wird weder das göttliche

noch das menschliche Recht geachtet, gleichsam als wenn auf Befehl die Wut zu allen Verbrechen losgelassen worden wäre.« Kraft eines juristischen Regelwerks, das die Staatenbeziehungen mit Richtlinien und den Krieg mit zivilisierenden Grundsätzen versah, wollte Grotius in die internationale Politik ein gewisses Maß an Berechenbarkeit, also an Vertragsgemäßheit einführen. Dabei ging er von den Rechten und Pflichten eines Staatsbürgers aus. Er setzte ein auf Ordnung und Sicherheit bedachtes Bürgerrecht als Maßstab für Völkerrecht: »Denn der Bürger, welcher eines gegenwärtigen Nutzens wegen das bürgerliche Recht verletzt, zerreißt damit das Band, was den dauernden Nutzen seiner selbst und seiner Nachkommenschaft einschließt, und ein Volk, welches das Natur- und Völkerrecht verletzt, reißt damit für die Zukunft die Schutzwehr seines Friedens nieder.« Bereits in der Wiege des neuzeitlichen Bürgerrechts gedieh somit ein Völkerrecht, dessen Spuren wir gegen Ende des Zeitalters bürgerlicher Revolutionen bei Marx und Lenin wiederum finden werden. Dazu zählen allerdings auch die traditionellen Rechtsgründe zur Führung von Kriegen, die Grotius in den Satz komprimierte: »Die Ungerechtigkeit des Gegners macht den Krieg gerecht.« Bedeutete dies die Anerkennung des Verteidigungskrieges, nach Grotius sogar des Krieges zur Wiedererlangung des Geraubten und zur Bestrafung von Rechtsbrechern, so bedachte er dennoch den möglichen Mißbrauch: Hinter dem Schild geheuchelter Verteidigung konnte ein Staat den Angriff auf einen anderen wagen. Folglich verneinte er *expressis verbis* den Angriffskrieg – wie auch den »Präventivkrieg«: »Daß die Möglichkeit, Gewalt zu erleiden, schon das Recht, Gewalt zu gebrauchen, gebe, ist ohne allen gerechten Grund.« Trotz zeitbedingter Widersprüche stand dieser völkerrechtliche Vordenker, der 1645 in Rostock verstarb, am Anfang jener neuzeitlichen Entwicklungslinie, die nicht auf pure Kriegsentfesselung, vielmehr auf gesetzlich begründete und prinzipiell friedliche Staatenbeziehungen gerichtet war.

Die Niederlande, mit Handelsliberalismus und kolonialer Eroberung, waren die »kapitalistische Musternation des 17. Jahrhunderts« (Marx). Kaum aber siegte die Revolution in England, saß also auch dort ein nationales Bürgertum in den Sesseln der Staatsgewalt, so paarte sich wiederum Liberalismus mit Raub und Krieg. Nicht die Hinrichtung Karls I., des Königs von England – die Niederwerfung des Nationalaufstands der Iren durch Cromwell war der Sündenfall dieser bürgerlichen Revolution. Mit dem Blut des irischen Volkes befleckt, griff die englische Waffenhand noch viel weiter aus: Londoner Reeder und Kaufleute ließen eine Navigationsakte (1651) gegen die Niederländer deklarieren, die drei See- und Handelskriege (1652-54, 1665-67, 1672-74) zur Folge hatte. Der auf Seeherrschaft, Handelsmonopol und koloniale Eroberung angelegte Globalkonflikt – zuvor noch vom Gegensatz zwischen Spanien und den Niederlanden, also von feudalen und bürgerlichen Interessen bestimmt – differenzierte sich jetzt durch den Zuwachs des interkapitalistischen Konkur-

renzkampfes. Am Ende siegten die Engländer, unterbanden den Zwischenhandel der Niederländer, nahmen den Warenverkehr der Kolonien mit Britannien und dem Festland Europas unter ihre hegemoniale Kontrolle.

Allerdings wurde der Konflikt auf eine eigentümlich britische Weise befriedet. Die »Glorious Revolution« (1688/89) – Staatsstreich der »grundherrlichen kapitalistischen Plusmacher« (Marx) gegen die katholizistisch geschönte Konterrevolution – hob in der Person Wilhelms III. von Oranien einen protestantischen Holländer auf den englischen Thron. So geriet die holländische Schaluppe ins Schlepptau der britischen Fregatte. Die bürgerlich-frühkapitalistischen Potenzen, die unter der Personalunion des Oraniers vereinigt waren, richteten ihre Offensivkraft nunmehr auf Frankreich: gegen die Hegemonialbestrebungen des Feudalabsolutismus unter König Ludwig XIV. Bei den Pfälzischen und Spanischen Erbfolgekriegen (1688-1697, 1701-1714) formierten sich zwei »Große Allianzen«, in denen sich Briten und Niederländer – über alle politisch-sozialen Systemgrenzen hinweg – mit den Feudalmächten Österreich, Brandenburg-Preußen, Spanien, Portugal und Savoyen verbündeten. Auch diesmal trug Großbritannien reiche Beute davon. Während es auf dem Festland für »balance of power«, für machtpolitische Stabilität und Enthaltbarkeit, fechten ließ, vergrößerte es seine schon früher in Indien, Westafrika, der Karibik und Nordamerika begründete Kolonialmacht durch die Eroberung von Gibraltar, Neufundland und die Länder an der Hudsonbai. Die Friedenskongresse zu Utrecht (1713) und Rastatt (1714), die den britischen Gewinn bestätigten, aber den französischen »Sonnenkönig« nach 54 Regierungsjahren (davon 30 Kriegsjahre) in die Schranken verwiesen, erfolgten im Geist feudalbürgerlicher Koexistenz: Bisherige Kombattanten und auch Staaten, die an den Kriegshändeln nicht beteiligt gewesen, erhoben das »Gleichgewicht« zum Prinzip künftiger Staatenpolitik auf dem europäischen Kontinent.

## 2.

Damit begann eine kurze Periode, in der die Staatenlenker das Heil ihrer Regime und Völker auf Friedenskongressen zu finden hofften. Gegensätzliche Interessen auszugleichen und alles zu vermeiden, was zu einem Bruch führen könnte, bezeichnete der französische Minister und Gastgeber Fleury auf dem Kongreß von Soissons (1728) als die Aufgabe europäischer Staatskunst. Je mehr realistische Politiker den Zündstoff internationaler Konflikte fürchteten, zumal sie ihre von Kriegführung erschöpften Staatskassen im Zustand einstweiliger »Kriegsuntauglichkeit« wußten, desto empfänglicher waren sie für Ideen, die ihnen periodisch tagende Kongresse anboten, um Konfliktpotentiale zu besänftigen. Dies war das Klima, in dem eine Saat ausgestreut wurde, die im ganzen 18. Jahrhundert emporwuchs und nächst den Bestrebungen des Hugo Grotius auf der Linie der Friedensbemühungen genannt zu werden verdient.

Der Mann, der die Neusaat friedliebender Leitgedanken für eine Frühform des Völkerbundes oder Vereinter Nationen streute und zum Keimen brachte, war der Franzose Abbé de Saint-Pierre. Grotius hatte rechtliche Verbindlichkeiten in die internationalen Beziehungen einführen und dabei auch den Krieg mit Gesetzeszäunen umstellen wollen. Saint-Pierre gedachte mehr zu tun: Er wollte den Krieg abschaffen! Was er zu diesem Zweck gegen alle Widerstände, alles Gelächter der Traditionalisten pedantisch und unverdrossen in die Welt setzte, war sein dreibändiges Lehrgebäude »Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe« (1713/17). Wohl beklagte dieser Friedenspropagandist eine immer offene Kluft zwischen den Fortschritten der Wissenschaften und Künste einerseits und dem Zurückbleiben der Politik und Moral andererseits. Doch seine Argumente, die er den Herrschenden auch in Briefen und Audienzen vortrug, waren von rührendem Vernunftglauben, von historischem Optimismus beseelt: »Der Krieg wirft die bestverwalteten Staaten in die Barbarei zurück. Man hat schon lange gesagt, das Gesetz verstumme im Kriege [...]. Wenn überall die Methoden für die geistige Bildung und die sittliche Erziehung vervollkommen würden, so würden die großen Männer unseres Zeitalters nur Schulbuben im Vergleich zu denen künftiger Zeiten sein. Was aber kann Europa diese große Vervollkommnung bescheren, wenn nicht ein ungestörter Friede?« Dieser frühe Aufklärer setzte auf die Vernunft der Regierenden. Folglich sollte auch das Mittel, um den dauernden Frieden zu erreichen, eine Staatenföderation der »mächtigsten Souveräne Europas« sein.

Obwohl – oder gerade weil – Saint-Pierre ein Franzose war, Untertan des in Versailles und Paris zentralistisch herrschenden Absolutismus, bevorzugte er als Modell seines Völkerrechtsdenkens die föderalen Strukturen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Diese nämlich transponierte er in das Projekt einer Staatenföderation, in der die Grundsätze der Souveränität, der Gleichberechtigung und des Gewaltverzichts aller Verbündeten gelten mußten. Jeder Staat sollte unabhängig von seiner Größe nur eine Stimme im Plenum erhalten, aber zu den Bundesfinanzen gemäß seiner Einkünfte beitragen. Im Fall des Konflikts sollten Schiedsspruch und Mehrheitsbeschluß von mindestens drei Vierteln aller Stimmen entscheiden. Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten war untersagt. Doch schienen bewaffnete Bundestruppen vonnöten, um mögliche Friedensbrecher zu hindern oder zu strafen. Die Absicht dieses ganzen Projekts war ein Frieden, der jede teilnehmende Regierung, jedes Land vor Staatenkrieg schützte, jedoch auch dem Bürgerkrieg widerstrebte. – Wegen der Unmöglichkeit, einen solchen Frieden schon für die ganze Menschheit herbeizuführen, beschränkte Saint-Pierre seinen Plan auf die christlichen Staaten Europas. Doch Weltfrieden galt ihm als ein noch höheres Ziel.

Die Kühnheit der Utopie und ihr ideelles Hineinwirken in die Realwelt von Diplomaten und Staatenkongressen mag rechtfertigen, daß wir Saint-Pierre

stärker betonen als die frühen Kriegsdienstverweigerer, die englisch-amerikanischen Quäker und ihren Kopf William Penn, der bereits zwei Jahrzehnte zuvor mit dem Konzept einer Staatenorganisation aufgetreten war, die ebenfalls den »Ewigen Frieden« in Europa schaffen sollte. Das Bemühen dieser Weltverbesserer blieb auf künftige Rezipienten angewiesen: Denn Kriegsdienstverweigerer mehrten sich erst nach den Verheerungen des Ersten Weltkrieges. Saint-Pierres schwieriges Kompendium hingegen gewann an Gemeinverständlichkeit und Verbreitung immerhin schon durch Jean-Jacques Rousseaus kritische Übertragung und Kurzfassung.

Die französische Aufklärung, in der das nun folgende geschah, war ein Kind der englischen Aufklärung. Sie unterschied sich aber von dieser, indem sie das freiheitliche Denken eines Bürgertums besorgte, das nicht an, sondern noch vor der Macht stand: Gerade so, d. h. dem Staatskurs einer herrschenden Klasse nicht dienen zu müssen, fanden Fortschrittsidee und Friedensutopie zu einer Liaison, die von den Geistkämpfern in Frankreich und ihren Parteigängern in aller Welt bei der Befreiung aus »selbstverschuldeter Unmündigkeit« vollzogen wurde. Niemals zuvor waren die Negativwirkungen des Krieges und die Möglichkeiten der Friedenserhaltung derart interessiert und vielseitig diskutiert worden. Für Säkularisation, die Entfesselung vom religiösen Denken, sprach schon die Zurückweisung des altersgrauen Arguments der Theologen, wonach Kriege ihre letzte Ursache in der sündigen Natur des Menschen fänden. Den Universalschlüssel des neuen Denkens für Bürgerleben und Staatenpolitik lieferte auch hier der von Descartes und John Locke begründete Rationalismus. Er nährte die Überzeugung, daß Kriege nicht schicksalhaft, vielmehr von Menschen gemacht, daher kraft ihrer Vernunft ebenso gut zu vermeiden, sogar abzuschaffen seien. Der Frieden – nicht der Krieg – fördere die Zivilisation der Völker mitsamt ihren Beziehungen. Wenn auch der Verteidigungskrieg weiterhin als gerecht gelten müsse, so sollten doch Geheimdiplomatie, Kabinetts- und Handelskriege, zumal räuberische Aggressionen verurteilt werden.

Indessen hatten sich die Staatenbeziehungen in Europa verdüstert. 1734 begannen wiederum Kriege, wobei das beschworene Friedens-Prinzip des »Gleichgewichts« für Aggressionen herhalten mußte, denen seine angebliche Störung als Kriegsgrund galt. Selbst der englisch-französische Kolonialkonflikt in Nordamerika griff auf Europa über und entflammete schließlich den Siebenjährigen Krieg (1756-1763). Vor diesem Hintergrund verschärfte sich das Aufklärungsdenken, erfolgte auch eine Radikalisierung der gesellschaftskritischen Friedenstheorien. Abbé de Saint-Pierre hatte Loyalität zu den Herrschern und somit zum Feudalabsolutismus gepflegt. Aufklärer von der Art Rousseaus und des Abbé de Mably hingegen zogen mit ihren Schriften geharnischt gegen die Fürsten zu Felde. Die »Kunst der Verträge« sei zur »Kunst der Intrige« entartet. Es sei zumal die Verfaßtheit der Staaten, die »Konstitution

der Regierungen«, die sich »den Fortschritten der Wissenschaft von den Verhandlungen« widersetze.

Das war der springende Punkt, an dem ein weltbürgerliches Fortschritts- und Friedensdenken von den Reformkonzepten Saint-Pierres und seiner gemäßigten Erben zur vorausgedachten Revolution umschlug. Die Erneuerung der internationalen Beziehungen erfordere Staatsordnungen, in denen die Souveränität den Fürsten entzogen und auf das Volk, »la nation«, übertragen werden müsse. Nur eine Politik, die sich auf Volkssouveränität gründe und auf das Gesamtwohl der Nation orientiere, könne auch die Lebensinteressen anderer Völker sowie den Frieden der Menschheit achten. Bei wechselseitiger Einheit des Inneren und des Äußeren ein Primat auf Innenpolitik setzend, traten Rousseau und Mably für Staatsumwälzungen als Voraussetzung neuartiger Außenpolitik ein.

Ob nun von gemäßigt liberaler oder mehr demokratischer Tendenz: Das neue Denken der Lumières berief sich auf rationale Einsichten in die Gesetze der Natur, wonach alle Menschen und Völker als ursprünglich gleich, also auch als gleich-berechtigt gelten sollten. Es wirkte im Namen des Naturrechts, das durch die Kraft der Vernunft endlich zu formulierten und anwendbaren Regeln gebracht schien, für eine von Privilegien, überhaupt von Vorrechten befreite Menschenordnung. Es forderte nationale sowie internationale Verhältnisse, in denen »Freiheit« und »Gleichheit« für alle Individuen als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, auch die Souveränität der Völker vor Willkürakten – vor Aggressionen und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten. Beziehen wir diese Intentionen der Aufklärung auf unsere heutige Weltlage, so wird die aktuelle Tatsache ersichtlich, daß rund zwei Jahrhunderte vor Existenz der UNO ein Fundus des historischen Friedensdenkens entstand. Die Lumière entwarfen Prinzipien, Organisationsformen, weitere Völkerrechtsklauseln, die auf die Dauer unvergessen blieben und in das moderne Regelwerk der Vereinten Nationen eingeflossen sind.

Jedoch es gab nicht nur politisch-juristische oder philosophische Argumente, die den Frieden als Notwendigkeit begründeten. Wie die naturrechtlichen Denker des Bürger- und Völkerrechts, so gingen auch die Physiokraten, die Väter der bürgerlichen politischen Ökonomie in Frankreich, von der Grundidee aus, daß alle Völker Zweige am Stamm der Menschheit sind. Sie verwarfen den Merkantilismus der absoluten Regime, weil dieser durch Reglementierung und Polizeischikanen den Warenverkehr hemmte, die Handelsinteressen anderer Völker absichtlich verletzte und somit Anlaß zu Kriegen gab. Ein freier Handel hingegen sollte das Medium gesunder Völkerbeziehungen, das Bindeglied kosmopolitischer Einheit und Vielfalt sein. Auch hier findet sich der rührende Glaube an die Kraft der Vernunft: Galt es doch nur, den *ordre naturel*, die rational einsichtige und einzig richtige Wirtschaftsordnung, zu verwirklichen. Wenn nämlich ungehemmte Bewegung

und Konkurrenz in den Handelsbeziehungen bestünden, dann entfalte sich zwischen Individuen und Völkern ein freies und friedliches Spiel der Kräfte. Es bedürfe nicht einmal einer Institution konföderierter Souveräne, wie Saint-Pierre vorgeschlagen hatte. Der *ordre naturel*, der sich trotz des verschiedenen Kulturniveaus der Länder und Völker durchsetzen werde, bringe eine Interessengemeinschaft und Interessenharmonie der Menschheit hervor. Er trage in sich die Tendenz zum »Ewigen Frieden«.

Die Einsicht, daß Krieg zur ökonomischen Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur nicht nötig, sondern geradezu schädlich sei, entwickelte Adam Smith auf der anderen Seite des Ärmelkanals. François Quesnay, das agrarpolitisch orientierte Physiokratenhaupt, hatte die Kosten für Militär und Krieg »sterile Ausgaben« genannt, die zur jährlichen Reproduktion des Nationalreichtums keineswegs beitragen. Smith, der Analytiker und Interpret des hochentwickelten Manufakturkapitalismus, urteilte aufgrund seiner Theorie des Arbeitswertes und der Reproduktion weit schärfer. »Große Nationen verarmen niemals durch private, wohl aber mitunter durch öffentliche Verschwendung und Mißwirtschaft. In den meisten Ländern werden alle oder fast alle Staatseinnahmen zum Unterhalt unproduktiver Leute verwendet. Dazu gehören diejenigen, die einen zahlreichen und glänzenden Hofstaat, eine umfangreiche Geistlichkeit sowie große Flotten und Armeen bilden, welche in Friedenszeiten nichts produzieren und im Krieg nichts erwerben, womit die Ausgaben für ihren Unterhalt auch nur während der Dauer des Krieges abgedeckt werden könnten. Da solche Leute selbst nichts produzieren, werden sie alle vom Produkt der Arbeit anderer Menschen erhalten.« Sie könnten einen so großen Teil des Nationaleinkommens und somit der zum Fortgang produktiver Arbeit benötigten Kapitalien verschlingen, daß alle Sparsamkeit und Klugheit der übrigen Staatsbürger vergeblich dafür wirken, die Vergeudung der Mittel auszugleichen. Sämtliche Ausgaben für Rüstung und Krieg waren also nach Smith nichts anderes als verlorenes produktives Kapital.

Der Ablehnung des Militärwesens, die wir in Smith' Werk über »Wesen und Ursachen des Reichtums der Nationen« (1776) finden, entsprach die humane Option für Frieden. Der Verfasser polemisierte daher auch gegen privilegierte Handelsgesellschaften von der Art »Ostindischer Kompanien« der Niederländer und Briten, die über ferne Länder eine militärische Gewaltherrschaft ausübten, um hohe Profite zu erzwingen. Er bezeichnete freien Wettbewerb und internationale Arbeitsteilung als die allein geeigneten Bewegungskräfte, die zur natürlichen Harmonie des ökonomisch-sozialen Lebens führen könnten. Wohl bewirkten die zeitgenössischen Kriege und die »beklagenswerte Unvernunft« der Menschen, daß dieser bürgerliche Ökonom in seine frohe Botschaft auch Molltöne des Zweifels mischte. Wenn aber begriffen würde, wie sehr die Vernunft für friedliche Arbeit und Kapitalakkumulation – also gegen Rüstung

und Krieg – sprach, dann könnte die Entfaltung der Produktivkräfte im weiteren Verlauf der Geschichte den Weltfrieden ermöglichen. Das war ein Kerngedanke, der gutmeinende Rezipienten vom Schläge Jeremy Benthams und selbst Unternehmer bis heute nicht ruhen ließ: Unter der Losung »Frieden durch Freihandel!« zahlen sie die kosmopolitische Theorie, den Goldbarren des Klassikers der liberalistischen Volkswirtschaftslehre, in propagandistischer Münze und praktischen Handelsbeziehungen aus.

### 3.

Verweigerung des Freihandels bei kolonialpolitischem Vorrang und Bürokratismus, dagegen aufbegehrender Protest und streitbare Aufklärungsideen entfachten die Unabhängigkeitsrevolution in Nordamerika. Zwei Jahrhunderte zuvor hatten die Niederländer ihre nationale Erhebung noch gegen Spaniens feudale Fremdherrschaft angefangen. Jetzt empörten sich Kolonisten, die ins Land eingewandert waren, nicht zuletzt Kaufleute und Schiffseigner, Farmer und Plantagenbesitzer, gegen das Handels- und Schifffahrtsmonopol ihres aristokratisch-bürgerlichen Mutterlandes: des Königreiches Großbritannien. Dabei zeigte sich, daß menschenrechtliches und wirtschaftspolitisches Denken der Aufklärung bereits transatlantisch, also irreversibel war. Im Namen des Naturrechts rief Thomas Paine die Kolonisten zum Kampf gegen die Herrschaft der Londoner City auf. Seine Flugschrift »Common sense« (1776) nannte den bewaffneten Widerstand gerecht, weil der englische König selbst begonnen hätte, den Konflikt mit kriegerischer Gewalt auszutragen: »Der Einbruch in unser Land mit Feuer und Schwert ist's, der in unserem Gewissen uns zur Ergreifung der Waffen berechtigt.« Das war ein Rückgriff auf die völkerrechtliche Argumentation, die seit langem zu Gunsten des »Verteidigungskrieges« sprach. Doch alle sonstigen Kriege galten dem Pamphletisten als verwerflich, der Friede hingegen als das hehre Ziel. Wie den »Linken« der Aufklärung in Frankreich, so mochte ihm scheinen, als sei es allein die Staatsform der Monarchie, die die Völker in Kriege stürze. Statt dessen könnte eine Republik in Nordamerika den dauernden Frieden schaffen: Denn die »vollkommene Gleichheit« der Staatsbürger begründe eine Gesellschaftsordnung, in der es »keine Versuchung« zum Krieg gebe.

Auch die in Virginia beschlossene »Bill of Rights« (1776), Geburtsurkunde der USA, erwies sich als eine Frucht der Aufklärung. Sie proklamierte deren Fundamentalidee, wonach die Menschen »von Natur aus gleichermaßen frei« und mit »angeborenen Rechten« ausgestattet sind. Der Kampf um gemeinsame Unabhängigkeit galt folglich auch dem Individuum und seinen Ansprüchen: »Genuß des Lebens und der Freiheit und dazu die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben und zu besitzen und Glück und Sicherheit zu erstreben und zu erlangen.« Die staatspolitische Konsequenz der Revolution gegen das britische Königtum war eben die Proklamation der Republik mit Volkssou-

veränität und allen daraus resultierenden Freiheiten der Wahldemokratie und der Rechtsordnung. Vom Militärwesen sagte Artikel 13 des Grundgesetzes: »Eine gut geschulte Miliz, dem Volke entnommen und in den Waffen geübt, ist der eigentliche, natürliche, sichere Schutz eines freien Staates; stehende Heere sollten in Friedenszeiten, als der Freiheit gefährlich, nicht zugelassen sein; in allen Fällen aber sollte das Militär der Zivilgewalt strikt untergeordnet und von ihr beherrscht werden.« Die »Bill« schloß mit dem Appell an staatsbürgerliche Tugenden: »[...] Es ist eine gegenseitige Pflicht aller, christliche Geduld, Liebe und Güte im Verkehr untereinander zu üben.«

Schon aber klappten Wort und Wirklichkeit auseinander. Die Freiheit der Negerklaven, die Jefferson im ersten Entwurf noch formuliert hatte, war unter dem Einfluß von Plantagenbesitzern und Sklavenhaltern gestrichen worden. Alsdann folgten Rothäute und bleichgesichtige Habenichtse auf der Liste der Minderberechtigten. Der Übergang zur räuberischen Außenpolitik sollte freilich erst mit Beginn des nächsten Jahrhunderts erfolgen und zwei Namen haben: Kanada und insbesondere Mexiko.

Anders als in Nordamerika trat das Fortschritts- und Friedensdenken am Anfang der Französischen Revolution hervor. Da tönnten Friedensbotschaften – nicht Kriegstropfen. Die unvergeßliche Deklaration der Nationalversammlung vom 26. August 1789, die die Prinzipien der Neugestaltung Frankreichs enthielt, besiegelte nicht nur die Liquidation der Vorrechte des Adels und des Klerus. Sie stellte nicht nur den Grund- und Kapitalbesitz unter den Schutz der künftigen bürgerlichen Verfassung. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte kündigte eine darüber hinausweisende humane Aufgabe an: den freien Menschen und Staatsbürger in einer möglichst vollkommenen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. In dieser kritischen Phase der politischen und sozialen Entwicklung vertrat die frühe Bourgeoisie ihr besonderes Klasseninteresse wiederum als das gemeinsame Interesse der Menschheit. Dabei ging es nicht bloß um die »Freiheit der Meere«, die Grotius eingeklagt hatte. In der Hoch- und Endzeit des Manufakturkapitalismus proklamierte Frankreichs Bürgertum die gesamten liberalistischen Freiheiten als Menschenrechte. Kaum später, am 22. Mai 1790, verkündete das Parlament ebenfalls einen neuen Grundsatz der Außen- und Militärpolitik: »Die französische Nation verzichtet darauf, einen Krieg zu Eroberungszwecken zu unternehmen; sie erklärt, daß sie ihre Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes einsetzen wird.« Das Bestreben, den Krieg und mehr noch die Aggression aus dem Völkerleben zu verbannen, konnte das eigene Volk und auswärtige Franzosenfreunde gewinnen.

Dennoch begann allzu bald ein Vierteljahrhundert der Staatenkriege. Schon am 20. April 1792 erklärte Frankreich den Krieg an Österreich, begründet als »gerechte Verteidigung eines freien Volkes« gegen den »ungerechten Angriff eines Königs«. Tatsächlich aber prellte die Regierung der nunmehr konstitu-

tionellen Monarchie in einen Angriffskrieg vor, den sie als »Präventivkrieg« bemäntelte. Sie rühmte die militärische Konfliktaustragung als eine Patentlösung, um die Konterrevolution »mit einem einzigen Streich« zu beseitigen. Was dabei freiheraus nicht gesagt wurde, war die Absicht, Demokraten und Volk von den innenpolitischen Streitsachen abzulenken, durch den Krieg zu disziplinieren – und auch nicht das Interesse, glänzende Gewinne aus Eroberungen und nötigen Heereslieferungen zu erzielen. Wohl konnte diese Kriegspropaganda die Pillnitzer Deklaration deutscher Feudalfürsten (27. August 1791) und deren Hilfe für die Umtriebe des französischen Emigrantenadels als Provokationen anführen. Erst recht das spätere Manifest des Herzogs von Braunschweig ließ keinen Zweifel daran, daß von den Fürsten die Ziele einer konterrevolutionären Intervention verfochten wurden. Ob aber zu Anfang des Jahres 1792 jene »kritische Phase« bestand, die den Krieg zwischen der bürgerlichen Revolution und den feudalen Dynastien der Nachbarländer unaufschiebbar machte, ist eine Problemstellung, die in der Geschichte auch nach der Möglichkeit friedlicher, d. h. nicht militärisch ausgefochtener Fortschrittsalternativen fragt.

Zeitgenossen wie Jean-Paul Marat und Maximilien Robespierre sahen den Krieg der neuen Monarchie Frankreichs unter dem herrschenden Einfluß von Aristokraten, Reichen und Spekulanten, einer inländischen Konterrevolution. Sie verneinten daher Zweckmäßigkeit und Lauterkeit der militärischen Präventivaktion. Im Ringen um zeitweilige Kriegsvermeidung und primäre Frontstellung gegen die Konterrevolution im Innern brachten sie zeitüberdauernde Argumente für Revolution und Demokratie, gegen Militarismus und Kriegstreiberei hervor. Die kosmopolitisch-weltrevolutionäre Kriegspropaganda des Girondisten Brissot wollte die »Herrschaft der Freiheit« mit Waffengewalt auf das ganze Menschengeschlecht übertragen. Es war das Problem des Revolutionsexports, das jetzt doch aufgeworfen wurde und hinfort durch die Weltgeschichte fluktuieren sollte – und Robespierre war der erste, der als Revolutionär dem fahrlässigen Wunschtraum bürgerlicher Revolutionäre eine absolut abschlägige Antwort erteilte: »Niemand liebt Sendboten in Waffen; und das erste, was Natur und Klugheit gebieten, ist, sie als Feinde zurückzutreiben. Eine solche Invasion [...] könnte viel eher die Erinnerung an die Verwüstungen [...] der letzten Kriege wachrufen, als daß sie konstitutionelle Ideen zum Keimen brächte.« Der »Unbestechliche« sah das unnötige Wagnis des Angriffskrieges. Er sah die kommenden Kriegslasten auf dem Rücken des Volkes. Er sah den Aufstieg »unserer militärischen Patrizier« mit ihrem Willkürrecht über Leben und Tod und somit die von ihnen ausgehende Gefahr, daß die Revolution ihrer noch mangelhaften »Freiheit« und »Gleichheit« durch kriegsmäßige Ausnahmegesetze sogleich wieder beraubt würde. Selbst nach dem Sieg werde das Damoklesschwert eines »ehrgeizigen Generals« über dem Staatswesen hängen. Statt eines verfrühten

Krieges schlug Robespierre energische Maßnahmen zur Vorbereitung eines künftig vielleicht notwendigen – und dann erst wahrhaftigen Verteidigungskrieges vor. In einer Retrospektive urteilt unser Leipziger Revolutionshistoriker Walter Markov: »Dieser Krieg vom April war von Nachteil, nicht von Vorteil, [...] eine zusätzliche Hypothek, nicht Abwurf von Ballast für die ausstehende Vollendung der Revolution, und gespickt mit Versuchungen, sie vom geraden Weg abbiegen zu lassen.«

Gleichwohl begann jetzt ein Staatenkrieg, der die Revolution – den Bürgerkrieg – bis auf den Grund aufwühlte, weit tiefer und gewaltiger, als der Bourgeoisie, geschweige denn dem Adel, lieb war. Aus den Gefahren, die die Koalition der Feudalmächte und bald auch Englands gegen Frankreich heraufbeschwor, erwuchsen die inneren Triebkräfte, die das Revolutionsgeschehen über die liberalistischen Ziele und taktischen Rücksichten der bürgerlichen Führungsklasse hinausdrängten: Nicht genug, daß der fürstliche Absolutismus zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie hatte verzichten müssen – die konstitutionelle Monarchie mußte der liberalistischen Republik weichen, und diese Republik wiederum radikalisierte sich zur revolutionär-demokratischen Jakobinerdiktatur.

Es ist die heroische Tragödie dieser Geschichte, daß gerade diejenigen den Krieg Frankreichs zum Erfolg bringen mußten, die seinen Ausbruch so entschieden abgelehnt hatten. Die zur Revolutionsführung aufsteigenden Robespierre, Marat, Saint-Just und Genossen – historische Sachwalter des »Dritten Standes« und zugleich fähig, sich mit dem »Vierten« zu verbinden – setzten die Kraft des Volkes frei. Sie deklarierten und organisierten die »levée en masse«. Sie stampften die neuen Armeen hervor. Sie peitschten mit Hilfe revolutionärer Gesetze, volksfreundlicher Versprechen, moralisierender Propaganda und eines Terrors, der selbst Unschuldige und engagierte Revolutionäre nicht verschonte, den Entscheidungskampf vorwärts. Die innere und äußere Konterrevolution wurde geschlagen. Dann, zwischen den Interessen der Besitzenden und den Bedürfnissen des unbemittelten Volkes mit zeitgemäßer Unvermeidlichkeit lavierend, mußten sie fallen, sobald ihre historische Aufgabe erfüllt war. »Europa werden wir weder durch rhetorische Phrasen noch durch Kriegstaten unterwerfen, sondern allein durch die Weisheit unseres Gesetzes, die Würde unserer Beschlüsse und die Größe unseres Charakters.« So lauten die letzten, gleichsam testamentarischen Worte Robespierres. Am Tage darauf triumphierte Frankreichs Besitzklasse auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobinerführer. Die Revolution verebte mit dem Umsturz der Thermidorianer (1794), mit der instabilen Macht der Direktorien und schließlich, im achten Jahr der Republik: mit dem Militärputsch des vorhergesagten »ehrgeizigen Generals« (1799).

Wohl erhob Immanuel Kant im konterrevolutionären Preußen noch einmal die Fackel der Friedensdenker. Sein republikanisch gesinnter Traktat »Zum

ewigen Frieden« (1795) gedieh zum Vermächtnis der Aufklärung. Jedoch Frankreichs neue herrschende Klasse diktierte bereits die Friedensschlüsse mit Preußen und Spanien in Basel (1795), mit Österreich in Campo Formio (1797). Sie wagte dabei den Bruch des früheren Versprechens, auf Eroberung zu verzichten, indem sie Belgien und die westrheinischen Gebiete für Frankreich annektierte. Wollte man den Vergleich mit Cromwell ziehen, so war diese Außenpolitik der »natürlichen Grenzen« eben der Sündenfall der französischen Bourgeoisie, an den sich nur zu bald weitere Kriege und Annexionen knüpften.

#### 4.

Wie sehr war am Beginn des 19. Jahrhunderts die politische Wirklichkeit von den Verheißungen der Großen Revolution, den Erwartungen ihrer human oder gar demokratisch gesinnten Parteigänger entfernt. Napoleon Bonaparte strich den Begriff der Menschenrechte aus dem Text der französischen Staatsverfassung. Sein erbliches Kaisertum (1804) errichtete anstelle der parlamentarischen Volksvertretung der Nation – die Abstimmungsmaschine des »starken Mannes«, anstelle der Selbstverwaltungen bürgerlicher Gemeinden – das Präfektursystem der militärisch organisierten Bürokratie, anstelle der gesetzlichen Gleichheit aller getreuen Republikaner – das wiederum erbliche Vorrecht des kaiserlichen Verdienstadels. Diese innenpolitische Regeneration der Allmacht des autoritären Staats widerspiegelte sich in der Außenpolitik: Die Territorien, die in vier Kriegen gegen die konterrevolutionären Feudalmächte (1792-1795/97, 1799-1801, 1805, 1806/07) erobert wurden, galten längst nicht mehr als souveräne »Tochterrepubliken« des Mutterlandes der Revolution. Was Frankreich sich nicht selbst einverleibte, verwandelte Kaiser Napoleon I. in fürstliche Protektoratstaaten, die er von den Stellvertretern aus seiner Familie, seiner Generalität und hohen Bürokratie regieren ließ.

Diese napoleonische Aristokratie, die sich trotz ihres bürgerlichen Klassencharakters mit den Titeln und etlichen Vorrechten des Ancien régime ausstattete, bot den Schein einer Angleichung an die traditionellen Fürstenstaaten. Frankreich, die neubackenen Protektorate und die Altstaaten der Zug um Zug unterworfenen Feudalfürsten bildeten Bestandteile eines Hegemonialsystems, dessen Ausbreitung über den Westen, die Mitte und den Süden des Kontinents die ehrstüchtige Fiktion einer Neuauflage des frühfeudalen Karolingerreiches heraufbeschwor.

Allerdings bleibt zu beachten, daß Napoleon im Inneren Frankreichs liberale Errungenschaften absicherte: vor allem durch Gesetzeswerke, deren Geist und Text den Stürmen späterer Restaurationsversuche widerstanden. In unserem Zusammenhang beispielhaft ist das zivilrechtliche Gesetzbuch, das mit sichtlichem Personenkult als »Code Napoléon« tituliert wurde, aber die bürgerlichen Beziehungen und die Rechtsgeschichte des ganzen 19. Jahrhunderts

prägte. Auch in den annektierten Gebieten und den Protektoraten trat der Kaiser als ein Erbe der Revolution auf. Er förderte liberalistische Reformen und wünschte sie – oft vergeblich – als Gnadenakte ebenso von den mit ihm verbündeten Fürsten. »Frankreich« und »Napoleon« heißen daher die von außen kommenden politisch-militärischen Faktoren, die in Italien, der Schweiz, Spanien und nicht zuletzt in Deutschland die gesellschaftliche Umwälzung vom Feudalismus zum Kapitalismus eröffneten. Doch die Früchte aller Reformtätigkeit verdarben unter den destruktiven Wirkungen einer Kriegspolitik, in die sich Napoleon teils unfreiwillig, teils schuldhaft verstrickte.

Vom epochalen Grundwiderspruch zwischen Feudalismus und Kapitalismus hat die DDR-Geschichtsschreibung eine ziemliche Zeit lang ihr Interpretationsmuster abgezogen, um nicht nur die Revolutionskriege, sondern auch die gesamten napoleonischen Kriege zu erklären. Dabei hat Frankreichs Konflikt mit dem bürgerlich-aristokratischen England nur marginale Berücksichtigung gefunden. Gerade der französisch-britische Gegensatz aber offenbart unter heutiger Fragestellung nach qualitativen Wandlungen der Kriege und ihrer Tendenz, letztlich zu Weltkriegen und sogar zum Untergang der Menschheit führen zu können, sowohl historisches als auch aktuelles Gewicht.

Der Blick sei zunächst auf Großbritannien gerichtet. Wenngleich dieser Staat infolge der revolutionären Geburt der USA erhebliche Kolonialgebiete verloren hatte, war er doch die stärkste Kolonial-, Industrie- und Handelsmacht der Welt geblieben. Er hatte seit 1793 in allen Koalitionskriegen gegen Frankreich die Rolle des Drahtziehers und des kapitalschweren Finanziers gespielt. Mit seinen Flotten die Meere beherrschend, gebrauchte Britannien die europäischen Feudalmächte als seinen Festlandsdegen, um Frankreich, den traditionellen Rivalen und sich erneuernden Konkurrenten, zu bekämpfen – zumal dieser über Belgien zu den Mündungen der Schelde und des Rheins, also zur Nordsee vorstieß. Weil die Französische Revolution auch in einigen Nachbarländern zündete oder die herkömmlichen Regime ins Bündnis zwang, erweiterte Britannien seinen Krieg auch gegen diese Staaten. Es nutzte die kontinentalen Militärkonflikte, in denen es bis 1807 kaum mit englischen Rotrüstern, wohl aber mit Finanzspritzen in der Höhe von reichlich 17 Millionen Sterling auftrat, für seine siegreichen Beutezüge in Übersee und auf den Weltmeeren. So eroberte Britannien in Ostindien, Südafrika und der Karibik nicht nur die Kolonien Frankreichs, sondern auch Hollands und Spaniens. So gewann es acht Seeschlachten, in denen nicht nur französische, sondern auch holländische, spanische, neapolitanische und dänische Flotten vernichtet oder erobert wurden. So führte es den Kaperkrieg nicht nur gegen Frankreichs Handelsflotte, sondern auch gegen holländische, spanische, dänische, preußische Kauffahrer – ganz gleich, ob sie auf staatliche oder private Rechnung fuhren.

Während Britanniens Verbündete regelmäßig gegen Frankreich verloren, gewann es selbst an Reichtum und Macht. Premier William Pitt d. J. trium-

phierte am 18. Februar 1801 vor dem Parlament: »Trotz beständiger Kriege haben wir unseren auswärtigen wie inneren Handel auf eine höhere Stufe gebracht als je zuvor.« Englische Kaufleute bemäkelten den Frieden von Amiens (1802), indem sie von ihrer Regierung den Wiederbeginn des Krieges gegen Frankreich dreist verlangten: »[...] Durch den Frieden geben wir alle Kolonien Frankreichs und seiner Verbündeten zurück. Wir stellen Frankreichs Handel wieder her und berauben uns des Alleinhandels [...]. Lassen wir den Seekrieg fort dauern, so dauert auch unser Handelsmonopol fort!« Es ist ein entscheidender Tatbestand dieser Revolutionsepoche, daß Großbritannien eine stetige Konfrontation gegen Frankreich betrieb. Seine Kolonialkriege, Freibeuterei auf den Meeren, Blockade gegen die französischen Häfen charakterisieren den spezifisch britischen Anteil an der schwer belasteten Situation, in der sich die Rivalität der beiden bürgerlich-kapitalistischen Staaten zum unversöhnlichen Gegensatz ihrer Regime zuspitzte.

Auf dem Kontinent siegte einstweilen Frankreich. Zwar verlor es die Seeschlacht bei Trafalgar (1805), wodurch Napoleons kühnes Projekt einer Invasion an der englischen Küste hinfällig wurde. Doch mit den Niederlagen Spaniens, Österreichs, Preußens und Rußlands wurden bis 1806/07 die stärksten Feudalmächte des Kontinents in die Knie gezwungen. Das französische Kaisertum konnte dazu übergehen, den militärisch unerreichbaren Inselstaat durch eine Gegenstrategie des Wirtschaftskrieges systematisch zu bekämpfen.

Am 21. November 1806 erließ Napoleon im eroberten Berlin das Dekret der Kontinental Sperre. Es begründete eine im größten Stil und mit rüder Militärgewalt praktizierte Strategie, deren Konzeption noch immer im Merkantilismus wurzelte: Denn Napoleon und seine wirtschaftspolitischen Berater handelten nach der Theorie, daß der Geldreichtum eines Landes und somit seine Macht um so mehr anwachsen, je höher sich der Export von Fertigwaren bei gleichzeitiger Drosselung ihres Imports steigere, daß aber ein Land verfallende, sobald seine Warenausfuhr unterbunden würde. Es lag daher kaum in der Absicht Napoleons, dem ohnehin meerbeherrschenden Gegner die Zufuhren abzuschneiden – nicht »Auszehrung«, vielmehr »Verfettung« sollte ihn niederzwingen. Indem die Blockade den europäischen Kontinent verriegelte, nahm sie dem Handel der Briten den nahen und besten Absatzmarkt. Die nun wachsende Masse aller nicht exportierbaren Industrie- und Kolonialwaren sollte das Inselreich in eine gesamtgesellschaftliche Krise stürzen, die aktive Handelsbilanz zerstören, die Währung zerrütten, den Staat bankrott machen, so daß Frankreichs Hauptfeind außerstande käme, mit seinen Geldmitteln neue Koalitionen anzubieten. Die auf dem Kontinent erzielbaren Handelsprofite jedoch sollten in Napoleons Staatskassen und in die Taschen der französischen Unternehmer fließen.

Diese Strategie der Kontinental Sperre verlangte eine Perfektion, die alles in ihren Dienst zwang: Die Blockade konnte nur dann ihr Ziel erreichen, wenn

sich das gesamte Festland der unmittelbaren Kontrolle oder zumindest dem Willen Frankreichs unterwarf. Andernfalls genügte ein einziges Land, das Widerstand leistete, indem es seinen Handel mit England und dessen Kolonien fortsetzte, um das Blockadesystem unwirksam zu machen. Solch ein Land konnte britische Waren, auch unter nichtbritischen Handelsbezeichnungen, in Europa verbreiten.

Tatsächlich standen bereits die Friedensverhandlungen zu Tilsit (1807), die doch den Höhepunkt der Laufbahn Napoleons bedeuten, unter den Illusionen und Zwängen, denen sich der Imperator infolge seiner Sperrstrategie ausgeliefert hatte. Um Rußland, die geschlagene, aber noch immer stabile Großmacht des Feudalsystems, für ein Bündnis und die Blockade gegen England zu gewinnen, machte der Erbe der Revolution erhebliche Zugeständnisse. Vor allem verzichtete er auf eine volle Wiederherstellung Polens, die durchaus im Sinne einer revolutionären Außenpolitik Frankreichs gelegen hätte. Sodann trieb er seine Armeen nach Portugal und Spanien, wo er mit der Absicht, die Kontinentalsperre durchzusetzen, die angestammten Fürstenhäuser verjagte und entthronte. Der Widerstand Schwedens und der Türkei, dem Sperrbündnis beizutreten, gab auch dem Zaren die willkommene Gelegenheit, im Einverständnis mit Frankreich das schwedische Finnland und das türkische Bessarabien zu erobern. Der römische Kirchenstaat, der sich ebenfalls verweigerte, wurde von Frankreich annektiert. 1808 umkrallte das Blockadesystem nahezu das ganze Festland von Lissabon bis Sankt Petersburg, vom süditalienischen Reggio bis Hamburg und Lübeck.

Die Kontinentalsperre war der Angelpunkt aller französischen Grundsatzenscheidungen und Kämpfe in der sogenannten Ära Napoleons. Sie verdeutlicht die welthistorische Tatsache, daß sich das Wesen der Pariser Politik und Kriegführung gewandelt hatte. Obwohl Frankreichs Kriege seit dem Beitritt Großbritanniens zur ersten Koalition schon immer ein Element des bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenzkampfes enthielten, hatten sie (auch bei überstürzter und demagogischer Kriegserklärung von 1792) immerhin der Bewahrung der bürgerlichen Revolution und ihrer Errungenschaften gegen die Feudalstaaten des Festlandes gedient. Jedoch mit den entscheidenden Siegen der Armeen Napoleons über Österreicher und Russen bei Austerlitz (1805) sowie über Preußen und Sachsen bei Jena und Auerstedt (1806), insbesondere aber mit der Verhängung der Kontinentalsperre über Europa schlugen die Kriege in eine andere Qualität um: Vorrangig durch den Konkurrenzkampf gegen Großbritannien geprägt, waren sie eine permanente Kette von Aggressionen, die die Vorherrschaft Frankreichs in Europa sichern sollten.

Napoleons Kriegführung nahm die höchste Stufe der für den Landkrieg entwickelten Heeresorganisation, Feldzugsstrategie und Gefechtstaktik ein. Sie geriet aber in unberechenbare Verhältnisse und abenteuerliche Dimensionen: Denn der Krieg gegen das Inselreich konnte nicht nach den bewährten

Erfahrungen der napoleonischen Vernichtungsstrategie gewonnen werden – mit lenkbaren Massenheeren, kriegsentscheidenden Generalschlachten und der Eroberung gegnerischer Hauptstädte. Er war ein Krieg, für den die Zeitgenossen die Allegorie des Zweikampfes zwischen Tiger und Hai, der stärksten Landmacht gegen die stärkste Seemacht, benutzten: ein Krieg von Raubgier, endlos scheinender Dauer, politischer Willkür und völkerrechtswidriger Regellosigkeit. Der französisch-britische Konflikt, der nicht nur die Länder Europas, sondern auch koloniale Gebiete Asiens, Afrikas und Amerikas in seinen gewaltigen Mahlstrom riß, war ein neuartiger Typus des Krieges. Seine imperialistische Konkurrenz und Aggressivität, Systematik und Ausdehnung kündigte die Weltkriege des 20. Jahrhunderts an.

Wenige Jahre genügten, so vollzog sich Napoleons Niedergang, weil seine Außen- und Kriegspolitik sogar mit der Leistungskraft der erneuerten Gesellschaft Frankreichs in Widerspruch gerieten. Entscheidend jedoch wirkte die Widerstandskraft vieler Völker, die unter die Hegemonie Frankreichs gebeugt waren. Schon 1808 begannen mit der spanischen Erhebung die nationalen Unabhängigkeitskriege. Die Aufständischen bedrängten Napoleons Truppen, die an methodische Gefechtsweise gewöhnt waren, durch den auf Dauer unüberwindbaren Volks- und Guerillakrieg. 1809 drängte wiederum Österreich zum Kampf, unterstützt durch den Bauernaufstand in Tirol und spontane Erhebungen in Norddeutschland. Doch erst 1812, als die Zarenregierung ihre Treue zur Kontinentalperre aufgekündigt hatte und Napoleon mit der gewaltigsten Invasionsarmee damaliger Weltgeschichte in Rußland einfiel, um in Moskau und Sankt Petersburg die Wiederherstellung der Blockade gegen England zu erzwingen, mißlang ihm die so oft geübte Vernichtungsstrategie gänzlich. Er unterlag der aktiven Verteidigungsstrategie Kutusows und dem urwüchsigen Widerstandswillen des russischen Volkes.

Rußlands Sieg verhalf auch den Unabhängigkeitsbewegungen in den deutschen Staaten zur realen Möglichkeit des Erfolgs. In der breitesten Volksbewegung, die die deutsche Geschichte zwischen dem Bauernkrieg von 1525 und der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 hervorbrachte, wirkten die kämpfenden Massen von 1813/14 als eine Triebkraft gemäß der nationalen Entwicklungstendenz neuzeitlicher Weltgeschichte: Denn indem sich die Nation in den fortgeschrittenen Ländern Frankreich, Britannien, schließlich gar den USA als eine Existenz- und Entwicklungsform der Gesellschaft erwies, mußte ihre Herausbildung auch in Deutschland erfolgen. Preußische Reformer und die aufgerüttelten Massen wirkten objektiv für einen Fortschritt, der mit dem Ziel, die bürgerliche Gesellschaft und den Nationalstaat letztlich zu konstituieren, die nationale Unabhängigkeit erforderte. Allerdings handelte das Volk in Preußen und anderen deutschen Territorien nicht mit dem Bewußtsein von Revolutionären. Es spendete materielle Werte, kämpfte und opferte sich noch immer im Geiste eines naiven Monarchismus,

welcher glaubte, mit dem Interesse der deutschen Unabhängigkeit zugleich progressive Absichten der Fürstenhäuser zu erfüllen. Tiefer blickten allein die Reformpatrioten, denen jedoch ein starkes Bürgertum als politischer Rückhalt fehlte. So konnte es geschehen, daß konservative Fürsten und der Adel im-Kriegsverlauf das Heft fest in die Hand bekamen.

Das im Sommer 1813 abgeschlossene Bündnis, dem Rußland, Preußen, Österreich, Schweden, Spanien und abermals Großbritannien angehörten, war die mächtigste aller Koalitionen gegen Frankreich. Sie integrierte wieder einmal Staaten von verschiedenem Gesellschaftscharakter, deren Kriegsziele in der Mehrzahl offen auf Annexionen gerichtet waren. Der Krieg endete nicht mit dem Sieg der Soldaten auf den ungemein blutigen Schlachtfeldern von Leipzig bis Paris, sondern mit den reaktionären Beschlüssen der Fürsten in den Festsälen des Wiener Kongresses (1814/15). Dort nämlich wurden die Endresultate des Zeitgeschehens justifiziert – und zwar im Geiste der Konterrevolution gegen Frankreich, wie überhaupt gegen alle freiheitsliebenden, bald zur Souveränität drängenden Volkskräfte des Kontinents.

Die englischen Landlords und Pfeffersäcke blieben die überragenden Sieger: Trotz eines erfolglosen Krieges gegen die USA (1812-1814) – niemals zuvor und danach galt Großbritannien so eindeutig als die herrschende Macht der Welt. Aber auch die spätf feudalen Staaten Österreich und Rußland teilten sich erneut den Vorrang über den Süden und den Osten Europas. Schweden hielt das annektierte Norwegen in seinen Fängen. Preußen breitete sich als reformierte, doch immer noch halbfeudale Vormacht im nördlichen und westlichen Deutschland aus. Und selbst das niedergeworfene Frankreich, wo die von der Revolution gestürzten Bourbonen wieder auf den Thron gesetzt wurden, mußte helfen, die kontinentale »Restauration« der Fürstenmacht zu stabilisieren. Die europäische Konterrevolution reglementierte jede Erinnerung an die Große Revolution, indem sie neben den »jakobinischen Blutsäufeln« nun auch das »korsische Ungeheuer« zum Popanz erhob. Ihren eigenen Krieg aber, der wohl als ein nationaler Unabhängigkeitskampf nötig gewesen war, dröhnten zeitgenössische Ideologen und nachgeborene deutsche Historiker zum »Befreiungskrieg« oder gar »Freiheitskrieg« auf.

Diese Begrifflichkeit hat auch den letzten der Koalitionskriege, den Militärkonflikt von 1815, pseudopatriotisch vergoldet. Doch dieser ist nach den Fortschrittskriterien der damaligen Weltepoche und gemäß den zukunftsweisenden Forderungen des Völkerrechts zu beurteilen: Wiederum als ein »Präventivkrieg« getarnt, war er tatsächlich ein Angriffskrieg der Wiener Kongreßmächte gegen Frankreich, dessen antifeudale Klassen sich noch einmal für Napoleon Bonaparte – somit gegen die Bourbonen und den zurückkehrenden Emigrantenadel – erklärt hatten. Die Niederwerfung der französischen Nationalarmee bei Waterloo war nicht die Entscheidungsschlacht eines »Befreiungskrieges«, geschweige denn eines »gerechten« Krieges. Im Interes-

se Britanniens und der kontinentalen Dynastien geführt, sicherte diese Invasion eine konservative »Friedensordnung«, in der das »Gleichgewicht« Europas abermals als Garantie des Machtausgleichs der Fürsten gelten sollte.

## 5.

Man hat den Vernunftglauben der Aufklärung eine »heroische Illusion« genannt. Diese mußte in den Kämpfen seit 1789 eine kritische Feuerprobe, so dann eine radikale Entschleierung und Zersetzung erleiden. Das weltbürgerliche Neuland der »Liberté! Égalité! Fraternité!« mit seinen Verheißungen des Friedens und der Interessenharmonie für alle Individuen, Klassen und Völker verengte sich im Zweikampf zwischen London und Paris, zwischen den früh-»modernen« Hegemonialsystemen rivalisierender Bourgeoisien.

Gewiß hatten die Aufklärer diese Saat nicht streuen wollen. Ihr idealer Horizont, der sich bis zur Emanzipation des gesamten Menschengeschlechts spannte, endete nicht an den Interessensphären ehrstüchtiger Militärs und kapitalistischer Unternehmer. Jedoch die Illusion – oder richtiger: die Utopie, daß eine freiheitliche Bürgerordnung und ein unbegrenzter Handels- und Industriefortschritt das Glück aller Menschen bewirken könnten, verblaßte in den Kriegen der napoleonischen Ära. Sie erlosch im Elend arbeitender Klassen und ausgeplündert Kolonialvölker. Sie erhob sich dennoch aufs neue: in den geistigen, sogar blutigen Kämpfen, die seit 1830 für eine abermalige und bessere Revolution ausgefochten wurden.

Das geschah in einer Staatenwelt, wo teils noch spät- und halbfeudale Aristokratien, teils Fraktionen des Großbürgertums an der Macht waren. Doch schon hatte die Industrielle Revolution ihren grundstürzenden Siegeszug begonnen, bei dem alle früheren Gesellschaften, deren Lebensverhältnisse von Ackerbau und handwerklicher Produktion geprägt waren, ins Abseits der Geschichte gedrängt wurden: Mählich, aber unaufhaltsam erstand die maschinell produzierende Gesellschaft des Industriekapitalismus. Unter dem Eindruck dieser welthistorischen Entwicklungstendenz – mit der Möglichkeit eines materiellen Auskommens für alle, jedoch der Wirklichkeit einer sozialen Spaltung in wohlständische Kapitalisten und vegetierende Lohnarbeiter – begriffen neuartige Fortschrittskräfte die Abschaffung jeglicher Ausbeutung als das Ziel der Menschheitsgeschichte.

Die auf dieser Einsicht aufbauenden Friedenspläne der »utopischen« Sozialisten und jener bürgerlichen Friedensvereine, die in den USA, in London und Genf den Gedanken der Kriegsvermeidung durch Staatenkongresse und Schiedsgerichte wiederum propagierten, können aus Raumgründen nur erwähnt werden. Doch sei abschließend an jene Novation des weltpolitischen Denkens erinnert, womit Karl Marx und Friedrich Engels in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts den »wissenschaftlichen« Sozialismus hervorbrachten. Im Unterschied zu allen bisher Genannten prognostizierten sie eine

proletarische Revolution als das Mittel, um die Beziehungen der Individuen und der Völker gerecht und friedvoll zu gestalten.

Diese neue Revolution, die in der Aufhebung des Privateigentums an den größeren Produktionsmitteln und der Errichtung einer »Gütergemeinschaft« der arbeitenden Klassen an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion bestehen sollte, werde, so glaubten sie, als eine baldige Weltrevolution erfolgen. »Die kommunistische Revolution«, formulierte Engels in den »Grundsätzen des Kommunismus« (1847), »wird [...] keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d. h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein [...]. Sie wird auf die übrigen Länder der Welt ebenfalls eine bedeutende Rückwirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.« Diese sozialen Revolutionäre wünschten wohl, daß die Aufhebung des genannten Privateigentums auf friedlichem Wege gelänge. Weil aber das Proletariat »in fast allen zivilisierten Ländern gewaltsam unterdrückt« wurde, sei es die jeweils herrschende Aristokratie und Bourgeoisie, die durch ihre staatlich organisierte Gewalt die Gegengewalt der Unterdrückten – also die Revolution – herbeiführe. Unter Verhältnissen eines mehr oder minder verdeckten Bürgerkrieges, wie er in den englischen Arbeiterkämpfen, den Lyoner und schlesischen Weberaufständen am krassensten sichtbar wurde, konnte von allgemein-menschlicher Fraternität, auch von »Vereinigung und Verbrüderung der Nationen« im Ernst nicht die Rede sein.

»Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muß ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft sein, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich.« So argumentierte Marx auf einer internationalen Kundgebung am 29. November 1847 in London gegen die Fraternitätsphrasen des britischen Manchestertums. Er verknüpfte die zukünftige Befreiung der Völker von Ausplünderung, Krisen und Krieg mit der zukünftigen Befreiung des Proletariats. »Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist zugleich der Sieg über die nationalen und industriellen Konflikte, die heutzutage die verschiedenen Völker feindlich einander gegenüberstellen. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist darum zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen.«

Das war eine Formulierung über den Zusammenhang zwischen proletarischer Revolution und allgemeinem Frieden – wenige Tage vor der Niederschrift des »Manifestes der Kommunistischen Partei«. Dort selbst lauten die Sätze, die eine auf Abschaffung des Krieges gerichtete Revolutionsperspektive und menschheitliche Fernsicht darlegen: »In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der

Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.« Der Sieg der proletarischen Revolution im Weltmaßstab erschien somit als die Voraussetzung für eine friedliche Zukunft der Menschheit.

Im brodelnden Kessel der Revolutionsjahre 1848/49 wirkten Marx und Engels in Deutschland, wo eine bürgerliche Nationalrevolution noch immer vonnöten war, auf dem äußersten »linken« Flügel für eine einheitliche demokratische Republik. Dabei entwickelten sie eine situationsbedingte Strategie, die aus dem geschichtlichen Erfahrungsbild der Französischen Revolution von 1789 und den daraus folgenden militärischen Auseinandersetzungen abgeleitet war: Sie bejahten revolutionäre Waffenerhebungen gegen die Adelsregime des Deutschen Bundes, überdies einen Völkerkrieg gegen die Hauptkraft der feudalen Konterrevolution – das russische Zarentum, den »Gendarmen Europas«. Diese kriegerische Konzeption wandte sich aber auch gegen die Bourgeoisie, sobald deren neue Machthaber in Paris die Arbeiter zum Juni- aufstand provozierten und barbarisch niedermetzeln ließen.

Damals setzten Marx und Engels noch ohne Befremden auf die Wirkungen eines gesamteuropäischen Krieges, den sie mit Blick auf 1849 sogar einen wahrscheinlichen »Weltkrieg« nannten. Er werde von der englischen Bourgeoisie (dem weiteren Zentrum der Konterrevolution) gegen eine wieder ausbrechende Revolution des französischen Proletariats begonnen werden, aber in permanenten Kämpfen die Herrschaftssysteme sowohl des Adels als auch der Bourgeoisie zu Grabe bringen – sodann eine neue Gesellschaftsordnung heraufführen: eine Welt ohne Ausbeutung und Kriege. Das war die Bejahung eines von der Arbeiterklasse selbst nicht entfesselten und verschuldeten »Weltkrieges« zum Zweck der daraus erwachsenden »Weltrevolution«. Diese erst sollte die Arbeiterklasse und durch sie die ganze Menschheit von jenen militärisch ausgekämpften Konflikten befreien, die das Völkerleben seit alters her erschütterten.

Die Voraussage der französischen Arbeiterrevolution, des allgemeinen Krieges und der Entwicklung einer universellen, in Permanenz sich ausweitenden Revolution erfüllte sich in den Klassenkämpfen Europas von 1848/49 nicht. Schneller als ihre linksradikalen Genossen im »Bund der Kommunisten« erfaßten Marx und Engels, daß die Arbeiterbewegung künftighin vielleicht »15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe« überstehen müsse. Die Gewalt der Waffen als ein Mittel der Revolution weiterhin grundsätzlich bejahend, unterschieden sie streng die Zeiten sozialer und politischer Krisen, aus denen eine Revolution erwachsen könnte, von jenen ruhigen Entwicklungsperioden, in denen ein bewaffneter Aufstand zur verantwortungslosen Revolutionsspielerei entarte. Doch nahezu die ganzen fünfziger Jahre hindurch beharrten sie auf einer Konzeption, wonach sie die Kriege der Herrschenden im Interesse des demokratischen Fortschritts und der proletarischen Emanzipation nutzen wollten. Dieses Bestreben prägte ihre Haltung zum

Krimkrieg (1853-1856) und ebenfalls zum Problem einer Kriegsteilnahme deutscher Staaten im oberitalienischen Konflikt von 1859.

Jetzt aber erwuchs in der konkret-historischen Strategie der »klassischen« Marxisten ein neues Element des Denkens über den Zusammenhang von Krieg und Revolution. Sie begannen, den aggressiven und räuberischen Staatenkrieg abzulehnen. Am Beispiel Frankreichs, wo Kaiser Napoleon III. innenpolitische Spannungen durch außenpolitische Erfolge in Italien, China und Mexiko entlasten wollte, verurteilte Marx sogenannte Zivilisationskriege, deren »frivole Barbarei« zwar der »besten Zeit des Raubrittertums« nachstrebte, deren »raffinierte Perfidie« aber »ausschließlich der modernsten Periode des imperialistischen Bürgertums« zugehöre. Gerade in Hinsicht auf Frankreich, wo er die proletarische Revolution am ehesten reifen sah, warnte er vor den Gefahren großer Militärkonflikte, deren sofortige Negativwirkungen für die Arbeiterbewegung schwerer wögen als etwaige revolutionierende Kriegserfolge. Der Krieg von 1859 biete, schrieb Marx, die üble »Aussicht, die Revolution in Frankreich aufzuschieben«: Er werde »zunächst nach allen Seiten hin konterrevolutionär wirken«. Das war die Zeit, in der sich bei Marx die oft zitierte Ablehnung des römischen Grundsatzes »Si vis pacem, para bellum« findet. Es sei eine »große Lüge«, daß, »um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten« müsse.

Jetzt vollzog sich ein Übergang zu neuartiger Beurteilung der Staatenkriege herrschender Regime – deutlich verschieden von den gleichzeitigen Aktivitäten bürgerlicher Humanisten. Diese nämlich entsetzten sich über die wachsende Zerstörungsgewalt der modernisierten Militärtechnik auf dem Kriegsschauplatz in Oberitalien, besonders über die Menschenverluste in der Schlacht bei Solferino (1859): Indem sie die Gründung des internationalen Roten Kreuzes initiierten (Genfer Konvention 1864), betrieben auch sie – gleich Hugo Grotius – nur eine Einhegung des Krieges, ohne ihn völlig abzulehnen. Die Marxisten und die von ihnen beeinflussten Arbeiterbewegungen hingegen mochten keine Wundpflaster kleben; sie gingen einen anderen Weg. Schon den Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark (1864) ironisierte Marx mit der lakonischen Feststellung: Es gäbe für die Regierungen kein besseres Mittel, um den eigenen Völkern »Sand in die Augen zu streuen, als Armeen marschieren, Pferde trampeln und Kanonen böllern zu lassen«.

Im Herbst 1864, als sich nationale Organisationen in London zur Internationalen Arbeiter-Assoziation zusammenschlossen, verfocht Marx im Namen des Proletariats die strategische Aufgabe einer »eigenen Außenpolitik«. Der von ihm verfaßte Gründungsaufwurf, die »Inauguraladresse«, bezeichnete die Befreiung der Proletarier aller Länder als das Ziel dieser ersten Internationale. Doch angesichts der Regierungspolitiken und Staatenkriege, bei denen die Völker gegeneinander gehetzt wurden, mußte Marx auf Hindernisse verweisen, die dem proletarischen Internationalismus beständig entgegenwirkten.

»Wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Ziele verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?«

Die Existenzfrage des Internationalismus stellen, hieß, sie zu beantworten. Es sei die »Pflicht« der nationalen Arbeiterklassen, »in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen«. Anknüpfend an das Völkerrecht des Hugo Grotius, das Friedensdenken der bürgerlich-humanen Aufklärung, die Deklarationen der Großen Französischen Revolution und den »Code Napoléon«, erhob auch Marx, der studierte Jurist, die Prinzipien des geltenden Zivilrechts zum Maßstab der internationalen Beziehungen. Noch auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches also wurde hier für die Einheit von Friedensringen und Klassenkampf gewirkt. Die Organisierung des Proletariats und die Förderung seines Befreiungskampfes bedurften einer möglichst friedlichen Staatenwelt, um sich entfalten zu können.

»Der Kampf für solch eine auswärtige Politik«, schrieb Marx in der »Inauguraladresse«, »ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.« Es geschah 1864 zum ersten Male, daß das Interesse am sofortigen und möglichst dauerhaften Frieden in einem Programm der internationalen Arbeiterbewegung ausgedrückt wurde. Das Dokument deklarierte die historische Pflicht der Arbeiter, ihre freiheitlichen Bestrebungen entschlossen gegen die Zwietracht der Völker und die Kriege der Staaten zu richten.

## Das süße Wort Frieden war nie vergessen

Zum letzten Historikerkongreß der DDR. Interview (1989)

**Freie Welt:** Auf dem jüngsten Historikerkongreß nahm das Problem Krieg-Frieden die zentrale Rolle ein. Sehen sich Historiker nun als Friedensforscher?

**Bock:** Der Kongreß unter dem Thema »Krieg – Frieden – gesellschaftlicher Fortschritt« war notwendig und längst überfällig. Der vorige Kongreß von 1982 befaßte sich mit dem Vergleich von bürgerlicher und sozialistischer Revolution – obgleich es zu jener Zeit der sogenannten Raketen-Nachrüstungen durchaus angeraten war, den Themen des gegenwärtigen und historischen Friedensringens den Vorzug zu geben. Insoweit wir nunmehr die Lücke schließen, begreifen wir uns auch als Friedensforscher.

**Freie Welt:** Sind die genannten Versäumnisse aufgeholt?

**Bock:** Auf dem Kongreß wurden neue Forschungen vorgetragen, aber ebenso die Erfordernisse künftiger Arbeit deutlich. Präzisierungen erweisen sich als nötig, so bei vereinseitigten Forschungsrichtungen, die sich ausschließlich der Problematik des Klassenkampfes widmeten, ohne diese in eine dialektische Beziehung zu den Fragen des Friedens gebracht zu haben. Man kann jede Revolution danach befragen, wie Streitbar und konsequent die jeweilige Führungsklasse ihre Kampfziele erreichte; man kann aber auch viel bewußter die Frage nach dem Zusammenhang von Revolution und Frieden, von Klasseninteressen und Menschheitsinteressen stellen.

**Freie Welt:** Und das sind keine rein akademischen Fragestellungen?

**Bock:** Keineswegs. Der Marxismus hat seit Anbeginn die Abschaffung der Ausbeutung und der Kriege als sein Fernziel postuliert. Doch Wandlungen, die die »klassischen« Marxisten von der Bejahung zeitgenössischer Kriege als Mittel des Fortschritts bis zur prinzipiellen Ablehnung der Staatenkriege vollzogen, sind lange ohne Berücksichtigung geblieben. In einem schwierigen Erfahrungsprozeß lernten Marx und Engels begreifen, daß die nationalen Arbeiterklassen und ihre Parteien möglichst friedlicher Staatenbeziehungen bedurften, um die soziale Emanzipation voranzutreiben. Heute steht die Frage nach diesen friedlichen Bedingungen noch schärfer: Geht es doch um Sein oder Nichtsein der Menschheit. Dennoch hat sich auch für uns der Weg zur Erkenntnis als schwierig erwiesen. Selbst bei einer so bedeutenden Zäsur wie dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) hat sich gezeigt, daß zwar der Frieden als ein erwünschter Weltzustand formuliert, aber der Nuklearkrieg – falls westlicher Imperialismus ihn auslöse – für den Sozialismus als gewinnbar und nicht als Vernichtungsfahrer für die Menschheit aufgefaßt wurde. Das war eine falsche Einschätzung. Das berühmte Einstein-Russell-Manifest von 1955 dagegen hatte den atomaren Krieg als den Untergang der Menschheit bezeichnet.

**Freie Welt:** So tat sich auch in der Wissenschaft eine Kluft auf zwischen objektiv notwendigen Erkenntnissen und den tatsächlich vollzogenen Forderungen?

**Bock:** Ja, es war ein langwieriger Lernprozeß. Er ist auch dem Umstand geschuldet, daß die Erkenntnisfindung durch die politische Konfrontation der Gesellschaftssysteme erschwert wurde. Sich dieser Kluft bewußt zu sein, heißt für den Historiker, die Analyse und die Erklärung des Werdeganges der Menschheit auf die Alternative Krieg-Frieden, den obersten aller globalen Konflikte, auszurichten. Ich hoffe, daß die Geschichtsforschung nachdrücklich in diese Richtung gehen wird. Es sind marxistische Beiträge zur historischen Friedens- und Konfliktforschung vonnöten.

**Freie Welt:** Wie soll diese Forschung aussehen?

**Bock:** Der Historiker reproduziert im Geiste die Vergangenheit. Er muß aber auch die heutige Staaten- und Völkerwelt als ein Gewordenes begreiflich machen. So trägt er die Verpflichtung, mehr zu verstehen und zu erklären, als bislang verstanden und erklärt worden ist. Wie also gelangte die Menschheit in diese Existenzkrise und Entscheidungssituation, die unseren größten Einsatz für Weltfrieden und Fortschritt erfordert? – Ich bin Historiker der Neuzeit, und wenn ich die Geschichtsepochen dieses halben Jahrtausends überschaue, so entdecke ich zwei widerstreitende Entwicklungstendenzen und Bewegungskräfte, die diese globale Alternative zwischen Krieg und Frieden hervortrieben und verkörpern. Zum einen sehe ich eine Staatenpolitik, die seit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert mit den gewalttätigen Mitteln des Hegemoniestrebens, der Kriegsvorbereitung und des Krieges letzten Endes zur Vernichtung der Zivilisation, zum Exitus der Menschheit führt. Diesem Teufelskreis zu entrinnen, ist bis jetzt nicht gelungen. Deshalb betonen wir die Verwobenheit eines jeglichen Imperialismus mit Kriegspolitik. Doch sind Defizite entstanden, weil wir nicht auch nach friedlichen Alternativen in der Geschichte geforscht haben. Diese waren und sind ebenfalls wirksam. Sie sind verkörpert in Friedensideen und Friedensbewegungen, Menschenrechtsdeklarationen und Völkerrechtsgeboten, sogar in Staatenbeziehungen und universalen Föderationen, die drohende Kriege abwenden und Konflikte friedlich lösen wollten. Dies ist eine Entwicklungslinie, die sich ebenfalls durch die Jahrhunderte zieht und die insbesondere seit der wachsenden Zerstörungskraft der Waffen auf Weltfrieden und Entwicklung abzielt.

**Freie Welt:** Diese alternativen Denkverhalten haben Kriege nicht verhindert. Wie kann historische Forschung heute politisch wirksam werden?

**Bock:** Kriege sind tatsächlich selten verhindert worden. Jedoch entstanden völkerrechtliche Abmachungen, internationale Gebote und Vertragswerke. Sie sind heute in den zwischenstaatlichen Beziehungen und in der UNO lebendig. Allerdings: Über die Genfer Konventionen, die internationalen Schiedsgerichte, den Völkerbund, ja nicht einmal die UNO wurden in unserem Land historische Forschungen betrieben. Dadurch haben wir uns so mancher Möglichkeiten be-

raubt, eine systemübergreifende »Koalition der Vernunft und des Realismus« wirksam zu unterstützen. – Ein anderes Problem, das Defizite deutlich macht: Schon lange wirkt der bürgerlich-humane Pazifismus, dem aber von unserer Seite die Bündnispartnerschaft verweigert worden ist, weil man in ihm einen irrigen, wenn nicht gar unehrlichen Anwalt des Friedens zu sehen glaubte. Heute, im Ringen um die Erhaltung der Menschheit, müssen Sozialisten den Pazifismus als ein positives Erbe der Geschichte und die Pazifisten als Gefährten der Gegenwart auffassen. – Selbst auf jenem Gebiet, das die marxistischen Historiker traditionell dominieren, der Untersuchung von Kriegen, ihrer Ursachen, Triebkräfte und Wesenszüge, müssen noch weiße Flecken getilgt werden. Was wir heute als nukleare Bedrohung begreifen, ist Resultat zweischneidiger Entwicklungen der Produktivkräfte, der Technik, der Wissenschaften und ihres Gebrauchs für Politik. Wir haben diese Zusammenhänge mangelhaft widergespiegelt, nicht zuletzt auch infolge einer überkommenen Arbeitsteilung. So wird die Entwicklung der Technik von Technikwissenschaftlern, die Entwicklung der Produktivkräfte von Wirtschaftshistorikern, die Entwicklung politischer Prozesse von Politikhistorikern usw. dargelegt. Eine schlimme Folge ist der Mangel einer übergreifenden interdisziplinären Sicht.

**Freie Welt:** Friedens- und Konfliktforschung ist heutigentags eine solche interdisziplinäre Wissenschaft. Gibt es Elemente, die nur der Historiker in diese Forschung einbringen kann?

**Bock:** Es gibt Historiker verschiedener Fachrichtungen. Als Politik- und Kulturhistoriker habe ich schon einige Beispiele genannt. Hinzufügen möchte ich die simpel anmutende Frage: »Was wäre, wenn ... ?« Wo immer sie gestellt wird, berührt sie Vergangenheit und Gegenwart – also Geschichte. Traditionelle Geschichtsschreibung hat diese Frage jedoch abgelehnt: Der Historiker habe nur zu sagen, wie es gewesen ist. So wurde die Tatsächlichkeit der Kriege zwar dargelegt. Doch zumeist unterblieb die Frage, ob diese Kriege vermeidbar, ob friedliche Lösungen möglich gewesen wären. Die Frage »Was wäre, wenn ...?« zielt auf historische Alternativen. Das betrifft uns selbst. Wir haben uns als eine Generation in der Kette von ringenden Generationen und Klassenkämpfen verstanden, als Widerstandskraft gegen die kriegerischen Kräfte des modernen Kapitalismus. Nun aber sind wir zu der Erkenntnis gezwungen, daß Klassenkämpfe, wenn sie zum Krieg zwischen den Atommächten überspringen, zur Vernichtung der Menschheit führen. Folglich müssen wir Alternativen denken und leben: Die Vernunft muß darauf gerichtet sein, alle Konflikte durch möglichst friedliche Regelungen, jedenfalls ohne Krieg, zu bewältigen. Ebenso müssen wir die Vergangenheit befragen, ob Kriege, nur weil sie stattgefunden haben, als unvermeidbar hinzunehmen sind. Das ist keine akademische Gedankenspielerlei, sondern Gegenstand wissenschaftlicher Analyse, um politische Versäumnisse aufzudecken und ihre Wiederholung unmöglich zu machen. Solch ein Forschungsbemühen wäre noch vor kurzem undenkbar

gewesen. Jedoch wir werden für eine unabsehbare Zeit in einer konfliktreichen Welt leben. Die diplomatische Kunst der friedlichen Konfliktregelung muß schleunigst erlernt werden. Die humanistisch Gesinnten der bürgerlichen Friedensforschung haben sich seit ihren Anfängen in der BRD um 1970 ebenfalls als historische Konfliktforscher verstanden.

**Freie Welt:** Die Friedensideen – vom Altertum bis zur Neuzeit – waren wenig wirksam. Sind die Ursachen nicht auch darin zu suchen, daß Kriege eine durchaus treibende Kraft in der Geschichte waren?

**Bock:** Kriege waren nicht nur eine treibende Kraft. Sie waren in einigen Epochen sogar eine Bedingung für die Existenz der Gesellschaft. Die Sklavenhaltergesellschaft war auf Kriege angewiesen, um Menschen als Produktivkraft zu unterjochen, um das Reservoir ihrer Arbeitskräfte zu erneuern. Der agrarischen Feudalgesellschaft war infolge extensiver Landnutzung und geringer Arbeitskräfte die Expansion wesenseigen; unter dem Vorwand der Christianisierung wurden die Volksstämme Osteuropas unterworfen. Erst mit dem aufkommenden Kapitalismus stand die Frage Krieg-Frieden neu: Denn für die Entwicklung der Produktivkräfte und die Akkumulation des Kapitals waren Kriege keineswegs unverzichtbar. Den französischen Physiokraten und den Vertretern der klassischen bürgerlichen Ökonomie, insbesondere Adam Smith, dem Fürsprecher des Freihandels, galten Kriege als eine unsinnige Zerstörung von Produktivkräften. Sie sahen im Krieg nur Unvernunft und Willkür, das größte Hindernis für gesunde Beziehungen zwischen Ländern und Völkern. »Frieden durch Freihandel!« proklamierten diese ökonomischen Denker. Sie gingen noch einen Schritt weiter und erklärten das ganze Militärwesen für einen Schmarotzer an der Gesellschaft, für verlorenes produktives Kapital.

**Freie Welt:** Das sind bemerkenswerte Aussagen. Hat jedoch der Verlauf der Geschichte nicht gezeigt, daß stärkere Kräfte diesen Ansatz zur Friedensfähigkeit des Kapitalismus zunichte gemacht haben?

**Bock:** Selbstverständlich ist es die Aufgabe des Historikers, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Wir haben daher den Krieg beständig zu thematisieren. Doch es gilt auch, auf die Kräfte zu verweisen, die eine Entwicklung des Kapitals mit friedlichen Mitteln als durchaus gegeben, sogar wünschenswert ansahen. Das ist heute von besonderer Aktualität. Die relative Friedensfähigkeit von Elementen und Interessenträgern des Kapitals ist wichtig; das historische Erinnern kann diese selbst für ein Verhalten in der Gegenwart mahnen und ermutigen. Wir müssen alle kriegverhütenden Aspekte des Wettbewerbs und der Zusammenarbeit in einer ganzheitlichen Welt durch Wissenschaft erkennen und durch Politik verwirklichen. Dabei steht die Janusköpfigkeit des Kapitals außer Zweifel. Für die marxistische Friedens- und Konfliktforschung ist es aber von einschneidender Bedeutung, das Wirken beider Fraktionen des Kapitals – der zum Krieg treibenden und der zum Frieden fähigen – zu analysieren, um jede Möglichkeit künftiger Kompromisse und Kooperationen mit jenen Teilen

der Bourgeoisie auszuloten, die den Frieden als eine Lebensbedingung ihres Profits begreifen. So verstehe ich Hilfe der Wissenschaft für eine Politik, die unter der strategischen Losung »Koalition der Vernunft und des Realismus« agiert. Der Historiker muß den waffenstarrten Elfenbeinturm aufbrechen, worin er als ein »rückwärtsblickender Seher« der Klassenkämpfe verharrte. Seine Forschungen müssen heute den Friedensnerv der Gegenwart und der hoffentlich noch erreichbaren Zukunft treffen.

**Freie Welt:** Adam Smith hat sozusagen die materiell-ökonomische Basis eines möglichen Weltfriedens angesprochen. Wie beurteilen wir den Versuch des Franzosen Abbé de Saint-Pierre, der Anfang des 18. Jahrhunderts auf eine andere Weise dem ewigen Frieden nahe kommen wollte?

**Bock:** Als sich Saint-Pierre an die Regierungen des damaligen Europa wandte, existierten zumeist feudal-absolutistische Regime, in Gestalt der Niederlande und Großbritanniens aber auch bürgerliche Staaten. Erbfolge-, Handels- und Kolonialkriege waren an der Tagesordnung. In dieser Situation unterbreitete Saint-Pierre seine Vorstellungen für eine Keimform friedlicher Koexistenz: Eine Föderation der Staaten Europas sollte mit Hilfe des Gewaltverzichts, der periodischen Kongresse, des Schiedsspruches im Konfliktfall und einer gemeinsamen Friedenstruppe den dauerhaften Frieden ermöglichen.

**Freie Welt:** War er ein Vordenker für das, was wir heute »Haus Europa« nennen?

**Bock:** Das möchte ich bejahen. Was für lange Zeit als Utopie oder gar als Illusion galt, erscheint heute in einem neuen Licht. Der objektive Zwang, den Krieg zu vermeiden, rückt uns die Gedanken interstaatlicher Organisationsformen und Konfliktregelungen wiederum nahe. Die Argumentationsweise Saint-Pierres war humanitär und völkerrechtlich angelegt. Seine Intentionen wurden fortgesetzt durch Rousseau und Kant. Das von Saint-Pierre ausgehende Friedensdenken der Aufklärung brachte einen historischen Fundus der Völkerrechtsentwürfe und Föderationspläne hervor, die heute fortleben. Auch die UNO konnte an solche Prinzipien anknüpfen. Interessierten Adam Smith die ökonomischen, Saint-Pierre und Kant die ethisch-völkerrechtlichen Aspekte zum Aufbau einer Friedenswelt, so bilden sie für uns Heutige eine dialektische Einheit. Natürlich wird Ökonomie ein drängendes Interesse im gewünschten Wettbewerb und in der Zusammenarbeit der Systeme sein. Doch ohne menschliche und völkerrechtliche Normen des Friedens ist internationales Überleben undenkbar. Kurz gesagt, die erstrebte Welt muß auf zwei Pfeilern stehen: auf der Förderung ökonomisch-sozialer Lebensinteressen und auf einem rechtlich-ethischen Überbau in Gestalt internationaler Instrumentarien der Staatenkooperation und der Konfliktbewältigung.

**Freie Welt:** Was sagt ein Historiker zu den pessimistischen Vorstellungen vieler Wissenschaftler, daß es, um den Zyklus Krieg-Frieden zu durchbrechen, den Menschen an Vernunft und nun auch an Zeit mangle?

**Bock:** Ich gestehe offen, daß ich Wissenschaftlern, die bei der Betrachtung der historisch gewordenen Welt pessimistische Folgerungen ziehen, nicht dreist entgegentreten möchte. Allerdings will ich eines betonen: Kommt der Pessimismus aus der anthropologischen Deutung, daß der Mensch allzeit unveränderlich bleibe und er seine aus dem Tierreich übernommene Aggressivität ewig in kriegerische Gewalt übertragen müsse, so lehne ich diese Vorstellung ab. Ich kenne jedoch selbst Marxisten, die aufgrund lebenslanger Analysen der vergangenen und heutigen Welt wenig Mut aufbringen, dem oft beschworenen Geschichtsoptimismus zu vertrauen, der im Alltag der Politik euphorisch verlautbart wird. Zweifellos sind in den letzten Jahren deutliche Fortschritte im Friedensringen erzielt worden. Doch diesem Novum, wie es sich in der partiellen Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen darbietet, steht die Tatsache entgegen, daß mächtige Kräfte immer noch an der Rüstungsschraube drehen, daß sie immer noch Mißtrauen und Feindseligkeit für geeignet halten, eine Konfrontationspolitik zu betreiben. Angesichts der noch nicht geleisteten Gleisveränderung, die den Zug der Geschichte endgültig in Richtung Völkerfrieden und Zusammenarbeit leitet, begreife ich den Pessimismus so mancher Historiker, Philosophen und anderer Wissenschaftler. Doch ich nehme an diesem Pessimismus nicht gern teil. Ich sehe mich als Glied einer gemeinschaftlichen Bemühung, die historische Gleisveränderung dadurch zu ermöglichen, daß wir aus der Geschichte – trotz vieler unseliger Tatsachen – jenes Erbe zutage fördern, das dem Friedensringen Ermutigungen vermittelt.

**Freie Welt:** Reifen bei dem Blick zurück in die Geschichte auch die Fähigkeiten, den Blick in die Zukunft zu richten?

**Bock:** Wissenschaft kann alternative Prognosen anbieten, jedoch nur, wenn sie subjektive Eingrenzungen und lineares Wunschdenken überwindet. Ich meine damit ein Denken, daß entweder den eigenen Wunsch zum Vater des Gedankens macht oder in seiner Eindimensionalität alle Verwicklungen der Wirklichkeit überfährt. Wir leben in einer Welt der äußersten Widersprüche, der entsetzlichen Spannungen und nur sacht beginnenden Entspannung. Gegenwart und Zukunft schließen mehrere Entwicklungen in sich ein – und nicht nur die erwünschten. Ich halte es für falsch, wollte man für diese widerspruchsvolle Welt nur einen einzigen Weg, nur eine Antwort ohne Alternativen dulden. Natürlich bestimmt ein jeder seinen Platz, von dem er die Zukunft zu sichten und zu formulieren sucht. Jedoch darf diese Position des Wissenschaftlers nicht zu traditioneller Verharrung und Einseitigkeit verführen. Wir stehen vor internationalen Entwicklungen, die nur annähernd richtig erfaßt werden können, wenn nationalpolitische Enge, wenn eurozentrische Befangenheit und Überheblichkeit fallen. Denn objektiv existiert der universalhistorische Zusammenhang aller Entwicklungen und Aktivitäten. Betrachten wir beispielsweise die Gründung der DDR im Jahre 1949, so müssen wir uns vergegenwärtigen, daß vier Jahre zuvor die Hiroshima-Bombe die Welt in tragischer Weise verändert

hatte und nun im Jahr der DDR-Gründung auch die Sowjetunion ihren ersten erfolgreichen Kernwaffentest durchführte. Steht das Datum des August 1945 für den Willen, sich die Welt durch die furchtbare Gewalt einer Waffe gefügig zu machen, so signalisiert das Datum des August 1949, daß der Einsatz dieser Waffe für die USA zum unkalkulierbaren Risiko wurde. Schon 1950 wagten sie nicht mehr, ihre Atomwaffen im Korea-Krieg anzuwenden. In diesem Kontext müssen wir auch die Bedingungen für den Bestand der DDR sehen.

Heute ist in der DDR eine beachtliche Mobilität im Umgang mit dem historischen Erbe erreicht worden. Doch die Historiker wenden sich zumeist nur dem nationalen und regionalen Erbe zu. Ohne universalgeschichtlichen und weltpolitischen Blick, ohne die ständige Bewußtheit, daß unsere eigene Geschichte nur ein kleiner Teil der universalen Entwicklung ist, verliert man die Sicht auf notwendige Zusammenhänge. Wenn wir zum Beispiel die Zeit nach dem Schwellenjahr 2000 anvisieren, sollten wir uns im klaren sein, daß sich wesentliche politisch-ökonomische Prozesse und internationale Entscheidungen aus Europa in andere Weltregionen verlagern werden. Die Frage, ob diese Veränderungen friedlich oder kriegerisch ablaufen, wird die Welt nicht nur tangieren. Sie wird über ihren Bestand entscheiden.

**Freie Welt:** Stellt sich in diesem Zusammenhang nicht auch die Frage, wie man «gerechte Kriege» heute einzuschätzen hat?

**Bock:** Nach rückwärts gewendet, fallen dem marxistischen Historiker die Urteile über »gerechte« und »ungerechte« Kriege nicht schwer. Die Einschätzungen für heute sind weit komplizierter. Im hochindustrialisierten Europa beispielsweise kann jeder Krieg, auch der konventionelle, nicht führbar – weil schlechthin massenvernichtend sein. Die Wertung, ob dies ein »gerechter« oder »ungerechter« Krieg wäre, entbehrt aller Vernunft. Für die Regionen in Asien, Afrika, Lateinamerika, wo seit ungefähr vierzig Jahren infolge von Aggressionen und nationalen Befreiungen über 200 kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden haben und noch stattfinden, ist schwer zu sagen, in welcher Weise die Gewalt der Unterdrücker durch die Befreiungstat der Unterdrückten gebrochen werden kann. Welcher Marxist will es auf sich nehmen, im Namen des Weltfriedens die revolutionäre Regierung in Nicaragua aufzufordern, gegenüber den Waffen der Contras zu kapitulieren? Dennoch müssen konkrete Situationsanalysen für jeweilige Konfliktsituationen ganz konkrete Antworten geben, die mitunter auch zu bitteren Kompromissen raten werden. Das hat nichts mit Prinzipienlosigkeit zu tun. Für Afghanistan hat die Sowjetunion (mit dem Rückzug ihrer Truppen) endlich eine derartige Schlußfolgerung gezogen. Weitere Kompromisse zeichnen sich in Asien, Südafrika und Lateinamerika ab. Sie sind Folgerungen eines neuen internationalen Denkens, sind Anzeichen historischer Lernvorgänge, die mehr und mehr von einer zentralen Einsicht getragen sind: Staatenkonflikte friedlich zu lösen. Alle Menschen und Völker haben ein Recht auf internationalen Frieden.

# Die »Wende«. Revolution oder Restauration?

## Sturz der DDR-Regierung

Nous sommes en route ... Zwei Schweizer Interviews (1989)

Interview I

**Réalités/Genf und Vorwärts/Bern (7. November):** Die DDR ist im Aufbruch, mit ungeahnter Schnelligkeit entwickeln sich die verschiedenen Vorstellungen über Reformen. Wie schnell, wie weit müssen Reformen in der DDR gehen? Welche Linien sind erkennbar, welche Richtung erscheint als notwendig?

**Bock:** Am vergangenen Freitag (3. Nov.) hat der jetzige Staatsratsvorsitzende Egon Krenz eine Rede gehalten. Zum erstenmal keine allgemeinen Versprechungen, sondern eine Programmatik, die auf der kommenden Tagung des Zentralkomitees der SED diskutiert werden soll. An der Spitze der Programmpunkte: die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes, der für eine Demokratie seit langem ansteht. Diese Institution würde bedeuten, daß jeder Bürger im Land gegenüber den hochstehenden Bürgern und Repräsentanten seine verfassungsmäßigen Rechte einklagen kann. Damit würde überhaupt erst möglich, Regierung, Staatsfunktionäre und alle anderen repräsentativen Personen verfassungsmäßig zu kontrollieren – auch auf der Ebene des Gerichtswesens.

Außerdem sind folgende Punkte skizziert: Eine Verwaltungsreform zwecks Klagemöglichkeit des Bürgers, um auch in Gemeinden und Bezirken gegen Entscheidungen von Räten und Funktionären vorgehen zu können, sofern er wiederum meint, daß eine Sache falsch entschieden wird. Vor einem Jahr gab es eine kümmerliche Verwaltungsreform, die sich die SED-Führung zugute hielt. Doch möchte ich sagen: Erst jetzt kommt die Sache auf einen richtigen Weg. Noch weitere Reformen werden genannt: ein Vereinigungsgesetz, das die Zulassung von Parteien und neu entstehenden Bürgervereinen regelt. – Neue Gesetze über die repräsentativen Organe, wonach keine Sonderrechte mehr genehmigt werden dürfen. – Anerkennung des zivilen Wehr-Ersatzdienstes als ein Bürgerrecht. – Umfassende Wirtschaftsreform, die ich für um so wichtiger halte, als in den vergangenen Jahren immer erklärt wurde: Wenn in diesem Staat etwas heil sei, dann sei es die Wirtschaft, weshalb auch von »Perestroika« und »Glasnost« der Sowjetunion nichts zu lernen sei. – Schließlich eine Reform des Bildungswesens – und, was entscheidend wäre, ein neues SED-Statut zwecks Verbesserung der Parteistrukturen und Begrenzung von Wahlfunktionen.

Dies alles sind Absichten. Sie würden nicht bloß kosmetische Korrekturen bedeuten, wie man sie in den vergangenen Wochen noch befürchten mußte. Folglich blicke ich erwartungsvoll auf die Beschlüsse des Zentralkomitees in dieser Woche. Ganz wichtig wäre aber eine wirklich freie Diskussion in der Volkskammer, der obersten Volksvertretung, die sich im Augenblick viel zu passiv verhält: Sie hat Krenz zwar in die Funktion des höchsten Staatsamtes berufen, jedoch über diesen Vorgang gar nicht diskutiert, sondern nur abgestimmt – überdies in offener Abstimmung, was immer Bedingungen schafft, die für die Stimmberechtigten schwierig sind. Es besteht die Notwendigkeit wirklicher Diskussionen. Was die weitere Richtung betrifft, so hängt eben viel von öffentlicher Aussprache über diese Gesetze ab. Es ist aber alles nur ein Anfang für den strukturell nötigen Wandel – nicht schon die Strukturveränderung selbst.

**Réalités/Vorwärts:** Sollten die Demonstrationen jetzt aufhören, damit die Entwicklung in einem ruhigen Diskussionsprozeß fortgesetzt wird, oder könnten sie Mittel zur Beschleunigung dieses Prozesses sein?

**Bock:** Das hängt von der Konsequenz ab, mit der die SED, in der ich selbst Mitglied bin, auch kadermäßig einschneidende Veränderungen vollzieht. (Es gibt einen starken innerparteilichen Druck auf die Parteiführung, mit offenen, harten und marxistisch geführten Diskussionen – die zeitigen werden, daß das gesamte Politbüro wahrscheinlich noch in dieser Woche zurücktreten muß.) Alle Veränderungen sind durch den demonstrativen Willen auf der Straße, auch in Versammlungen der SED, der Parteien der Nationalen Front und an vielen anderen Orten erzwungen worden.

Die Führer meiner Partei sagen, die Wende sei durch sie eingeleitet worden. Ich sehe das anders: Die Volksmassen haben ihre historische Rolle wahrgenommen, die ja nicht nur darin besteht, daß sie geduldig und immer noch mühsam arbeiten, um die materiellen Voraussetzungen für das gesellschaftliche Leben zu erbringen. Sie müssen, wenn nötig, mit ihrem Unwillen auf die Straße gehen, um die gesamtgesellschaftliche Krise offenbar zu machen. Diese Demonstrationen werden andauern, wenn sichtbar würde, daß die Partei- und Staatsführungsorgane inkonsequent sind, indem sie keine Selbstkritik machen und die Einleitung der sogenannten Wende nur sich selbst zugute halten. Wir können darüber reden, wie man Vertrauen zurückgewinnen, zu einer Synthese von Massen und Parteiinitiative kommen kann. Doch für die Zukunft gilt jedenfalls eine Wiederanerkennung der ohnehin verfassungsmäßigen Rechte auf Demonstration, Versammlung, Meinungsfreiheit etc. Alles das müßte staats- und bürgerrechtlich auf neuen Grund gestellt werden – und da können Demonstrationen nach wie vor eine Form sein, um die Bewegung in Gang zu halten.

**Réalités/Vorwärts:** Wie wird die Bewegung auf der Straße in die Reformdiskussion miteinbezogen?

**Bock:** Diese Einbeziehung ist schon angelegt. Seit vier Wochen diskutieren in den Haupt-Städten des Landes mit Vertretern des Staatsapparats die neuen Bürgerrepräsentanten – die nicht regelrecht gewählt sind, aber jetzt, in dieser revolutionären Situation, an die Spitze von Interessengruppen treten. Es wurden Kommissionen thematischer Art gegründet, um Fragen der staatlichen und gesellschaftlichen Reform aufzuarbeiten. Die Arbeit wird intensiver werden, sobald gesetzliche Veränderungen vorgeschlagen sind. Heute ist ein erster Gesetzentwurf in der Presse zuhanden der Bürgerdiskussion veröffentlicht worden: Von meinem Standpunkt aus würde ich allerdings sagen, daß ein Gesetz über Reisefreiheit noch keineswegs die qualitative Veränderung der Systemstrukturen betrifft. Reisefreiheit verschafft den Bürgern nur Freizügigkeit – sie schafft freilich den wohlthätigen Zwang, Staat und Gesellschaft so zu gestalten, daß die Bürger, die nun frei ausreisen, auch wiederkommen.

**Réalités/Vorwärts:** Der Kernpunkt der Reformdiskussion: Machtmonopol und Führungsanspruch der SED auf der einen Seite. Forderungen nach pluralistischem Parteienspektrum, Bürgerinitiativen und Gestaltung der parlamentarischen Vertretungen von der Zentrale bis hinunter in die Bezirke auf der anderen. Wie wird darüber diskutiert?

**Bock:** Das ist im Moment die heißeste Frage. Auch in der Partei wird begonnen, darüber zu diskutieren. Soweit dies mit dem Willen der Kommunisten zusammenhängt, den Sozialismus fortzusetzen, aber in einer besseren Weise zu machen, steht die Frage, wie die Partei ihre Führungsaufgabe wahrnehmen wird. Bislang war diese in der Verfassung als ein Recht, ein Vorrecht, festgeschrieben. Dagegen erheben sich viele Stimmen, auch von anderen Parteien der Nationalen Front, von Bürgern in den Demonstrationen. Ich persönlich habe dazu eine Meinung, die ich mit einer Reihe von Genossen teile: Man kann in der Demokratie den Führungsanspruch einer Partei nicht gesetzlich deklarieren, man muß ihn geistig und konzeptionell erarbeiten. Da wir in einer tiefen Vertrauenskrise stecken, muß Vertrauen überhaupt erst wieder gewonnen werden. Wir brauchen Zeit. Das ist aber eine Zeit, in der man Führungsanspruch nicht durchpeitschen wird. Man muß Fähigkeiten nachweisen. Auch durch umfassende kadermäßige Veränderungen. Es wird – meine persönliche Meinung – ganz gewiß in Richtung eines pluralistisch-arbeits teiligen Systems von Staat und Gesellschaft gehen. Dabei steht die Frage, inwieweit die Verschränkung von Partei- und Staatsfunktionen – also die Tätigkeit der Partei als unmittelbar staatslenkende Kraft in den Sesseln der Macht, an den Schaltern der Herrschaft – möglich sein kann, für die Diskussion im Land noch dahin. Ich halte die Entscheidung aber für dringlich, wenn »Perestroika« und »Glasnost« obsiegen sollen. Es wäre ein Weg zu einem demokratischen und humanen Sozialismus, wenn das bisherige Monopol der SED in allen Instanzen des Landes, zumal in den staatlichen Gremien bis zu den Sicherheitsorganen, zur Debatte und Veränderung anstünde.

**Réalités/Vorwärts:** Wie konnte angesichts des Protestpotentials so lange Ruhe in der SED herrschen?

**Bock:** Eine politische Partei ist angewiesen auf die kollektive Durchführung von gefaßten Beschlüssen. Das hat aber in den staatlichen Strukturen, die wir vor Jahrzehnten von der Sowjetunion übernommen haben und die nach meinem Dafürhalten noch immer stalinistisch geprägt sind, dazu geführt, daß der Zentralismus sehr stark ausgebildet, aber die demokratische Artikulation von unten her gering gehalten wurde. Die Genossen haben sich als disziplinierte Sozialisten verhalten, wie wir selbst sehen, allzu lange. Es ist noch Parteidisziplin geübt worden, wo schon Kadavergehorsam empfunden wurde. Seit zwei Jahren hat es in der Partei Warnungen gegeben, auch Vorschläge für neue Konzeptionen, die alle auf dem Tisch der höchsten Ebenen versandeten. Dennoch ist an der Basis anhaltend weitergearbeitet worden – sie ist für die Situation nicht gänzlich unvorbereitet. Das allerdings sage ich als ein Partei-Intellektueller, der sich mit anderen Wissenschaftlern, Künstlern etc. für gesellschaftliche Analysen und programmatische Alternativen engagiert. Resultate liegen also der Parteiführung seit etwa zwei Jahren vor. Doch diese hatte keinen Sinn dafür, sie hielt die Verhältnisse im wesentlichen für gut.

Erst die »Abstimmung mit den Füßen« war der entscheidende Schritt, die Verhältnisse aufzureißen. Damit meine ich nicht die eher konservativen Einzelproteste, die sich artikulierten, indem sie nach Westen abgingen. Ich schätze die Demonstrationen der Massen unter dem Ruf: »Wir bleiben hier, wir sind das Volk!« Eben dieser Vorgang hat auch für den reformfreudigen Flügel in der Partei entscheidend andere Diskussionsverhältnisse geschaffen.

Zum offenen Schluß möchte ich sagen: Nous sommes en route – Wir sind unterwegs.

## Interview II

**Réalités/Genf und Vorwärts/Bern (11. Dezember):** Welchen Charakter hat die Revolution, die in der DDR stattfindet? Wie ist sie in die Ereignisse der anderen sozialistischen Länder eingebettet?

**Bock:** Ob wir die Resultate der sozialistischen Diktaturen in der Sowjetunion oder in China oder in Ost-Mittel-Europa beobachten – die Grundlagen des Sozialismus, die unter Führung von zentralistisch-bürokratischen Arbeiterparteien, aber mit dem sauren Schweiß der Werktätigen und der Parteibasis errichtet wurden, stehen trotz sozialer Errungenschaften sämtlich vor einer zählbaren und gefährlichen Tatsache: Die Parteifunktionäre dominierten den Staatsapparat und verneinten die Übernahme brauchbarer Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie wie Gewaltenteilung, Pressefreiheit etc. Sie behinderten öffentliche Kritik und Selbstkritik, verweigerten den werktätigen Massen die Kontroll- und Korrekturmöglichkeiten. Die historische Lehre aber lautet, daß Demokratie für den Sozialismus unverzichtbar ist.

**Réalités/Vorwärts:** Unter welchen Umständen konnte der Sozialismus in der DDR seinen demokratischen Anspruch aufgeben?

**Bock:** Die sozialistische Revolution nach 1945 ist nicht zu denken, ohne die Anwesenheit der Roten Armee, die in der von ihr besetzten Zone den Staatsapparat des Faschismus und somit auch der Bourgeoisie zerschlagen hat. Unter ihrem Schutz begann damals objektiv eine Revolution, die auch subjektiv von einem Teil der Deutschen mitvollzogen wurde. Es gab zwei miteinander verschränkte Losungen: »Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« Diese Zielsetzung reichte, um den Faschismus institutionell auszurotten, ihn geistig zurückzutreiben. Daraus entstand eine Umwälzung, deren erste Etappe eine antifaschistisch-demokratische Wandlung von 1945 bis 1949, deren zweite Etappe ein Aufbau der Grundlagen des Sozialismus von 1949 bis zum Anfang der 60er Jahre war. Die sozialen Errungenschaften der damaligen Zeit haben als Akte in der Menschheitsgeschichte wohl einigen Bestand – mehr, so denke ich jedenfalls, als es in diesen Wochen berechtigten Unwillens und kritisch-selbstkritischer Fehlersuche scheinen mag. Die sieg- und hilfreiche Sowjetunion trug jedoch nicht den klassischen Marxismus und nicht den Leninismus, sondern den Stalinschen Verschnitt derselben nach Deutschland. Zwar waren zwischen 1945 und 1949 demokratische Selbstverwaltungsorgane von unten her entstanden. Als sich aber die DDR als Staat formierte, begann ein Prozeß der zunehmenden und schließlich absoluten Zentralisierung. Die Deutschen haben ihre Revolution nicht wirklich erfochten. Zu einem wahrhaft mündigen Träger ihres »Arbeiter-und-Bauern-Staates«, zu wachen und mutigen Einforderern einer sozialistischen Demokratie wuchs weder die große Masse des Volkes noch die Mitgliederschaft der führenden Partei.

**Réalités/Vorwärts:** War diese Entwicklung notwendig, hätte es Alternativen gegeben?

**Bock:** Es gab drei Schnittstellen für eine alternative Entwicklung, die aber nur zugunsten stalinistischer Verharrung genutzt wurden. Diese Schnittstellen hängen alle mit den Beziehungen meines Landes zur Sowjetunion zusammen. Erstens: 1956/57. Die KPdSU machte den historischen Versuch, die Erblast Stalins abzuwerfen. In der DDR hingegen wurden die ehrlichen Bestrebungen zur Erneuerung der Partei und des Staates buchstäblich unterdrückt. Es hagelte Parteistrafen, etliche kamen hinter Gitter. Die potentiellen Erneuerer – das weiß ich aus Erfahrung – verhielten sich, sofern sie nicht resignierten oder zerbrachen, in der Folgezeit ruhig. Wir versuchten, die Glut unter der Asche zu bewahren.

Zweitens: 1968. Ausgerechnet als die westeuropäische Jugend gegen Machtstrukturen des Kapitals protestierte, walzten Breshnews Panzerkolonnen – mit Billigung der DDR-Führung – über die Grenzen der befreundeten Tschechoslowakei. Der eisige Hauch dieser völkerrechtswidrigen Militärintervention brach die Blüten des Prager Frühlings. Seine Niederschlagung raubte der Erneuerung des Sozialismus zwei wertvolle Jahrzehnte.

Drittens: Als die Sowjetregierung den weltgeschichtlich entscheidenden Versuch unternommen hat, den tödlichen Teufelskreis der Gewalt und der Hegemonialpolitik zu durchbrechen, die Weltverhältnisse zu befrieden und sich selbst den Fesseln der Vergangenheit zu entwinden, gerade da wiederholte sich das alte Übel. Honeckers Partei- und Staatsführung blockte ab. In der Außenpolitik praktizierte sie zwar einen Dialog, aber im Innern des Landes blieb sie in dem Irrtum befangen, das Neues Denken teilbar sei. Wer als ein Andersdenkender im Lande den Dialog einforderte, erfuhr Polizeigewalt und Gefängnis. Dabei wurde marxistische Überzeugung mit Füßen getreten: Denn Außen- und Innenpolitik sind unteilbar, und in der dialektischen Einheit beider gilt das Primat der Innenpolitik, die das Wesen einer Staatsordnung offen legt. So haben es wirkliche Marxisten immer gehalten. Und eben das wurde grob verletzt. Der Höhe- und Umschlagspunkt erfolgte genau vor einem Jahr im Herbst 1988, als die Partei- und Staatsführung das Verbot neuester sowjetischer Zeitschriften und Filme wagte, was einen tausendfältigen Protest der Staatsbürger und der Parteimitglieder auslöste. Ganze Grundorganisationen protestierten gemeinsam, was Strafmaßnahmen unmöglich machte. Der Staatsbürger von heute ist ein anderer geworden: ein politisch gebildeter, sensibler, subjektiv mündiger Werktätiger, der nunmehr für die Anerkennung seiner Mündigkeit auf die Straße geht.

**Réalités/Vorwärts:** Was ist das Ziel der Bewegung in der DDR?

**Bock:** Die heutige Umwälzung – unsere »deutsche Oktoberrevolution« – hat mit der Massenerhebung der Werktätigen begonnen, in den Tagen vom 7. bis zum 10./11. Oktober. Sie geht auf einem sehr schmalen Grat zwischen zwei tiefen Abgründen: dem der überalterten Machtstrukturen des herkömmlichen Sozialismus einerseits, und dem Abgrund der antisozialistischen Konterrevolution, der völligen Wiederherstellung der Macht des Kapitals unter Führung der BRD. Dieser Gratweg müßte, wenn sich der Wandel zu einer wirklichen Revolution entwickeln würde, zur Errichtung des sozialistischen Rechtsstaates führen. Eines Sozialismus von rechtlicher, demokratischer und humaner Gestalt. Dazu müssen wir die traditionelle Klassenanalyse entschieden korrigieren, wodurch die Vorherrschaft der Arbeiterklasse und ihrer sogenannten revolutionären Partei fixiert worden ist. Ich möchte dagegen formulieren: Arbeiter und Angestellte, Bauern, schließlich auch die Angehörigen der Mittelschichten und der Intelligenz sind Klassen und Schichten in der DDR – und sie alle sind heute das Volk.

Dieses Volk, mit der Arbeiterklasse als dem sozialen und politischen Kern, muß als Souverän der Gesellschaftsordnung gelten. Das war bis jetzt nicht der Fall. Wir müssen zu einer wahren Volksmacht aufsteigen. Das heißt: Kein Sozialismus »für das Volk«, auch kein Sozialismus nur »mit dem Gesicht zum Volk«, wie hier und heute oft formuliert wird. Vielmehr ein Sozialismus »des Volkes« und »durch das Volk«. Dies bedeutet mehr als nur die Erweiterung von

Freiheiten des Bürgers, mehr als ungehinderte Kritik und Selbstkritik, mehr als Information der Massen über Aktivitäten der Staatsbehörden. Historisch notwendig ist eine grundlegende Umgestaltung des ganzen Machtgebäudes des Sozialismus. Dazu gehört die Gewaltentrennung zwischen Gesetzgebung, Exekutive und Justiz, die Freiheit der Presse zwecks maximaler Transparenz. Wenn wir das machen – dann sind wir freilich noch immer bei einer funktionierenden bürgerlichen Demokratie. Wir müßten hingegen einen neuen Mechanismus der Volksmacht hervorbringen, damit die Werktätigen selbst es sind, die Macht besitzen: ein verfassungsmäßig garantiertes und geschütztes Kontrollsystem gegenüber frei gewählten Volksvertretern. Für diesen Zweck muß die gesetzlich deklarierte Vorherrschaft der SED fallen. Der Platz und die Rolle der Arbeiterpartei, der anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, auch der völlig neu aufkommenden Bürgerbewegungen, müssen auf eine neue, rechtlich gleichberechtigte Weise bestimmt werden.

Das Kardinalprinzip des Rechtsstaates ist die Respektierung der Interessen des staatsbürgerlichen Individuums, die verfassungsmäßige Garantie und der Schutz seiner Rechte und Freiheiten. Aber dieses Individuum ist ein werktätiger Mensch. Daher besteht Verantwortung von Individuum und sozialistischem Staat wechselseitig: Der Werktätige mit seinen Interessen und Rechten muß zum Zentralpunkt werden, um den sich der gesamte gesellschaftliche Mechanismus des Sozialismus dreht. Deshalb gilt auf eine neue Art und Weise: Einheit von Theorie und Praxis – und dies in einer unabweislichen Revolution.

Wenn das nicht gelingt, dann siegt die Macht des Kapitals in einer politischen und ökonomischen Krise der DDR. Aber wenn es gelingt, so wird das bedeuten, daß ein Entwicklungssprung des Sozialismus von der Periode seiner Errichtung zur Periode seiner humanen und umfassenden Gestaltung erfolgt. Eine Umwälzung des Sozialismus: hinweg von der Diktatur einer Arbeiteraristokratie mit Machtmißbrauch und Korruption – hin zur sozialistischen Demokratie der werktätigen Massen. Wir besinnen uns auf den antizipatorischen Schlüsselsatz von Marx: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Programmatische Ansätze für dieses Ziel sind veröffentlicht. Sie könnten voraussichtlich am kommenden Wochenende als Programm und Statut einer sich erneuernden Partei verabschiedet werden.

**Réalités/Vorwärts:** Wie sieht die neue Partei aus?

**Bock:** Die neue Partei ist das Resultat einer Revolution auch innerhalb der Partei. Das alte Politbüro und das Zentralkomitee wollten sich mit einer personellen Veränderung aus der Krise retten. Uns an der Parteibasis aber war klar, daß die Vorgänge im Land die Partei zu Maßnahmen herausforderten, daß sich diese aber beständig im Nachtrab und als inkonsequent erwies. Daher steigerte sich in schnellster Folge die Unzufriedenheit. Die Einberufung eines

außerordentlichen Parteitages war der Sieg der Parteibasis, um personelle Veränderung des Zentralkomitees zu erzwingen. Wir erreichten Neuwahlen von unten her, aus den Grundorganisationen. So hat sich die Zusammensetzung der Delegierten erneuert, der größte Teil alter Kader ist ersetzt worden. Einige sind zwar als Delegierte auf den Parteitag geschickt, dort aber nicht zugelassen worden. Die Parteibasis hat überdies mit Großdemonstrationen auf Enthüllungen von Amtsmissbrauch reagiert. Wir haben den Generalsekretär Krenz, das Politbüro und das Zentralkomitee zum Rücktritt veranlaßt.

Das Entscheidende für den jetzigen Parteitag ist der programmatische Bruch mit allen stalinistischen Strukturen – dafür muß jetzt umfassend weitergekämpft werden. Ich bin der Meinung: In der Partei werden wir den Sieg davontragen. Das zweite aber ist eine Programmatik für demokratischen Sozialismus. Das dritte ist die jetzt aktuelle Bemühung, die drohende Gefahr einer Auflösung oder Spaltung der Partei abzuwenden. Auf diese Weise bliebe der politischen Revolution in der DDR eine große Partei erhalten, die allerdings nur dann ihre historische Rolle beweisen kann, wenn das Programm, den stalinistischen Geist und die stalinistischen Strukturen zu überwinden, erfüllt wird. Ich bin zuversichtlich. Denn die revolutionäre Bewegung in der DDR ist so stark und herausfordernd, daß es für die Partei keinen anderen Weg gibt.

Das Drängen der konterrevolutionären Kräfte allerdings ist gleichfalls sehr groß: Ihre Hauptlosung ist die sofortige Wiedervereinigung mit der BRD. Wir lehnen diese Konzeption, die jetzige Form ihrer Verwirklichung, ab. Unsere Partei hat viel Terrain verloren, eine tiefe Krise durchgemacht. Doch wir können endlich wieder eine Partei gewinnen, die für Demokratisierung auf allen Ebenen wirkt.

# Die Erblast Stalins

Von Ursachen und Zielen unserer Revolution (1989)

Alles Geschehen steht vor der globalen Alternative des Überlebens oder des Untergangs der Menschheit. Sollten humane Vernunft und friedliche Konfliktlösungen in der Weltgeschichte obsiegen, dann könnten die Annalen deutscher Geschichte die gegenwärtigen Tage und Wochen, den Massenaufbruch zu besseren Gesellschaftszuständen, mit den großen Volkserhebungen der Vergangenheit vergleichen: mit der Reformation Luthers und Müntzers, der Revolution von 1848, der Novemberrevolution von 1918.

Uns allen aber, ob wir auf den Straßen, die wir selbst gebaut, demonstrieren oder hinter den Amtstüren, die wir aufgestoßen, diskutieren oder in den Apparaten der Parteien und des Staats funktionieren – uns allen ist jetzt anheim gestellt zu entscheiden, was die Geschichtsschreiber vermelden, wie unsere Nachfahren über uns urteilen werden. Wird da von einem zornigen, aber wirren Aufbruch zu berichten sein, der sich am Ende in taktischen Winkelzügen, vielleicht gar der Preisgabe lebenswerter Errungenschaften verlief? Oder von einer hellwachen, revolutionären Bewegung, die zur Erneuerung von Staat und Gesellschaft gedieh?

## 1.

In jedem Falle bleiben die Anfänge unserer Tage und Wochen merkwürdig genug. Der Massenaufbruch begann nicht mit einem Thesenanschlag an der Domtür zu Wittenberg, nicht mit einem neuen Kommunistischen Manifest, nicht mit einem Kieler Matrosenaufstand. Er begann mit tausendfachen Individualprotesten, die – historisch gesehen – zumeist konservativ waren. Der längst angesammelte Sprengsatz, der im hermetisch geschlossenen Raum seit »Sputnik«-Verbot, Kommunalwahlschwindel, Sympathiebekundung für Peking's Konfliktbereinigungsmethoden zur Explosion führte, sprengte das DDR-Staatsgebäude keineswegs in die Richtung des Sozialismus auf. »Wir wollen raus!« riefen die ausbrechenden Elemente und entwichen auf ungarischen Grenzwegen, Fahrstraßen, schließlich auch DDR-Reichsbahngleisen – befördert durch das strategische Management bundesbürgerlicher Politiker und Medien.

Verzweifelter Zustand! Da rann Blut aus dem Körper unseres vierzigjährigen Gemeinwesens, dem doch in allen Staatsreden und Leitartikeln pausbäckige Gesundheit bescheinigt war. Empörender Zustand! Da erlitten verdiente antifaschistische Kämpfer, die zu selbstgefälligen und ewig feiertäglich gestimmten Patriarchen geworden waren, den totalen Black-out ihrer Regierungskarriere. Sie verweigerten sich weiterhin marxistischer Analyse, ungeschminkten Tatsachen, ausgearbeiteten Konzepten für »Perestroika« und »Glasnost«. Zurückgewiesen – die warnenden, drängenden Stimmen von der

Parteibasis der SED, wo man begann, Disziplin als Kadavergehorsam zu empfinden. Ignoriert – die Unruhe und kritischen Hinweise der Erneuerer in den Künstlerverbänden, den Kirchenleitungen, den Bürgerinitiativen, den Parteien und Massenorganisationen der Nationalen Front. Jetzt hatte Festzeit zu sein! Politparty mit Paraden, Feuerwerk und Fackelschein. Immer noch untertänige Kollektivübungen mit vorgefertigten Dankadressen, obwohl man doch selbst es war, der gearbeitet hatte und abermals die Kosten für den Staatszirkus zahlte: für Immerdieselben auf den Tribünen. Das wirklich Gute, Errungene, Feiernswerte herabgezogen ins hohle Pathos einer Selbstverherrlichung, die seit Jahren schon Irrweg, Demagogie, Lüge war.

Doch plötzlich vollkommen Neues. Gegendemonstrationen – und mehr noch! Das Gejohle der Rowdys, die Mauerweg-Rufe der Konterrevolution weithin überstimmend, der massenhafte Aufschrei: »Wir bleiben hier! Wir sind das Volk!« Eine tönende Welle, die durchs Land wogt. Der Aufbruch hat begonnen.

Endlich! Die historische Chance für einen demokratischen und humanen Sozialismus ist da. Das nämlich ist sie, die entscheidende Rolle der Volksmassen in der Geschichte: geduldige, noch immer mühsame Arbeit zur materiellen Sicherung des Gesellschaftslebens – und wenn nötig, vielköpfiger Unmut auf Straßen und Plätzen, der die umfassende Krise offenlegt. »[...] Wenn die Unterschichten das Alte nicht mehr wollen und die Oberschichten in der alten Weise nicht mehr können – erst dann kann die Revolution siegen«, heißt es bei Lenin (Werke, Bd. 31, S. 71).

Mit der Triebkraft von Sachzwängen hat die Entlassung überhängender Spitzenpolitiker angefangen. Ihr Absturz löst jenen Schneeballeffekt aus, der noch manchen der Nomenklaturkader in die Tiefe reißen – richtiger: in die arbeitsame Masse der Werktätigen befördern wird. Nicht zu überhören ist jetzt die Verheißung von politischen Novationen und Gesetzen, die mehr Demokratie, mehr Rechtssicherheit, neue Freiheiten schaffen, den regierungsamtlichen Verfassungsbruch endigen sollen. »Wende« ist nun das Wort, benutzt von allen und jedem: Sie sei bereits eingeleitet, habe begonnen!

Doch was ist »Wende«, wenn nicht auch sie zum Gummiwort verkommen soll, das von jedermann aufgeblasen wird? Und überhaupt: Was bedeutet »Wende« in der Geschichte der Wege, Um-Wege, Ab-Wege sozialistischer Bewegung?

## 2.

Die Frage stellen heißt auch, sich auf Anfänge zu besinnen. Was heute geerntet wird, wegen Frühfäule aber auch liegen bleibt auf den Feldern der Geschichte, hat mit guten und schlechten Vorgängen der Vergangenheit zu tun.

Marx und Engels, die eine Programmatik des »wissenschaftlichen Sozialismus« begründeten, wurzelten im Humanismus der Aufklärung. Sie waren

zugleich Zeitgenossen der Industriellen Revolution, mit der die maschinell produzierende Gesellschaft des Industriekapitalismus entstand. Unter dem Eindruck dieser weltgeschichtlichen Entwicklungstendenz – mit der Möglichkeit eines materiellen Auskommens für alle, jedoch der Wirklichkeit einer Klassenspaltung in wohlständische Kapitalisten und vegetierende Lohnarbeiter – begriffen sie die Abschaffung jeglicher Ausbeutung als das Ziel der Menschheitsgeschichte. Die proletarische Revolution sollte das Mittel sein, um die Beziehungen der Individuen und der Völker letzten Endes gerecht und friedvoll zu gestalten.

Diese Revolution, die in der Aufhebung des Privateigentums an den größeren Produktionsmitteln und der Errichtung einer »Gütergemeinschaft« der arbeitenden Klassen an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion bestehen sollte, werde, so glaubten sie, als eine baldige Weltrevolution erfolgen: »Die kommunistische Revolution wird [...] keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d. h. wenigstens in *England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein* [...]. Sie wird auf die übrigen Länder der Welt ebenfalls eine bedeutende Rückwirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.« Das schrieb Engels bei der Ausarbeitung des Manifestes der Kommunistischen Partei (MEW, 4, 374 f. – hervorh. v. HB). Gleichzeitige Befreiung des Proletariats, ausgehend von den entwickelten kapitalistischen Ländern – insbesondere von England, Frankreich, den USA! Dieser Grundgedanke fixierte den damaligen Höchststand der Entwicklung der Produktivkräfte, die soziale Formierung des Proletariats, den gereiften Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse als entscheidende Voraussetzungen der gedachten Weltrevolution. Er setzte damit noch eine weitere Prämisse: Der Beginn des proletarischen Emanzipationskampfes wurde in den Ländern der bürgerlichen Demokratie erwartet, wo Verfassung und Gewaltenteilung, Wahlen und Parlamente, Ministerverantwortlichkeit und öffentliche Rechtsprechung, zugesicherte Freiheiten der Persönlichkeit, der Meinungen, der Versammlung, der Assoziation, der Presse existierten. Wohl wurden diese verfassungsmäßigen Rechte durch die Geldsäcke des Kapitals beständig eingeschränkt, und gerade die Proletarier litten unter den staatlich bevorzugten Ausbeutergewalten. Doch zu den absolutistischen und scheinkonstitutionellen Regimen im größeren Rest der Welt verhielten sich die parlamentarisch regierten Länder mit ihrer politischen Kultur wie das Licht zur Finsternis – sie verkörperten die Zivilisation gegenüber der Barbarei.

Kein Wunder, daß die Vordenker der Arbeiteremanzipation ihre Zielvorstellungen auf eben dieser Kulturstufe entwickelten, um die noch höhere Kultur der *Demokratie ohne Ausbeuter*, die Demokratie der *allseitigen Entfaltung aller werktätigen Individuen* zu gewinnen: »An die Stelle der alten bürgerlichen

Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die *freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.*« So – und nicht anders – lautet der Schlußsatz im Programmteil des Kommunistischen Manifestes (MEW, 4, 482 – hervorgeh. v. HB).

Natürlich sollte der Staat der Bourgeoisie durch die Revolution zerschlagen werden. Es war das Beispiel der Pariser Kommune (1871), wovon Marx die Charakterzüge eines Staatswesens der arbeitenden Klassen ableitete. Unsere heutigen »Revolutions«-Bürokraten, die immerfort von sich behaupteten, die Arbeiterklasse selbst zu sein, haben nur die Verneinung der bürgerlichen Gewaltenteilung rezipiert – denn wie die Kommunarden, so wollte Marx, daß die parlamentarischen Volksvertretungen nicht nur redende, sondern auch arbeitende Körperschaften sein sollten, »vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit«. Alle weiteren Prinzipien aber, womit Marx die »Selbstregierung der Produzenten« betonte und ausstattete, sind tunlichst in Vergessenheit getaucht worden: So die freie Wahl der Abgeordneten, die »jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein« sollten. So die Leistung aller Regierungs- und Verwaltungstätigkeit »für Arbeiterlohn«. So die Reorganisation der Polizei zu einem »verantwortlichen und jederzeit absetzbaren Werkzeug« des Gemeinwesens. So die Gleichstellung der Richter mit den übrigen »öffentlichen Dienern«, ebenfalls »gewählt, verantwortlich und absetzbar«.

Dieser Entwurf des sozialistischen Demokratismus ist im 20. Jahrhundert unter den Stiefel einer neo-absolutistischen Administration geraten. Mit der Berufung auf den Arbeiter-und-Bauern-Staat, tatsächlich aber mit dem immerwährenden Anspruch auf bürokratisch-diktatorische Leitungsfunktionen und Entscheidungsprivilegien, haben Partei- und Staatsführungen die volksfremden Methoden von Ausbeuterdictaturen restauriert. Ihren eingefleischten Vertretern muß ins Stammbuch geschrieben werden, was Marx von den Aufgaben der Arbeitermacht gegenüber dem zu bekämpfenden Altstaat sagte: »Die Einheit der Nation sollte [...] organisiert werden *durch die Kommunalverfassung*; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war« (MEW, 17, 340 – hervorgeh. v. HB). Nichts sei dem Geist der Kommune fremder, als das allgemeine Stimmrecht zu ersetzen »durch hierarchische Investitur«, ein System der willkürlichen Ernennung von Amtspersonen. Das Staatswesen im Sinne von Marx war konsequent demokratisch, also *von unten her* aufgebaut. Es setzte keineswegs den absoluten Vorrang des Zentralismus.

Demnach ist schwerlich zu bestreiten, daß die Staatsideen der originalen oder »klassischen« Marxisten noch immer ein Erbgut sind, an dem Sozialisten der Gegenwart sich zu prüfen haben. Allerdings in sehr viel anderen Weltver-

hältnissen als die strategischen Vordenker des 19. Jahrhunderts voraussehen konnten. Indem sie die Befreiung der Arbeiterklasse bis an ihr Lebensende als die Revolution ihrer Zeit erwarteten, hatten sie den historischen Horizont zu kurz bemessen. Was aber die Vorstellung von einer gleichzeitigen und von den entwickelten Ländern des Kapitals ausgehenden *Weltrevolution* betrifft, so irrten sie gänzlich: Nicht von Westen her kam die Revolution der arbeitenden Klassen, sondern von Osten!

### 3.

Die ungeheuerliche Vernichtung von Menschen und Produktivkräften im Ersten Weltkrieg, zudem die gegenseitige Ruinierung der Staaten bedingten, daß die Revolution zuerst dort ausbrach, wo Staat und Gesellschaft noch weithin der absolutistisch-spätf feudalen Barbarei verhaftet, daher in besonderer Weise veraltet und brüchig waren. Die gegen den Zarismus gerichtete bürgerliche Revolution von 1905 wiederholte sich in der erfolgreichen Februarrevolution von 1917, und im Oktober desselben Jahres stürmten Arbeiter und Soldaten gegen die relativ schwache russische Bourgeoisie. Solange in der Welt soziale Unterdrückung herrscht, wird es Sympathisanten und Parteigänger des Sozialismus geben, die in dieser Oktoberrevolution den welthistorischen Aufbruch zu einer gerechten und friedlichen Lebensordnung erkennen.

Was da begonnen wurde, war ein Werk von heroischer Größe – jedoch unter denkbar ungünstigen Verhältnissen. Die Möglichkeit der Größe lag in dem subjektiven Faktor begründet, daß Rußlands aktuell revolutionäre Traditionen und die politische Qualität einer Arbeiterpartei, der Bolschewiki, allen anderen Ländern überlegen war. Aber die Ungunst der objektiven Verhältnisse widersprach ganz und gar den Bedingungen, die Marx und Engels für eine sozialistische Revolution angenommen hatten.

Da waren zunächst die schwerwiegenden Probleme, die aus den weltpolitischen Vorgängen, aus Krieg und Nachkriegskrise, erwuchsen. Hatte Lenin nach dem schnellen Sieg der Oktoberrevolution noch auf erfolgreiche Arbeitererhebungen in den hochentwickelten Ländern Mittel- und Westeuropas gehofft, so scheiterten diese in den Kriegsverliererstaaten Deutschland, Österreich und Ungarn. In den Siegerstaaten Frankreich, England, den USA fand nicht einmal ein Versuch dafür statt. Der Sozialismus mußte in einem einzigen Land aufgebaut werden, umgeben von einer extrem feindlichen und vielfach überlegenen kapitalistischen Umwelt.

Dieses Land bedeckte ein Sechstel der Erde, umfaßte außer den Tropen alle Klimazonen, integrierte Dutzende von Völkern und Völkerschaften – was zwar Großräumigkeit für den Versuch der politisch-sozialen Umwälzung, aber nicht unbedingt Vorteile anzeigte. Geradezu schlechte Vorbedingungen ergaben sich aus dem niedrigen Niveau der Produktivkräfteentwicklung, der zahlenmäßig geringen Arbeiterklasse, der analphabetischen Bevölkerungs-

mehrheit und – man sollte es nicht vergessen: dem nahezu gänzlichen Fehlen einer politischen Kultur, die durch bürgerlich-parlamentarische Demokratie und möglichst freie Geistesbewegung gefördert gewesen wäre. Die weitaus überwiegende Volksmasse, die Bauernschaft, war zutiefst geprägt von der patriarchalischen Primitivkultur des Dorfes. Die Aufgaben, vor denen die Bolschewiki standen, waren gigantisch und in der Geschichte ohne Beispiel.

Daher müssen die Leistungen unvergessen bleiben, die seit 1917 von nur drei politischen Generationen erbracht wurden. Aus einem rückständigen Agrarland, wo gerade die zivilisierten Gebiete durch Weltkrieg, Bürgerkrieg und revolutionären Verteidigungskrieg verwüstet waren, entwickelte sich in nur zwanzig Jahren eine Großmacht: 1939/40 übertraf die Sowjetunion – gemäß ihrem absoluten Wirtschaftspotential – Frankreich und Großbritannien, sie holte Deutschland nahezu ein und stand nur hinter den USA sichtlich zurück. Moderne Großindustrien, technisierte Landwirtschaft, tiefgreifende Kulturumwälzung waren die Hauptresultate der sozialistischen Revolution. Trotz kapitalistischer Umkreisung vermochte sich die Sowjetunion zu festigen.

Die zweite historische Leistung wurde durch eine mörderische Herausforderung erzwungen: den Überfall des Faschismus im Zweiten Weltkrieg. Der angeblich »tönerne Koloß« behauptete sich an der Entscheidungsfront der Anti-Hitler-Koalition, so daß die Völker Europas – auch das deutsche Volk – den faschistischen Herrschaftssystemen entrisen wurden. Mit diesem Sieg erstand die Sowjetunion neben den USA als Weltmacht.

Doch Rüstung und Kriegsgefahr sind geblieben. Ein tödliches Damoklesschwert – so hängen sie infolge der durchaus vermeidbaren amerikanischen Bombenwürfe vom 6. und 9. August 1945 über der Menschheit. Was aber wäre geschehen, wenn die Sowjetunion die Hölle von Hiroshima, von Nagasaki und die weitere Kernwaffenrüstung der USA nicht als eine auf den Sozialismus zielende Drohung verstanden hätte? Wenn sie nicht, nach schwersten Verlusten an Menschen und Produktivkräften im soeben überstandenen Krieg, zum ungeheuer kostspieligen Bau der totalen Vernichtungswaffen vorgeschritten wäre? Objektiv wurden Menschen aller Länder, ob sie nun auf Wegen zum Sozialismus waren oder unter der Herrschaft des Kapitals fortlebten, um eine Chance für Frieden und Koexistenz reicher, als am 29. August 1949, im Gründungsjahr der DDR, die erste Versuchsexplosion einer sowjetischen Atombombe gelang. Das Kernwaffenmonopol der USA war gebrochen. Wegen einer möglichen Vergeltung durch die Sowjetunion wagte die US-Regierung nicht mehr, ihre Nuklearwaffen einzusetzen. Unter sowjetischem Schutz, ergänzt durch politische und wirtschaftliche Hilfeleistungen, verbreitete sich das sozialistische Weltlager.

Sind dies die wichtigsten Pioniertaten der Sowjetunion in der Geschichte des Sozialismus, so muß doch auch von höchst fragwürdigen Vorgängen und Resultaten gesprochen werden.

#### 4.

Die Oktoberrevolution hatte vor der historischen Aufgabe gestanden, die von Marx vorgedachte Diktatur des Proletariats – die Diktatur der arbeitenden Mehrheit über die ausbeuterische Minderheit – zu errichten: Der Arbeiterstaat sollte den Aufbau der neuen Gesellschaft organisieren und beschirmen. Es waren die russischen Sowjets, die Räte der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die frühe Anfänge des sozialistischen Staats prägten; mit ihrer Verwurzelung in den Massen tendierten sie zu einem höheren Grad der Demokratie als dies der bürgerliche Parlamentarismus je angestrebt hatte. Hinzu kam die Tatsache, daß viele Millionen russischer Werktätiger ihr Leben für die Revolution einsetzten – eine demokratische Legitimation, die ebenfalls schwerer wog als jede Parlamentswahl es hätte sein können.

Doch die Kriegswirren, sodann die anhaltende Drohung der inneren und äußeren Konterrevolution, bis zu einem gewissen Grad auch die Gewohnheit, jahrhundertlang unter der Diktatur der Zaren, der Vormundschaft der Gutsbesitzer und der Popen gelebt zu haben, begünstigten folgenschwere Unterlassungen. Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten, sogar dauerhaft funktionsfähige Repräsentativorgane der Demokratie des Volkes wurden vernachlässigt. In den werdenden Arbeiter-und-Bauern-Staat wurden keine hinreichend gesetzlichen Sicherungen gegen eine Überspannung der Zentralgewalt, keine wesentlichen Kontrollinstitutionen gegen einen Machtmißbrauch der neuen Administration eingebaut. Eine bewußte Aufteilung der Befugnisse zwischen Partei und Staatsapparat, eine rechtssichernde Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, eine wahrhaft eigenständige Rolle der Gerichtsbarkeit wurden nie ernsthaft diskutiert.

Lenin sah die Beschränktheit der Demokratisierung im Frühjahr 1919, indem er feststellte, »daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, aber *nicht durch die werktätigen Massen selbst*« (Werke, 29, 168 f. – hervorh. v. HB). Er machte dafür das niedrige Kulturniveau verantwortlich, suchte aber die Einheit von Partei und Volk zu fördern. »Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun« (ebd., 26, 246).

Kaum war Lenin tot, so brachen die Diadochenkämpfe um die weitere Politik, zwangsläufig auch um die Führung der Bolschewiki und somit des Staats offen hervor. Unter der Losung der »Einheit der Partei« siegte Stalin über Trotzki und andere Opponenten, wobei der von Lenin immerhin noch vertretene kollektive Führungsstil und die innerparteiliche Demokratie auf der Strecke blieben. Die permanente Gefährdung von außen, dazu noch die Spannungen, die sich aus dem hohen, sogar exzessiven Tempo der Umgestaltung ergaben,

begünstigten Führernaturen, insbesondere Durchpeitscher von der Art Jossif W. Stalins: eines Mannes von großer Willens-, Organisations- und Durchsetzungskraft – aber auch von unmenschlicher Härte und Skrupellosigkeit.

Die sichtlichen Erfolge, die unter seiner Partei- und Staatsführung erreicht wurden, steigerten sein offizielles Ansehen, seine Macht ins Unermeßliche. Es gab schließlich überhaupt keine demokratischen Mechanismen mehr, die ihn bremsen oder von der wiederum absolutistischen Zentralgewalt entfernen konnten. Die Verherrlichung seiner Person widersprach allen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Sie war ein kaltschnäuziges Attentat auf die politische Vernunft, jedoch zelebriert als ein irrationaler Kultus staatlicher Demagogie.

Dabei hatte es an innerparteilicher Kritik auch in den 30er Jahren keineswegs gefehlt – zumal die Kollektivierung der Landwirtschaft mit blutigen Repressalien und Massendeportationen einherging und sich Stalin dabei so schuftig verhielt, die eigene Verantwortung auf örtliche Funktionäre abzuwälzen. Doch der Staatsterrorist ließ seine Kritiker in unvorstellbarer Weise aus dem Wege räumen. Der Mord an ZK-Sekretär Kirow, der auf dem XVII. Parteitag (1934) mehr Deputiertenstimmen als Stalin erhalten hatte, war der »Reichstagsbrand« in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion: der verbrecherische, geheimnisvoll inszenierte Vorwand, die eigenständig denkenden Kader nicht mehr in Worten und Beschlüssen zu bekämpfen, sondern physisch zu vernichten. Auf der Grundlage einer sogenannten politischen Theorie, wonach sich der Klassenkampf mit dem Sieg des Sozialismus »gesetzmäßig« verschärfe, wurden unzählige Kommunisten verfolgt. Fingierte Anschuldigungen, gemeine Denunziationen, unter der Folter erpreßte Geständnisse waren die Zwangsmittel, sie als »trotzkistische Elemente« und Landesverräter hinrichten oder in die sibirischen Lager verbannen zu lassen.

Nur der wichtigste, aber zahlenmäßig »geringfügigste« Vorgang sei an dieser Stelle erinnert: Von den 139 gewählten ZK-Mitgliedern des XVII. Parteitages fielen während ihrer vierjährigen Funktionszeit über zwei Drittel (110) und von den 1 986 Delegierten mehr als die Hälfte (1 108) den Repressalien zum Opfer. Es waren darunter etwa 1 300 bis 1 500 Altkommunisten, die seit dem Anfang der Sowjetmacht in leitenden Funktionen gearbeitet hatten. Die »Säuberungen« ergriffen zugleich den gesamten Apparat von Partei und Staat – folglich von Industrie und Landwirtschaft, Diplomatie und Militärwesen, Wissenschaft und Kultur, auch Justiz und Staatssicherheit. Zehntausende von Emigranten, die in der Sowjetunion eine politische Heimstatt gesucht hatten, und Millionen von einfachen Staatsbürgern wurden vom Terror betroffen.

Diese Menschen, die den Sozialismus in einem atemlosen Tempo aufbauten und heldenhaft gegen äußere Aggressoren verteidigten, erlagen ihren inneren Gewalttätern, die mit Massenmord, Deportation und Zwangsumsiedlung eine verheerende Spur durch das riesige Land zogen. Wenngleich es jedem Sozia-

listen ein Messerstich in die Seele bedeutet: Nächst Hitler, seinen Helfershelfern und Erbhältern, in denen wir die Reaktion par excellence verurteilen und bekämpfen, steht Stalin mit seinen Schergen als die Inkarnation satanischer Staatsverbrechen und Massenvernichtung in der Menschheitsgeschichte.

## 5.

Es ist das historische Verdienst des XX. Parteitages der KPdSU (Februar 1956) und ihres Ersten Sekretärs, Nikita Chruschtschow, diese schlimmen Tatsachen aufgedeckt, vor den Führern der sozialistischen Staaten und der internationalen Arbeiterbewegung bekannt zu haben. Die entsprechenden Dokumente, die mit nachfolgenden Beschlüssen bis zum XXII. Parteitag (1961) entstanden sind, warten in der DDR heute noch auf ihre wahrhaftige und historisch-kritische Interpretation.

Auch damals war das Wort »Wende« in vieler Munde. Es stand im Zeichen der Polemik gegen den »Personenkult Stalins« und die damit verbundenen Rechtsverletzungen. Die »Wende« oder auch die »Tauwetter«-Periode, so bezeichnet nach Ilja Ehrenburgs zeitgenössischem Romantitel, lichtete die Straflager, rehabilitierte viele der politischen Opfer, löste dogmatische Erstarrung und förderte eine freiere Bewegung des Denkens, der Kultur, der Wissenschaften.

Bei der Ursachenerklärung der stalinistischen Phänomene wurde auf die Permanenz internationaler Kriegs- und Klassenkampfsituationen, den Zusammenhang außen- und innenpolitischer Konflikte verwiesen. Die Stärkung des staatlichen Zentralismus wurde als unvermeidlich, hingegen die Machtfülle in der Hand des charakterlich üblen Stalin als höchst problematisch interpretiert. Eine marxistische Gesellschaftsanalyse jedoch, die politisch-rechtliche Strukturen von Staat und Gesellschaft geprüft hätte, damit die objektiven Bedingungen des Stalinismus ganz und gar aufgeklärt würden, erfolgte nicht.

Der italienische Kommunist Palmiro Togliatti stellte bereits im Juni 1956 die Theorie des »Personenkults« in Frage: »Früher kam alles Gute von den übermenschlichen positiven Eigenschaften eines Mannes; jetzt wird alles Böse seinen ebenfalls außergewöhnlichen und sogar verblüffenden Fehlern zugeschrieben. In einem wie im anderen Falle sehen wir uns außerhalb der dem Marxismus eigenen verstandesgemäßen Urteilskraft. Außer acht gelassen werden die wahren Probleme, nämlich wie und warum die sowjetische Gesellschaft zu gewissen Formen der Abweichung vom demokratischen Wege und von der Gesetzlichkeit, die sie sich vorgezeichnet hatte, ja, sogar bis zur Entartung gelangen konnte und tatsächlich gelangte« (Interview: Freies Volk, 26. 6. 1956).

Das Zentralkomitee der KPdSU, das personell nicht grundlegend erneuert war, hat derart kritische Fragestellungen durch seinen Beschluß vom 30. Juni 1956 ausdrücklich zurückgewiesen: »Unsere Feinde behaupten, der Personen-

kult um Stalin sei angeblich nicht durch bestimmte historische Bedingungen, die bereits der Vergangenheit angehören, sondern durch das Sowjetsystem selbst, durch seinen von ihrem Standpunkt undemokratischen Charakter und so weiter hervorgerufen worden. Derartige verleumderische Behauptungen werden durch die ganze Geschichte der Entwicklung des Sowjetstaates widerlegt.« In sattsam bekannter Manier wurde verlautbart, daß »Millionen Menschen in die bewußte Lenkung des Staats« einbezogen, daß »die Rede-, Presse und Gewissensfreiheit und die reale Möglichkeit der freien Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten sowie alle anderen demokratischen Rechte und Freiheiten« gesichert seien. Teils blinde Schönfärberei, teils vorschnelle Absichtserklärung – die altneue Führung verweigerte sich der umfassenden Analytik und Selbstkritik.

Demokratische Rechtssicherungen und Kontrollinstitutionen wurden nicht geschaffen. Die bisherigen Strukturen des Partei- und Staatsapparats blieben tabu. Nach wenigen Jahren war der verdiente Mann, der die Sowjetunion von der drückenden Last des Stalinschen Erbes hatte befreien wollen, dem eigenen Voluntarismus verfallen, der abermals »ungebremst« zu wirken begann. Eine Kette von Fehlentscheidungen, insbesondere in der Agrarpolitik, führte im Oktober 1964 den erneuten Führungswechsel herbei.

Leonid Breschnew gewann eine ähnlich beherrschende Rolle wie sein Vorgänger. Im internationalen Geschehen setzte er Chruschtschows Politik der friedlichen Koexistenz fort. Das zu Anfang der 70er Jahre erreichte Militärgleichgewicht gegenüber den USA führte im Kalten Krieg zu einer zeitweiligen Entspannung, wobei die DDR und die Nachkriegsgrenzen in Europa anerkannt, die zukunftsweisenden Beschlüsse der Konferenz von Helsinki (1975) vereinbart wurden.

In der Innenpolitik begann eine Wirtschaftsreform, die den übertriebenen Zentralismus der Planung korrigieren, dem ökonomischen Wertgesetz eine stärkere Geltung verschaffen sollte. Von der Partei- und Staatsadministration nur mit Vorbehalt aufgenommen, lief sich die Reform jedoch allzubald fest. Neuerungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wurden verschlafen. Jahr für Jahr wuchs schließlich der Rückstand der Produktivkräfteentwicklung im Vergleich zu den führenden kapitalistischen Ländern.

Die schwerwiegenden Folgen sind in Michail Gorbatschows Reden, zumal in seinem Buch über die Notwendigkeit von »Perestroika« und »Glasnost« nachlesbar. Das Scheitern der Wirtschaftsreform verfestigte die zentralistisch-bürokratischen Formen und Methoden der Staatsmacht. Die Senkung der Planziele, um beschönigend über »erfüllte Pläne« berichten zu können, schuf die auch uns bekannte Atmosphäre des Zwiespalts zwischen Worten und Wirklichkeit, die gesellschaftliche Moral zerstört. Es wuchsen Lethargie und Unwille der Werktätigen – aber auch Korruption, Amtsmissbrauch, organisiertes Verbrechen am Volkseigentum in den Reihen der Funktionäre.

Das Kernproblem blieb der Mangel einer funktionierenden sozialistischen Demokratie. Das politische Diktatorsystem reagierte auf die Zersetzungs- und Krisenerscheinungen ignorant. Die offene Diskussion wurde polizeistaatlich untersagt. Mit der erneuten Beschneidung des kritischen Denkens waren längst auch die Auseinandersetzungen um das Stalin-Problem beiseite geschoben. In offiziellen Werken, zumal Kriegsfilmern, die auch in der DDR zu sehen waren, erschien der »Große Führer« von einst nunmehr als Primus inter pares, der umsichtige Kopf kollektiver Beratung und Leitung. Mahnende Erinnerungen an die Folgen von Größenwahn und Kritiklosigkeit waren wiederum unbeliebt.

Kommunistische Historiker der BRD, denen wir trotz DDR-«Sputnik»-Verbot neue Materialien zur Stalin-Bewältigung verdanken, beschreiben die Endzeit Breshnews mit treffender Bildlichkeit: »Um die vorhandenen Probleme nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen, wurden die meisten politischen und sozialen Warnlampen einfach abgestellt. Und als Breshnews Nachfolger sie dann nach und nach wieder anschalteten, leuchteten sie allesamt rot. Die Schäden, die der Sozialismus durch das systematische Verschleppen von Problemen erlitten hat, sind so groß, daß sie nur in einem längeren Zeitraum repariert werden können. Und der damit einhergehende Verlust an politischer Glaubwürdigkeit trifft nicht nur die KPdSU, sondern die gesamte kommunistische Weltbewegung« (Stalin bewältigen. Dokumente und Aufsätze, Edition Marxistische Blätter 1989, 72).

Ob wir nun die Resultate der sozialistischen Diktaturen in der Sowjetunion oder in China oder in den Ländern Mittel- und Osteuropas beobachten: Die Grundlagen der neuen Gesellschaft, die unter Führung zentralistisch-bürokratischer Arbeiterparteien, aber mit dem sauren Schweiß der Werktätigen und der Parteibasis errichtet wurden, stehen trotz sozialer Errungenschaften sämtlich unter dem Schatten einer zählebigen und gefährlichen Tatsache. Die Parteifunktionäre dominierten den Staatsapparat und beide, Partei und Staat, verneinten die Übernahme brauchbarer Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie. Sie verweigerten auch öffentliche Kritik und Selbstkritik. Sie verhinderten Kontroll- und Korrekturmechanismen der werktätigen Massen. Die historische Lehre aber ist, daß Demokratie für den Sozialismus unverzichtbar bleibt, um Irrwegen und Machtmißbrauch entgegenzuwirken.

## 6.

Es war die Rote Armee, die 1945 in der von ihr besetzten Zone den Staatsapparat des Hitlerfaschismus und somit auch der Bourgeoisie zerschlug. Unter dem Schutz und der Hilfe ihrer Bajonette, Gulaschkanonen, Kulturoffiziere begann objektiv eine Revolution, die subjektiv von einem Teil der Deutschen vollzogen wurde: von Kämpfern des antifaschistischen Widerstands in Deutschland, an den Weltkriegsfronten, im Exil. Und auch von Angehörigen

jener Generationen, die in der Katastrophe ihres Landes und Volkes wie Phönix hatten brennen müssen, um mit der gewonnenen Geschichtsbewußtheit mittun zu können. »Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« waren die Zielsetzung, mit der der Faschismus institutionell ausgerottet, geistig in die Gehirnkeller zurückgetrieben wurde. Dieses Ziel bestimmte den antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau von 1945 bis 1949, aber auch die eigentliche sozialistische Umwälzung bis zum Beginn der 60er Jahre.

Hier ist nicht Zeit und Platz, die einstigen Siege und Errungenschaften aufzulisten. Obwohl sie als Akte einer sozialen Befreiung der Werktätigen vor dem Maßstab der Menschheitsgeschichte einigen Bestand haben – jedenfalls viel mehr, als in diesen Wochen des gerechten Unwillens und der kritisch-selbstkritischen Fehlersuche scheinen mag. In unserem Zusammenhang aber ist jetzt die Erinnerung an anderes wichtig: Die sieg- und hilfreiche Sowjetunion trug nicht den »klassischen« Marxismus und den Leninismus, sondern den Stalinischen Verschnitt derselben nach Deutschland. Trotz deutscher Besonderheiten – es war das stalinistische Partei- und Staatsmodell, das nach Gründung der DDR zwischen Elbe und Oder verbindlich wurde.

Ein weiteres kommt hinzu: Die genannten Kräfte, die diese Revolution durchführten, verkörperten nur eine bewußte Minderheit. Sie stand vor und bald über einer Mehrheit von Menschen jener Kriegsgenerationen, die – abgesehen von den Empörungen der Novemberrevolution und von der kurzzeitigen Weimarer Republik – stets diktatorisch regiert worden waren. Diese hatten sich zumeist geduckt und geängstigt, waren weniger Demokraten als Gehorcher und Marschierer gewesen, und mit ihrem merkwürdigen Überlebens- und Anpassungstrieb gerieten sie aus der zutiefst reaktionären Diktatur Hitlers unter die völlig entgegengesetzte Diktatur des sozialistischen Aufbaus. Ganz anders als die russischen Millionen in ihrer Revolutionszeit: Die Millionenmassen der Deutschen haben ihre Revolution und somit die DDR nicht wirklich erfochten. Sie haben gelebt und gearbeitet, den Riemen eng geschnallt und bald auch merklich weiter. Zum wahrhaft mündigen Träger ihres Arbeiter-und-Bauern-Staats, zu hellwachen und couragierten Einforderern der sozialistischen Demokratie wuchs die große Masse der Bevölkerung nie.

Deshalb auch hier der von Lenin so kritisch bezeichnete, weil noch mangelhafte Staat! Es waren keine Organe der Verwaltung durch, sondern für die Werktätigen: »[...] eine Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, aber nicht durch die werktätigen Massen selbst.« Doch was Lenin zu seiner Zeit als eine situationsbedingte Übergangerscheinung angenommen hatte, das verselbständigte und verabsolutierte sich abermals. Trotz mehrerer Parteien im Antifaschistischen Block und der Nationalen Front erfolgte der weitere Weg unter der Hegemonie einer einzigen Partei, deren machthabende Spitze mit einem autokratischen Führungsanspruch von Stalinischer Prägung auftrat.

Dafür gibt es drei untrügliche Hauptbeweise, die alle mit der wechselvollen Geschichte unserer Beziehungen zur Sowjetunion zusammenhängen. Die erste Prüfungsstelle liegt in den Jahren 1956/57: Als der XX. Parteitag der KPdSU den geschichtlichen Versuch gemacht hatte, Stalins Erbe abzuwerfen, wurden in der DDR die ehrlichen Bestrebungen unterdrückt, die eine Erneuerung der Partei und des Staats vollziehen wollten. Angesehene Funktionäre, die sich als problembewußt und sensibel erwiesen hatten, stiegen zuletzt Mann für Mann auf die ZK-Tribüne, um unter der Floskel »[...] mit Walter Ulbricht an der Spitze« ihren Kotau zu machen, der die Selbstkritik genau in die falsche Richtung lenkte. An der Parteibasis hagelte es Parteistrafen, und wie Walter Janka, so wurden noch weitere Genossen hinter Gitter gesperrt.

Das zweite Kriterium zeigte sich im Jahre 1968: Ausgerechnet dann, als die westeuropäische Jugend gegen Machtstrukturen des Kapitals rebellierte, wälzten Breshnews Panzerkolonnen – mit Billigung der DDR-Führung – über die Grenzen der befreundeten ČSSR. Der eisige Hauch dieser völkerrechtswidrigen Militärintervention brach die Blüten des »Prager Frühlings«, der ein von großen Teilen der Arbeiterpartei und des Volkes getragener Versuch war, den Sozialismus zu demokratisieren. Seine Niederschlagung raubte der Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftssystems zwei weitere historische Jahrzehnte.

Das dritte Beweisglied liegt in unserer Zeit, den Jahren seit 1985. Jetzt, da die Sowjetunion ihren zweiten, weltgeschichtlich entscheidenden Versuch unternimmt, den tödlichen Teufelskreis der Hegemonialpolitik und der kriegerischen Gewalt zu durchbrechen, die Weltverhältnisse zu befrieden und sich selbst durch »Perestroika« und »Glasnost« den Fesseln der Vergangenheit zu entwinden – gerade jetzt wiederholte sich das alte Übel. Honeckers Partei- und Staatsführung blockte ab. Wohl praktizierte sie einen Dialog in der Außenpolitik. Jedoch im Innern des Landes blieb sie in dem Irrtum befangen, daß Neues Denken teilbar sei. Wer als ein Andersdenkender, aber durchaus nicht als ein Neo-Faschist, den Dialog für sich einforderte, erfuhr Polizeieinsatz, Gefängnis und Landesverweis. Wir können freilich nicht wissen, ob darunter nicht wirkliche Konterrevolutionäre waren. Aber die Art und Weise des staatlichen Vorgehens bezeugte der Welt und dem eigenen Volk keineswegs Dialog- und Friedensfähigkeit. Hier wurde eine marxistische Überzeugung mit Füßen getreten: Denn Außen- und Innenpolitik sind unteilbar – und in dieser dialektischen Einheit gilt das Primat der Innenpolitik, die das Wesen einer Staatsordnung offen legt.

Die Peripethie der im Kern »stalinistischen« Verweigerungspolitik erfolgte im Herbst 1988: Die Partei- und Staatsführung wagte das Verbot der aufklärenden Zeitschrift »Sputnik« und der neueren sowjetischen Filme – ausgerechnet in der Gedenkzeit an die historische Oktoberrevolution. Dagegen erhob sich der tausendfache Protest von Staatsbürgern und Parteimitgliedern, die dann als »Meckerer und Nörgeler« verleumdet wurden.

Doch der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht. Der Staatsbürger von heute gleicht nicht mehr dem der bezeichneten Kriegsgenerationen. Er ist Frucht der langen und schweren Jahre des Aufbaus, entstammt selbst den Leistungen des Sozialismus. Es sind in der überwiegenden Mehrzahl gebildete, politisch sensible, subjektiv mündige Werktätige, die nunmehr für die amtliche Entfesselung ihrer Mündigkeit auf die Straße gehen: »Wir sind das Volk!« Die »Wende« hat begonnen.

Was aber ist »Wende«?

## 7.

Der schmale Gratweg – zwischen den Abgründen der Machtstrukturen des sogenannten realen Sozialismus und allerdings auch der antisozialistischen Konterrevolution – müßte zur Errichtung des Rechtsstaats der arbeitenden Klassen und Schichten führen. Dann erst erstünde aus der gegenwärtigen Krise eine wirkliche Revolution.

Arbeiter, Angestellte und Bauern, Mittelschichten und Intelligenz – sie alle sind heute, nach fast einem halben Jahrhundert des konsequent antifaschistischen Neubeginns, das Volk: Und eben dieses Volk, mit der Arbeiterklasse als dem sozialen und politischen Kern, muß als der Souverän unserer Gesellschaftsordnung gelten. Deshalb darf das politische System des erneuerten Sozialismus nicht mehr ein von den Werktätigen entfremdetes System bürokratischer Macht darstellen. Wir müssen zu einer wahren Volksmacht aufsteigen: Kein Sozialismus für das Volk – gelenkt, geleitet, kommandiert von einer Funktionärselite. Kein Sozialismus bloß »mit dem Gesicht zum Volk« – was immer noch Abstand bedeutet. Vielmehr ein Sozialismus des Volkes – vor allem durch das Volk selbst!

Wenn es somit um Demokratie im Sozialismus geht, bedeutet dies mehr als nur eine Erweiterung von Freiheiten des Bürgers, mehr als unbehinderte Kritik und Selbstkritik, mehr als Information der Massen über die Aktivitäten der Staatsbehörden. Historisch notwendig ist eine grundlegende Umgestaltung des gesamten Machtssystems des Sozialismus. Dazu gehört – nach allen schlimmen Erfahrungen – die Gewaltenteilung von Gesetzgebung, Exekutive und Justiz, zudem die Freiheit der Presse und anderer Medien zur Sicherung einer maximalen Transparenz (»Glasnost«) von Staat und Gesellschaft. Dieser Prozeß muß einen solchen Mechanismus der Volksmacht hervorbringen, daß die Werktätigen selbst es sind, die Macht besitzen: ein verfassungsmäßig garantiertes und geschütztes Kontrollsystem gegenüber den frei gewählten Volksvertretern und Repräsentanten.

In diesem Zusammenhang muß die gesetzlich bestimmte Vorherrschaft einer einzigen Partei, ihre »Über-Regierung« zwecks Kommandierung der gewählten Volksvertretungen, fallen! Platz und Rolle der Arbeiterpartei, der weiteren Parteien und Massenorganisationen der Nationalen Front, der aufkom-

menden Bürgerbewegungen sind auf eine neue, gesetzlich gleichberechtigte Weise zu bestimmen.

Die Erfordernisse des Rechtsstaats verlangen die Verwirklichung von Grundprinzipien, die in der Weltgeschichte infolge der Entwicklung sozialer Beziehungen und politischer Kultur entstanden sind. Sie wurden in der Verfassung unseres Landes zwar zu einem erheblichen Teil formuliert – doch in Wirklichkeit eingeengt, infolge Mißachtung der Volkssouveränität sogar ernsthaft in Frage gestellt.

Als erstes sei die Herrschaft des Gesetzes in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens genannt. Im sozialistischen Rechtsstaat kann ein von der Volkskammer, dem obersten Machtorgan, angenommenes Gesetz weder durch Regierungsentscheid, noch durch Akte einer zentralen Fachinstitution (Ministerien), noch durch Beschlüsse von Parteiorganen verändert, zeitweilig oder ganz außer Kraft gesetzt werden.

Mit diesem Prinzip ist ein zweites verbunden: Die Verbindlichkeit des Gesetzes nicht allein für den Bürger, sondern für den Staat selbst und alle seine Organe. Vom Staat erlassene gesetzliche Bestimmungen dürfen von diesem selbst nicht verletzt werden. Dieses Prinzip muß dahin wirken, daß jegliche Erscheinungen von Eigenmächtigkeit, Willkür, angemessenen Privilegien überwunden, in Zukunft verhindert werden.

Die Wahrnehmung dieser Rechte wird dem Staatsbürger derzeit ungemein erschwert: Er steht vor einem nahezu undurchdringlichen Dschungel von Rechtsvorschriften. Verordnungen der Regierung, Instruktionen der Ministerien und anderen Staatsorgane bilden die Masse der Normativakte, während grundlegende Gesetze den geringsten Anteil daran haben. Das ist die Ausdrucksweise des administrativen Führungsstils. In einem Rechtsstaat aber muß das Verhältnis umgekehrt sein: Der wichtigste Platz nach Umfang und Zahl der Rechtsakte gebührt dem Gesetz.

Mit dem neuen Charakter der Rechtsbestimmungen muß die größtmögliche Freiheit der Bürger in ihren gesellschaftlichen Beziehungen erreicht werden – zuerst und vor allem eine größere Freiheit der Produzenten materieller Güter. Im Gesellschaftsleben genießt jeder Bürger, in der Staatsstruktur jedes unterstellte Organ im Verhältnis zu den übergeordneten Organen jenes eindeutige Prinzip, das der Parteiherrschaft, der patriarchalischen Bevormundung und der Polizeistaatlichkeit vorbeugt: Alles ist erlaubt, was nicht verboten ist!

Der Rechtsstaat muß einen Mechanismus der Rechtsschöpfung erarbeiten, wodurch die Gesetzesvorlagen in den gesetzgebenden Organen vorbereitet, im Bedarfsfall aber auch von Volksaussprachen und einem Referendum begleitet werden. Für Gesetzesvorlagen, die grundsätzlich nach festgelegter Verfahrensweise zu erfolgen haben, sind wissenschaftliche Gutachten zu erstellen. Die Schlußfolgerungen der Experten sollten bekannt gemacht werden.

Im Rechtsstaat werden demokratische Prinzipien und Mechanismen juristisch verankert: so auch die rechtliche Regelung der Offenheit – der »Glasnost«. Sie muß dem Bürger eine maximale Transparenz bezüglich der Arbeit der Staatsorgane und der gesellschaftlichen Institutionen sichern. Auch eine ungefälschte Statistik der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen, demographischen, ökologischen und anderen Entwicklungstendenzen! Wie dem Bürger eine umfassende Information zusteht, so muß er ebenfalls das Recht haben, öffentlich seine Meinung zu Fragen des Staats und der Gesellschaft zu äußern sowie zur Art und Weise, wie seine Meinung berücksichtigt wird. Die rechtliche Regelung der Offenheit erfaßt selbstverständlich die Arbeit der Presseorgane und Massenmedien, der Volksvertretungen von der obersten Kammer bis zu den örtlichen Räten, der Verhandlungen vor den Gerichtsschranken.

Ein Kardinalprinzip des Rechtsstaats ist die Respektierung der Interessen des staatsbürgerlichen Individuums, die verfassungsmäßige Garantie und der Schutz seiner Rechte und Freiheiten. Die Verantwortung von Individuum und Staat besteht wechselseitig. Der Werktätige mit seinen Interessen, seinen Menschen- und Bürgerrechten, muß zum Zentralpunkt werden, um den sich der gesamte gesellschaftliche Mechanismus des Sozialismus dreht – von der Wirtschaft bis zur Kultur und Lebensweise.

Auf neue Art gilt jetzt die Einheit von Theorie und Praxis – und dies in einer unabweislichen Revolution! Wenn sie gelingen würde, so bedeutete dies einen Entwicklungssprung des Sozialismus von der Periode seiner Errichtung zur Periode seiner humanen und umfassenden Ausgestaltung. Jetzt gilt die Tat für eine Umwälzung des Sozialismus: Hinweg von seiner Diktaturform, die durch die Herrschaft einer Arbeiteraristokratie, einer stalinistisch strukturierten Partei- und Staatsbürokratie geprägt wurde! Vorwärts zur Demokratie der werktätigen Massen! Wir besinnen uns auf den antizipatorischen Schlüsselatz im Kommunistischen Manifest: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

# Menschenrechte – Frieden – Fortschritt

Gedenkrede zur Französischen Revolution (1989)

Ich vergleiche mit Bertolt Brechts »Galilei«. Man hat uns auf mancherlei Weise die Instrumente gezeigt – und die potentiellen Erneuerer von Staat und Gesellschaft, sofern sie nicht resignierten oder gar zerbrachen, verhielten sich ähnlich dem großen Entdecker: Sie hielten an der guten Idee fest. Sie suchten sich für eine bessere Gelegenheit aufzusparen. Sie bewahrten die Glut unter der Asche.

Doch endlich! Die historische Chance für einen demokratischen und humanen Sozialismus ist da. Das nämlich ist sie, die entscheidende Rolle der Volksmassen in der Geschichte: geduldige, noch immer mühsame Arbeit zur materiellen Sicherung des Gesellschaftslebens – und, wenn notwendig, vielköpfiger Unmut auf Straßen und Plätzen, der die umfassende Krise offen legt. »[...] Wenn die ›Unterschichten‹ das Alte nicht mehr wollen und die ›Oberschichten‹ in der alten Weise nicht mehr können – erst dann kann die Revolution siegen«, heißt es bei Lenin.

Wenn ich die historische Aufgabe, aber auch die noch unsichere Möglichkeit unserer Revolution richtig deute, dann gilt es heute, eine Umwälzung des Sozialismus zu vollziehen: Hinweg von seiner Diktaturform, die durch die Herrschaft einer Arbeiteraristokratie, der stalinistisch strukturierten Partei- und Staatsbürokratie geprägt war und noch ist! Hin zur Demokratie der werktätigen Massen! Und wenn ich hinzusetze, daß dies gelingen möge: Dann sind die gewaltfrei demonstrierenden Hunderttausende auf ihre Weise die »Bastille-Stürmer« unserer Tage, die Triebkraft der Revolution – genau zwei Jahrhunderte nach jener anderen, die uns heute viel näher ist, als zweihundert Jahre besagen.

## 1.

Auch damals rebellierten die Massen, an ihrer Spitze jedoch das Bürgertum, gegen Vorrechte und Willkür einer Aristokratie. Und was die Führungsklasse zu Beginn auf ihre philosophisch-politischen Fahnen schrieb, ist uns Heutigen nicht fremd. Sie schwang das Banner der Vernunft, der Freiheit und des Friedens.

Religion, Naturauffassung, Gesellschaft, Staat – alle Ideen, Existenzformen und Institutionen sollten vor den Richterstuhl der Ratio gezogen werden, um sich entweder zu rechtfertigen oder auf den Kehricht der Geschichte zu verfügen. Das Erpreßte und Gekünstelte sollte dem Vernünftigen und Naturgemäßen, der Irrglaube der ewigen Wahrheit, das Unrecht der vollkommenen Gerechtigkeit, die Knechtschaft der gesicherten Menschenwürde weichen. Dieses Neue Denken der bürgerlichen Aufklärung berief sich auf rationale

Einsichten in die ungeschriebenen Gesetze der Natur, wonach alle Menschen und Völker als gleichberechtigt gelten mußten. Es verhiess daher im Namen des Naturrechts, das durch die menschliche Kraft der Vernunft endlich in ein anwendbares System gebracht wurde, eine humane Gesellschaftsordnung. Es forderte nationale wie internationale Zustände, in denen »Freiheit« und »Gleichheit« als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, auch die Souveränität der Völker vor Willkürakten – also vor Aggressoren und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten.

Im geschichtlichen Weltbild erscheint Frankreich als Hauptarena der Kämpfe, die solche Menschenrechte und Lebensverhältnisse erringen wollten. Die Große Revolution der Franzosen von 1789 war – nach den frühen Umwälzungen in Deutschland und den Niederlanden im 16., der reiferen bürgerlichen Revolution Englands im 17. Jahrhundert – die vierte Erhebung gegen die feudalen Regime Europas. Sie war zugleich die erste Revolution, die unter den geistigen Bedingungen der fortschreitenden Säkularisierung erfolgte und – wichtiger noch: in der die Volksmassen unter der Führung wechselnder Fraktionen des Bürgertums die Macht des Adels und des Klerus radikal zerstörten. Was zuvor nur von regionaler oder nationaler Bedeutung gewesen war, gewann nunmehr europäische, sogar weltgeschichtliche Wirkungskraft.

Der leicht geglückte Sturm auf die Bastille, die Zwingburg des feudalen Absolutismus in Paris, wurde zum Inbegriff einer schwierigen und langfristigen Umwälzung, die das endgültige Absterben des Ancien régime in aller Welt einleitete. »Liberté! Égalité! Fraternité!« war der dreifache Lebensschrei einer politischen Neugeburt, die Hoffnungen und Wünsche vieler Menschen in vielen Ländern trug. Die Französische Revolution war das Epochenereignis der Menschen ihrer Zeit. Sie war und blieb eine Herausforderung für alle Generationen, die seitdem auf die Gestaltung von Staat und Gesellschaft einen Einfluß nehmen.

Der Zeitgenosse und österreichische Staatskanzler Metternich vermochte die Folgen, die durch sie in die Geschichte kamen, ein Leben lang nur in unheilvollen Metaphern auszudrücken: »Vulkan, Wasserflut, Feuersbrunst, Krebschaden, Pest« – es sind Worte, die kein romantisches Phantom, sondern reale Naturgewalten bezeichnen. Die Revolution existierte in der Vorstellung dieses Repräsentanten der europäischen Konterrevolution als eine Elementarkraft, wie sie außerhalb seines Kopfes als eine Erscheinungsform der Notwendigkeit wirklich bestand.

Ganz anders gedachten die zeitgenössischen Verfechter der »Vernunft« und der »Freiheit« dieser gewaltigen Umwälzung. Sie verherrlichten die Ideen der Revolution, indem sie die Kernsätze der Deklaration der französischen Nationalversammlung vom 26. August 1789 in ihren nationalen Sprachen zitierten: »Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es. Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen. Der

Zweck jedes politischen Zusammenschlusses ist die Bewahrung der natürlichen und unverlierbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Bedrückung.«

So lauten die einleitenden Artikel jener Manifestation gesetzlicher Freiheit, die für Frankreich, Europa, die Welt zu einem weithin ragenden Richtzeichen wurden. Sie besiegelten nicht nur die Abschaffung der Privilegien des Adels und des Klerus. Sie stellten nicht nur den Grund- und Kapitalbesitz unter den Schutz der bürgerlichen Verfassung. Die »Deklaration der Rechte des Menschen und des Bürgers« kündigte auch eine darüber hinausweisende humane Aufgabe an: den freien Menschen und Staatsbürger in einer möglichst vollkommenen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Diese allgemein-menschliche Verheißung war Grund genug für Hegel, die Revolution als den »herrlichen Sonnenaufgang« eines Zeitalters zu preisen, in dem »der Mensch sich auf den Kopf, d. i. auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut«.

Die zitierten Grundrechte waren dem Interesse einer bislang unterdrückten Klasse entsprungen, die im materiellen und geistigen Produktionsprozeß gleichwohl in führender Stellung stand – geradezu berufen, die Übereinstimmung der Staatsverhältnisse mit dem Fortschreiten der Gesellschaft, mit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung herbeizuführen. Ihr Liberalismus, der ein ebenso theoretischer wie praktischer Ausdruck dieses Interesses war, hatte nicht nur philosophisch-rechtliche Allgemeinsätze der »Freiheit«, sondern auch politisch-konkrete Revolutionsziele postuliert: Anstelle der absoluten Fürstenherrschaft – die konstitutionelle Monarchie im Geiste des Aufklärers Montesquieu, mit proklamierter und gewaltenteilender Staatsverfassung, mit Parlamentswahlen und Abgeordnetenkammern für die Vertreter der steuerzahlenden Eigentümerklasse. Anstelle der autoritären Regierungsbürokratie – die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament. Anstelle der feudalen Polizeigewalt und der geheimen Gerichtsprozesse – die kommunale Selbstverwaltung und die öffentliche Rechtsprechung. Anstelle der Reglementierung aller Denkweisen, Haltungen und Tätigkeiten – die Freiheit der Persönlichkeit, der Meinungen, der Religion, der Presse, der Versammlung, der Lehre – und vor allem: die Freiheit des Eigentums, des Gewerbes, des Handels. In dieser kritischen Phase der Gesellschaftsentwicklung vertrat die frühe Bourgeoisie, die sich gegen Geistlichkeit und Adel als Repräsentant eines umfassenden »Dritten Standes« begriff, ihr besonderes Klasseninteresse als das gemeinsame Interesse der Menschheit. Sie proklamierte die Freiheiten des bürgerlichen Liberalismus als allgemeine Menschenrechte.

Wenig später, am 22. Mai 1790, verlautbarten ihre Abgeordneten auch einen neuen Grundsatz der Außen- und Militärpolitik: »Die französische Nation verzichtet darauf, einen Krieg zu Eroberungszwecken zu unternehmen; sie erklärt, daß sie ihre Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes einsetzen wird.« Das Vertrauen auf die Allmacht der Vernunft, die stille Wer-

bekraft der neuen Menschheitslehre, schien in dieser ersten und verfassungschaffenden Versammlung nicht in Frage gestellt. Graf Mirabeau, der Fürsprecher des konstitutionellen Königtums und zugleich heimliche Agent Ludwigs XVI. gegen die Verfechter einer revolutionären Demokratie, bemühte sich, die Konstituante mit friedlichen Aussichten auf ein baldiges Ende der Revolution und ebenso der traditionellen Staatenkonflikte zu beruhigen: »Vielleicht ist der Augenblick nicht mehr fern von uns, wo die Freiheit das Menschengeschlecht von dem Verbrechen des Krieges freisprechen und den allgemeinen Frieden verkündigen wird. Dann wird das Glück der Völker das einzige Ziel des Gesetzgebers, der einzige Ruhm der Nationen sein.«

Der Abgeordnete Maximilien Robespierre interpretierte die Friedensbotschaft dieser Versammlung indes ganz anders. Er bezeichnete sie als integralen Bestandteil einer soeben beginnenden Weltrevolution und warnte zudem vor sehr wahrscheinlichen Kriegstreibereien des Monarchen, dem er das Friedensinteresse der Abgeordneten und der Völker entgegensetzte. »Der König wird immer versucht sein, den Krieg zu erklären, um sein Vorrecht zu vergrößern. Die Repräsentanten der Nation werden immer ein unmittelbares und selbst persönliches Interesse daran haben, den Krieg zu verhindern. Bald treten sie in die Reihen einfacher Bürger zurück, und der Krieg trifft alle Bürger [...]. Jetzt sind die Gelegenheit und der Augenblick gekommen, jene große Revolution zu beginnen, die sich auf alle Teile der Erde erstrecken wird. Ich glaube nicht, daß es leicht ist, den Gedanken an den Krieg [...] zu ertragen [...]. Als ob die Streitigkeiten der Könige noch die der Völker sein könnten.«

Bei aller Differenzierung schienen sich die Deputierten der Konstituante darin einig zu sein, daß Krieg von Übel war – woraus sich ergab: Der Gedanke eines gewaltsamen Revolutionsexports mit beiläufigen Land- und Kapitalgewinnen lag noch fern. Das sichtliche Bestreben, den Krieg und erst recht die Aggression aus dem Leben der Völker zu verbannen, konnte die Herzen des eigenen Volkes und aller Franzosenfreunde gewinnen. Der deutsche Dichter Klopstock drückte denn auch die Solidarität des frankophilen Europa in Versen aus, mit denen er »Galliens Freiheit« besang:

»[...] Was vollbringt sie nicht!

Sogar das gräßlichste aller Ungeheuer,  
der Krieg,  
wird an die Kette gelegt!«

## 2.

Dennoch – für konsequent demokratische Zeitgenossen erwies sich die Bourgeoisie bereits in ihrer größten Revolution als eine problematische Klasse. Ihre mangelhafte Tatkraft, die Intrigen der Konterrevolution bloßzulegen, den Widerstand zu brechen, resultierte aus einer politisch-sozialen Zweischneidigkeit, die sie unfähig machte, ihr eigenes Interesse voll und ganz als Mensch-

heitsinteresse wahrzunehmen. Wohl, da das Bürgertum eine Liquidation des alten Staats, seiner Einrichtungen, Gesetze und Praktiken grundsätzlich anstrebte, kamen Volksbewegungen, die gegen das Feudalsystem revoltierten, nicht gänzlich ungelegen – sie waren das Öl, das die Politiker des Liberalismus in gemessenen Dosen ins Feuer der Umwälzung gießen mochten. Weil aber die wohlständischen Bürger gegen die herrschenden Feudalstände als eine Klasse auftraten, die ihre Ansprüche auf Eigentum und eine moderne Weise der Ausbeutung gründete, fürchteten sie zunehmend die Gefahr, daß die radikalen Volksrebellionen letztlich in eine Auflehnung gegen dieses Eigentum als der Basis der neuen, bourgeoisen Vorrechte umschlagen könnten.

Die energischen Schrittmacher der Revolution waren nur selten geistige Anhänger Montesquieus. Sie folgten den Lehren Jean-Jacques Rousseaus, mit seinem bis heute fortlebenden Prinzip der Volkssouveränität. Daher kritisierten sie die Führungsklasse nicht nur, weil sie den Kampf gegen die Konterrevolution mangelhaft leitete. Sie nannten die Besitzbürger auch eine »egoistische« Klasse. Sie verurteilten unter dem Druck der Massen, überdies ihres eigenen moralischen Gewissens, daß schon die zeitgenössische Bourgeoisie den Menschenrechten der »Freiheit« und »Gleichheit« das bürgerliche Kardinalprinzip der »Sicherheit des Eigentums« unterschob. Das nämlich bedeutete in der kodifizierten Erneuerung von Staat und Gesellschaft letzten Endes: die Bevorrechtung der Eigentümer des Bodens, des Kapitals, der größeren Produktionsmittel – und in der Praxis des Revolutionsalltags: das rücksichtslose Spekulant- und Schiebertum, die gesetzlich erlaubte Bereicherung der Reichen. Aus der begrifflich noch unsicheren, immer aber polemischen Reflexion dieses Tatbestands begründeten sich gegen den bürgerlichen Liberalismus die weitertreibenden Alternativen: die Strömungen des revolutionären Demokratismus. Diese seien hier an zwei Beispielen namhaft gemacht, die der Wiege des Jakobinertums entstammen: Erbgut einer heutigen Partei, die sich vor wenigen Wochen noch mit Berufung auf Carl von Ossietzky, den Citoyen unseres Jahrhunderts, selbst als ein Traditionsträger des Jakobinismus aufgefaßt hat (d. i. Liberal-Demokratische Partei Deutschlands).

Die Zeitung »Ami du peuple« protestierte bereits am 30. Juni 1790 gegen das Zensuswahlrecht, das allein guten Steuerzahlern – bei einer Bevölkerung von 26 Millionen lediglich 4,3 Millionen – das Wahlrecht und davon wiederum nur einer Minderheit das Recht gewählt zu werden einräumte. »Wenn erst das Wahlrecht auf die Wohlhabenden beschränkt ist, werden die Wahlen nur zugunsten der Reichen ausfallen. Sie werden also ihren Anteil am Staat haben, und das Volk wird ohne Gegenwehr ihrer Gnade ausgeliefert sein. Was wäre durch die Beseitigung der Adelsaristokratie gewonnen, falls an ihre Stelle die Geldaristokratie tritt? Wenn wir nun unter dem Joch der neuen Emporkömmlinge stöhnen sollen, wäre es besser gewesen, die privilegierten Stände beizubehalten.«

Der Schreiber und Herausgeber Jean-Paul Marat wäre nicht der radikale Zuspitzer unter den Revolutionspublizisten gewesen, hätte er sich mit Protestieren begnügt: »Fürchtet, daß wir uns die Staatsbürgerrechte verschaffen werden, indem wir euch den Überfluß wegnehmen, wenn ihr sie uns aufgrund unserer Armut versagt.«

Auch der Abgeordnete Robespierre erschien am 5. Dezember 1790 im Parlament mit sorgsam vorbereiteter Rede. Darin erhob er Einspruch gegen den Ausschluß aller wenig besitzenden und armen Staatsbürger aus der Nationalgarde – gegen die Errichtung des Vorrechts der frühen Bourgeoisie auf die bewaffnete Macht. Er unterschied zwischen den Interessen der Massen und denen der großen Eigentümer, wobei Bourgeoisie und Adel im Grunde schon als eine volksfeindliche Koalition gesehen wurden: »Das Volk will nur Ruhe, Gerechtigkeit, nur das Recht zu leben; die Mächtigen, die Reichen kennen nur die Gier nach Auszeichnungen, nach Schätzen, nach ausschweifendem Genuß. Das Interesse, der Wille des Volkes ist der der Natur, der Menschheit, es ist das Allgemeininteresse. Das Interesse, der Wille der Reichen und Mächtigen konzentriert sich auf Ehrgeiz, Hochmut, Begierde, auf die extravagantesten Launen, auf die dem Glück der Gesellschaft abträglichsten Leidenschaften.« Nicht diese Reichen und Mächtigen – das Volk sei es gewesen, das »die Revolution gemacht« habe. Indem jene es nunmehr wagten, ihm die eroberten Rechte und Freiheiten wiederum zu rauben, werde die revolutionäre Einheit der Nation zerrissen. »Man will die Nation in zwei Klassen teilen, deren eine nur bewaffnet schiene, um die andere wie einen Haufen von stets zur Meuterei bereiten Sklaven niederzuhalten! Die eine würde alle Tyrannen, alle Unterdrücker, alle öffentlichen Blutsauger umfassen; die andere das Volk!«

Das derart apostrophierte Volk waren Handwerker, Kleinhändler, Gesellen und Lohnarbeiter der Städte, Bauern und Landarbeiter der Dörflichkeit: Leute des »Vierten Standes«, die in Produktion und Handel als Kleinstunternehmer, Arbeitskraft und Mehrwerterzeuger, in Bürgerkrieg und notfalls auch Staatenkrieg als Bastille-Stürmer, Adelsschreck, Revolutionssoldaten benötigt wurden – und die bei alledem die Menschenrechte der »Freiheit« und »Gleichheit« für bare Münze nahmen. Sie kämpften für die Revolution in der zähen Hoffnung, einer jeden Übervorteilung, Ausbeutung und Unterdrückung schon zu Lebzeiten ein Ende zu setzen. Dieses existenzielle Interesse und zugleich diese vollkommene Illusion war Kraftquelle der epochemachenden Umwälzung, die objektiv nichts anderes als die Herrschaft einer »Geldaristokratie« oder richtiger: die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung hervorbringen konnte. Doch das war ein Resultat, das von allen, denen bourgeois »Reichtum«, »Egoismus«, »Machthunger« fehlte, durchaus nicht gewollt wurde: Es widersprach den ursprünglichen Erwartungen und Manifestationen einer »Menschheitsrevolution«, die doch das Dasein mit allgemeiner Wohlfahrt, sozialer Gerechtigkeit und gesichertem Völkerfrieden beglücken sollte.

Der Abgeordnete Robespierre, der zwar dem Bürgertum entstammte, aber früh schon Armut und die Gnade der Mächtigen hatte hinnehmen müssen, trat nun als ein solcher Volksrevolutionär und Moralist auf. Er verurteilte den egozentrischen Charakter der Revolutionsgewinnler und entlarvte ihre Manipulationen als Verfälschung der Menschenrechte. Die Gesetze würden nichts anderes als »ein Werkzeug in den Händen der Reichen« sein, »um die Armen zu unterdrücken«. Vergeblich sage man diesen wie jenen, daß sie »gleichgeboren« seien – täglich widerlege eine verhängnisvolle Erfahrung diesen Satz.

Daß das Maß und das Ziel der Revolution letzten Endes vom wohlhabenden Bürgertum bestimmt würden, mochte Robespierre keinesfalls anerkennen. Daher forderte er seine Parlamentskollegen im Namen des Volkes vor die Schranken der von ihm verfochtenen allgemein-demokratischen Revolution: »Wer seid ihr, die ihr der Vernunft und der Freiheit zuruft: ›Ihr geht bis hierher; ihr werdet euern Schritt hemmen an dem Punkte, wo er sich nicht mehr mit den Klügeleien unseres Ehrgeizes oder unseres persönlichen Nutzens vertragen würde? [...] Vergeblich wollt ihr durch die windigen Schliche der Schwätzelei und der Hofintrigen eine Revolution lenken, deren ihr nicht würdig seid: Ihr werdet wie hilflose Insekten in ihren unwiderstehlichen Lauf hineingerissen werden; eure Erfolge werden vergänglich sein wie die Lüge und eure Schande unvergänglich wie die Wahrheit.« Robespierre-Forscher nennen diese Rede die kühnste, die der Revolutionär je konzipierte. Rücksichtslos sagte er den Führern der Konstituante ihren persönlichen Untergang voraus.

Dennoch erstarb die Leidenschaft seiner Anklage, sobald er an den Zentralnerv der neuen Ordnung, das gesetzlich geschützte Eigentum, gelangte. Nicht die »Disproportion der Vermögen« wolle er antasten! Er sehe aber für Gesetzgeber und Gesellschaft die »heilige Pflicht«, einer Mehrheit der Nation die Mittel ihrer »unveräußerlichen Souveränität« zu belassen: die »Gleichheit der Rechte« – freilich, so fügte er fast resignierend hinzu, »inmitten der unvermeidlichen Ungleichheit der Güter«.

Im Parlament verhinderte eine Majorität von Aristokraten und Liberalen, daß die Rede auf der Tribüne verlesen wurde. Jedoch am Abend desselben Tages sprach Robespierre im überfüllten Jakobinerklub. Graf Mirabeau, der den Vorsitz führte und dem Redner auch hier das Wort entziehen wollte, scheiterte am Beifall der Zuhörer. »Liberté! Égalité! Fraternité!« Die epochale und unvergeßliche Losung war nicht nur Geist vom Geiste der Bourgeoisie. Sie erklang mehr und mehr als Einforderung der Menschenrechte im Namen des gesamten Volkes und somit als ein Appell an die Besitzenden.

### 3.

Wir erinnern uns der Verzichtserklärung an die Völker der Welt: keinen »Krieg zu Eroberungszwecken« zu unternehmen, die »Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes« einzusetzen. Dennoch begann allzubald ein Staa-

tenkrieg, der ein Vierteljahrhundert lang andauerte. Schon am 20. April 1792 erklärte Frankreich den Krieg an Österreich, begründet als »gerechte Verteidigung eines freien Volkes« gegen den »ungerechten Angriff eines Königs«. Tatsächlich aber war Frankreich der Angreifer. Die amtierende Regierung Roland prellte in einen »Präventivkrieg« vor. Die Vertreter der Fraktion der »Girondisten«, Abgeordnete des unternehmenden Bürgertums der Handels- und Hafenstädte, schickten in der Person von Jacques-Pierre Brissot ihren aktivsten Propagandisten auf die Tribünen des Jakobinerklubs und der inzwischen neu gewählten, von den Besitzenden beherrschten Gesetzgebenden Versammlung: Dort rühmte er den Krieg als die Patentlösung, die die Konterrevolution »mit einem einzigen Streich« beseitigen werde. Was dabei frei heraus nicht zur Sprache kam, war die Absicht, den revolutionären Patriotismus der Demokraten und der Volksmassen von den innenpolitischen Problemen abzulenken, durch den Krieg zu disziplinieren – und auch nicht das Interesse, glänzende Gewinne aus den nötigen Heereslieferungen und den erhofften Eroberungen zu erzielen.

Diese Kriegspropaganda konnte allerdings die Pillnitzer Deklaration deutscher Feudalfürsten (1791) und deren Hilfe für die Umtriebe des französischen Emigrantenadels als Provokationen anführen. Ob aber zu Anfang des Jahres 1792 jene kritische Phase bestand, die den Krieg zwischen der bürgerlichen Revolution und den feudalen Dynastien der Nachbarländer unaufschiebbar machte, ist eine Problemstellung, die in der Geschichte auch nach der Möglichkeit friedlicher Fortschrittalternativen, d. h. nichtmilitärischer Konfliktlösungen, fragt. Zeitgenossen wie Marat und Robespierre sahen den Krieg Frankreichs unter dem herrschenden Einfluß inländischer Konterrevolutionäre, insbesondere des königlichen Hofes. Sie verneinten daher die Zweckmäßigkeit und die Lauterkeit dieser militärischen Präventivaktion. Im Ringen um eine einstweilige Kriegsvermeidung und primäre Frontstellung gegen die Konterrevolution im Innern brachten sie zeitüberdauernde Argumente hervor: für Revolution und Demokratie, gegen Militarismus und Kriegstreiberei.

Brissots weltrevolutionäre Kriegspropaganda wollte die »Herrschaft der Freiheit« mit Waffengewalt auf das ganze »Menschengeschlecht« übertragen. Es war das Problem des Revolutionsexports, das nunmehr doch aufgeworfen wurde und hinfort durch die Weltgeschichte fluktuieren sollte – und Robespierre war der erste, der als Revolutionär dem fahrlässigen Wunschtraum bürgerlicher Revolutionäre eine absolut abschlägige Antwort erteilte: »Niemand liebt Sendboten in Waffen; und das erste, was Natur und Klugheit gebieten, ist, sie als Feinde zurückzutreiben. Eine solche Invasion [...] könnte viel eher die Erinnerung an die Verwüstungen [...] der früheren Kriege wachrufen, als daß sie freiheitliche Ideen zum Keimen brächte.«

Man bedenke die Schwierigkeiten, gegen den Strom zu schwimmen, wenn er »patriotisch« eingefärbt ist. Ruhm und Ehre sind nicht zu gewinnen – eher

der Vorwurf der Feigheit, der Verdacht des Verrats. Doch der »Unbestechliche« sah das unnötige Wagnis des »Präventivkriegs«. Er sah die kommenden Kriegslasten auf dem Rücken des Volkes. Er sah den Aufstieg der Militärs mit ihrem Willkürrecht über Leben und Tod und somit die von ihnen ausgehende Gefahr, daß der junge Verfassungsstaat seiner ohnehin noch mangelhaften »Freiheit« und »Gleichheit« durch kriegsmäßige Ausnahmegesetze beraubt würde. Sogar nach dem schließlichen Sieg werde das Damoklesschwert eines »ehrgeizigen Generals« über dem Staatswesen hängen. In einer kritischen Retrospektive urteilt der Leipziger Revolutionshistoriograph Walter Markov: »Dieser Krieg vom April war von Nachteil, nicht von Vorteil, [...] eine zusätzliche Hypothek, nicht Abwurf von Ballast für die ausstehende Vollendung der Revolution, und gespickt mit Versuchungen, sie vom geraden Weg abbiegen zu lassen.«

Gleichwohl begann jetzt ein Staatenkrieg, der die Revolution – den Bürgerkrieg – bis auf den Grund aufwühlte. Weit tiefer und gewaltiger, als dem Bürgertum, geschweige denn dem konterrevolutionären Adel, lieb war. Aus den Gefahren, die die Koalition der Feudalmächte und bald auch Großbritanniens gegen Frankreich heraufbeschwor, erwachsen die inneren Triebkräfte, die das Revolutionsgeschehen über die liberalistischen Ziele und taktischen Rücksichten der Führungsklasse hinausdrängten: Nicht genug, daß der fürstliche Absolutismus zugunsten der konstitutionellen Monarchie hatte verzichten müssen – die konstitutionelle Monarchie mußte der bürgerlich-liberalen Republik weichen, und diese Republik wiederum radikalisierte sich zur revolutionär-demokratischen Jakobinerdiktatur.

#### 4.

Es ist die heroische Tragödie dieser Geschichte, daß gerade diejenigen den Krieg Frankreichs zum Erfolg bringen mußten, die seinen Ausbruch so entschieden abgelehnt hatten. Die zur Revolutionsführung emporsteigenden Robespierre, Marat und Genossen – historische Sachwalter des »Dritten Standes« und zugleich fähig, sich mit dem »Vierten Stand« zu verbinden – setzten die Kraft der Volksmassen frei. Sie deklarierten und organisierten die »levée en masse«, die allgemeine Wehrpflicht. Sie stampften die neuen Armeen hervor. Sie peitschten mit Hilfe revolutionärer Gesetze, volksfreundlicher Versprechungen, moralisierender Propaganda und eines Terrors, der selbst Unschuldige und engagierte Revolutionäre nicht verschonte, den Entscheidungskampf vorwärts. Die innere und die äußere Konterrevolution wurde auf diese Weise geschlagen.

Auf den ersten Blick fällt somit ins Auge, wie sehr der Jakobinismus das ganze Gesellschaftsleben auf die Erfordernisse eines totalen Revolutionskrieges ausrichtete. Selbst die neue Verfassung vom 24. Juni 1793, für lange Zeit der Weltgeschichte die höchste Stufe demokratischer Gesetzesformulierung

über den Staat, die Menschen- und Bürgerrechte, blieb auf Eis gelegt – ihre Inkraftsetzung, die auch der Konterrevolution einen Freiraum verschafft hätte, schien in Revolution und Krieg nicht angeraten. Doch Robespierres Grundüberzeugungen waren keineswegs außen- und kriegspolitisch doktriniert, sondern vom Primat der Innenpolitik geprägt, insbesondere von der Sorge um die »allgemeine Wohlfahrt«. Seine Erklärungen zur republikanischen Verfassung spiegelten das brennende Problem der sozialen Frage wider und versuchten, das bürgerlich-liberalistische Grundrecht des »Eigentums« durch das revolutionär-demokratische »Recht auf Leben« einzuschränken: »Das Eigentumsrecht wird wie alle anderen Rechte begrenzt durch die Verpflichtung, die Rechte des anderen zu achten [...]. Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Lebensunterhalt aller ihrer Glieder zu sorgen, indem sie ihnen Arbeit gibt oder denen, die arbeitsunfähig sind, die Existenzmöglichkeit sichert.« Der geistige Kopf der Jakobiner, den die Geschichtsschreiber der Bourgeoisie mit der fühllosen Kälte und der tödlichen Exaktheit des Guillotinmessers gleichsetzen, forderte in der verfassungsmäßigen Bürgerordnung eine humane Gerechtigkeit für alle.

Doch hier war der Punkt erreicht, wo der Jakobinismus an seine bürgerlichen Grenzpfähle stieß. Wiederum ging es um das Eigentum. Die anhaltende Not preßte den weit schärferen Schrei der unteren Volksschichten nach Brot, nach Fixierung der Höchstpreise, nach der Todesstrafe für Schieber hervor. Es waren »Enragés«, die als »Wütende«, »Rasende« bezeichneten Volksagitatoren, die in Flugschriften, Klubs, Pariser Gemeindeversammlungen und sogar auf der Konventstribüne gegenüber den machthabenden Jakobinern auftraten. Wortführer war der Priester Jacques Roux, in der Verfassungsdebatte des Parlaments am 25. Juni 1793: »Habt ihr die Spekulation verboten? Nein! Habt ihr die Todesstrafe für Schieber ausgesprochen? Nein! Habt ihr definiert, worin die Freiheit des Handels besteht? Nein! Darum verkünden wir euch, daß ihr für das Glück des Volkes noch nichts getan habt! Freiheit – ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse ungestraft die andere durch Hunger ermordet. Gleichheit – ein leerer Wahn, wenn des Reichen Monopol das Leben und den Tod von seinesgleichen bestimmt. Leerer Wahn auch eine Republik, in der täglich die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die Dreiviertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können. [...] Vier Jahre lang haben nur die Reichen aus der Revolution Nutzen gezogen. Die Reichen haben ihre Gesetze und natürlich zugunsten der Reichen gemacht.« Wer solche Sätze im Parlament als Sprecher von Volksdelegationen formulierte, verfocht gegen den objektiv unausweichlichen Kapitalismus die ebenso objektiven Interessen sansculottischer Kleinproduktion und frühproletarischer Lohnarbeit. Er war eine agitatorische Waffe der Hungernden gegen die Reichen, der Volkskontrolle gegen die Revolutionsbürokratie, der sozialrevolutionären Opposition gegen die neue Regierung.

Revolutionenführer Robespierre hat diese Kritiker für höchst unbequem gehalten, sie als »Brandstifter« und »Feinde des Volkes« verteufelt und verfolgt lassen. Roux' Schicksal ist der historische Musterfall einer Opposition, die ihre grundsätzlich anerkannte Revolutionsregierung von »links« her vorantreiben will, von dieser selbst aber niedergemacht wird. Dennoch hinterließen und hinterlassen die ungebetenen Kritiker aus dem Schoße der Massen ihren Einfluß auch bei jenen Revolutionsmachern, die zugleich ihre Verfolger sind. Aus Robespierres letzter Konventsrede am 8. Thermidor 1794 tönt eben die Sprache des roten Priesters und das Echo der grollenden Massen gegen die Revolutionsgewinnler der frühen Bourgeoisie.

Drohende Worte, die noch im 19. Jahrhundert zitiert werden: »Ich sehe die Welt bevölkert von Betrogenen und Gaunern; aber die Zahl der Gauner ist kleiner: Es sind die, welche man für die Verbrechen und die Leiden in der Welt bestrafen muß [...]. Es geht darum, die öffentliche Moral und die erhaltenden Freiheitsprinzipien zu retten; es geht darum, alle edlen Vaterlandsfreunde der Unterdrückung zu entreißen.«

Zwei Tage darauf rollten die Köpfe. Die Tempomacher der Revolution hatten ihre historische Schuldigkeit getan – die neue Ordnung war durchgekämpft. Auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobiner triumphierte die Bourgeoisie. Friedrich Engels hat die Rolle der revolutionären Demokraten, die sie in bürgerlichen Revolutionen zu spielen haben, von der Höhe einer späteren Epoche überschaut und interpretiert: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich [...]. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.« Das ist die Funktion, die der revolutionäre Demokratismus als Kritiker und Revolutionstreiber gegenüber dem bürgerlichen Liberalismus erfüllen muß. Sie ist notwendig – und entsagungsvoll zugleich. Deshalb hat Engels hinzugefügt: »Die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den zweiten Sieg der radikaleren Partei; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.«

Eine solche Revolutionsgeschichte ähnelt den Auf- und Abstiegen aristotelischer Dramaturgie. Auf die Exposition, die hochgestimmten Verheißungen der Menschen- und Bürgerrechte mitsamt dem kurzatmigen Erfolg des konstitutionellen Königtums, folgten steigende Handlung und Höhepunkt in Gestalt sich überbietender Republiken und bekämpfender Republikaner, die weitere Errungenschaften und vor allem den Sieg der Revolution hervortrieben – aber nur um den Preis einer ernüchternden Peripetie zu fallender Handlung und »Katastrophe«. Die Revolution, die wir die »Große« nennen, verebte mit dem Umsturz der Thermidorianer, mit dem Zwischenspiel der großbürgerli-

chen Direktorien und schließlich, im achten Jahr der Republik: mit dem Militärputsch des vorhergesagten »ehrgeizigen Generals« (1799).

Die neue herrschende Klasse diktierte die Friedensschlüsse mit Preußen und Spanien in Basel (1795), mit Österreich in Campo Formio (1797). Sie wagte den Bruch des früheren Versprechens, auf Eroberung zu verzichten, indem sie den Sündenfall in die Außenpolitik der »natürlichen Grenzen« vollzog. Die Annexion Belgiens und der westrheinischen Gebiete für Frankreich war die außen- und militärpolitische Initialzündung aller weiteren Kriegsbrände und Landräubereien, die mit der innenpolitischen Machtgestaltung der frühen Bourgeoisie und ihres »Starken Mannes« im Wechselverhältnis standen.

## 5.

Jede Staatsordnung, fast jede politische Partei sucht ihre Gegenwart mit historischer Vergangenheit zu begründen. Die Französische Revolution hatte für ihre bürgerlich-demokratischen Ziele die römische Republik der Antike als Tradition in Anspruch genommen. Den Bestrebungen im Inneren glich eine Außenpolitik, die einen Bund der Republik Frankreich mit »Schwesterrepubliken« beabsichtigte und in Gestalt der niederländischen, rheinischen, schweizerischen, italienischen Republiken so einigermaßen ins Leben setzte.

Wie sehr aber war am Anfang des neuen Jahrhunderts die politische Wirklichkeit von den Verheißungen der Großen Revolution, den Erwartungen ihrer humanen oder gar demokratischen Parteigänger entfernt. Der Wechsel von den Enthusiasten der Erneuerung zu den kalten Technikern der Macht war vollzogen. Das erbliche Kaisertum Napoleons I. (15 Jahre nach Revolutionsbeginn) entfernte den Begriff der Menschenrechte aus dem Text der neuen französischen Staatsverfassung. Es errichtete anstelle der Nationalversammlung des ganzen Landes – die Abstimmungsmaschine des »Großen Mannes«, anstelle der Selbstverwaltungsorgane revolutionär bewegter Bürger – das Präfektursystem der militärisch organisierten Bürokratie, anstelle der staatsbürgerlichen, zumindest formalrechtlichen Gleichheit aller getreuen Republikaner – die abermals erblichen Vorrechte des kaiserlichen Verdienstadels, der Nomenklaturkader Napoleons. Es beanspruchte für diesen großbürgerlichen Militärdespotismus nunmehr das Traditionsbild des römischen Cäsarentums, bald und mehr noch der karolingischen Kaisermacht des frühen Mittelalters. – Eine merkwürdige Analogie zu den Staatsaktionen in unserem eigenen, letzten Jahrzehnt, wo die Traditionsbegierde neo-absoluter Machtträger zunehmend nach Friedrich II., Bismarck, den Kaisern und Königen der deutschen Geschichte zurückgriff! War das nicht auch Verlust an republikanischer Bewußtheit, an Demokratie im »realen Sozialismus«? Es könnte die Abwandlung eines Sprichwortes gelten: Nenne mir deine Traditionen – und ich sage dir, wer du bist.

Freilich bleibt hier wie dort zu beachten, daß gesellschaftliche Errungenschaften der Revolution abgesichert wurden. Im Falle Napoleons waren sie al-

les andere als feudal: insbesondere durch die Errichtung der Bank von Frankreich, die Förderung des Unternehmertums und durch Gesetzeswerke, deren liberaler Geist und Text den Stürmen späterer Restaurationsversuche widerstanden. Doch letzten Endes geschah eine innenpolitische Regeneration der Allmacht des autoritären Staats – ein Vorgang, dem die Außenpolitik des Kaiserreiches entsprach. Die »Schwesterrepubliken« und die in den weiteren Kriegen eroberten Ländereien mußten sich entweder in das kaiserliche Staatsterritorium einordnen oder als Protektoratstaaten konstituieren, die Napoleon von den Stellvertretern aus seiner Familie, der Generalität und der hohen Bürokratie regieren ließ.

Diese Aristokratie, die sich trotz ihres neuen Klassencharakters mit Titeln und etlichen Privilegien des Ancien régime ausstattete, bot den Schein einer Angleichung an die traditionellen Fürstenstaaten. Frankreich, die neugebackenen Protektorate und die Altstaaten der Zug um Zug unterworfenen Feudalfürsten bildeten die Bestandteile eines Hegemonialsystems, dessen Ausbreitung über den Westen, die Mitte und den Süden des Kontinents eine Erinnerung an das frühfeudale Karolingerreich tatsächlich nahe legte. Am Tag seiner Krönung (2. Dezember 1804) ließ Napoleon I. – Kaiser und Militärdiktator von großbürgerlichem Typus – die Krone, das Schwert und das Zepter Karl des Großen im Festzug vorantragen. Diese Abschaffung der Republik mit allen ihren Begleiterscheinungen war ein undemokratischer Vorgang, der Ludwig van Beethoven veranlaßte, seine Widmung auf der Partitur der »Eroica« (zugeschrieben dem Revolutionsgeneral Bonaparte) mit zornigem Federstrich zu widerrufen.

Man hat den Vernunftglauben der Aufklärung und der ihr anhängenden Verfechter des Fortschritts eine »heroische Illusion« genannt. Diese mußte in der Revolution von 1789 eine arge Feuerprobe, in den Kämpfen des beginnenden 19. Jahrhunderts eine radikale Entschleierung und Zersetzung erleiden. Das weltbürgerliche Neuland der »Liberté! Égalité! Fraternité!« mit seiner Friedensbotschaft und der proklamierten Interessenharmonie aller Individuen, Klassen und Völker verengte sich zu den Hegemonialsystemen nationaler und rivalisierender Geldaristokratien, deren Zentren Paris und London waren.

Gewiß hatten die Aufklärer und die Moralisten der Revolution eine solche Saat nicht streuen wollen. Ihr idealer Horizont, der sich bis zur Emanzipation des gesamten Menschengeschlechts spannte, endete nicht in den Interessensphären des kapitalistischen Unternehmertums. Doch ihre Illusion – oder richtiger: Ihre Utopie, daß eine freiheitliche Bürgerordnung und ein unbeschränkter Handels- und Industriefortschritt das Glück aller Menschen bewirken könnten, verblaßte in den Kriegen der napoleonischen Ära. Sie erlosch im Elend der arbeitenden Klassen und der ausgeplünderten Kolonialvölker. Sie erhob sich dennoch aufs neue: in den geistigen, sogar blutigen Kämpfen, die nach 1830 für eine abermalige und bessere Revolution ausgefochten wurden.

Das alles geschah im Wandel einer Staatenwelt, wo teils nationale Bourgeoisien, teils noch spät- und halbfeudale Aristokratien an der Macht waren. Doch schon hatte die Industrielle Revolution ihren grundstürzenden Siegeszug begonnen, bei dem sie alle früheren Gesellschaften, deren Lebensverhältnisse von Ackerbau und handwerklicher Produktion geprägt waren, überwand: Denn unaufhaltsam entstand nun die maschinell produzierende Gesellschaft des Industriekapitalismus. Unter dem Eindruck dieser weltgeschichtlichen Entwicklungstendenz – mit der Möglichkeit eines materiellen Auskommens für alle, jedoch der Wirklichkeit einer Klassenspaltung in wohlständische Kapitalisten und vegetierende Lohnarbeiter – begriffen neuartige Fortschrittskräfte die Abschaffung jeglicher Ausbeutung als das Ziel der Menschheitsgeschichte. Sie prognostizierten die sozialistische Revolution als ein Mittel, um die Beziehungen der Individuen und der Völker gerecht und friedvoll zu gestalten.

»Die Namen Republik und Konstitution,  
So schön sie sind, genügen nicht allein,  
Das arme Volk hat nichts im Magen,  
Nichts auf dem Leib und muß sich immer plagen;  
Drum muß die nächste Revolution,  
Soll sie verbessern, eine soziale sein.«

So lautet der Leitspruch, den der frühe Kommunist Wilhelm Weitling seiner Weltbefragung »Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte« (1838) voranstellte. Zeugnis der Linie sozialer Revolutionäre, die von Jacques Roux zu Marx führt.

## 6.

Abschließend sei nun die Frage gestellt, wie viel oder wie wenig uns die Geschichte der Französischen Revolution und ihrer Nachwirkungen zu sagen hat. Die Antwort liegt keineswegs allein in den Vorgängen der Vergangenheit. Sie wird vielmehr durch Denken und Tun derer entschieden, die Gegenwart gestalten wollen.

Alles Geschehen steht heute vor der globalen Alternative des Überlebens oder des Untergangs der Menschheit. Sollten jedoch humane Vernunft und friedliche Konfliktlösungen in der Weltgeschichte obsiegen, dann könnten die Annalen deutscher Geschichte die gegenwärtigen Tage und Wochen, den Massenaufbruch zu besseren Gesellschaftszuständen, mit den großen Erhebungen der Vergangenheit vergleichen: mit der Reformation Luthers und Müntzers, den Revolutionen von 1789 und 1848, der Novemberrevolution von 1918.

Der schmale Gratweg – zwischen den Abgründen stalinistischer Machtstrukturen des sogenannten realen Sozialismus und der bourgeoisen Konter-

revolution – müßte zur Errichtung des Rechtsstaates führen, den »linke« Aufklärer vormals antizipierten. Dann erst erstünde aus der gegenwärtigen Krise die wirkliche Revolution. Die Arbeiter und die Angestellten, die Bauern, die Mittelschichten und die Intelligenz – sie alle sind heute, nach fast einem halben Jahrhundert des antifaschistischen Neubeginns, das VOLK. Und eben dieses VOLK, mit der Arbeiterklasse als dem sozialen und politischen Kern, müßte Souverän der Gesellschaft werden. Deshalb darf ein erneuerter Sozialismus nicht mehr ein von den Werktätigen entfremdetes System bürokratischer Macht sein. Es muß zu einer wahrhaften Volksmacht werden: Kein Sozialismus für das Volk – gelenkt, geleitet, kommandiert von einer Funktionärselite. Kein Sozialismus, bloß »mit dem Gesicht zum Volke« – was immer noch Entfernung bedeutet. Vielmehr ein Sozialismus des Volkes, vor allem durch das Volk selbst.

Auf neue Weise gilt jetzt die Einheit von Theorie und Praxis. Da sollte unvergessen bleiben, daß auch die »klassischen Marxisten« in ihrem Ringen für Sozialismus den humanen Utopien der Aufklärung und der »linken« Revolutionäre Frankreichs verpflichtet waren. Wir besinnen uns auf den Schlüsselatz des Kommunistischen Manifestes: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

## Politik des Notstands

Die Regierung Modrow. Zwei Schweizer Interviews (1990)

Interview I

**Basler Zeitung/Basel (2. Februar):** Was halten Sie von Modrows »Konzeption« zur deutschen Einheit?

**Bock:** Ich persönlich sehe in der Erklärung von Hans Modrow ein richtiges und vernünftiges Reagieren auf die Erwartung breiter Volksmassen in der DDR. Die Bewegungen seit Oktober/November haben gezeigt, daß die Tendenz zu einer nationalstaatlichen Vereinigung nach wie vor stark ist – obwohl nicht unproblematisch vor dem Hintergrund der großen Menschheitsfragen und der notwendigen globalen Lösungen. Es gibt zwei Grundpositionen – und eine linksdemokratische Position hat Modrow formuliert. Doch es existiert auch eine starke konservative Position, die nur vom Vergleich mit der BRD ausgeht und versucht, Negativbestände der DDR, besonders im Wirtschaftssektor, durch eine rasche Wiederangliederung zu verringern. Das ist eine überzogene Erwartung, weil es so schnell nicht geht. Dieses konservative Spektrum reicht nach rechts bis zu den Republikanern.

**Basler Zeitung:** Entspricht Modrows Position auch Ihren persönlichen Erwartungen?

**Bock:** Aufgrund einer rationalen Analyse und als Historiker bin auch ich Anhänger einer schrittweisen Vereinigung, zumal ich mir unter bestimmten Bedingungen einen Vorteil für Europa davon verspreche. Wenn aus der Sperrlinie zwischen DDR und BRD, dieser Trennlinie zwischen zwei feindlichen Systemen in Europa, zunächst eine Nahtlinie würde, dann deutet das schon qualitative Veränderung an. Vor allem, wenn beide deutsche Staaten in diesem Prozeß des Zusammenwachsens einen neutralen Status einnehmen. Und das ist die wichtige Bedingung, die Modrow stellt.

**Basler Zeitung:** Aber die Bedingung wird auf BRD-Seite abgelehnt.

**Bock:** Die Parteien in der BRD kommen jetzt in Zugzwang. Sie müssen sich die Frage stellen, wie sie sich zur NATO verhalten wollen, wenn die DDR beispielsweise aus dem Warschauer Pakt aussteigt. Es ist wichtig, daß nun mit der Abschaffung der Militärstrukturen in Mitteleuropa begonnen wird.

**Basler Zeitung:** Sehen Sie die deutsch-deutsche Vereinigung im Rahmen einer europäischen Vereinigung?

**Bock:** Ja. Darum folgt Modrow der objektiv und subjektiv angelegten Tendenz, Nationales wieder zusammenzuführen. Aber mit der klar formulierten Bedingung, daß dies nicht gegen die Interessen der übrigen Staaten und Völker Europas geschieht. Vielmehr im Einklang mit ihnen, so daß der deutsche Weg über Konföderation und Föderation eingebunden sein wird in einen Staa-

tenverbund, den Gorbatschow in seiner Metapher »das gemeinsame Haus Europa« nennt.

**Basler Zeitung:** Wie erklären Sie sich, daß Modrow seine »linksdemokratische« Position unter das nationalistisch belastete Motto »Deutschland, einig Vaterland« stellt? Ist es eine Konzession an die Straße oder an den Wahlkampf?

**Bock:** Wahlkampf ist es nicht. Es ist vielmehr Ausdruck der inneren Szenerie der DDR. Denn was Modrow macht, erfolgt in einer Situation des nationalen Notstands. Er versucht, das Zerfließen von Staat, Ordnung und Sicherheit mit möglichst breiten Bündnisangeboten und entsprechenden Konzeptionen aufzuhalten. Darum hat Modrow auch alle Parteien vom Runden Tisch in seine Regierung aufgenommen. Er betreibt eine Politik des Notstands, die über Parteiinteressen hinausgeht. Modrows Lösung von der eigenen Partei zeigt sich auch daran, daß er mit seinem Vorschlag der Föderation, also der Preisgabe der DDR-Staatlichkeit, die Vorstellungen der SED/PDS präzisiert.

**Basler Zeitung:** Stichwort »Notstand«. Sehen Sie als Betroffener die Gefahr, daß die DDR in diesem Vereinigungsprozeß letztlich zur Selbstaufgabe gezwungen wird?

**Bock:** Ich sehe diese Gefahr zunehmend. Ursprünglich verfaßten ja alle oppositionellen Parteien und Bürgervereinigungen solche Programme, die auf eine Reform der DDR in Richtung eines demokratischen Sozialismus abzielten. Diese Entwicklung ist immer mehr nach rechts gegangen – vor allem unter dem Druck der Straße. Der ist insbesondere im Süden der DDR groß, wo die Industrie veraltet ist, wo sich aus dem Arbeitsalltag und dem Mangel an Produktivität die Frage stellt: Wie kommt man aus diesem Kladderadatsch heraus? Und da kommt die Erwartung auf, Kapital aus der BRD werde helfen. Damit es möglichst viel und schnell helfen möge, verbindet sich diese ökonomisch-soziale Fragestellung mit der nationalen, also dem Ruf nach sofortiger Wiedervereinigung. – Die zweite Triebkraft in Richtung einer Rekapitalisierung ist die ständige Präsenz von Vertretern der BRD in der DDR. – Hinzu kommt eine dritte Triebkraft im Innern: die Herausbildung nationalkonservativer Parteien.

**Basler Zeitung:** Besteht dennoch eine Chance, daß die DDR Eigenes, Eigenständiges in den Vereinigungsprozeß einbringen kann?

**Bock:** Das ist die entscheidende Frage: Wie viel an Demokratie, Humanität, sozialer Gerechtigkeit, Friedensliebe und Antifaschismus bringen wir ein, um auf diese Weise auch für die anderen Völker und Staaten verkraftbar zu werden – als ein vergrößerter Staatskörper im Herzen Europas?

## Interview II

**Vorwärts/Bern (6. Februar):** Die SED/PDS heißt jetzt PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus. Was bedeutet dies?

**Bock:** Die Erneuerung der Partei bedingt klare programmatische Zielsetzung für einen demokratischen Sozialismus. Der Doppelname drückte zwei Dinge aus: die Aufgabe, zu erneuern und den Versuch, die Einheit zu bewahren. Der Hauptgrund, die Partei nicht aufzulösen, war die Sorge um den negativen Einfluß, den eine Auflösung auf die »Perestroika« in der Sowjetunion haben könnte. Die Erneuerung verlief angesichts der schnellen Umwälzungsprozesse aber zu langsam. Die Abstoßung des alten Namens SED ist die Abstoßung der alten Kader und Strukturen; sie möge der Partei zur Glaubwürdigkeit verhelfen, daß sie die volle Absicht hat, eine qualitativ andere Arbeiterpartei werden zu wollen.

**Vorwärts:** Wie ist das Kräfteverhältnis der Parteien in der DDR?

**Bock:** Parteien und Bewegungen sind vereint im Strom der Negation gegen die PDS. Das drückt sich am deutlichsten in den Erklärungen aus, daß keine Partei oder Bürgerbewegung – weder vor noch nach den bevorstehenden Wahlen – eine Koalition mit der PDS eingehen wolle. Allerdings hat zur Entmachtung der PDS geführt, daß die Partei auf alle ihre verfassungsmäßigen und auch materiellen Privilegien verzichtete, sie auch ihren Apparat um 60 Prozent abbaute. Eine Partei der Macht ist die unsrige also nicht mehr.

Bei dieser Gegebenheit vollzieht sich in der Szenerie des Umbruchs etwas Bedeutsames. Die Front der Negation splittert auf. Eine deutliche Rechtsentwicklung wird von der CDU getragen, die von der Reprivatisierung der Industrie und der Restauration des Kapitalismus sowie von einer schnellen Wiedervereinigung mit der BRD spricht. Unter den Neugründungen steht ihr der »Demokratische Aufbruch« nahe. Je mehr sich diese Konservativen mit den Absichten kapitalistischer Restauration profilieren, bildet sich auch ein »linkes« Spektrum der Demokratie heraus. Es greift auf den vergangenen Herbst zurück, als die Bewegungen größtenteils auf eine Verbesserung der Verhältnisse in der DDR abzielten und damit auch die Souveränität der DDR vertraten. Charakteristisch dafür sind eine Altpartei, die Demokratische Bauernpartei, und eine Reihe neuer Bewegungen. Es ist eine Hoffnung für mich, daß die Landbevölkerung – so erklärt jedenfalls der Kongreß der Bauernpartei – am sozialistischen Eigentum, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, festhalten will. Hinzu kommen die mehr von Intellektuellen getragene Vereinigung »Demokratie Jetzt« und eine marxistisch geprägte »Vereinigte Linke«, die marxistische, trotzkistische und christlich-sozialistische Strömungen zusammenfaßt. Am deutlichsten und erfolgreichsten profiliert sich wohl die Sozialdemokratische Partei. Zwei Umstände wirken gerade für sie: Die Tatsache, daß 45 Jahre antifaschistischen und sozialistischen Aufbaues nicht spurlos verlorengegangen sind und der Bonus, keine kapitalistische Partei, sondern

eine Partei der Arbeiterbewegung zu sein. Ich halte es für möglich, daß sich die SPD im linken Spektrum am stärksten erweisen und sich die Suche der Bevölkerung nach neuen Wegen zu ihren Gunsten ausdrücken wird. In der Lage, in der wir uns befinden, wäre dies die beste Lösung.

**Vorwärts:** Hat Modrows Plan zur deutschen Einheit eine Chance?

**Bock:** Prinzipiell ja, indem er auf eine deutsche Neu-Vereinigung abzielt. Ganz offensichtlich wirken objektive und subjektive Tendenzen auf die nationale Einheit hin. Modrows Plan will keine restaurative Wiedervereinigung, sondern einen schrittweisen Annäherungsprozeß, bei dem die DDR Eigenes erhalten kann und die kapitalistische BRD möglicherweise veranlaßt wird, selbst Novationen zu vollziehen. Das Stufenprogramm braucht Zeit für eine rationale Politik. Ob der Plan voll realisierbar ist, kann ich nicht sagen. Politik in den kommenden Jahren wird aber nicht einfach von nationalistischen Stimmungen auf der Straße bestimmt, sondern auch von rationalen Erwägungen auf der Regierungsebene beider deutscher Staaten – wie auch von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Hinzu kommen noch die artikulierten Interessen der anderen europäischen Staaten. In diesem dynamischen Feld erhoffe ich günstige Bedingungen für eine keineswegs überstürzte Neu-Vereinigung: für das Dreistufenprogramm eines annähernden Vertragsverhältnisses, einer Konföderation auf der Grundlage der Zweistaatlichkeit und eines deutschen Bundesstaats als das darauf folgende Ziel. Das Entscheidende ist, daß dieser Prozeß zur Neutralität beider deutscher Staaten führt, womit ich die Schaffung einer mitteleuropäischen Zone der völligen Abrüstung wünsche. Ich glaube, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der DDR dieses Ziel der Neutralität und der Entmilitarisierung teilt. Trotz der Einbuße sozialistischer Staatlichkeit wäre dies m. E. ein gutes Ziel, weil es einen Fortschritt bedeutet für den Frieden und die Sicherheit der Völker. Wir benötigen dafür aber die Unterstützung der anderen Länder.

**Vorwärts:** Fördert die Dynamik der deutschen Einheit die Auflösung der Militärblöcke?

**Bock:** Die Auflösung der Blöcke wird vom linken demokratischen Spektrum und vor allem von Seiten der PDS angestrebt, die dafür schon seit Wochen ein Programm der militärischen Abrüstung vorgelegt hat (Verringerung der Zeit des Wehrdienstes von 18 auf 12 Monate, Schaffung einer entmilitarisierten Zone von rund 100 Kilometern beiderseits der deutsch-deutschen Grenze, Abbau aller ABC-Waffen in beiden deutschen Staaten, Auflösung der Militärblock-Zugehörigkeit). Allerdings sind diese sicher fortschrittlichen und rational richtigen Vorschläge in ihrer Durchsetzbarkeit eingeschränkt durch das mangelnde Vertrauen in die PDS.

**Vorwärts:** Wenn eine Hoffnung besteht, den Ausverkauf der DDR zu verhindern, dann liegt sie im Sieg des linken Spektrums bei den Wahlen am 18. März. Ihre Wahlprognose?

**Bock:** Wahlprognosen sind immer ein Wagnis. Ich schiebe daher in meine Prognostik meine Erwartungen mit ein. Ich wünsche den Sieg dessen, was ich die linke, demokratische Front nennen möchte – gegenüber der Koalition der konservativen Kräfte. Ich hoffe, daß die widerspruchsvollen Bemühungen um Sozialismus und soziale Gerechtigkeit der letzten 45 Jahre nicht vergeblich waren, daß ein demokratisches Bewußtsein in der Bevölkerung vorhanden ist. Daß, wenn es um die Wahl geht zwischen der Erhaltung der sozialen Errungenschaften und einer blindwütigen Angliederung der DDR an die BRD, sozialdemokratische und andere demokratische Strömungen einen Bonus erhalten von der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung. Es gibt ja keine eigentliche Bourgeoisie. Was allerdings den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, gemessen an der Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Industrie, betrifft, so ist die Situation in der DDR in hohem Maße makaber. Die Modernisierung durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt ist mit Finanzen der DDR allein nicht machbar. Ausländisches Kapital ist für den Prozeß der Erneuerung nötig, wenn er in etwa zehn bis 15 Jahren vollzogen sein soll. Damit kann ein Einfluß des großen Kapitals auf die Schicksale der Werktätigen in der DDR nicht vermieden werden.

## Was ist des Deutschen Vaterland?

Nachdenken links des Rheins. Für Historiker und Abgeordnete (1990)

Nachdenken über Deutschland? Ein Vorgang, dessen oft formulierter Titel derzeit ins Kraut schießt. Er mag sensible Geister, die gegen rhetorische Wiederholungen allergisch sind, vielleicht bald nicht mehr ansprechen. Doch man nenne es, wie man will: Nachdenken über Deutschland – wer hätte das seit den Ereignissen im vergangenen Oktober, als in Dresden, Berlin, Leipzig von Unzähligen eine späte, aber endliche Ernte beschworen wurde, nicht selbst getan? Wer täte es nicht noch immer! Es ist ein allgemeiner Vorgang, der freilich vom einzelnen ausgeht. Zunächst denkt ein jeder allein, eingefangen in individuelle Interessen und Wünsche, Erfahrungen und Einsichten, Erfolge und Niederlagen. Dann kommt die Wendung nach außen, angewiesen auf Zuhören und Mitdenken, Ermutigung und Widerspruch. Auch preisgegeben der Ablehnung, schlimmer noch: der Möglichkeit erneuter Entmündigung.

Wer denkt hier also?

Ich bin in einer Landschaft aufgewachsen, die voll von Geschichten und Geschichte war: im Rheinland, im alten Köln. In naher Ferne die Berge und Burgruinen, der dämmerige Ort, wo Jung-Siegfried den bösen Drachen erschlug. Zudem die greifbaren Spuren des Neandertalers, der Kelten, Germanen und Römer, der Völkerwanderung, der mittelalterlichen Kaiser und Könige, der ritterlichen Schnapphähne und hanseatischen Pfeffersäcke. Auch das Singen und Klingen des romantischen Liederkranzes. Von Preußens Großhungern und Gehorchen, Zuchtstrenge und Ordnung war unter den ragenden Domtürmen meist nur unbotmäßig die Rede: Tünnes und Schäl verprügelten den Staat im blauen Dienstroock des Gendarmen. Diese Heimat war deutsch und welthaltig. Zumal der Rhein von den Schneegebirgen des Südens stetig zum nördlichen Meer strömte und die Menschen lebensfreudige Geschöpfe einer Umarmung waren, in der sich Deutsche, Holländer, Franzosen und andere mehr jahrhundertlang miteinander vermischt hatten. Alles in allem: ein gutes Stück Erde für Deutsche und Weltbürger.

Allerdings, an jenem nebligen 7. März 1936 stampften Wehrmachtssoldaten mit geschulterten Gewehren über die Hohenzollernbrücke. Der Wind, der seitdem aus den preußischen Kernlanden, dem Innersten des Reiches, herüberwehte, war herrisch und kalt und keineswegs derselbe, der den Wein fruchtig machte. Doch selbst an den Lagerfeuern, bei Trommeln und Fanfaren der disziplinierenden Hitlerjugend irrlichterte ein romantischer Traum von Weltfahrt und Abenteuer, freilich nicht ohne Nibelungentreue und Heldentum. Und dann brach diese Welt zusammen: in den Bombennächten, den Feuerstürmen des großen Krieges – und ich war mitten darin. In der Katastrophe begann die Stunde der Wahrheit, die Qual der Widersprüche, die Unrast der Fragen.

Der junge Mensch, der Metallarbeiter im Klöckner-Humboldt-Konzern, dann zwangsverpflichteter Frontarbeiter, dann Soldat und Prisoner of war gewesen war, trug nach Kriegsende ein Bild in sich. Auszudrücken in einer zwillingshaften Losung: »Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« Heimkehrend in die Zerstörungen seiner Kindheitsstätten, glaubte er zu sehen, daß eine Restauration vollzogen wurde, die mit englisch-amerikanischen Redensarten alles Braune verdrängte, aber die herkömmliche Ordnung im Wesen nicht wandelte. Er hatte nicht Lust, wiederum dienstwillig ins alte Fabrikverhältnis zu gehen und zog – den Trecks der Umsiedler und der Vertriebenen diametral entgegengesetzt – nach Osten. Nicht als Revolutionär. Vielmehr als ein Pazifist und Arbeiter, der nie wieder eine Uniform anziehen, aber streitbar für eine Welt eintreten wollte, in der Bisherige sein Deutschland nicht mehr »über alles« stellen sollten.

Aus dem suchenden Abgang vom Rhein nach Berlin, auch nach Leipzig, ist das Leben eines Historikers geworden, der wohl gern gesehen hätte, daß ein demokratischer Sozialismus mit der Kraft seiner Überzeugungsfähigkeit zum Erfolg käme. Statt dessen muß er drei Niederlagen eingestehen, die eine zutiefst menschliche Erneuerung von Staat und Gesellschaft im Osten Deutschlands vereiteln: 1956 – die Unterdrückung der Einsichten und Schuldbekennnisse des XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; 1968 – die kollektive Vernichtung des »Prager Frühlings«; 1985 und in den Jahren danach – die Verweigerung der immerhin sowjetrussischen »Perestroika« und »Glasnost«.

Was ist bei alledem noch die Botschaft, die ein Nachdenken über Deutschland geben kann?

## 1.

Der Historiker, der die Weltgeschichte seit dem Anfang der Neuzeit überblickt, erkennt in diesem halbttausendjährigen Werdegang der Menschheit zwei widerstreitende Entwicklungen. Die erste Geschehenslinie offenbart die objektive Tendenz und die subjektiven Triebkräfte einer Staatenpolitik, die mit den gewaltsamen Mitteln des Vormachtstrebens, der Kriegsvorbereitung und des Krieges letzten Endes zur Vernichtung der Zivilisation, zum Exitus der Menschheit führt. Die zweite, gegenläufige Entwicklung aber erweist das objektive Bedürfnis und die subjektiven Interessenträger für eine alternative Staatenpolitik: Sie ist verkörpert in Friedensideen und Friedensbewegungen, Menschenrechtsdeklarationen und Völkerrechtsgeboten, Staatenbeziehungen und universalen Föderationen, die auf friedliche Konfliktlösungen und letzten Endes auf eine dauerhafte Verwirklichung des Weltfriedens und des Fortschritts abzielen.

In diesem Spannungsfeld steht insbesondere heute eine jegliche Politik. Seit 1985 wagen die Reformer der Sowjetunion ihren welthistorischen Versuch, den

Teufelskreis der Hegemonialpolitik und der Militärgewalt zu durchbrechen – und sie suchen zugleich, die innenpolitischen Zustände den Fesseln des Stalinischen Erbes zu entwinden. Die ehemalige Partei- und Staatsführung der DDR hingegen verweigerte die notwendige Erneuerung. Wohl praktizierte sie seit 1983, unter den Vernichtungswaffen der »Nach-Rüstung« und »Nach-Nach-Rüstung«, zudem der Last ihres wachsenden Schuldenberges, einen »Dialog« in der Außenpolitik. Jedoch im Innern des Landes, wo sie mit der Erinnerung an die Galionsgestalten Preußens, an Friedrich »den Großen« und Bismarck, auch alte »preußische Tugenden« zu preisen begann, blieb sie in dem Irrtum befangen, daß neues Denken teilbar sei. Wer als ein »Andersdenkender«, aber durchaus nicht als Neo-Faschist, den Dialog für sich einforderte, erfuhr Polizeieinsatz, Gefängnis, Landesverweis. Die preußisch-militante Gewalttätigkeit dieses Vorgehens bezeugte der Welt und dem eigenen Staatsvolk keineswegs Dialog- und Friedensfähigkeit. Hier wurde eine Überzeugung mit Füßen getreten, für die linke Aufklärer, entschiedene Demokraten und ursprüngliche Marxisten gestritten hatten: Außen- und Innenpolitik sind unteilbar, und in der dialektischen Einheit gilt das Primat der Innenpolitik, die das Wesen einer Staatsordnung offen legt. Friedenspolitik nach außen verlangt friedliche Konfliktlösungen im Innern. Die Verletzung dieses Gebots mitsamt der Willkür einer uneffektiven Kommandowirtschaft verursachten den Aufbruch der Volksmassen – die »Wende« im Herbst des Vorjahres, bei der sich viele als Triebkraft einer zweiten, aber deutschen »Oktoberrevolution« verstanden.

Was die Erwartungen ihrer Stimmführer betrifft, so hofften sie auf die Bewältigung eines freilich sehr schmalen Gratweges, der zur Errichtung des Rechtsstaates der Werkstätigen führen könnte. Dann erst, so besagte die Projektion, erstünde aus der gesamtgesellschaftlichen Krise die wirkliche Revolution. Eine Umwälzung des Sozialismus: Weg von seiner Diktaturform, die durch die Herrschaft einer Arbeiteraristokratie, ihrer stalinistisch strukturierten Partei- und Staatsbürokratie geprägt wurde. Hin zur Demokratie der arbeitenden Massen, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Die Ereignisse drängten jedoch auf einen anderen Weg. Nach dem Sturz Honeckers betrieb Nachfolger Egon Krenz eine Strategie der Schadensbegrenzung und Systemerhaltung. Jedoch unter dem Feuer der Kritik alsbald in Panik geratend, benutzte er das Vakuum der Staatsmacht, das durch den Rücktritt des Ministerrats am 7. und die Umbildung des SED-Politbüros am 8. November entstanden war, für eine Entscheidung, die das Schicksal der Revolution besiegelte: Unter Mißachtung der Volkskammer und aller Möglichkeiten, geeignete außenpolitische Absprachen für eine einstweilige Souveränität, eine vernunftgemäße Verhandlungs- und Kooperationsfähigkeit des Landes zu führen, ließ Krenz in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Grenzen bedingungslos öffnen. Seitdem vollzieht sich die Umwälzung der DDR unter der unmittelbaren Einflußnahme aller politischen und wirtschaftli-

chen Exponenten der Bundesrepublik Deutschland – abzielend auf die Wiederherstellung des Kapitalismus und die schnellstmögliche »Wiedervereinigung« der Deutschen.

Anstelle der »Oktoberrevolution« ist der schillernde Begriff der »Novemberrevolution« stimmig geworden. Er betont die Ereignisse, die die Entwicklungsalternative entschieden haben, und entspricht immerhin der Tatsache, daß – wie 1918 – die erhoffte »Arbeiterrevolution« gescheitert ist. Es geschieht, was Leo Trotzki vor einem halben Jahrhundert voraussagte: Wenn die politische Revolution des Arbeitervolkes gegen die sogenannte sozialistische Staatsbürokratie nicht siegt, erfolgt die Restauration des Kapitalismus – und dies sogar mit der Hilfe bisheriger Staatsbürokraten und Wirtschaftsadministratoren. Stahlharte Patentpolitiker des fehlgeleiteten Systems entdecken urplötzlich ihr weiches Herz für den Liberalismus des großen Kapitals.

Was immer nun über Deutschland zu sagen ist, erfolgt im gegenwärtigen Prozeß der deutsch-nationalen Einigung. Diese aber schien zuvor nur ein irgendwie vages, irgendwann vielleicht einmal mögliches Ziel der Geschichte zu sein. Bei den »Reden über das eigene Land«, über Deutschland also, die in den Münchner Kammerspielen gegen Ende des Jahres 1988 traditionsgemäß gehalten wurden, sprach nur Martin Walser von einem dunklen Einheitserwarten, das wider alle rationalen Gewißheiten als ein »Geschichtsgefühl« in ihm fortlebe. Alle anderen – Sontheimer, Jens, Bahr, Höpcke – verneinten die Möglichkeit einer »Heimholung der Ostdeutschen ins Reich der Bundesrepublik«. Sie bestritten sogar die Existenz genügender Voraussetzungen an politischer Demokratie und westdeutscher Sensibilität für eine solche »Wiedervereinigung«.

## 2.

Der Historiker aber muß die Macht des Faktischen akzeptieren. Mehr noch: Er ist gehalten, selbst im Voluntarismus seiner Zeitgenossen die Grundströmungen der Geschichte, die unabweislichen Prozesse zu begreifen. So sei an die welthistorische Tatsache erinnert, daß in dem bereits genannten halben Jahrtausend der Neuzeit eine weitere objektive Entwicklungstendenz wirksam ist und heute die Deutschen noch immer außer Atem versetzt: Eingebettet in das Werden und Wachsen der bürgerlichen Gesellschaft, arbeitet diese Tendenz auf die Herausbildung von Nationen und Nationalstaaten hin. Schon Martin Luthers Reformation gegen die römische Papstkirche, seine deutschsprachige Bibelübersetzung und der deutsche Bauernkrieg waren ihre embryonalen Symptome. Sie bewegte sodann offenkundig den erfolgreichen Kampf der Niederländer gegen die spanische Fremdherrschaft. Sie wirkte geradezu bahnbrechend in den bürgerlichen Revolutionen der Engländer, der US-Amerikaner und der Franzosen.

Waren dies Aufbrüche zu bürgerlichen Nationalstaaten, so standen an ihrer Wiege sogleich Krieg und Frieden als schicksalhafte Alternative. Krieg war die

Waffe der Revolutionäre und Unabhängigkeitskämpfer, die gegen die Gewalt ihrer Unterdrücker die Gewalt der Unterdrückten kehrten. Frieden aber sprach aus unvergeßlichen Manifestationen, in denen weltbürgerliche Menschenrechte und Eintracht der Völker verkündet wurden. Auch Preußen und Deutschland müssen sich gefallen lassen, daran gemessen zu werden. Hugo Grotius zum Beispiel, Parteigänger der niederländischen Revolution und Zeitgenosse des Dreißigjährigen Krieges, wollte mit seinem Hauptwerk »De jure belli ac pacis« (1625) in die zerrüttete Staatenpolitik Europas eine Berechenbarkeit und Vertragsgemäßheit einführen. Er setzte ein auf Ordnung und Sicherheit bedachtes Bürgerrecht als Maßstab für Völkerrecht. Während er den Krieg aber nur mit Gesetzeszäunen umstellte, gedachte wenige Generationen später ein anderer mehr zu tun.

Der Frühaufklärer Abbé de Saint-Pierre wollte den Krieg abschaffen. Was er zu diesem Zweck gegen alle kontemporären Widerstände, alles Gelächter seines Jahrhunderts, pedantisch und unverdrossen in die Welt setzte, war sein dreibändiges Lehrgebäude »Projet pour rendre de la paix perpétuelle en Europe« (1713/17). Obwohl er Franzose und ein Zeitgenosse des zentralistischen Staats Ludwigs XIV. war, bevorzugte er die im Herzen des Kontinents gelegenen föderativen Strukturen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – er transponierte sie in den völkerrechtlichen Entwurf einer Staatenföderation der »mächtigsten Souveräne Europas«. Es sollten Grundsätze des Gewaltverzichts gelten, der geachteten Souveränität und Gleichberechtigung, des Schiedsspruchs im Konfliktfall und des Mehrheitsbeschlusses im Staatenparlament, schließlich auch der Unterhaltung von Bundestruppen und ihres Einsatzes gegen Friedensbrecher. In diesen Bauformen reiner Logik blitzte die frühe Idee eines Friedensbundes der Staaten oder Vereinter Nationen auf. Wegen der Unmöglichkeit freilich, ein solches Projekt schon für die ganze Menschheit verwirklichen zu können, beschränkte Saint-Pierre seinen Plan auf die christlichen Mächte Europas. Doch galt ihm der Weltfrieden als das größere, weitgesteckte Ziel. Dieser Menschenfreund schrieb auch an Friedrich II. von Preußen – in dem rührenden Glauben, der Mann, der einen »Anti-Machiavell« geschrieben, könnte durch den Friedensplan überzeugt werden, von schlesischen Kriegszügen abzulassen.

Was der Untertan des feudalen Absolutismus noch im Sinne einer gemäßigt-loyalen Frühaufklärung gesät hatte, keimte als ein radikales Gewächs der beiden großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts auf. Der Gedanke, eine friedliche Staatenordnung herbeizuführen, verband sich mit dem energischen Anspruch auf Widerstand gegen unfriedliche Monarchen. Die nordamerikanischen Kolonisten und Unabhängigkeitsrevolutionäre, die die »Bill of Rights« (1776) proklamierten, teilten mit Thomas Paines »Common sense« (1776) ein weltbürgerliches und zugleich friedliches Zukunftserwarten. Nur die monarchische Staatsordnung stürze die Menschheit in Kriege – hingegen eine Repu-

blik in Amerika den dauernden Frieden verwirklichen werde: Denn die »vollkommene Gleichheit der Staatsbürger« bewirke »keine Versuchung« zum Krieg. Nur wenig früher wirkten in Frankreich Jean-Jacques Rousseau und der Abbé de Mably ebenfalls als Programmatiker einer besseren Einheit von Innen- und Außenpolitik: Die Erneuerung der Völkerbeziehungen erfordere eine Staatsordnung, in der die Souveränität den Königen entzogen und auf die Nationen übertragen werden müsse. Nur eine Innenpolitik, die sich auf Volkssouveränität gründe und auf das Gesamtwohl einer Nation orientiere, könne auch die Lebensinteressen anderer Völker sowie den Frieden der Menschheit achten.

Ob nun von gemäßigter oder revolutionär-demokratischer Tendenz – das neue Denken der Aufklärung berief sich auf rationale Einsichten in die ungeschriebenen Gesetze der Natur, wonach alle Menschen und Völker als gleichberechtigt gelten mußten. Es wirkte daher im Namen des Naturrechts, das durch die menschliche Kraft der Vernunft endlich in ein anwendbares System gebracht schien, für eine humane Gesellschaftsordnung. Es forderte nationale wie internationale Zustände, in denen »Freiheit« und »Gleichheit« für alle Individuen als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, auch die Souveränität der Völker vor Willkürakten – vor Aggressoren und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten.

Mit einstweilen noch logischer Konsequenz beseelte dieses Denken insbesondere die Anfänge der Französischen Revolution. Hier ertönten weltbürgerliche Friedensbotschaften – nicht nationalistische Kriegstrompeten. Das erfolgte bei allen Grundsatzserklärungen dieses Umbruchs von Staat und Gesellschaft, der zur bürgerlich-demokratischen Herausforderung und Leitrevolution für den Kontinent Europa, sogar für die Welt wurde. Die unvergeßliche Deklaration der Nationalversammlung vom 26. August 1789, die Prinzipien der Neugestaltung Frankreichs enthielt, aber auch an die Völker gerichtet war, besiegelte nicht nur die Liquidation der Vorrechte des Adels und des Klerus. Sie stellte nicht nur den Grund- und Kapitalbesitz unter den Schutz der künftigen bürgerlichen Verfassung. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte kündigte ebenfalls eine darüber hinausweisende humanistische Aufgabe an: den freien Menschen und Staatsbürger in einer möglichst vollkommen gestalteten Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. In dieser kritischen Phase der politischen und sozialen Entwicklung vertrat das Bürgertum sein besonderes Interesse als das gemeinsame Interesse der Menschheit.

Die zur Herrschaft drängende Besitzklasse hielt auch für angeraten, aus dem Munde ihrer Abgeordneten einen neuen Grundsatz der Außen- und Militärpolitik zu verlautbaren: »Die französische Nation verzichtet darauf, einen Krieg zu Eroberungszwecken zu unternehmen; sie erklärt, daß sie ihre Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes einsetzen wird« (22. Mai 1790). Das Vertrauen auf die Allmacht der Vernunft, die stille Werbekraft der

neuen Menschheitslehre, schien damals nicht in Frage gestellt. Das sichtliche Bestreben, den Krieg, mehr noch die Aggression, aus dem Leben der Völker zu verbannen, konnte die Herzen des eigenen Volkes und aller Franzosenfreunde gewinnen. Der Deutsche Klopstock drückte denn auch die Solidarität des frankophilen Europa in Versen aus, mit denen er »Galliens Freiheit« besang: »Was vollbringet sie nicht! Sogar das gräßlichste aller Ungeheuer, der Krieg, wird an die Kette gelegt!«

### 3.

Zu dieser Zeit lag das benachbarte Deutschland in 296 Territorialstaaten zerstückelt, die sämtlich feudalen Charakters waren. Viele Ideen und sämtliche Taten, die zu bürgerlich-nationalen Höhen vordringen mochten, verfrachten sich in den Grenzpfählen der unüberwindlich scheinenden Kleinstaaterei. Und doch – das neue Denken der Aufklärung überflog Hindernisse. Es vollzog sich in einer Region kosmopolitischer Geister, die über diplomatische Intrigen und militärische Waffengänge hinweg miteinander verkehrten. Immanuel Kant in Königsberg beispielsweise folgte längst schon den Ideen Saint-Pierres und Rousseaus – und gerade als Preußen den konterrevolutionären Krieg gegen Frankreich verlor, erhob er die Fackel der Friedensdenker: Sein Traktat »Zum ewigen Frieden« (1795) gedieh noch einmal zum weltbürgerlichen Vermächtnis der Aufklärung.

Die Große Revolution, die in Frankreich den bürgerlichen Nationalstaat konstituierte, vertiefte bei den Nachbarvölkern aber auch das Bewußtsein der eigenen, nationalen Wesenheit. Friedrich Schiller, Kants großer Dichter-Schüler, schien inmitten der Kleinstaaterei den kategorischen Imperativ ins Nationale zu übertragen, indem er eine »Pflicht für jeden« gebot:

»Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an.«

Hatten die an atlantischen Küsten lebenden Völker Englands und Frankreichs, auf die Dauer sogar Nordamerikas, ihre Nationalstaaten begründet, sich folglich als »Staats-Nationen« konstituiert, so gaben deutsche Dichter und Denker ihren nationalen Bestrebungen einen anderen Sinn. Sie sahen in den Deutschen eine Nation, die nicht durch die Existenz eines vereinigenden Staats, wohl aber die Gemeinsamkeit von Sprache und Mentalität, Sitten und Gebräuchen, Literatur und Künsten, also durch eine eigentümliche Kultur gekennzeichnet war. Die Idee der »Kultur-Nation« – anstelle der »Staats-Nation« – sollte diese Besonderheit ausdrücken. Aber der »deutsche Genius«, dieses fiktive Gebilde von Intellektuellegeist und Volksseele, war ein zwiespältiges Wesen. Es strebte im Bemühen um nationale Eigenart und Gemeinschaft zu den hohen Werten der Menschheit empor, während es an den Bleigewichten der politischen deutschen Misere schleppte. »Gedankenvoll« und »tatenarm«, tadelte Hölderlin. Schiller ermutigte – und dämpfte zugleich:

»Ringe, Deutscher, nach römischer Kraft, nach griechischer Schönheit!  
Beides gelang dir; doch nie glückte der gallische Sprung.«

Die Kraft der Revolution, die mancherlei Grenzzäune nieder fegte, kam in der Tat von außen. Sie provozierte – um nicht zu sagen: sie peitschte – einen gut Teil der Deutschen zu Fortschritt und Nationalbewußtsein, und sie trägt in der historischen Erinnerung nur einen Namen: Napoleon Bonaparte. Um Frankreichs Vormacht auf dem Kontinent zu sichern, vollendete Napoleon die seit dem Frieden von Basel (1795) betriebene Annexion des linken Rheinuferes. Er gebrauchte sodann den ewigen und räuberischen Landhunger deutscher Fürsten als die Axt, die dem brüchigen Staatsgefüge des tausendjährigen Reiches den Todeshieb versetzte: Für den Preis von Gebietszuwachs und Rangerhöhung kündigten diese Fürsten ihrem habsburgisch-deutschen Kaiser die Gefolgschaft auf. Sie schlossen sich 1806 unter der Schirmherrschaft des »Kaisers der Franzosen« im Rheinbund zusammen. Dabei mußten sie erfahren, daß Napoleon in seinen rechtsrheinischen Protektoratstaaten fortsetzte, was durch die französischen Direktorien im Linksrheinischen schon begonnen war: Er dekretierte liberale Reformen, die eine bürgerliche Umwälzung von Staat und Gesellschaft in etlichen Territorien Deutschlands eröffneten.

Doch der Vernunftglaube der Aufklärung und der Enthusiasmus der Großen Revolution waren bereits eingetrübt. Kriege, Plünderungen, Annexionen verheerten Länder und Völker. Man lese Schillers berühmte Verse zum »Antritt des neuen Jahrhunderts« und begreife die Verzweiflung, mit welcher der Schöpfer des Freiheitsrebellens Karl Moor und Sänger der »Ode an die Freude« nunmehr auf ein blutig zerstrittenes Europa blickte:

»Wo öffnet sich dem Frieden,  
Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?  
Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,  
Und das neue öffnet sich mit Mord.

[...]

Zwo gewalt'ge Nationen ringen  
Um der Welt alleinigen Besitz;  
Aller Länder Freiheit zu verschlingen,  
Schwingen sie den Dreizack und den Blitz.«

Poseidons Dreizack, das Wahrzeichen der Herrschaft über die Meere, und der Blitz, die Waffe des obersten Gottes Zeus – es sind die beiden fortgeschrittensten Staaten, Großbritannien und Frankreich, die hier mit antiken Sinnbildern der deutschen bürgerlichen »Klassik« bezeichnet und als Rivalen einer räuberischen Welteroberung angeklagt wurden. Der französische »Blitz« personifizierte sich in Napoleon. Er war der Repräsentant eines großbürgerlichen Militarismus, der die Volksmassen im eigenen Land ausbeuten und auf den

Schlachtfeldern Europas verbluten ließ, der überdies die Nachbarvölker in eine halbkoloniale Abhängigkeit zwang. Seine verordneten Gesetzbücher des frühen Liberalismus warfen den Schatten der Fremdherrschaft.

»Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung«, so wurde 1806 die Situation in jener patriotischen, aber konservativen Streitschrift betitelt, für deren Verbreitung der Nürnberger Buchhändler Palm unter den Kugeln eines französischen Exekutionskommandos fiel. Anders urteilte der Jenenser Philosoph Hegel: Er interpretierte den Wandel von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung als ein Fortschreiten des »Weltgeistes« und Napoleon als dessen genialen »Geschäftsführer«. Wieder anders, nämlich empfindsam, sogar betroffen, reagierte Goethe auf die objektive Widersprüchlichkeit des mit Napoleons Hegemonialpolitik verbundenen Progresses. Er ließ die mythische Gestalt des Prometheus, die er früher als einen Rebellen und Menschenbildner gegen die Allgewalt der Götter – somit der Fürsten – gefeiert hatte, im Festspiel »Pandora« (1807/08) noch einmal als eine Verkörperung der modernisierenden Kräfte agieren: Nun aber als ein zwiespältiger Menschenvater, der seinen Geschöpfen nicht nur die Fertigung von Arbeitsgeräten, sondern auch von Waffen lehrt, mit denen sie gewalttätig und räuberisch in die Welt drängen, um geringer entwickelte Völker zu unterjochen. In der Dichtung wie im politischen Leben vermochte Goethe gegenüber Prometheus-Napoleon keine glaubwürdige Alternativgestalt des Fortschritts zu erkennen. Daher blieben ihm nur die poetische Symbolik und die utopische Hoffnung, daß eine Läuterung der Menschen in der Zukunft möglich sei. Indem der größte deutsche Nationaldichter an der aufklärerischen Humanitätsidee festhielt, wonach die schöpferischen Individuen aller Völker und Nationen mit möglichster Teilnahme ihrer Regierungen an der Aufgabe wirken sollten, den Fortschritt der Menschheit zu beflügeln, bewahrte er sich den Blick für die historische Größe Napoleons. Ihm mißfiel die Beschränktheit deutscher Potentaten, auch der einengende Nationalismus deutschtümelnder Patrioten. Das aber hinderte ihn alsbald, sich dem Unabhängigkeitskampf der Deutschen anzuschließen.

#### 4.

Hier nun ist der historische Platz, um von Preußen zu sprechen: dem Kraftzentrum des antinapoleonischen Widerstands in der Mitte Europas. Seine Politik war nicht ohne geistige und realpolitische Fortschrittalternativen zur Französischen Revolution.

Aus der Schar Deutscher, die in Preußen eine politische Heimstatt suchten, sei vor allem der Philosoph Fichte genannt. Er hielt seine »Reden an die deutsche Nation« (1807) unbeirrt unter den Bajonetten napoleonischer Besatzungstruppen in Berlin. Ein Verfechter des revolutionären Widerstandsrechts, wonach jedes Volk seine Gewalt gegen die Gewalt seiner Bedrücker setzen darf, war er vom Parteigänger der Französischen Revolution zu einer Nationalbe-

wußtheit fortgeschritten, die in Napoleon einen Machtpolitiker und Falschmünzer der »Freiheit« und »Gleichheit«, einen Feind der deutschen Nation bekämpfte. Fichte entwickelte aus der Idee der »Kultur-Nation« die patriotische Utopie, daß die Deutschen im Herzen des Kontinents als ein historisch gewachsenes »Urvolk« das Wesen der Menschheit repräsentieren könnten: Sie sollten Kultur und Gemeingeist durch freiheitliche Nationalerziehung derart vervollkommen, daß sie zukünftig die Mission erfüllten, die Völker aus Egoismus, Verderbtheit, Irrtümern auf einen besseren Weg zu »Freiheit« und »Gleichheit« zu führen.

Die preußisch-deutschen Nationalisten späterer Generationen haben Fichtes Idee der Nationalerziehung für ihre alldeutschen und faschistischen Herrschaftsgelüste mißbraucht, so auch den Namen des Philosophen mit dem Brandmal des deutschen Größenwahns befleckt. Jedoch dem konkret-historischen Urteil ist aufgetragen, in Fichtes Reden edlere Absichten zu entdecken. Die deutsche »Kultur-Nation« sollte das Völkerleben von der Barbarei bisheriger Zwangsherrschaften und Kriege erlösen.

Fichte war der philosophische Weggefährte jener politischen Erneuerer Preußens, die gegen Napoleons Konzeption des bürgerlichen Fortschritts und der nationalen Unterdrückung eine Alternativkonzeption des bürgerlichen Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit vertraten: der Männer und Frauen um Stein und Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz. Im Unterschied zu Fichte waren sie freilich niemals demokratische Revolutionäre gewesen. Sie hatten ihre staatsrechtlichen Ideen von Montesquieu – nicht von Rousseau – rezipiert und dem Engländer Edmund Burke ihren Beifall für seine konservative Polemik gegen die französischen Jakobiner gespendet. Jetzt erkannten sie das Bürgertum, die Bauern, selbst die »niederen Klassen« als Triebkräfte des sozialen und politischen Fortschritts, wünschten diese aber unter das Kommando eines aufgeklärten Königtums gestellt. Der Mehrzahl von ihnen galt Frankreich als Land einer allzu radikalen politischen Revolution, deren proklamierte freiheitliche Ziele überdies durch Napoleons gewaltsames Hegemonialsystem diskreditiert wurden. Sie suchten daher in England ihr Vorbild, wo der gesellschaftliche Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus letztlich in einem Ausgleich zwischen der adligen Aristokratie und dem bürgerlichen Besitzstand vollzogen worden war. In Preußen sollte die historisch notwendige Umwälzung durch reformerische Staatspolitik erfolgen – kraft der Autorität des Monarchen und der Billigung eines Adels, der sich gemäß den idealen Wünschen dieser Reformen bereit fände, mit Bürgertum und Volk eine Art vaterländischer Koalition anzustreben.

Mit der Bezeichnung »preußische Reformen« in der Historie überliefert, bildeten sie gleichwohl die überzeugte Avantgarde eines Patriotismus, der auch bei ihnen weniger auf Preußen als auf Deutschland gerichtet war. Da sie aber nicht am Schreibpult des Philosophen, sondern in Regierungsämtern und Mi-

litärkommandos agierten, entwarfen gerade sie jene Konzeptionen, die sich vom elitären Selbstverständnis einer »Kultur-Nation« zum politischen Entwurf einer »Staats-Nation« vorwagten: »Wir erkennen alle Deutsche als unsere Brüder und erklären feierlich, daß wir nicht die Absicht haben, ihr Gebiet mit dem unsrigen zu vereinigen; nur diejenigen deutschen Völker, welche mit uns unter gemeinschaftlichen Gesetzen leben wollen, werden in unsern Bund aufgenommen. [...] Für den preußischen Staat wird eine freie Konstitution proklamiert.« Neithard v. Gneisenaus Denkschriften an den König (1808) verneinten Annektionen, betonten Freiwilligkeit des Anschlusses – doch sie enthielten nichts Geringeres als das Projekt eines norddeutschen Staats unter Preußens Führung. Das unmittelbare Ziel der Reformen war ein vielleicht letztmaliger Krieg: Er sollte keine neuen Eroberungen, sondern die nationale Befreiung und eine europäische Friedensordnung herbeiführen, in der die Völker bei »wechselseitiger Unabhängigkeit« gedeihen könnten.

Auch diese Ideen waren von der Aufklärung, zumal vom klassischen Idealismus Kants und Schillers befruchtet. Sie wurzelten vor allem aber im Epochenerebnis der Französischen Revolution – und entsprachen der Tendenz des welthistorischen Prozesses: Denn indem sich die Nation in Großbritannien und Frankreich als eine Existenz- und Entwicklungsform der modernen Gesellschaft erwies, mußte ihre Konstituierung ebenfalls in Deutschland erfolgen. Die Reformen wirkten daher für einen Fortschritt, der mit dem objektiven Ziel, die bürgerliche Ordnung und den Nationalstaat hervorzubringen, die nationale Unabhängigkeit erforderte. Sie waren Wegbereiter und Organisatoren jener Volksbewegungen, die 1813 von ihren Fürsten den Krieg und den Sieg gegen Napoleon erzwangen. Diese Reformpolitik nährte die Erwartungen, die damals von vielen auf Preußen gerichtet wurden; sie erleichterte zumal den Rheinländern die Annahme des preußischen Patents der Besitzergreifung vom 5. April 1815.

Alles in allem waren jene Jahre eine Zeit des massenhaften Erwachens, der wirklichen Erhebung, wobei nicht wenige Deutsche ihr nationales Fühlen und Denken entdeckten – und doch sind die Umstände dieser Bewußtwerdung für Deutschland und Europa keineswegs als glücklich zu bezeichnen. Man denke nur an »Lützows wilde, verwegene Jagd« auf »fränkische Schergen« und »winselnde Feinde«, auf »Henkersblut und Tyrannen«. Wie alle Völker in der bisherigen und künftigen Geschichte ihre Widerstandskraft gegen fremdländische Bedrücker durch eine rücksichtslose Mobilisierung des Patriotismus verschärften, so glorifizierten die Napoleongegner in martialischen Kundgaben den »heiligen Krieg«, den Franzosenhaß, die blutige Rache und den Opfertod. Es war ein vaterländisch empfundener Aufbruch, aber auch irrationaler Exzeß, der lebte und fortlebte in allzu vielen Generationen: Mit ihrer Wut gegen den äußeren Feind verdrängten sie ihren Frust, der sie unter der Dauerlast ihrer inländischen Presser quälte.

In dieser nationalen Bewegung von 1813 findet sich der Mann, dessen Verseile auch die heutigen Deutschen bewegt: »Was ist des Deutschen Vaterland?« Ernst Moritz Arndt, Bauernsohn von der Insel Rügen, zeitweilig Professor der schwedischen Universität Greifswald und dank Schusters Rappen mit etlichen Ländern Europas bekannt, war der publizistische Wortführer des antinapoleonischen Widerstands. Er hatte den Sturz des römisch-deutschen Kaiserreiches, das von Goethes Studenten in Auerbachs Keller verspottet wird, mit Bestürzung wahrgenommen – als ein Ereignis des Aufschreckens aus schlafmütziger Gewohnheit und Lethargie: »Jetzt war das Letzte geschehen, alles einzelne Deutsche, das Kleinste wie das Größte, das Ruhmvollste wie das Dunkelste, lag nun in einem großen gemeinsamen Jammer über- und untereinander hingeworfen und der übermütige welsche Hahn krächte sein Viktoria! [...] Als Deutschland durch seine Zwietracht nicht mehr war, umfaßte mein Herz seine Einheit und Einigkeit.«

Arndt war kein Konservativer, der die alten sozialen und politischen Zustände schlechthin wiederhergestellt wünschte. In den Jahren, da der preußische Reformminister Stein geächtet umherzog und in Böhmen, Rußland, Ostpreußen die Ideen des Aufstands gegen Napoleon schürte, war er dessen Weggefährte und literarischer Mitarbeiter: eine Posaune des patriotischen Zeitgeistes, ein Aufrührer von lutherischer Sprachgewalt, den die Allmacht des Imperators und seiner rheinbündischen Kollaborateure nicht schreckte. Sein »Kurzer Kalender für teutsche Soldaten« (1812) ist Zeugnis seiner rebellischen Absichten: »[...] Das ist teutsche Soldatenehre, daß der Soldat fühlt: er war ein teutscher Mensch, ehe er von teutschen Königen und Fürsten wußte: es war ein teutsches Land, ehe Könige und Fürsten waren; daß er es tief und inniglich fühlt: das Land und das Volk sollen unsterblich und ewig seyn, aber die Herren und Fürsten mit ihren Ehren und Schanden sind vergänglich.«

Aus solcherart Nationalgefühl, das seine herkömmlich mangelhafte Politikfähigkeit durch die Beihilfe der Rhetorik steigern wollte, entstand auch Arndts gegenwärtig oft erinnertes Vaterlandslied. Ein merkwürdiger Hochgesang, der den deutschtümelnden Zeitgeist treffend dokumentiert, aber uns Heutigen durchaus fragwürdig erscheinen sollte:

»Was ist des Deutschen Vaterland?  
Ist's Preußenland? Ist's Schwabenland?  
Ist's, wo am Rhein die Rebe blüht?  
Ist's, wo am Belt die Möwe zieht?  
O nein! nein! nein!  
Mein Vaterland muß größer sein!«

Auf fragende Weise die deutschen Landschaften mitsamt Österreich und der Schweiz abschreitend, gibt Arndt in der siebten Strophe die problematische

Antwort:

»[...] So weit die deutsche Zunge klingt  
Und Gott im Himmel Lieder singt,  
Das soll es sein!  
Das, wack'rer Deutscher, nenne dein!«

Das zehnstrophige Gebilde radikalisiert sich schließlich zu einer tödlichen Drohung gegen jeden Franzosen und alle von Frankreich gekommenen bürgerlichen Errungenschaften.

Spätere Kritiker haben Arndt einen Wegbereiter deutscher Expansionspolitik, zumal des Hitlerfaschismus geheißen und mit den teutonischen Barden des Dritten Reiches verglichen. Wie schon im Falle Fichtes, so wird aber auch diesmal das originäre Erbe mit dem späteren Mißbrauch gleichgesetzt und ein Einspruch des Historikers provoziert: Denn Ideen und Handlungen können primär nur innerhalb ihrer unverwechselbaren Zeitbedingungen erklärt werden. Mit Arndt und vielen weiteren Patrioten reagierte ein deutschtümelnder Nationalismus auf die gewaltsamen Herausforderungen des Nationalismus napoleonischer Hegemonialpolitik. Die expansive Vorstellungskraft der einen, die nationale Defensive vertraten, war nur eine geistige Entgegnung auf die expansive Tatsächlichkeit des anderen, der ein permanenter Angreifer und Eroberer war.

Aber auch so bleibt zu sagen, daß in Arndts Gedichten und Schriften ein Nationalgeist wirkte, der die weltbürgerlichen Humanitätsideen der Aufklärung nicht mehr fortsetzte. Der Mann, der die vaterländischen Grenzen »mit Gottes Hilfe« so weit verrückte, daß sie in die Lebenssphären anderer Völker beträchtlich hineinragten, zeugt für die Anfänge eines ideologischen Wandels, der für Deutschland im 19. Jahrhundert paradigmatisch wurde: des Übergangs vom Kosmopolitismus der »Kultur-Nation« zur nationalistischen Projektierung einer »Staats-Nation«.

Dieser beginnende Ideologiewechsel war aber kein spezifisch deutscher Vorgang. Er war geprägt von den Erfahrungen einer weltpolitischen Entwicklung, bei der die humanen Ideen der Aufklärung, die menschenrechtlichen Deklarationen der Großen Revolution eine radikale Entschleierung und Zersetzung erlitten. Die Losung der »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« mit ihrer Friedensbotschaft und verheißenen Interessenharmonie für alle Individuen und Völker verengte sich bereits zum Selbstzweck nationaler und rivalisierender Bourgeoisien. Nach innen galt ihnen das Interesse entfesselten und wuchernden Eigentums, nach außen hin die »Freiheit« des Handelsmonopols und des wechselseitigen Konkurrenzkampfes, zudem der Unterwerfung und Kolonisierung anderer Völker. Die Napoleonischen Kriege waren, neben ihrem antifeudalen Charakter, ein gewaltvoller Konflikt zwischen den bürgerlichen Regimen Frankreichs und Großbritanniens um politische und wirtschaftliche Vorherrschaft.

Dieser weltweite Zweikampf kündigte die Weltragödien des 20. Jahrhunderts an. Trotz fortschreitender Zivilisation, wobei vor allem der Siegeszug der Industriellen Revolution, die darauf gegründete Entwicklung der Industriegesellschaft zu nennen ist – die Geschichte der Nationalstaaten sollte künftig gezeichnet sein: mit dem Kainsmal des Hegemoniestrebens, des Wettrüstens und der mörderischen Kriege.

## 5.

Zunächst aber ereigneten sich der Wiener Kongreß (1814/15) und das von ihm ausgehende Zwischenspiel der »Restaurations«-Periode. Statt eines deutschen Nationalstaates entstand der Deutsche Bund: eine Staatenföderation, die sich auf das Prinzip der Legitimität traditioneller Fürstenhäuser gründete. Konservative Friedensdiktatoren vom Schlage des Zaren Alexander und des österreichischen Staatskanzlers Metternich glaubten als Gralshüter einer »Heiligen Allianz«, sie könnten die gegen Napoleon erstandenen Völker in eine spätf feudale Kontinentalordnung zurückscheuchen, ihre erneuten Nationalbewegungen mit Gewalt niederhalten. Selbst das reformierte Preußen, das in Wien die fortgeschrittenen Gebiete Westfalens und des nördlichen Rheinlandes gewann, postierte sich auf dem Westufer des Rheins als ein Wächter gegen Frankreich. Es bedurfte dann nur noch des studentischen Wartburgtreffens (1817) unter der verbotenen Fahne Schwarz-Rot-Gold, daß sich das preußische Polizeigesicht auch nach innen wandte, um die Anhänger des deutsch-nationalen Fortschritts als »Demagogen« zu verfolgen.

Doch die objektive Entwicklungstendenz der Herausbildung bürgerlicher Nationalbewegungen und Nationalstaaten wirkte fort. Sie offenbarte sich nunmehr in den revolutionären Erhebungen Italiens, Spaniens, Griechenlands und selbst dem Dekabristenaufstand der russischen Adelsrevolutionäre. Sie triumpierte vollends in den Revolutionen Frankreichs und Belgiens von 1830, die den Machtbereich der »Heiligen Allianz« bis an die rheinischen Grenzlande zurückwarfen. Noch im selben Jahr entbrannte auch der polnische Novemberaufstand gegen die Fremdherrschaft des russischen Zarentums und entfaltete sich zur augenblicklichen Schicksalsfrage Europas. Weil nämlich Rußland, Österreich und Preußen als Hauptmächte der »Heiligen Allianz« ihre Gewalt unmittelbar in der gemeinsamen Unterjochung Polens vereinigten, traf die polnische Nationalerhebung den Nerv des spätf feudalen Kontinentalsystems: Ein Sieg der Polen konnte den Fortschritt beschleunigen, die Durchsetzung von Nationalstaaten auch in Mittel- und Osteuropa vorantreiben. Viele Monate lang widerstanden die Unabhängigkeitskämpfer dem Zarismus, und indem sie den »Gendarmen Europas« an sich banden, bewahrten sie die kleinstaatlichen Revolutionen in Deutschland und die Nationalrevolutionen in Westeuropa vor der Gefahr einer möglichen Militärintervention. Zuletzt jedoch fiel Warschau im Kampf gegen die russischen Truppen, deren Übermacht noch durch

Preußens Bündnishilfe gestärkt wurde: durch den cordon sanitaire, womit dieses seine westpolnischen Gebiete gegen den Bazillus des Aufruhrs abschirmte und solidarische Hilfeleistungen unterband. Ganz und gar fruchtlos bleiben aber selbst Niederlagen nicht. Der tragische Flüchtlingsstrom der Polen, die durch deutsche Länder nach Frankreich ins Exil zogen, gedieh zu einer völkerverbindenden Freiheitsdemonstration.

So konnte es geschehen, daß auf dem denkwürdigen Hambacher Fest (1832), der ersten Massenkundgebung deutscher Geschichte, der Wille zum Nationalstaat sich noch einmal mit den Ideen des Weltbürgertums verband. Obwohl Arndts Vaterlandslied wiederum gesungen wurde – auf der Burgruine bei Hambach wehte neben Schwarz-Rot-Gold auch das Weiß-Rot der polnischen Fahne, und die Deutschen fraternisierten sogar mit französischen Republikanern. »Vereinigte Freistaaten Deutschlands« und ein »konföderiertes republikanisches Europa!«, so lautete die dialektische Losung. Hatten sich die Fürsten in Deutschland als »Deutscher Bund« und in Europa als »Heilige Allianz« zusammengeschlossen, so artikulierte die Forderung nach deutscher Föderativrepublik und republikanischem Völkerbund eine ebenso nationale wie internationale Alternative.

Sie ist für unsere Gegenwart ein Erbe von höchst aktueller Bedeutung. Damals aber vermochte sie die zeitgenössische Quadratur des Zirkels nicht zu lösen. Ironisch und zugleich resignativ schrieb Heinrich Heine: »Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufganglieder, und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken [...].« Schon die blutige Niederschlagung des Polenaufstands hatte eine nochmalige Festigung der »Heiligen Allianz« eingeleitet. Den »großen Skandal« zu Hambach, der sich nach Metternich »wie eine deutsche Nationalversammlung« ausnahm, benutzten nunmehr die Fürsten für eine zweite Demagogienjagd.

Was dann kam, waren wiederum deutliche Anzeichen eines Nationalismus, der die Völker entzweite. Der alte Streit, ob der Rhein Frankreichs »natürliche Grenze« oder Deutschlands Strom sein müsse, brach 1840 ein weiteres, keineswegs letztes Mal offen hervor. Obwohl Deutschland noch immer in 38 Staaten zersplittert war, reagierte eine grenzüberschreitende Nationalbewegung auf die Gebietsforderungen der französischen Julimonarchie. Arndt witterte sogleich den Gebrauchswert seines Talents, neuen Kriegsgesang zu intonieren: »Zum Rhein! Übern Rhein! All-Deutschland in Frankreich hinein!« Da mochten wohl Jüngere nicht zurückstehen. Nikolaus Beckers Lied, mit zahlreichen Vertonungen, wurde von Hunderttausenden gesungen: »Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein.« Die martialischen Gesänge fanden noch im nächsten Jahr einen Widerhall. Von der britischen Insel Helgoland heimatselig zum Festland blickend, dichtete Hoffmann von Fallersleben, was in gebrochener Sangesweise noch heute fortlebt: »Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!« Es geschah in nationaler Gewitterschwüle, wobei Für-

sten und Adel durchaus zufrieden waren, daß sich die Bürgermasse in gemeinsamer Front mit ihnen gegen den »Erbfeind« erzürnte.

Die Wogen der »Rhein-Krise« verebten infolge des Nachgebens der Pariser Regierung. Doch ein militanter Nationalismus der Deutschen überdauerte und suchte alsbald seine Bewährungen im Osten. In der Revolution von 1848, dem Höhepunkt der bürgerlich-demokratischen Nationalbewegung, verweigerte das »frei gewählte« Frankfurter Parlament ausgerechnet den Polen die Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Es sprach der preußischen Soldateska die Aufgabe einer erneuten Unterdrückung polnischer Patrioten zu. »Die Schuld der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last«, urteilte die äußerste Linke der revolutionären Demokratie. »Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte [...] wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande, wären die von Deutschland aus unterdrückten Völker längst zu einem normalen Zustand freier Entwicklung gelangt. Jetzt, wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Auslande gegenüber ändern oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maß frei, worin es die Nachbarvölker freiläßt.« Dieser Aufruf der »Neuen Rheinischen Zeitung« sollte gültig bleiben bis in unsere Tage – zumal mit den Niederlagen der bürgerlich-demokratischen Revolutionen Europas von 1848/49 auch die Chancen des Weltbürgertums und der Völkerfreundschaft für lange Zeit schwanden.

## 6.

Der Krimkrieg (1853-56) beendete die reaktionäre Friedensordnung der »Heiligen Allianz«. Jetzt begannen die militärischen Auseinandersetzungen, die das Staatensystem Europas hinfort ständig erschütterten. Was sich dabei in Preußen und Deutschland ereignete, geschah nicht ohne die neuen Herausforderungen des französischen Bonapartismus. Aber die späte Erschaffung des deutschen Nationalstaats vollzog sich – wie sein Begründer selbst propagierte – auch nach eigenem Wollen mit »Blut und Eisen«. Gemäß Bismarcks Strategie führte Preußen seine Kriege gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71). Auf diesem Wege wurde die Frage, was wohl »des Deutschen Vaterland« sei, auf höchst problematische Art beantwortet: Die bürgerlich-nationale Einheit erfolgte nicht dank des Erneuerungsgeistes jener preußischen Reformer, die zu Jahrhundertbeginn noch von der Ethik eines humanen Idealismus erfüllt gewesen waren. Sie geriet vielmehr unter den gespreizten Adler und die Pickelhaube des entwickelten preußischen Militarismus.

Allein schon der Akt, den König von Preußen ausgerechnet im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser zu küren, war eine Demütigung der fran-

zösischen Nation. Dann folgte das Friedensdiktat von 1871. Die Annexion Elsaß-Lothringens war das Schlangenei, das Bismarck dem deutschen Nationalstaat im Namen der Junker und der Bourgeoisie in die Wiege legte. Was daraus hervorzunehmen würde, hatten Marx und Engels, die als Sprecher der Ersten Internationale einen ehrenvollen Frieden für Frankreich forderten, warnend vorausgesagt: Eine Annexion werde in Zukunft das »unfehlbarste Mittel« sein, um »Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruinieren«. Die gesamteuropäische Katastrophe in der Form eines deutschen Zweifrontenkrieges, bei dem sich Frankreich mit Rußland verbünden werde, war die zeitigste Ankündigung des Weltkrieges, der 1914 tatsächlich begann.

In diesem Zusammenhang kann ein Problem erwähnt werden, das für die Deutschen damals wie heute gilt: die besondere geopolitische Lage ihrer Staaten. Anders als die meisten Länder Europas wurde und wird Deutschland durch seinen Standort im Herzen des Kontinents von allen übergreifenden Entwicklungen, Geschehnissen und Konflikten betroffen. Die Hegemonialinteressen der österreichischen Habsburger, des französischen Bonapartismus und des russischen Zarentums, die Nationalerhebungen der permanent unterdrückten Polen, die Revolutionen in Paris, Brüssel, Wien, Böhmen und Ungarn, die Unabhängigkeitskämpfe in Italien und auf dem Balkan – das alles ließ Deutschland im vorigen Jahrhundert nicht unbeeinflusst. Auch umgekehrt hat die Politik der herrschenden deutschen Klassen die anderen Länder und Völker stets bewegt. Bismarck nutzte die fortgesetzten Konflikte der Staaten Europas im Interesse Preußens und des Reiches – oder er schmiedete Koalitionen mit geeigneten Partnern gegen die Interessen Dritter.

Daraus mag die Frage erwachsen: Ob die vielbeschworene Aggressivität Preußen-Deutschlands nicht auch präventiver Natur gewesen sei? – Georg Herwegh, die »eiserne Lerche« der Märzrevolutionen, hat noch im Alter unbeirrt die Antwort gegeben, daß der »schlimmste Feind« des deutschen Volkes nirgendwo anders als »an der Spree« zu finden sei. Dies sollte heißen: Das zweite Deutsche Reich war autoritär und demokratiefeindlich nach innen, militant und räuberisch nach außen.

Allerdings suchte der Reichskanzler Bismarck den Raub von 1871 in der Folge durch Balancepolitik zu sichern und den drohenden Zweifrontenkrieg abzuwenden. Das könnte man eine Defension zwecks Bewahrung der Beute, eine Machtpolitik unterhalb der Schwelle des Krieges nennen. Kaiser Wilhelm II., der Bismarck entließ, trennte sich aber von dessen Strategie. Er räumte der Aggressivität den Freilauf ein. Die Forderung nach Neuverteilung von Märkten und Kolonien, die das Großkapital gegen England und Frankreich erhob, entblößte eine Spezifik deutsch-nationalistischen Denkens: ein selbstzerstörerisches Unvermögen, die gebotenen Rücksichten Deutschlands auf Europa, überhaupt auf internationale Interessen- und Machtverhältnisse, real einzuschätzen.

»Was ist des Deutschen Vaterland?« Die Antwort, die die Alldrutschen auf diese Frage gaben, ist sattsam bekannt. Der Kriegsbegeisterung von 1914, mit der man demagogisch verblendete Massen auf die Schlachtfelder trieb, folgten millionenfache Morde und Verzweiflungen. Wohl lebten mit dem »Friedensdekret« der russischen Oktoberrevolution, mit der deutschen Novemberrevolution und zumal der Gründung des Völkerbundes vage Hoffnungen auf: Dieser erste der Weltkriege sei der letzte der großen Kriege gewesen! – Dann aber wagte der wieder aufkommende Nationalismus, der nach Revanche gegen Frankreich und England, nach Expansion gegen die östlichen Nachbarn schrie, den Salto mortale in den Hitlerfaschismus. Der wahnsinnige Amoklauf gegen die Völker Europas, der Deutschlands Naziregime und mit ihr die Mehrheit des Volkes zu Kriegsschuldigen vor der ganzen Welt machte, endete in der Totalkatastrophe von 1945.

Die völkerrechtlichen Lehren, die daraus gezogen wurden, dürfen aus dem deutschen Geschichtsbewußtsein nicht verdrängt werden. Mit der erneuten Hoffnung auf Frieden folgten nunmehr die Staaten aller Erdteile den frühen, verwehten Spuren Saint-Pierres und Immanuel Kants. Sie gründeten die Weltorganisation der Vereinten Nationen, deren Charta das internationale »Gewaltverbot« deklariert! Daß vom deutschen Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen dürfe – war ein folgerichtiges Prinzip des Potsdamer Abkommens, das die damals noch nicht verfeindeten Staaten der Anti-Hitler-Koalition errichteten.

Wer wollte es heute den Völkern verdenken, daß sie mit den 55 Millionen Toten und den unermeßlichen Verheerungen des Zweiten Weltkrieges auch ein »Trauma« verbinden, das angesichts deutscher »Wiedervereinigung« reagiert? Ganz abgesehen von den sachlichen Tatsachen, die in den Annalen des 19. und 20. Jahrhunderts gegen uns zeugen. Da sind immer noch Lebende, die selbst die Narben der Vergangenheit tragen: Mehrere Hundertmillionen mit ihren düsteren Erinnerungen und schreckhaften Träumen, die Verletzungen des Körpers und der Seele anzeigen. Fast ebenso viele mit dem bedrückenden Andenken an ihre Toten, die in den Folterhöhlen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches, den Gefechten und Schlachten seines Krieges ausgehungert, verstümmelt, erschlagen, vergast, erschossen wurden. Und mehrere Dutzend Völker mit ihren unabweislichen Erfahrungen, ihrem begründeten Argwohn – wobei wir doch allesamt nach einer harmonischen Weltordnung der Gerechtigkeit und des Friedens dürsten.

Denn Rüstung und Kriegsgefahr sind geblieben. Ein Damoklesschwert, so hängen sie infolge der durchaus vermeidbaren amerikanischen Bombenwürfe vom 6. und 9. August 1945 über der Menschheit. Die atomare Hölle von Hiroshima und Nagasaki, die weitere Nuklearrüstung der USA waren eine auf die Sowjetunion, den damaligen und nun fragwürdig erscheinenden Sozialismus zielende Drohung. Der »Osten« reagierte auf den »Westen« mit denselben Mitteln, und beide verstrickten sich in den tödlichen Wettlauf, der der Weltge-

schichte nach 1945 den zuvor nie gewesenen Charakter aufprägte: Die historisch traditionellen Konflikte rivalisierender Nationalstaaten wurden verschärft und überlagert von einem weltweiten Systemwiderspruch. Der Kalte Krieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus hat die jahrhundertealte Staatenpolitik, die – wie eingangs gesagt – mit den gewaltsamen Mitteln des Vormachtstrebens, des Wettrüstens und des Krieges letzten Endes zur Vernichtung der Zivilisation führt, auf die Spitze getrieben. Die Gefahren der Endzeit sind da! Der Exitus der Menschheit kann an der Schwelle zum Jahr 2000 durchaus eine Möglichkeit werden.

Jedoch diese Gefahren resultieren nicht allein aus der Möglichkeit des Krieges. Auch der gesellschaftliche Gegensatz, der ja trotz Niederlage des Sozialismus noch immer besteht, prägt nicht mehr den Hauptwiderspruch unserer Tage. Das Wesen der Jetztzeit ist vielmehr bestimmt durch den umfassenden Widerspruch, der zwischen den globalen Entwicklungstendenzen und notwendigen menschheitlichen Überlebensszenarien einerseits sowie den nationalstaatlichen und systempolitischen Egoismen, Rivalitäten, Traditionsverkrustungen andererseits besteht. Was in der bisherigen Weltgeschichte niemals dauerhaft obsiegen konnte – gerade jetzt ist rationales Handeln, ist eine auf Vernunft und Friedenswillen bauende Lebensordnung, Regierungskunst und Weltstaatengemeinschaft gefragt. Statt des Nukleartodes – eine Friedenspolitik mit ausreichenden Institutionen und Instrumentarien zur gewaltfreien Regelung von Konflikten. Statt der technischen und sozialen Gefahren einer Globalrevolution der Produktivkräfte, die die Massenvernichtung auch mitten im Frieden ermöglicht (Harrisburg, Seveso, Bophal, Tschernobyl) – eine Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit Hilfe von Sicherheitstechnik, Sozialprogrammen und Humankonzeptionen für moderne Industriegesellschaften. Statt des selbstmörderischen Raubbaus in Natur und Lebenswelt – eine Ökologienpolitik, die auf Selbstbeschränkung und radikale Vorbeugung, Kontrolle und abwehrende Rechtsmittel nicht verzichtet. Statt der verheerenden Unterentwicklung, der »sozialen Zeitbombe« in der Dritten Welt – eine planvolle und erdumgreifende Entwicklungsstrategie aller leistungsfähigen Industrieländer. Dies mag uns als eine neue Utopie anstelle verlorener Utopien oder gar Illusionen erscheinen. Einer Verweigerung aber folgt nichts Geringeres als der beschleunigte Niedergang der Menschheit.

So sind wir denn gehalten, die Politik gegenwärtiger Regierungen zu prüfen und kritisch zu begleiten. Die Einheit Deutschlands ist gewiß! Doch unser Land und die Welt, unser Volk und die Völker sind gleichfalls unteilbar. Und gerade wir Deutsche stehen in einer besonderen Friedenspflicht. Vielleicht sind sich die Rufer nach einem sofortigen Anschluß der DDR an die BRD nicht immer darüber im klaren, daß ihr hektisches Einheitsgelärme unter Schwarz-Rot-Gold, sogar unter dem Wilhelminischen Reichsbanner und den Symbolen des Nazitums, auch die unselige Tradition des Nationalismus beleben könnte. Viel-

leicht hat selbst der Bonner Kanzler nicht weltgeschichtlich und unbedingt friedenspolitisch gedacht, wenn er die definitive Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, zumal an Oder und Neiße, über Jahre hinweg verweigerte und nunmehr ganz Deutschland als Mitglied des immer noch traditionellen Militärblocks der NATO projiziert.

Jetzt tut anderes Not! Kein deutscher National egoismus mit der Dreistigkeit des Spätkommers, des Enfant terrible dieses Jahrhunderts – mit ökonomischer und militärischer Gigantomanie, Grenzkorrekturwünschen und zwangsläufiger Drohung gegenüber Nachbarvölkern! Jetzt ist eine einmalige Chance für uns Deutsche gekommen, das Erbe der historischen Friedensideen und Menschenrechte, die alte Hoffnung und Losung der »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« endlich erfüllen zu helfen. Wenn nämlich der Ruf nach Vereinigung der deutschen »Brüder und Schwestern« wirklich aus tiefem Herzen kommt, dann müßte das Werk der Einheit doch zu einer bahnbrechenden Erneuerung gereichen. An der Trenn- und Nahtlinie hochgerüsteter Militärböcke – in der empfindsamsten Zone der Welt – müßten die gegeneinander gerichteten Feindbilder, Armeen und Waffenarsenale liquidiert werden. Die rückhaltlose Garantie der Nachkriegsgrenzen – und mehr noch: die Entmilitarisierung im Herzen Europas! Das wäre ein erstmaliger, ein wirklicher Durchbruch zu neuen Inhalten der Weltpolitik.

Wenn also die historische Entwicklungstendenz zur Herausbildung von Nationen und Nationalstaaten auch immer noch wirkt, so verlangt sie gleichwohl eine »Neu-Vereinigung«: den planvollen Zusammenschluß beider Teile Deutschlands auf einer absolut friedlichen Grundlage der Nationalpolitik und des Völkerlebens. Die Antwort auf die alte Frage, was denn des Deutschen Vaterland sei, kann heute nur lauten: ein europäisches Deutschland – und vor allem: Europa als ein Teil dieser Welt. Dabei sollten Ansprüche und Pflichten der »Staats-Nation« und der »Kultur-Nation« einander nicht ausschließen. Zumal die Einigung nicht im Alleingang, sondern nur in völkerrechtlich-kulturvoller Verständigung mit den Siegermächten des längst vergangenen Krieges und den Regierungen Europas erfolgen kann.

Ein endlicher Frieden in Deutschland und Europa, gegründet im unbedingten Friedenswillen unseres Volkes, das der Rüstung und dem Krieg für immer entsagt – das wäre eine große Botschaft und Tat für die Welt! Und was die Menschen östlich von Elbe und Thüringer Bergen betrifft, so wären ihre nahezu halbhundertjährigen Mühen, ein neues Deutschland in einer friedensfähigen Welt zu errichten, nicht ganz und gar vergebens gewesen. Und endlich: Was bleibt jenem Rheinländer und unfreiwilligen Preußen, der vormals als Pazifist und Arbeiter nicht gegen den »Osten«, sondern zu ihm zog? Ich könnte mich mit allen Weltbürgern und Friedensfreunden in einem vereinten Europa wiederfinden.

## In welcher Zeit leben wir?

Zum Tag der deutschen Vereinigung (1990)

Die Ära von 1917 ist zu Ende. Das mag schleunigst gewendete Ex-Sozialisten kaum anfechten. Die gutwilligen Moralisten hingegen, die die Menschheit wahrhaftig von Ausbeutung, Gewalt, Krieg befreien wollten und nun in Deutschland als Volksfeinde, Freiheitsmörder, Friedensbehinderer verteufelt werden, stehen betroffen oder gar verzweifelt auf den Trümmern des »real existierenden Sozialismus«. Mit ihnen teile ich die Not des Scheiterns, die Selbstbefragung nach historischem Irrtum und politischem Schuldanteil.

Wer aber genug der unruhigen Tage und schlaflosen Nächte durchlebt, sich nicht ins eigene Gehäuse verkrochen hat, mag sich auch zu gesunder Selbstironie erheben. Dabei kann der Sinnspruch eines Mannes helfen, dem es im Alter an einer ebenso spöttischen wie melancholischen Weisheit selten gebrach: »Die Leute, die sich rühmten, eine Revolution gemacht zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die gemachte Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. Hegel nennt das die Ironie der Geschichte, eine Ironie, der wenige historische Persönlichkeiten entgehen.« So schrieb Friedrich Engels am 23. April 1885 an die Russin Wera Sassulitsch. Und er fügte augenblicklich hinzu: »Vielleicht wird es uns allen so gehen.«

In der Tat: Die Ironie der Geschichte hat uns, die wir »Revolution machen« wollten, gleich zweimal getroffen. Das erste Mal als Verfechter der Umwälzungen nach 1945.

Es war die Sowjetarmee, die in der von ihr besetzten Zone Deutschlands die Macht des Hitlerfaschismus, somit auch die des Großkapitals und der Großgrundbesitzer zerschlug. Mit Hilfe ihrer Bajonette, Stalinorgeln und Politkommisars begann objektiv eine Revolution, die subjektiv von einem Teil der Deutschen gewollt und vollzogen wurde. »Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« Waren wir damals nicht selbst mit diesen Losungen angetreten? Hatten wir nicht eine Lebensordnung werktätiger Menschen erstrebt? Frei von Ausbeutung und Unterdrückung? Erfüllt von der Demokratie des arbeitenden Volkes, der Freiheit und Gleichheit sozialistischer Staatsbürger, der Solidarität mit den internationalen Kräften des Fortschritts, der Freundschaft mit allen anderen Völkern? – Von Westen her angefochten waren wir seit Churchills Brandrede in Fulton (1946) und den US-amerikanischen Atomkriegsplänen (1949) gewiß immer. Daß aber die freiheitlichen Blütenträume auch in der Wirklichkeit des Sozialismus tödlich gefährdet waren, erfuhren wir spätestens 1956: durch Chruschtschows Geheimbericht über den Stalinischen Personenkult auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Das Unheil, das da von innen her drohte, offenbarte sich uns sogleich aufs neue. Durch Ulbrichts ge-

waltsame Verweigerung einer absolut notwendigen Frage und Diskussion: An welchen Grundmängeln mußte das sowjetrussische Sozialismus-Modell, überhaupt das ganze politische System kranken, das den Stalinismus mit seinen ungeheuerlichen und unentschuldbaren Staatsverbrechen möglich gemacht hatte?

Die Fragesteller, darunter gestandene Altkommunisten und viele der jungen Intelligenz, hatten die Logik, aber nicht die Macht auf ihrer Seite. An der Parteibasis hagelte es Parteistrafen, und wie Walter Janka, so wurden noch weitere hinter Gitter gesperrt, andere ins westliche Ausland vertrieben. Das einstweilige Resultat? Man hatte der Partei und dem Staatsvolk die »Instrumente« gezeigt – und die Genossen der innerparteilichen Opposition, die potentiellen Anhänger des »Prager Frühlings«, der »Perestroika« und »Glasnost«, sofern sie nicht resignierten oder gar zerbrachen, überlebten ähnlich Brechts »Galilei«: Wir hielten an der Idee fest. Wir suchten uns für eine bessere Gelegenheit aufzusparen. Wir bewahrten die Glut unter der Asche. Doch versteckt und vereinzelt in Freundeskreisen, gefesselt von den Kontrollen der Staatssicherheit und den eigenen Skrupeln einer objektiv falschen Disziplin, verpaßten wir den entscheidenden historischen Auftritt. Nicht wir waren die Kraft, die 1989 das Volk mobilisierte.

Die »Wende« im Herbst des Hoffnungsjahres, da wir uns mit vielen als Verfechter einer deutschen »Oktoberrevolution« auffaßten, war das zweite Mal, daß wir von der Ironie der Geschichte betroffen wurden.

Die Stimmführer und die programmatischen Texte von »Demokratie Jetzt«, »Initiative für Frieden und Menschenrechte«, »Vereinigten Linken«, »Unabhängiger Frauenbewegung«, des linken Flügels des »Neuen Forums« und der Sozialdemokraten, zumal auch der Opposition in der SED – sie alle wünschten die Bewältigung eines freilich sehr schmalen Gratweges. Er sollte zur Errichtung eines Rechtsstaats der Werktätigen führen. Dann erst, so besagten die Projektionen, erstünde aus der gesamtgesellschaftlichen Krise die wirkliche Revolution. Eine Umwälzung des Sozialismus: hinweg von seiner Diktaturform, die durch die Herrschaft einer stalinistisch strukturierten Partei- und Staatsbürokratie geprägt wurde. Hin zur Demokratie der werktätigen Massen, worin – gerade jetzt wurde Marx rezipiert! – »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«.

Die Ereignisse drängten auf einen anderen Weg. Nach dem Sturz Honeckers betrieb sein übel belasteter Schüler und Nachfolger Egon Krenz eine Strategie bürokratischer Schadensbegrenzung und Systemerhaltung. Jedoch unter dem Feuer der ständigen Kritik alsbald in Panik geratend, benutzte er das Vakuum der Staatsmacht, das durch den Rücktritt des Ministerrats am 7. und die Umbildung des SED-Politbüros am 8. November entstanden war, für eine jähe Entscheidung. Ebendiese besiegelte das Schicksal der Revolution: Unter Mißachtung der Volkskammer und aller Möglichkeiten, geeig-

nete außenpolitische Absprachen für eine einstweilige Souveränität, eine vernunftmäßige Verhandlungs- und Kooperationsfähigkeit des Landes zu führen, ließ Krenz in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Grenzen bedingungslos öffnen. Seitdem nämlich hat sich die Umwälzung der DDR unter der Regie politischer und wirtschaftlicher Exponenten der Bundesrepublik Deutschland vollzogen – abzielend auf die Wiederherstellung der Kapitalwirtschaft und auf ihre wichtigste Bedingung: die schnellstmögliche »Wiedervereinigung« der Deutschen.

Anstelle der »Oktoberrevolution« ist der schillernde Begriff der »Novembarrevolution« sprichwörtlich geworden. Er betont die Ereignisse, die die Entwicklungsalternative im Herbst 1989 entschieden haben, und entspricht der Tatsache, daß – wie im November 1918 – die erhoffte volksdemokratische Erneuerung gescheitert ist. Jetzt geschieht, was Leo Trotzki vor einem reichlich halben Jahrhundert voraussagte: Wenn die politische Revolution des arbeitenden Volkes gegen die sogenannte sozialistische Staatsbürokratie nicht siegt, erfolgt die kapitalistische Restauration – sogar mit Hilfe bisheriger Parteiführer, Staatsbürokraten und Wirtschaftsadministratoren. Und siehe: Peter Schlemihls lebensstüchtige Epigonen tauschen ihren (allerdings »rot« gewesenen) Schatten gegen Fortunas Glückssäckel ein, wobei sie vielleicht einigen Wohlstand, aber schwerlich ihr Seelenheil finden werden.

Was bleibt uns anderen zu tun, die wir die Identität wahren, indem wir von der gefesselten Opposition im totalitären Staats-Sozialismus zur legalen Opposition in der bürgerlichen Demokratie gelangen?

Eine vordringliche Aufgabe liegt im Bereich des welthistorischen Denkens: die kritisch-selbstkritische Befreiung von falschen Sozialismus-Bildern und einer irr tümlichen Epochenauffassung. Wo der »Arbeiter-und-Bauern-Staat« die Machtkonzentration einer Partei- und Staatsbürokratie, wo das »Volkseigentum« weithin nur Staatseigentum, also in der Verfügungsgewalt eben dieser Kaste war, blieb Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch immer möglich. Wo man die heutige Weltepoche als einen »gesetzmäßigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus« beschwor, wurde nur der »real existierende Sozialismus« als Sinn der Epoche suggeriert. Selbst die aufkommende Einsicht, daß die Koexistenz der widerstreitenden Gesellschaftssysteme unter Bedingungen des Nuklearzeitalters langfristig sein würde, gründete sich auf die teleologische Selbstgewißheit administrierender »Sieger der Geschichte«.

Doch in welcher Welt und Zeit leben wir wirklich? Diese Frage der Fragen erfordert andere Antworten: Wir erfahren heute die weltpolitische Niederlage des von der Sowjetunion ausgegangenen Systems. Die Ära von 1917, die mit dem Ersten Weltkrieg der kapitalistischen Staaten und der darauf reagierenden russischen Oktoberrevolution begann, endet am Ende dieses 20. Jahrhunderts mit der Einstellung des Kalten Krieges und der Errichtung eines europäischen, sogar weltweiten Hegemonialsystems des nationalen sowie transnationalen

Großkapitals. Was wir dabei noch nicht erfahren haben, aber immerhin wissen, ist durch das Menetekel bezeichnet, wonach der Exitus der Menschheit an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert eine Möglichkeit ist. Der Kalte Krieg der rivalisierenden Gesellschaftssysteme hat das Vernichtungspotential der Zivilisation auf die Spitze getrieben.

Diese Gefahr resultiert nicht allein aus der Möglichkeit des Nuklarkrieges. Und auch der gesellschaftliche Gegensatz, der ja in der Welt trotz Niederlage des Sozialismus noch besteht, prägt nicht mehr den Hauptwiderspruch unserer Tage. Das Wesen der Weltepoche ist nunmehr bestimmt von dem umfassenden Widerspruch, der zwischen den globalen Entwicklungstendenzen und dafür notwendigen menschheitlichen Überlebensszenarien einerseits sowie den nationalstaatlichen und systempolitischen Machtegoismen, Rivalitäten, Traditionsverkrustungen andererseits besteht. Was in der bisherigen Weltgeschichte niemals dauerhaft obsiegen konnte: Gerade jetzt sind rationale Erkenntnis und sensible Handlungsweisen, ist eine auf Vernunft gegründete Lebensordnung, Regierungskunst, Weltstaatengemeinschaft gefragt: Statt des Nukleartodes – eine Friedenspolitik mit ausreichenden Institutionen und Instrumentarien zur gewaltfreien Regelung von internationalen Konflikten. Statt der technischen und sozialen Gefahren einer Globalrevolution der Produktivkräfte, die die Massenvernichtung auch mitten im Frieden ermöglicht – eine Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit Hilfe von Sicherheitstechnik, Sozialprogrammen und Humankonzeptionen für moderne Industriegesellschaften. Statt des selbstmörderischen Raubbaues in Natur und menschlicher Lebenswelt – eine Ökologienpolitik, die auf radikale Vorbeugung und Selbstbeschränkung, abwehrende Rechtsmittel und Kontrolle nicht verzichtet. Statt der verheerenden Unterentwicklung, der »sozialen Zeitbombe« in der Dritten Welt – eine Völkersolidarität und erdunggreifende Entwicklungsstrategie aller leistungsfähigen Industrieländer. Das mag uns als eine neue Utopie anstelle verlorener Utopien oder gar Illusionen erscheinen. Aber einer Verweigerung (auch das ist »Ironie der Geschichte«) folgt nichts Geringeres als der beschleunigte Untergang der Menschheit.

Die Gehirnkammern von veralteten Bewußtseinsinhalten freizuräumen und mit realistischer Weltkenntnis zu füllen, scheint mir die Vorleistung für jedwedes Verhalten demokratischer Sozialisten zu sein. Nur dann vermögen wir die Politik gegenwärtiger Regierungen als ernstliche Opposition und Alternative zu begleiten. Die bürgerlich-kapitalistische Einheit Deutschlands ist zur Zeit gewiß. Doch auch unser Land und die Welt, unser Volk und die Völker sind unteilbar. Neue Bedingungen und neue Bewährungsproben, im Lebensinteresse der arbeitenden Menschheit zu wirken, haben begonnen.

# Nach der »Wende« Wie bewältigt man Vergangenheit?

## Schwieriger Dialog

Ein deutsch-deutscher Briefwechsel (1990/1991)

*An Prof. Dr. Wolfgang Mommsen,  
Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands*

Berlin, 22. Juli 1990

Sehr geehrter Herr Mommsen,

auf der gestrigen Beratung des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft der DDR, in das ich kürzlich gewählt worden bin, habe ich sowohl die Erklärung des Verbandes der Historiker Deutschlands vom 30. Juni d. J. als auch Ihren Brief an Herrn Vogler vom 4. Juli zur Kenntnis nehmen können. Ich bin mit Ihrer ausgewogenen Position, wonach Sie die DDR-Geschichtswissenschaft selbstverständlich präzisiert, aber in der reichhaltigen Substanz nicht liquidiert wünschen, einverstanden und möchte Ihnen, da ich als ein Ausübender ja auch den Schicksalsweg meiner Wissenschaftsdisziplin mitdenke und empfinde, für Ihr persönliches und korporatives Engagement danken.

Auf der Präsidiumsberatung habe ich den Standpunkt vertreten, daß die alsbaldige politische und wissenschaftlich-kulturelle Existenzweise der Deutschen ein nationales Ganzes sein wird, folglich auch die organisatorische Einheit und Zusammenarbeit hiesiger Historiker mit Ihnen im Verband der Historiker Deutschlands gebietet. Da wir uns aber noch im Stadium eines Übergangs befinden, wo ich einerseits Mandatsträger meiner Wähler und Kollegen bin, andererseits aber helfen möchte, die nahe Zukunft sinnvoll mit anzubahnen, würde ich gern die augenblickliche Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft in Anspruch nehmen und Sie sehr herzlich bitten, meine Aufnahme als Mitglied in den von Ihnen geleiteten Verband der Historiker Deutschlands zu genehmigen.

Zu meiner Person ist knapp nur zu sagen, daß ich im Institut für Deutsche Geschichte (ehemals: Zentralinstitut für Geschichte) an der Akademie der Wissenschaften der DDR als Mitarbeiter – nicht Leiter – beschäftigt, herkömmlich Spezialist für die Entwicklungen von 1789 bis 1848 in Politik und Kultur bin, seit Anfang der 80er Jahre aber aus Oppositionsgründen auch übergreifende Themen der hierorts vernachlässigten Friedens- und Konfliktforschung bearbeitet habe. Den Wert meiner Stellung gegen das gestürzte Re-

gime muß ich jedoch insofern einschränken, als ich seit 1956 im Umfeld von Bloch und Hans Mayer, Markov und Engelberg ein früher Anhänger der »Perestroika« war, meine Arbeitsgegenstände nach Inhalt und Form in der »Sklavensprache« Heinrich Heines behandelt habe, wobei zwar mehrere Aufsätze und Bücher ganz oder zeitweilig verboten wurden, jedoch das offene Risiko des Berufsverbotes oder des Landesverweises für mich persönlich nicht als eine annehmbare Alternative erschien.

Ich bin (Jahrgang 1928) nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal aus Oppositionsgründen »nach Osten« gegangen, denke aber nach allen Irrungen und Wirrungen, denen humane Utopien ja stets ausgesetzt waren und sind, daß ein demokratisches und friedfertiges Europa von gleichstrebenden Individuen und Völkern nunmehr eine gute Perspektive des Lebens und der Arbeit sein könnte. In diesem Zusammenhang erscheint es mir als nicht ganz zufällig, daß wir uns auf der Moskauer Tagung zum historischen Friedenserbe (1987), wo ich mit Fritz Klein die hiesige Wissenschaft vertrat, flüchtig begegneten. Abschließend möchte ich bemerken, daß ich mich zum Bochumer Historikertag angemeldet habe.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Helmut Bock.

*An Herrn Prof. Dr. Helmut Bock*

Düsseldorf, 3. September 1990

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich bedanke mich sehr für Ihr Schreiben vom 22. Juli 1990, das bedauerlicherweise länger auf meinem Schreibtisch gelegen hat, als der Sache eigentlich dienlich wäre. Es versteht sich von selbst, daß die Historiker in beiden Teilen Deutschlands ein gemeinsames Interesse daran haben, daß die Einrichtungen und die Forscher der Geschichtswissenschaft in der DDR nicht unterschiedslos zusammengestrichen werden. Andererseits wird ein erfolgreiches Eintreten für die Interessen der Geschichtswissenschaft in der noch DDR unsererseits nur dann möglich sein, wenn deutlich wird, daß unsere Kollegen in der DDR auch eine inhaltliche Revision ihrer Positionen anzustreben bereit sind, und zugleich jene, die innerhalb des bisherigen Wissenschaftssystems Schlüsselpositionen eingenommen haben, ins zweite Glied zurücktreten.

Für Ihr Interesse an einer Mitgliedschaft im Verband der Historiker Deutschlands möchte ich sehr danken. Grundsätzlich würde ich meinen, daß eine Doppelmithgliedschaft in beiden Verbänden dann unbedenklich ist, wenn und sofern sich die Historiker-Gesellschaft der DDR neu orientiert; sie ist bekanntlich als Gegenorganisation zum Verband der Historiker Deutschlands

begründet worden. Der Vorstand und Ausschuß des Verbandes der Historiker Deutschlands haben diese Frage auf der letzten Sitzung grundsätzlich erörtert und, zwar ganz unabhängig von Ihrem Schreiben, beschlossen, damit die nächste Mitgliederversammlung des Verbandes der Historiker Deutschlands, die am 26. September 1990 stattfindet, zu befassen. Ich selbst werde dabei dafür eintreten, daß der Mitgliedschaft von Historikern der ehemaligen DDR, gleichviel welchen Verbänden sie ansonsten angehören mögen, keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten. Unmittelbar nach Abschluß des Historikertages werde ich mir erlauben, auf Ihre Bitte zurückzukommen. Ich verbleibe mit den besten Empfehlungen  
Ihr Wolfgang Mommsen.

*An Prof. Dr. Helmut Bock*

Düsseldorf, 16. November 1990

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich hatte Ihnen zugesagt, unmittelbar nach dem Historikertag mich hinsichtlich Ihrer Anfrage vom 20. Juli 1990 neu zu melden; im Drang der Geschäfte ist dies noch länger liegen geblieben, als wünschenswert wäre.

Der Verband der Historiker Deutschlands hat auf seiner zweiten Mitgliederversammlung den folgenden Beschluß gefaßt: »Der Verband der Historiker Deutschlands hat anläßlich des 38. deutschen Historikertages die Frage der zukünftigen Zusammenarbeit mit den Historikern der ehemaligen DDR eingehend erörtert. Er sieht es als eine der wesentlichen Aufgaben der Zukunft an, auf eine grundlegende Neuorientierung der Geschichtswissenschaft in der DDR hinzuwirken. Er begrüßt es, daß dem Beitritt von Historikern aus der DDR keine staatlichen Hindernisse mehr im Wege stehen. Der Verband der Historiker Deutschlands steht wie bisher entsprechend seinem Selbstverständnis und im Rahmen seiner Satzung Historikerinnen und Historikern aus der DDR offen. Der Verband erwartet, daß Historikerinnen und Historiker, die sich durch Ihre Tätigkeit im Dienst des SED-Regimes kompromittiert haben, keinen Antrag auf Beitritt stellen.«

Dies bedeutet, daß der Verband der Historiker Deutschlands grundsätzlich für Historiker aus der DDR offen steht und diese einen entsprechenden Antrag beim Schatzmeister des Verbandes [...] stellen können. Die Probleme, die ich in meinem letzten Schreiben vom 3. September ansprach, sind ja, wenn ich recht sehe, im wesentlichen ausgeräumt, insofern als die Historiker-Gesellschaft der DDR nunmehr ihre Tätigkeit eingestellt hat. Unter diesen Umständen ist es um so wünschbarer, daß Kollegen aus der ehemaligen DDR dem Verband beitreten, was ja der Handlungsfähigkeit gerade im Hinblick auf die

neuen Bundesländer förderlich sein würde. Ich verhehle freilich nicht, daß ich über Ihren Artikel im »Neuen Deutschland« [siehe: »In welcher Zeit leben wir« – HB] insofern etwas irritiert war, als darin, zumindest mittelbar, die These vertreten wird, daß die Öffnung der Mauer besser nicht hätte erfolgen sollen und Egon Krenz in dieser Sache unautorisiert gehandelt habe. Aus unserer Sicht haben die Bürger der DDR spätestens seit dem Herbst des letzten Jahres unzweifelhaft mit ihren Füßen gegen die Mauer votiert, und man darf darin gewiß ein demokratisches Votum sehen; mehr ist dies natürlich dann mit der Wahl vom März des Jahres gegeben gewesen. Gewiß ist es eine naheliegende Erwägung, daß die Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus in der DDR durch diese Ereignisse verhindert worden ist, aber Ihr Artikel erweckt den Eindruck, als ob Sie die demokratische Entscheidung zugunsten der deutschen Einheit als solche als nicht legitim empfinden. Diese Auffassung, die ich möglicherweise irrtümlich aus Ihrem Artikel herausgelesen habe, dürfte nun allerdings bei unseren Kollegen hier in Westdeutschland auf einige Irritation stoßen. Vergeben Sie mir, wenn ich Ihnen dieses in aller Offenheit schreibe; nur eine wirklich offene Ausdiskutierung der unterschiedlichen Standpunkte kann, wie ich meine, zu einer nicht nur äußerlichen Einheit der beiden Teile Deutschlands führen.

Für heute mit den besten Grüßen  
Ihr Wolfgang Mommsen.

*An Prof. Dr. Wolfgang Mommsen*

Berlin, 14. Dezember 1990

Sehr geehrter Herr Mommsen,

daß Sie mir bei der großen Fülle der Geschäfte als Präsident, Hochschullehrer und Forscher gleichwohl ausführlich und geduldig fragend geschrieben haben – danke ich Ihnen sehr. Selbstverständlich bin ich bereit, die politischen Prämissen zu erklären, die im erwähnten ND-Artikel meine Behandlung der »DDR-Grenzfrage« immanent bestimmt haben.

1. Wie Sie gewiß dem Text entnommen haben, erwartete ich in rund dreieinhalb Jahrzehnten, insbesondere seit 1985, die Ablösung des totalitären Regimes. Doch tat ich dies von der Position eines gedachten »demokratischen Sozialismus«. Ich hoffte, man könnte im Zuge der Entmachtung der zentralistisch-bürokratischen Führungsorgane und der Staatssicherheit zu einem Sozialismus gelangen, der im sozialen, politischen, kulturellen Wettstreit mit der BRD alternative Lebensformen hervorbrächte und somit zur Milderung der globalen Probleme beitrüge. Mit dieser Haltung gelangte ich in den Aufbruch des Herbstes 1989 und wirkte dort als einer unter vielen aktiven Teilnehmern.

Die Bürgerbewegungen der demokratischen Linken (ich nenne sie im Artikel) erstrebten trotz mancher Differenziertheit eine Volks-Demokratie, und sie benötigten Zeit, um sich während des Ringens für den Sturz des Regimes zu organisieren, miteinander zu klären und um politisch-rechtliche Novationen zu begründen.

Letzteres läßt sich mit den beiden folgenden Zielsetzungen ausdrücken: In der Innenpolitik sollte ein Verfassungsentwurf des »Runden Tisches« die Menschen- und Staatsbürgerrechte gemäß den gewachsenen Erfordernissen unserer Zeit fixieren; der Entwurf sollte das Beispiel des Bonner Grundgesetzes beachten, im Sinne des staatsrechtlichen Fortschritts aber auch weiterführen, um ihn sodann öffentlich zur Diskussion und Volksabstimmung zu stellen. In der Außenpolitik hielt die Revolutionsbewegung, die selbst nur mit friedlichen Mitteln kämpfte, auch völkerfreundliche Vorleistungen und Bedingungen zugunsten einer entschiedenen Abrüstung, sogar Entmilitarisierung in der Mitte Europas für angezeigt. Um solcherart Novationen in möglichst gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Repräsentanten der DDR und der BRD einzubringen, war das Endziel der deutschen Wiedervereinigung an die gewünschten, bekanntlich auch vorgeschlagenen Eröffnungsstufen einer Vertragsgemeinschaft und Konföderation geknüpft. Alle diese Maßnahmen in der schrittweisen Selbsterneuerung und nationalen Vereinigung hätten im vorigen Winter jene »einstweilige Souveränität«, jene »vernunftgemäße Verhandlungs- und Kooperationsfähigkeit des Landes« erfordert, von der in meinem Artikel die Rede ist. Die etwaigen Möglichkeiten scheiterten jedoch, indem Krenz, der amtierende Kopf des alten Regimes, die Grenze bedingungslos öffnete: Nicht bloß (wie er wohl dachte) für den freizügigen Reiseverkehr, dessen Zulassung seit jeher notwendig, also überfällig war. Indem er die Öffnung ohne jegliche staats- und völkerrechtliche Absprache, ohne spezielle Legitimation durch die Volkskammer, ohne Vereinbarungen zwischen DDR, BRD und den in Berlin anwesenden Vertretungen der Siegermächte von 1945 vollzog, lieferte er das Territorium mitsamt der Erneuerungsbewegung allen Einmischungen von außen her aus. So zeitigte die kaum durchdachte, in ihren Folgen nicht kalkulierte Maßnahme eben jene irreversiblen Wirkungen, die den Versuch einer volks-demokratischen Revolution zu nichte machten.

2. Vom Standpunkt einer Erneuerungsbewegung, die sich selbständig durchkämpfen und in adäquaten Resultaten ausweisen wollte, war einstweilige DDR-Souveränität auch infolge politischer Haltungen der Bonner Regierung und der westdeutschen Rechtslage zu wünschen. Viele Grundrechte und soziale Errungenschaften des werktätigen Volkes waren und sind nicht garantiert. In der Außenpolitik existierte eine Fragwürdigkeit, die gerade vor den Erfahrungen der von mir betriebenen Friedens- und Konfliktforschung neutralistisch erscheinen mußte: Der regierende Kanzler verweigerte fortdauernd

die definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens – ein Hindernis auf dem Weg zu endgültiger Völkerfreundschaft in Europa, ein Indiz, daß in Bonn noch immer nicht mit Entschiedenheit friedenspolitisch gehandelt wurde. Welche weiteren Unwägbarkeiten, etwa einer hegemonialen NATO-Strategie, einer innenpolitischen Abschottung gegenüber einem Mehr an Demokratie, mochten sich dahinter verbergen? Kurz – eine Erneuerungsbewegung mit souveräner Volksvertretung hätte, so war zu denken, in paritätischen Verhandlungen auf dem Weg zur Einheit Deutschlands aktuelle Weiterungen der Demokratie und der Friedenspolitik verfechten, bei genügend Öffentlichkeit vielleicht gar bewirken können.

Die Art und Weise der Grenzöffnung begünstigte die schnelle Wiedervereinigung nach den alleinigen Grundprinzipien der BRD. Das mag heute von der CDU, den ihr nahestehenden Parteien und Wählern mit Zufriedenheit quittiert werden. Es bleibt aber – im Spektrum der Meinungen – doch wohl möglich, die Vor- und Nachteile des Geschehens auch nach den Interessen der gescheiterten »deutschen Oktoberrevolution«, die ja der Demokratie nicht feindlich sind, öffentlich zu bedenken.

3. Egon Krenz sieht sich in seinem Buch »Wenn Mauern fallen«, mehr noch in wiederholten Interviews und Ansprachen für Medien und auf Veranstaltungen der BRD als ein Staatsmann, dessen Leistung darin besteht, Europa von dem feindlich trennenden Grenzwall befreit zu haben. Das könnte leicht zu einer Aureole gedeihen, die der Vielzahl von Anmaßungen und Legenden noch eine weitere Irritation hinzusetzt. Es liegt mir daran, zu interpretieren, daß Krenz nicht als Demokrat, sondern als totalitärer Machthaber handelte.

In der Presseerklärung zu meinem ND-Artikel, die im selben Organ publiziert worden ist, betont Krenz, daß die Grenzöffnung keine »jähre Entscheidung«, sondern ein Resultat mehrtägiger Erwägungen und daß er in seiner Machtstellung befugt gewesen sei, die folgenreiche Anordnung zu treffen. Selbst im Abstand eines Jahres also vermag sich Krenz nicht hinreichend kritisch, nicht anders als in seiner zentralistisch-bürokratischen Machtvollkommenheit zu spiegeln. Es genügt ihm, das »Reisegesetz« vor dem SED-Zentralkomitee verlesen, sodann kraft der undemokratischen Dreieinigkeit als SED-Generalsekretär, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des nationalen Verteidigungskomitees entschieden zu haben. Daß dieser Vorgang keineswegs demokratisch, noch weniger »staatsmännisch« war, bezeugen die Fakten seines eigenen Buches und weit mehr noch die kritisch-selbstkritischen Darlegungen von Günter Schabowski im Interview-Band »Das Politbüro«.

Krenz war der bürokratisch gewachsene Apparatschik, der das unsinnige System als höchster Systemrepräsentant in die Absurdität der Selbstvernichtung führte – er verschönt diese Rolle aber zu einer freiheitlichen Entscheidung, die in Europa die Mauern fallen ließ. Die Mauer wäre auch ohne ihn gestürzt. Dafür bürgen die objektiv globalen Erfordernisse unserer Zeit und die

steigende Bewußtwerdung von Millionen Menschen, die unter Bedingungen festungsmäßiger Selbstisolierung und militant organisierter Kommandogewalten nicht mehr leben wollen.

Dies also, verehrter Herr Präsident und Kollege, sind die Gedanken, die mich bei der Abfassung des besagten Textes, übrigens auch meines Vortrags in Bonn [siehe: »Was ist des Deutschen Vaterland?« – HB], bewegten. Es sind die Überlegungen eines einzelnen Menschen in der weit größeren Demokratiebewegung, die die Losungen des Herbstes 1989 beseelte, aber nun nicht zu den aktuellen »Siegern der Geschichte« zählt.

Ich danke Ihnen, daß Sie mich zur Erklärung angeregt und ermutigt haben, weil es doch nötig ist, voneinander zu wissen, mit welch vielen und natürlich auch verschieden erlebten Ideen, Bestrebungen, Erfahrungen wir deutsche Historiker heute und morgen aufeinander zugehen werden.

Mit freundlichen Wünschen grüßt Sie  
Ihr Helmut Bock.

*An Prof. Dr. Helmut Bock*

Düsseldorf, 7. Januar 1991

Sehr geehrter Herr Bock,

vielen Dank für Ihren ausführlichen Brief vom 14. Dezember, den ich, nachdem die Weihnachtstage gekommen sind, mit etwas mehr Ruhe beantworten kann, als mir sonst wohl möglich wäre.

Ich nehme Ihre zusätzlichen Informationen gerne zur Kenntnis, doch fürchte ich, daß damit der grundsätzliche Dissens, der zwischen uns besteht, eigentlich doch noch nicht ausgeräumt ist. Bitte gestatten Sie mir, dies noch ein wenig näher darzulegen. Auch ich gehöre zu denen, die es durchaus für akzeptabel angesehen haben würden, wenn in der DDR eine demokratische Bewegung zum Zuge gekommen und demgemäß der zweite deutsche Staat in einen freiheitlich-demokratischen Staat verwandelt worden wäre. Demgegenüber war die Frage der »Wiedervereinigung« oder, wie ich gemeinhin sage, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ziemlich nachrangig, auch wenn sich dann vermutlich sehr bald zumindest föderative Strukturen hätten ausbilden müssen. Ich habe auch große Sympathie für die Bürgerbewegungen auf der Linken, wie sie sich seit 1988 in der ehemaligen DDR etabliert haben; zumal sie es waren, allerdings aufgrund der außenpolitischen Entwicklungen, die dann die Änderung des politischen Systems durchgedrückt haben. Aber, mir scheint, es ist eines, den Sieg eines demokratischen Sozialismus in der DDR zu wünschen, und ein anderes, den Willen der breiten Mehrheit der Bür-

ger der DDR zu respektieren. Diese aber waren nicht an der Etablierung eines demokratischen Sozialismus, welcher Art auch immer, in der DDR interessiert, sondern an einer möglichst raschen Einigung beider deutscher Staaten, weil sie nur auf diese Weise eine baldige Verbesserung der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse in der DDR erwarten konnten. Was wir seitdem über die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR erfahren haben, scheint mir diese Ansicht der großen Mehrheit der Bürger der DDR voll zu bestätigen; tatsächlich hatte das System des realen Sozialismus in einem solchen Maß politisch, moralisch und nicht zuletzt auch ökonomisch abgewirtschaftet, daß es an Utopismus grenzt, glauben zu wollen, daß, sofern Herr Krenz die Mauer noch ein wenig länger hätte bestehen lassen, die Chance gegeben gewesen wäre, die Selbständigkeit der DDR zu retten. Die Wahrheit ist, und Sie sollten dies, wie ich finde, nolens volens anerkennen, daß die große Mehrheit der Bürger der DDR überhaupt kein Interesse mehr daran hatte, die Selbständigkeit der DDR zu erhalten, unter gleichviel welchen Bedingungen auch immer. Sie votierten, wie wir alle gesehen haben, in eindrucksvoller Weise mit ihren Füßen, und die Öffnung der Grenze war nur eine der Konsequenzen dieser Tatsache. Daß Krenz dieses »unautorisiert« vorgenommen hat, scheint mir zwar den Grad der inneren Korrumpierung des ehemaligen SED-Regimes schlaglichtartig zu beleuchten, kann aber nichts an der Tatsache ändern, daß es die Bürger der DDR selbst waren, die diese Entwicklung gewollt haben; mir scheint es nach wie vor unvertretbar, daß Sie glauben, daß an dieser Tatsache nachträglich noch gerüttelt werden könnte. In gewisser Weise wird man sagen dürfen, daß es die Bürger der DDR waren, die den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland eine schnelle Wiedervereinigung nach den im Westen gültigen Grundprinzipien oktroyiert haben, und nicht umgekehrt. Was die Bürger der Bundesrepublik anging, so haben sie diese Entwicklung keineswegs uneingeschränkt mit Begeisterung zur Kenntnis genommen, wie Sie zu suggerieren scheinen; sondern eher mit sehr großer Nüchternheit, zugleich aber mit dem Gefühl der Solidarität mit den Bürgern der DDR.

Sie sollten sich vielleicht doch klarmachen, daß für das von Ihnen vertretene Alternativmodell, nämlich einer schrittweisen inneren Regeneration und Demokratisierung der DDR, der geeignete Zeitpunkt längst vorbei war. Wir sehen immer deutlicher, in welchem Ausmaß das bisherige System wirtschaftlich und politisch am Ende war. Ich kann nicht sehen, welche Grundrechte den Bürgern der DDR, die sie zuvor wirklich und realiter besessen hätten und nicht bloß auf dem Papier, durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten verloren gegangen seien; und was die sozialen Errungenschaften des werktätigen Volkes angeht, wie Sie schreiben, so war für jedermann klar, daß das in der DDR bestehende Sozialnetz nichts mehr und nichts weniger als die Verwaltung von immer größerer Armut darstellte und keineswegs eine Garantie für ein menschenwürdiges Leben. Der in bestimmten Bereichen

außerordentlich hohe Sockel von Sozialleistungen und direkten und indirekten Subventionen aller Art hat ja dazu beigetragen, das bestehende sozialistische Wirtschaftssystem in den Ruin hineinzutreiben; jedenfalls war jenes nicht mehr in der Lage, die Kosten des Sozialsystems wirklich zu erwirtschaften, sondern nur aufrechtzuerhalten auf Kosten eines immer stärker in den Abgrund hinunterführenden Wirtschaftens auf Kosten der ökonomischen Substanz. Insofern scheinen mir die verbreiteten Klagen über die Minderberechtigung der Bürger in den fünf neuen Bundesländern einigermaßen überzogen; wären die Verhältnisse so geblieben, wie sie waren, so wäre dies auf eine fortgesetzte Misere hinausgelaufen. Auch eine demokratische Regierung einer noch unabhängigen DDR, namentlich eine solche, die an den sozialistischen Errungenschaften festgehalten haben würde, wäre gewiß nicht in der Lage gewesen, die außerordentlich großen ökonomischen Schwierigkeiten, vor denen die ehemalige DDR heute steht, aus eigener Kraft zu überwinden. Insofern scheint mir, laufen Sie immer noch Hoffnungen nach, die an den Realitäten längst zerschellt sind. Dies ist natürlich Ihr gutes Recht, und ich will Ihnen auch nicht unbedingt meine eigene Meinung oktroyieren. Wichtig wäre mir allerdings, daß anerkannt wird, daß die übergroße Mehrheit der Bürger der DDR die Vereinigung beider deutscher Staaten gewollt haben, und das schon im Herbst 1989, und daß dem gemäß alle Überlegungen, die davon ausgehen, daß man die Abgrenzung der DDR gegenüber der Bundesrepublik hätte aufrechterhalten können und dem gemäß den Flüchtlingsstrom, der eine Form massiven Protestes gegen das Versagen des bestehenden Systems war, hätte aufhalten können, dem Grundsatz der demokratischen Selbstbestimmung zuwider laufen.

Ich kann nicht finden, daß es ausschließlich die Westdeutschen sind, die in dieser Sache zu den »Siegern der Geschichte« gehören, sondern es ist die große Mehrheit der DDR-Bürger selbst, die sich von einem System des realen Sozialismus losgesagt hat, das ihnen zwar große Hoffnungen und auch ein perfekt ausgebauten Sozialsystem garantierte, sie aber in politische Knebelung und ökonomische Misere hineingetrieben hat, und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil auch die verantwortlichen Intellektuellen, und nicht zuletzt die Historiker, bis zur letzten Minute der Chimäre nachgelaufen sind, daß es möglich sein könnte, ein ideales System einer demokratischen Ordnung sozialistischen Zuschnitts mit autoritären und bürokratischen Methoden durchzusetzen. Und vergeben Sie mir, wenn ich finde, daß diese Mentalität in Ihrem besagten Artikel im »Neuen Deutschland« immer noch vorhanden zu sein scheint. Die Kombination von utopischem Denken und bürokratischer Herrschaft, die sich in der DDR in den letzten vierzig Jahren verwirklicht hat, liegt glücklicherweise hinter uns; und wir sollten alle die Konsequenzen daraus ziehen.

Mit den besten Grüßen

Ihr sehr ergebener Wolfgang Mommsen.

# Die ungeliebten Linken

Revolutionär im Priesterrock (1991)

Aus der Gegenwart blicken wir in eine andere Epoche grundstürzender Umwälzung zurück. Den bislang ewigen Konflikt der Zukurzkommenden und der Zurmachtsteigenden – gab es ihn nicht auch in den Kämpfen der Großen Französischen Revolution? Wer waren die ersten, die den frischbackenen Revolutionsministern, den losgelassenen Grundstücks- und Lebensmittelspekulanten auf die Finger schauten: Enttäuschung und Verelendung des »niederen Volks« zum offenen Protest bringend? – Man kennt Jean-Paul Marat, »l'ami du peuple«, der auf dem jakobinischen Gipfel der Revolution durch den Dolch der Corday fiel. Man kennt Gajus Gracchus Babeuf, »le tribun du peuple«, den die Bourgeoisrepublikaner des Direktoriums auf das Schafott schleiften.

Da aber wird seit geraumer Zeit ein weiterer Name genannt: Abbé Jacques Roux. In den Erinnerungen der »Linken« und der »Rechten« als Schemen der Vergangenheit geachtet – und geschunden. Handelnder aus sozialer Verantwortung oder Täter aus neurotischer Verkrampfung? Anwalt der Armen oder Bandenchef politischer Lumpen? Agitator für Volkssouveränität oder Blutsäufer eines rohen Anarchismus? Stimme des Frühproletariats oder exaltierter Schreihals des Pöbels? – So nämlich lauten die widersprechenden Eintragungen in der historischen Personalakte Roux. Notiert von Nachgeborenen, die ihre eigenen Streitigkeiten in die Vergangenheit projizieren.

Wer aber ist Jacques Roux?

## 1. Auf dem Theater

Peter Weiss, Antifaschist, Demokrat und deutsch-schwedischer Dichter, läßt ihn vorführen: Im Drama »Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats, dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade« (1965). Theater im Theater. Wir selbst sitzen im Parkett und erleben, was einige Mimen dort auf den Brettern, die die Welt bedeuten, den weiteren Mimen vorspielen: Revolutionsgestalten – agierend vor dem Direktor der Heilanstalt, seiner dümmlichen Familie, seinen mit Knüppeln bewaffneten Aufsehern und herkulischen Krankenschwestern. Angeblich anno 1808. In der Glanzzeit des Kaisers Napoleon, der vormals General Bonaparte und Hoffnungsträger der Revolution gewesen ist.

Nun sehen wir ihn – oder richtiger: Wir sehen den Mann, der den Abbé Roux darstellen soll. Über dem weißen Anstaltshemd eine düstere Mönchskutte, die Hände gefesselt, die nervige Erscheinung stetig von Wärtern flankiert. Der Ausrufer, der sämtliche Mitspieler vorstellt, erklärt auch ihn: ein ehemaliger Priester, interniert wegen politischem Radikalismus. – Ein Politischer also, dem öffentlichen Leben entzogen. Ein Unbequemer, der mehr sagt

und tut als er darf. Untergeschoben den Somnambulen, Erotomanen, Halb-  
ren und Irren. »Er spielt die Rolle des Jacques Roux / und gehört zu Marats  
Revolution dazu / Leider hat die Zensur sehr viel / gestrichen von seinen  
Aussagen im Spiel / denn sie gingen in ihrem Ton zu weit / für die Ord-  
nungsbewahrer in unserer Zeit.« – Ist das doppelbödigem Zeitbezug? Der Aus-  
rufer scheint die satten Revolutionsgewinnler zu meinen, die dort oben auf  
improvisierter Zuschauertribüne thronen, die also Anstaltsregierung und Ver-  
gangenheit spielen. Meint Peter Weiss vielleicht auch unsere gutbetuchten  
Zeitgenossen, die heute lässig auf den vorderen Parkettsitzen thronen – nach  
einer Weile aber sich straffen und die Ohren spitzen?

Noch ehe Marat auch nur einen Ton von sich gibt, schreit dieser Schwarzkittel schon nach »Revolution«. Um sein Gewicht choreographisch zu betonen, hat ihn der Dramatiker Weiss in den Mittelgrund der Bühne postiert, genau hinter die Wanne des Titelhelden: »Wer beherrscht die Markthallen / Wer hält die Speicher verschlossen / Wer hat die Reichtümer aus den Schlössern ergattert / Wer sitzt auf den Ländereien / die an uns verteilt werden sollten.«

Das Spiel hat begonnen. Die Szenen rollen ab. Marat, den aussätzigen Leib in die Wanne gezwängt, mit der Binde um die fiebrige Stirn, zieht selbst nun die Quersumme von »Liberté, Égalité, Fraternité«: »[...] Es zeigt sich / daß es in der Revolution / um die Interessen von Händlern und Krämern ging / Die Bourgeoisie / eine neue siegreiche Klasse / und darunter der Vierte Stand / wie immer zu kurz gekommen.« Das klingt nach proletarischer Polemik, vielleicht gar marxistischer Interpretation. Wir hingegen erinnern uns, daß Marat ein Hauptsprecher des originalen Jakobinertums war: mißbrauchte Besitzrechte kritisierend – aber bürgerliche Eigentumsverhältnisse im Prinzip nicht antastend. Eben ein »Ami du peuple«, kein vormarxistischer Kommunist. Der Dramatiker Weiss, der wohl anders dachte, läßt Marats Urteil durch die Revolutionssongs enttäuschter Proleten dick unterstreichen.

Da plötzlich springt der gefesselte Kuttenträger auf eine Bank, sich aufreckend: zur ersten Agitation des Jacques Roux. »Greift zu den Waffen / kämpft um euer Recht / Wenn ihr euch jetzt nicht holt was ihr braucht / dann könnt ihr noch ein Jahrhundert lang warten / und zusehn / was die sich für einen Betrieb errichten.« Das ist Aufwiegelung zu neuer, gewaltsamer Volksempörung. Dem Rufer nähern sich die Mitspieler – erregte Anstaltsgefährten also – von allen Seiten. Ist das nur theatralische Erinnerung an längst verflossene Historie – oder aber politische Unruhestiftung eines Agitationstheaters unserer Zeit: hier und heute? Den Anstaltsdirektor hat es vom Sitz gerissen, er schreit Protest: »Sollen wir uns so was mit anhören / wir Bürger eines neuen Zeitalters / wir die den Aufschwung wollen.« – »Untergrabung!« kreischt sein Weib. Die athletischen Krankenschwestern zerren Roux von der Bank. Aufseher treiben aufgeschreckte Kranke in den Hintergrund zurück.

Das könnte auf die Gegenwart bezogen, durchaus nicht nur als Historienspiel gemeint sein, erwägen wir auf unserem Platz. Der Ausrufer aber, die Schausteller auf der Bühne und selbst uns im Parkett besänftigend, interpretiert die Agitation des verabschiedeten Priesters: »Er verändert die himmlischen Gefilde / schnell zu einem irdischen Bilde / Hier soll das Paradies sein und hier sollen sie wandeln / und nach ungeahnt neuen Ordnungen handeln / nur weiß er noch nicht wie er diese erreicht / denn Handeln ist schwer und Reden ist leicht.« Dieser Pfaffe stelle in Marat einen Heiligen hin: »Denn das verspricht schon einen Gewinn / weil dieser wie ein Gekreuzigter ist / und daran erbaut sich jeder Christ.« Der Chef der Anstalt nickt erleichtert. Einige nicken im Parkett. Wir aber könnten unzufrieden sein, weil Roux nicht zu wissen scheint, was zu tun wäre.

Marat, gegen den Schauspielleiter de Sade und seine Platitüden des genüßlichen Individualismus gekehrt, verfißt indessen ebenfalls die permanente Revolution. »Es gibt für uns nur ein Niederreißen bis zum Grunde / so schrecklich dies auch denen erscheint / die in ihrer satten Zufriedenheit sitzen / und sich in den Schutzmantel ihrer Moral hüllen.« Die Sänger des Volks fragen heftig: Was eigentlich los sei und – wer sie beschissen habe?

Da prellt der Gefesselte jählings nach vorn an die Bühnenrampe, die Szene durchbrechend: zur zweiten Agitation des Jacques Roux. »Wir fordern / daß die Speicher zur Linderung der Not geöffnet werden / Wir fordern / daß alle Werkstätten und Fabriken in unsern Besitz übergehn / Wir fordern / daß in den Kirchen Schulen eingerichtet werden / so daß dort endlich einmal etwas Nützlichliches verbreitet wird.« Abermals rotten sich die Patienten-Schauspieler zusammen, umringen in hektischer Unrast den Agitator. Der Anstaltsdirektor rennt von seiner Tribüne herunter, fuchtelte mit seinen Händen. Roux bleibt unbeirrt. Er agitiert nunmehr gegen den Krieg, der doch im Interesse des heiligen Vaterlands, überhaupt der ganzen Nation geführt scheint: »Wir fordern eine sofortige Anstrengung aller / um den Krieg zum Ende zu bringen / diesen verfluchten Krieg / der der Preistreiberei zum Vorwand dient / der die Gier nach Eroberungen weckt / Wir fordern / daß diejenigen die den Krieg entfacht haben / unmittelbar alle Kosten dafür tragen / Ein für alle Mal / muß der Gedanke an große Kriege / und an eine glorreiche Armee ausgelöscht werden / Auf beiden Seiten ist keiner glorreich / auf beiden Seiten stehn nur verhetzte Hosenscheißer / die alle das gleiche wollen / Nicht unter der Erde liegen sondern / auf der Erde gehn / ohne Holzbein.«

Die Machthaber dort auf der Bühne platzen vor Wut. »Diese Szene wurde gestrichen!« brüllt der Direktor gegen den Schauspielleiter de Sade. »Wir brauchen unsere Armee«, keucht seine Frau. Roux wird von den Wärtern überwältigt, nach hinten geschleppt, auf eine Bank geschnallt. Aber seine Kraft ist noch nicht gebrochen. Marat zur Volksrevolution aufrufend, stemmt er sich, die Bank auf dem Rücken, noch einmal empor – bis er unter den Knüpf-

pelhieben der Anstaltspolizei zusammenbricht. Brutal werden auch die anderen Kranken zurückgestoßen. Der Ausrufer wagt keine beruhigende Interpretation mehr.

Die Theaterillusion scheint gestört. Für die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton, anno 1808 mimend, könnte diese Szene tatsächlich nicht vorgesehen, ein Verstoß gegen Zensur und Rollenbuch sein – dann ist Roux, radikaler noch als Marat, Agitator der gewesenen Revolution und Kritiker der napoleonischen Kriege. Für uns selbst, die Zuschauer im Parkett, könnte die Szene aber auch eine raffiniert bedachte Provokation, eine aktuelle Herausforderung sein – dann ist Roux schlechthin ein Agitator gegen staatliche Anmaßung, Volksbetrug und sämtliche Kriege auch unserer Zeit. Eine der Stimmen des Peter Weiss.

So tönt sie bei Stückende in das rhythmische Durcheinander der aufgewühlten Anstaltspatienten, die Phraseologie des schreienden Chores, die Raserie der knüppelschwingenden Ordnungshüter. »Wann werdet ihr sehen lernen / Wann werdet ihr endlich verstehen.« Niemand anders als Roux hat das letzte Wort im Drama. Mahnend. Herausfordernd. Aufstachelnd. Agitator der Revolution: 1793 – 1808 – heute ... Der verstorbene Peter Weiss faßte den historischen Marat als einen frühen Sozialisten auf und rückte diesem den roten Abbé an die Seite, wobei er anmerkte: »Roux, eine der fesselndsten Persönlichkeiten der Revolution, erhält hier die Funktion eines Ansporners und Zuspitzers, eines Alter ego, an dem Marats Thesen sich messen lassen.« Die Dramengestalt des Roux erscheint als ein Anwalt aller Bewegungen sozialer Emanzipation und Kriegsablehnung, wo und wann immer sie existieren.

Kennen wir ihn nun auf dem von Peter Weiß erdachten Theater unserer Zeit, so kennen wir ihn nicht ganz im Pariser Sansculottenviertel von 1793. Auf dem Höhepunkt der einstigen, der realen Revolution.

Wer also war Jacques Roux?

## 2. In der Historie

Walter Markov, bewährter Antifaschist, dann jahrzehntelang Leipziger Ordinarius und Revolutionshistoriograph, hat eine Antwort gegeben. In der Biographie des Revolutionärs: »Die Freiheiten des Priesters Roux« (1967). Lebensbild aus geschichtlicher Wirklichkeit. Freigegeben aus dem Treibsand von fast zwei Jahrhunderten. Erlöst vom Bannfluch der Bourgeoisie.

Wie wurde er?

Die Anfänge seines Lebens schienen sich zu verlaufen im Halbdunkel des Ancien régime. 1752 geboren, aufgewachsen im Angoumois des südwestlichen Frankreich. Durch Entscheidung des Vaters, eines Gerichtsassessors, in die Soutane des geistlichen Standes gesteckt. 1779, schon 27jährig, wegen Teilnahme an einem lokalen Tumult für kurze Zeit ins Gefängnis gesperrt und – unschuldig – im Amte versetzt: kleine individuelle Krise in der heraufkom-

menden Krise einer Staats- und Gesellschaftsordnung, der zehn Jahre später die Große Revolution den Garaus machte.

Die frühen Etappen dieser Umwälzung durchleichte Roux als ein Mitläufer der jeweils revolutionärsten Akteure. 1789 oder auch 1790: würdigte er in seinem Provinznest die fernen Bastillestürmer durch aufwiegelnde Predigt, verlor er aber durch die Kabale abwiegelnder Kirchenobersten seine Anstellung und die Heimat. 1791: jetzt in Paris, leistete er den Priestereid auf die Revolutionsgesetze, wirkte er im Armenviertel der Gravilliers als Hilfsgeistlicher von Sankt Nicolas des Champs und als Mitglied der revolutionären Volksgesellschaft der »Cordeliers«. Er versteckte Jean-Paul Marat, der von den Häschern der konstitutionellen Monarchie gejagt wurde, eine Zeitlang in seiner Wohnung, ohne jedoch die Freundschaft des »Volksfreundes« für sich selbst gewinnen zu können. 1792: unterstützte er den Sturz des Königtums durch republikanische Predigten, bildete er eine radikal sansculottische Gruppe mit dem Kern seiner Anhänger – »Enragés«, in der Historie demnach als Wütende, Zornige oder Rasende kolportiert. In Rede und Schrift verlangte er die Hinrichtung Ludwigs XVI., damit die Republik »nicht unter Trümmern begraben« werde. Nicht genug – forderte er auch Rechenschaftspflicht des Parlaments der eben gegründeten Republik vor Volksausschüssen und Gerechtigkeit für die »kleinen Leute«, die sich aufrieben in Protesten gegen Wucherer, Schieber, Spekulanten, Finanzaristokraten.

Das war kein Kampf gegen Feudalstände mehr. Hier wurden neuartige Widersprüche bewußt. Handwerker und Kleinhändler, Gesellen und Lohnarbeiter – kurz: Sansculotten und Frühproletarier des »Vierten Standes« – waren urkräftige Heizer auf der vielbeschworenen Lokomotive »Revolution«. Resultat ihrer Triebkraft war die Machtergreifung des »Dritten Standes«, des wohlhabenden Bürgertums, das aber die rechtliche, geschweige denn materielle Lage des verachteten »Pöbels« kaum besserte. Deshalb der Unwille vieler, ihre Proteste und Forderungen an die Adresse der neuen Obrigkeit: »Brot!« statt Deklamationen. – »Recht auf Leben!«, nicht bloß »Recht auf Eigentum!« – Einführung staatlicher Festpreise und »Tod den Schiebern!« Jedoch die Abgeordneten des Nationalkonvents, Girondisten und Jakobiner, verhielten sich ablehnend. Sie witterten Gefahr für parlamentarisches System und freie Marktwirtschaft.

Da kam es, Februar 1793, zu Ladenstürmen: Rund tausend Pariser Geschäfte, in denen die hungernde Menge zahlbare Preise festsetzte, billige Verkäufe erzwang. Bis hierher war Roux eines Geschehens teilhaftig gewesen, das ohne ihn um keine Handbreite anders verlaufen wäre. Doch auf den Wegen der Revolution beständig »nach links« steuernd, hob ihn nunmehr die Flut empor. Das Pariser Stadtparlament, das auf den Ladensturm reagierte, entrüstete sich über Vikar und Gemeinderat Roux, weil er an der Spitze einer Menge unter dem Transparent »Tod den Schiebern!« marschiert sei. Außer-

dem noch beschuldigt, den »Krawall gepredigt« zu haben, konterte jetzt der Abbé höchst ironisch vor vollbesetzten Rathausrängen: Als die Kaufleute ihre Waren so »zuvorkommend zu Schleuderpreisen verkauften«, habe er geglaubt, schlicht folgern zu können: »Die Herren wollten den Armen endlich zurückerstatten, was sie ihnen gestohlen haben«. – Die Wirkung war zwiespältig: Unwilliges Kopfschütteln der Abgeordneten im Parkett. Helles Gelächter des Volks auf den Rängen. Roux fühlte sich ermutigt und schlug scharf nach: »Ich erkläre euch, daß ich die Sache des Volkes immer verteidigen und hinter den Spekulanten her sein werde!« Die Rede war Stegreifspruch, der Sprecher atemlos.

Das war der Augenblick, da Roux aus der anonymen Revolutionsmasse aufstieg und erkannt wurde. Von Sansculotten und Armen: als ein Stimmführer, der ihre Bedürfnisse formulierte, sogar mit Witz und Pathos für sie zu streiten wußte. Von den wohlhabenden Bürgervertretern: als ein Gegner, den sie wenig später als Pfaffenrock, Königsmörder und Herold der Plünderung dreifach verfolgen sollten. Selbst Maximilien Robespierre, führender Kopf der noch nicht einmal herrschenden Jakobiner, grollte in schwarz-weiß-malendem Unmut gegen Roux und »Konsorten«: »Werkzeuge oder Beauftragte der Konterrevolution!« – Bürgerliche Revolutionäre und sozialrevolutionäre Volksbewegung hatten sich einen Moment lang mit brennender Lunte gegenüberstanden.

Das Frühjahr 1793 brachte Schlappen für die Revolution: Aufstand geschundener und verhetzter Bauern in der Vendee. Rückzüge schlecht geführter Revolutionstruppen in den Niederlanden und am Oberrhein. – »Das Vaterland ist in Gefahr!« Da begriffen die Jakobiner die Unruhe der Massen. Sie schmiedeten eine revolutionär-demokratische Volksfront, die vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1793 die liberalistischen Girondisten aus dem Konvent fegte und die Partei der Jakobiner an die Macht brachte. Wieder war Roux ein radikalisierender Agitator. Im Konvent, an der Spitze von Volksdelegationen, hatte er am 27. Mai den Umsturz gefordert: »Abgeordnete der Montagne, ihr habt [...] den Kopf des Tyrannen zerschmettert! Wir beschwören euch, das Vaterland zu retten. Wenn ihr es könnt und nicht wollt, seid ihr Feiglinge und Verräter; wenn ihr es wollt und nicht könnt, sagt es offen! Vernehmt den Zweck unserer Sendung: hunderttausend Arme sind gepanzert, euch zu verteidigen!«

Sind die Massen eine Triebkraft der Revolution, so ist Roux ein Ansporn und Zuspitzer – nicht nur in der Theater-Revolution des Peter Weiss, sondern tatsächlich auch im Revolutionsdrama der Geschichte. »Fackel der Sehenden! Stachel der Trägen!« nannte er sich selbst. Seine Funktion auch hier: Stimme »linker« Kritik, die die zur Macht geeigneten Jakobiner an die Seite des Volkes drängte, also vorantrieb. An einem Krisenpunkt der Revolution, wo sich der Einfluß eines Volksagitators für einen kurzen historischen Augenblick ins Unberechenbare steigert, half Roux den Jakobinern, auf die höchste Höhe der re-

volutionären Macht zu gelangen. Er wuchtete den Weg frei, von dem Friedrich Engels später sagen wird: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...]«

Allerdings waren die Marat, Robespierre, Saint-Just und anderen Jakobinerführer nicht schon Sachwalter der sozialen Befreiung arbeitender Klassen. Auf dem »linken Flügel« des Dritten Standes mit Entschiedenheit kämpfend, waren sie fähig, sich mit dem Vierten Stand zu verbinden, organisierten sie schließlich die Massen zur Rettung der Revolution. Im Namen des gefährdeten Vaterlands wagten sie sogar, die nationale Kriegsproduktion zu überwachen, die Verteilung der produzierten Güter zu reglementieren. Aber sie konnten die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die soeben erst siegten, grundsätzlich nicht antasten. So zwischen der Bourgeoisie und den arbeitenden Klassen mit zeitbedingter Unverbindlichkeit lavierend, mußten sie fallen, sobald ihre historische Aufgabe – die Niederringung innerer und äußerer Konterrevolution – erfüllt war.

In dieser widersprüchlichen Situation vertrat der Abbé Roux die unklar vermischten Interessen sansculottischer Kleinproduzenten und frühproletarischer Lohnarbeiter. Seine »Fackel«, die den Sehenden leuchtete, ließ eine immer noch dunkle Kluft zwischen der tatsächlich geschehenden und einer gewünschten Revolution erkennen. Sein »Stachel«, der die Trägen in Revolutionstrab versetzte, war auch Waffe der Hungernden gegen die Reichen, der Volkskontrolle gegen die Revolutionsbürokratie, der Volksopposition gegen die amtierende neue Regierung. So erschien Roux, nach Beratungen im »Club der Cordeliers« und in der Bürgerversammlung seines Stadtbezirks, am 25. Juni 1793 wiederum auf der Tribüne des Nationalkonvents. Er kritisierte den Entwurf der neuen, jakobinischen Verfassung – allein aus dem Grund, ihn zu verbessern. »Habt ihr die Spekulation verboten? Nein! Habt ihr die Todesstrafe für Schieber ausgesprochen? Nein! Habt ihr definiert, worin die Freiheit des Handels besteht? Nein! [...] Darum verkünden wir euch, daß ihr für das Glück des Volkes noch nichts getan habt! Freiheit – ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse ungestraft die andere durch Hunger ermordet. Gleichheit – ein leerer Wahn, wenn des Reichen Monopol das Leben und den Tod von seinesgleichen bestimmt. Leerer Wahn auch eine Republik, in der tatsächlich die Konterrevolution am Werk ist [...]. Vier Jahre lang haben nur die Reichen aus der Revolution Nutzen gezogen. Die Reichen haben ihre Gesetze und natürlich zugunsten der Reichen gemacht.«

Dieser Stimmführer des Volkes hatte ein Ächtungsgebot gegen Schieber und Spekulanten gewollt. Konsequenzzieher aus Rousseaus philosophischen Lehren hatte er zudem eine Rechenschaft des Parlaments vor den Delegationen des höchsten Souveräns – des Volkes! – erwartet. Was er erntete, waren Wutschreie der Entrüstung. »Wer die Verfassung nicht liebt, verleumdet ihre

Freunde!« posaunte der Konventspräsident. – »Das Motiv gab sich volksmäßig, im tiefsten aber war es Brandstiftung!« dozierte Robespierre. Er, der Rousseau, den »Linken« der Aufklärung, ewig zitierte, fügte nun mit eisiger Drohung hinzu: »Die einzigen Feinde des Volkes sind jene, die gegen die Montagne im Konvent predigen.«

Nahezu plötzlich schwenkten die Mühlen der Revolutionsbürokratie ihr unermüdlich tötendes Mahlwerk gegen die »Gefahr von links«. Die amtlichen Verleumdungen gegen Roux waren rasch formuliert: Schwarzkittel – Konjunkturpatriot – Helfershelfer Englands – Freiheitsmörder! Das weitere verlief nach bekannter Methode: Ehrabschneidung in der Presse. Schlachtfest auf politischen Versammlungen. Roux durfte nicht reden, wurde aus seiner »Partei« ausgeschlossen. Seine Anhänger wurden niedergeschrien. Seine Mitläufer bekamen kalte Füße. Auch Marat, der als Präsident des Jakobinerklubs amtierte, sprach Verdikt über Roux: In dem Glauben, die Regierung werde durch dessen demokratische Kritik gefährdet, geißelte er den Abbé durch ein Pamphlet. Als der Verleumdete den von ihm hochgeschätzten Revolutionär aufsuchte und sich erklären wollte, donnerte Marat ihn als »elenden Tartüff« zur Tür hinaus. Das Zerwürfnis war unvermeidlich. Roux hatte etwas erkannt und verfochten, das Marat noch nicht zu erkennen vermochte.

Vier Tage später fiel der »Volksfreund« unter dem Messer der Schwärmerin Charlotte Corday. Zwei Monate darauf fiel der Volksagitator Roux durch Haftbefehl seiner jakobinischen Obrigkeit. Gleichgesinnte wurden verfolgt, die Pariser Volksgesellschaften zerschlagen. Das Revolutionsgericht formulierte die demagogisch verwirrende Anklage: Roux habe die Bürgerschaft veruneinigt und alle Behörden bis hinauf zum Konvent verleumdet. Er habe »den Umsturz durch das Volk und die Auflösung der republikanischen Regierung« gewollt.

Das war die unmißverständliche Androhung der Guillotine. Vor die Wahl gestellt, entweder die kritischen Waffen der Volkssouveränität vor der totalitären Gewalt des Revolutionsregimes gefällig zu strecken – oder als ein trotzbietender »Konterrevolutionär«, also in öffentlicher Ehrverletzung zu sterben, entschied Jacques Roux auch dieses Problem radikal: Im Gefängnis, 41jährig, kam er der Exekution zuvor, legte er selbst Hand an sich. Am 10. Februar 1794. Es blieben genau fünf Monate noch bis zum Ende des Maximilien Robespierre.

### **3. Problemstellung aktuell**

Der Biograph Markov würdigt in Roux den Volksagitator der bürgerlichen Revolution der Franzosen und den Antizipator späterer Revolutionen. »Daß nach den Jakobinern – entgegen deren felsenfester Überzeugung – bis zum jüngsten Gericht gar nichts Gescheites von andersartiger Beschaffenheit mehr kommen könne, nahm der Enragé nicht unbesehen an. Er hoffte allenfalls, daß eine Läuterung der Montagne es erübrigen möchte. Je deutlicher diese jedoch

Ende 1793 ihr Gesicht abschminkte, desto eindringlicher verspürte er, daß die Vermenschlichung des Menschen nicht schon dem Abschluß entgegengelaufen, sondern mit – und dank – den Jakobinern wohl erst begonnen hatte [...]. Er begriff endlich, daß die Große Revolution meilenweit davon entfernt war, jene letzte zu sein, für die sie sich hielt oder ausgab.«

Wie die konkrete Geschichte, so bietet auch ihre Beschreibung den Nachgeborenen viel Raum für Einsichten und Deutungen. Wir selbst, die wir im vergangenen System des »real existierenden« Sozialismus eine volkssozialistische Alternative dachten und wünschten, filterten aus Markovs Roux-Biographie das Gleichnis eines »Linksaußen« im stets erneuerten Drama der Revolutionen: den Musterfall tragischer Revolutionäre, die als integere, aber ungeliebte Kritiker von ebenjenen »Revolutions«-Regimen verfolgt und vernichtet werden, deren Ungenügen und Defizite sie anmahnen. – Da wir jetzt aber von »Wende« zu »Wende«, vom Oktoberaufbruch 1989 zur deutsch-deutschen Vereinigung und Herrschaft des großen Kapitals geraten sind, verwandelt sich das aktuelle Spiegelbild, das wir in Roux zu entdecken suchten, wieder ganz in das Bild eines Agitators, der bereits in der Großen Revolution des Bürgertums mit dem Ruf nach »Volkssouveränität« und Beendigung des Kriegs die soziale Frage der Massen zum Ausdruck brachte – daher fortwirkt bis in unsere Tage.

Der Bildwandel ist sinnfällig. Immer sind es die Lebenden, die sich in die Vergangenheit projizieren, wodurch die ewige Auferstehung der Toten erfolgt.

# Moskauer Staatsstreich und PDS

Es führt kein Weg zurück (1991)

Ein historischer Augenblick, in dem mit Geistesgegenwart und Konsequenz hätte gesprochen und gehandelt werden müssen, ist abermals unwiederholbar vorbei. Man taumelt von der Bühne des Geschehens längst schon den Abgang hinunter – da endlich leuchtet die geistige Einsicht auf: Was man hätte sagen, was man hätte tun sollen. Sofern dieser Gedanke dann aufgeschrieben wird, entsteht ein »Treppenwitz der Weltgeschichte«. Aber wenn er sogar als geschene Tatsache behauptet wird, entsteht eine Geschichtslüge. Für Chronisten mag es genüßlich sein, von derart verpaßten Augenblicken und der verspäteten Geistreichelei zu berichten. Jedoch ist betäublich, an den Versäumnissen und den fälschlichen Behauptungen als ein Parteifreund unfreiwillig partizipieren zu müssen.

Der historische Augenblick war herbeigeführt durch den Staatsstreich in einem von Krisen geschüttelten Land, wo demokratische, liberalistische, konservative, sogar kriminelle Elemente gären. Die putschende Regierungsclique Janajews, schöngefärbt als ganz Rußlands »Notstandskomitee«, entmündigte am 18./19. August 1991 den demokratisch gewählten Staatspräsidenten Gorbatschow, dekretierte einen vorläufig halbjährigen Ausnahmezustand und ließ die Panzer rollen. Das Schlüsselwort »Sackgasse« im »Appell an das sowjetische Volk« rief das Bild einer unausweichlichen Umkehr hervor. Aus der »Sackgasse« der von Gorbatschow eingeleiteten »Politik der Reformen«, der Perestroika also, umkehren zu wollen – das ließ eine politische Kehrtwende befürchten: Zur Alleinherrschaft der herkömmlichen Staatspartei und Regierung. Zur erneuten Hegemonie des exekutiven Apparats. Zur abermaligen Allmacht der Funktionärsbürokratie.

Sind nicht Methoden und Phrasen des konservativen Putschismus aus aller Geschichte sattsam bekannt? Der Ruf einer putschenden Obrigkeit nach »Gesetz und Ordnung« meinte all zu oft Wiederherstellung des Gestrigen, des Alten, des geschichtlich bereits Überholten. Auch diesmal folgte der Erklärung des »Notstands« die Außerkraftsetzung staatsbürgerlicher Freiheitsrechte, die Drosselung der Parlamentsdebatten und der erst kürzlich zugelassenen Volksbewegungen. Der Öffentlichkeit (»Glasnost«) eines unzweifelhaft schwierigen Ringens von Interessengruppen, Gesellschaftskonzeptionen, Volksmeinungen drohte wiederum regierungsamtliche Abtötung. – »Das Vaterland ist in Gefahr!?!« Nicht immer und überall kündete und kündigt diese Beschwörungsformel, die die Massen disziplinieren soll, vom Geist ehrlicher Sachwalter des Fortschritts.

Ein jeder kennt nun die bisherigen Resultate. Die Tragödie, die einen Moment lang die Weltbühne zu erschüttern schien, mit Akteuren, die »vaterlän-

dische« Notwendigkeit mimten, erwies sich als Farce. Die Panzersoldaten verweigerten sich dem Schießbefehl. Die Armee achtete den Willen der widerstrebenden Volksmasse. Und was nun keine Farce mehr ist: Das Pendel, das die Putschisten anschoben, schlug gewaltig zur anderen Seite aus. Die Staatspartei, in der »Poststalinismus« und »Perestroika« quälend miteinander vermischt sind, gerät unter das Diktat triumphierender Gegner.

Indessen ist das Präsidium der PDS von der Weltbühne der Staatsstreichszenerie heruntergestiegen. Es hat das soeben Vergangene überdacht und behauptet nun, ganz auf der Höhe des historischen Augenblicks gewesen zu sein: Der Staatsstreich sei unmißverständlich verurteilt worden. – Eben das könnte ein historischer Treppenwitz, wenn nicht gar eine Legende sein.

Man lese die Erklärung des Präsidiums vom ersten Tag des Moskauer Putsches. Die Worte »Staatsstreich« und »Notstandskomitee« kommen darin nicht vor, so daß weder die Sache noch ihre Akteure offen bezeichnet, entlarvend beurteilt wurden. Nur von »Ausnahmезustand« war die Rede und von Gefahren, die für die Sowjetunion, Europa, die Welt daraus erwachsen könnten: Er sei »letztlich kein Mittel«, die Probleme zu lösen. Was aber besagte das Gummiwort »letztlich«: im allgemeinen, grundsätzlich, demnächst oder künftig? – Jedenfalls folgte dann ein moralischer Appell an die anonymen Putschisten, an »diejenigen, die jetzt in ihren Händen die Macht konzentrieren«: Sie sollten den »Ausnahmезustand nicht als Instrument der Zerstörung aller demokratischen Grundlagen der sowjetischen Gesellschaft mißbrauchen«, vielmehr bei Beachtung der Gesetze ihre Staatsmacht benutzen, um »das Versinken des Landes in Gewalt, Chaos, Hunger und Rechtlosigkeit zu verhindern«. Aber das war nur verdeckte Methodenkritik. Eine Befragung der politischen Mittel. Eine Mahnung zur Gesetzlichkeit. Das konnte durchaus auch als eine Akzeptanz der »neuen sowjetischen Führung« (wie es im »Neuen Deutschland« vom 20. August, S. 3, eilfertig hieß) verstanden werden.

War das nicht Diplomatie? Bei aller Berufung auf Gorbatschow und die Perestroika: Das war keine klare Verurteilung des Putsches und der Putschisten! Der Ruf zur Protestkundgebung, den viele erwarteten, kam dann auch später als spät. Er erreichte das Parteivolk keineswegs am 19. oder 20. August. Erst am Abend des dritten Tages – andere Linke und Grüne, auch Sozial- und Christdemokraten waren längst auf der Straße gewesen –, da endlich erschien unser verlorenes Häuflein vor dem Gebäude der Sowjetbotschaft in Berlin. Das Präsidium, so erklärte André Brie, habe den 21. August mit Bedacht gewählt: den »Tag, an dem vor 23 Jahren« der »Prager Frühling« abgewürgt wurde. – Als ob im historischen Augenblick nicht sofortiges Handeln, sondern die Berücksichtigung von Gedenktagen nötig wäre.

Gewiß, die Situation war kompliziert. Von allen möglichen PDS-Gegnern an die Wand gedrückt, war ein gelassenes, allseitig abwägendes Urteil schwierig. Es bedurfte einer Alexandergestalt, um den gordischen Knoten zu durchschla-

gen: Protest! Und nochmals Protest! – Entschiedener Aufruf gegen den Staatsstreich von Leuten, die Gorbatschows schweren Weg der Perestroika eine »Sackgasse« nennen und die freiheitlichen Rechte des Volkes außer Kraft setzen!

Meine kritischen Ansichten sind die eines »Linken«, der im Kiez seines politischen Alltags lebt, angewiesen auf Presseinformationen, die über Ideen und Diskussionen der PDS-Leitungsorgane so einigermaßen berichten. Da stellt sich oft Zustimmung, aber auch Unbehagen ein: Nach dem Finanzskandal, so dann der an mehreren Landes- und Fraktionsvorsitzenden sich kristallisierenden »Stasi«-Problematik – jetzt auch noch diese Fragwürdigkeit der Reflexion des Moskauer Staatsstreiches! Warum diese Fehlgriffe und Schwierigkeiten? Sind nicht auch bei uns »Poststalinismus« und Erneuerungsstreben quälend miteinander vermischt? Noch immer gilt es, den Bruch selbst zu vollziehen – gegen das, was mit und durch uns geschah. Die Erneuerung für eine demokratisch-sozialistische Linke kann nicht gelingen, ohne allen Aberglauben an die Vergangenheit abzustreifen. Was denn ist es gewesen, dem die einen nachtrauern, hingegen die anderen mit den Begriffen »Staats-Sozialismus«, »Regime des bürokratischen Zentralismus« oder »bürokratisch-sozialistisches System« ein zurecht kritisches Requiem bereiten?

Oberstes Prinzip war die führende Rolle, in Wahrheit die autoritäre Vorherrschaft der sogenannten Partei der Arbeiterklasse. Der Organisationsaufbau war streng hierarchisch. An der Spitze stand das Zentralkomitee mit dem allmächtigen Kulminationspunkt – dem Machtzentrum »Politbüro«: ausgestattet mit dem Monopol der Situationsbeurteilung und der Wahrheitsfindung, dem Dogma der zentralen, allseits verpflichtenden Parteibeschlüsse. Es war nahezu strafrechtlich geschützt gegen den Einspruch von Parteimitgliedern, gegen das Alternativdenken von Plattformen und Fraktionen, die als »kleinbürgerliche Elemente«, Verfechter des »Sozialdemokratismus«, »Agenten des Klassenfeindes« die »Einheit und Reinheit der Partei« zu stören schienen. Unterhalb des hohen Gipfels verharrte die Parteibürokratie mit den Nomenklaturkadern und den weiteren hauptamtlichen Sekretären, Instruktoren, Mitarbeitern. Sie waren das Rückgrat des Parteikörpers: Eigens geschulte Angehörige eines Herrschaftsorgans, das nach Verlauf einer kurzen Frist der Geschichte nicht mehr aus Revolutionären, sondern aus Beamten bestand – versehen mit der von oben her abgeleiteten Kommandogewalt, dem Geheimnis der internen Informationen, den politischen und sozialen Privilegien. Ganz unten lebte der breite Körper des Parteivolkes, der Genossen – von Stalin »gehorsame Stütze« und »Schräbchen« des Parteiapparats genannt. Eine komplizierte Mischung aus revolutionär gesinnten Sozialisten, humanistischen Idealisten, solidarischen Kollektivistern, gemeinschaftsbedürftigen Mitläufern und kalt berechnenden Karrieremachern.

Der Begriff, der den hierarchischen Zusammenhalt der Partei begründete, hieß »demokratischer Zentralismus«. Er war durch Marx und Engels für den

»Bund der Kommunisten« (1847) statuarisch formuliert und am Beispiel der Pariser Kommune (1871) mit nachdrücklicher Betonung des Demokratismus, der »Selbstregierung der Produzenten«, verfassungspolitisch erläutert worden. Doch er entartete in dem als »sozialistisch« bezeichneten Realstaat: zum Vorrang des Zentralismus – zum bürokratischen Zentralismus.

Ein weiteres Hauptprinzip bestand in der landesweiten Verflechtung der Partei mit Staatsapparat und Wirtschaftsleitungen, Gewerkschaften und Massenorganisationen, insbesondere mit den bewaffneten Organen. Nicht genug, daß der bürokratische Zentralismus des Parteaufbaus und der Führungsmethoden auf den Staatsapparat übertragen war, womit der »Arbeiter-und-Bauern-Staat« den Bürokratismus feudal-absolutistischer und bürgerlich-bonapartistischer Staatsordnungen wiederholte. Er wurde ebenso verbindlich im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft für die dortige Hierarchie der ökonomisch-technisch-finanzpolitischen Administratoren. Er galt überdies im Subsystem der »Nationalen Front« für alle anderen Parteien und Massenorganisationen, sogar für die Gewerkschaften. So ergab sich eine totalitäre Organisation von Staat und Gesellschaft.

Kritik und Selbstkritik sind nicht vergnüglich. Sie sind die bitteren Pillen, die vielleicht helfen, soziale und geistige Krankheiten zu bekämpfen – auch Selbsttäuschungen, und nun den wieder aufkommenden Versuch, der die Krankheit nach dem Tod des Patienten als Gesundheit interpretiert. Wer solche Medizin reicht, kann nicht liebenswürdig erscheinen. Er hat – nach einem Wort Bebels – oft sogar die falschen Lacher und Lobhudler auf seiner Seite.

Jedoch: Konnte man nach den Erfahrungen mit der eigenen Geschichte einen Sieg poststalinistischer Putschisten wünschen? Durfte man einen Fortschritt von ihnen erhoffen und abwarten, ob sie nach einem halben Jahr des »Ausnahmestands« die Demokratie vielleicht gnädig wieder entfesselten? Wir leben nun einmal im Elend einer Geschichte, die offene Zukunft hat und ein Happy-End keineswegs garantiert. Gewiß ist nur das Vergangene: Die Ära von 1917 ist zu Ende. Es führt kein Weg zurück.

## Partei – Staat – bürokratische Kaste

Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus (1992)

»Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.« Diese berühmte Sentenz ist mit Ironie geschrieben. Marx meinte allerdings nur die anderen: Revolutionspolitiker des Bürgertums, zumal Militärdiktatoren vom Schlage Napoleon Bonapartes und seiner mißratenen Karikatur, Napoleons III. Auf die Sentenz folgt der interpretierende Satz: »[...] Wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.«

Marx glaubte, sich Ironie leisten zu können. Die soziale Revolution, die er bereits für seine Zeit, das 19. Jahrhundert, erwartete, werde gegenüber den Totenbeschwörern und ihren Toten – den verblichenen Helden aller auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsordnungen – einen entschiedenen Bruch vollziehen: Denn die »Poesie«, womit die Emanzipation der arbeitenden Klasse vorausgedacht und schließlich siegen werde, sei »nicht aus der Vergangenheit, sondern nur aus der Zukunft« zu gewinnen. Diese Revolution könne »nicht mit sich selbst beginnen«, ohne »allen Aberglauben an die Vergangenheit« abzustreifen.

Nach dem Verlauf von nahezu eineinhalb Jahrhunderten – angesichts der politischen Niederlage des »real existierenden Sozialismus« – sind die Beziehungen zu Vergangenheit und Zukunft für Anhänger der sozialen Revolution ganz anders gestellt. Schwierig genug, daß sie der »Tradition aller toten Geschlechter« durchaus nicht entrinnen können: vor allem nicht der Erinnerung an Generationen von Sozialisten und Kommunisten mit ihren Ideen und Hoffnungen, Rebellionen und Niederlagen, Beharrlichkeiten und Siegen, Irrtümern und unerwarteten Fehlleistungen. Schwieriger noch und überdies schlimm, daß sich die Ironie der Marx-Sentenz heute direkt gegen sie selbst wendet: Es ist die eigene, ganz persönliche Vergangenheit, die »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« lastet. Unter den Lebenden: Wir – in den Wirren und Verwirrungen einer Krise, die von den Verbliebenen in den gelichteten sozialistischen Reihen »Restauration« oder gar »Konterrevolution«, von den Triumphatoren des Kapitals eine »Revolution« genannt wird. Hinter semantischen Verhüllungen stecken die nackten, widerstreitenden Interessen. Dabei zählen wir – selbst als Opponenten des gestürzten Regimes – zu den Geschlagenen, den Verlierern, die Ursache genug haben, sich kritisch-selbstkritisch zu besinnen.

Wenn wir das Vermächtnis des Mannes, der die Idee der sozialen Revolution vormalig zutiefst prägte, nicht insgesamt verschleudern wollen, dann gilt es, den Bruch nun an uns selbst zu vollziehen: gegen das, was mit und durch uns geschah. Eine Erneuerung kann nicht gelingen, ohne »allen Aberglauben an die Vergangenheit« abzustreifen.

Was aber ist Aberglauben – und was ist Vermächtnis?

## **Revolution von oben**

Auch für das deutsche Wendejahr 1945 gilt ein Satz von Marx aus dem »Achtzehnten Brumaire«: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.«

Das Deutsche Reich, das sich in dreierlei Staatsform als Kaiserreich, Weimarer Republik und faschistische Diktatur behauptet hatte, zerbrach nach 75jähriger Existenz. Bismarck, durch ihn Junkertum und beträchtliche Teile der Bourgeoisie, hatten dieses Reich im Krieg gegen Frankreich aus der Taufe gehoben, ihm die Kohle- und Erzgruben Elsaß-Lothringens, die Kriegskontribution von fünf Milliarden Franken und den Haß gegen die Pariser Kommune als Danaergeschenk in die Wiege gelegt. Das Unheil erfüllte sich in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Seit 1870/71 drei Kriege – ähnlich den Kriegen des großen Karthago, an die Bertolt Brecht erst unter der Atombombe mahnte: Das Reich war mächtig nach dem ersten Krieg, noch bewohnbar nach dem zweiten, nicht mehr auffindbar nach dem dritten. Durch Krieg geboren, verging es am Kriege.

Was waren die unauslöschlichen Resultate? Vor dem Maßstab aller bisherigen Tatsachen und Erfahrungen der Menschheitsgeschichte: die größten Verheerungen, die brutalsten Verbrechen, die tiefste moralische Schuld der Deutschen vor den Völkern der Welt. Gestützt auf die Monopolisierung des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und auf die offene terroristische Diktatur hatten Hitler-Regierung und Cliques des Großkapitals das deutsche Volk für verbrecherische Weltmachtziele mißbraucht. Sie hatten den Sinn menschlicher Schöpferkraft, das Leben der Individuen und der Gesellschaft zu fördern, in den Widersinn massenhafter Vernichtung pervertiert. Der Krieg kehrte sich gegen die Überlieferung der bürgerlichen Klassen selbst, deren geistvolle Exponenten auch große Werke des Humanismus geschaffen hatten. Ein halbes Jahrtausend dauerte der Untergang der antiken Kultur. Ein halbes Weltkriegsjahrzehnt hatte diesmal genügt, um das Erbe einer tausendjährigen Kultur des Mittelalters und mehr noch der Neuzeit in Europa zu brechen. Die Frage »Was tun?« stand brennender denn je.

Es war die Sowjetunion, die sich an der entscheidenden Front der Anti-Hitler-Koalition bewährt hatte. In einer qualvollen Weltstunde der Wahrheit war sie keineswegs der »tönerne Koloß« gewesen, von dem die antikommunisti-

schen Agitatoren Großdeutschlands faselten. Sie trug schwerste Lasten und ehrenvollen Anteil, daß die Völker Europas – auch das deutsche Volk – der Ausplünderung und der Erniedrigung durch Nazipartei, SS-Banden, profitgeile Kriegsgewinnler entrissen wurden. In der von ihr besetzten Zone zer- schlug die Rote Armee die politische Macht des Hitlerfaschismus, zudem die ökonomische Macht des Großkapitals und der Großgrundbesitzer. Mit Hilfe ihrer Panzer, Stalinorgeln und Politkommissare begann objektiv eine Umwäl- zung, die subjektiv von einer Minderheit der Deutschen gewollt und ausge- führt wurde: Von Männern und Frauen des antifaschistischen Widerstands in Deutschland, an den Weltkriegsfronten, im Exil. Und auch von Angehörigen jener Generationen, die in der Katastrophe ihres Landes und Volkes wie Phö- nix brennen mußten, um mit der dadurch gewonnenen Bewußtheit an der Wiedergeburt teilnehmen zu können.

»Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« Das war der Ruf einer antifaschistischen, sogar »antiimperialistischen« Umwälzung, die aber keine deutsche Volksrevolution, sondern eine »Revolution von oben« war. Sie traf auf Menschen jener Kriegsgenerationen, die – abgesehen von der November- revolution und der kurzzeitigen Weimarer Republik – stets diktatorisch regiert worden waren: Menschen, die nach dem Inferno des Kriegs das naturwüchsi- ge Bedürfnis und auch das Recht zu leben in Anspruch nahmen. Aber auch eine Mehrheit von Gehorsamen, Anpassern und Marschierern, die mit ihrem merkwürdig deutschen Nationalcharakter aus der zutiefst reaktionären Dik- tatur Hitlers unter die völlig entgegengesetzte Diktatur des revolutionären Antifaschismus und bald auch des sozialistischen Aufbaus gerieten. Sie haben gelebt und gearbeitet, den Riemen eng geschnallt und später merklich weiter. Zum selbstbewußten Schöpfer ihres »Arbeiter-und-Bauern-Staats«, zu coura- gierten Einforderern der sozialistischen Demokratie wuchs ihre große Masse nie. Doch der »Revolution von oben« konnte es gelingen, den Faschismus in- stitutionell auszurotten und geistig zurückzutreiben. – Sind wir nicht selbst mit den Losungen dieser Umwälzung angetreten? Haben wir nicht eine Le- bensordnung werktätiger Menschen erstrebt: erfüllt von der Demokratie des arbeitenden Volkes, der Freiheit und Gleichheit sozialistischer Staatsbürger, der Solidarität mit den internationalen Kräften des Fortschritts, der Freund- schaft mit allen anderen Völkern?

Hier aber ist nicht Zeit und Platz, die guten Absichten, verblichenen Errun- genschaften und verlorenen Siege aufzulisten. Obwohl sie als Versuch einer sozialen Emanzipation der Arbeitenden, einer nichtkapitalistischen Alternati- ve, unter den Träumen und Taten der Menschheitsgeschichte noch an Erinne- rungswert gewinnen könnten. Jetzt – und noch immer – ist kritisches Ge- dächtnis für anderes wichtig.

## Hybris der Macht

Wir müssen nach genetischen Schäden fragen, die vor und nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 aus Theorie und Praxis der sozialistisch-kommunistischen Bewegungen wuchsen. Insbesondere aber erinnern wir an die Last der gegebenen und überlieferten Umstände, die der sozialen Erneuerung Deutschlands nach dem Wendejahr 1945 auferlegt war. Nicht nur durch das Erbe beider Weltkriege und das Fortleben ihrer ökonomisch-sozialen Triebkräfte, sondern auch durch eine »real-sozialistische« Tatsache: Die siegreiche Sowjetunion trug nicht den »klassischen« Marxismus und nicht einmal den originären Leninismus – vielmehr den Stalinschen Verschnitt derselben nach Deutschland. Es war das stalinistische Partei- und Staatsmodell, das im Entstehungsprozeß der DDR verbindlich wurde.

Vom Westen her angefochten waren seit Churchills Kundgabe des Kalten Krieges in Fulton (1946) und den US-amerikanischen Atomkriegsplänen (1949) gewiß alle erneuten Versuche, den Sozialismus zu errichten. Auch der »Arbeiter-und-Bauern-Staat« im Osten Deutschlands stand immerfort unter den Anfeindungen des internationalen und zumal westdeutschen Großkapitals. Daß aber die freiheitlich-egalitären Blütenträume der sozialen Revolution selbst in der Wirklichkeit des Sozialismus tödlich gefährdet waren, erfuhren wir spätestens im Februar 1956: durch Chruschtschows Geheimbericht über den Stalinschen Personenkult an den XX. Parteitag der KPdSU.

Der Berichterstatter erklärte die Phänomene des Stalinismus teils aus außenpolitischen, teils aus rein personalen Ursachen. Die Permanenz weltpolitischer Situationen des Kriegs und der Klassenkämpfe, zudem die Verflechtung der äußeren mit den inneren Konflikten, habe die Stärkung des Zentralismus in Partei und Staat der Sowjetunion dringend geboten. Dagegen seien Fülle und Gebrauch der Macht in Händen des charakterlich üblen Stalin und seiner gewissenlosen Handlanger höchst problematisch gewesen. Millionen von Menschen, die den Sozialismus-Versuch in einem atemlosen Tempo vorangebracht und mit größter Aufopferung gegen äußere Aggressoren verteidigt hatten, erlagen ihren eigenen Machthabern: Zwangsaussiedlungen, Konzentrationslager, Hinrichtungen, schleichender Massenmord – eine verheerende Spur der Selbstzerstörung entstellte das Mutterland der sozialen Revolution. Nächst Hitler, seinen Helfershelfern und Erbhältern, in denen die Reaktion par excellence zu entlarven bleibt, steht Stalin mit seinen Schergen als Inkarnation teuflischer Staatsverbrechen in der Menschheitsgeschichte.

Immerhin war es die »real existierende« Führungsmacht und ihre alles beherrschende Partei, die eigene Fehler und Untaten offenlegte – und obwohl über den Parteitagsbericht nur in geschlossenen Versammlungen informiert, obwohl er in Gänze nur durch heimlich von Hand zu Hand gehende Westzeitungen bekannt wurde, ergriff uns die Aufbruchstimmung der »Tauwetter«-

Periode. Die Stunde der reinen Wahrheit, der wirklich humanen Ethik schien angebrochen. Uns beseelte das Verlangen nach Offenheit und Klarheit, nach internationalistischer Diskussion und Reinigung, um aus der wiederum bestürzenden Vergangenheit als geläuterte Solidargemeinschaft noch einmal eine Zukunft zu gewinnen. Das gerade schien uns, die wir die junge Generation der sozialistischen Umwälzung waren und bis dahin nur von den Verbrechen des Faschismus gewußt hatten, die Schicksalsfrage der ganzen Weltbewegung zu sein. Doch das »Tauwetter«, das Straflager gelichtet, politische Opfer rehabilitiert, eine freiere Bewegung des Denkens, der Künste, der Wissenschaften ermutigt hatte, erstarrte allzubald im Eishauch des Kalten Krieges: im Antagonismus sich formierender Staatenbünde und nuklear bewaffneter Militärblöcke.

Chruschtschows Enthüllungen vor den Führern des verstaatlichten Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung hatten bis zu einem gewissen Grad für persönlichen Mut zur Wahrheit und Regeneration gezeugt. Jedoch eine marxistische Gesellschaftsanalyse war das nicht. Es fehlte jegliche Prüfung der politisch-rechtlichen Strukturen des Staatsaufbaus, außerdem des Systems und der Wirkungen der praktizierten Produktionsweise. Der italienische Kommunist Palmiro Togliatti stellte bereits im Juni 1956 die Theorie des »Personenkults« in Frage. Er sah in Verletzungen der Demokratie und der Rechtssicherheit die wahren Probleme und bezeichnete die sowjetische Gesellschaft als entartet. Das Zentralkomitee der KPdSU hingegen, dessen Führer selbst doch mit Stalin zusammengearbeitet hatten, wies unbequeme Fragesteller am 30. Juni desselben Jahres als »Feinde« zurück. Mit dreister Schönfärberei verteidigte sich die Partei- und Staatsführung gegen die Forderung umfassender Analyse und Selbstkritik. Sie bestärkte die Machthaber in den verbündeten Ländern, Partei und Staat gegen »Fehler-Diskussionen« und »Kapitulanten« zu zementieren.

Das Unheil, das dem Sozialismus nicht nur durch Gegner von außen, sondern auch durch eigene Regierungen von innen her drohte, offenbarte sich ebenso in der DDR. Ulbrichts selektierte Führungsmannschaft, manövrierend unter den Zwängen des Kalten Krieges und zugleich schon gewöhnt an die Hybris der Macht, bekämpfte gleichfalls die absolut notwendige Frage und Diskussion: An welchen Grundmängeln mußte das von der Sowjetunion ausgehende Sozialismus-Modell krankens, das den Stalinismus mit seinen ungeheuerlichen und unentschuldbaren Staatsverbrechen möglich machte?

Hohe Parteifunktionäre, die sich einen Augenblick lang als problembewußt und sensibel erwiesen hatten, stiegen 1957/58 Mann für Mann auf die Tribüne des SED-Zentralkomitees, um unter der Floskel »... mit Walter Ulbricht an der Spitze« einen Kotau zu machen, der die Selbstkritik genau in die falsche Richtung lenkte. Die konsequenteren Fragesteller der Basis, darunter Alt-Kommunisten, bewährte Antifaschisten und viele der jungen Intelligenz, hat-

ten die Logik, aber nicht die herrschende Gewalt auf ihrer Seite. In den Grundorganisationen hagelte es Parteistrafen, und wie Wolfgang Harich, Walter Janka, so wurden noch mehr unserer Genossen hinter Gitter gesperrt. Weitere wurden ihrer Arbeit beraubt, mundtot gemacht, sogar ins »feindliche Ausland« vertrieben. Auch parteilose Hitlergegner und nunmehr angesehene Repräsentanten des Kulturlebens blieben von Unterdrückung nicht verschont. Das einstweilige Resultat? Man hatte der Partei, den Intellektuellen, dem Staatsvolk die »Instrumente« gezeigt – und die Genossen der innerparteilichen Opposition, die Kritiker in den Blockparteien der Nationalen Front, die verbleibenden Freigeister in Wissenschaften und Kulturschaffen überlebten ähnlich Brechts »Galileo Galilei«: Wir hielten an den demokratischen und humanen Ideen des Sozialismus fest. Wir suchten uns für eine bessere Gelegenheit aufzusparen. Wir bewahrten die Glut unter der Asche. Aber es blieb die dauerhafte und gemeinsame Schuld, daß die historische Chance, den »real existierenden Sozialismus« zu erneuern, in jenen Jahren vertan wurde.

Obwohl Anhänger des »Prager Frühlings«, obwohl Parteigänger des bahnbrechenden Neuen Denkens und der wiederum von Hoffnung überladenen Perestroika Gorbatschows: Wir blieben Teilhaber und zugleich Inhaftierte des Machtsystems. Wohl wurden kritische Ideen unter die Leute gebracht. Selbständiges Denken wurde ermutigt, ein künftiger Aufbruch antizipiert. Doch indem wir Konterbande für einen besseren Sozialismus beständig an den Ideologiewächtern vorbeischmuggelten, waren wir späte Adepten Heinrich Heines: Wir übten uns in »Sklavensprache«. Für Redende und hellwache HörerInnen, Schreibende und mitdenkende LeserInnen war das nicht ganz ohne Genüßlichkeit. Es war aber auch eine Anstrengung, ein Wagnis, so daß wir hinsichtlich der erneuernden Kraft dieses Tuns zu Überhöhung und Selbsttäuschungen neigten. Verbotene Artikel und Bücher, auch Partei- und Disziplinarstrafen waren Ehrenwunden – schmerzhaft, erzürnend, doch es ließ sich leben mit ihnen. Dagegen schon ein Berufsverbot, wodurch alles Gehört- und Gelesenwerden verlorenging, war mißlich und zu vermeiden. Der Abgang nach Westen gar erschien uns, die wir den Idealen des Sozialismus doch anhängen, als durchaus suspekt.

So mußte es kommen, wie es kam: Versteckt und vereinzelt in Freundeskreisen, gefesselt von den Kontrollen der Staatssicherheit, beschränkt in den eigenen Vorsichten und den Skrupeln einer objektiv falschen Partei- und Staatsdisziplin, verpaßten wir den entscheidenden historischen Auftritt. Nicht wir waren die Kraft, die 1989 das Volk mobilisierte.

### **Kommunistische Systemkritik**

Es fragt sich, wie weit die Potentaten des Real-Sozialismus, die Gralshüter der »Arbeiter-und-Bauern-Macht«, in geschichtsbewußter Mündigkeit oder geistiger Selbstbeschränkung handelten: Ob mit Wissen um die Fragwürdig-

keit ihres politisch-ökonomischen Systems und das Vorhandensein gedachter, auch anwendbarer Alternativen – oder als Gefangene ihrer eigenen Verfehlungskampagnen. Denn seit vielen Jahrzehnten verfolgten sie mit allen Mitteln den vermeintlich gefährlichsten Gegner, den »Feind in den eigenen Reihen«: Frauen und Männer, die für die soziale Befreiung der Arbeitenden mitgekämpft, dann aber gegenüber den zweifelhaften Doktrinen und Praktiken kritische Alternativen verfochten hatten. Bernstein und Kautsky, Luxemburg und Korsch, Gramsci und Lukács – in der DDR auch Fritz Behrens, Robert Havemann und Rudolf Bahro – seien stellvertretend genannt. Erinnerungswert sind nicht zuletzt auch jene kommunistischen Systemkritiker, die unmittelbar auf die Errichtung des Stalinschen Regimes in der Sowjetunion reagierten.

Schon Christian G. Rakowski, ehemaliger Vorsitzender des Rates der Volkskommissare in der Ukraine, Sowjetgesandter in London und Paris, urteilte 1928 bereits aus der Verbannung: »Mit Hilfe demoralisierender Methoden, die denkende Kommunisten in Maschinen verwandeln, die Willen, Charakter, menschliche Würde ertöten, vermochte die Spitze sich in eine unabsetzbare und unantastbare Oligarchie zu verwandeln und sich selbst an die Stelle der Klasse und der Partei zu setzen.« Die Kritik wiederholte und verschärfte sich am Beginn der dreißiger Jahre. Das Manifest des »Bundes der Marxisten-Leninisten« (1932), von dem Moskauer Bezirkssekretär Martemjan Rjutin und mehreren Alt-Bolschewiki verfaßt, brandmarkte Stalin als »Zerstörer der Partei«, »Totengräber der Revolution in Rußland«, und es forderte seine Absetzung. Diese Personalkritik verknüpfte sich mit einer grundsätzlichen Systemkritik: Das Wesen der proletarischen Diktatur sei entstellt, die Rolle der Sowjets, der Gewerkschaften und des Komsomol herabgesetzt worden. »Durch Betrug, Lüge und Verdummung der Parteimitglieder, durch unglaubliche Gewalt und Terror, unter der Flagge des Kampfes für die Reinheit der Prinzipien des Bolschewismus und der Einheit der Partei, gestützt auf einen gewaltigen zentralisierten Parteiapparat hat Stalin in den vergangenen fünf Jahren die besten, wahrhaft bolschewistischen Kader der Partei gestürzt und aus der Führung entfernt. [...] Dem ganzen Land wurde ein Maulkorb angelegt, Rechtlosigkeit, Willkür und Gewalt, ständige Gefahr drohen jedem Arbeiter und Bauern. Jede revolutionäre Gesetzlichkeit ist verletzt. [...] Der demokratische Zentralismus wurde durch die persönliche Sicht des Führers ersetzt, die kollektive Führung durch ein System von Vertrauensleuten.«

Fünf Jahre später, auf dem Höhepunkt der Stalinschen Monsterprozesse, schrieb Leo Trotzki im norwegischen Exil: »Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. [...] Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin von innen. [...] Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Regierer gegen die Regierten.« Der bedeutendste zeitgenössische Antipode Stalins, der sich an die Sozialisten und

die Kommunisten der Welt wandte, fällt den unwiderleglichen Richtspruch: »Stalin wird von der Bühne treten [...] nicht nur als Totengräber der Revolution, sondern auch als die unheilvollste Figur der menschlichen Geschichte.«

Trotzki war der Mann, der in den kriminalpolitischen Halluzinationen der »real-sozialistischen« Partei- und Staatsschützer als der Inbegriff des »Bösen« galt. »Trotzkismus« und »Trotzkisten!«, so lautete das Hep-Hep-Geschrei gegen einen »Feind«, der in der Erziehungsanstalt des Stalinismus andauernd und schlechthin zu vernichten war. Das Geheimnis dieser pauschalen Verketzerung und Austreibung liegt in dem Faktum begründet, daß gerade der spätere Trotzki eine marxistische Analyse des von Stalin repräsentierten Regimes leistete. Sein Buch »Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?« (1936) bietet seit mehr als einem halben Jahrhundert ein systemkritisches Potential. In der Regierungszeit Stalins, in der versäumten Erneuerungsphase des XX. Parteitages, in den langen Jahrzehnten danach – stets hätte es helfen können, die Struktur und das Wesen des Stalinismus als staatsmonopolistischen Sozialismus zu begreifen. Indem das erinnert wird, geht es nicht darum, gegen die gestürzten Supermänner des verflossenen Machtsystems einen anderen Helden auf den Sockel zu heben. Auch Trotzki hatte einstmals den militanten Führungs- und Erziehungsanspruch der Avantgarde-Partei verfochten, auch er trägt historische Verantwortung für frühzeitige Fragwürdigkeiten des sowjetrussischen Systems. Aber seine späten Lebenserfahrungen und politischen Einsichten sollten endlich heute für historisch-kritische Analyse und Erneuerung genutzt werden.

Mit Berufung auf Lenin und die Alt-Bolschewiki enthüllte Trotzki einen »Verrat« an der Revolution. Seine Grundthese besagte, daß der ursprünglich angestrebte und stets beschworene »demokratische Zentralismus" in Stalins Realstaat degenerierte: zum »bürokratischen« Zentralismus. Eine neue Kaste hatte sich zum Herrscher über Partei, Klasse und Massen erhoben. Nach Trotzki's Schätzung bestand sie in der Mitte der dreißiger Jahre aus einer halben Million gesellschaftlicher Würdenträger, fünf bis sechs Millionen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären und ihren 20 Millionen Familienangehörigen – insgesamt etwa 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion. Inmitten des allgemeinen Mangels, wo die überwiegende Volksmasse noch tief unter dem durchschnittlichen Lebensniveau der Hauptländer des Kapitalismus darbt, existierte diese neue Kaste aufgrund des Staatseigentums (mit hohen Gehältern, sozialen Vergünstigungen, Unterschleif und Schmiergeldern) von der Aneignung fremder Arbeit. Sie hatte in Stalin ihren mächtigen Führer und – wider Willen – auch ihren Peiniger erkoren. Doch hegte Trotzki noch immer die Hoffnung auf grundstürzende Korrektur: Eine politische Revolution der Arbeiterklasse könnte die Herrschaft der Partei- und Staatsbürokratie stürzen. Gelänge dies nicht, so werde über kurz oder lang ein Bankrott der Sowjetunion erfolgen: eine Restauration des großen Kapitals –

und dies sogar mit Hilfe angeblich sozialistischer Parteifunktionäre, Staatsbürokraten und Wirtschaftsleitern.

Zwei Jahrzehnte später, zur Zeit des XX. Parteitages der KPdSU, urteilte Milovan Djilas über dieselben schwerwiegenden Probleme. Der Kommunist, ehemalige Partisanenführer und stellvertretende Ministerpräsident der sozialistischen Föderativrepublik Jugoslawien durchschaute die Unzulänglichkeit der »Personenkult«-Theorie Chruschtschows. Er schrieb seine Gesellschaftskritik als konsequenter Moralist und in der Gewißheit, dafür eine langjährige Kerkerhaft, wenn nicht den Tod erleiden zu müssen: »Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems« (1957). Wo Trotzki noch »Verrat« an der Revolution gesehen und die Korrektur durch eine zweite Arbeiterrevolution erhofft hatte, gewährte Djilas einen historischen Entwicklungsgang, der in der Sowjetunion zwangsläufig von der revolutionären Avantgarde-Partei Lenins zum Regime einer privilegierten Staatspartei führte. Dieser Herrschaftstypus, den Djilas nicht nur als »stalinistisch«, sondern schlechthin »kommunistisch« bezeichnete, war nach dem Zweiten Weltkrieg auf mehrere Länder Ost- und Mitteleuropas, selbst auf das Jugoslawien Titos, übertragen worden. Die kritische Bilanz dieses vierzigjährigen Prozesses enthüllte nun allenthalben das Machtsystem von Parteioligarchien und riesigen Bürokratien, die ihre Staatsvölker, Nationen und Nationalitäten bevormundeten und bedrückten. Bei allen Verbalien über ein Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – sie lebten und regierten auf der Basis des gesellschaftlichen, überwiegend verstaatlichten Eigentums wiederum durch Exploitation der werktätigen Massen.

Anders als Trotzki mochte Djilas über die Chancen einer neuen Revolution kaum mehr spekulieren. Doch im Einklang mit ihm nannte auch er die staatsmonopolistische Existenzform des Real-Sozialismus eine totalitäre Diktatur: »Der moderne Kommunismus ist diejenige Form des Totalitarismus, die aus drei Hauptfaktoren zur Kontrolle über das Volk besteht: der erste ist die Macht; der zweite der Besitz; der dritte die Ideologie. Sie sind das Monopol der einen und einzigen politischen Partei oder [...] einer neuen Klasse; und in der gegenwärtigen Situation das Monopol der Oligarchie jener Partei oder jener Klasse. Keinem totalitären System der Geschichte [...] ist es gelungen, gleichzeitig all diese Faktoren zur Herrschaft über das Volk bis zu diesem Grad in sich zu vereinigen.« Die derart herrschende Parteioligarchie mitsamt ihrem Apparat sei unwillens und unfähig, das System durch grundstürzende Reformen zugunsten einer wahren Volks-Demokratie zu verändern. Mit seiner festungsmäßigen Abschottung gegen die modernen, zumal wissenschaftlich-technischen und handelspolitischen Entwicklungen der Welt werde dieses System in Rückständigkeit verharren. Es werde die Akzeptanz des Volkes verlieren und in schwer bestimmbarer Zukunft zusammenbrechen.

Die hier nur in Auswahl vorgestellten kommunistischen Systemkritiker und Alternativdenker waren die Mahner ihrer Zeit und büßten ihre Tat mit dem Verlust der Freiheit, zumeist des Lebens. Sie nahmen die Tragik der welt-politischen Niederlage vorweg, in deren Mahlstrom die sozialistische Bewegung und mit dieser wir selbst gegenwärtig gerissen sind. Jetzt geschieht, was Trotzki voraussagte: Wenn die politische Revolution des Arbeitervolkes gegen die »sozialistische« Partei- und Staatsbürokratie nicht siegt, erfolgt die kapitalistische Restauration auch mit Anbiederung bisheriger Funktionäre und Bürokraten.

Was bleibt uns anderen zu tun, die wir die Identität bewahren, indem wir von der gefesselten Opposition im gewesenen Sozialismus zur legalen Opposition in der bürgerlichen Demokratie gelangten? – Eine unabweisbare Aufgabe liegt im Bereich des welthistorischen und politischen Denkens: die Selbstbefreiung von falschen Sozialismus-Bildern und einer irrtümlichen Epochenauffassung. Trotz der sozialen Verwerfungen infolge einer Restaurationspolitik, die die Werktätigen der neuen deutschen Bundesländer als »sozialistisch verkrüppelte Ossis« behandelt, so daß das dunkel Vergangene in zunehmender Helle erscheint: Wir selbst müssen Analyse und Erklärung des staatsmonopolistischen Sozialismus leisten.

Dieses Bemühen erfolgt im Bewußtsein des tragischen Umstands, daß neben anderen Völkern auch Millionen Deutscher ihre Ideale und Hoffnungen, Gedanken und Taten in einen gesellschaftspolitischen Versuch einbrachten, dessen Fehlkonstruktion und Desaster nicht gewollt waren. Kühl-sachliche Obduktion mag daher noch immer schmerzhaft sein.

Was also ist es gewesen, dem die einen nachtrauern, hingegen die anderen ein distanziertes Requiem bereiten?

### **Die »führende« Partei**

Oberstes Prinzip im »real existierenden Sozialismus« war die »führende Rolle«, in Wahrheit die autoritäre Vorherrschaft der sogenannten Partei der Arbeiterklasse. Der Organisationsaufbau war gegliedert nach streng hierarchischer Rangordnung, das Verhältnis von Führungskräften und funktionaler Parteiarbeit gekennzeichnet durch ein beschränkt-demokratisches, mehr noch: ein obrigkeitlich bevormundetes und gesteuertes Innenleben.

An der Spitze stand das Zentralkomitee mit dem allmächtigen Kulminationspunkt – dem Machtzentrum »Politbüro«: ausgestattet mit dem Monopol der Situationsbeurteilung und der Wahrheitsfindung, dem Dogma der zentralen, verpflichtenden Parteibeschlüsse. Es war nahezu strafrechtlich geschützt gegen den Einspruch von Parteimitgliedern, gegen das Alternativdenken von Plattformen und Fraktionen, die als »kleinbürgerliche Elemente«, Verfechter des »Sozialdemokratismus«, »Agenten des Klassenfeindes« (wie die Verleumdungsphrasen doch hießen!) die »Einheit und Reinheit« der Partei schädigten.

Unterhalb dieses hohen Gipfels verharrte die Parteibürokratie mit den Nomenklaturkadern und den weiteren hauptamtlichen Sekretären, Instrukteuren, Mitarbeitern. Sie waren nicht der Kopf, wohl aber das Rückgrat des Parteikörpers: eigens geschulte Angehörige eines Herrschaftsorgans, das nach Verlauf einer kurzen Frist der Geschichte nicht mehr aus Revolutionären, sondern aus Beamteten bestand – versehen mit der von oben her abgeleiteten Kommandogewalt, dem Geheimnis der internen Informationen, den politischen Privilegien und nicht zuletzt: sozialen Vergünstigungen auf der Basis eines »Volkseigentums«, das noch zu befragen bleibt.

Ganz unten lebte der breite Körper des Parteivolkes, der Genossen: von Stalin »gehorsame Stütze« und »Schräubchen« des Parteiapparats genannt. Eine komplizierte Mischung aus revolutionär gesinnten Sozialisten, humanistischen Idealisten, solidarischen Kollektivistern, gemeinschaftsbedürftigen Mitläufern und kalt berechnenden Karrieremachern. Bei alledem eine Massenpartei, für eine ganze historische Periode zusammengehalten durch die Intention, gegen kapitalistische Ausbeutung und sich wiederholende Weltkriegsgefahren eine sozialistische Alternative zu verwirklichen – in wachsendem Maße jedoch auch belastet durch Machtbehauptung und doktrinierte Weltanschauung, Sendungsbewußtsein und Herrschaftsideologie, Parteidisziplin und Kadavergehorsam. Die Millionen dieser Partei waren gebunden an einen Kodex erzieherischer Maßnahmen, die von Belobigung bis zur Verdammnis reichten: von Prämien, Aufstiegschancen, Ordensverleih bis zu Parteistrafen und Parteiausschluß, Publikationsverbot und Arbeitsentzug, Strafversetzung und Gefängnis, Landesverweis und – in anderen Ländern – Hinrichtung.

Der Begriff, der den hierarchischen Zusammenhalt der Partei begründete, hieß »demokratischer Zentralismus«. Durch Marx und Engels für den »Bund der Kommunisten« (1847) statuarisch formuliert und am Beispiel der Pariser Kommune (1871) mit nachdrücklicher Betonung des Demokratismus, der »Selbstregierung der Produzenten«, verfassungspolitisch erläutert, war er im »sozialistisch« genannten Realstaat tatsächlich entartet: zum Vorrang des Zentralismus – zum bürokratischen Zentralismus. Parteispitze, Nomenklatura und Teile des hauptamtlichen Apparats waren die Machthaber in der Partei. Gewiß gab es bewährte Antifaschisten, humanistisch Gebildete und überhaupt achtbare Persönlichkeiten darunter. Jedoch selektiert und geprägt durch die verbrecherischen Disziplinierungsmaßnahmen und den Dogmatismus der Stalinschen Periode – selbst noch der poststalinistischen Partei- und Staatsverhältnisse, galten Beschlußgehorsam, Durchsetzungskraft, Härte, Überredungskünste, taktische Wendigkeit, Skrupellosigkeit etc. als geschätzte oder zumindest erfolgreiche Eigenschaften des Funktionärapparats. Die derart verstandene Parteitreue und -disziplin garantierte den Funktionärstatus auf Lebenszeit mit weit höheren Gehältern und Renten als der von Marx empfohlene »Arbeiterlohn«. Die nach formal-demokratischem Zeremoniell ablaufenden

den Wahlen und Parteitage gerieten nicht zu selbstkritischen Rechenschaftslegungen mit Ab- und Neuwahl rotierender Kader. Sie dienten in der Regel nur der formalen Berichtspflicht, der im voraus entschiedenen Diskussion und Beschlußfassung, begleitet von organisierten Akklamationen, Informationsversammlungen und Kollektivierungskampagnen für Parteimitglieder, überhaupt für alle Werktätigen.

In der Massenpartei lebten beständig die Ideale sozialistischer Emanzipation, Einsatzbereitschaft, Gemeinschaftlichkeit und weltweiter Solidarität. Das Ideengut von Marx, Engels, Lenin und anderen sozialistischen Vorkämpfern (ausgenommen die als »Revisionisten« und »Renegaten« verteuflten Alternativdenker) war keineswegs abgetan oder gänzlich vergessen. Aber der Anspruch der Parteispitze und des Apparats, die Millionen von Mitgliedern durch strenge Beschlüsse und ideologische Schulung zu leiten, behinderte das Hervorbringen und die Diskussion neuer gesellschaftspolitischer Theorien, bewirkte vielmehr eine geistige Beschränkung und Uniformierung. Setzt man Kriterien der objektiv fortschreitenden Welterkenntnis und Wissenschaftsentwicklung, so blieb das intellektuelle Wertmaß der Partei auf ein relativ niedriges und nahezu stagnierendes Durchschnittsniveau herabgedrückt. Das zeigte sich am deutlichsten im doktrinären Charakter des Parteilehrjahres und des Parteischulsystems. Wissenschaftler und Künstler – obwohl benötigt und nolens volens gehütet – wurden beargwöhnt. Intellektualismus war verpönt. Gegenüber Wissensfortschritt, Humanität, Weltoffenheit, Wahrheitsliebe und rationaler Kritik überwogen Fortschrittsgläubigkeit, Feindbild, Festungsmentalität, Beschlußtreue und taktische Vorsicht. Das bedeutete schwere Verluste an Individualität zugunsten falsch verstandener Kollektivität, die ohnehin ausgehöhlt wurde – durch die in die Innerlichkeit zurückgestauten Alltagserfahrungen und skeptischen Reflexionen der einzelnen Parteimitglieder.

Im Klima der Machtbehauptung und der Herrschaftslegitimierung grasierten Manipulationen des parteipolitischen und staatsbürgerlichen Denkens. Die amtlichen Manifeste und Redeweisen verlautbarten andauernd irreführende Begriffe, die eine reduzierte Kritikfähigkeit, sogar ein falsches Bewußtsein erzeugten. Hier nur einige Beispiele, wodurch sich die Kluft zwischen Wort und Wirklichkeit offenbart: »Partei der Arbeiterklasse« und »Prinzip des demokratischen Zentralismus« (bei faktischer Herrschaft der Parteioligarchie); »Marxismus-Leninismus« (bei stalinistischer Verkürzung der originären Ideen von Marx, Engels und Lenin, immerfort passend gemacht für die aktuellen Zwecke des staatspolitischen Pragmatismus und der Rechtfertigungsideologie); »Kritik und Selbstkritik« (bei Vereinseitigung der Kritik von oben nach unten, mangelhafter Verantwortlichkeit des Zentralkomitees und des Funktionärapparats vor einer durchaus urteilsfähigen Parteibasis); »Objektivität und Parteilichkeit« (bei Vernachlässigung wissenschaftlicher Analyse und Sachlichkeit vor dem allein gültigen Maßstab der

Realitäten, überdies bei ständiger Tendenz zu Schönfärberei und Intelligenzfeindlichkeit); »Führungsrolle« und »Bündnispolitik« (bei undemokratischem Machtanspruch und angemäßigtem Wahrheitsmonopol sowie Negation der Gleichberechtigung und Toleranz); »Vereinigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit den Vorzügen des Sozialismus« (bei Verkenning eigener Leistungsschwäche und Rückständigkeit); »Klassenbewußtsein und Klassenkampf« (angesichts notwendiger Überwindung des Fehlens unmittelbarer Volks-Demokratie, des Mangels an humanem Wettbewerb, alternativen Lebensweisen, absoluter Indienstellung der Politik für Völkersolidarität und Abwehr globaler Gefährdungen der Menschheit). – Die apologetischen und sinnentstellenden Phrasen der herrschenden Ideologie verschleierten den Wandel von einer revolutionären Partei zu einer nach-revolutionären und konservativen Staatspartei. Obwohl einige Anläufe zu begrenzten Reformversuchen im Verlauf der Jahrzehnte erfolgten: Die Partei selbst erwies sich als grundsätzlich nicht reformierbar.

### **Totalitäre Organisation von Staat und Gesellschaft**

Ein zweites Hauptprinzip bestand in der landesweiten Verflechtung der Partei mit dem Staatsapparat, insbesondere mit den bewaffneten Organen. Doch nicht genug, daß der bürokratische Zentralismus des Parteiaufbaus und der Führungsmethoden auf den Staatsapparat übertragen war, womit der »Arbeiter-und-Bauern-Staat« den Bürokratismus feudal-absolutistischer und bürgerlich-bonapartistischer Staatsordnungen wiederholte. Der bürokratische Zentralismus wurde ebenso im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft für die dortige Hierarchie der ökonomisch-technisch-finanzpolitischen Administratoren verbindlich. Er galt überdies im Subsystem der »Nationalen Front« für alle anderen Parteien und Massenorganisationen, sogar für die Gewerkschaften und die nur bedingt zugelassenen Friedensorganisationen.

Verknüpft mit der Führungsrolle der herrschenden Partei, die in der Verfassung der DDR gesetzlich festgeschrieben war, galten Parteibeschlüsse, die das allgemeine Gesellschaftsleben betrafen, seit 1960 als schlechthin verbindlich. Folglich wurde die Regel praktiziert, daß sich Minister, Wirtschaftsleiter, Parteivorstände, Kulturfunktionäre, Wissenschaftsleiter, überhaupt alle wesentlichen Repräsentanten, gegenüber den machthabenden Organen der Staatspartei verantworten mußten. Auf diese Weise wurde die Rechenschaftspflicht, die nach den Grundsätzen und Traditionen des revolutionären Demokratismus vor der Souveränität des Volkes, seinen Abgeordneten in den Wahlkörpern, seinen Bürgerversammlungen und Medien hätte geleistet werden müssen, zur formalpolitischen Farce herabgewürdigt. Vor allen Dingen verkam dabei die Einlösung eines entscheidenden politischen Anspruchs, der in der Pariser Kommune, sodann in den frühen Sowjets und den Rätebewegungen der Revolutionen von 1917/18 gestellt worden war: das arbeitende Volk

seine Demokratie selbst bestimmen, durch unmittelbare Willensbildung, Tätigkeit und Kontrolle selbst realisieren zu lassen. Schon kurze Zeit nach der Oktoberrevolution, im Frühjahr 1919, hatte sogar Lenin den Mangel der Staatsverhältnisse gesehen, indem er feststellte, »daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung durch die Werktätigen sein sollten, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung für die Werktätigen sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, aber nicht durch die werktätigen Massen selbst«.

Das derart angelegte System durchlief einen Prozeß der Verfestigung, Verkrustung und Versteinerung. Wichtige Garantien der individuellen Menschenrechte und Freiheiten, sogar dauerhaft funktionsfähige Vertretungsorgane einer direkten Volks-Demokratie wurden vernachlässigt. In den »Arbeiter- und Bauern-Staat« wurden keine hinreichend gesetzlichen Sicherungen gegen eine Überspannung der Zentralgewalt, keine souveränen Basisinstitutionen gegen einen Mißbrauch der neuen Administration eingebaut. Die »Arbeiter- und Bauern-Inspektionen«, von der Bürokratie ohnehin nicht gern gesehen, blieben derselben unterstellt, fristeten ein schwieriges Dasein zwischen Kontrollorgan und Feigenblatt der »sozialistischen Demokratie«. Abweisender noch verhielt sich der neue Staat gegenüber historisch gewachsenen Theorien und Praktiken, die zentrale Gewalten zumindest einer wechselseitigen Kontrolle unterwerfen sollten. Eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative, eine eigenständige und rechtsichernde Rolle der Gerichtsbarkeit, eine Trennung der Befugnisse zwischen Partei- und Staatsapparat wurden nie ernsthaft diskutiert.

Auch in der DDR erfolgte somit ein Bruch gegenüber den zivilisatorischen Traditionen der Rechtsstaatlichkeit, die als Errungenschaft bürgerlich-demokratischer Revolutionen den Fortschritt des Gesellschaftslebens in der Geschichte gekennzeichnet hatte. Dieser Bruch wurde sogar bewußt und andauernd propagiert: durch Ablehnung des Parlamentarismus, der Gewaltenteilung, des Pluralismus. Während man diese nur als Herrschaftsinstrumentarien des modernen Staats der Monopolbourgeoisie, nicht auch als Demokratisierungsfaktoren in der bürgerlichen Gesellschaft interpretierte, wurde selbst eine Basisdemokratie der Werktätigen verhindert. Unmittelbare Bürgerinitiativen und nichtparteimäßige Bürgerbewegungen, denen man mit Blick auf die kapitalistischen Länder wohl eifrig zusprach, verfielen im eigenen Land dem Polizeiverdikt. Sogar eigenständige Friedensbewegungen, die auf internationale Hochrüstung und Konfliktsituationen sensibel reagierten, wurden gewaltsam unterdrückt.

Die führende Partei verstärkte die Konzentration ihrer Macht durch Personalunion bevorzugter Mitglieder in Partei- und Staatsfunktionen. Sie sicherte sich überdies eine Mehrheit in allen Repräsentativkörperschaften (von der Volkskammer bis hinab zu den Gemeinderäten) durch die Potenzierung ihrer

Abgeordnetensitze: Denn Parteimitglieder kandidierten nicht nur für die eigene Partei, sondern auch für die Massenorganisationen (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Freie Deutsche Jugend, Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Kulturbund). Ein Resultat dieser Majorität, die infolge des formaldemokratischen Charakters der Wahlen stets erhalten blieb, war der bürokratisch-zentralistische Gesetzgebungsprozeß. Die Gesetzesinitiative lag vorzugsweise in Händen der Parteispitze; sie realisierte sich durch formale, nicht streitbare Debatten und Beschlußfassungen in den majorisierten Abgeordnetenversammlungen.

Wegen gebotener Kürze seien einige schwerwiegende Probleme und Defizite nur knapp umrissen: Die verfassungsmäßigen Grundrechte der Individuen wurden faktisch auf soziale Staatsbürgerrechte reduziert, die allerdings eine antikapitalistische Alternative klar verdeutlichten und für die Werktätigen von hohem Wert waren: beispielsweise Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, Recht auf Wohnung, Gleichberechtigung der Frau, Recht auf Bildung, Recht auf Gesundheitsfürsorge, Recht auf Frieden. Jedoch Grundrechte politischer Art wie Freizügigkeit, Gewissens- und Meinungsfreiheit, Assoziations- und Versammlungsfreiheit, Lehr- und Pressefreiheit, Post- und Telefongeheimnis wurden trotz ihrer formalen Deklaration vom Staatsapparat streitig gemacht, durch gesetzliche Sonderbestimmungen und willkürliche Polizeiaktionen beschnitten. Da eine Verfassungsgerichtsbarkeit fehlte, konnten Verfassungsbrüche nicht geahndet, Exekutivorgane und selbst die Regierung nicht unter das geltende Recht gezwungen werden. Die Parteioligarchie stand faktisch außerhalb des Gesetzes.

Die Verselbständigung des Partei- und Staatsapparats, die im System des bürokratischen Zentralismus angelegt war, führte zur permanenten Verletzung des Gebots der Öffentlichkeit (»Glasnost«) und zur Behandlung der Staatsbürger nach dem Black-Box-System: Anträge der Bürger wurden ohne Durchschaubarkeit bearbeitet und entschieden, ohne Begründungs- und Schriftlichkeitspflicht in Fällen der Ablehnung. Es bestand kein eindeutig geregeltes und einklagbares Beschwerderecht gegen Verwaltungsentscheidungen, keine demokratisch verankerte Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Die förmlichen Strafprozeßrechte wurden in den zahlreichen politischen Strafverfahren unterlaufen: durch Manipulation der Prozeßordnung, Nichtöffentlichkeit und Geheimhaltung der Verhandlung, Nichtaushändigung der Anklageschrift und Urteilsbegründung. Der Strafvollzug war öffentlicher Kontrolle entzogen.

Die Wahlen zu den Volksvertretungen wurden durch Einheitslisten der »Nationalen Front« formalisiert. Pluralistische Parteienwahl und die Inanspruchnahme des Wahlgeheimnisses wurden verunglimpft. Selbst im oktroyierten Sicherheitsregime der sogenannten Volkswahlen erfolgten Wahlfälschungen.

Der Staatsbürger als ein Individuum, das seit den Manifesten der weltgeschichtlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts »natürliche und unverlierbare Menschenrechte« besaß, blieb ein Anhängsel der Staatsmaschine. Er konnte seine Rechte nur insoweit beanspruchen, wie sie vom Staat »gewährt« wurden. Der Schlüsselsatz des Kommunistischen Manifestes, wonach »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, wurde in der Weise ausgelegt, daß die Entwicklung aller die Voraussetzung der Entwicklung des einzelnen sei – wobei das Wort »alle« in der Realität nicht einmal die von Marx gewünschte »Assoziation frei vereinigter Individuen« meinte, sondern die Partei- und Staatsbürokratie mit ihren regulierenden und bevormundenden Ausflüssen.

Obwohl das Volk in der früheren DDR-Verfassung (1968) und in anderen Gesetzen als Souverän der Macht bezeichnet wurde, erfolgte gegenüber den Volksvertretungen eine faktische Usurpation der Macht: einerseits durch die Parteibürokratie und andererseits durch den staatlichen Exekutivapparat. Die Losung »Arbeite mit – plane mit – regiere mit!« bedeutete für das Volk die Notwendigkeit der Arbeit und nur eine sehr begrenzte Möglichkeit, außerhalb jeglichen Regierens in subalternen Gremien (Gewerkschaft, Konfliktkommissionen, Wohngebietsausschüssen, Volkssolidarität etc.) zu wirken. Im Gegensatz zur andauernden Beschwörung der »Einheit von Sozialismus und Demokratie«: der »real-sozialistische« Staat und die von ihm beherrschte Gesellschaft waren keine reale Demokratie des arbeitenden Volkes.

### **Dominanz des Staatseigentums und Bürokratisierung der Produktionsweise**

Die ökonomisch-soziale Basis des »real existierenden Sozialismus« war dominiert von Staatseigentum sowie von bürokratisch-zentralistischer Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Marx und Engels hatten erwartet, daß der Zukunftsstaat des arbeitenden Volkes kein Staat im eigentlichen Sinne mehr sein und alsbald absterben werde: Der »erste Akt«, womit er als Repräsentant der ganzen Gesellschaft aufträte, sei die »Besitzergreifung der Produktionsmittel« im Namen der Allgemeinheit – und ebendies sei »zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat«. Durch das gemeinschaftliche Eigentum der Werktätigen an den Produktionsmitteln, die Gestaltung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit mit »assoziierterm Verstand«, schließlich die gerechte Verteilung der produzierten Güter sollten Konkurrenz und Klassenkämpfe überwunden, eine Synthese von sozialer Humanität und wirtschaftlicher Effektivität verwirklicht werden. An die Stelle der Wirtschaftsordnung, in welcher der profittreibende Kapitalist die Menschheit zur »Produktion um der Produktion willen« zwingt, sollte eine Gesellschaftsform treten, deren »Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist«. Nicht das gebräuchliche Kriterium der »Arbeitszeit«, sondern die »disposable time«, die »Zeit für die volle Entwicklung

des Individuums«, das als bedeutendste Produktivkraft auf die Produktivkraft der Arbeit zurückwirke, galt hier als das »Maß des Reichtums« und somit als Ziel der antikapitalistischen Alternative.

Dieser Zukunftsentwurf war an die Prämisse einer ungefähr gleichzeitigen »Weltrevolution« geknüpft, die eine gänzlich ausgereifte kapitalistische Produktionsweise mitsamt ihrer Technologie zur Voraussetzung haben und daher von den entwickeltsten Industrieländern ausgehen sollte. Jedoch das Wunschenken erfüllte sich nicht. Die Revolution der arbeitenden Klassen begann in einem Land mit geradezu schlechten Bedingungen – gekennzeichnet durch ein niedriges Niveau moderner Produktivkräfte, eine zahlenmäßig geringfügige Arbeiterklasse, eine analphabetische Bevölkerungsmehrheit und das Fehlen einer politischen Kultur, die von bürgerlich-parlamentarischer Demokratie und möglichst freier Geistesbewegung gefördert gewesen wäre. Diese hinderlichen Startbedingungen der sozialen Revolution wurden zudem durch ein Kardinalproblem dramatisch verschärft: Die Arbeiterrevolutionen, die am Ende des Ersten Weltkriegs in den entwickelten Ländern Mittel- und Westeuropas erhofft wurden, scheiterten in den Kriegsverliererstaaten Deutschland, Österreich und Ungarn. In den Siegerstaaten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein Versuch dazu statt. Die »Weltrevolution« ließ sich warten – ein Umstand, der alle Fiktionen über den Haufen warf.

Lenin, der kurz vor dem Oktoberaufstand noch den abstrakten Staatsideen der Begründer des Marxismus zuneigte und in ihrem Geiste seine Schrift »Staat und Revolution« abfaßte, vertrat kaum ein Jahr später ein konkret-gesellschaftliches Programm: Er nannte Befehlsgewalt, Rechnungsführung, Produktionskontrolle, Verteilung der produzierten Güter als die nächstliegenden Aufgaben des Sowjetstaats und proklamierte das Staatseigentum als die herrschende Eigentumsform. Die sich daraus ergebende Machtstellung der neuen Administration, die infolge von Revolution, Kriegswirren und Wirtschaftskrise als eine politische Übergangsmaßnahme nötig schien, verfestigte sich bei Errichtung des Sozialismus in einem einzelnen Land. Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln wurde zur Basis eines Partei- und Staatsapparats, der keineswegs abstarb – vielmehr infolge der andauernden außenpolitischen Bedrohung und der im Innern des Landes beanspruchten zentralistischen Leitungsfunktionen fortexistierte, sogar gefährlich wucherte.

Das unter Stalins Regime ausgebildete bürokratische Wirtschaftsmodell verbreitete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den zum Sozialismus strebenden Ländern Ost-Mittel-Europas (mit Ausnahme Jugoslawiens). In der DDR trat der von der SED-Führung beherrschte zentrale Staatsapparat, der die gesellschaftlichen Fonds verwaltete und verteilte, als ein allmächtiger und allwissender »Unternehmer« auf. Das »Prinzip des demokratischen Zentralismus« wurde in der Wirtschaft derart ausgelegt, daß die Kennziffern des planmäßigen Wachstums der Warenproduktion von der Partei- und Staatsführung

beschlossen, von den leitenden Wirtschaftsfunktionären im einzelnen ausgearbeitet, sodann den Produktionszweigen und -betrieben vorgegeben wurden. Das »oben« Verordnete durfte »unten« beraten werden, um zu entscheiden, wie sich die Vorgaben am besten verwirklichen ließen.

Der in Partei und Staat bestehende Mangel an Demokratie, insbesondere die Nichtakzeptanz der Souveränität für die Basisbereiche des werktätigen Volkes, wiederholte sich im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Wiederum beanspruchten wenige Partei- und Staatsfunktionäre, die sich auf den bürokratischen Apparat stützten, den höchsten Grad der Bewußtheit, hier nun die Führungsrolle und die Ober-Gewalt hinsichtlich des Einsatzes der Produktionsmittel, der Verfügung über »Volkseigentum«. Gewiß kann eine jede moderne Wirtschaftsorganisation auf zentrale Gremien nicht verzichten – und angesichts der globalen Existenzfragen der Menschheit erscheint sogar eine Intervention demokratisch fundierter Staatsvernunft gegen egozentrische Willkür vonnöten. Im Sozialismus aber bestand infolge des Anspruchs der Spitzenfunktionäre eine Vereinseitigung und Bürokratisierung des subjektiven Faktors der »Planwirtschaft« (mit allen Gefahren des Voluntarismus), während die objektive Funktion der Angebot-Nachfrage-Dialektik als Triebkraft und Auslese eines marktwirtschaftlichen Systems negiert wurde. Die unmittelbaren Produzenten – Betriebe und Individuen – besaßen keine souveräne Entscheidungsfreiheit, folglich auch keine Primärverantwortung für Produktion und Warenabsatz. Das senkte ihr Risiko, beschränkte aber auch ihre Interessen und Möglichkeiten, durch Qualität und Quantität der eigenen Arbeit den Fortschritt der Gesellschaft zu beeinflussen, ihren Anteil daran selbst zu bestimmen. Der Wandel vom Kapitalismus zum Sozialismus hatte die Entfremdung der Arbeitenden gegenüber den Produktionsmitteln und den Wechselbeziehungen der Warenwirtschaft in ein bürokratisches System überführt, aber letzten Endes nicht beseitigt.

Allerdings sind diese Verallgemeinerungen auf konkret-historische Präzisierungen angewiesen. Für das Scheitern des Wirtschaftssystems der DDR sind auch Ursachen zu beachten, die der Produktionsweise als erschwerende internationale Bedingungen vorgegeben waren: so der objektiv vorhandene Rückstand gegenüber der BRD-Wirtschaft infolge geringerer Rohstoffvorkommen und Industriestandorte; der Aderlaß durch Reparationen und Demontagen, womit gerade die ostdeutsche Wirtschaft für die gesamtdeutsche Kriegsschuld gegenüber der ausgebluteten Sowjetunion einstehen mußte; die Einbindung in eine Wirtschaftsföderation mit Ländern, deren Produktivität und Technologie sich zumeist auf erheblich niedrigerem Niveau befanden; die Ausgrenzung durch eine Embargopolitik der führenden Staaten des Kapitalismus, die die DDR von der internationalen Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Hochtechnologien abschnitten. Dies alles waren Erschwernisse. Aber eine struktur-analytische Sicht kommt nicht umhin, das

Kernproblem der praktizierten Produktionsweise des Sozialismus eben in jenem System zu sehen, das zurecht als zentralistische »Kommandowirtschaft« bezeichnet wird.

Dieser polemische Begriff lenkt die Kritik vor allem auf Herrschaft und Verantwortlichkeit der Administration, deren Dirigismus tatsächlich die Fragwürdigkeiten des Systems bedingte. Die »industrielle Warenproduktion« wurde bis zum Anfang der 60er Jahre durch Mengenkennziffern gesteuert, die auf ein quantitatives, somit extensives Wachstum orientierten. Qualitative Wachstumskriterien, die infolge des weltpolitischen Vorgangs der wissenschaftlich-technischen Revolution erforderlich waren, blieben hingegen vernachlässigt. Erst 1962 begann durch den sowjetischen Ökonomen Liberman eine Diskussion, die statt der Mengenkennziffer das Kriterium der betrieblichen Effektivität verlangte – eine Forderung, die aber nur durch eine auf Gewinn bedachte Eigenverantwortlichkeit der Produktionsstätten zu erfüllen war. An die Stelle der vorwiegend quantitativen sollten qualitative Wachstumsfaktoren treten: speziell durch technologischen Fortschritt, der dann auch quantitatives Wachstum bewirken konnte. Dieses Reformbemühen, das in der DDR mit dem Begriff des »Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung« auftrat, erlahmte schon nach wenigen Jahren. Sein Scheitern verfestigte die bürokratisch-zentralistischen Strukturen und Lenkungsmethoden. Trotz aller Verbalien, mit denen das Gebot des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nunmehr formuliert wurde, behielt das quantitative Wachstum seine Dominanz. Die Administration suchte Modernisierungen vorzugsweise durch Planung und Leitung von Großprojekten zu erreichen. Statt der Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben, die eine moderne und innovationsfähige Wirtschaft konstituieren, wurden Riesenkonzerne (sogenannte Kombinate) bevorzugt, die einigermäßen »beherrschbar« waren, aber die Vielfalt der konsumtiven Bedürfnisse in der Gesellschaft nicht erfüllten.

Das historische Mißlingen der DDR-Wirtschaft ist allerdings nicht allein der zentralen Administration anzulasten. Die Leiter der Produktionsstätten und die Arbeitenden selbst akzeptierten die »Kommandowirtschaft« – wengleich auf ihre eigene Weise. Im permanenten Interessenkonflikt zwischen Administration und produzierenden Betrieben besaßen letztere die ihnen übertragene, unmittelbare Verfügung über Produktionsmittel und die Kenntnisse »vor Ort«. Auf dieser Basis verwendeten sie eine listenreiche Taktik und Methodik, um betriebliche Interessen gegenüber dem Staat durchzusetzen. Gemäß der Logik des herrschenden Systems waren diese auf günstige Planziffern und hohe staatliche Zuwendungen an Lohnfonds, Materialien, Investmitteln gerichtet – weit weniger auf Effektivität, selbsttätige Innovationen, produktives Risiko, ökologische Verträglichkeit etc. Das wiederum schränkte rationelle Planung und Wirtschaftsorganisation ein. Der Durchschnittslohn stieg im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität schneller als planmäßig vorgese-

hen. Die Betriebe horteten Materialbestände. Die Produktionsmengen, der Warenwert, der Einsatz von Investmitteln wurden manipuliert.

Resultat aller negativ wirkenden Faktoren war ein Markt-Ungleichgewicht durch fortwährende Verknappung der ohnehin begrenzten Ressourcen: eine »Mangelwirtschaft«, bei der das Angebot beständig hinter der zahlungsfähigen Nachfrage zurückblieb. Dies zu verändern, hätte eben des grundlegenden Reformversuches bedurft: Er hätte den Betrieben eine auf Gewinn und Selbstfinanzierung beruhende Eigenverantwortung, zudem eine an Angebot und Nachfrage orientierte Preisbildung zugestehen müssen. Doch der Dauerzustand der »Mangelwirtschaft« schuf beständigen Zwang zur zentralistischen Ressourcenverteilung und das wiederum behinderte eine Wirkung objektiver Wertkategorien des Warenaustausches. In diese Art von Planwirtschaft ein funktionierendes System von Ware-Geld-Beziehungen implantieren zu wollen, glich einer Quadratur des Kreises.

Der staatsmonopolistische Typus der Produktionsweise versagte im objektiven Weltprozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht zuletzt durch mangelhafte Flexibilität. Die hohen quantitativen Wachstumsziele bei gleichzeitigem Ressourcenmangel bewirkten eine zunehmende Abnutzung der ökonomischen Substanz – eine Überalterung der Maschinen, der technologischen Basis. Wesentliche Neuerungen des internationalen Fortschritts mußten ungenutzt bleiben. Jahr für Jahr wuchs der Rückstand der Produktivkraftentwicklung im Vergleich zu den führenden kapitalistischen Ländern. Die Senkung der Planziele, um beschönigend über »erfüllte Pläne« berichten zu können, schuf auch hier die bekannte Atmosphäre des Zwiespalts zwischen Worten und Wirklichkeit, wodurch die gesellschaftliche Moral zerstört wird. Es wuchsen Lethargie, Unwille und leichtfertiger Umgang mit Produktionsmitteln bei den Werktätigen. Hinzu kamen Korruption, Amtsmißbrauch und organisiertes Vergehen am Volkseigentum in den Reihen der Bürokratie.

Unter verschiedenen marxistischen Kritikern, die die Produktionsweise des »real existierenden Sozialismus« ablehnten, beurteilte Fritz Behrens (1978/79) eine »bereits wieder in Klassen erstarrte« Gesellschaftsordnung: »Es ist eine bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau.« Diese Gesellschaft, als neueste Variante der alten bürgerlichen, sei nicht einmal als »eine vorsozialistische Gesellschaft« zu begreifen.

### **Herausbildung einer herrschenden Kaste**

Die totalitäre Organisation von Staat und Gesellschaft erzeugte eine herrschende Bürokratie, die sogar über die Mitgliederschaft der Führungspartei hinauswuchs. Sie umfaßte auch die hauptamtlichen Partei- und Staatsfunktionäre anderer Parteien und Massenorganisationen, verkörperte also eine übergreifende Gesellschaftsschicht. »Apparatschik«, so nannte russische Volksironie die Angehörigen dieser neuen, herrschenden Kaste. »Verdiente

Funktionäre und Leiter«, lautete hingegen die Selbstbespiegelung derselben in der DDR.

Marx hatte am Beispiel der Pariser Kommune betont: Nichts sei dem Wesen des Arbeiterstaats fremder, als das allgemeine Stimmrecht zu ersetzen durch »hierarchische Investitur« – und er hatte als Grundsatz hinzugefügt: daß die Gewählten »jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden« sein sollten. Ganz anders die bürokratische Kaste im »real existierenden Sozialismus«: Sie dominierte den Staat und das geltende Recht. Sie rekrutierte sich durch ein System der Kaderentwicklung und der willkürlichen Ernennung von Amtspersonen. Sie besaß Entscheidungsvollmacht, Kommandogewalt und das Vorrecht der Meinungsbildung. Sie war behütet vor öffentlicher Kritik durch stetige Zensur gegen Medien und Produkte geistiger Kultur, durch die Mangelhaftigkeit der Beschwerdeinstitutionen, durch die Verweigerung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die bürokratische Kaste wurde selbstverständlich geschützt von den Organen der Staatssicherheit.

Das alles geschah mit Berufung auf revolutionäre Ursprünge, die in den Gesinnungen des Antifaschismus und des Antiimperialismus als den tradierten Säulen der Staatsräson fortlebten. Weil die meisten Individuen dieser Kaste den werktätigen Klassen und Schichten entstammten, trugen sie durchaus auch die Absicht, Sachwalter des arbeitenden Volkes zu sein. Doch emporgehoben und zugleich gefangen in der Hierarchie des Parteien- und Staatsapparats, wurden sie letztlich zum Instrument der hohen Repräsentanten und Spitzenfunktionäre: der zum Teil verdienten antifaschistischen Kämpfer, die sich jedoch mit den Jahren zu machtbeftissenen, selbstgefälligen, im Alter stets feiertäglich gestimmten Patriarchen mausernten. Sie geboten, das Volk gut zu hegen, aber auch physisch und geistig unter Kontrolle zu halten, und sie gewöhnten sich an, die jeweils nötige oder mögliche Erfüllung der Volksinteressen als »Geschenke von oben«, d. h. als obrigkeitlichen Akt zu vollziehen. Das Volk durfte mit vorgefertigten Dankadressen seine Zustimmung und Begeisterung bekunden, obwohl es selbst doch gearbeitet hatte und die Kosten für den Staat zahlte – auch für Immerdieselben auf den Tribünen.

Das aber war noch nicht alles! Indem die hohe Bürokratie ihre Verfügungsgewalt über das »Volkseigentum« – die aus Boden, Gebäuden, Produktionsstätten, Handelseinrichtungen, Verkehrsmitteln, Finanzinstitutionen etc. bestehenden Produktionsmittel – ausübte, und indem sie die Verteilung des Bruttosozialprodukts alljährlich entschied, besaß diese Kaste eine ökonomisch-soziale Fundierung. Sie verwandelte Gemeineigentum des werktätigen Volkes in Parteien- und Staatseigentum und war als Parteien- und Staatsbürokratie dessen unmittelbarer Nutznießer. Daß darunter auch charaktervolle, persönlich bescheidene Individuen waren, kann die historisch-sachliche Feststellung nicht entkräften: Die herrschende Kaste des staatsmonopolistischen

Sozialismus schuf selbst keine materiellen und geistigen Güter, war streng genommen nicht produktiv-werk tätig. Aber sie leitete, reglementierte, kontrollierte, bevormundete, verteilte, entschied. Sie nutzte das vom Volk produzierte und vermehrte Gemeineigentum für ihre eigene Reproduktion – und dies zunehmend mit Selbstgewißheit und Verschwendung, mit der Arroganz neuartiger Machtbewußtheit und Privilegierung.

Während die Werktätigen mit den Bedingungen und dem Erlös ihrer Arbeit, mit ihrem Lebensstandard nicht zufrieden waren, erlangte die herrschende Kaste noch am ehesten einen Zustand sozialer Sättigung (hohe Gehälter und Renten, eigene Einkaufs-, Freizeit- und Erholungszentren, besondere Gesundheitsfürsorge, dem Feudalismus vergleichbare Jagdreviere und -privilegien etc.) Hier wiederum schließt sich der Zirkel von Politik und Ökonomie: Weil die zentralistisch-administrative Leitung der Volkswirtschaft eben die Basis der so gearteten Staatsmacht war, bestand in der Bürokratie wenig Neigung zu revolutionierenden Veränderungen der Produktionsweise, wodurch Verfügungsrechte in die Hände des Volkes gelangt wären. Wirtschaftsreformen trafen allemal auf Vorbehalte in den Reihen der Bürokratie, die von der Aneignung fremder Arbeit existierte. Trotz der gegenwärtigen Restauration des Kapitalismus in den ostdeutschen Bundesländern, trotz des ungebührlich hohen persönlichen Eigentums von Unternehmern und Politikern, wogegen die Nutzung des »Volkseigentums« durch die sozialistische Führungskaste einen eher kleinbürgerlichen Zuschnitt hatte: Die kritische Frage, ob Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im »real existierenden Sozialismus« vollkommen abgeschafft war, muß im Interesse einer Erneuerung der demokratisch-sozialistischen Bewegung zwingend gestellt werden!

Hierher gehört vor allem auch ein Wort zur politischen Polizei: Denn ein Kriterium für gegründete Volkssouveränität oder abgehobene Oligarchie, sozialistische Volks-Demokratie oder Polizeistaatlichkeit sind Rolle und Macht der Staatssicherheitsorgane. Schutz des Gemeinwesens ist notwendig – ein Vernunftgebot der historisch gewachsenen gesellschaftlichen Vertragslehre und ein anerkannter Grundsatz im Völkerrecht. Jedoch die damit beauftragten Institutionen können die Tendenz in sich tragen, zu einer Gefahr des Gemeinwesens zu entarten.

In allen Ländern des staatsmonopolistischen Sozialismus gingen die Sicherheitsorgane diesen demokratiefeindlichen Weg. Unter den Zwängen des Kalten Krieges errichtet, mit dem Schutz revolutionärer Errungenschaften vor äußerer und innerer Konterrevolution beauftragt, wuchsen sie sich zur polizeilichen Kontroll- und Unterdrückungsinstitution gegenüber den Staatsbürgern aus. Das Ministerium für Staatssicherheit, das im Jahr nach der Gründung der DDR ins Leben trat, beschmutzte seine Mission sogleich durch Willkür und Gewaltmißbrauch: Im Klima der stalinistischen Strafprozesse Ungarns, Bulgariens, der Tschechoslowakei wurden auch deutsche Kommu-

nisten, Sozialisten, Demokraten verhaftet und drangsaliert. Die Verfolgung der eigenen Genossen und antifaschistischen Mitkämpfer war ein Kriterium dafür, wie man künftig auch gegen vermeintliche »Feinde« in den Reihen des Volkes vorgehen werde. Tatsächlich degenerierte die Stasi im Verlauf der Jahrzehnte zum relativ selbständigen Regime, zum »Staat im Staate«: Ihre Leiter und Mitarbeiter wurden durch besondere Erziehung, Auszeichnungen, soziale Bevorzugung und strenge Disziplinierung geschärft. Ihre Aktivitäten waren allgegenwärtig, aber geheim – der Kontrolle durch Volksvertretungen, Gerichtsbarkeit, geschweige denn Öffentlichkeit entzogen. Ihre Einsätze waren selbst gegen Mitglieder des Parteiapparats und der Parteibasis gerichtet, um schwere Meinungsverschiedenheiten mit der Autorität der Gewalt auszuräumen, um Opponenten der »Parteilinie« einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Eine furchtbare Folge dieses polizeilichen Regimes mit seinen Bespitzelungen, Denunziationen, Drohgebärden war die Vergiftung der staatsbürgerlichen und rein menschlichen Lebenssphären: mit Vorsichten, Ängsten, Unaufrichtigkeiten, die selbst im Privaten freie Bekenntnisse, ehrliche Begegnungen, offene Freundschaften erschwerten. Leo Trotzki, der sich allzugeschämte, urteilte gegen Ende seines Lebens über die politische Polizei anhand des Maßstabs der Interessen der Arbeiterklasse: Er nannte sie den »am meisten demoralisierten Teil der Bürokratie«.

### **Teleologische Geschichtsideologie**

Jede Staatsordnung, selbst jedes Gemeinwesen trägt das Bedürfnis, die eigene Existenz historisch einzuordnen, ihr politisches Selbstverständnis und Gegenwartsbewußtsein auch durch Erinnerungen an die Vergangenheit zu begründen. Man nenne es Erberezeption, Traditionspflege, Geschichtsideologie – die Tatsache des historischen Denkens zum Nutzen der lebenden Gemeinschaft war und ist allenthalben gegeben.

Was hier jedoch kritisch-selbstkritisch befragt werden muß, ist die Indienststellung einer weltanschaulich-philosophischen Geschichtsauffassung und eines Bildes von der Vergangenheit für den staatsmonopolistischen Sozialismus, d. h. für sein bürokratisch-zentralistisches System und den jeweils obligatorischen Kurs der herrschenden Partei. Da muß die Grundaussage gemacht werden, daß das offizielle Geschichtsdanken durch die Machthabenden oktroyiert wurde, daß aber auch viele Wissenschaftler, Lehrer, Kulturschaffende eine Legitimation dieses Systems betrieben haben. Dies sei an vier fundamentalen Positionen kenntlich gemacht.

Erstens. Das staatsbürgerlich-offizielle Denken in der DDR wurde auf den »Marxismus-Leninismus« als der alleinherrschenden Staats- und Geschichtsideologie festgelegt. Der darin liegende Hegemonieanspruch im Geistigen hängt mit dem in der Politik zusammen: Denn das Wahrheitsmonopol der

Parteiführungsorgane und ihrer bürokratischen Exekutive begründete sich durch die tagtägliche Behauptung des Wahrheitsmonopols der »einzig wissenschaftlichen Weltanschauung«. Wer das bestreiten oder vergessen möchte, sei auf strategische Leitdokumente verwiesen. In Auswahl nur auf den Beschluß zum 30. Jahrestag der DDR (1979): Da wurde alle Geschichtspropaganda »auf der Grundlage der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED« betrieben und wörtlich festgestellt, »daß nur der Marxismus-Leninismus eine wissenschaftliche Erklärung historischer Ereignisse und Prozesse zu geben vermag«.

An dieser Selbstüberhebung haben wir ostdeutschen Marxisten teilgenommen. Doch bei allem persönlichen Engagement für eine Alternative zum Kapitalismus wußte jeder wahre Marx- oder Lenin-Forscher, überhaupt jeder historisch-kritisch arbeitende Wissenschaftler (der diesen Namen verdient), daß der von Partei und Staat in Anspruch genommene »Marxismus-Leninismus« die ursprünglichen Quellen des Vordenkens sozialer Befreiung reduzierte, verformte, abfälschte. Er preßte das Ideengut von Marx bis Lenin in das Kanalsystem des Regimes hinein. Ganz zu schweigen davon, daß das behauptete Wahrheitsmonopol sektiererisch und blind für neue Erkenntnisse machte. Diese ideologische Hegemonie, dieser Machtanspruch der »proletarischen Klassenbewußtheit« wurde gerade von jenen politbürokratischen Führungsorganen verfochten, deren Argwohn und Feindschaft gegen die eigenen, sozialistisch gesinnten Intellektuellen ein Erbübel in der ganzen Geschichte der KPD und der SED seit den 20er Jahren war.

Zweitens. Anknüpfend an die von Marx entwickelte Hypothese der Abfolge sozial-ökonomischer Gesellschaftsformationen, diese aber dogmatisierend, wurde die Inhaltsbestimmung der seit 1917 verlaufenden weltgeschichtlichen Epoche festgeschrieben – und zwar mit absolut formulierter Gewißheit: als »gesetzmäßiger Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus«. Wohl jeder von uns hat seine Zeiten gehabt, in denen er den Wunsch zur Abschaffung der Ausbeutung, der Klassen und Klassenkämpfe, der unseligen Kriege schlechthin zum Vater seiner Gedanken erhob, so daß unliebsame Erfahrungen und daraus erwachsende Zweifel verdrängt wurden. Tatsächlich jedoch wirkten teleologische Erwartungen und Weltansichten, wobei Wissen und Wissenschaft deutlich Gefahr liefen, an Glaubensformeln festgebunden zu werden.

Damit nicht genug! Es war nicht die endlich errungene Gemeinschaft der »Freien und Gleichen«, sondern der staatsmonopolistische Sozialismus, der als Sinn der Epochenentwicklung suggeriert wurde. Selbst die aufkommende Einsicht, daß die Koexistenz der widerstreitenden Gesellschaftssysteme unter Bedingungen des Nuklearzeitalters langfristig sein würde, gründete sich auf die teleologische Erfolgsgewißheit einer Politbürokratie, die sich längst schon als »Sieger der Geschichte« empfand. Gedankliche Ansätze für rationalen Skeptizismus, für politische und ökonomische Alternativen, für Offenheit der Zukunft, für Kassandrarufer und Endzeitwarnungen wurden übel aufgenommen.

men. Es war schon seltsam nachtwanderlich, wenn angesichts des Rückstands gegenüber vergleichbaren Wachstumsziffern der BRD die »gesetzmäßig höhere Formationsstufe« der DDR in Worten verteidigt wurde. Überhaupt haben Phrasen allzuoft forthelfen müssen – nicht zuletzt die von der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die realiter lange versäumt, in Wort und Schrift aber stets erfolgreich mit den »Vorzügen des Sozialismus« verbunden wurde.

Drittens. Das offiziell verbreitete, selbst bei Wissenschaftlern heimische Bild des Kapitalismus unseres Jahrhunderts entstammte vornehmlich Lenins Arbeiten zur Zeit des Ersten Weltkrieges – geschrieben, als sich das allein herrschende Weltsystem kapitalistischer Staaten in seiner bis dahin verheerendsten Krise befand. Von dorthier kommt die fortwährend zitierte, bei vielen zur Floskel erstarrte Redewendung: »Imperialismus ist sterbender Kapitalismus«.

Dieses formelhafte Kapitalismus-Bild versimpelte Lenins differenziertere Analysen und war historisch verzerrt. Bei allem, was sich mit Interesse und Überzeugung gegen eine Ausbeuterordnung sagen läßt, von der wir noch immer wünschen, daß sie die letzte ihrer Art und nicht unüberwindbar sei – die Zwangsläufigkeit ihres baldigen Untergangs war metaphysisch gesehen. Das geschah vor vereinfachten und historisch verkürzten Horizonten: Die bürgerliche Gesellschaft auf der Basis des Industriekapitalismus und des herrschenden Finanzkapitals wurde gemeinhin und amtlich nicht als modern, entwicklungs offen, unter dem Druck von Sozialkämpfen und Krisengefahren auch wesentlich reformierbar begriffen. Das machte blind für ihre Innovationsfähigkeit und Lebensdauer – nicht nur bezüglich der Produktions- und Austauschweise, sondern auch der Zivilisationsentwicklung in der bürgerlichen Demokratie. Die Kurzzeiterwartung, wonach der Kapitalismus infolge seiner Widersprüche geradezu schicksalhaft zum revolutionären Sturz hintreibe, war quasi die Wechelseite der Selbstgewißheit vom gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus.

Viertens. Die Fortschrittsgläubigkeit, die von der marxistischen Formationstheorie abgeleitet und in die Definition der aktuellen Weltepoche hineininterpretiert wurde, prägte die Auffassungen von Inhalt und Sinn der deutschen Geschichte – zumal der Geschichte der DDR: Auch hier die Sieg-Perspektive des staatsmonopolistischen Sozialismus, bei gleichzeitiger Verweigerung des Denkens über Alternativen und Offenheit der Zukunft.

»Was die deutschen Imperialisten gespalten haben, wird die deutsche Arbeiterklasse wieder vereinigen!« hieß es bei Ulbricht. Unter Honecker brachte die Konzeption der »Abgrenzung« zwischen beiden deutschen Staaten, die zeithistorisch verständlich war, eine »Theorie der zwei deutschen Nationen« hervor. Sie wurde an jenem Punkt wiederum fragwürdig, wo sie die »sozialistische Nation«, die doch an den staatsmonopolistischen Sozialismus gekettet war, mit dem Wert einer historisch höheren Entwicklungsstufe und

grundsätzlich besseren Gesellschaftsordnung auszeichnete. Von dieser Gipfelhöhe, die doch auf Selbstinterpretation beruhte, richtete sich der ordnende und selektierende Blick in die Vergangenheit. Erbe und Tradition, die in früheren Lebenszuständen, in Ideen, Handlungen und Kämpfen entstanden oder angelegt waren, gewannen ihre Sinngebung und Erfüllung im vermeintlichen Siegeslauf des »real existierenden Sozialismus«.

Allerdings ist Differenzierung nötig! Zwischen der herrschenden Geschichtsideologie und dem historischen Denken bei den Wissenschaften, den Künsten, den zur Mündigkeit strebenden Bürgern muß unterschieden werden. Das gilt für die gesamte Zeit der DDR und somit für die permanente Spannung, die hier wie andernorts zwischen Politik und Wissenschaft, auch zwischen Herrschaftsgeist und Alltagsbewußtsein bestand und besteht. Insbesondere aber ist die Wandlung zu beachten, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten der Staatsexistenz vor dem Hintergrund weltpolitischer Herausforderungen (völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Konferenz von Helsinki, Welthandels- und Finanzkrise, erneute Rüstungswelle seit 1979, Konflikte in Afghanistan, Polen, auf Falkland-Inseln und Grenada) vollzog: So die vertieften Einsichten in Zusammenhänge von Weltgeschichte und Nationalgeschichte, in die Objekt-Subjekt-Dialektik, in die Komplexität des Gesellschaftslebens, in die Bedeutung sozialhistorisch gegründeter Regional-, Heimat- und Alltagsgeschichte, schließlich ebenfalls in Einheit und Widersprüchlichkeit des Erbes und der Traditionen. So die Bereicherung des konkreten Geschichtsbildes durch die Aufnahme problematischer Gestalten wie Martin Luther, Friedrich II. von Preußen und Bismarck. So die Rehabilitierung des vordem verfeimten Erbes der deutschen Romantik, der Kulturströmungen und Künste der bürgerlichen Moderne des 20. Jahrhunderts. So die wesentliche Ergänzung der antifaschistischen Traditionspflege durch Faschismus-Analyse und Erinnerung des Holocaust. Nicht zuletzt auch die späten Anläufe einer Friedens- und Konfliktforschung: An Stelle der Hypertrophie des Klassenkampfdenkens im Nuklearzeitalter mahnte sie friedliche Konfliktlösungen, Kooperation und Wettbewerb der Gesellschaftssysteme an. An Stelle des verordneten Wehrunterrichts verlangte sie Friedenserziehung. An Stelle der hegemonialen Führungsrolle und des angemäßen Wahrheitsmonopols trat sie für ein Bündnis mit Pazifisten, Christen und Kirchen im Ringen um den Weltfrieden ein.

Dies sind Hinweise in Auswahl. Eine gründliche Darlegung könnte erweisen, daß keineswegs nur staatspolitische Legitimationspflichten erfüllt, sondern auch Opposition und Alternativen gegenüber der Partei- und Staatsführung vertreten wurden. Während die ideologietreibenden Bürokraten dreist behaupteten, daß in der deutschen Geschichte, zumal der Entwicklung der Arbeiterbewegung, keine »weißen Flecke« bestünden, hatten sich Wissenschaftler, Kunstschaffende, historisch Interessierte längst auf den Weg gemacht, um Vergangenheit und Gegenwart neu und präziser zu befragen.

## Aufbruch und offener Schluß

Seit 1985 geschah dies unter dem Einfluß einer weltpolitischen Botschaft, die – nach 1917 und 1945 – noch einmal von Osten kam. Die Reformer in der Sowjetunion wagten den Versuch, den Teufelskreis der widerstreitenden Hegemonialpolitiker und Militärblöcke zu durchbrechen. Sie suchten zugleich, die innenpolitischen Zustände den Fesseln des Stalinschen Erbes zu entwinden.

Die Partei- und Staatsführung der DDR hingegen versagte die notwendige Erneuerung. Wohl praktizierte sie seit 1983, unter den Vernichtungswaffen der »Nach-Rüstung« und »Nach-Nach-Rüstung«, außerdem der Last ihres wachsenden Schuldenberges, einen »Dialog« in der Außenpolitik. Jedoch im Innern des Landes, wo sie mit der Erinnerung an die obrigkeitlichen Figuren Preußens, an Friedrich »den Großen« und Bismarck, auch »alte preußische Tugenden« zu preisen begann, blieb sie in dem Irrtum befangen, daß Neues Denken teilbar sei. Wer als »Andersdenkender«, aber durchaus nicht als Neo-Faschist, den Dialog für sich einforderte, erfuhr Polizeieinsatz, Gefängnis, Landesverweis. Die preußisch-militante Gewaltsamkeit dieses Vorgehens bezeugte der Welt und dem eigenen Staatsvolk keineswegs Dialog- und Friedensfähigkeit. Eine Überzeugung wurde mit Füßen getreten, für die linke Aufklärer, entschiedene Demokraten und ursprüngliche Marxisten seit zwei Jahrhunderten gestritten hatten: Außen- und Innenpolitik sind unteilbar, und in der dialektischen Einheit gilt ein Primat der Innenpolitik, die das Wesen jeder Staatsordnung offenlegt. Friedenspolitik nach außen verlangt friedliche Konfliktlösungen im Innern! Die Verletzungen dieses Gebots mitsamt der offenen Krise der »Kommandowirtschaft« verursachten den Aufbruch der Volksmassen: die »Wende« im Herbst 1989, bei der sich nicht wenige als Triebkraft einer zweiten, nun aber deutschen »Oktoberrevolution« verstanden.

Was die Erwartung ihrer Stimmführer betrifft, so hofften diese auf die Bewältigung eines freilich sehr schmalen Gratweges, der zur Errichtung eines Rechtsstaats der Werktätigen führen könnte. Dann erst, so besagte ihre Projektion, erstünde aus der gesamtgesellschaftlichen Krise die wirkliche Revolution. Eine Umwälzung des Sozialismus: Weg von seiner Diktaturform, die durch die Herrschaft der poststalinistisch strukturierten Partei- und Staatsbürokratie geprägt wurde. Hin zur Demokratie der arbeitenden Massen, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«.

Auf den Straßen und Plätzen des Landes, in den Geburtsstunden der Runden Tische hegten daher die Linken unter den breiten, unruhigen Massen die Erwartung: Man könnte durch die Entmachtung der zentralistisch-bürokratischen Führungsorgane und der Staatssicherheit zu einem Sozialismus gelangen, der im sozialen, politischen und zumal kulturellen Wettbewerb mit der BRD alternative Lebensformen hervorbrächte. Diese sollten, noch ehe es für

die Menschheit zu spät werde, zur Milderung, vielleicht gar zur Bewältigung der globalen Weltgefahren beitragen. Doch was da in aller Verschwommenheit und Verschiedenheit zur Volks-Demokratie strömen mochte, benötigte Zeit. Es mußte sich organisieren, miteinander klären und zu politisch-rechtlichen Neuerungen vorarbeiten.

Die Ereignisse drängten auf einen anderen Weg. Nach dem Sturz Honeckers betrieb sein belasteter Schüler und Nachfolger Krenz eine Strategie bürokratischer Schadensbegrenzung und Systemerhaltung. Jedoch unter dem Feuer der ständigen Kritik benutzte er schließlich das Vakuum der Staatsmacht, das durch den Rücktritt des Ministerrats am 7. und die Umbildung des SED-Politbüros am 8. November entstanden war, für eine folgenschwere Entscheidung. Diese besiegelte das Schicksal der Revolution: Er ließ in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Grenzen bedingungslos öffnen. Nicht bloß (wie er wohl dachte) für den freizügigen Reiseverkehr, dessen Zulassung seit jeher nötig, also überfällig war. Indem er die Öffnung ohne jede staats- und völkerrechtliche Absprache, ohne spezielle Legitimation durch die Volkskammer sowie durch Vereinbarungen zwischen DDR, BRD und den in Berlin anwesenden Vertretern der Potsdamer Vertragsstaaten von 1945 vollzog (vielleicht vollziehen mußte), lieferte er das Territorium mitsamt der Erneuerungsbewegung allen Einmischungen von außenher aus. Er verzichtete auf eine vorübergehend zu bewahrende Staatssouveränität, eine vernunftmäßige Verhandlungs- und Kooperationsfähigkeit der Landes. Die kaum durchdachte, in ihren Folgen wohl nicht kalkulierte Maßnahme zeitigte jene irreversiblen Wirkungen, die den vagen Versuch einer volksdemokratischen Revolution zu nichte machte. Seitdem hat sich das Ende der DDR unter der Regie politischer und wirtschaftlicher Exponenten der Bundesrepublik vollzogen – abzielend auf die Wiederherstellung der Kapitalherrschaft und auf ihre wichtigste Bedingung: die schnellstmögliche »Wiedervereinigung« der Deutschen.

Die gestaltende Kraft des zentralen »Runden Tisches« war gleichwohl nicht erloschen. Sie entfaltete sich mit Jahresbeginn 1990 und läßt sich in zwei Zielsetzungen erfassen, die von einem großen Atem der Geschichte durchdrungen waren. In der Innenpolitik sollte ein Verfassungsentwurf die Menschen- und Staatsbürgerrechte gemäß den gewachsenen Erfordernissen unserer Zeit fixieren; er sollte das Beispiel des Bonner Grundgesetzes beachten, im Sinne des staatsrechtlichen Fortschritts aber auch weiterführen, um ihn dann öffentlich zur Diskussion und Volksabstimmung zu stellen. In der Außenpolitik hielten die Sprecher der Bürgerbewegungen, die selbst nur mit friedlichen Mitteln gestritten hatten, auch völkerfreundliche Deklarationen und Vorleistungen zugunsten einer entschiedenen Abrüstung, sogar Entmilitarisierung in der Mitte Europas für angebracht. Um solcherart Motivationen in möglichst gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Repräsentanten der DDR und der BRD einzubringen, wurde das nunmehr erklärte Endziel einer deutschen »Wiederver-

einigung« an die gewünschten, von der Übergangsregierung Modrow auch vorgeschlagenen Eröffnungsstufen der »Vertragsgemeinschaft« und der deutschen »Konföderation« geknüpft.

Vom Standpunkt einer Erneuerungsbewegung, die sich selbständig durchkämpfen und in adäquaten Resultaten ausweisen wollte, blieb zeitweilige DDR-Souveränität auch infolge politischer Haltungen der Bonner Regierung und der westdeutschen Rechtslage zu wünschen. Viele sozialpolitische Grundrechte und Errungenschaften des werktätigen Volkes waren und sind nicht garantiert. In der Außenpolitik existierte eine Fragwürdigkeit, die vor den Erfahrungen des welthistorisch gebotenen Friedens neuralgisch erscheinen mußte: Der regierende Kanzler verweigerte fortdauernd die definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens – ein Hindernis auf dem Weg zu endgültiger Völkerfreundschaft in Europa, ein Indiz, daß in Bonn noch immer nicht mit Entschiedenheit friedenspolitisch gedacht und gehandelt wurde. Welche weiteren Unwägbarkeiten, etwa einer hegemonialen NATO-Strategie, einer innenpolitischen Abschottung gegenüber einem Mehr an Demokratie, mochten sich dahinter verbergen? Kurz – eine Erneuerungsbewegung mit souveränen Vertretern hätte, so war zu denken, in paritätischen Verhandlungen auf dem Weg zur Einheit Deutschlands aktuelle Weiterungen der Demokratie und der Friedenspolitik verfechten, bei genügend Öffentlichkeit und Zeit vielleicht auch bewirken können.

Die Art und Weise der Grenzöffnung und die übereilte Preisgabe der Staatsouveränität durch die Regierungen von Krenz und de Maizière begünstigte die halbkoloniale »Wiedervereinigung« nach den alleinigen Grundprinzipien der BRD. Anstelle der deutschen »Oktoberrevolution« ist der schillernde Begriff der »Novemberrevolution« sprichwörtlich geworden. Er betont die Ereignisse, die die Entwicklungsalternative gegen Jahresende 1989 entschieden haben, und entspricht der Tatsache, daß – wie im November 1918 – die erhoffte volksdemokratische Erneuerung gescheitert ist.

Gewiß sieht sich Krenz in seinem Buch »Wenn Mauern fallen«, mehr noch in wiederholten Interviews und Ansprachen, als ein Staatsmann, dessen Verdienst darin bestehe, Europa von dem feindlich trennenden Grenzwall befreit zu haben. Das könnte zu einer Aureole gedeihen, die der Vielzahl von Anmaßungen und Legenden noch eine weitere Irritation hinzufügt. In seiner undemokratischen Dreieinigkeit als SED-Generalsekretär, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates handelte Krenz nicht als Demokrat, sondern als totalitärer Machttäger. Er war der bürokratisch gewachsene »Apparatschik«, der das unsinnige System als höchster Systemrepräsentant in die Absurdität der Selbstvernichtung führte – er verschönt diese Rolle aber zu einer bewußten Entscheidung, die in Europa die Mauern stürzen ließ. Die Mauer wäre auch ohne ihn gefallen. Dafür bürgen die globalen Erfordernisse der tatsächlichen Weltepoche und die Bewußtwerdung von Mil-

lionen Menschen, die unter Bedingungen festungsgemäßer Selbstisolierung und militant organisierter Kommandogewalten nicht mehr leben wollen.

Kritik und Selbstkritik sind nicht vergnüglich. Sie sind die bitteren Pillen, die vielleicht helfen, soziale und geistige Krankheiten zu bekämpfen – auch Selbsttäuschungen und den jetzt aufkommenden Irrtum, der die Krankheit nach dem Tod des Patienten als Gesundheit interpretiert. Wer solche Medizin reicht, kann nicht liebenswürdig erscheinen. Er hat – nach dem bekannten Wort August Bebels – oft gar die falschen Lacher und Lobredner auf seiner Seite.

Die Ära der Revolution von 1917 ist zu Ende. Zum staatsmonopolistischen Sozialismus führt kein Weg zurück. Jedoch die gesellschaftlichen Widersprüche, die einstmals zur Revolution führten, sind auch 75 Jahre später nicht gelöst. Deshalb könnte in den Weltverhältnissen von heute das einleitend zitierte Marxwort auf neue und andere Weise zu einem Leitwort werden: Die »Poesie«, womit eine Emanzipation der Arbeitenden und der Menschheit von den globalen Endzeitgefahren vorausgedacht werden muß, ist wiederum »nicht aus der Vergangenheit, sondern nur aus der Zukunft« zu schöpfen. Die Erneuerung antikapitalistischer Alternativen wird nicht gelingen, ohne »mit uns selbst zu beginnen«, ohne »allen Aberglauben an die Vergangenheit« abzustreifen.

## Zwischen den Stühlen

Über eine Rede in der Bonner Enquête-Kommission (1993)

Das also ist es gewesen. »Unser Mann« hat gesprochen – der einzige Vertreter, den die PDS und überhaupt alle, die schwer an der DDR-Vergangenheit tragen, in die von Pfarrer Eppelmann präsierte Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages entsenden durften. Er hat so gut oder auch so schlecht gesprochen, daß ihm ein dauerndes Echo nachhallt.

Immerhin, nach reichlich drei Jahren Wende-Zeit: Wie weit sind wir gekommen. Ein Funktionär in der »Machthierarchie der SED-Diktatur«, der sich ein halbes Leben lang an zentralistische Beschlüsse gebunden fühlte, spricht nun als ein souveränes Individuum höchst eigene Einsichten aus. Seine »Sicht von heute« sei nicht die von gestern und (was noch interessant werden könnte) »vielleicht auch nicht von übermorgen«. Weiter: Es ist kein unisono agierender Chor, kein politbürokratisch dirigierter Massenschrei, sondern ein divergierendes Stimmengewirr, das dem Enquête-Sprecher antwortet. Und es ist das vormals treusorgende Zentralorgan des Politbüros, das nun als Forum der Demokratie die Stimmen der Bejahung, des Unmuts und der Verneinung zur öffentlichen Debatte erhebt.

Schließlich: Wo in den Basisgruppen und den lokalen Vorständen der PDS das kritisch-selbstkritische Geschichtsdenken über »Stalinismus« und »Post-Stalinismus«, über Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Sozialismus stockte, gar verweigert wurde, gerade dort wirkt diese Enquête-Rede provokativ. Gerade dort brandet jetzt Zu- und Widerspruch auf: eine große Chance, um die auf Parteitag vielbeschworene Geschichtsdiskussion endlich nach Kräften zu führen. Das eben hat die Ansprache Dietmar Kellers hervorgerufen – wobei ich von Wirkung, nicht von Verdienst sprechen möchte.

Als eine unter anderen Stimmen muß ich offen sagen, daß Keller auch »mein Mann« ist. Nicht nur als Mandatsträger, sondern in einem noch anderen Sinne. Ich habe ihm meinen Versuch, den staatsmonopolistischen Sozialismus in der DDR unter struktur-analytischen Aspekten sehr kritisch zu interpretieren, im Sommer des Vorjahres zur freien Verwendung nach Bonn geschickt: Gedanken, die mit Hilfe von Parteivorständen und parteinahen Medien zwei Jahre lang kaum verbreitet werden konnten und endlich, nach Veröffentlichung durch Geichgesinnte des Brandenburger Vereins für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e. V., als »radikale Kritik« eine ebenfalls umstrittene Beachtung gefunden haben. Aus diesem Zusammenhang empfinde ich die Verpflichtung zu sagen, was ich in Kellers Rede für historisch gerechtfertigt halte – aber auch: was mich befremdet.

Ich bejahe die grundsätzliche und notwendige Kritik an der Machthierarchie der SED: der demokratiefeindlichen und staatspolizeilich gehüteten

Führungsgewalt des Politbüros, des schon weniger »freien« Zentralkomitees, des hauptamtlich dienenden Parteiapparats und – nicht zuletzt – des MfS als des »permanenten Kontrollorgans« über alle Parteimitglieder und Staatsbürger. Was ich selbst bei Wiederaufnahme der anti-stalinistischen Systemkritik solcher Kommunisten wie Leo Trotzki, Isaak Deutscher und Milovan Djilas als »bürokratischen Sozialismus« und parteistaatlichen »Totalitarismus« bezeichne, nennt Keller (etwas vereinfacht) »militärische Hierarchie« mit einem »komplexen Disziplinierungsmechanismus«. Wie verderblich dieses Regime für die Disziplinierten, letztlich aber für das ganze System war, ist doch wohl eindeutig: durch die verheerende, sogar weltpolitische Niederlage dieses »real existiert« habenden Sozialismus.

Keller entwickelt die Kritik nicht durch strukturelle Analyse. Seine Rede enthält eine historisierende Skizze des Werdegangs der Partei, ergänzt durch zahlreiche Impressionen, die sich teils auf Lektüre und Zeitzeugenbefragung, teils auf eigene Apparaterfahrungen gründen – letztere erst seit Anfang der 70er Jahre. Da gibt es kritische Denksätze, denen sich niemand verschließen sollte, der für eine Erneuerung der demokratisch-sozialistischen Bewegung eintreten möchte.

Daß die KPD als Teil der Kommunistischen Internationale bereits vor 1933 unter stalinistische Einflüsse geriet, ist vor den Tatsachen der Geschichte nicht zu leugnen. Ebenso richtig erscheint mir die Feststellung, daß die aus dem sowjetischen Exil heimkehrenden Kommunisten durch den Stalinismus diszipliniert waren und fürderhin an seiner Kette lagen. Ihr mobilisierendes Versprechen von 1945, das neue Deutschland nicht als »Sowjetsystem«, sondern als antifaschistisches Regime in der Staatsform einer »parlamentarisch-demokratischen Republik« zu errichten, wurde nicht eingelöst. Es war das stalinistische Partei- und Staatsmodell, das im Entstehungsprozeß der DDR verbindlich wurde.

Das betraf auch die Wesensverwandlung der neugegründeten »Einheitspartei«: Weniger der Vorgang der antifaschistischen Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten im Jahre 1946 – vielmehr die seit 1948 erfolgte Reorganisation der SED zur »Partei von neuem Typus« hat das Vereinigungs-Resultat geprägt. So entstand die Hegemonie der Kommunisten, ein gegen die Sozialdemokraten gerichteter Zwang. Die Ausbootung derselben aus den Führungsgremien der Partei, sodann das organisierte Mißtrauen gegen kommunistische West-Emigranten (vor dem Hintergrund des Prager Slánský-Prozesses) ist durch zahlreiche Menschenschicksale übel belegt. Auch hier bestätigen Ausnahmen nur die Regel: Otto Grotewohl personifizierte die integrierten und gewandelten Sozialdemokraten, wobei eine künftige Biographie erweisen wird, daß sein Weg als Ministerpräsident tragisch war und in der Kaltstellung durch Ulbrichts selektierende Führungsgewalt endete. Kurt Hager indessen war West-Emigrant, überstand alle Kursände-

rungen und Säuberungen, so daß er sich jahrzehntelang als ein ebenso intelligenter wie anpasserischer Ideologiemacher der Partei zu halten wußte – zumeist als ein Falke, zu Zeiten aber auch als eine Taube des jeweiligen Parteikurses.

Die Säuberungswellen im Namen der »Einheit und Reinheit«, die unter Ulbricht auch immer als »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« geführt wurden, bedeuteten einen Aderlaß, bei dem die Partei in stetigen Intervallen ihre kritisch-marxistischen, revolutionär-demokratischen und überhaupt intellektuellen Potenzen ausblutete. Das Ergebnis erfaßt Keller mit der bündigen These: »In dieser Partei hatten immer weniger immer mehr zu sagen.« Er fügt mit herber Zuspitzung hinzu: »Die Partei verkam in ihrer Geschichte mit einer jesuitischen Disziplin, einem jesuitischen Glauben bei fehlendem jesuitischen Intellekt zu einer Sekte.«

Angesichts der Millionenmasse gewesener Sozialisten könnte man es freilich auch anders sagen. Der Anspruch der Parteispitze und des Apparats, die Millionen von Mitgliedern durch strenge Beschlüsse und ideologische Schulung zu leiten, behinderte das Hervorbringen und die Diskussion neuer gesellschaftspolitischer Konzeptionen und Theorien, bewirkte vielmehr eine geistige Beschränkung und Uniformierung. Gegenüber dem objektiven Erfordernis an Wissensfortschritt, Humanität, Weltoffenheit, Wahrheitsliebe und rationaler Kritik überwogen Fortschrittsgläubigkeit, Feindbild, Festungsmentalität, Beschlußdisziplin und taktische Vorsicht. Das bedeutete schwere Verluste an Individualität zugunsten falsch verstandener Kollektivität, die ohnehin ausgehöhlt wurde – durch die in die Innerlichkeit zurückgestauten Alltagserfahrungen und skeptischen Reflexionen der Parteimitglieder.

Indem ich nun beginne, Kellers holzschnittig zuspitzende Formulierungen in einen etwas differenzierteren Ausdruck zu transponieren, folge ich aber auch einem Unbehagen, das ich mit vielen Betroffenen teile. Keller übt seine öffentliche Urteilskraft, die er im Desaster des »Real-Sozialismus« endlich gewonnen hat, vor einer absonderlichen, sich überhebenden Kommission: Um jüngste Vergangenheit zu begutachten, schneidet sie die DDR aus den Zusammenhängen des weltpolitischen und deutsch-deutschen Systemantagonismus heraus. Sie beurteilt das »Untersuchungsobjekt« isoliert und verteufelt es schon bei Untersuchungsbeginn schlechthin als »Unrechtsstaat«. Das geschieht im gesellschaftspolitischen Vorgang der Wiederherstellung einer Hegemonie des großen Kapitals – einer Restauration, die allerdings bürgerlich-rechtsstaatliche Institutionen und Argumente auf ihrer Seite hat. Die DDR und ihre Lebensverhältnisse werden durch die arrogante Brille von Siegern betrachtet. Es werden Selektionen in Böse und Gute, also Urteile der Verdammnis gewagt, durch die sich ein Pfarrer zum eifernden Pfaffen, eine geschichtsbeflissene Kommission noch in der Rückschau zum Fortsetzer des Kalten Krieges macht.

Vor solchem Forum, so habe ich geglaubt, würde der Sozialist Keller eine sowohl selbstkritische als auch erklärend-verteidigende Rolle einnehmen: als ein Abgeordneter der Besiegten, insbesondere ein Anwalt aller Alternativdenkenden, die gestern gegen staats-sozialistische, gestern und heute aber ebenfalls gegen monopol-kapitalistische Machtstrukturen gesinnt waren und sind. In dieser Hoffnung sehe ich mich getäuscht. Keller hat nicht als ein demokratisch-sozialistischer Marquis Posa gesprochen. Er hat den antikommunistischen, sogar antisozialistischen Elementen in dieser Enquête-Kommission nahezu alles erspart, was die Ruhe der historisierenden Selbstgewißheit und Siegerpose hätte stören können.

Schon bei der Erinnerung an die KPD der Weimarer Zeit wäre wohl denkbar gewesen, einen mörderischen Militarismus zu benennen, der mit Liebknecht und Luxemburg noch viele weitere Kommunisten und Demokraten um Leben und Freiheit brachte, so daß »militärische Disziplin und Hierarchie« in der Partei auch ein Reflex auf die Herausforderung ihrer Gegner war. Wenn dabei die Reiznamen Noske und Zörgiebel ausgespart blieben, so konnte doch zumindest erwähnt werden, daß die SPD während dieser Zeit eine Regierungspartei war, die problematische Regierungsgewalt durchaus zu verantworten hat. Sodann das Weglassen des antifaschistischen Widerstands, bei dem nicht zuletzt Kommunisten große Opfer brachten, schont wiederum die Antikommunisten und Antisozialisten: Sie bewahrt diese davor, ihre Mitschuld und Mittäterschaft an Faschismus und Zweitem Weltkrieg selbstkritisch zu reflektieren. Im Kontrast dazu steht die naßforsche Beurteilung der Antifa-Schüler als Leute, die ihre »eigene Haut« retten wollten und so zu »sehr willfähigen Werkzeugen« wurden. Das Verdikt verweigert dem Nationalkomitee Freies Deutschland und seinen Adepten die antifaschistische Funktion und Gesinnung. Abgesehen davon, daß hier Bewährungen in der Geschichte schon wieder verdunkelt werden – dies muß wie Musik in den Ohren jener klingen, die den Zweiten Weltkrieg gegen die Russen noch heute gewinnen möchten.

Solche Auslassungen erfolgen unter der zentralen und alles belastenden These, daß die von Kommunisten dominierte SED »zu keinem Zeitpunkt einen echt zivilisatorischen Charakter« besessen habe. Eine Formulierung, die die heutigen Restaurations-Politiker geradezu bedient. Man bedenke die verbrecherische Barbarei des Hitler-Faschismus und zwei von Deutschland verschuldete Weltkriege! Die Wahrnehmung des Völkerrechts auf Revolution in den Nachkriegsjahren waren Taten für die Zivilisation: die geistige Überwindung des Nazitums, die Agrar- und Bildungsreformen, die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Überführung ihres Besitzes in gesellschaftliches Eigentum ... Die grundsätzliche Legitimität des Versuches, nach den schlimmen Erfahrungen der Geschichte eine nicht nur antifaschistische, sondern auch gegen das deutsche Monopolkapital gerichtete Alternative einzu-

leiten, wird von Keller nicht ernstlich erwogen. Daß dem Feindbild der Anti-imperialisten ein Feindbild der Antikommunisten entsprach, nicht selten vorausging, daß der gesellschaftspolitische Systemkampf wechselseitige Ursachen und Wirkungen erzeugte, also beide deutsche Staaten in die Schuld des Kalten Krieges verstrickte – das alles bleibt außerhalb der Betrachtung. Keller hat das Dogma der isolierten, daher einseitigen Sicht auf den Gegenstand DDR verinnerlicht und erfüllt.

Sehr peinlich berühren mich die Passagen der Rede, in denen Dr. Keller, der führende Parteisekretär der Karl-Marx-Universität, Kultursekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Stellvertretende Kulturminister (ein Mann mit steiler Amtskarriere) von seiner Halbbildung und darin gegründeten Verführbarkeit spricht. Hier springt das »Ich« des Redners in das »Wir« einer ganzen Generation hinüber – einer nachgewachsenen Intelligenz- und Funktionärschicht von scheinbar Verdummten: ohne »Ahnung von Marx und Engels«, erst recht allen vorausgehenden Leistungen der geistigen Kultur. Nichts von Smith und Ricardo, von Kant und Hegel, von Owen, Saint-Simon, Fourier u. s. w. »Deshalb«, so lautet der Schluß, »ist meine Generation auch verführbar gewesen [...] durch Namen.«

Schwer zu sagen, ob der Partei- und Staatsfunktionär Keller sich wirklich als ein von anderen Mißleiteter auffaßt, wodurch er persönlicher Verantwortung und Selbstkritik entrinnen möchte. Vielleicht aber wollte Keller gerade hier Flagge zeigen, indem er der Enquête-Kommission nunmehr die großen Namen des Kulturlebens der DDR, zumal der Leipziger Alma mater vorwies. Die freie Rede mit ihren populistischen Zuspitzungen und Vereinfachungen, die wohl für den Text einer Kolumne getaugt hätte, entgleist Keller oftmals zu Aussagen, die er möglicherweise gar nicht beabsichtigte. So die Belastung der vorbildlichen Lehrer: Sie hätten »verführt« und – im Kontext der umstehenden Formulierungen – die Ahnungslosigkeit, Halbbildung, Unmündigkeit der Kellergeneration quasi mitverschuldet. So die mißglückte Bemerkung, die den »Legitimationsglauben an eine mögliche deutsche Alternative« wenigstens einräumt, sogleich aber durch das »Fehlen einer breiten humanistischen Bildung« diskreditiert. So die schwache Begründung »unserer Legitimität« durch Reformversuche, für die dann keinerlei gesellschaftliche Tatsache, sondern nur der in freier Rede agierende »Hoffnungsträger« Werner Lamberz angeführt wird. »Das heißt, meine Generation hat sich im Prinzip nicht für Ideologie entschieden, sondern [...] für Menschen.«

Dies alles erscheint mir als die neuerdings gewendete Fassung eines Holzschnitts, der die agitatorische Sprache von Politikadern, nicht von promovierten Wissenschaftlern und sorgfältig denkenden Intellektuellen wiedergibt. Der in Kellers Bildungskritik vermißte Immanuel Kant aber hatte doch wohl von der »Befreiung aus selbst verschuldeter Unmündigkeit« und also von der Eigenverantwortung und Geisteskraft der Individuen gesprochen. Es könnte

schließlich auch paradigmatisch sein, daß Keller die Parteiopposition mit der Biermann-Ausweisung (1976) enden läßt. Gorbatschows Ära des Neuen Denkens, der freilich von unseren Illusionen überfrachteten Perestroika, zeitigte tatsächlich aber den breitesten Riß zwischen Politbürokratie und Parteivolk. Von der innerparteilichen Opposition der 80er Jahre, ihrem Anteil an dem verspäteten und gescheiterten Versuch einer »deutschen Oktoberrevolution«, sagt Keller kein Wort. Da nämlich war er Minister und scheinbar unwissender als zuvor: »Wir waren in der SED mit unserem Latein am Ende.«

Genug. Die Gelegenheit eines Auftritts mit Geist und Würde scheint vertan. Und doch ist nicht alles verloren. Die Gefühle und Einsichten, die ich aus diesem Musterfall zu gewinnen glaube, sind widersprüchlich. Einerseits empfinde ich ehemalige Politfunktionäre und staatspolizeiliche Aufpasser, die sich jetzt schon wieder in die Politik gedrängt haben, allzuoft als eine subjektive Altlast, die die Bestrebungen des demokratischen Sozialismus nicht gerade bahnbrechend fördert. Andererseits muß eine Partei, die sich Erneuerung ins Programm geschrieben hat, pluralistisch sein, folglich die Ansichten Kellers, seiner Sympathisanten und aller seiner Kritiker aushalten können. Nur dies gibt Hoffnung, daß sich immerfort Bündnisse finden, die an den Existenzfragen in der Notzeit der Menschheit arbeiten wollen.

# Historischer Epilog. Freiheit, Gleichheit – und kein Ende

## Spaltung der Menschenrechte

Wie aktuell ist Maximilien Robespierre? (1996/2000)

Am Anfang der Französischen Revolution tönnten Schalmeien des inneren und äußeren Friedens – keine Alarmtrommeln des Bürger- und Staatenkriegs. Wohl traten die Abgeordneten des Dritten Standes, die sich am 20. Juni 1789 im Versailler Ballspielhaus zuschworen, eine Verfassung des Königreiches auszuarbeiten zu wollen, streitbar auf. Sie konstituierten sich als »Nationalversammlung« gegen die parallel tagenden Generalstände des Klerus und des Adels. Nicht diese, sie selbst waren es doch, die alle nichtadligen Franzosen, rund 96 Prozent der Bevölkerung Frankreichs, repräsentierten. Vom reichsten Bürger bis zum elendesten Bettler – die eigentliche, lebende Nation. Aber der Anspruch wurde durch die allbekanntesten Worte ihres Kollegen und theoretischen Vordenkers Sieyès beinahe gemäßigt ausgedrückt: »Was ist der Dritte Stand? *Alles*. Was war er bisher in der politischen Ordnung? *Nichts*. Was fordert er? *Etwas zu sein*.« Und auch dem Auflösungsbefehl Ludwigs XVI. trotzten die Volksvertreter auf der Königlichen Sitzung am 23. Juni lediglich mit der Rhetorik des Grafen Mirabeau: »Wir werden unsere Plätze nur unter dem Zwang der Bajonette verlassen.«

Mit Protest – aber »verlassen«!

Diese Juristen und Beamten, Bankiers und Kaufleute, Grundbesitzer und Fabrikanten, Literaten und Gelehrten – nebst liberal denkenden Überläufern von Geistlichkeit und Wohlgeborenen – wollten eine friedliche Erneuerung. Sie trugen keine radikale Revolution im Sinn. Was sie mit Mut und ausdauernder Taktik erstrebten, war ein Konsens für Reformen, damit die Monarchie künftighin »auf den festen Grundlagen« einer Verfassung »ruhen« möge.

Noch herrschte das absolute Königtum. Noch hielt Frankreichs politische Struktur den Adel auf dem hohen Rang angeborner, den Klerus im Reichtum zuerkannter Privilegien. Doch was da als Repräsentant der ganzen Nation und mit dem Stimmengewicht seiner zahlenmäßigen Mehrheit auftrumpfte, vertrat gegen die Aristokratie, gegen traditionelle Vorzugsrechte und starre Besitzverhältnisse, das breite und wirkliche Gesellschaftsleben: Agrarwirtschaft und Handwerk, Manufakturen und Handel, Finanz und Wissenschaft, aus denen der zivilisatorische Fortschritt und das bewegliche Eigentum wuchsen. Diese Abgeordneten konnten sich durch Wähleraufträge gekräftigt fühlen, die in den Cahiers des Tiers état, den Beschwerdeheften des Dritten

Standes, mit sichtlichem Interesse formuliert waren: gegen den Absolutismus des Monarchen, gegen die Privilegien des Adels und der Geistlichkeit.

Auch wußten sie sich durch die gedankliche Wegbereitung älterer, schon verstorbener Generationen in die Pflicht genommen. Es galt, endlich die Ketten der Willkür, der beschwerenden Tradition abzuwerfen, um Menschenwürde und irdisches Glück zu gewinnen. Nicht Verharrung in überkommenen Ständestrukturen, Normen und Zwängen – ungehemmte Bewegung, gesellschaftliche Dynamik war angesagt, damit alle Menschen, ohne Unterschied ihres Herkommens, ihre Kräfte gebrauchen und die Natur beherrschen lernten. Freie Individuen, die sich auf das Wagnis gewinnbringender Unternehmungen, auf die Mühen der Entdeckung und der Erforschung einließen, sollten Wohlfahrt für sich selbst und die Allgemeinheit bewirken. Unter Frankreichs Abgeordneten war kein einziger Bauer, kein Handwerker, kein Lohnarbeiter. Die hier den Dritten Stand, das französische Volk, vertraten, waren allesamt Angehörige des mehr oder weniger wohlhabenden Bürgertums, und sie waren keineswegs frei von persönlichen Interessen. Aber sie glaubten, für das Wohl der Nation, sogar der Menschheit denken und handeln, eine unmittelbar bevorstehende Zukunft der Gerechtigkeit und daher der freiheitlichen Rechte heraufführen zu müssen. Schüler der Enzyklopädie Diderots und d’Alemberts, Anhänger der hinterlassenen Vernunftgründe Montesquieus, Voltaires, Rousseaus, wollten sie jetzt die antizipierte Erneuerung von Staat und Gesellschaft tatsächlich beginnen.

Aber sie wollten auch so rasch wie möglich zum Ende kommen. Bastillesturm und Bauernrevolten lagen außerhalb ihres Wunschdenkens und geistigen Horizonts. Sie wußten in ihrer geschichtlichen Sternstunde und augenblicklichen Kurzsichtigkeit nicht, daß diese Erneuerung Frankreichs, die nach dem Unabhängigkeitskampf der Niederländer im 16. und nach der englischen Revolution im 17. Jahrhundert die dritte Erhebung des Bürgertums gegen die Feudalregime Europas war, am Ende noch ein anderes sein würde: Die erste und Große Revolution, in der beständige Rebellionen des Volkes unter der Führung wechselnder bürgerlicher Fraktionen die Macht des Adels und des Klerus radikal zerstörten. Und mehr noch die weltbewegende Revolution: Leitbild und Schreckbild für zeitgenössische und spätere Generationen – im immerwährenden Streit um die Frage, ob sie das lichte oder das finstere Einfallstor zur Menschen- und Staatenwelt der »Moderne« sei.

Fürs erste freilich mochte genügen, daß die verfassungsbedürftigen, also konstitutionell gesinnten Reformer über den Streitschriften und Lesebüchern der Lumières begriffen hatten: Nach den ungeschriebenen Gesetzen der Natur mußten alle Menschen als ursprünglich »gleich« gelten. Im Namen des Naturrechts, das endlich durch die menschliche Vernunft in ein philosophisch-moralisches Ideensystem gebracht war, stritten sie für eine von angemäßen Vorrechten befreite Bürgerordnung. »Freiheit« und »Gleichheit« – von den

Freimaurern seit längerem schon als emanzipatorisches Begriffspaar verbreitet – sollten allen Individuen als unveräußerliche Menschenrechte garantiert werden. Und auch die Staatsvölker, die seit Hugo Grotius als Subjekte des Völkerrechts anzusehen waren, sollten dank »Freiheit« und »Gleichheit« ihre Souveränität genießen, ihre Unabhängigkeit gegen Aggressoren und Angriffskriege bewahren können.

Jetzt, da die Staatsfinanzen der absolutistischen Monarchie vor dem Bankrott standen, da der König von Gottes Gnaden beabsichtigte, mit Erlaubnis der Generalstände in die Kassen und die Geldstrümpfe seiner Untertanen zu greifen, war die Gelegenheit gekommen: Für die Zusage neuer Steuern und Staatsanleihen war eine freiheitlich formulierte und proklamierte Verfassung als Grundlage einer neuen rechtlichen Ordnung zu verlangen.

### **Vielversprechende Deklarationen**

Ob nun die mutige Selbsterhöhung der Deputierten des Dritten Standes zur Verfassunggebenden Nationalversammlung (Assemblée nationale constituante) – oder erst die offene Gewalt der Straße, der sansculottische Bastillesturm des 14. Juli und die wütenden Bauernrevolten den Revolutionsbeginn darstellten? Diese auf Trennung abzielende, oft diskutierte Frage scheint müßig, wenn man bedenkt, daß die politische Existenz der Konstituante zwar eine Ermutigung für die nun aufbrandenden Volksrebellionen war, daß letztere aber den Deputierten überhaupt erst einen Schutz gegen die drohende Militärmacht der Konterrevolution gaben. Sie nötigten den Volksvertretern allerdings auch einen unerwünschten Handlungsdruck auf.

Resultat dieses Zusammenhangs von bürgerlich-liberalen Reformzielen und volksrevolutionärer Gewalt war die einstweilige Vertagung langfristiger Verfassungsdebatten. Statt dessen geschah die sehr eilige Initiative zur Sicherung freiheitlicher Grundrechte und zur Besänftigung der Massen. Die Nationalversammlung inszenierte Verzichtserklärungen der Adligen und der Kleriker, die in der berühmten Nachtsitzung vom 4. August 1789 einem Teil ihrer Privilegien entsagten. Sie beschloß sodann die welthistorische, noch heute unvergessene Manifestation vom 26. August desselben Jahres.

In dem Glauben, daß die Unkenntnis der Menschenrechte die »einzige Ursache« der öffentlichen Mißstände und der Verderbtheit der Regierungen sei, erklärten die Abgeordneten eben diese »angestammten, unveränderlichen und heiligen Rechte« in einem grundgesetzlichen Prinzipienkatalog. Verbindlich für jedermann, zumal für gesetzgebende und ausübende Staatsgewalten. »Artikel 1. Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es. Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen. Artikel 2. Der Zweck jedes politischen Zusammenschlusses ist die Bewahrung der natürlichen und unverlierbaren Menschenrechte. Diese Rech-

te sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Bedrückung.« So lauteten die beiden eröffnenden Artikel der »Déclaration des droits de l'homme et du citoyen«, der Rechte des Menschen und des Bürgers. Die 17 Punkte der ganzen Erklärung, bequem auf zwei Flugblattseiten zu drucken, rezipierten die Leitideen der europäischen und nordamerikanischen Aufklärung – nicht zuletzt die 1776 verfaßte »Bill of Rights« des »guten Volkes von Virginia«. Sie besiegelten nicht nur die Liquidation des monarchischen Gottesgnadentums sowie der Vorrechte des Adels und des Klerus. Sie stellten nicht nur den Grund- und Kapitalbesitz unter den Schutz der künftigen Verfassung. Die Deklaration kündigte weit darüber hinaus eine zivilisatorisch-humane Aufgabe an: den »frei« und »gleich« geborenen Menschen und Staatsbürger in einer gerecht und freiheitlich gestalteten Gesellschaft zu verwirklichen.

Auf den ersten Blick aber fällt auf: »Gleichheit« fehlte unter den eigens hervorgehobenen Grundrechten. War sie schlicht vergessen worden? Oder waren die staatsrechtlichen Vordenker der Nation bereits von Argwohn getrübt? Immerhin brandschatzten Bauern und Arme unter den Rufen nach »Freiheit« und »Gleichheit« nicht nur Adelsschlösser und Klöster, sondern auch Häuser der Wohlhabenden. Es gab nicht wenige Besitzbürger im Land, die in Palästen wohnten: Großpächter oder Eigentümer von aufgekauften Herrnsitzen und Lehnsgütern, auf denen diese das Landvolk mit Pachtgeld und Abgaben bedrückten – überhaupt einen Reichtum ausstellten, der den Armen provozierend ins Auge stach. Man hatte den Parlamentariern gemeldet, daß schleunigst aufgebotene Bürgermiliz für den wohlwöblichen Zweck der »Ordnung und Sicherheit« von der Stadt in die Dörfer marschierte; 33 Aufrührer waren gehängt worden. blieb daher die »Gleichheit«, nun auch vom »Pöbel« beschworen, vor die Tür der Konstituante gesetzt? – Hingegen ein anderes mit Sorgfalt gehegt wurde: Denn das ohnehin hervorgehobene Grundrecht des »Eigentums« war am Schluß der Deklaration noch einmal mit besonderer Regel bedacht. »Artikel 17. Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, darf es niemandem genommen werden, es sei denn, daß die gesetzlich festgestellte öffentliche Notwendigkeit es augenscheinlich verlangt, und nur unter der Bedingung einer gerechten und im voraus zu entrichtenden Entschädigung.«

Gewährleute von 1789 und spätere Historiker versichern, daß ernstliche Vorbehalte gegen den Namen der Gleichheit bei der Mehrzahl der Abgeordneten nicht bestanden. Noch preßte die revolutionäre Situation sämtliche Kräfte der Erneuerung gewissermaßen zu einem »Block« zusammen, der sich massenhaft und schwer überwindbar gegen die keineswegs schon geschlagene Konterrevolution, die Gegner der angekündigten liberalen Verfassung, stellte. In diesem Kampf gegen die Feudalaristokratie war »Freiheit! Gleichheit!« der Streitruuf, der den Aufbruch ins bürgerliche Zeitalter artikulierte. Den Manifestanten der Nationalversammlung erschienen überdies »Freiheit« und »Gleichheit« als nahezu identisch. Freiheit mußte unmöglich bleiben,

wenn nicht allen Franzosen die *gleichen Rechte* und Pflichten zuerkannt wurden. Ob König, Adliger, Bischof, Besitzbürger, Bauer, Handwerker, Lohnarbeiter oder Habenicht – ein jeder sollte als freier Mensch und als Staatsbürger die Gleichheit der Rechte genießen und achten. Von diesem Rechtsbewußtsein war die ganze Deklaration durchdrungen. Ihre Grundsätze, die von feudalen Zwängen entfesseln sollten, hatten zu allererst offensiven Charakter, so daß Freiheit nicht ohne Gleichheit zu denken war. Zum Beispiel: »Artikel 4. Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was anderen nicht schadet. Also hat die Ausübung der natürlichen Rechte bei jedem Menschen keine anderen Grenzen als die, den anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß der gleichen Rechte zu sichern. Diese Grenzen können nur durch das Gesetz bestimmt werden.« Es war die Rechts-»Gleichheit« also, die das Maß der »Freiheit« fixierte. Die Abschaffung des Vorrechts der Geburt – der Ungleichheit von Individuen vor dem Gesetz – war die *Conditio sine qua non* der ganzen Erneuerung. Und sie schien durchaus vereinbar mit sozialer Zerklüftung, mit der Ungleichheit von Besitz und Eigentum.

Indem die Konstituante diese Offensive des Liberalismus auf breiter Front vortrieb, machte sie auch vor dem König nicht halt. Sie ersetzte den Anspruch der absolutistischen Selbstherrschaft, des fürstlichen Gottesgnadentums, durch das rechtsstaatliche Prinzip der Volkssouveränität. Eine Regierung habe nur im Interesse der Regierten, nicht der Regierenden zu arbeiten. Daher liege der Ursprung aller Souveränität beim Volk (»dans la nation«), so daß »keine Körperschaft« und auch »kein einzelner« eine Gewalt – eine staatliche Autorität – ausüben könne, die nicht ausdrücklich vom Volk ausgehe (Artikel 3). Überdies könne eine Gesellschaft nicht als rechtsstaatlich gelten, deren Verfassung keine Teilung der Gewalten in Gesetzgebung, Staatsverwaltung und Rechtsprechung vorschreibe (Artikel 16).

Die Situation, in der solches debattiert und beschlossen wurde, brachte sogar verbindliche Texte hervor, die mehr als nur liberalistisch genannt werden können. Da wurden volksnahe, demokratische Verheißungen formuliert, an denen sich die politisch-sozialen Realitäten der »Freiheit« und »Gleichheit« alsbald messen ließen. Alle Staatsbürger sollten »in der *gleichen Weise* zu allen Würden, Stellungen und öffentlichen Ämtern zugelassen« werden – »je nach ihrer Fähigkeit und ohne andere Unterschiede als ihre Tüchtigkeit und Begabung« (Artikel 6). Die öffentliche Gewalt, zwecks Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte notwendig, sollte »zum Nutzen aller eingesetzt« werden – »nicht aber zum Sondervorteil derjenigen, denen sie anvertraut ist« (Artikel 12). Für den Unterhalt dieser Gewalt und die Ausgaben der Verwaltung war eine allgemeine Steuer erforderlich – »auf alle Bürger zu verteilen«, aber »nach Maßgabe ihres Vermögens« (Artikel 13). Und schließlich: Die in der Gesellschaft vereinigten Bürger sollten hinfort nicht mehr das bürokratisch gegängelte Objekt eines autoritären Staats, seiner Machthaber und Beamten sein – vielmehr

das Recht besitzen, »von jedem öffentlichen Beauftragten ihrer Verwaltung Rechenschaft zu fordern« (Artikel 15).

Beschützt und zugleich aufgeschreckt von Sansculotten und Bauernhaufen, verabschiedete die Nationalversammlung im Sturmsommer 1789 mit gebotener Eile diese Geburtsurkunde neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Deputierten verkörperten die Energie einer Klasse, die sich als selbstbewußt und fähig erwies, die Welt zu verändern – wie sie durchaus meinte: im »Einklang mit den Naturgesetzen und dem göttlichen Willen«, so daß Wohlfahrt und Fortschritt für alle Zukunft gewiß seien. Sie deklarierte das besondere Interesse des Bürgertums als das gemeinsame Interesse der Franzosen und des ganzen Menschengeschlechts. Tatsächlich fanden sich jetzt auch im Ausland Sympathisanten in Menge, die in der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte die Prinzipien eines besseren Zeitalters erblickten und diese auf ihre eigenen Nationen zu übertragen wünschten.

Neun Monate später, am 22. Mai 1790, verlautbarten dieselben Abgeordneten ebenfalls einen neuen Grundsatz der Außen- und Militärpolitik: »Die französische Nation *verzichtet* darauf, einen *Krieg zu Eroberungszwecken zu unternehmen*; sie erklärt, daß sie ihre Streitkräfte *niemals* gegen die Freiheit irgendeines Volkes einsetzen wird.« Das Vertrauen auf die Allmacht der Vernunft, die leise Werbekraft der großen Menschheitslehre, schien keineswegs in Frage gestellt. Graf Mirabeau, mächtiger Stimmführer für ein konstitutionelles Königtum und heimlich besoldeter Agent der Hofaristokraten gegen unbequeme Prinzipienreiter der Volkssouveränität, ermutigte die Nationalversammlung zu friedlichen Aussichten auf einen baldigen Abschluß der Revolution. Sogar auf ein Ende der ewigen Untat gewaltsamer Staatenkonflikte: »Vielleicht ist der Augenblick nicht mehr fern von uns, wo die Freiheit das Menschengeschlecht von dem Verbrechen des Krieges freisprechen und den *allgemeinen Frieden* verkündigen wird. Dann wird das Glück der Völker das einzige Ziel des Gesetzgebers, der einzige Ruhm der Nationen sein.« Der friedensutopische Ausspruch gedieh zum gern genutzten Zitat späterer Pazifisten.

Der Abgeordnete Maximilien Robespierre, der mit langatmig dozierenden Auftritten bisher nur die Duldung, wenn nicht den Spott seiner Parlamentskollegen geerntet hatte, interpretierte die Friedenserklärung der Konstituante anders – als Botschaft einer langfristigen »Weltrevolution«, für die freilich auch er Gewaltfreiheit wünschte. Dabei warnte er vor Machtstreben und Kriegstreiberei des Monarchen, dem das Friedensinteresse der Abgeordneten, der Franzosen und selbst anderer Völker entgegenstehe: »Der König wird immer versucht sein, den Krieg zu erklären, um sein Vorrecht zu vergrößern. Die Repräsentanten der Nation werden immer ein unmittelbares und selbst persönliches Interesse daran haben, den Krieg zu verhindern. Bald treten sie in die Reihen einfacher Bürger zurück, und der Krieg trifft alle Bürger [...]. Jetzt sind die Gelegenheit und der Augenblick gekommen, jene

*große Revolution zu beginnen, die sich auf alle Teile der Erde erstrecken wird.* Ich glaube nicht, daß es leicht ist, dabei den Gedanken an den Krieg [...] zu ertragen [...]. Als ob die Streitigkeiten der Könige noch die der Völker sein könnten [...].« Der Advokat aus Arras, der sich hier mit idealem Fortschrittsglauben für Emanzipation und Befriedung der Menschheit aussprach, postierte sich gegen den Parlamentslöwen Mirabeau als ein demokratischer Antipode. Er wurde von diesem nicht ohne Ironie charakterisiert: »Der da wird es weit bringen, denn er glaubt alles, was er sagt.«

Immerhin waren die Deputierten darin einig, daß Krieg von Übel sei. Woraus sich ergab: Der Gedanke eines gewaltsamen Revolutionsexports mit beiläufigen Land- und Kapitalgewinnen lag noch fern. Das Bestreben, den Krieg, geschweige denn die Aggression, aus dem Leben der Völker zu verbannen, konnte die Herzen des eigenen Volkes und aller Franzosenfreunde gewinnen. Der deutsche Dichter Klopstock drückte die Freude des frankophilen Europa in Versen aus, mit denen er »Galliens Freiheit« rühmte:

»Was vollbringet sie nicht! Sogar das gräßlichste aller  
Ungeheuer, der Krieg, wird an die Kette gelegt.«

### »Die Revolution ist beendet!«

Jedoch die Staatenbeziehungen Europas widersprachen der Poesie heroischer Illusionen. Das bürgerliche England, das im nordamerikanischen Krieg den Staat der Bourbonen zum finanziellen Ruin getrieben hatte, war ohnehin Frankreichs traditioneller Rivale. Doch auch die feudalen Regime des Kontinents waren am Anfang der Revolutionswirren darauf bedacht gewesen, die Schwächung des Hauses Bourbon für sich auszunutzen. Daß diese Spekulation noch immer den herkömmlichen Händeln zwischen Fürstenhäusern verhaftet und nun gänzlich veraltet war, offenbarte aber sogleich der revolutionäre Funkenflug, der 1789 die deutschen Exklaven im Elsaß und die zwerghaustlichen Territorien des Rheinlands in Brand setzte. Dichtauf folgten die Bauernempörungen Kursachsens, die Unruhen vorproletarischer Schichten in deutschen Handels- und Hafenstädten. Da dämmerte den Hirnen »von Gottes Gnaden« die Einsicht, daß die Schwächung des Nebenbuhlers in Frankreich die Not ihres Standesbruders war, woraus eine gemeinsame Not aller absolutistischen Regenten erwachsen konnte. Gewiß, der ideale Freiheitsenthusiasmus der Intellektuellen des Bürgertums und die tatsächlichen Volksunruhen beispielsweise in Deutschland riefen nirgends revolutionäre Situationen hervor. Aber die angefochtenen Obrigkeiten fürchteten hinfort die »Franzosenkrankheit« als eine gemeingefährliche Epidemie wie zu anderen Zeiten die Syphilis, die Pest und die Cholera.

Jetzt schien ein Eingriff vonnöten, der den bedrohlichen Herd vernichten sollte. Zumal es Franzosen gab, die die militärische Intervention lauthals verlangten: Einige Tausend adliger Emigranten rotteten sich mit dem Schrei nach

Revanche und Waffenhilfe im grenznahen Kurfürstentum Trier zusammen, um gegen Paris zu ziehen. Aus dem Revolutionskrater selbst richtete die Königin Marie-Antoinette am 27. Februar 1791 insgeheim einen Notruf an ihren Bruder, den regierenden Habsburger und deutschen Kaiser Leopold II.: »Die Aufwiegler gewinnen gegenwärtig derart an Boden und machen mit solcher Geschwindigkeit Fortschritte, daß wir es für außerordentlich gefährlich halten, dem nichts entgegenzusetzen.«

Die Regime des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der weiteren Kontinentalmächte regten sich indessen nur langsam. Allein am Königshof in Frankreich wünschte man schnellere Aktivitäten. Seitdem die Hauptstädter, voran die Frauen der Markthallen, im strömenden Regen des 6. Oktober 1789 den König und seine Familie genötigt hatten, Versailles zu verlassen, empfand sich Ludwig XVI. inmitten »seiner guten Stadt Paris« und trotz der 25 Millionen Franken seiner Zivilliste kaum besser als ein Gefangener. Überhaupt sah er, zwei Jahre nach Revolutionsbeginn, das Oberste zuunterst, das Unterste zuoberst gekehrt. Die schaurige Bastille, Zwingburg und Staatsgefängnis in vier Jahrhunderten – nunmehr ein Trümmerhaufen. Der erbliche Adel, Blüte des Reiches in ewig gedachter Generationenfolge – per Dekret »abgeschafft für immer«. Die Kirchengüter, Reichtum der Stellvertreter Gottes, der immer berechnenden Gläubiger des Monarchen – zum Nationaleigentum erklärt, versteigert und verkauft, um mit den tatsächlichen oder versprochenen Zahlungen die Assignaten, das inflationäre Papiergeld der Konstituante, zu decken. Der absolutistische Staat, seine historisch gewachsene Landesorganisation, mit der vom König berufenen Beamtenschaft – aufgeteilt in 83 Departements und untergliedert in Distrikte, Kantone, Gemeinden, die (mit Ausnahme der Kantonalbehörden) von gewählten Bürgervertretungen selbstverwaltet wurden. Und soeben brütete die Nationalversammlung letzte Gesetzestexte aus, die zur Entscheidung führen sollten: zur geschriebenen und proklamierten Verfassung der konstitutionellen Monarchie Frankreichs.

Waren solche Resultate des Umsturzes nicht noch rückgängig zu machen?

Der Königshof bezahlte insgeheim konterrevolutionäre Journale und Flugschriften. Bewaffnete Banden verschworen sich unter dem Zeichen der bourbonischen Lilien. In der Armee war die Mehrheit des adligen Offizierskorps königlich gesinnt, und es gab Priester, die durchaus nicht bereit waren, den vorgeschriebenen Amtseid auf die neue Ordnung zu leisten. Der Monarch, den Energie nicht auszeichnete, aber die Tatkraft seiner »Österreicherin« antrieb, raffte sich zur Entscheidung auf. Um der bevorstehenden Eidesleistung auf die Verfassung zu entinnen und jene archimedische Stange in Griff zu bekommen, die ihm ermöglichen sollte, die Revolution von außen her aus den Angeln zu heben, wagte er am 20. Juni 1791 mit seiner Familie die Flucht zur östlichen Landesgrenze. Die Desertion, die Entdeckung und Verhaftung in Varennes, sodann die schmachliche Rückführung nach Paris hatten radikalisierte Folgen.

Das Volk erriet aus dem Fluchtversuch den Gegenschlag, den die Bourbonen gemeinsam mit dem Emigrantenkorps und den Fürsten des Auslands von langer Hand vorbereiteten – und es gab Kräfte genug, die die Revolution weiterhin praktizieren wollten. Bauern der Grenzregionen übten nationale Mobilisierung. Rund 97 000 Mann drängten in die Freiwilligenbataillone, die nahe Paris und der Grenze ihre Lager bezogen. In sieben Departements wurden abermals Adelsnester gestürmt. Volkshaufen sangen und tanzten den Stakkato ihrer frühen aufwiegelnden »Nationalhymne«: »Ah! ça ira, ça ira, ça ira! Les aristocrat's à la lanterne!« Zumal Paris rebellierte. Bildnisse des Königs wurden zerrissen und in die Seine geworfen. Schauspieler, die Voltaires »Brutus« mit dreisten Anspielungen gegen »Cäsar«, den König, auf die Bretter brachten, ernteten frenetischen Beifall. Die »Gesellschaft der Freunde der Menschen- und Bürgerrechte«, Klub der Cordeliers genannt, schürte offen den Haß gegen Könige, suggerierte den radikalen Gedanken, daß Monarchie und Freiheit nicht vereinbar seien. Und das Echo aus der Provinz antwortete prompt: »Der vorzüglichste Ruf, den ihr ausgestoßen habt, ist die Forderung nach der Errichtung der Republik in Frankreich. Diese Regierungsform ist das Meisterstück der menschlichen Vernunft, die einzige Grundlage, auf der ein freier Mensch seine Tatkraft und seine Talente entfalten kann.«

Lärm und Unruhen störten die Beratungen der Nationalversammlung. Leidenschaftlicher Bürgerprotest gegen Adlige, die noch immer auf Privilegien pochten, mochten ihr recht sein. Aber die Forderung einer Republik? Die überwiegende Majorität, die sich doch auf den König, das Nonplusultra des liberalistischen Konstitutionalismus, festgelegt hatte, fühlte sich an die Wand gedrängt. Sie erfand die Lüge, der König sei gar nicht geflohen – er sei entführt worden. Obwohl aus der eigenen Deklaration von 1789 die Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht eines jeden Repräsentanten zitiert werden konnte, erklärte sie Ludwig XVI. für »schuldlos und unverletzlich«. Sie sah Ziel und Zweck ihrer Revolution gefährdet und ließ auf der Tribüne eine grundsätzlich neue Alternative formulieren: »Sind wir dabei, die Revolution zu beenden, oder sind wir dabei, sie von neuem zu beginnen? Ein Schritt zuviel wäre eine verhängnisvolle, eine schuldhafte Tat. Ein Schritt zuviel in der Linie der *Freiheit* wäre die Zerstörung des Königtums und in der Linie der *Gleichheit* die Zerstörung des Eigentums.«

Zwei Tage darauf, am 17. Juli 1791, strömten rund Fünfzigtausend auf das Pariser Marsfeld. Dort hatte im Vorjahr ein nationales »Föderationsfest« zum Gedenken an den Bastillesturm stattgefunden. Auf dem »Altar des Vaterlandes«, der seitdem aufragte, sollte nun eine Petition des Klubs der Cordeliers unterzeichnet werden. Sie enthielt Forderungen, die der Nationalversammlung den ausdrücklichen »Willen des Souveräns Volk« vorsetzten: Abdankung Ludwigs XVI. und Bildung einer neuen Regierung. Das war außerparlamentarische Aktion – eine Masseninitiative, die den Absichten des frischbackenen

Parlamentarismus durchaus widersprach. Als bereits 6 000 Unterschriften geleistet waren, wagten die Drahtzieher der Konstituante, die rote Fahne des kriegsrechtlichen Ausnahmezustands zu hissen. Ausgerechnet Marquis de Lafayette, der als Teilnehmer des nordamerikanischen Unabhängigkeitskriegs im Ruf des »Freiheitskämpfers«, des »Helden zweier Welten« stand, der 1789 einen Entwurf der Menschen- und Bürgerrechte vorgelegt und seit dem Bastillesturm das Kommando der Nationalgarde führte, befahl seiner Truppe, die Demonstranten zusammenzuschießen. Die Revolution entblößte auf offener Straße ihre inneren Sprengkräfte.

Dem blutigen Gemetzel folgte die Verhaftungswelle, die zeitweilige Schließung der Volksgesellschaften. Alsdann trieb das Parlament zur Proklamation der Verfassung am 14. September 1791 – beschworen von einem König, der seiner Nation den Treueid leistete, um ihn bei nächstbestener Gelegenheit zu brechen. Zwar waren der Konstitution die »Rechte des Menschen und des Bürgers« vorangestellt. Die Nation aber, der »Souverän«, hatte über das Staatsgrundgesetz nicht beraten und abstimmen dürfen.

Volksnähe wurde auf andere Weise inszeniert: Man ließ Armee und Nationalgarde, Revolutionsbürokraten und gutbetuchte Kommunalvertreter aufmarschieren. Dann donnerte es aus 130 Kanonenrohren. Die Konstitution wurde dreimal als »Krone der Aufklärung« und unter Chorgesang verkündet. Sogar ein Luftballon stieg mit vaterländischen Inschriften in den Himmel hinauf. Die neu regierende Klasse verstand sich bereits auf staaterhaltende und volkstümelnde Festivitäten.

Am 30. September räumte die Konstituante ihre Parlamentsstühle für eine inzwischen neugewählte Gesetzgebende Versammlung. Nach reichlich zwei Jahren, die seit dem Ballhauschwur vergangen waren, hatten die ersten Parlamentarier Frankreichs die allgemein-theoretischen Gedanken der Aufklärung in konkret-politische Revolutionsresultate umgemünzt: Anstelle der absoluten Fürstenmacht – die konstitutionelle Monarchie mit beeidigter Staatsverfassung, mit Gewaltenteilung, Parlamentswahlen und Abgeordnetensitzen; anstelle der Privilegien des Adels und des Klerus – die Enteignung des letzteren durch Nationalisierung der Kirchengüter und die Unterwerfung beider unter das formal gleichmachende Gesetz der Verfassung; anstelle der autoritären Regierungsbürokratie und der Alleinbewaffnung des stehenden Heeres – die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament und das Milizsystem in Gestalt der Nationalgarde; anstelle der feudalen Polizeigewalt und der geheimen Gerichtsprozesse – die bürgerliche Selbstverwaltung und die öffentliche Rechtsprechung durch Geschworenengerichte; anstelle der Reglementierung aller Denkweisen, Haltungen und Tätigkeiten – die grundsätzliche Freiheit der Persönlichkeit, der Meinungen, der Presse, der Versammlung, der Lehre, der Religionsgemeinschaften und vor allem: die Freiheit des Eigentums, des Gewerbes, des Handels.

Es war das wohlhabende Bürgertum, nicht das Volk, das den Honig aus der Blüte sog. Das offenbarte sich bei der Gestaltung der politischen Macht. Allein der Besizende sei der »wahre Aktionär am großen Gesellschaftsunternehmen«, so interpretierte Sieyès die bürgerlich-liberalistischen Verhältnisse. Der Pamphletist, der bei Einberufung der Generalstände den »Dritten Stand« als Repräsentant ganz Frankreichs beschworen hatte, spaltete jetzt die Nation in ergiebig besteuerte «Aktivbürger» und »schutzbefohlene Passivbürger«, die drei Arbeitstagesätze an öffentlichen Abgaben nicht entrichten konnten. Resultat war ein Wahlgesetz, das nur guten Steuerzahlern – bei einer Bevölkerung von 26 Millionen nur 4,3 Millionen – das Recht zu wählen einräumte. Dieses Zensuswahlrecht wurde mit der Auffassung begründet, daß Gesetzgebung und Staatsverwaltung, auch die Bürgervertretung der Gemeinden, nichts anderes als »Eigentumsangelegenheiten« seien, so daß »nur der Eigentümer ein legitimes Interesse« daran haben könnte. Gemäß dem Verfassungstext beherrschte die Legislative – das Parlament also – ganz Frankreich fast wiederum absolut. Sie war keiner anderen Kontrolle als den Wahlen ausgesetzt, die alle paar Jahre und zudem nur von »Aktivbürgern« durchgeführt wurden. Drei Millionen »Passivbürger«, überdies sämtliche Frauen und alle Männer unter 25 Jahren, blieben hingegen vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Eine weitere Nagelprobe der Rechtswirklichkeit des obsiegenden Liberalismus war die Umverteilung des Bodens, der aus den Händen der Kirche, bald auch der Krone und der ins Ausland geflüchteten Adligen auf den »freien Markt« geriet. Der Grundbesitz, früher die Heilige Kuh, die zumeist unverkäufliche Basis feudaler Herrschaft, wurde jetzt durch staatliche Konfiskation und Versteigerung tatsächlich zur Handelsware. Zu einer Zeit, da Frankreichs Wirtschaft noch immer vom Agrarsektor beherrscht und selbst die frühe Bourgeoisie auf Grundrenten erpicht war, gab es keine Kapitalanlage, die zuverlässigere Gewinnchancen bot. Auch existierte kein Unternehmen, das sich im Augenblick besser als patriotische Tat begründen ließ. Doch es bedurfte der persönlichen Geldmittel oder der Sicherheit von Anleihen, um unter den Gewinnern dieses kapitalen Fischzuges zu sein. Neben den Groß- und Mittelbauern waren es landwirtschaftsfremde Kapitalisten – die unvergänglichen Plusmacher der städtischen Bourgeoisie – die den Boden Frankreichs als Anlage- und Spekulationsobjekt in ihren Besitz brachten. Zumal die vereinigten Bodenaufkäufer und gewinnheckenden Wiederverkäufer einen Liberalismus personifizierten, der in den Dörfern an Kleinbauern und Landarmen, in den Städten an Sansculotten und Vorproletariern triumphierend vorbeizog. Der Masse des Volkes blieben nur Groll und Verwunderung. Den neureichen Gewinnern aber erwies sich der Assignat als ein Wohltäter. Er erlaubte, Nationalgüter für den gerade geltenden Kurswert aufzukaufen und durch Ausnutzung des grassierenden Geldverfalls während der Revolution ein Millionenvermögen zusammenzuraffen.

Schließlich verdient auch das neue Rechtsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hervorgehoben zu werden. Daß das Angebot und die Nachfrage nunmehr Produktion, Preise und Löhne bestimmen sollten, war Grundsatz des Wirtschaftsliberalismus. Die »freie Marktwirtschaft« entfesselte alle und jeden von feudalen Bindungen, anerkannte nur kontrahierende, durch Kauf und Verkauf miteinander verkehrende Individuen – fesselte aber die »Freiheit« des Lohnarbeiters, seine Arbeitskraft zu verkaufen, an die als »Freiheit« deklarierte Entscheidungsmacht des Unternehmers. Eine amtliche Regulation war durch das »Gesetz Le Chapelier« geschaffen. Weil Gesellen und Arbeiter auf den Mangel an Lebensmitteln und die Preistreiberei mit Tarifforderungen und Streiks reagierten, verbot das Gesetz bei hohen Strafen jede Koalition, jede Wahl von Arbeitervertretern und gemeinsame Beschlußfassung, sogar jede Gründung von Hilfskassen zur Unterstützung von Kranken und Arbeitslosen. Das widersprach zwar dem Grundrecht der Vereins- und Versammlungsfreiheit, lieferte den Arbeitnehmer ganz dem Ermessen des Unternehmers aus. Aber das Gesetz wurde alsbald auf das arbeitende Landvolk ausgedehnt. Es blieb als Recht des Kapitalismus der freien Konkurrenz bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gültig.

Alles in allem konnte Frankreichs frühe Bourgeoisie im Herbst 1791 hinreichende Gründe für sich verbuchen, am Ziel ihrer Wünsche zu sein. Der Abgeordnete Le Chapelier eiferte bei Abgang der Konstituante bereits in der Sprache der neuen politischen Klasse. Er wetterte gegen Umtriebe im Volk und insbesondere gegen den Pariser Jakobinerklub, der als Sammelpunkt gesellschaftspolitischer Kritik mit rund vierhundert Vereinen der Provinzstädte korrespondierte: »Wir brauchen diese Gesellschaft nicht mehr, denn *die Revolution ist beendet*.« Es geschah mit dem Brustton des besitzenden und unternehmenden Bürgertums, seines materiellen Interesses und politischen Führungsanspruchs, daß der Revolutionsprozeß für geschlossen erklärt wurde – ein Vorgang, der noch bis heute Applaus bei systemtreuen Historikern und nachgeborenen Marktkönigen findet.

Da aber stellte der Abgeordnete Maximilien Robespierre entschlossen den Fuß in die Tür der Revolutionsgeschichte und verhinderte, daß sie zugeschlagen wurde: »[...] *Ich glaube nicht, daß die Revolution beendet ist*.« Verspottet als »Talglicht von Arras«, hatte er in zahlreichen Parlamentsscharmützel gegen eine hohnlachende Übermacht gefochten. Er hatte das angezweifelnde Widerstandsrecht der Bastillestürmer verteidigt, das Ausnahmegesetz gegen sich empörende Volkselemente und die im Interesse der neuen Machthaber liegende Beibehaltung der Todesstrafe abgelehnt. Er hatte sich für die demokratische Presse- und Versammlungsfreiheit eingesetzt. Er hatte den Ausschluß der unbemittelten Volksklassen aus dem Wahlrecht und der Nationalgarde bekämpft. Er hatte gegen die kolonialen Grundbesitzer, die ihre Arbeitskräfte kaltschnäuzig zum persönlichen »Eigentum« erklärten, »frei« und »gleich«

machende Menschenrechte auch für Farbige und Sklaven verlangt. Fast immerzu Niederlagen erleidend, war er unbeirrt für den Grundsatz seines toten Lehrmeisters Jean-Jacques Rousseau eingetreten, wonach allein das Volk als der ursprüngliche Träger aller Souveränität gelten mußte. – Die demokratische Folgerung lautete: Auch die nichtbegüterten Schichten seien in den Genuß realer »Freiheit« und »Gleichheit« zu bringen.

Sobald Robespierre jetzt im Festzug der scheidenden Konstituante den Parlamentssaal verließ, schmückte ihn eine Volksmenge mit der Bürgerkrone aus Eichenlaub: »Nehmt entgegen den Preis eurer Bürgertugend und eurer Unbestechlichkeit. Indem wir euch krönen, geben wir der Nachwelt ein Zeichen.«

### **Anzweiflung der Resultate**

So sprach die Stimme derer, die die Nationalversammlung geschützt, die Bastille gestürmt, den Adel das Fürchten gelehrt, die Flucht des Königs verhindert hatten, überhaupt mit Geist und Tat für die Revolution einstanden – sich aber wegen des mangelnden Eigentums und folglich der geringen Steuerzahlung nach wie vor als Angehörige des niederen, rechtlich benachteiligten Volkes bescheiden sollten. Sie sprach auch aus Zeitungen und Flugschriften, beispielsweise dem Journal »Révolutions de Paris«: »Wie nicht bestritten werden kann, waren es die Proletarier, die die Bastille und den Despotismus zerstört haben. Sie waren es, die für das Vaterland kämpften, während die gemächlichen Bourgeois mit jener feigen Passivität, die ihrer Natur entspricht, im Innersten ihrer Wohnungen abwarteten, auf welche Seite sich der Sieg wenden werde. Ist es nach alledem nicht eine Niedertracht, daß sämtliche Vorteile der Revolution jenen zufallen sollen, die keinen Anteil daran hatten, die Frucht zur Reife zu bringen?«

Wenn diese Polemik die nationale Rolle der »Bourgeoisie« auch zu gering, die als »Proletarier« bezeichnete Volksbewegung zu ausschließlich einschätzte – die politischen, sogar sozialkritischen Opponenten nannten die bürgerliche Führungskraft der Revolution eine »egoistische Klasse«. Sie verurteilten unter dem Druck der unzufriedenen Massen, auch ihres eigenen moralischen Gewissens, daß die Besitzenden den Menschenrechten der »Freiheit« und »Gleichheit« das Kardinalprinzip der Freiheit des »Eigentums« überstülpten. Das hieß in der kodifizierten Erneuerung von Staat und Gesellschaft: Bevorzugung der Eigentümer des Bodens, des Kapitals, der größeren Produktionsmittel – und im Alltag der Revolution: Entfesselung des Spekulantens- und Schiebertums, gesetzlich erlaubte und skrupellose Bereicherung der Reichen. Aus der begrifflich noch unsicheren, immer aber polemischen Reflexion dieses Tatbestands begründeten sich gegen den zeitgenössischen *Liberalismus* die weitertreibenden Alternativen: die Strömungen des *revolutionären Demokratismus*.

Die Zeitung »Ami du peuple« hatte bereits am 30. Juni 1790 gegen das Zensuswahlrecht protestiert: »Wenn erst das Wahlrecht auf die Wohlhabenden beschränkt ist, werden die Wahlen nur zugunsten der Reichen ausfallen. Sie werden also ihren Anteil am Staat haben, und das Volk wird ohne Gegenwehr ihrer Gnade ausgeliefert sein. Was wäre durch die Beseitigung der *Adelsaristokratie* gewonnen, falls an ihre Stelle die *Geldaristokratie* tritt? Wenn wir nun unter dem Joch der neuen Emporkömmlinge stöhnen sollen, wäre es besser gewesen, die privilegierten Stände beizubehalten.« Der Verfasser und Herausgeber Jean-Paul Marat wäre nicht der radikale »Volksfreund« gewesen, hätte er sich mit Bitten begnügt. »Fürchtet, daß wir uns die *Staatsbürgerrechte* verschaffen werden, indem wir euch den Überfluß wegnehmen, wenn ihr sie uns aufgrund unserer Armut versagt!«

Auch der Abgeordnete Robespierre beobachtete mit Argwohn, Widerwillen, schließlich Empörung, wie sich die Abgeordneten der Konstituante als eine politische Klasse entpuppten, die sich selbst und ihre besitzbürgerliche Klientel mit Vergünstigungen ausstattete. So war er am 5. Dezember 1790 im Parlament mit einer sorgfältig vorbereiteten Rede erschienen. Er erhob Einspruch gegen den Ausschluß aller wenig besitzenden und gänzlich armen Staatsbürger aus der Nationalgarde – gegen die Errichtung des Vorrechts der Wohlhabenden auf die bewaffnete Macht. Es sei ein flagranter Verstoß gegen die Menschenrechtsdeklaration, wenn die Konstituante die Mehrheit ihrer ursprünglichen Wähler und folglich auch Auftraggeber entrechte, indem sie ihnen nach der Aberkennung der Wahlfähigkeit nun auch das Recht der Teilnahme an der nationalen Bewaffnung versage. »[...] Zum Schutz der Freiheit und der Existenz des gemeinsamen Vaterlandes bewaffnet zu sein, ist das Recht des Bürgers [...]. Dieses Recht [...] irgendeinem Teile der Bürger zu nehmen und damit ausschließlich den anderen zu belehnen, heißt also, gleichzeitig jene *heilige Gleichheit*, die das Fundament des Gesellschaftsvertrages darstellt, und die unwiderleglichsten, heiligsten Gesetze der Natur zu verletzen.«

Hatte die »Déclaration« von 1789 nicht die Zulassung aller zu allen Würden und Ämtern und als Zweck derselben den »Nutzen aller« versprochen – keineswegs aber den »Sondervorteil« einer Minorität von Bürgern? Sie hatte die Gesamtheit der Nation, das Volk, als Träger der Souveränität proklamiert. Was also bedeuteten jetzt die Beschlüsse der Nationalversammlung – falls sie endgültig zur Rechtskraft gelangten? »[...] Daß die Gesetze, daß die Verfassung nicht für das Gemeinwohl, sondern für den *privaten Nutzen einer bestimmten Klasse von Menschen* geschaffen worden wären; daß sie nicht gemeinsames Eigentum aller Glieder der Gesellschaft, sondern Erbeil der Reichen wären.«

Noch war die Verfassung nicht fertig ausgearbeitet und beschworen. Noch sprach Robespierre im Konjunktiv. Darin lag der Ratschlag, auf den Weg der »Menschlichkeit«, der »Gerechtigkeit« – nach Ansicht dieses Moralisten: der

»wahren Staatskunst« – zurückzukehren. Seine weitere Argumentation aber verschärfte sich zur offenen Anklage, zum hellen Protest: »[...] Laßt davon ab, *das Volk* zu verleumden, euern *Souverän* zu schmähen, indem ihr ihn unablässig als der Rechte unwürdig hinstellt, als schlecht, roh, verderbt; ihr seid es, die ungerecht und verderbt sind; auf die begüterten Klassen wollt ihr seine Macht überführen [...]. Das Volk will nur Ruhe, Gerechtigkeit, nur das Recht zu leben; die Mächtigen, die Reichen kennen nur die Gier nach Auszeichnungen, nach Schätzen, nach ausschweifendem Genuß. *Das Interesse, der Wille des Volkes ist* der der Natur, der Menschheit; es ist *das Allgemeininteresse*. Das Interesse, der Wille der Reichen und Mächtigen konzentriert sich auf Ehrgeiz, Hochmut, Begierde, auf die extravagantesten Launen, auf die dem Glück der Gesellschaft abträglichsten Leidenschaften.«

Die »Reichen« und die »Mächtigen«! – Hier witterte einer den volksverachtenden Kompromiß zwischen neuen und alten Trägern der Herrschaft: die durchaus mögliche Koalition zwischen den Amtswältern des Großbürgertums und den Adligen der königlichen Hofpartei. Nicht diese »Verräter« der ursprünglichen Ideen und Ziele – das Volk sei es gewesen, das die »Revolution gemacht« habe. Indem man es nunmehr wage, dem Souverän die eroberten Menschen- und Bürgerrechte wiederum zu rauben, werde die Einheit der Nation zerrissen: »*Man will die Nation in zwei Klassen teilen*, deren eine nur bewaffnet schiene, um die andere wie einen Haufen von stets zur Meuterei bereiten Sklaven niederzuhalten! Die eine würde alle Tyrannen, alle Unterdrücker, alle öffentlichen Blutsauger umfassen; die andere das Volk!«

Das derart apostrophierte Volk waren Handwerker, Kleinhändler und Lohnarbeiter in der Stadt, Kleinbauern und Tagelöhner auf dem Land, die Mehrheit der französischen Familienväter mit ihren Frauen, Kindern und Alten. In Paris, wo sich die besonders aktiven »Sansculotten« in der Regel aus kleinbürgerlichen Handwerksmeistern und Händlern rekrutierten, bildeten diese zusammen mit den Gesellen und Arbeitern ohnehin die schlechthin überwiegende Masse. Bei etwas mehr als einer halben Million Einwohnern der Metropole wurden allein schon Gesellen und Arbeiter mit ihren Familien auf 250- bis 300 000 Menschen geschätzt. Unter der Landbevölkerung war der Anteil der Agrarproletarier oft noch höher: Im Limousin betrug die Zahl ihrer Familienväter nahezu 25%, in der westlichen Normandie 30-40%, in der Umgegend von Versailles 70%, in Seeflandern bis zu 75%. Alle diese Kleinbesitzer und Frühproletarier wurden in Gewerbe und Handel als Produzent und Konsument, in der Revolution als Bastillestürmer, Adelsschreck, Vaterlandsverteidiger – kurz: als Aktivkräfte gebraucht. Doch gemäß der Verfassung sollten sie nur als »Passivbürger« oder schlechthin als »Schutzbefohlene« gelten, denen die Rechte und Freiheiten der Wohlhabenden verschlossen blieben. Das mußte zu massenhafter Resignation – oder aber zu etwas ganz anderem: zu Empörungen führen.

Bereits 1789 war die revolutionäre Situation ja nicht bloß durch die Finanzkrise des Staats, die Opposition der Besitzenden, den Bastillesturm der wirklich revolutionären Volkselemente – kurz durch eine rein politische Spannung gekennzeichnet gewesen. Die miserable Ernte des Vorjahrs und die daraus resultierende Not hatten das rebellische Bewußtsein im Volk geschärft. Die *akute Staatskrise* potenzierte sich andauernd durch die *latente Sozialkrise* eines agrarisch geprägten Landes, das selbst noch auf der Höhe des Manufakturzeitalters für Mißernten, Hungerrevolten, sozial motivierte Empörungen anfällig war. Soweit sich nun Männer und Frauen des niederen Volkes bereit fanden, für die Revolution einzutreten, stritten sie auch in der zähen Hoffnung, ihre materielle Lage zu verbessern. Kein Wunder, daß sie bei dieser mentalen Grundstimmung empfindsam reagierten, sobald sie begriffen, daß ihre rechtliche Benachteiligung und Unterdrückung fort dauerten, indem ihnen reale »Freiheit« und »Gleichheit« verwehrt wurden.

Es wäre allerdings falsch anzunehmen, der Massenunmut habe sich gegen das individuelle Eigentum, den Grundsatz seiner Freiheit und Sicherheit gerichtet. Im sozialen Denken der Aufklärung und noch der Revolutionszeit wurde für möglich, gar wünschenswert gehalten, daß jeder zumindest ein kleines Stück Land oder eine Werkstatt besaß, die zur Versorgung einer Familie ausreichten. »Jedem etwas und keinem zuviel!« war die Quintessenz der Ansicht und der Warnung Rousseaus, wonach Demokratie mit einer zu großen Ungleichheit des Besitzes nicht vereinbar sei. Was aber nun auf den Weg kam, war nicht nur die Übervorteilung der Massen durch gesetzliche Bevorrechtung der Reichen. Da sproß auch ein Geilwuchs bourgeoiser Elemente auf, die mit Getreide und Brot, mit Immobilien und Assignaten spekulierten, wobei sie horrende Gewinne auf Kosten des Volkes einsackten. Die arbeitenden und armen Volksschichten hatten sicherlich den Sturz des Feudalsystems gewollt. In den warenhortenden und preistreibenden Spekulanten aber erkannten sie neue »Volksfeinde«. Gegen die »freie Marktwirtschaft«, in deren Klima diese neureichen Schädlinge aufschossen, verlangten sie Ordnung schaffende Maßnahmen. Spekulation und unredliche Bereicherung sollten verhindert, einem jeden sollte die materielle Existenz gesichert werden! Das Volk drängte auf die Wiederherstellung staatlicher Reglementierung.

Dieses existentielle Interesse und zugleich die darin enthaltenen Illusionen waren Kraftquelle der epochemachenden Umwälzung: der Großen Revolution – die freilich nichts anderes als die Vorherrschaft des als »Geldaristokratie« bezeichneten Großbürgertums und letztlich die problematische »Freiheit« der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung hervorbrachte. Dies aber war ein Resultat, das im Prozeß unmittelbarer Erfahrung von allen, die als Mensch und als Staatsbürger besitzbürgerlichen »Egoismus«, »Bereicherungstrieb«, »Machthunger« ablehnten, durchaus nicht gewollt wurde. Es widersprach den Wünschen, Erwartungen, Erklärungen von Zeitgenossen, die eine

allgemeine Emanzipation aller Franzosen und sogar eine »Menschheitsbefreiung« noch immer erhofften.

Der Abgeordnete Robespierre, der zwar dem Bürgertum entstammte, aber früh schon Armut und die Gnade der Mächtigen hatte hinnehmen müssen, trat jetzt als ein solcher Volksrevolutionär und Moral fordernder Ideologe hervor. Pedantisch in Kleidung und Rede, bewegt von volksfreundlichen Empfindungen der Gerechtigkeit und zudem auch getrieben von einer abgründigen Lust, die Revolutionsgewinnler zu entlarven und anzugreifen, verkörperte gerade er die streitbare Rezeption des Rousseauschen »Gesellschaftsvertrags«. Ob es sich um die »volonté générale« handelte, den vom Volk getragenen Allgemeinwillen des Staatswesens, ob es um den Ausgleich von »Freiheit« und »Gleichheit« oder um die solidarischen Verpflichtungen des »Eigentums« ging – in vielen Grundsätzen sah dieser Erbwalter des Philosophen den »Contrat social« verletzt, mehr noch »verraten«. Die neuen Gesetze seien nichts anderes als »ein Werkzeug in den Händen der *Reichen*, um die *Armen* zu unterdrücken«. Vergeblich werde behauptet, daß alle Menschen »gleich geboren« seien – tagtäglich widerlege eine verhängnisvolle Erfahrung diesen Satz.

Daß das Maß und das Ziel der Revolution von einer »Aristokratie der Reichen«, des besitzenden Bürgertums bestimmt wurden, mochte Robespierre keinesfalls anerkennen. Daher forderte er am 5. Dezember 1790 die Deputierten im Namen des Volkes vor die Schranken der von ihm verfochtenen allgemeindemokratischen Revolution: »Wer seid ihr, die ihr der Vernunft und der Freiheit zuruft: ›Ihr geht bis hierher; ihr werdet euern Schritt hemmen an dem Punkte, wo er sich nicht mehr mit den Klügeleien unseres Ehrgeizes oder unseres persönlichen Nutzens vertragen würde?‹ [...] Vergeblich wollt ihr durch die windigen Schliche der Schwätzerie und der Hofintrigen eine Revolution lenken, deren ihr nicht würdig seid: Ihr werdet wie hilflose Insekten in ihren unwiderstehlichen Lauf hineingerissen werden; eure Erfolge werden vergänglich sein wie die Lüge und eure Schande unvergänglich wie die Wahrheit.«

Robespierre-Forscher nennen diese Rede die kühnste, die der Revolutionär je konzipierte. Rücksichtslos sagte er den Führern der Konstituante ihren persönlichen Untergang voraus. Dennoch erstarb die Leidenschaft seiner Anklagen stets, sobald er an den Zentralnerv der neuen Ordnung – das persönliche und gesetzlich geschützte Eigentum – gelangte. Nicht die »Disproportion der Vermögen« wolle er antasten. Er sehe aber für Gesetzgeber und Gesellschaft die »heilige Pflicht«, einer Mehrheit der Nation die Mittel ihrer »unveräußerlichen Souveränität« zu belassen: die »Gleichheit der Rechte inmitten der unvermeidlichen Ungleichheit der Güter«. – Die Parlamentsmajorität verhinderte, daß Robespierre seine Rede in Gänze von der Tribüne verlesen konnte. Jedoch am Abend desselben Tages sprach der Ankläger im überfüllten Jakobinerklub. Mirabeau, der den Vorsitz führte und dem Redner auch hier das Wort entziehen wollte, scheiterte am Beifall der Zuhörer.

»Liberté! Égalité! Fraternité!« Die epochale und unvergeßliche Losung war nicht Geist vom Geiste der Bourgeoisie. Sie erklang nun mehr und mehr als Einforderung der Menschen- und Bürgerrechte für das gesamte Volk und somit als ein Appell an die Besitzenden. Denn was offenbarte die Namensliste der neuen Deputierten, die nach dem Abgang der Konstituante die Gesetzgebende Versammlung für ganz Frankreich repräsentierten? – Vergebens, so rügte Robespierre, suche man »den Namen eines armen, ehrbaren Mannes«. Die Lektion, die sie den Bürgern erteile, besage: »Sei reich um jeden Preis, oder du wirst nichts sein!«

### Von Krieg und Revolutionsexport

Während man sich im Lager der Revolution differenzierte, kamen alarmierende Nachrichten aus dem Ausland. Der deutsche Kaiser Leopold und der Preußenkönig Friedrich Wilhelm II. erließen am 27. August 1791 im sächsischen Pillnitz eine diplomatische Deklaration: Sie drohten »wirksamste Mittel« an, die dem Monarchen in Paris wieder zur »größten Freiheit« seiner Macht verhelfen sollten – machten aber zur Bedingung, daß auch die übrigen »Könige Europas« teilnehmen müßten. Inzwischen wollten sie ihre eigenen Truppen bereits ausrüsten, um zur passenden Zeit »aktiv einzugreifen«. Das war die Absichtserklärung einer militärischen Intervention, wobei jedoch die konkrete Durchführung fraglich blieb. Die Forderung des Beitritts weiterer Fürstenstaaten war noch lange nicht erfüllt. Und auch die Tatsache, daß die Führer des französischen Emigrantenkorps bei Koblenz, im Kurfürstentum Trier, sich gänzlich zerstritten hatten, konnte der Intervention keineswegs förderlich sein.

Die Deklaration von Pillnitz weckte in Frankreich eine plötzlich auftrumpfende Kriegspartei. Diese ignorierte die Verlegenheiten der feudalen Koalitionsmächte und die darin liegende Chance, zugunsten der Revolution auf Zeit zu spielen. Statt dessen versetzte sie den gallischen Hahn in eine bislang nie gekannte patriotische Erregung, mit deren Hilfe sich verschiedene politische Strömungen mit ihren Interessen und Absichten verwirklichen wollten.

Auf Verlangen der neuen Nationalversammlung unterzeichnete Ludwig XVI. am 14. Dezember 1791 bereitwillig eine herausfordernde Protestnote. Darin wurde der Kurfürst von Trier zum Feind Frankreichs erklärt, falls er das Korps der bewaffneten Emigranten nicht binnen Monatsfrist auflöse. Am selben Tag aber riet der König in einem Geheimschreiben nach Wien, sein Ultimatum abzulehnen: Der »physische und moralische Zustand« mache es »Frankreich unmöglich, auch nur einen halben Feldzug durchzuhalten«. Marie-Antoinette, die den Krieg dringend herbeiwünschte, jubelte am gleichen Tag: »Die Dummköpfe! Sie sehen nicht, daß das bedeutet, uns einen Dienst zu erweisen.« Den König von Preußen hatte Ludwig sogar schon am 3. Dezember gebeten, nur ja an der Intervention teilzunehmen, damit »eine wün-

schenswerte Ordnung der Dinge« in Frankreich wiederhergestellt und verhindert werde, »daß das uns heimsuchende Übel auf die anderen Staaten Europas« übergreife. Der Krieg, bei dem gewiß zu sein schien, daß das »friderizianische Musterheer« siegen würde, sollte die Revolution zerschmettern.

War dies die Kalkulation der altaristokratischen Gegenrevolution, die sich vornehmlich um den Königshof scharte, so stellte aber eine Gruppe konstitutioneller Monarchisten eine eigene Rechnung auf. General Lafayette und Kriegsminister Narbonne wollten die militante Stimmung im Land ausnutzen, um die Armee in Griff zu bekommen, den Krieg zu gewinnen und dann nach Paris zu marschieren. Dort beabsichtigten sie, die demokratischen »Wähler« zur Raison zu bringen und als die besten Helfer des Königtums auf die Regierungssessel des neuen Staats zu gelangen.

Pläne und Umtriebe dieser beiden Machtgruppen blieben dem Volk verborgen. Ganz offen dagegen wirkte eine Abgeordnetenfraktion, die vornehmlich die Interessen des handeltreibenden Bürgertums der Hafenstädte vertrat – nach ihrer teilweisen Herkunft aus der Gironde in der Geschichtsschreibung als »Girondisten« bezeichnet. »[...] Ein Volk, das nach 10 Jahrhunderten der Sklaverei die Freiheit errungen hat, [...] muß Krieg führen, um die Freiheit von den Lasten des Despotismus rein zu waschen«, agitierte ihr Wortführer Brissot am 16. Dezember 1791 im Jakobinerklub. Am 29. blies er die Kriegstrompete überdies auf diabolische Weise: »Der Krieg ist augenblicklich eine nationale Wohltat, und die einzige Kalamität, die man bedauern muß, ist die, keinen Krieg zu haben.«

Je simpler die Strategie, desto leichter sollte sie sich in das öffentliche Bewußtsein einprägen. »Wenn ihr mit einem einzigen Streich die Aristokratie [...] austilgen wollt, dann müßt ihr Koblenz in Schutt und Asche legen.« Das sei die Patentlösung! Dann erst werde sich auch der König gezwungen sehen, gemäß der Verfassung zu regieren. Und damit man die Leidenschaften der Massen nur ja nicht verfehlte, schlug Brissot obendrein noch die Pauke des nationalen Wertgefühls: Frankreich werde »entehrt«, der »Schandfleck aller Nationen« sein, wenn es den Widerstand der Emigranten weiterhin dulde. Absolute Monarchen, so stachelte er, würden solche Beleidigungen »keine zwei Wochen ertragen«.

Aber die Armee war nicht ausreichend gerüstet. Die Festungen waren kaum verteidigungsfähig. Viele Angehörige des immer noch adligen Offizierskorps, soweit nicht schon desertiert, standen mit einem Bein im Lager des Gegners. Die durchaus bestehende Wahrscheinlichkeit, daß der bewaffnete Konflikt zwischen Frankreich und den Feudalregimen irgendwann unausweichlich sein würde, der Kampf für die Revolution also internationale Dimensionen annähme – gebot zunächst doch, die Nation für einen Verteidigungskrieg gründlichst vorzubereiten. Das aber hieß, jeden vorzeitigen Losbruch zu vermeiden.

Statt dessen prellten die Kriegspropagandisten zu einem Angriffskrieg vor, den sie als »Präventivkrieg« bemäntelten. Sie verhiessen, die Konterrevolution »mit einem Schlag« zu beseitigen. Was dabei nicht offen zur Sprache kam, war die Absicht, die Massen von den innenpolitischen Differenzen abzulenken, durch den Krieg zu disziplinieren. Noch weniger war von den materiellen Interessen einer gewissen Wählerschaft die Rede – nämlich glänzende Gewinne aus der Rüstungsproduktion, aus allen nötigen Heereslieferungen zu erzielen. Ende gut, alles gut: Man wollte als Sieger in anderen Ländern neue und »freie« Märkte erzwingen.

Der Appell an das nationale Ehrgefühl verfehlte seine Wirkungen nicht. Die Mehrheiten der Nationalversammlung, des Jakobinerklubs, der Volksgesellschaften neigten zum Kampf. Der »Mann auf der Straße«, der bislang alle Kriege als Plage und Seuche empfunden, aber auch nur als Geschäft des Königs, des Adels, der Söldner erlebt hatte, war diesmal gestimmt, die Revolution mit eigenen Fäusten zu verteidigen. Sogar eine Abordnung der Frauen von Paris ersuchte die Legislative um Erlaubnis, sich mit Piken, Säbeln, Pistolen zu bewaffnen und von Veteranen der Französischen Garde ausbilden zu lassen.

Man bedenke die Schwierigkeit, gegen den Strom zu schwimmen, zumal er patriotisch eingefärbt war. Ruhm und Ehre waren nicht zu gewinnen – eher der Vorwurf der Feigheit, der Verdacht des Verrats. Es konnten daher kaum Ehrgeizlinge oder Machthungrige sein, die sich jetzt gegen die aufgeregte Öffentlichkeit warfen. Marat argwöhnte in seiner Zeitung die Gefahr hinterhältiger Absichten, die nur der Konterrevolution nutzten: Vielleicht gebe sich die Nationalversammlung dazu her, »die Nation in den Abgrund zu führen«. Noch andere Stimmen äußerten ihre Besorgnis. Sie kritisierten den Zustand der Festungen, der Artillerie, der ganzen Armee, ohne deren Reorganisation ein Zusammenbruch Frankreichs unvermeidlich sei. Die großen politischen Rededuellen aber erfolgten im Jakobinerklub. Dort stritt Robespierre, der wie alle Mitglieder der früheren Konstituante kein Deputierter mehr war, zwei Monate lang gegen die Phalanx der Brissotisten: Revolution mit oder ohne sofortigen Krieg – hieß das Problem!

Der Abgeordnete Brissot formulierte nur mit starrem Blick auf das Ausland: »Die Frage [...] ist die, ob wir die deutschen Fürsten, die den Emigranten Hilfe leisten, angreifen sollen oder ob wir ihre Invasion abwarten müssen.« Dagegen sah Robespierre, in seiner zweiten Antikriegsrede vom 2. Januar 1792, die Verhältnisse anders. Zumal vom Standpunkt einer entschieden revolutionären Konsequenz: «Welchen Entschluß sollen unter den gegebenen Umständen die Nation und ihre Repräsentanten hinsichtlich des *inneren* und des *äußeren* Feindes fassen?» Wohlgemerkt, hier wurden zwei Feinde genannt – und der innere zuerst!

Obwohl Robespierre noch nichts von den chiffrierten Briefen und den geheimen Sendlingen wußte, die zwischen dem Pariser Hof und den ausländi-

schen Fürsten hin und her gingen, leitete ihn sein Argwohn, den er andauernd gegen die Bourbonen hegte, zur richtigen Lageeinschätzung. Brissot und seine zum Krieg trommelnde Fraktion – ob sie es wollten oder nicht – waren Erfüllungsgehilfen des königlichen Hofes. Dieser selbst und die rings im Land lauerten Konterrevolutionäre konnten den Vorschlag, einen Angriffskrieg gegen die Emigranten zu beginnen, als willkommene Gelegenheit, als eine »Falle« gegen die Freunde der »Freiheit« und »Gleichheit« benutzen. Wie falsch, wie gefährlich war es daher, den Patriotismus des Volkes nur nach außen zu lenken! »Nehmen Sie zur Kenntnis, daß [...] das wahre Koblenz in Frankreich liegt und das Koblenz des Bischofs von Trier nur einer der Schlupfwinkel der gegen die Freiheit angezettelten tiefgehenden Verschwörung ist, deren Herd, deren Mittelpunkt und deren Anführer sich in unserer Mitte befinden.«

Die Revolution, von der die konstitutionellen Monarchisten im Namen ihrer besitzbürgerlichen Klientel behaupteten, daß sie zu Ende sei: War sie das wirklich? Wohl standen ihre bisherigen Resultate auf dem Papier der Verfassung. Aber sie waren durch ein Komplott der Konterrevolution noch immer gefährdet. Und außerdem: Die Erwartungen, die Bedürfnisse des Volkes waren längst nicht erfüllt. Also hatte die Revolution keineswegs schon gesiegt! – Mit dieser Überzeugung zerpflückte Robespierre die Argumente seiner Gegner.

Brissot hatte von verletzter Nationalehre gesprochen. »Gerechter Himmel! Die französische Nation soll von diesem ebenso lächerlichen wie ohnmächtigen Schwarm von Flüchtlingen, denen sie ihre Besitztümer wegnehmen und die sie vor den Augen der Welt mit dem Siegel des Verbrechens und des Verrats brandmarken kann, entehrt worden sein? [...] Die Ehre, die Sie wiedererwecken wollen, ist der Freund und die Stütze des Despotismus [...]. Wenden Sie dieser Ehre den Rücken oder verweisen Sie sie jenseits des Rheins, damit sie sich in den Herzen und Hirnen der Prinzen und Ritter von Koblenz eine Heimstatt suchen möge.« Die Ehre also – war keinen Krieg wert.

Doch Brissot und die Seinen priesen die Truppen der Revolution auch als »Sendboten der Freiheit«, dazu berufen, die bürgerliche »Freiheit« mit Waffengewalt auf das »Menschengeschlecht« zu übertragen. Damit war das Problem des Revolutionsexports aufgeworfen, das hinfort durch die Weltgeschichte fluktuieren sollte – und Robespierre war der erste, der als Revolutionär dem fahrlässigen Wunschtraum von Revolutionären eine absolut abschlägige Antwort erteilte. »Sie nehmen zunächst die Last einer Eroberung Deutschlands auf sich; Sie führen unser siegreiches Heer zu allen benachbarten Völkern; Sie richten überall Gemeindeverwaltungen ein, Direktorien, Nationalversammlungen, und Sie rufen selber aus, daß dies ein stolzer Gedanke sei – als wenn das Schicksal der Reiche von unseren Redewendungen geregelt würde.«

In der Natur der Dinge liege es, daß die Vernunft nur langsam an Boden gewinne, weil der Despotismus der Herrscher die Gesinnungen der Menschen so lange wie möglich zu verderben trachte. Folglich würden die »herrlichen Weissagungen« der Kriegspropagandisten nur allzubald von den Tatsachen widerlegt werden: »Niemand liebt Sendboten in Waffen; und das erste, was Natur und Klugheit gebieten, ist, sie als Feinde zurückzutreiben. Eine solche Invasion [...] könnte viel eher die Erinnerungen an die Verwüstungen der Pfalz und die der letzten Kriege wachrufen, als daß sie konstitutionelle Ideen zum Keimen brächte; denn die Masse des Volkes in diesen Landstrichen kennt jene Ereignisse besser als unsere Verfassung.« Die Erklärung der Menschenrechte sei nicht das Sonnenlicht, das sogleich allen Menschen leuchte, nicht der Blitz, der in einem Augenblick alle Throne zerschmettere. Sie auf Papier zu schreiben oder in Erz zu hauen sei leichter, als ihre »geheiligten Zeichen« in der von Knechtschaft und Unwissenheit verkümmerten Seele des Menschen zum Leben zu bringen.

An diesem Punkt der Polemik wandte sich Robespierre jählings gegen die Deputierten des bevorrechteten Bürgertums selbst: Die Menschenrechte, als deren Sachwalter sie aufträten, würden doch auch von ihnen »jeden Tag aufs neue verkannt, mit Füßen getreten«. Die derzeitige Verfassung, die man die »Tochter« der Menschenrechtsdeklaration nenne, gleiche ihrer Mutter nur wenig – sie sei »geschunden und befleckt von den unreinen Händen« derer, die in Frankreich auf eine neue Tyranis hinarbeiteten. »Ehe die Wirkungen unserer Revolution bei den fremden Nationen zu spüren sein könnten, muß sie feststehen. Ihnen die Freiheit bringen wollen, bevor wir sie uns selbst erobert haben, hieße, unsere eigene Versklavung und zugleich die der ganzen Welt herbeiführen.« Und gerade der Krieg, von dem die Regierung vorgebe, ihn nur »außerhalb der Grenzen« ausfechten zu lassen, sei eben das Mittel, das Volk innerhalb Frankreichs in neue Ketten zu legen.

Wie viele seiner gebildeten Zeitgenossen, die aus dem Altertum ihre Traditionsbilder herleiteten, erinnerte dieser selbsternannte Tribun an die Erfahrungen der römischen Geschichte: »Wenn das Volk gegenüber den Anmaßungen des Senats und der Patrizier seine Rechte beanspruchte, erklärte der Senat den Krieg, und das Volk vergaß seine Rechte und seinen Schimpf, befaßte sich nur mit dem Krieg, überließ seine Macht dem Senat und bereitete den Patriziern neue Triumphe.« Aus der antiken Vergangenheit wechselte die Argumentation dann wieder in die französische Gegenwart: »Der Krieg ist gut [...] für die Spekulanten, die auf derartige Ereignisse scharf sind; er ist gut für die Minister, deren Verrichtungen er in einen dichteren und fast geheiligten Schleier hüllt; er ist gut für den Hof, er ist gut für die Regierung, deren Ansehen, Popularität, Einfluß er vergrößert; er ist gut für die Koalition der Adligen, der Intriganten, der Gemäßigten, die Frankreich regieren.«

Dieser politische Klüngel werde seine »Helden« an die Spitze der Armeen

stellen, wo sie das Vertrauen des Soldaten gewannen, um diesen gegen die wahren Revolutionäre zu kehren: »Ein Mensch, der vor dem Verrat am Vaterland zurückschrecken würde, kann von gerissenen Führern dazu gebracht werden, den besten Bürgern das Schwert in die Brust zu stoßen; das heimtückische Wort ›Republikaner‹ und ›Aufrührer‹, das von der Sekte der scheinheiligen Vaterlandsfeinde ersonnen wurde, kann die irreführende Unwissenheit gegen die Sache des Volkes bewaffnen.« Die Absonderung des Soldaten in Standquartieren und Feldlagern, seine Eingliederung in die Armeekorps – das alles werde dazu dienen, ihn von den übrigen Staatsbürgern zu trennen. Unter den hochtrabenden Bezeichnungen »militärische Disziplin« und »Ehre« werde der »Geist des blinden absoluten Gehorsams« ganz unmerklich an die Stelle der Freiheitsliebe und der Volksverbundenheit gesetzt, welche doch nur durch ein Leben mit dem Volk wachzuhalten seien. Was also war die Absicht der Interessengruppen, die da für Krieg wirkten? – »Der Untergang der patriotischen Partei ist das große Ziel aller ihrer Anschläge; was wird, sobald man sie einmal vernichtet hat, anderes übrigbleiben als die Sklaverei?«

Hier kämpfte der »Unbestechliche« wiederum im Interesse einer Volks-Demokratie, deren Verfechter ihm als die eigentlichen Revolutionäre und einzig wahren Patrioten erschienen. Robespierre sah das unnötige Wagnis des Angriffskriegs. Er erkannte die kommenden Kriegslasten auf dem Rücken der Massen. Er gewährte den Aufstieg »unserer militärischen Patrizier« mit ihrem Willkürrecht über Leben und Tod und somit die von ihnen ausgehende Gefahr, daß der Verfassungsstaat seiner ohnehin noch mangelhaften »Freiheit« und »Gleichheit« durch kriegsmäßige Ausnahmegesetze beraubt wurde. Sogar nach einem schließlichen Sieg werde das Damoklesschwert eines »ehrgeizigen Generals« über dem Staatswesen hängen!

Statt des französischen Angriffs, des selbst provozierten Kriegs, schlug Robespierre am 11. Januar 1792 energische Maßnahmen zur Vorbereitung eines künftig vielleicht unausweichlichen – und erst dann wahrhaftigen – Verteidigungskriegs vor. Erneuerung der Armee, vor allem auf dem Weg der Auswechslung adliger Offiziere durch »plebejische und patriotische Militärpersonen«. Sicherung der Hauptstadt gegen konterrevolutionäre Staatsstreichversuche, indem das Volk in den Stadtbezirken bewaffnet und militärisch organisiert würde. Festigung des revolutionären Bündnisses zwischen Paris und ganz Frankreich. »Laßt uns den inneren Feind niederwerfen [...]!« Nur unter solchen Voraussetzungen wollte Robespierre, falls nötig, zukünftig für einen Krieg eintreten.

Wie und warum werden Kriege gemacht? Wie verheerend können sie wirken – nicht nur in den Feindländern, sondern auch gegen das eigene Volk? In diesen erbitterten Streitreden um Krieg oder Frieden enthüllte Robespierre das »Geheimnis der Außenpolitik« problematischer, nicht wahrhaft demokratischer Regime. »Sie sagen, ich entmutige die Nation. Nein, ich kläre sie auf. [...]

Und hätte ich nichts anderes getan, als so viele Fallen aufzudecken, als so viele falsche Ideen und schlechte Prinzipien zu widerlegen, als dem Überschwang einer gefährlichen Begeisterung Einhalt zu tun, ich hätte die öffentliche Meinung ein gutes Stück vorwärtsgebracht und dem Vaterland einen Dienst erwiesen.«

Weil Robespierre kein Abgeordneter der Legislative war, mußte er seinen Antikriegskampf im Jakobinerklub führen. Seine Gegner aber waren die neuen Abgeordneten, und falls sie im Klub nicht standhielten, blieb ihnen noch reichlich Gelegenheit, auf die Parlamentstribüne zu steigen und auch in der Presse ihre Trommeln zu rühren. So konnte ihnen gelingen, die Oberhand zu gewinnen. Aus ihren Reihen berief der König neue Minister. Das girondistische Ministerium Roland leugnete die Tatsache, daß der Kurfürst von Trier inzwischen nachgegeben, die Auflösung der bewaffneten Emigrantenhaufen befohlen hatte. Es stellte den Koalitionsmächten des Pillnitzer Abkommens sofort ein letztes Ultimatum. Diese würdigten die zuspitzende Note keiner Antwort, rüsteten nun kräftig und berieten in Potsdam den Offensivplan ihres Feldzugs gegen Paris.

Da warf das Ministerium Ludwigs XVI. dem Feind, der geradezu herbeigewünscht wurde, den Fehdehandschuh ins Gesicht: Am 20. April 1792 erfolgte die Kriegserklärung an Österreich – begründet als »gerechte Verteidigung eines freien Volkes« gegen den »ungerechten Angriff eines Königs«. An eben diesen Landesfeind hatte Marie-Antoinette bereits am 26. März in einem Geheimschreiben die Einzelheiten der französischen Angriffsplanung verraten.

### **Problematisierender Ausblick**

Wir eilen zum Schluß der Betrachtung und fassen zusammen: Die regierende Fraktion des Bürgertums trieb Frankreich in einen Angriffskrieg, womit sie von Konflikten im Innern ablenken, Demokraten und Volk disziplinieren wollte. Überdies bot der Krieg für Großhändler, Schieber, Spekulanten willkommene Gelegenheiten, um durch Handelsmanipulationen, Heereslieferungen, sogar den vom Staat kontingentierten Lebensmittelzuteilungen ihren Schnitt zu machen. Das alles geschah selbstverständlich unter den Losungen des Patriotismus. Die Politiker konnten die Pillnitzer Deklaration und die Hilfe deutscher Feudalfürsten für die Umtriebe französischer Emigranten als feindliche Herausforderung anführen. Erst recht das spätere Manifest des Herzogs von Braunschweig und Oberkommandierenden der in Frankreich einfallenden Interventionsarmee – obwohl es sich ebenfalls in der Sprache der Aufklärung auf »Vernunft, Gerechtigkeit, Frieden« berief und nun seinerseits gegen den Anstifter eines »ungerechten Kriegs« wandte – ließ keine Zweifel offen. In Wahrheit bezweckten die Alliierten die Eroberung der Revolutionsmetropole Paris, die Wiederherstellung des absoluten Königtums.

Ob aber im Frühjahr 1792 schon jene kritische Situation erreicht war, die den Krieg zwischen der bürgerlichen Revolution und den feudalen Herrschern der Nachbarländer unaufschiebbar machte, war und ist das politisch-historische Problem. Zeitgenossen wie Robespierre und Marat sahen den jetzigen Krieg Frankreichs unter der Führung inländischer Revolutionsgewinnler und Konterrevolutionäre. Sie verneinten daher die Lauterkeit und die Zweckmäßigkeit der militärischen Offensive, befürworteten lediglich die gründliche Vorbereitung einer revolutionär-demokratischen Landesverteidigung für spätere Zeit. Im Ringen um einstweilige Friedenserhaltung brachten sie ihre zeitüberdauernden Argumente für Revolution und Volks-Demokratie, gegen Nationalismus, Militarismus und Kriegstreiberei hervor. Walter Markov, der verstorbene Nestor der ostdeutschen Revolutionsforschung, hat in einer ebenfalls kritischen Retrospektive geurteilt: »Dieser Krieg vom April war von Nachteil, nicht von Vorteil, eine Erschwerung, nicht eine Beschleunigung, eine zusätzliche Hypothek, nicht Abwurf von Ballast für die ausstehende Vollendung der Revolution, und gespickt mit Versuchungen, sie vom geraden Weg abbiegen zu lassen.«

Nun begann ein Staatenkrieg, der die Revolution – den Bürgerkrieg – bis auf den Grund aufwühlte. Weit tiefer und gewaltiger als dem französischen Bürgertum, noch weniger dem Adel, lieb war. Aus den Gefahren, die die Koalition der Feudalmächte und bald auch Großbritanniens gegen Frankreich heraufbeschwor, erwachsen die inneren Triebkräfte, die das Revolutionsgeschehen über strategische Ziele, taktische Rücksichten und egozentrische Interessen der Führungsklasse hinausdrängten: Nicht genug, daß der fürstliche Absolutismus zugunsten der konstitutionellen Monarchie hatte verzichten müssen – die konstitutionelle Monarchie mußte der bürgerlichen Republik weichen (1792), und diese Republik wiederum radikalisierte sich zur revolutionären Jakobinerdiktatur (1793).

Es ist die heroische Tragödie dieser Revolutionsgeschichte, daß gerade diejenigen den Krieg Frankreichs zum Sieg führen mußten, die seinen Ausbruch so entschieden abgelehnt hatten. Die zum Gipfel der Nation aufsteigenden Robespierre, Marat und Genossen – Revolutionäre des Bürgertums und zugleich fähig, sich mit Sansculotten und Frühproletariern, Kleinbauern und Landarmen zeitweilig zu verbünden – setzten die Aktivkraft der Massen frei. Auf Antrag der Pariser Sektionen und Klubs deklarierten sie die »Levée en masse«, das Volksaufgebot zur Landesverteidigung. Sie stampften die neuen Armeen hervor. Sie peitschten mit Hilfe volksfreundlicher Versprechungen, moralisierender Propaganda, revolutionärer Gesetze und eines sehr zweischneidigen Terrors, der Konterrevolutionäre verfolgte, aber auch Unschuldige, engagierte Revolutionäre und Oppositionsführer mordete, den Entscheidungskampf vorwärts. Die innere und äußere Konterrevolution wurde auf diese Weise geschlagen.

Auf den ersten Blick fällt somit ins Auge, wie sehr die Jakobiner das ganze Gesellschaftsleben nach den Erfordernissen des Kriegs ausrichteten. Selbst die neue, republikanische Verfassung vom 24. Juni 1793, für lange Zeit der Geschichte ein Beispiel revolutionär-demokratischer, nicht bloß bürgerlich-liberalistischer Rechtsformulierung, blieb auf Eis gelegt. Ihre Inkraftsetzung, die auch inländischen Konterrevolutionären die Freiheit und die gleichen Rechte verschafft hätte, schien für die Dauer von Revolution und Krieg nicht angeraten. – Und doch war Robespierres prinzipielles Staatsdenken auch jetzt keineswegs außen- und kriegspolitisch doktriniert. Er erstrebte die mit der Republik verbundenen Errungenschaften des Volkes, nicht zuletzt das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Als geistiger Führer und Teilhaber der Macht trieb ihn noch immer die Sorge um die »allgemeine Wohlfahrt«. Seine Erklärungen zur Verfassung spiegelten das Problem der sozialen Frage wider; sie schränkten das Grundrecht des »Eigentums« durch das »Recht auf Leben« ein. »Das Eigentumsrecht wird wie alle anderen Rechte begrenzt durch die Verpflichtung, die Rechte des anderen zu achten [...]. Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Lebensunterhalt aller ihrer Glieder zu sorgen, indem sie ihnen Arbeit gibt oder denen, die arbeitsunfähig sind, die Existenzmöglichkeit sichert.« Der Jakobiner, den die Geschichtsschreiber der Bourgeoisie mit der fühllosen Kälte, der tödlichen Exaktheit des Guillotinmessers gleichsetzen, forderte in der verfassungsmäßigen Bürgerordnung eine humane Gerechtigkeit für alle.

Damit war allerdings eine Grenzlinie erreicht, über die das Jakobinertum nicht hinausschreiten mochte. Indessen preßte die landesweite Massenverelendung den Schrei nach Brot, nach staatlicher Fixierung der Höchstpreise, nach der Todesstrafe für Spekulanten und Schieber hervor – artikuliert in sozialkritischen Flugschriften, zornigen Klubs, wütenden Volksansammlungen. Diesmal ging es nicht mehr um Bürgerrechte, ob jeder Mann wählen, ob er die Waffen des Vaterlands tragen, ob er die »Gleichheit vor dem Gesetz« genießen durfte. Diesmal wurde die besitzende und unternehmende Klasse grundsätzlich angefochten – und mit ihr das Hauptresultat der Revolution: die »Freiheit des Eigentums«, die »Freiheit des Handels«. Auch war nicht mehr Robespierre der öffentliche Ankläger. Es war eine Volksdelegation, deren Stimmführer Jacques Roux bei Gelegenheit der neuen Verfassungsdebatte am 23. Juni 1793 dreist die Parlamentstribüne erklomm, um Robespierre selbst, die jakobinische Regierung, die Gesamtheit der Konventsdeputierten in die Pflicht der Volkssouveränität zu zwingen. Es war die Sicht »von unten«, die Erfahrung des einfachen Volkes, womit die bisherige Revolution bilanziert wurde.

»Nun wird das Verfassungswerk dem Souverän zur Bestätigung übergeben. Habt ihr darin das Spekulantentum geächtet? Nein. Habt ihr die Todesstrafe für Schieber ausgesprochen? Nein. Habt ihr bestimmt, worin die Freiheit des Handels besteht? Nein. Nun, so erklären wir euch, ihr habt für das Glück des Volkes nicht genug getan.

Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können. [...] Was denn! Weil treulose Abgeordnete und die Staatsmänner die Geißel des äußeren Krieges über unser unglückliches Vaterland heraufbeschworen haben, soll uns der Reiche einen noch schlimmeren Krieg im Innern erklären? [...]

Seit vier Jahren ziehen allein die Reichen Nutzen aus der Revolution. Die Handelsaristokratie, schlimmer als die adlige und geistliche Aristokratie, hat sich ein grausames Spiel daraus gemacht, die Privatvermögen und die Schätze der Republik an sich zu reißen. [...] Bürger Volksvertreter, es ist an der Zeit, daß der Kampf auf Leben und Tod, den der Egoist der arbeitsamsten Klasse der Gesellschaft liefert, beendet wird. Erklärt euch gegen die Spekulanten und Schieber. [...] Soll das Eigentum der Gauner unverletzlicher sein als das Menschenleben?«

Wer solche Worte vor der Nationalversammlung zu sprechen wagte, vertrat die Lebensinteressen sansculottischer Kleinproduzenten, frühproletarischer Lohnarbeiter, städtischer und ländlicher Armut gegenüber einer Regierung, die trotz ihres revolutionären Charakters und ihrer sozialkritischen Einsichten in den besitzbürgerlichen Grundprinzipien der Gesellschaft gefangen blieb. Dieser Volksredner hielt ein höchst streitbares Plädoyer für die Hungernden gegen die Satten – aber auch für die Volkskontrolle gegenüber Parlamentariern, Revolutionsbürokratie und hemmungsloser Marktwirtschaft.

In der Notsituation des Kriegs nutzten die Jakobiner diese Kritik der »Linken« für restriktive Regierungsbeschlüsse gegen die Besitzklasse: Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde, Besteuerung der Reichen, Einschränkung des Erbrechts, Terror gegen Schieber, Maximum zur Preisbegrenzung für Brot und Lebensmittel – aber auch für die Löhne der Arbeitenden. Daß aber die tödliche »Sichel der Gleichheit« beständig über den Köpfen der Reichen schwingen müsse, konnte der Bürger Robespierre nicht anerkennen. Das »Reich der ewigen Gerechtigkeit«, das ihm und den Gleichgesinnten vorschwebte, akzeptierte grundsätzlich die Differenz der Vermögen, hoffte sie aber zu mildern durch das Gebot der Brüderlichkeit und die Erziehung des Staatsbürgers zur »Tugend«. Die rigide Kritik des Abbé und Volkssprechers Jacques Roux hielt das geistige Haupt der Jakobinerführer für mehr als unbequem – zumal in der akuten Krise einer Landesverteidigung, in der die Losung »Das Vaterland ist in Gefahr!« keine leere Phrase war. Robespierre hat den Volksagitator, die hinter ihm stehende Pariser Gemeinde und die Mitglieder des Klubs der Cordeliers als »Brandstifter« und »Helfershelfer der Konterrevolution« verteufelt und verfolgen lassen.

Was aber vermögen kriegsmäßige Restriktionen? Die Kritiker »von links« gingen den schweren Weg vor das Revolutionstribunal. Die bürgerliche Klasse hingegen nutzte die »Freiheit«, die ihr die Revolution grundsätzlich zugesprochen und auch jetzt überlassen hatte. Selbst der Krieg nährte das »Eigentum«. Die Spekulant bourgeoisie glich einer Hydra, der anstelle des abgeschlagenen Kopfes sogleich mehrere Köpfe nachwuchsen. Robespierres allgemein-menschliche Fiktion, daß Frankreich ein »Vorbild der Nationen«, ein »Trost der Unterdrückten«, eine »Zierde des Weltalls« sein werde, womit die »Morgenröte der Weltglückseligkeit« endlich aufdämmere, scheiterte in den realen Niederungen einer Bürgerlichkeit, in der der Bourgeois über den Citoyen triumphierte. So fand der Mahnruf grollender Massen in Robespierre selbst noch einmal ein Echo. Am 8. Thermidor, dem 26. Juli 1794, tönte Protest gegen die Revolutionsgewinnler aus des »Unbestechlichen« allerletzter Konventsrede: »Ich sehe die Welt bevölkert von Betrogenen und Gaunern; aber die Zahl der Gauner ist kleiner: Es sind die, welche man für die Verbrechen und die Leiden in der Welt bestrafen muß [...]. Es geht darum, die öffentliche Moral und die erhaltenden Freiheitsprinzipien zu retten; es geht darum, *alle edlen Vaterlandsfreunde der Unterdrückung zu entreißen.*«

Zwei Tage darauf rollten die Köpfe. Treiber und Tempomacher der Revolution, die nicht einmal wußten, daß dies nur eine bürgerlich-liberalistische Umwälzung war, die zu kapitalistischen Zuständen führte, hatten ihre Schuldigkeit getan. Zwischen den Interessen der Besitzenden und den Hoffnungen des arbeitenden, aber elenden Volkes lavierend, mußte auch Robespierre fallen, sobald die historische Aufgabe der nationalen Verteidigung erfüllt war. Auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobinerführer obsiegte Frankreichs frühe Bourgeoisie. – Friedrich Engels hat die Rolle revolutionärer Demokraten und Volksbewegungen, die sie in bürgerlichen Revolutionen zu spielen haben, von der Höhe einer späteren Epoche überschaut und interpretiert: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich [...]. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.« Das ist die Funktion, die der revolutionäre Demokratismus als Kritiker und als Revolutionsbeschleuniger gegenüber dem besitzbürgerlichen Liberalismus erfüllen muß. Sie scheint notwendig – und ist entsagungsvoll zugleich. Deshalb hat Engels hinzugefügt: »Die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den zweiten Sieg der radikaleren Partei; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.«

Eine solche Tragödie erinnert peinlich an aristotelische Dramaturgie. Auf die Exposition, die hochgestimmten Verheißungen der Menschen- und Bürgerrechte mitsamt dem kurzatmigen Triumph der konstitutionellen Mon-

archie, folgten steigende Handlung und Höhepunkt in Gestalt sich überbietender Republiken und bekämpfender Republikaner, die weitere Errungenschaften und vor allem den Sieg der Revolution hervortrieben – aber nur um den Preis einer ernüchternden Peripetie zu fallender Handlung und »Katastrophe«. Die Revolution, die man die »Große« nennt, verebte mit dem Umsturz der Thermidorianer, mit dem Zwischenspiel des großbürgerlichen Direktoriums und schließlich, im elften Jahr der Revolution, mit dem Militärputsch des vorhergesagten »ehrgeizigen Generals«.

Die neue politische Klasse diktierte inzwischen schon die Friedensschlüsse mit Preußen und Spanien in Basel (1795), mit Österreich in Campo Formio (1797) und Lunéville (1801): Sie wagte dabei den Bruch des früheren Versprechens, auf Eroberung zu verzichten, indem sie Belgien und die westrheinschen Gebiete für Frankreich annektierte. Das war der Sündenfall in die Außenpolitik der »natürlichen Grenzen«, die eine blutige Spur weiterer Aggressionen und Kriege zur Folge hatte. Trotz des Tatbestands, daß die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution gegen die Konterrevolution der Feudalmächte verfochten wurden: Frankreichs Bourgeoisie trug eine historische Schuld. Ihre Kriegserklärung vom April 1792 war der Auftakt, ihre räuberische Eroberungspolitik seit 1795 wurde zum Beweggrund eines Vierteljahrhunderts unablässig quälender Kriege.

Was also geschah mit den schönen Verheißungen, die 1789 und 1790 aus Paris gekommen, vom französischen Volk, auch von fortschrittlich denkenden Deutschen, Europäern, überseeischen Freiheitskämpfern mit Freude begrüßt worden waren? – Ratlos und verzweifelt blickte der idealische Friedrich Schiller, Dichter der »Ode an die Freude« und Ehrenbürger Frankreichs, in seinen Versen zum »Antritt des neuen Jahrhunderts« (1800) auf fragwürdige Revolutionsergebnisse:

»[...] Wo öffnet sich dem Frieden,  
Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?  
Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,  
Und das neue öffnet sich mit Mord.

[...] Zwo gewalt'ge Nationen ringen  
Um der Welt alleinigen Besitz;  
Aller Länder Freiheit zu verschlingen,  
Schwingen sie den Dreizack und den Blitz.«

Poseidons Dreizack, das Wahrzeichen der Herrschaft über die Meere, und der Blitz, die Waffe des obersten Gottes Zeus? Es waren die beiden bürgerlichen Staaten England und Frankreich, die hier mit antiken Metaphern als Verderber der »Freiheit« und »Gleichheit« bezeichnet – und zudem als Rivalen einer mörderischen Welteroberung angeklagt wurden.

## Die »häßliche« Revolution

Wer bedroht wen? (1998/2000)

Es muß nervöse Erwartung, wenn nicht sogar eine ungeheure Spannung gewesen sein, die in den Redaktionsstuben An Sankt Agatha, Nr. 12, Gemüt und Gedanken bewegte – auf dem linken Ufer des Rheins, nur sieben Wegminuten von Süden her bis zu den schwarz ragenden Domtürmen. Aber der Spannungsgrund lag im Westen und viel weiter entfernt. Der Pariser Korrespondent, der mit dem Winkelzeichen signierte, hatte seinen Bericht vor zwei Tagen mit den alarmierenden Worten begonnen: »Der Groll der Massen steigt.« Und auch die Schlagzeilen, die dem Leser eine »Übersicht« für den Inhalt der nächsten Zeitungsausgabe gewährten, enthielten unter dem Leitbegriff »Französische Republik« die erregende Anzeige: »Waffenrüstungen. – Gährungen in den Nationalwerkstätten.« Was also war los in Paris, und was geschah nur um wenig später in der Kölner Redaktion der »Neuen Rheinischen Zeitung«?

An diesem Samstag, dem 24. Juni 1848, abends zehn Uhr, lagen dort alle Korrespondenzen und Journale vor, die täglich aus den deutschen Bundesstaaten und aus Belgien, Großbritannien, Italien, Spanien eingingen – doch es fehlte jede neuere Zusendung aus der französischen Hauptstadt. Dennoch rückte der Setzer in derselben Nacht folgende Zeilen in eine Extrabeilage ein, die tags darauf erschien: »Die Briefe aus Paris vom 23. sind ausgeblieben. Ein Kurier, der hier durchgekommen, erzählt, daß bei seiner Abreise in Paris der Kampf zwischen Volk und Nationalgarde ausgebrochen und daß er in einiger Entfernung von Paris starken Kanonendonner gehört habe.«

Auch am Sonntag, dem 25. Juni, kam von der Seine kein Bericht eines Korrespondenten, und alle von dort eingehenden Zeitungen waren veraltet. Nur die belgischen Blätter enthielten verwirrende Meldungen. Die Eisenbahn von Paris nach Brüssel sei nach fünfzehn Stunden noch immer nicht eingetroffen. Der elektrische Telegraph schweige. Aus anonymer Quelle sei jedoch mitzuteilen, daß der Straßenkampf »im Namen der rothen Republik geführt« und »die rothe Fahne auf den Barrikaden aufgepflanzt« werde. Dagegen habe die Pariser Regierung eine »ungeheure Artilleriemacht« eingesetzt, was freilich nicht verhindere, daß einige Teile der Nationalgarde und der Mobilgarde, der französischen Miliztruppen, zu den Aufständischen übergegangen seien. Andere Gewährsleute würden vermelden: Die Insurrektion sei bereits vollständig unterdrückt.

Diese widersprüchlichen Nachrichten mußten dem Kölner Redakteur für Ausland und Militärfragen genügen, um einen Bericht zu schreiben, der unter der Schlagzeile »Details über den 23. Juni« veröffentlicht wurde. Schon die ersten Sätze enthielten eine nicht nur politische, sondern soziale Wesensbestim-

mung der Pariser Ereignisse. »Der Aufstand ist ein reiner Arbeiteraufstand. Der Groll der Arbeiter ist losgebrochen gegen die Regierung und die Versammlung, die ihre Hoffnungen enttäuscht, die täglich neue Maßregeln im Interesse der Bourgeoisie gegen die Arbeiter ergriffen [...]. Der entschieden proletarische Charakter der Insurrektion geht aus allen Einzel(n)heiten hervor.«

### »Republik, umgeben von sozialen Institutionen«

Was in Paris geschah, zerstörte Illusionen, die bei den Zeitgenossen weithin verbreitet waren. Erst Ende Februar 1848 hatte die proletarische Masse der Hauptstadt – im Einverständnis mit den Oppositionellen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums – das Königtum der seit 1830 allein herrschenden Finanzaristokratie gestürzt. Von der zyklischen Industrie- und Handelskrise des Vorjahrs buchstäblich auf die Straße geworfen, hatten sich die hungernden Blusenmänner in der Krise des Staats zu Straßenkämpfern verwandelt, die den anstehenden Machtwechsel zur revolutionären Konsequenz trieben. Die Monarchie sei eine aristokratische Staatsform. Sie widerspreche dem Verfassungsprinzip der »Volkssouveränität«. Mit dieser Überzeugung waren die Arbeiter auf das Hôtel de Ville, das alte Pariser Stadthaus, gezogen, wo sie die neu gebildete Bürgerregierung zur Proklamation einer neuen Ordnung zwangen: »République française! Liberté, Égalité, Fraternité!«

Es war die entschiedene Losung der Großen Revolution, mit der die republikanische Staatsform in Frankreich zum zweitenmal gegründet wurde. Angesichts der noch vorhandenen Barrikaden sprach die provisorische Regierung lauthals von »Bruderschaft aller Republikaner«. Die besitzenden Citoyens verhiessen den proletarischen Citoyens eine sozial gerechte Gestaltung des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft.

Nun schwelgten die Arbeiter in »Freiheit! Gleichheit!« und wörtlich genommener »Brüderlichkeit«. Mit dem Gewehr in der Faust als Revolutionsgewalt anerkannt, durften sie zwei ihrer Repräsentanten in die Regierung des Bürgertums entsenden. Es wurden ihnen außerdem soziale Grundrechte und sozialpolitische Institutionen eingeräumt: Erstens, das verfassungswürdige »Recht auf Arbeit« und zweitens, die »Organisation der Arbeit« – ein vieldeutiges Versprechen, das eine »Arbeiterkommission« als Wurmfortsatz des frischbackenen Ministerkabinetts und die Pariser »Nationalateliers« als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Folge hatte. Eine »Republik, umgeben von sozialen Institutionen«! Die zweifellos beste Staatsordnung der Welt! So titulierten Bourgeois-Republikaner die Resultate der anscheinend geglückten Revolution.

Die Provisorische Regierung war um gut Wetter bemüht. Sie buhlte um Anerkennung – außer bei den offen monarchistisch Gesinnten – bei allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft. Zuerst also bei Proletariern. Ihre kampfstärke Masse, zahlreich in Paris und einigen weiteren Städten, in

Frankreich allerdings nur eine Minderheit, schien einstweilen versorgt. Was aber mußte für die Schichten von Bourgeoisie und Bauernschaft geschehen, überdies für das am Rande des Bankrotts lebende, stets unruhige Kleinbürgertum? – Die offizielle Erinnerung an die ältere Republik, zumal an die Diktatur von 1793, hatte ein halbes Jahrhundert lang den Popanz des Jakobinismus, das Messer der Guillotine beschworen. Um böse Ahnungen von sich abzuwenden, dekretierten die Amtswalter der jüngeren Republik nun eilends die Abschaffung der Todesstrafe. Befreit vom Gespenst der Vergangenheit, wurden erstmals wieder allgemeine und direkte Wahlen vollzogen. Das Ergebnis fiel für die Straßenkämpfer des Februar alles andere als günstig aus. Weil die Arbeitermasse nicht ganz Paris und Paris nicht ganz Frankreich war, konstituierte sich die Nationalversammlung mit einer Majorität von Bourgeois-Republikanern, einer nicht unbedeutenden Anzahl von »republikanisch« heuchelnden Ehemaligen und nur einer kleinen Fraktion arbeiterfreundlicher Deputierter. Die Staatsvernunft von Besitzbürgern beherrschte die Tribüne, saß mehrheitlich auf den Bänken.

Während eine Exekutivkommission die Regierungsgeschäfte übernahm, sollte das Parlament den Entwurf einer neuen, republikanischen Verfassung beraten. Da aber wuchs über den frei gewählten Häuptern ein mahnender Schlagschatten empor, der ein anderes und schlechthin entscheidendes Problem anzeigte. Wohl hatte die Revolution die königliche Krone von der Staatsspitze herabgeschlagen. Doch die Republik erbt die Hinterlassenschaft der verbliebenen Monarchie: die Staatsschuld und deren zinsnehmende Gläubiger. Sie hing am Tropf der Bankokratie á la Rothschild – eben jener Finanzaristokraten, deren Interessenvertreter aus den Ministerien hinausgefegt werden sollten, die selbst aber als monopolistische Kreditoren durchaus existent blieben.

Was tun? Mit dem Anspruch der demokratischen Volksrevolution hätte eine Parlamentsmehrheit den Staatsbankrott erklären und die Notlage ausnutzen können. Sie vermochte sich loszusagen von den Schulden des Julikönigtums, von der Ausbeutung des Staats durch die Banken. Extra-Besteuerung des Reichtums und Zwangsanleihen waren schon in der Großen Revolution eine Praxis gewesen – freilich unter verhaßten Jakobinern, den unausweichlichen Zwängen der von ihnen angeführten Vaterlandsverteidigung. Auch Konfiskation von aristokratischem Großgrundbesitz, von Großkapital war denkbar. Und schließlich: Durch Gründung einer Staatsbank, unter die Kontrolle der Nation gestellt, wäre die würgende Verstrickung mit den Privatbanken wenigstens zu lockern gewesen. Aber es blieb der Umstand, daß jede Entscheidung auf eine gesamtgesellschaftliche Situation traf, in der sich die politische Krisis durch die ökonomische noch immer potenzierte. Große und unzählige kleinere Betriebe standen mit allen ihren Beschäftigten unter der drohenden Geißel des Bankrotts.

Die Nationalversammlung entschied, das Problem der Staatsfinanzen auf traditionellen Pfaden anzugehen. Den Kreditoren und Staatsaktionären wurden bereits vor dem Fälligkeitstermin die 4 bis 5prozentigen Gewinne ausgezahlt. Die Republik sollte ehrbar, also kreditwürdig erscheinen. Doch die Finanznot wurde nicht geringer davon. Die Idee des zuständigen Ministers, sich durch Verstaatlichung derzeit bedeutendster Unternehmungen, der privat betriebenen Eisenbahnen, zu sanieren, wurde im Namen der Sicherheit des »Eigenthums« entrüftet zurückgewiesen. »Sich des Eisenbahn-Eigenthums bemächtigen, hieße sich dem Kommunismus in den Rachen stürzen [...]. Heute nimmt man die Eisenbahnen, morgen wird man alles übrige Associations-eigenthum ergreifen«, räsionierte Montalembert, Führer der ultramontanen Partei. Geld aber mußte her. Gegen neue Bankkredite wurden die Staatsforsten verpfändet. Dann griff der Staat nach den Sparkassenbüchern, indem er alle Beträge über 100 Franken für nicht mehr zahlbar erklärte. Weil das Eigentum jedoch als heilig galt, wurde diese faktische Konfiskation durch die Ausgabe von Staatsschuldscheinen verharmlost, die die Sparer auf der Börse feilbieten sollten. Die regierenden Republikaner trieben nun auch das Sparvolk ins Fangnetz der Börse und Banken. Und endlich wurde der Goldesel herbeizitiert, der überhaupt allen Staatslenkern dienen muß: die erhöhte Besteuerung der breiten Volksmassen. Die Zusatzsteuer zu den gängigen vier direkten Steuern, ein Aufschlag von 45 Centimes auf jeden Franken, war für die Begüterten sicher verkraftbar. Für Hausbesitzer, kleine Gewerbetreibende und zumal die Bauern, den überwiegenden Teil der Bevölkerung, war sie eine Last und Ursache des Grolls. Februarrevolution und verschärfter Steuerdruck schienen identisch. Sogleich rührten sich Gegner der Republik. Bonapartistische Agitatoren streunten im Lande umher, lockten Blusenmänner und vornehmlich Bauern zu Protestversammlungen. Louis Bonaparte, der im Exil lebende Neffe Napoleons, müsse heimkehren: Die gegenwärtige »Bourgeoisie- und Boutiquierrepublik gewähre dem Volk noch weniger Aussichten als eine populäre Diktatur«.

Kritik und Widerkritik. Die Spannungen stiegen – und es fand sich ein Blitzableiter: die »Nationalateliers«. Allein in Paris waren mehr als hunderttausend Proletarier für 25 Sous Tagelohn mit Erdarbeiten beschäftigt. Auf Dauer unproduktive, eintönige ABM-Projekte, in denen Facharbeiter ihr Können kaum einzusetzen vermochten, aber für sich und ihre Familien eine minimale Existenzsicherung gefunden hatten. Im Sturm des Februar als Institution staatlicher Sozialpolitik zugestanden, wurden die Volkswerkstätten nunmehr von Parlamentsdeputierten beurteilt, die sich durch damalige Konzessionen und Kompromisse nicht gebunden fühlten. Zuerst wurden die Arbeitervertreter aus der Regierung entfernt. Dann wurde der Kommission für Arbeiterfragen aufgekündigt. Und bei jeder Debatte, jedem Beschluß, um die stets beanspruchten Lohnkassen der ABM aufzufüllen, bot sich Gelegenheit, die Prole-

tarier als »Staatspensionäre für Scheinarbeit« anzupöbeln, sogar für jedwede Finanznot verantwortlich zu machen. Die Stimmführer auf der Tribüne, mit Diäten von 25 Franken pro Tag reichlich versorgt, ließen die proletarischen Citoyens dank gekonnter Rhetorik zu unliebsamen Bettlern zusammenschrumpfen.

Aber die Hunderttausend in Paris waren eine ungeheure Masse. Eine zuvor nie gewesene konzentrische Macht, die ihre Brigadiers selbst wählte und das Bewußtsein trug, die wahrhafte Februarrevolution gewesen zu sein. Am 15. Mai umstellten die Arbeiter das Parlamentsgebäude, drängten in den Sitzungssaal, verlangten Garantien für »Brot und Arbeit«. Sie fügten die Forderung einer Regierungsumbildung hinzu – ließen sich aber von den Deputierten ihres Vertrauens beschwichtigen. Seitdem tagte die Nationalversammlung nur noch unter dem Schutz eines bewaffneten Aufgebots der Nationalgarde. Den landesweiten Aufschrei der Bourgeoisie intonierte das »Journal des Débats«: »Seit dem 15. Mai kann man sich nicht mehr darüber täuschen: es giebt Republik und Republik. Die *tricolore* Republik und die rothe Republik, die mögliche Republik und die unmögliche Republik, die konservative Republik und die destruktive Republik [...]«

Das war ein Gegensatz, den die Bourgeoisie bis zur Entscheidung ausfechten mochte. Die Arbeiter hatten auf den Straßen des Februar mit nur geringem Beistand der bürgerlichen Klassen gesiegt. Es mußte ihnen gezeigt werden, daß auch sie selbst auf der Straße unterliegen würden, wenn sie nicht mit, sondern gegen die Bourgeoisie kämpften. So das Kalkül, das von der Parlamentsmehrheit vor einer einverständlichen Kulisse der bürgerlichen Öffentlichkeit verfolgt wurde. Denn wie anders wäre das Folgende zu begreifen? – Verhaftung der »Rädelsführer« des 15. Mai. Versetzung der sympathisierenden Abgeordneten in den Anklagezustand. Verbot der Volksansammlungen und Freiheitsentzug bis zu 12 Jahren bei Mitführen von Waffen. Sperrung der Hauptstadt für den Zuzug von Arbeitern aus den Departements. Durchsuchung der Häuser und Registrierung aller in Paris anwesenden Proletarier. Verbot der öffentlichen Ausrufung von Arbeiterzeitungen. Trennung der bürgerlichen von den proletarischen Einheiten der Nationalgarde. Befehl an die um Paris liegenden Militärgarnisonen, sich in Einsatzbereitschaft zu versetzen.

Wie ganz nebenbei wurde solcherart Innenpolitik durch eine Parlamentsdebatte begleitet, die die Annexion Algeriens zum Staatsterritorium Frankreichs bezweckte.

### »Gährungen in den Nationalwerkstätten«

In ausgeklügelten Wellen erfolgte bei alledem der Angriff gegen die »Nationalateliers«, die augenblickliche Existenzquelle und das Kraftzentrum der Proletarier: anfangs nur die Veränderung des Arbeitsentgelts vom Zeitlohn zum Stücklohn. Dann die Abschiebung aller nicht in Paris Geborenen und erst

seit drei Monaten hier Tätigen in die Provinz. Endlich die Verordnung vom 22. Juni: Die 18 bis 25jährigen Hauptstädter, sofern sie nicht verheiratet waren, sollten zur Armee einberufen werden, was acht Jahre Dienstzeit bedeutete. – Wie immer politische Machthaber mit unaufhörlichen Offensiven die Betroffenen fassungslos machen können, so geschah es den Arbeitern durch diese Volksvertretung, die das Staatsprivileg der Gewalt eiskalt durchzusetzen gedachte. Jetzt mußte den Gutgläubigsten zur Gewißheit werden: Die Bourgeois-Republikaner wollten sich die demokratische Kontrolle seitens der Arbeiter und die Last der »sozialen Wohlfahrt« vom Halse schaffen.

Ein Arbeiter schrieb in der »Vraie République« (Wahre Republik): »Es ist jetzt gewiß. Alle Prinzipien der Februarrevolution hat man verletzt, und jetzt will man den Arbeitern den Garaus machen.« Zudem wurde berichtet: Proletarier, die in die Provinz zu den dortigen Nationalwerkstätten geschickt wurden, fanden so niedrigen Lohn, daß sie die Annahme verweigern und auf ihrem Rückmarsch den Unterhalt erbetteln mußten. In Amiens, wo die Werkstätten bereits aufgelöst wurden, zwingt man die Arbeiter, bei Privaten für 75 Centimes Tagelohn zu arbeiten – weniger als die Hälfte, sogar nur ein Drittel der vorjährigen Zahlungen.

Am 23. Juni 1848 registrierten die Listen der Pariser »Nationalateliers« etwa mehr als 105 000 Lohnarbeiter. Abordnungen derselben wurden am Morgen des Vortages auf verschiedene Löhnungsplätze beordert: Sie sollten die Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennen. Man zerstritt sich über Zeitlohn und Stücklohn, weil die einen dem »Prinzip sozialistischer Gleichheit« anhängen, die anderen sich von Stücklohn, also Akkordarbeit, eine höhere Bezahlung versprochen. In den übrigen Parlamentsbeschlüssen aber wurde die Tendenz zur Schließung der Werkstätten erkannt.

Die Brigadiers verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung an die Adresse des Deputierten Michel Goudchaux, der am 15. Juni im Parlament die Auflösung der »Nationalateliers« gefordert hatte: »Herr Bankier, Sie freilich wären hoch erfreut, wenn die für die Ateliers der französischen Nation bestimmten Schatzgelder hübsch seitwärts in die Privatkassen der Industriellen flößen, die damit ja die fälligen Commercebillets abzahlen könnten. Aber bedenken Sie, Herr, daß wir auf den Barrikaden uns das ewige Anrecht auf Arbeitssicherung von Seiten der Republik erfochten haben. Sie freilich meinen, wir könnten 6 oder 8 Franken bei Privaten verdienen, und zögen es eigensinnig vor, im Nationalatelier 25 Sous mit ›Nichtsthun‹ zu gewinnen. Seien Sie so gütig, Herr Gaudchaux, uns die Adressen der 6 und 8 Frankenarbeit zu geben. Nur ein Blinder würde läugnen, daß Sie die Nationalateliers zerstören wollen [...]. Lügen auf Lügen trägt man über uns im Publikum herum, bald sollen wir dies, bald jenes verlangen oder verweigern. Aber wir sagen Ihnen ein für alle Mal, *wir wollen nur drei Dinge: gute zweckmäßige Arbeit für alle, guten Absatz und Tagelohn, endlich gute Versorgung in Krankheit und Alter.* Sie wehklagen über das

Loos des Kaufmanns, des Zwischenhändlers; was soll aber aus uns werden? [...]« Man darf wohl sagen, daß dies eine polemische, aber keine aufwieglersche Sprache war.

Ein Zug von einigen hundert Arbeitern marschierte sodann zum Palais Luxembourg. Sie delegierten den Arbeiter Pujol zur Unterredung mit Marie de Saint-Georges, einem Mitglied der regierenden Exekutivkommission, und wählten vier weitere Sprecher als Zeugen hinzu. Weil die Bewußtseinslage der Proletarier von historischem Interesse ist, sei die Argumentationsweise des Stimmführers Pujol nach einem Zeitungsbericht wiedergegeben: »Vor der Revolution des 24. Februar waren die Arbeiter Frankreichs der Willkür und dem Egoismus der Fabrikanten preisgegeben. Um sich dieser vernichtenden Ausbeutung zu entziehen, vergossen die Arbeiter ihr Blut und stürzten die bestochene Herrschaft, die eine solche Knechtung duldete. Die Pariser Arbeiter stiegen erst von den Barrikaden herab, nachdem sie die *demokratisch-soziale Republik* proklamiert hatten, die dieser *Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende machen sollte*. Heute aber sind die Arbeiter vollständig einig darüber, daß sie durch lügnerische Versprechungen hingehalten wurden, daß die Gewalt des Säbels sie nochmals unter ein solches Knechtungssystem bringen will. Sie sind aber entschlossen, nochmals Opfer zu bringen für die Erhaltung der Freiheit. Sie verlangen vor allen Dingen, daß *Werkstätten für alle Arten der Arbeit* errichtet werden, *die den Arbeitern während der stillen Geschäftszeit zur Zuflucht dienen*. Von dem allen ist aber nichts geschehen, und wir sehen nur zu klar, wohin man uns führen will. Aber wir warnen die Regierung.« Offensichtlich sahen diese Arbeiter in den Regierenden nicht den »Klassenfeind« des Proletariats, sondern Repräsentanten des Volkes, von denen sie »betrogen« und »verraten« wurden. Sie verstanden die Erfüllung ihrer existenziellen Forderungen, sogar die Abschaffung der »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«, noch immer als die Aufgabe der 1789 begonnenen und 1848 weitergeführten Revolution.

Der Minister hingegen soll auf die Ansprache mit wachsender Gereiztheit reagiert und schließlich provokatorisch erwidert haben: »Die Arbeiter, welche sich dem Dekret nicht unterwerfen wollten, würden *durch Gewalt weggebracht werden*.« Nach einem weiteren Bericht lautete dieselbe Drohung wörtlich: »Wenn sich die Arbeiter nicht in die Provinz begeben wollen, werden wir sie mit Gewalt dazu bringen, hören Sie, mit Gewalt!«

Dieser Bescheid versetzte die draußen wartende Menge in höchste Erregung. »Wir bleiben hier! Wir bleiben hier!« tönte ein rhythmischer Sprechchor. Man zog in die Arbeiterviertel, vervielfältigte sich zu Tausenden, demonstrierte mit Enttäuschung und Zorn bis in die späten Abendstunden. Indessen ließ die Regierung am Hôtel de Ville, dem Parlamentsgebäude und an anderen strategischen Punkten der Stadt starke Einheiten der Nationalgarde und des Linienmilitärs aufmarschieren.

## Aufstandbeginn und gewagte Prognose

Wie eingangs mitgeteilt, schrieb der Kölner Redakteur aufgrund verwirrender Nachrichten einen Bericht über den folgenden Tag: »Details über den 23. Juni«. Er hatte seit Wochen beobachtet, wie sich die Februar-Republik unter dem Schleier der »Fraternité«, der verheißenen »Klassenverbrüderung«, zusehends als besitzbürgerliche Staatsordnung entpuppte. So urteilte er jetzt entschieden gegen die jüngsten Maßnahmen der Pariser Regierung und der Nationalversammlung: Sie unterwerfe die Barrikadenkämpfer des Februar wiederum gänzlich den Interessen der Bourgeoisie und provoziere den erneuten Aufstand.

Der Bericht schildert die inzwischen bekanntgewordene Ereignisfolge vom ersten Tag der Volkserhebung. Spontane Ansammlungen auf den Pariser Boulevards. Nach anfänglichen Konflikten mit der Nationalgarde, die auf eine Volksmenge schoß, ein »ziemlich zusammenhangloser« Barrikadenbau in den östlichen Stadtgebieten. Aufpflanzung von Fahnen mit den traditionell proletarischen Losungen »Brot oder Tod!« und »Arbeit oder Tod!«. Überfälle auf Wachposten und Aneignung von Gewehren. Nur wenige Einheiten der Mobil- und Nationalgarde fraternisierten oder ließen sich entwaffnen. Deren überwiegende Mehrheit aber ging, zusammen mit Militär und Artillerie, gegen die Barrikaden vor. Es gelang den Regierungstruppen, in verbissenen Feurgefechten die Empörer zurückzudrängen, ohne sie schlagen zu können. – Daher schloß der Artikel mit einem kühnen Ausblick, der seine Zuversicht aus zwei strategischen Mängeln der Regierung ableitete: »Sie hatte mit Kartätschen geschossen, und sie hatte die Emeute nicht am ersten Tage besiegt. Mit Kartätschen aber und mit einer Nacht, nicht des Sieges, sondern des bloßen Waffenstillstands, *hört die Emeute auf und fängt die Revolution an.*«

Der Schreiber dieser Zeilen war Friedrich Engels, der 27jährige Leitartikler. Sein Text, der mit dreitägiger Verspätung erschien, nährte Hoffnungen auf einen Vorgang, der die politische Lage in Frankreich, sogar Europa entscheidend verändern konnte. Doch was in Köln noch niemand wußte: Der 26. Juni war der Tag, an dem in Paris bereits einige Tausend gemordeter Proletarier in Hausruinen, auf zerbombten Barrikaden und blutigen Exekutionsplätzen lagen. In der Redaktion jedoch trafen soeben erst die französischen Originalmeldungen vom Beginn der Kämpfe ein. Sie bezeugten eine Massenerhebung mit noch nie gewesenen Charakterzügen.

Die Redaktion ließ die neuen Nachrichten, die vom 23. und 24. Juni datierten, ausführlich abdrucken. Sie beschränkte ihren Kommentar auf eine kurze Vorbemerkung, in der sie den Rücktritt der republikanischen Regierung, die Verhängung des Belagerungszustands über ganz Paris und die Einsetzung des Generals Cavaignac als Militärdiktator mitteilte. Die anfänglichen Erfolge der Arbeiter aber wurden mit offener Parteinahme, sogar mit dem Anspruch welt-

historischer Voraussage kommentiert, wobei die wichtigsten Textteile kursiv erschienen: »[...] *Paris in Blut schwimmend, die Insurrektion entwickelt zur größten Revolution, die je stattgefunden, zur Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie* – das sind unsre neuesten Nachrichten aus Paris. Den riesenhaften Umrissen dieser Junirevolution genügen nicht drei Tage wie der *Julirevolution* und der *Februarrevolution*, aber der *Sieg des Volks ist unzweifelhafter als je. Die französische Bourgeoisie hat gewagt, was nie die französischen Könige gewagt haben; sie hat ihr Loos selbst geworfen. Mit diesem zweiten Akt der französischen Revolution beginnt erst die europäische Tragödie.*«

Die Redakteure des Blattes waren ein Kreis von außergewöhnlichen Publizisten. Mitglieder des im Vorjahr gegründeten »Bundes der Kommunisten«, hatten sie sich auf der theoretischen Plattform des »Manifestes der Kommunistischen Partei« zusammengefunden, um fürs erste auf dem äußersten linken Flügel für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution zu streiten – aber die »rote Fahne« des Proletariats zu erheben, sobald die Bourgeoisie an die Macht gelangte. Sie alle wurzelten geistig in Humanismus und Rationalismus der bürgerlichen Aufklärung, waren zudem aber Zeitgenossen der industriellen Revolution. Unter dem Eindruck der frühen industriegesellschaftlichen Modernisierungen – mit der Aussicht auf baldige Möglichkeit eines materiellen Auskommens für alle, jedoch auch der Realität sozialer Spaltung in unternehmende Besitzbürger und vegetierende Arbeiter – begriffen sie die Abschaffung jeglicher Ausbeutung als das Ziel der Menschheitsgeschichte.

Aber nicht die bürgerliche Revolution, wie sie sich seit 1789 entwickelte – eine proletarische Revolution sollte das Mittel sein, um die Beziehungen der Individuen und der Völker in sozialer Gerechtigkeit und friedvoller Solidarität zu gestalten. Dieser ganz neuartigen Revolution war als Aufgabe zugehacht, das Privateigentum an den größeren Produktionsmitteln aufzuheben und statt dessen eine »Gütergemeinschaft« der arbeitenden Klassen zum Zweck gesellschaftlicher Produktion und gerechter Verteilung des Produzierten zu errichten. Eine solche Umwälzung müßte – so meinten diese sozialen Revolutionäre – als »Weltrevolution« erfolgen: Sie werde eine »in allen zivilisierten Ländern«, zumindest in England, Frankreich, den USA und sogar in Deutschland gleichzeitig stattfindende Revolution sein, die die bisherige Entwicklungsweise auch der übrigen Länder der Erde gänzlich verändere.

Dieses Zukunftserwarten war gewiß auf längere Fristen der industriellen, sozialen, politischen Reifung des Kapitalismus, des durch ihn beeinflussten Staats und der Gesellschaft, angewiesen. Weil aber die Geistkämpfer des »Kommunismus« in den Turbulenzen von 1848 nicht nur abwartende Beobachter und kühle Kritiker, sondern auch Mitstreiter und Tempomacher sein wollten, zogen sie aus ihrem welthistorischen Optimismus eine ungeduldige, auf die Gegenwart bezogene Erwartung: Die Widersprüchlichkeit und die Folgerichtigkeit der aufeinander reagierenden bürgerlichen Revolutionen und so-

zialen Empörungen vieler Länder Europas könnten vielleicht schon jetzt einen Entwicklungssprung von der bürgerlichen zur proletarischen Umwälzung ermöglichen. Die Straßenschlacht in Paris erschien ihnen daher wie ein früher Anfang vom schließlichen Ende der Herrschaft der Bourgeoisie.

Den ästhetischen Begriff des Tragischen auf die Weltbühne der Revolution übertragend, bezeichneten sie diesen Bürgerkrieg gemäß der theatralischen Konzeption des Aristoteles und Shakespeares als den »zweiten Akt« einer keineswegs fiktiven, sondern realgeschichtlichen »Tragödie«. Diese habe mit der bürgerlichen Februarrevolution in Frankreich und den nachfolgenden Revolutionen auf dem Kontinent vorerst nur ihre Exposition, den »ersten Akt«, durchlaufen. Sie werde hingegen mit der soeben ausgebrochenen Volkserhebung, die nichts weniger als eine »Revolution des Proletariats« sei, in ihre steigende und eigentliche Handlung eintreten: In einer einzigen langen und wechselvollen Revolutionsepoche werde der welthistorische Entscheidungskampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückern sicherlich mit dem Untergang der Adelsaristokratien enden – womöglich aber auch mit der Entmachtung der Aristokratie des Besitzes, der ausbeutenden und kapitalheuckenden Bourgeoisie.

### **Versäumnis des Sieges?**

Bislang waren die Pariser Korrespondentenberichte mitsamt den Reports über die Sitzungen der Nationalversammlung sehr widersprüchlich gewesen. Siegesmeldungen der Militärs und Akklamationen der Parlamentarier wurden immerfort Lügen gestraft durch die Nachricht von neu erstandenen Barrikaden und dem Zuzug proletarischer Helfer aus der nahen Provinz. Am zweiten Tag der Insurrektion, morgens zehn Uhr, das Parlament wollte soeben die Notstandsgesetze beschließen, hatte der Außenminister Bastide in den Saal gerufen: »Beeilen Sie sich mit Ihren Berathungen, Bürger! In einer Stunde befindet sich das Hôtel de Ville wahrscheinlich schon im Besitz der Insurgenten!« Auf etlichen Barrikaden wehte nunmehr die rote Fahne, erschallte der Ruf »Vive la République rouge!« – Zeugnis der Radikalisierung, die unter Gewehrsalven und Artilleriefuer mit Kartätschen und Brandraketen in Proletarierhirnen vor sich ging. Wo vorgestern noch von Arbeitervertretern über »Brot und Arbeit« mit Repräsentanten ihrer vermeintlichen Volksvertretung verhandelt, wo gestern noch die anklagende Forderung »Arbeit oder Tod!« gehißt worden war, da wehte jetzt das Rot eines entschiedenen Widerstands, das Symbol des bewaffneten Aufbruchs zu einer zornig gewünschten Alternative gegen Regierende und Geschäftemacher der Bourgeoisie. Noch am dritten Tag der Empörung lautete ein Aufruf der Insurgenten im Quartier Saint-Antoine: »Zu den Waffen! Wir wollen die demokratische und sociale Republik! Wir wollen die Souveränität des Volkes!«

Doch am selben Tag sah sich ein Berichterstatter genötigt, die ursprüngliche Gewißheit des Sieges zu relativieren: »Das Ende des Kampfes ist noch nicht

abzusehen. Der *unmittelbare Sieg* des Volks ist zweifelhaft geworden, aber noch lange nicht verloren. Siegen momentan die Bourgeois, dann wird der Klassenkampf eine andere, fürchterlichere Gestalt annehmen.« Tatsächlich wurden die kämpfenden Arbeiter allmählich in den historisch berühmten Faubourg Saint-Antoine, die Vorstadt hinter der einstigen Bastille, zurückgedrängt. Die Kölner Redakteure, die den Verlauf der Insurrektion mit zumeist dreitägiger Verspätung dokumentierten, mußten sich mehr und mehr mit der Möglichkeit eines unglücklichen Ausgangs vertraut machen.

Erst am 27. und 28. Juni verfügten sie über ausreichende Nachrichten, die die Situation in Paris überschauen ließen. Die verheerende Niederlage der Arbeiter konnte nichts anderes als eine herbe Enttäuschung bewirken. Doch die »Neue Rheinische Zeitung« war ein Tageblatt, das seine selbst gesetzte Aufgabe, vor allem in Deutschland für die revolutionäre Demokratie zu streiten, nicht vertagen konnte. Und längst tat die bürgerliche Presse ein übriges, um die Parteinahme der Redakteure für die französischen Arbeiter auch weiterhin herauszufordern.

Den Tenor der Regierungssprache und des Medienstils hatte der Maire von Paris schon am ersten Aufstandstag vorgegeben: »Die Feinde der Republik nehmen sich alle Masken, beuten alles Unglück und alle durch die Ereignisse entstandenen Schwierigkeiten aus. Fremde Agenten gesellen sich zu ihnen, wiegeln sie auf und bezahlen sie. Sie wollen nicht bloß den Bürgerkrieg unter uns entzünden: Plünderung, soziale Auflösung, Frankreichs Ruin bereiten sie [...]. Möge die Bürgerwehr, als erste Wächterin des Friedens und des Eigentums, wohl begreifen, daß es sich vorzüglich um ihre Interessen, ihren Kredit, ihre Ehre handelt. Ließe sie sich im Stich, so würde sie das gesamte Vaterland allen Zufällen überliefern, Familie und Eigentum würde sie den schrecklichsten Drangsalen preisgeben.« Mit dem Sieg der Bourgeoisie eskalierte diese politische Sprache zum Haß. »Räuber«, »Mörder«, »Kannibalen« hießen die Arbeiter – eine »verruchte Minorität«, die ihren »Krieg auf nichts Geringeres als die Zerstörung der Familie und des Eigentums, d. h. auf die Zerstörung der Gesellschaft« gerichtet habe. Angesichts dieser Verleumdungen bekannten sich die Redakteure des Kölner Revolutionsorgans freiheraus zur Rolle der sozialrevolutionären »Linken«. Sie suchten neue politische Einsichten zu gewinnen und hoben die Arbeiterfahne aus Blut und Asche der Junischlacht für künftige Kämpfe wieder empor.

Dem Leitartikler Engels fiel abermals die Aufgabe zu, das Geschehene in drei ausführlichen Tagesberichten, außerdem einer militärpolitischen Generaleinschätzung darzustellen. In ihrer Einheit von Analyse und Engagement vermittelten diese Artikel ein Charakterbild der Pariser Insurrektion. Engels reflektierte, daß die Arbeiter ohne Patriotismus, ohne nationale Illusionen gekämpft hatten. Weder »Allons enfants de la patrie«, die »Marseillaise« von 1792, noch »Mourir pour la patrie«, das Lied vom vaterländischen Heldentod

der Februarrevolutionäre, erklangen auf den Barrikaden. »Die Junirevolution ist die Revolution der Verzweiflung, und mit dem schweigenden Groll, mit der finstren Kaltblütigkeit der Verzweiflung wird sie gekämpft; die Arbeiter wissen es, daß sie einen *Kampf auf Leben und Tod* führen, und vor dem furchtbaren Ernst dieses Kampfes schweigt selbst der französische heitre Esprit.« Dieser Bürgerkrieg war etwas ganz anderes als der Bastillesturm von 1789, die Julirevolution von 1830 und die Februarrevolution von 1848 – die politischen Hauptereignisse der seit 1789 fortschreitenden »Epoche der Bourgeoisie« in Europa. Nur der römische Sklavenkrieg und die Lyoner Weberaufstände, die Empörungen besitzloser und ausgebeuteter Klassen, waren der Pariser Insurrektion vergleichbar. »Die Junirevolution ist die erste, die wirklich die ganze Gesellschaft in zwei große feindliche Heerlager spaltet, die durch Ostparis und Westparis vertreten sind. Die Einstimmigkeit der Februar-Revolution ist verschwunden, jene poetische Einstimmigkeit voll blendender Täuschungen, voll schöner Lügen [...]. Die Februarkämpfer bekämpfen heut einander selbst [...].«

Hatte Engels in seinen früheren Zeitungsnotizen die Aufständischen noch ohne Plan und Einheit vermutet, ihren Barrikadenbau als »ziemlich zusammenhanglos« beurteilt, so bot sich ihm nun ein ganz anderes Bild. Er erstaunte über Improvisationskunst, Einstimmigkeit und Heroismus der Insurgenten. Noch niemals hatten Arbeiter so unbedingt – aber auch so organisiert gekämpft. Sie hatten bei ihrer Insurrektion eine eigene Strategie entwickelt. Das konnte Engels nachlesen: in den Journalen der Bourgeoisie, die den Arbeitern nicht bloß soziale Empörung, sondern den Tatbestand des politischen »Staatsverbrechens« anlasteten und als Indiz einen Insurrektionsplan publizierten. Entworfen von Gaillard de Kersausie, einem ehemaligen Offizier und führenden Kopf der »Gesellschaft der Menschen- und Bürgerrechte«, verriet das Dokument die Absicht der Aufständischen, mit vier Kolonnen gegen das Stadthaus vorzustoßen: »Der Osten von Paris sollte erst von allen Feinden gesäubert werden, und dann wollte man auf beiden Seineufern gegen den Westen und dessen Centren, die Tuileries und die Nationalversammlung, rücken. [...] Für den Fall eines Rückzugs waren die Operationsbasen stark verschanzt und kunstgerecht in furchtbare Festungen verwandelt [...].«

Dieser Plan hatte die Insurrektion also auf die proletarischen Viertel und Vororte gestützt, die die Pariser Innenstadt im östlichen Halbkreis umgaben. Doch man hatte, so gewahrte Engels, die im Zentrum befindlichen Arbeiterviertel des Quartier du Marais, überdies die an den Markthallen und am Palais National [heute: Palais Royal] liegenden Viertel, unberücksichtigt gelassen. Der Redakteur für Militärfragen besann sich auf seine Pariser Ortskenntnisse und sein Studium der vergangenen Revolutionen: »Es war wichtig, hier einen fünften Heerd der Insurrektion anzulegen und dadurch sowohl das Stadthaus abzuschneiden wie auch eine große Truppenmasse an diesem vor-

springenden Bollwerk zu beschäftigen. Der Sieg des Aufstandes hing davon ab, daß man so bald wie möglich ins Centrum von Paris vordrang, daß man die Eroberung des Stadthauses sicher stellte. Wir können nicht wissen, in wiefern es für Kersausie unmöglich war, hier die Insurrektion zu organisieren. Es ist aber eine Thatsache, daß noch nie ein Aufstand durchgedrungen ist, der sich nicht von vorn herein dieses Centrums von Paris, das an die Tuileries stößt, zu bemächtigen wußte.« Eine zweifellos schwierige Praxis wurde an strategischen Überlegungen gemessen – und zu gering befunden.

Indes hatten die Insurgenten unter ihren Verhältnissen und nach eigenem Ermessen gehandelt. Aber sie hatten versucht, aus ihrer Lebens- und Arbeitsweise das Bestmögliche zu machen. Ohnehin wurzelte die Empörung in den proletarischen Wohnvierteln, wo von Kindheit auf ein jeder einen jeden kannte, so daß sich jetzt eine solidarische Notgemeinschaft formierte, in der Männer und Frauen, Jugendliche und Greise am Aufstand beteiligt waren. Weil außerdem ein bedeutender Teil der Blusenmänner schon als Beschäftigte der »Nationalateliers« in Arbeitskompanien eingeteilt war, übertrugen sie die industrielle Organisationsform ins Militärische. Diese Kompanien bildeten den kräftigen Kern der Aufständischen, die durch planmäßigen Barrikadenbau das Paris der arbeitenden Klassen vom Paris des Bürgertums trennten und am zweiten Aufstandstag aus vier Richtungen ins Stadtzentrum vorstießen.

Die Regierung formierte ihre militärischen Kräfte im Westen der Metropole. Sie warf die bürgerlichen Einheiten der Nationalgarde, die gut besoldeten und manipulierten Jugendlichen der Mobilgarde, die regulären Linientruppen aller Waffengattungen in den Kampf und ließ schon am ersten Tag die Hauptstraßen durch Artillerie freischießen. Am Abend desselben wurden rund tausend Tote und Verwundete auf beiden Seiten gemeldet. Die Machthaber schienen aber noch in dem Irrtum befangen, nur einen großen Krawall oder politischen Putschversuch zu unterdrücken, wobei der Sieg schon errungen sei. Sie hielten die eroberten Stadtgebiete nur nachlässig von ihren Truppen besetzt.

Die Arbeiter nutzten diese Blöße und die hereinbrechende Nacht. Abseits von den großen Boulevards vorstoßend, rückten sie in das verlorene Terrain wieder ein und gewannen neues hinzu. Am Vormittag des 24. Juni, des zweiten Tages, standen sie dreihundert Schritt weit vom traditionsreichen Stadthaus entfernt. Sie hatten es nahezu eingekreist: Das alte Hôtel de Ville, das Angriffsziel und die Hochburg aller Pariser Revolutionen, lag greifbar nahe.

Da trat die amtierende Regierung zurück. Die erschrockene Nationalversammlung ernannte Cavaignac, der sich die Epauletten als kolonialer Eroberer und Statthalter in Algerien verdient hatte, zu ihrem Militärdiktator. Dieser raffte aus Paris, aus der Umgebung, aus den weit abliegenden Städten etwa 150 000 Waffenträger zusammen, die mit schwerem Geschütz gegen 40 000 bis 50 000 notdürftig bewaffnete Proletarier losschlugen. Schon zuvor waren die Flintenschüsse der Arbeiter mit Kartätschen erwidert worden. Jetzt hagelten

Geschützkugeln, Sprenggranaten, Brandraketen. Weil aber die Arbeiter den Kanonen und den anschließenden Bajonettangriffen trotzten, drohte der Militärdiktator, ihre Stadtviertel bis auf die Grundmauern niederzubrennen. Noch niemals in der neueren Geschichte war solche Barbarei von der Regierung eines zivilisierten Landes gegen die Bevölkerung der eigenen Hauptstadt gewagt worden. Cavaignac und seine Truppen setzten modernste und zugleich roheste Kampfmittel ein. »Die Bourgeoisie erklärte die Arbeiter nicht für gewöhnliche Feinde, die man besiegt, sondern für *Feinde der Gesellschaft*, die man vernichtet. Sie verbreiteten die absurde Behauptung, es sei den von ihnen selbst mit Gewalt in den Aufstand hineingejagten Arbeitern nur um Plünderung, Brandstiftung und Mord zu thun, sie seien eine Bande Räuber, die man niederschießen müsse wie die Thiere des Waldes«, schrieb Engels als Parteigänger der Proletarier. – »Es ist ein Vernichtungskrieg!« gestand aber auch der Korrespondent der »Indépendance Belge«, obwohl dies ein Blatt des Brüsseler Bürgertums war.

Mit schmerzhafter Anspannung, wie im Fieber, sah Engels die gewaltige Dramatik der vergangenen Situation. Den an Zahl und Bewaffnung unterlegenen Insurgenten schien am Ende nur eine Alternative zu bleiben: entweder die Hinnahme ihrer Niederlage oder das Wagnis des eigenen, revolutionären Terrors. Letzteres bedeutete den radikalen Einsatz der barbarischen Waffe des Gegners, der Regierungstruppen: das Abbrennen von Paris. – Terror gegen Terror! hieß das Problem, das Engels bei der Niederschrift seiner Aufstandsberichte enervierte. Er haderte mit dem unglücklichen Schicksal der Arbeiter. Er ließ sich von seiner Phantasie sogar bis zur Vermutung eines möglichen, allerdings preisgegebenen Sieges verleiten. Wenn die Arbeiter dieselben Gewaltmittel angewendet hätten wie die Regierungstruppen mit ihrer verheerenden Artillerie: »Paris läge in Trümmern, aber sie hätten triumphiert.«

Wohl sah sich der Schreiber vor unabweislichen Tatsachen. Doch er wagte, das Geschehene mit der Fiktion einer versäumten, nicht wahrgenommenen Erfolgchance zu kommentieren: »Das Volk war wieder zu großmüthig. Hätte es auf die Brandraketen und Haubitzen mit Brennen geantwortet, es wäre am Abend Sieger gewesen. [...] Das einzige Gegenmittel, das Brennen, widerstrebt seinem noblen Gefühl. [...] Darum wich es zurück, und sein erstes Zurückweichen entschied seine Niederlage.«

In verzweifelter Gegenwehr hatten die Aufständischen um ihre Stadtviertel gekämpft, um ihre Straßen, Häuser und Barrikaden. Vier Tage lang widerstanden sie der vierfachen, schwerbewaffneten und gedrillten Übermacht – den zunehmend fanatisierten Besitzbürgern und ihrer Soldateska, die die Barrikadenkämpfer, sogar die Gefangenen, tatsächlich mit Ausrottung verfolgten. »Noch läßt sich die Zahl der Gefallenen, Verwundeten, Ersäufeten, Verbrannten, Massakrirten, kurz aller Verlorenen nicht genau bestimmen. Man schätzte sie gestern Abend auf 10 bis 11 000«, schrieb ein Pariser Korrespondent am

27. Juni. In den historischen Annalen schwanken die Verlustzahlen. Laut Regierungsangaben, die oft untertreiben, sollen über dreitausend Insurgenten im Kampf und auf den Exekutionsplätzen getötet worden sein. Aus der Fülle der Zeitungsnachrichten sei das sächsische »Wochenblatt für Borna und Lausigk« vom 5. Juli 1848 zitiert: »Keine Revolution hat so viel Blut gekostet als diese; Linie und Nationalgarde zählten über 2 000 Tote, die Insurgenten weit mehr, einzelne eroberte Straßen waren mit Toten völlig bedeckt, auf dem Bastilleplatz lagen die Leichen haufenweise, und man gibt wohl übertrieben die Toten auf 12 000 an; hin und wieder war die Schlacht in Schlächtereierausgeartet, es wurde kein Pardon mehr gegeben, sondern gemetzelt.« Etwa 25 000 Teilnehmer und Anhänger der Insurrektion gerieten in Gefangenschaft, wurden mißhandelt, abgeurteilt, verschleppt. Darunter vierhundert Deutsche, die ihre Solidarität mit Deportation zu den Galeeren und karibischen Straflagern büßen mußten.

Von den Trümmern der Niederlage blickte Engels auf die von ihm vermutete Wahrscheinlichkeit eines Sieges der Proletarier zurück: »[...] Nur ein Haar fehlte, so waren sie Sieger. Nur ein Haar und sie faßten Fuß im Centrum von Paris, sie nahmen das Stadthaus, sie setzten eine provisorische Regierung ein [...].« Er glaubte beständig, am Maßstab der früheren revolutionären Erhebungen von 1792, 1830 und 1848 urteilen zu können: Das Stadthaus hätte erobert werden müssen! Einmal in dieser politischen Traditionsstätte von Paris – es hätte sich eine revolutionäre Volksregierung gebildet. Sie hätte demokratische und soziale Deklarationen erlassen. Bataillone der Mobil- und Nationalgarde, vielleicht auch der Armee, würden wie im Juli 1830 mit der Insurrektion des Volkes fraternisiert haben.

### **Spätere Erkenntnisse**

In den Tagen, als die Kölner Redaktion vor Aufregung bebte, bewies Friedrich Engels seine enorme Arbeitskraft. Er war der Gewandteste, ihn schickten seine Kollegen am häufigsten vor. Doch das Wesen der Ereignisse, das zu meist unter den bloßen Erscheinungen versteckt liegt, wurde von einem anderen ans Licht gezogen: dem kritischen Denker, der seine Schriften oft lange wägte, sich daher von Engels den Vorwurf gefallen lassen mußte, daß er zum Journalisten nicht geboren sei. Doch wo dieser sich hinreißen ließ, eine Situation nach Hoffnungen und Wünschen zu beurteilen, da bewahrte den anderen eine größere Ruhe und Urteilskraft vor übereilten Schlüssen. Diesen Überblick, um in einem drängenden historischen Augenblick auf den entscheidenden Punkt loszugehen und damit das Richtige zu treffen, vermißte Engels bei sich selbst. In ruhigen Zeiten, sagte er später, sei es wohl vorgekommen, daß die Ereignisse auch ihm einmal gegenüber dem Freund recht gegeben hätten. Aber »in revolutionären Momenten« sei dessen »Urteil fast unanfechtbar« gewesen.

Es war Karl Marx, der erst am 29. Juni 1848, drei Tage nach dem Ende der Kämpfe, das Revolutionsblatt mit eigenem Leitartikel repräsentierte. Der Redacteur-en-chef zog Bilanz aus den verwickelten und schmerzlichen Erfahrungen der jüngsten, erbittertsten Klassenschlacht. Auch er hatte in Gedanken mit den Arbeitern gekämpft und gelitten – auch er schrieb nun kein Klage lied. Was er seinen Lesern in einer Sprache sagte, die kunstreich zu nennen ist, war das leidenschaftliche, zugleich sorgsam gefeilte Denkresultat eines Intellektuellen von hohem Anspruch. Er wollte und konnte mit geistvollen Literaten konkurrieren, war allerdings für Arbeiterleser keineswegs leicht verständlich. »Die Pariser Arbeiter sind *erdriickt* worden von der Übermacht, sie sind ihr nicht *erlegen*. Sie sind *geschlagen*, aber ihre Gegner sind *besiegt*.« Das war eine Dialektik, die aus der verheerenden Niederlage einen Gewinn, aus dem Erfolg der Sieger deren Pyrrhussieg ausfiltern sollte – wenngleich dahingestellt bleibt, ob sie den Tatsachen gänzlich gerecht wurde. Aber der Punkt, den Marx' Gedanken umkreisten, enthielt eine Erkenntnis, die in der Tat entscheidend war: »Der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt ist erkauft mit der Vernichtung aller Täuschungen und Einbildungen der Februar-Revolution, mit der Auflösung der ganzen alt-republikanischen Partei, mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter.«

Marx entlarvte die »Fraternité« – das schönfärbende Schlagwort aller bürgerlichen Revolutionen Frankreichs – als eine »Brüderlichkeit«, bei der eine Klasse die andere ausbeutete, sogar ihrer sozialen Lebensrechte beraubte. Er bezeichnete den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit als ihren wahren, prosaischen Gehalt. Vor dieser grundlegenden Tatsache beurteilte er die Verschiedenheit der Ereignisse des Februar und des Juni im Jahr 1848: »Die *Februarrevolution* war die *schöne* Revolution, die Revolution der allgemeinen Sympathie, weil die Gegensätze, die in ihr gegen das Königthum eklatirten, *unentwickelt*, einträchtig neben einander schlummerten, weil der sociale Kampf, der ihren Hintergrund bildete, nur eine luftige Existenz gewonnen hatte, die Existenz der Phrase, des Worts. Die *Junirevolution* ist die *häßliche* Revolution, die abstoßende Revolution, weil an die Stelle der Phrase die Sache getreten ist [...].« Ästhetische Kategorien ironisch auf die Politik anwendend, verhöhnte Marx die Werturteile der besitzenden Klassen. Er riß der »Republik, umgeben von socialen Institutionen«, der besten Staatsordnung der Welt, den Schleier herab: Der Arbeiteraufstand war »häßlich« nach den Interessen und dem Verstand der Bourgeoisie. Er hatte den Vorrang des »Eigenthums«, die Herrschaft des Grund- und Kapitalbesitzes angegriffen. »*Ordnung!*« donnerten seine Kartätschen, als sie den Leib des Proletariats zerrissen. Keine der zahllosen Revolutionen der französischen Bourgeoisie seit 1789 war ein Attentat auf die Ordnung, denn sie ließ die Herrschaft der Klasse, sie ließ die Sklaverei der Arbeiter, sie ließ die *bürgerliche Ordnung* bestehen, sooft auch die politische

Form dieser Herrschaft und dieser Sklaverei wechselte. Der Juni hat diese Ordnung angetastet. Wehe über den Juni!«

Die Korrespondentenberichte der europäischen Journale kündeten vom Taumel der französischen Besitzklassen. Fünfzigtausend Nationalgardisten des Departements Seine paradierten am 28. Juni vor Cavaignac und den Deputierten der Nationalversammlung. Diese selbst proklamierte am gleichen Tag, unter Beifallsrufen der Majorität, die Niederschlagung des Aufstands als den Sieg der Nation, gar der Menschheit. »Die Anarchie ist besiegt. [...] Familie, gesellschaftliche Einrichtungen, Freiheit, Vaterland, Alles sollte von diesen neuen Barbaren zerstört werden. Die Civilisation des 19. Jahrhunderts war mit Untergang bedroht. Doch nein; die Civilisation soll nicht untergehen! Die Republik, Werk Gottes, lebendiges Gesetz der Menschheit, wird nicht untergehen! Wir schwören es beim gesammten Frankreich, das mit Entsetzen jene wilden Lehren zurückstößt (Bravo!), laut welchen die Familie nur ein leerer Name und das Eigenthum nur Diebstahl. (Bravo, bravo!) [...] Sagt uns der erhabene Aufschwung, der so viele Tausende bewaffneter Bürger in die Hauptstadt trieb, um für sie zu kämpfen, nicht klar genug, daß das größte aller Verbrechen darin besteht, sich gegen die aus dem allgemeinen und direkten Stimmrecht hervorgegangene Volkssouveränität zu empören? (Ja, ja!) Und beweisen die Dekrete der Nationalversammlung nicht klar genug, daß es in unserer Republik keine Klassen, keine Privilegien mehr gibt, daß die Arbeiter unsere Brüder sind, daß ihr Interesse für uns das heiligste ist, und daß wir nach Herstellung der Ordnung und Erfüllung strenger Gerechtigkeit bereit sind, unsere Arme und Herzen allen Denen zu öffnen, die da unter uns leiden? [...].«

Diese Repräsentanten, stetigen Hüter der »Familie« und des »Eigenthums«: machten sie ihrem Namen und Auftrag nicht alle Ehre? Sie feierten den Militärdiktator als den »Befreier des Vaterlands« und kürten ihn zum Ministerpräsidenten der gottgewollten Republik. In den Gazetten ist der Jubel nachzulesen: »Wir sind gerettet! Jetzt sind wir wirklich gerettet!« Die Wertbegriffe des nationalen Gemeinwohls, wozu die »Nationalateliers«, der soziale Auftrag der Arbeitsbeschaffung, nicht mehr gehörten, wurden nur noch für die bürgerliche »Familie«, das bürgerliche »Eigenthum« in Anspruch genommen: »Gebe der Himmel, daß wir mit den Strömen vergossenen Blutes den Frieden und die Ordnung erkaufte haben [...].« Mit Blut »erkaufen« war Handelssprache, die hier den Geist der Politik deutete. Bei allen Beteuerungen der Brüderlichkeit und des Mitleids: Noch immer floß Proletarierblut in die Erde Luteτίας. »Die Hinrichtungen en masse«, denunzierte ein Korrespondent am 29. Juni, »sind richtig in Flor; in jeder Nacht erschießt die Linie und Mobile auf dem Marsfeld 50-100 Gefangene. Die Leichname werden theils an Ort und Stelle vergraben, theils auf die Kirchhöfe in große Gruben bei nächtlicher Weile spedirt. Die Zeitungsschreiber, welche über dieses sprechen würden, sitzen fest, und so kommt es, daß kein Wörtchen davon gelesen wird.«

Gegen die Demagogie des Triumphes schrieb Marx den Arbeitern das Hohelied der revolutionären Demokratie: »Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Aerzten verlassen, von den Honnetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder in noch gränzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebenden über die See deportirt – ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das *Vorrecht*, das ist das *Recht der demokratischen Presse*.« Die »Neue Rheinische Zeitung« war das erste Presseorgan Europas, das dieses Recht zugleich als eine Pflicht des proletarischen Internationalismus erfüllte. Sie büßte ihre Parteinahme mit dem Verlust von Aktionären, mit dem protestierenden Ausstieg bürgerlicher Teilhaber. Damit das Blatt für die Revolution erhalten blieb, mußte der Redacteur-en-chef sein Vermögen opfern.

Eine Zeitlang noch hofften Marx und Engels auf einen erneuten Ausbruch des »Pariser Vulkans«, eine dadurch erfolgende Wiederbelebung der Revolutionen Europas. Doch die Erwartung einer universellen, in Permanenz sich ausweitenden Welle von Empörungen und Umwälzungen, die zur proletarischen »Weltrevolution« führen könnten, erfüllte sich nicht. Nach zwei Jahren der Desillusionierung und der nüchternen Gesellschaftsanalyse erinnerte Marx an die Empörer des Juni 1848: Sie mußten verhungern oder losschlagen – also antworteten sie den Provokationen ihrer Regierung »mit der ungeheuren Insurrektion, worin die erste große Schlacht geliefert wurde zwischen den beiden Klassen, welche die moderne Gesellschaft spalten«. Noch immer von weltpolitischen Erwartungen erfüllt, glaubte Marx: Weil jetzt der »Bourgeois-terrorismus«, die »Bourgeoisdiktatur« allseits sichtbar geworden, mußten sich Kleinbürgertum und Bauernklasse »mehr und mehr an das Proletariat anschließen«. Eine neue Revolution der arbeitenden Klassen in Frankreich werde kommen, und sie werde gezwungen sein, sogar über die Staatsgrenzen hinauszuwirken, um »das *europäische Terrain zu erobern*, auf dem allein die soziale Revolution des 19. Jahrhunderts« sich vollziehen könne. Jedoch im Juni 1848 habe das Pariser Proletariat keinesfalls siegen können. »Weder sein unmittelbares eingeständenes Bedürfnis trieb es dahin, den Sturz der Bourgeoisie gewaltsam erkämpfen zu wollen, noch war es dieser Aufgabe gewachsen. [...] Erst seine Niederlage überzeugte es von der Wahrheit, daß die geringste Verbesserung seiner Lage eine *Utopie* bleibt *innerhalb* der bürgerlichen Republik, eine Utopie, die zum Verbrechen wird, sobald sie sich verwirklichen will.« Obwohl dieses Urteil fragwürdig schien, sobald Sozialpolitik zum gesetzlichen Bestand von Staatspolitik wurde – unter dem Gewicht der schlimmen Erfahrungen von 1848 war eine andere Aussage im emanzipatorischen Interesse der Arbeiter kaum möglich.

Was aber im Rückblick dauerhaft richtig begriffen werden konnte: Die Juni-Insurrektion war Höhepunkt und Peripetie des gesamten Revolutionsgeschehens von 1848/49 gewesen. Die bürgerliche Besitzklasse in Deutschland und

anderen Ländern hatte in den Pariser Aufständischen ihre proletarischen Widersacher erkannt. Sie erschrak vor der Drohung einer neuartigen Revolution, die gegen sie selbst von eben jener Klasse ausgefochten würde, durch deren Arbeit und Ausbeutung sie existierte. Daher flüchtete sie sich wieder in die Arme der alten, noch herrschenden Aristokratie, deren Macht dank der bewaffneten Fäuste des Volkes erst im Frühjahr erschüttert worden war.

Beinahe ein halbes Jahrhundert später hat Engels in historischer Retrospektive seinen und seines Freundes schwierigen Erfahrungsweg durch die Revolutionszeit von 1848 beurteilt. Er verteidigte die prinzipielle Wahrheit der Marxschen Theorie und überdies die Richtigkeit des kämpferischen Einsatzes damaliger »Kommunisten« für die Hervorbringung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland. Jedoch er kritisierte ihre verfrühte Erwartung einer proletarischen Revolution: »Die Geschichte hat [...] uns unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als eine Illusion enthüllt.« Sie habe bewiesen, daß die kapitalistische Produktionsweise sich noch lange auf einer »sehr ausdehnungsfähigen Grundlage« entwickelte, so daß die Insurrektion der Pariser Arbeiter nicht siegen, die von ihm selbst verkündigte »Revolution des Proletariats« nicht stattfinden konnte.

Die Geschichte sei sogar noch weiter gegangen, indem sie »die Bedingungen total umgewälzt«, unter denen die Arbeiterklasse kämpfen müsse: »Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab«, sei schlechthin »veraltet«. Jetzt gelte es, neben der tagtäglichen Interessenvertretung auch Wahlrecht und Parlament – die Institutionen des konstitutionellen Liberalismus, des jeweiligen Verfassungsstaats – zu nutzen, um für die Emanzipation aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu streiten.

Der alte, durchaus ungebrochene Revolutionär wollte die Legalität, die gesetzlich erlaubte Sammlungs- und Oppositionstätigkeit der Arbeiterbewegungen, nicht für alle Zeiten und Zustände verabsolutieren. »Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige wirklich ›historische Recht‹, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen [...].« Aber gerade die Wahlagitation sei ein »Mittel, wie es kein zweites gibt«, um »mit den Volksmassen [...] in Berührung zu kommen« und »alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten und Handlungen unseren Angriffen gegenüber vor allem Volk zu verteidigen«. Das Wahlrecht verschaffe den Arbeitervertretern sogar im Parlament »eine Tribüne«, auf der sie mit »Autorität und Freiheit« zu ihren Gegnern und zu den Massen sprechen könnten.

Im März 1895, nur fünf Monate vor Engels' Tod, war diese selbstkritische Retrospektive und die darin liegende Erkenntnis ein Text von vermächtnishafter Bedeutung. Allerdings im ganzen 20. Jahrhundert umstritten: von Sozialdemokraten und Kommunisten, Sozial-Reformern und Sozial-Revolutionären der sozialistischen Bewegungen. Seine Gültigkeit widersteht gleich-

wohl bis heute einer jeden einseitigen Auslegung: »Die Zeit der Überraschungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen, ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit [...].«

Das dürfte wohl auch für die Gegenwart ein angemessener Schluß dieser Abhandlung sein. Doch nach allem, was im 19. und 20. Jahrhundert an Gewalt gegen Mensch und Natur, an Bürger- und Staatenkriegen geschehen ist, kann am Ende ebenso eine Frage stehen: Wer bedroht wen? – Wer war und ist der stetige Provokateur, der soziale Existenzweisen einschränkt, Menschenleben vernichtet, den Bestand der Menschheit aufs Spiel setzt – und also eine immer erneuerte Alternative zugunsten der Menschenrechte und des Friedens herausfordert?

## Unsterbliche Utopie

»Wir haben erst den Anfang gesehen.« (1995)

Immer schon war Paris eine Reise wert. Deutsche Emigranten, Wanderarbeiter und Bildungstouristen, die an die Ufer der Seine kamen, erlebten sogar kurz nach den Bürgerkriegen von 1848 eine Weltmetropole. Ein Gewimmel von Menschen, Kutschen und Pferdeomnibussen, von bunten Läden, Restaurants und Theatern, während hoch über den pulsierenden Boulevards, dem Meer von Dächern, Schornsteinen und Turmspitzen sich noch immer die Windmühlen des Montmartre drehten. Nur in den altstädtischen Proletariervierteln, wo im Juni des Revolutionsjahres die furchtbarste Straßenschlacht tobte, standen düstere Ruinen, stürzten Mauern, häuften sich Steine und Schutt. Spitzhacke und Brechstange schleiften Häuser und Gassen des »roten Pöbels«, die Festungen des bis dahin größten Arbeiteraufstands, um dort Freiraum und Sicherheit für wohlsituierte Bürgerquartiere mit breiten, schnurgeraden Straßen zu schaffen. In den Vierteln der Reichen aber blickte aus den Schaufenstern das maskenhafte Gesicht mit den steifgewichsten Schnurrbartspitzen: Louis Napoléon, Enkel des großen Bonaparte, der nach erneuten Unruhen zum Präsidenten der zweiten Republik Frankreichs gekürt worden war.

Wer nun dieses Paris hinter sich ließ und in der Rue d'Amsterdam Nr. 50 die Stiege hinaufging, gelangte in ein kleines, ärmliches Zimmer mit Hinterhofenster. Dort lag ein deutscher Emigrant mit gelähmten Beinen und Gesichtsnerven, fast blind, bis zum Skelett abgezehrt – seinen Tod erwartend. In der Enge und Not seines Daseins sprach er mit Worten, die sein eigenes Schicksal ausdrückten und zudem genau den ewig quälenden Nerv der Streiter für Menschenrechte, Völkersolidarität, Weltbürgertum trafen:

»Verlor'ner Posten in dem Freiheitskriege,  
Hielt ich seit dreißig Jahren treulich aus.  
Ich kämpfte ohne Hoffnung, daß ich siege,  
Ich wußte, nie komm' ich gesund nach Haus.  
[...]  
Ein Posten ist vacant! – Die Wunden klaffen –  
Der eine fällt, die andern rücken nach –  
Doch fall' ich unbesiegt, und meine Waffen  
Sind nicht gebrochen – Nur mein Herze brach.«

### Vom Elend des Utopisten

Gar manchen Besucher, der Heinrich Heine von früher her kennt, packt das Entsetzen, so daß er nicht wiederkehrt. Vertrauten und Freunden, die ihren Schreck überwinden, gesteht der Kranke zuweilen, er lebe jetzt nur noch in

seiner Vergangenheit, über die er schreiben und dichten möchte, daß aber Schmerzen und noch schlimmere Anfälle seine Vorsätze meist zunichte machen. Er spricht von finsternen Nächten, in denen ihn Selbstmordgedanken beschleichen, und daß nur die Achtung vor der alten Mutter in Hamburg, auch die Sorge um Frau Mathilde, die nicht sonderlich Lebenstüchtige, ihm Kraft bis zum letzten gebe. Was er mit Selbstironie als sein »Geflenne« bezeichnet, ist keineswegs bloß Ichbezogenheit in der Krankheit. Vielmehr empfindet er im eigenen Unglück das arge Schicksal noch anderer Gestalten der deutschen Literatur. »Denken Sie«, sagt er mit gepreßter Stimme zu Alfred Meißner, »an Günther, Bürger, Kleist, an Hölderlin und den unglücklichen Lenau! – Es liegt doch ein Fluch auf den deutschen Dichtern!«

Selbst in seiner Not aber bleibt Heine ein Spötter, der sich über sein Leiden erhebt. Er halte sich für ein »Versuchstier«, pflegt er zu sagen, an welchem Gott seine physiologischen Experimente mache. In Wirklichkeit ist er das Objekt seiner Ärzte, die alte und neue Heilkünste an ihm erproben: Sie reichen Strychnin als Mittel gegen die Lähmung, filtern Opium und Morphinum durch eine offengehaltene Halswunde, pressen glühende Dochte auf seinen Rücken, reizen die Lendenwirbel mit erhitzten Eisen. Das alles natürlich gegen Honorar – wodurch sich auch an Heine erweist, wie viel kostspieliger das Sterben eines Kranken als das Leben eines Gesunden ist.

Seine materielle Lage ist nun, da er kaum Neues produzieren kann, dürftig. Geld spenden nur die Hamburger Verwandten, die durch eine letztwillige Verfügung des Onkels und Bankiers Salomon Heine in der Pflicht stehen. Verleger Campe dagegen hat seinem Erfolgsautor jahrelang nichts gezahlt – und die Pension, die das Außenministerium des Julikönigtums ihm zusammen mit anderen Schriftstellern und Künstlern, Gelehrten und Politikern zukommen ließ, ist von der republikanischen Februar-Regierung gestrichen worden. Heine weiß, wie sehr die Veröffentlichung der Pensionsliste und damit seines Namens die Franzosenfresser jenseits des Rheins, aber auch die diesseitigen Republikaner und Kritiker der verflossenen Monarchie gegen ihn aufgebracht hat. Doch über mancherlei Erdschwere scheint er tatsächlich hinaus zu sein: Nicht König Louis-Philippe, sein Regime im engeren Sinne, habe damals gezahlt. Die Pension, meint er gelassen, sei das »große Almosen« gewesen, welches das französische Volk an viele Tausende von Fremden spendete, die sich »durch ihren Eifer für die Sache der Revolution in ihrer Heimat kompromittiert« hatten.

Färbt Heine hier schön? Ist die Pension vielleicht doch ein Maulkorb gewesen, der kritische Stimmen still machen sollte und also auch Heine, den Parteigänger der Juli-Revolution von 1830, bald aber unbequemen Beurteiler des »Juste-milieu«, zum Schweigen gebracht hat? – Doch andererseits: Darf man deutschen Eiferern glauben, die jetzt unter dem Schutz aller Staatsbehörden in Heine einen »Zyniker«, »Wüstling« und »Juden« verhöhnen, der endlich ins

verdiente Siechbett gefallen und überhaupt ein vom Ausland besoldeter »Vaterlandsverräter« sei?

Heine ist politischer Charakter genug, um sein Eigenes wiederum mit der mißlichen Situation in Deutschland und Europa zu verbinden. »In demselben Maße wie die Revolution Rückschritte macht, macht meine Krankheit die ernstlichsten Fortschritte[...]. Gestern Abend glaubte ich definitiv zu sterben«, schreibt er am 28. Januar 1852 an Campe. Zwei Wochen später – die Häupter der demokratischen Opposition, darunter Victor Hugo, werden nun auch in Frankreich verfolgt und ausgewiesen – lautet der Brieftext an Kolb, den Chefredakteur der Augsburger »Allgemeinen Zeitung«: »Die schönen Ideale von politischer Sittlichkeit, Gesetzlichkeit, Bürgertugend, Freyheit und Gleichheit, die rosigen Morgenträume des achtzehnten Jahrhunderts, für die unsere Väter so heldenmüthig in den Tod gegangen, und die wir ihnen nicht minder martyrhumssüchtig nachträumten – da liegen sie nun zu unseren Füßen, zertrümmert, zerschlagen, wie die Scherben [...].«

Das ist Klage des Dichters, der sich 1830, vor gut zwei Jahrzehnten noch, einen »Sohn der Revoluzion« genannt hat. »Ganz Freude und Gesang, ganz Schwert und Flamme« hat er sein wollen – Sänger und Streiter für die »Lehre der Freyheit und Gleichheit«, die »Offenbarung der Vernunft«, die er auf der Siegesbahn allgemein-menschlicher Emanzipation und volksverbundener Demokratie fortzuschreiten glaubte. Seine Verse und Prosazeilen – »gefeyte Waffen« für ebendieses große Ziel: »Worte gleich flammenden Sternen, die aus der Höhe herabschießen und die Paläste verbrennen und die Hütten erleuchten!« Jetzt aber, nach den Niederlagen der demokratischen Revolutionäre und der elenden Proletarier, nach dem Verbot aller Opposition und der Arbeitervereine in Deutschland, gar Frankreich, spiegelt die Not der Matratzengruft mit Überschärfe den Verlust der Hoffnungen wider – die Verfinsterung einer Utopie, die sich bis 1848 noch immer an die menschheitliche und weltbürgerliche Verheißung »Liberté! Égalité! Fraternité!« knüpfte.

Schon wenige Monate nach dem Pariser Bürgerkrieg, in dem das Frankreich der Eigentümer jenes andere Frankreich der für Lohn Arbeitenden und Arbeitslosen niederkartätschte, hat Heine auf die befremdliche Kluft zwischen Worten und Wirklichkeit gewiesen: auf die Wesensverschiedenheit zwischen deklarierter »Volkssouveränität« und herrschender Bourgeoisie. Mit blanker Ironie blickt er auf die Gewinner der Februar-Revolution, die Überwinder der Juni-Insurgenten, die Nutznießer der zweiten Republik. Er rügt den Mangel an bewußten, von Gesinnungen der »Freiheit« und »Gleichheit« erfüllten Republikanern. »Die Republik ist nichts weiter als ein Namenswechsel, ein revolutionärer Titel. Wie könnte sich diese korrupte weibische Gesellschaft so schnell verwandeln? Geld machen, Ämter erhaschen, vierspännig fahren, eine Theaterloge besitzen, aus einem Vergnügen ins andere jagen war bisher ihr Ideal. Wo hätten diese Menschen ihren Vorrat von bürgerlichen Tugenden bis-

her so sorgfältig versteckt? Paris, glauben Sie mir, ist gut napoleonistisch – ich meine, hier herrscht der Napoleond'or.« Das goldene 20-Franken-Stück als Sinnbild einer bürgerlichen Gesellschaft – ohne die Staatsbürgertugenden des Citoyen! Angesichts solcher Voraussetzung hat der Daniederliegende seinem Besucher den spöttischen Rat gegeben: »Verzichten Sie auf die Republik, denn es gibt keine Republikaner!«

### **Wofür noch leben?**

»Verflucht langsam« sterbe er, heißt es an Kolb, aber er fühle den »täglichen Grabesfortschritt«. So vergehen die Tage, die noch böseren Nächte. Heine glaubt, wie die meisten Ärzte, daß sein physisches Leiden die Spätfolge einer syphilitischen Ansteckung sei. Doch während sein Leib verfällt, arbeitet sein Hirn hellwach und präzise, so daß spätere Mediziner auch eine endogene, die Körpermotorik lähmende Lateralsklerose diagnostizieren. Eine andere Version nennt Tuberkulose als ursächlich für Heines lebenszeitliche Krankheitsgeschichte. Denkt man aber hinzu, daß der Dichter seit je ein geistig hart Arbeitender gewesen ist, der nur Leuten von beschränktem Geschäftsverstand als ein müßiger Schöngeist und Weltenbummler erscheinen könnte, so mag erklärlich sein, was unter den obwaltenden Umständen gleichwohl eine Überraschung ist. »[...] In meinem Geiste formirt sich ein Buch«, schreibt er am 7. Juni 1852 an seinen Verleger, »welches Blüthe und Frucht, die ganze Ausbeute meiner Forschungen während einem Vierteljahrhundert in Paris sein wird, und wo nicht als Geschichtsbuch, doch gewiß als eine Chrestomathie guter publicistischer Prosa, sich in der deutschen Literatur erhalten wird.«

Seit dem Vorjahr schon hat er Kolb um die Rückgabe seiner Manuskripte gebeten, die 1840 bis 1843 für die Augsburger »Allgemeine Zeitung« geschrieben, dort aber unter den Zwängen der Zensur oft verstümmelt oder gänzlich unterdrückt wurden. Weil Kolb säumig ist, die Texte zum Teil auch nicht findet, recherchiert Richard Reinhardt, Heines Sekretär, in den Zeitschriftenbänden der Bibliothèque Royal. Tatsächlich ist Heine selbst bereits bei der Arbeit.

Was aber heißt hier »Arbeit«? Was bedeutet für ihn »Schreiben«? Es wäre wohl schon genug, gegen die immerwährenden Rückenmarkschmerzen seine Denkfähigkeit zu konzentrieren. Doch wenn er sehen, seine alten Manuskripte lesen will, muß er das gelähmte Augenlid mit dem Finger hochschieben, und die Sehkraft reicht dann auch nur für kurze, großgeschriebene Texte. Er muß sich vorlesen lassen. Seine Hand aber verweigert die Schreibfunktionen. Er muß diktieren. So prüft und korrigiert er seine Texte kaum mehr sehend, schafft er gleichsam mit einem inneren Auge und dem Gehör. Dabei stört ihn der alltägliche Lärm von draußen, das Stimmengewirr, das Hämmern und Pochen. Meißner, der ihn in dieser Zeit besucht, hört das entnervende Geklimper mehrerer Pianistinnen, die von früh bis spät »schreckliche Modemusik« einstudieren, während doch der um Sammlung ringende Poet seine eigenen, von

Schubert, Mendelssohn, Robert Schumann komponierten Lieder, die in deutschen Konzertsälen und Bürgerstuben erklingen, niemals selbst zu hören bekommt. Trotz alledem – die Arbeit an den alten Manuskripten schreitet voran.

Dann aber ist Campe der Mann, der seinen Autor alles andere als beflügelt. Er, der anfangs zur Eile anspornte, feilscht um das Honorar, verweigert den Autorenvertrag, sucht Ausflüchte und nennt den herandrohenden Krimkrieg ein literaturmarktliches Hemmnis. Heine, der für Geld arbeiten muß, fürchtet um seine materielle Schreibmotivation, schränkt dennoch seinen Honorarvorschlag ein und drängt die in Hamburg unterhandelnden Brüder zur Nachgiebigkeit: »Nur gleich abgeschlossen. [...] Ich bin zu krank, um mit Campe Krieg führen zu können. [...] Meine Krankheit macht täglich mehr Kosten, und ich spare nichts.« Seine Frau Mathilde, der Haushalt, die Ärzte, die Pflegerin, der Sekretär – alle erhalten Heines labile Lebens- und Arbeitsfähigkeit, alle benötigen aber auch Geld. Mit dem, was er hat, beteiligt er sich zusehends an Finanzspekulationen. Er beauftragt den in Paris tätigen Bankier Julius Homberg mit dem Kauf und Verkauf von Wertpapieren, Obligationen für Grundstücke, vor allem Eisenbahnaktien für die Linien Paris – Straßburg und Paris – Rouen. Mal verliert er sein Geld, mal gewinnt er hinzu. Unter allen diesen Umständen jedoch weiß Heine im Herbst 1852, daß die Herstellung seines für Oktober versprochenen Buchmanuskripts dauern wird, er also seinen Lebensatem verlängern muß.

Erst im Januar 1854 bietet Campe seine »Versöhnung« an, was soviel wie Vertragsabschluß bedeutet. Heine hat kleinere Arbeiten mit Erfolg in der »Revue des Deux Mondes« publiziert, die jetzt von deutschen Blättern nachgedruckt werden, und in Brüssel, Amsterdam, Philadelphia erscheinen ohne sein Zutun die früheren großen Schriften als Raubdruck. Verleger und Autor einigen sich endlich. Der Kranke rafft wiederum seine Kräfte zusammen. Anfang Oktober desselben Jahres erscheint dann in Hamburg eine dreibändige Ausgabe »Vermischter Schriften«: Heines memoirenhafte »Geständnisse« im ersten Band, im zweiten und dritten hingegen »Berichte über Politik, Kunst und Volksleben« unter dem Haupttitel »Lutezia« – nach dem lateinischen Ortsnamen Lutetia Parisiorum.

Ein Zeitalter wird besichtigt! So könnte das Ganze, vergleichend mit dem späteren Werk Heinrich Manns, wohl auch genannt werden. Indem sich der Blick des Literaten auf Frankreich, nebenbei auf England richtet, erstet ein Bild von bürgerlicher Gesellschaft und von Staatsverhältnissen, die in Westeuropa jüngste Vergangenheit und frühe »Moderne« sind – jedoch morgen schon eine Gegenwart auch in Deutschland sein werden. Grund genug, denkt der Verfasser, diese Texte, in denen »nicht bloß amüsiert, sondern auch gelehrt« wird, als einen »geistigen Schatz« für erwählte Leser, besondere Adressaten, geschrieben zu haben: »für die Erwecker des politischen Lebens in Deutschland«.

Was aber bestimmt nun die historische Rückschau, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts für Gegenwart und Zukunft gut sein möge? – Als Heine nach einem passenden Untertitel der »Lutezia« noch suchte, hat er an Berichte aus der »Glanzperiode des parlamentarischen Regiments« gedacht. Er wollte das Wort »konstitutionelle Monarchie«, den abstrakt staatsrechtlichen Leitbegriff des Liberalismus, vermeiden und mit ironisch-genauer Sicht auf das Frankreich der vierziger Jahre ausdrücken, daß zwischen dem König und dem Parlament ein Zweikampf bestand, wobei die Abgeordneten danach trachteten, die faktische Macht an sich zu reißen. Die beiden Rivalen der Staatsgewalt hätten sich aber derart geschwächt, daß sie 1848 »fast gleichzeitig zu Boden« fielen, also dem »glorreichen Lumpengesindel der Februartage« keinen Heldenmut abnötigten, um das Julikönigtum zu stürzen. Diese konzeptionelle Idee bezeugt, wie sehr der Verfasser seine Berichte auf die Revolution bezogen hat, die selbst freilich nicht Gegenstand der Darstellung ist. »Ich habe nicht das Gewitter, sondern die Wetterwolken beschrieben, die [...] schauerlich düster heranzogen«, sagt er im einleitenden Text, dem »Zueignungsbrief« an den Fürsten Pückler-Muskau.

Doch es sind Heines aktuelle Erfahrungen der Revolution und der Nachrevolutionszeit, die jetzt die Reprise bestimmen. Darunter eine inzwischen ganz neue Tatsache: das jähe Ende der zweiten Republik Frankreichs. Während der Dichter im ewigen Krankenverlies seine Texte lange prüfte und feilte, gelang draußen der Staatsstreich des Louis Bonaparte. Dessen Krönung zum Kaiser Napoléon III. (Dezember 1852) hat die Erbmonarchie wiederhergestellt. Die vertiefte Einsicht also, daß der Staat auf neuaristokratische Weise und die bürgerliche Gesellschaft keineswegs gemäß den Verheißungen von 1789 gestaltet sind, prägt Heines Erinnerungen auch an Staat und Gesellschaft der Julimonarchie. Er hat die alten Papiere, soweit sie verfügbar, stark überarbeitet und vieles neu geschrieben. Eine »Hundearbeit« sei es gewesen, auch des »Hinzuschmiedens von etwa acht bis zehn Bogen«, damit das Werk »artistisch vollendet und mit den Zeitfragen im Einklang« erscheine.

### »Das Geld ist der Gott unserer Zeit«

Die geprüften und aktualisierten »Lutezia«-Berichte beginnen mit dem 25. Februar 1840. Sie reflektieren sogleich die einstigen Staatsverhältnisse, die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Monarch und Parlament. Der fettleibige Bürgerkönig Louis-Philippe, von dem wir wissen, daß ihn Daumier als »la poire«, die »Birne«, karikiert hat, läßt unter dem »lächelnden Fleisch« seine geheimen Machtwünsche nicht erkennen, ist stets auf der Hut, keinen unliebsamen Vergleich mit seinen Ahnherren, den altaristokratischen Bourbonen, aufkommen zu lassen. Die Nationalversammlung dagegen ist der »angreifende Teil«, der beispielsweise das verfassungsmäßige Recht des Königs, seine Minister zu ernennen, im Namen der liberalistischen »Freiheit« usur-

piert hat. Diese Rivalität in der konstitutionellen Monarchie Frankreichs ist geeignet, gar manchen Zeitgenossen nur auf die vordergründig bewegte Staatsbühne blicken und dabei vergessen zu lassen, daß die beiden Kontrahenten eine neue Aristokratie repräsentieren, nach deren Grundmotiv sie gar nicht verschieden sind. »[...] Sie wollen«, schreibt Heine, »wahrlich keine Republik, diese edlen Geldritter, diese Barone der Industrie, diese Auserwählten des Reichthums, diese Enthusiasten des ruhigen Besizes [...].«

Daß es die materiellen Interessen der reichen Bourgeoisie, insbesondere der Finanzaristokraten sind, die Frankreichs Staatswesen und Politik beherrschen, offenbaren die »Lutezia«-Texte von Anfang bis Ende. Dabei setzt Heine die Ironie als ein Stilmittel der Distanzierung ein. Bei Gelegenheit der Wahlen zum französischen Parlament von 1842 lautet der bis heute aktuell gebliebene Kommentar: »In einem Lande, wo die Eitelkeit so viele eifrige Jünger zählt, wird die Zeit der Deputirtenwahl immer eine sehr bewegte sein. Da die Deputazion aber nicht bloß die Eigenliebe kitzelt, sondern auch zu den fettesten Aemtern und zu den einträglichsten Einflüssen führt; da hier also nicht bloß der Ehrgeitz, sondern auch die Habsucht ins Spiel kommt; da es sich hier auch um jene materiellen Interessen handelt, denen unser Zeitalter so inbrünstig huldigt: so ist die Deputirtenwahl ein wahrer Wettlauf, ein Pferderennen [...]. Manches edle Roß, dem der feurigste Schlachtmuth aus den Nüstern schnaubt und Vernunft aus den Augen blitzt, muß hier einem magern Klepper nachstehen, der aber zu Triumphen auf dieser Bahn ganz besonders abgerichtet worden. [...] Nur die dressirte Mittelmäßigkeit erreicht das Ziel.«

Wahlen zur Nationalrepräsentation und Parlamentsstreitigkeiten sind Ausdrucksformen des liberalistischen Konstitutionalismus, sie stehen immerhin für modernen Staat auf der breiteren Grundlage bürgerlicher Gesellschaft. Was in Frankreich, länger schon in England, eine politische Wirklichkeit und somit kritisch zu beurteilen ist, bleibt für Deutschland vor und nach 1848 noch immer ein Ziel verfassungspolitischer und nationaler Bestrebungen. Das Thema ist also wesentlich.

Doch nicht der Konstitutionalismus gilt für Heine als Inbegriff seines Zeitalters. Es ist vielmehr ein technisch-zivilisatorisches Phänomen, das er mit dem weltgeschichtlichen Rang der Entdeckung Amerikas, der Erfindung des Schießpulvers und der Kunst des Buchdrucks gleichsetzt: »Die Eisenbahnen sind wieder ein solches providenciellles Ereigniß, das der Menschheit einen neuen Umschwung giebt, das die Farbe und Gestalt des Lebens verändert; es beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte, und unsre Generazion darf sich rühmen, daß sie dabey gewesen.«

Goethes Wort vom »Dabeigewesensein« in der Stunde weltgeschichtlicher Neugeburt, angeblich ausgesprochen auf dem Schlachtfeld von Valmy (1792), wird hier aufgegriffen, um die epochale Bedeutung der Eisenbahnen zu bestimmen. Das aber ist nicht bloß enthusiastisch gemeint. Während die große

Menge betäubt die qualmenden und lärmenden Lokomotiven, das Äußere der neuen Bewegungsmächte, anstarrt, erfasse den Denker ein »unheimliches Grauen«, wie man es immer empfinde, wenn das Ungeheuerste in seinen Folgen unberechenbar sei. »Welche Veränderungen müssen jetzt eintreten in unsrer Anschauungsweise und in unsern Vorstellungen! Sogar die Elementar-begriffe von Zeit und Raum sind schwankend geworden.« Die menschliche Existenz werde »fortgerissen«, ja »fortgeschleudert«, in neuartige Verhältnisse – was sowohl verlockend als auch beängstigend sei. Tatsächlich verkörpern die frühen Lokomotiven und Dampfschiffe, die mit zyklischer Kraft wirkenden Vehikel der Industriellen Revolution, jene Schwelle der Menschheitsgeschichte, von welcher der zivilisatorische Sprung über den ganzen Erdball erfolgt ist: nicht viel später sogar der Höhenflug in Atmosphäre und Kosmos – mit allen Triumphen, Wagnissen, Bedrohungen der Menschheit. Heine, der diese Folgen nicht wissen kann, erkennt aber die historische Schwelle und hegt skeptische Ahnungen.

Zum Umsturz von Raum und Zeit, der traditionellen Maße des Seins und der Bewegung, kommt noch ein anderes: Der Mann, der sich selbst ein Leben lang als ein Streiter für »Freiheit« und »Gleichheit« auffaßt, beobachtet die materielle Aneignung des Eisenbahnwesens in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Finanzaristokratie, die die »Liberté« ihrer Geldgeschäfte in Frankreich aus den siegreichen bürgerlichen Revolutionen herleitet, aber der politisch-sozialen »Égalité« durchaus widerstrebt, bildet Aktiengesellschaften, um die für den Bahnbau benötigten Kapitalien einzutreiben. Die Kapitalakkumulation erfolgt in den Händen derer, die in den Aufsichtsräten, den »Comités de surveillance«, den Ton angeben – und denen bald nicht mehr nur das Schicksal des Eisenbahnwesens gehorchen wird. »[...] Das Ruder, das ihren Händen einst anheimfällt oder zum Theil schon anheimgefallen, [...] es ist das Staatsruder, dessen sich die herrschende Geldaristokratie täglich mehr und mehr bemächtigt. Jene Leute werden bald nicht sowohl das comité de surveillance der Eisenbahn-Société, sondern auch das comité de surveillance unserer ganzen bürgerlichen Gesellschaft bilden [...].«

Der Gemeinplatz, daß Geld die Welt regiert, verdichtet sich hier zur Bezeichnung einer Allmacht von Kapitalisten, die sich mit der Gesellschaft auch den Staat unterwerfen. Das öffentliche Denken und Verhalten werde ohnehin schon von ihnen influenziert – ganz anders als im rückständigen Deutschland. Gewahrt nämlich Heine in seinen von der Zensur verstümmelten Artikeln der »Allgemeinen Zeitung« noch immer die Faust fürstlicher Polizeistaatlichkeit, so offenbart sich die Herrschaft über den Geist in Paris allein als die Macht des Geldes. Das gilt zumal für die Zeitungen, die vielbeschworene »vierte Gewalt« neben Montesquieus Dreieit der bürgerlich-liberalen Gewaltenteilung. Die französische Tagespresse sei Ausfluß einer »Oligarchie«, keiner »Demokratie«. »Es sind gewöhnlich Capitalisten oder sonstige Industrielle, die das Geld herschießen zur Stiftung eines Journals [...].« Sie bestimmen die Richtung des

Blattes, wobei auch schon die dirigistische Einflußnahme politischer Parteien ihren Schatten vorauswirft: »[...] Angewiesen auf die Ausbeutung der vorhandenen Parteien oder des Ministeriums, gerathen die Journale in eine beschränkende Abhängigkeit, und was noch schlimmer ist, in eine Exklusivität, eine Ausschließlichkeit bei allen Mittheilungen, wogegen die Hemmnisse der deutschen Censur nur wie heitere Rosenketten erscheinen dürfen.« Denn sobald einer Ideen vertreten wolle, die nicht banale Parteifragen, sondern die »Sache der Menschheit« beträfen, gebe die Redaktion mit ironischer Höflichkeit ihren Bescheid: »Cela n'entre pas l'idée de notre journal.« – Das also passe nicht zur Idee der Zeitung. Eine Verhöhnung »genialer Denker und Weltbürger«! lautet Heines Kommentar. Obwohl die liberalistische Verfassung einem jeden Staatsbürger das Recht zubilligt, seine Gedanken durch Druck zu verbreiten, existiert tatsächlich keine Pressefreiheit.

Das Geldverhältnis von Geist und Macht bedrückt insbesondere den freischaffenden Künstler. Noch aus der Generation Goethes konnten etliche Dichter und Gelehrte, Bildhauer und Architekten, Komponisten und Musiker, sofern sie keine Rebellen und überhaupt als Kunstschaffende und Wissenschaftler anerkannt waren, unter die Fittiche fürstlichen Mäzenatentums gelangen – keine Idylle, aber eine Möglichkeit des Ansehens und Auskommens. Die Künstler der bürgerlichen »Moderne« hingegen sind ausschließlich Produzenten in der arbeitsteiligen Warenwelt. Viele empfinden ihre materielle Abhängigkeit vom Kunst- und Literaturmarkt als ihrer Schöpfung wesensfremd, sogar als kunstfeindlich und nur selten existenzsichernd. Ist es doch nicht Kunstsinne, sondern unternehmerisches Kalkül, pures Geschäftsgebaren, was die Gesellschaft der freien Konkurrenz beseelt und bewegt. Heines Berichte über Literatur und Theater, Malerei und Musik illustrieren beständig den Wesenszug, den er an Gegenständen der Politik ohnehin ausstellt: »[...] Das Geld ist der Gott unserer Zeit.«

Als er bei Goethes hohem Alter ein baldiges »Ende der klassischen Kunstperiode« begrüßte, hat der noch junge Dichter eine neue Zeit »der Begeisterung und der That« angekündigt, die auch eine neue Kunst gebäre, welche in »begeistertem Einklang« mit ihrer gesellschaftlichen Gegenwart sein werde. Was der Gealterte und Erfahrene nunmehr bilanziert, ist nicht die wahrhaftige Erneuerung, sondern die Kommerzialisierung von Kunst: ihre Fesselung an den Markt, ihre Unterwerfung unter den Geschmack eines kaum sachverständigen Publikums – ist Kunstverfall infolge effekthaschender Anpassung und reklamehafter Manipulation. »Kramladen«, »Butikenthum«, »Spießbürgerlichkeit« lauten jetzt Heines Bezeichnungen für den neuen Epochengeist und viele seiner Ausflüsse im Kunstbetrieb.

Aus wenig Geld mehr Geld zu machen, ist eine »Kunst«, die berufene Schöpfer wirklich großer Kunstleistungen selten beherrschen und die auch dem Geistkämpfer Heine verschlossen bleibt – trotz seiner Bemühungen an

der Börse. Charakteristisch ist sein Verhältnis zur mächtigsten Bankdynastie Europas. An James Rothschild schreibt er im Brustton des selbstsicheren Geldmannes, der sich an einer Anleihe von »fünfhundert Millionen so hoch als möglich« beteiligen will: »Da ich aus Erfahrung Ihre große Capazität und auch Ihr großes Glück in allen Bankoperationen kenne, so übertrage ich Ihnen meine Interessen mit vollem Vertrauen, und zweifle nicht, daß sie dieses Geschäft zu meiner Zufriedenheit ausführen.« Das soll ein Witz sein. Der jüdische Dichter in seiner Matratzengruft, der den jüdischen Bankier in seinem Finanzpalast um eine günstige Beteiligung anschnorrt, mimt den jovialen Auftraggeber – eine Maske, hinter der er sein Elend nicht lange verstecken mag. »In allem Ernste aber, Herr Baron [...]. Ich bin krank wie ein Hund, arbeite wie ein Pferd und bin arm wie eine Kirchenmaus.« Dabei muß Heine sogar den Unmut Rothschilds fürchten, weil er gerade ihn im Buch »Lutezia« als die Personifikation der Kapitalmacht über Regierungsgeschäfte und Eisenbahnen, Zeitungswesen und Amüsiergewerbe, Wissenschaften und Künste spöttisch glorifiziert. In einer Epoche des Finanzkapitals, in der es keinen Platz mehr für antikes Heldentum und Heroen gebe, seien Leute wie Rothschild die »Helden des Tages«. Sie würden ihre Rolle ebenso gut spielen wie jener längst verstorbene Römer, dessen Grabinschrift Heine zitiert: »Hier ruht Straberius – er war anfangs gar nichts, er hinterließ jedoch 300 Millionen Sestertien, er hat sich sein Lebtage nicht mit Philosophie abgegeben; folge seinem Beispiel, und du wirst dich wohlbefinden.«

Dennoch bedarf diese Gesellschaft von Zeit zu Zeit eines Helden in Uniform. Zumal in Zeiten von Arbeiterunruhen, bei denen die jeweils amtierende »politische Klasse« der Eigentümer einige Mühe hat, ihren Klassenauftrag der »Ordnung und Sicherheit« zu erfüllen. Der Verfasser der »Lutezia« plazierte dieses Problem in seinen Bericht vom 20. Mai 1840, wo er zunächst die Nachricht vermittelt, daß der Leichnam Napoleons I. von seiner Verbannunginsel Sankt Helena nach Paris überführt und unter der goldenen Kuppel des Invalidendoms bestattet werde. Daran knüpft er eine Bemerkung, die 1840 nur eine Prognose war, sich aber unter dem Gewicht der Tatsachen von 1852 als ganz und gar richtig erwiesen hat: »[...] Leichter wäre es in Frankreich ein Bonapartistenregiment als eine Republik wieder zu begründen. Die Franzosen, aller republikanischen Eigenschaften baar, sind ihrer Natur nach ganz bonapartistisch.«

Ist dies eine Wiederholung der bekannten Kritik, wonach es in Frankreich »keine Republikaner« gibt? Oder läßt Heine hier Vorsicht walten, indem er eine offene Konfrontation mit dem nun wieder herrschenden Kaisertum meidet und zu dessen Gunsten behauptet, daß zwischen dem Bonapartismus und dem französischen Nationalcharakter eine Affinität bestehe? Denn sicher ist: Er hat an diesem Punkt seinen Urtext von 1840 frisiert. Dort nämlich besagt die scharf formulierte und genau adressierte Voraussage: »[...] Daß es leichter ist, in Frankreich ein Bonapartistenregiment zu stiften; gegen ersteres würde

weder die Bourgeoisie noch die Armee so großen Widerstand leisten, wie gegen die Republik. Der Bourgeoisie liegt nur an einem sichern Schutzvogt des Eigenthums. Und gar die Armee – in dem Schrei vive l'Empereur! liegen so viele funkelnde Epaulette, so viele Herzogsuniformen, so viele Contributionen, kurz der glänzendste Köder der Raubsucht und Eitelkeit.«

Die Funktion sämtlicher Diktaturen, die auf der vom Kapital dominierten bürgerlichen Gesellschaft erwachsen und das Leben in der »Moderne« fortan von Mal zu Mal tödlich gefährden werden, ist durch Heine bereits 1840 enthüllt! In seiner neuen und letzten Fassung wählt er freilich den gemäßigten, die Provokation verschleiern den Text. Dabei ist schwer zu sagen, ob ihm nachrevolutionäre Enttäuschung oder Rücksicht auf die drückenden Presseordnungen des Bonapartismus die Feder führt.

Taktische Verhüllung und Zweideutigkeit sind allerdings bei Heine fast immer Methode einer subversiven Schreibweise, die hinter den besitzbürgerlichen Gesellschaftszuständen die Drohung einer neuen Revolution aufscheinen läßt. »Hier in Frankreich herrscht gegenwärtig die größte Ruhe. Ein abgematteter, schläfriger, gähnender Friede. Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Capitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich wie sie wachsen, die Reichthümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armuth. Manchmal auch klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird.«

### **»Die Revolution ist noch eine und dieselbe«**

Wie denn, so fragt dieser Zeitgenosse, der »Freiheit« und »Gleichheit« noch immer nicht verwirklicht sieht, aber seinen Tod vor Augen hat – wie wird es weitergehen? Nachdem nun die Deklarationen des Liberalismus in Gesellschaftlichkeit umgesetzt, die freie Mobilität des Kapitals und die verfassungsmäßige Repräsentanz der Besitzenden verwirklicht sind: Ist jetzt die Geschichte zu Ende? – Oder zeigt sich noch irgendwo eine Alternative, von Kräften getragen, die den Traum sozialer Gerechtigkeit, die egalitären Illusionen oder Utopien der einstigen Großen Revolution bewahren, vielleicht gar realisieren wollen?

Als der Dichter vor gut zwei Jahrzehnten ins Exil nach Frankreich kam, mochte er die gesellschaftspolitischen Resultate der Revolutionen von 1789 und 1830 nicht für die wirkliche Erfüllung der »Liberté! Égalité! Fraternité!« halten. Er fragte und suchte beständig nach einer Alternative. In der sozialistischen Schule der Saint-Simonisten schärfte er sein Verständnis für die Industrielle Revolution und die soziale Frage, relativierte er zugleich die Idee der französischen Spätjakobiner und des deutschen Demokraten Ludwig Börne, wonach die Erschaffung einer Republik das Allheilmittel gegen die politischen und sozialen Mißstände sei. An das sozialkritische Schlagwort von der »Ex-

«ploitation de l'homme par l'homme» knüpfte er die Ansicht, daß dem Hungerdasein der Paupers und der Proletarier nicht durch eine weitere Revolution, nicht durch die radikale Erfüllung des Prinzips der »Volkssouveränität« beizukommen sei. Seitdem nämlich, so hat er argumentiert, »durch die Fortschritte der Industrie und der Oeconomie es möglich geworden, die Menschen aus ihrem Elende herauszuziehen«, könnten soziale Reformen in der bürgerlichen Gesellschaft Besseres leisten als jede revolutionäre Aufwiegelung gegen die Monarchie und für die republikanische Staatsform.

Doch in den »Lutezia«-Briefen zeigt sich nunmehr ein Autor, der auf den Saint-Simonismus keineswegs festgelegt ist. Die frühe Überzeugung, daß der Begriff »Aristokratie« hinfort nicht mehr den Geburtsadel bezeichne, sondern »alle diejenigen, [...] die auf Kosten des Volkes leben«, hat ihn seit 1840 eine andere Alternative wahrnehmen lassen. Ebendiese nennt er jetzt abermals, trotz der staatspolizeilichen Zwänge des bonapartistischen Kaisertums: die »neuen Doktrinen der socialen Revolution!«

Noch inmitten der Manuskriptbearbeitung heißt es in einem Brief an Campe: »Der Held meines Buches, der wahre Held desselben ist die sociale Bewegung.« Blättern in seinen alten Papieren, hat er gefunden, daß schon zu Anfang seiner Augsburger Artikel, kaum, daß über König, Minister und Parlament berichtet worden, auch von deren Antagonisten die Rede war. Ein l'homme des lettres, der er nun einmal ist, erinnert er sich, im Faubourg Saint-Marceau danach gefragt zu haben, was Arbeiter lesen. Und er zählt Schriften auf, die »wie nach Blut rochen«: neue Ausgaben der Reden Robespierres, der Pamphlete Marats, obendrein die von Buonarrotti überlieferte Lehre und Verschwörung des Kommunisten Gracchus Babeuf. Er berichtet von Liedern, die »in der Hölle gedichtet« zu sein schienen: »[...] In jenen ungeheuern Werkstätten, wo Metalle verarbeitet werden, und die halbnackten, trotzigen Gestalten während des Singens mit dem großen eisernen Hammer den Tact schlagen auf dem dröhnenden Amboß. [...] Nichts als Leidenschaft und Flamme!«

Der ewig provozierende Bürgerschreck hält sich bei seinem Rückblick von 1854 zugute, daß er die »Ungethüme, denen die Zukunft gehört«, nicht – wie damals üblich – durch ein »Verkleinerungsglas« gesehen hat. Dem Schlamm der Gesellschaft entstiegen, seien sie den »furchtbarsten Krokodilen« vergleichbar gewesen. Im Tagesbericht von 1841, den er jetzt ebenfalls ins Buch übernimmt, heißen diese »Ungethüme« freilich ganz anders: »die jüngsten und verzweiflungsvollsten, verwahrlosten und enterbten Kinder der Revolution«. Heine sieht in ihnen nichts Geringeres als die neuen Träger der 1789 begonnenen Umwälzung, die wahrhaft Bedürftigen sozial gerechter »Freiheit« und »Gleichheit«. Ein wiederum deutliches Indiz, daß seine Revolutionserwartung durch die liberalistisch verfaßte und regulierte Gesellschaft nicht befriedigt ist. »Nein, die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen [...].« In der Gewißheit, daß historische Wandlungen nur

langfristig erfolgen und ihm selbst der Tod nahe ist, fügt er hinzu: »Viele von uns werden die Mitte nicht überleben!«

Wenn in der Weihnachtszeit hinter den Schaufenstern die Luxuswaren zum Kauf verlockten, hat Heine früher noch mit gesunden Beinen die Straßen und die gläsernen Passagen Lutetias durchstreift und in Gesichter geschaut, die zu den glänzenden Gegenständen einen »unheimlichen Kontrast« bilden. Diese Menschen könnten einmal, so denkt er, mit geballten Fäusten dreinschlagen und »all das bunte, klirrende Spielzeug der vornehmen Welt« zertrümmern. Aus dieser Besorgnis ist ihm die Überzeugung gewachsen: »[...] daß früh oder spät die ganze Bürgerkomödie in Frankreich mit sammt ihren parlamentarischen Heldenspielern und Comparsen ein ausgezischt schreckliches Ende nimmt und ein Nachspiel aufgeführt wird, welches das Communistenregiment heißt!« Die Redaktion der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« hat damals an dieser Stelle einen mäßigenden Zusatz gemacht, den Heine bei seiner jetzigen Durchsicht sogar übernimmt. Vielleicht geschieht es unter dem Eindruck der blutig niedergeschlagenen Juni-Insurrektion, wenn nunmehr auch Heines eigene Formulierung besagt: Dieses »Nachspiel« könne nicht lange dauern. Aber, setzt er hinzu, es werde die »Gemüter erschüttern und reinigen«, also im Sinne der alten Griechen eine »echte Tragödie« sein.

Datiert auf den 11. Dezember 1841, ist dies die Textstelle, wo zwischen den Umsturzideen der kommunistischen Sozialrevolutionäre und den Reformideen der sozialistischen Saint-Simonisten und Fourieristen unterschieden wird. Es sind die Überzeugungen des hingerichteten Gracchus Babeuf und des immerfort eingesperrten Auguste Blanqui, an die der Berichterstatter anknüpft: » Die Propaganda des Communismus besitzt eine Sprache, die jedes Volk versteht: die Elemente dieser Universalsprache sind so einfach, wie der Hunger, wie der Neid, wie der Tod. Das lernt sich so leicht!« Seitdem ziehen sich Arbeiterfrage und französischer Kommunismus beständig durch Heines Texte: »Solche Hindeutungen sind vielleicht wichtiger als alle Mittheilungen über Wahlumtriebe, Parteyhader und Cabinettsintriguen.«

Auch die französischen Kommunisten erklären sich für eine Republik. Doch Heine erkennt, daß deren Bestreben ein ganz anderes Ziel verfolgt als die liberalistische Opposition, selbst als die kleinbürgerlich-demokratischen Republikaner und Nachfahren des Jakobinertums von 1793. Vor einer Republik von der »früheren Sorte«, selbst vor ein »bißchen Robespierismus« habe die Bourgeoisie keine große Furcht – solange nur die bestehenden Eigentumsrechte geachtet und geschützt bleiben. Die gesamte Bourgeoisie aber hege eine »instinctmäßige« Angst vor demokratischen Umsturzversuchen, weil sie ahne, »daß die Republik heutzutage nicht mehr die Principien der neunziger Jahre vertreten möchte, sondern nur die Form wäre, worin sich eine neue, unerhörte Proletarierherrschaft mit allen Glaubenssätzen der Gütergemeinschaft geltend« mache.

Doch nicht soziale Revolutionäre, nicht »Communisten« würden in Zukunft den befürchteten Umsturz heraufbeschwören. Die Bourgeoisie selbst werde durch ihren Nationalismus und die von ihr geschürten Staatenkonflikte eine neue Revolution verursachen. Es ist ein ungeheurer Weitblick, mit dem der nahezu Blinde auf seinem Krankenbett seinen früheren Text prüft und abermals formuliert: Zwischen Deutschland und Frankreich, den »beiden edelsten Völkern der Civilisation«, werde ein »gräßlicher Zerstörungskrieg« ausbrechen – der allerdings nur der »erste Act« eines noch größeren historischen »Spectakelstücks« sei. »Der zweite Act ist die europäische, die Welt-Revolution, der große Zweykampf der Besitzlosen mit der Aristokratie des Besitzes, und da wird weder von Nazionalität noch von Religion die Rede seyn: nur Ein Vaterland wird es geben, nemlich die Erde, und nur Einen Glauben, nemlich das Glück auf Erden.« In der damaligen Ausgabe der »Allgemeinen Zeitung« findet sich anstelle des Begriffs »Welt-Revolution« das minder bedeutungsschwere Wort »Welterschütterung« – wie denn überhaupt dieser Bericht vom 12. Juli 1842 nur nach einschneidenden Zensurquerelen und Korrekturen erschienen ist. Jetzt aber, ein Jahrzehnt später, spricht der Verfasser abermals von »Welt-Revolution« – was nun ein unmißverständlicher Terminus jener sozialrevolutionären Strömung ist, der ausgerechnet sein Sekretär Reinhardt als Mitglied angehört: des »Bundes der Kommunisten«. Grüße von Dr. Karl Marx aus Köln und London, Briefe von Georg Weerth aus Hamburg sind ihm wiederholt zugegangen. Eine nahe Bekanntschaft, die allerdings Heines Urteilsweise keineswegs eine Fessel anlegt. Heißt doch der weitere Text über die kommunistische Zukunftsgesellschaft: »Es wird vielleicht alsdann nur Einen Hirten und Eine Heerde geben, ein freyer Hirt mit einem eisernen Hirtenstabe und eine gleichgeschorene, gleichblökende Menschenheerde!«

Obwohl Heine für reale »Égalité« und für »Fraternité« streitet, obwohl er ihre Verweigerung durch die Bourgeoisie als einen Mangel an »Liberté« in der bürgerlichen Gesellschaft anprangert – seine geniale Individualität, sein Denken und Künstlertum, widersetzt sich einer jeden Art von Gleichmacherei, von Indienststellung und Disziplinierung. Seit seinem Bruch mit dem Republikaner Börne und dessen plebejischen Gesinnungsfreunden ist er im höchsten Grade allergisch gegen die Zumutung, nur eine politische Funktion zu erfüllen, Literatur und Künste vor den Karren einer »Partei« zu spannen. Auch den Saint-Simonisten hat er sich entfremdet, sobald sie von seiner Kunst propagandistische Dienste für ihre Zukunftsvisionen verlangten. Kein Wunder, wenn er nun nivellierenden Gleichheitskonzepten französischer Kommunisten eine Absage erteilt. Aber – es bleibt zu ergründen, ob sich in Heines beißender Ironie die Souveränität des Künstlers verteidigt oder ob sich hier eine ganz und gar wesenverschiedene Auffassung der sozialen Frage manifestiert.

Wann immer Heine über den Zusammenhang von Arbeiterleben und Kommunismus geschrieben, hat die Augsburger Zensur nach Schere und schwarzer

Farbe gegriffen. In seiner Matratzengruft stellt der literarisch Gemaßregelte nun auch jenen damals verstümmelten Text wieder her, den er am 17. September 1842 über England verfaßt hat. Gilt das Inselreich als die Wiege der Industriel- len Revolution, so ist von dort auch die zyklische Wirtschaftskrise gekommen, die den Warenabsatz drosselt, die Produktion senkt, die Lage der arbeitenden Klassen verschärft. »Es giebt in der ganzen Schöpfung kein so hartherziges Geschöpf wie ein Krämer, dessen Handel ins Stocken gerathen, dem seine Kunden abtrünnig werden und dessen Waarenlager keinen Absatz mehr findet.« Vor allem an England erkennt dieser Kritiker, wie sehr »merkantilsche Interessen« die Innen- und Außenpolitik beherrschen. Und die soziale Bewegung, die er in Frankreich teils legal findet, teils aber im Untergrund aufspüren muß, zeigt sich jenseits des Ärmelkanals in einem noch anderen Licht.

Es ist der Nationale Chartisten-Verband, der eine britische Wahlrechts- und Parlamentsreform propagiert und 1842 für eine diesbezügliche Petition nicht weniger als 3 315 000 Unterschriften gesammelt hat. Wohl hält Heine eine rein politische Reform zur Lösung der sozialen Frage für zweifelhaft. Von Gesetzbüchern werde der Mensch ebenso wenig satt wie von Kochbüchern. Trotzdem könnte, so denkt er, die Erneuerung des Wahlrechts und der Nationalversammlung ein Mittel sozialer Emanzipation werden. Bislang saßen im Parlament nur die Reichen, die für die Interessen ihrer eigenen Besitztümer sorgten. Durch die Reform aber würden Arbeitervertreter hineinkommen, und sie könnten dann auch für die Arbeitskraft ein »Eigenthumsrecht« verlangen. Denn: »Die Arbeit ist das Eigenthum des Volks, und die daraus entspringenden Eigenthumsrechte sollen durch das regenerirte Parlament sanctionirt und geschützt werden.«

Den sozialen Kern des Chartismus freilegend, gipfelt Heines parteineh- mender Kommentar in der weitsichtigen Bemerkung: »Ein Schritt weiter und diese Leute sagen, die Arbeit sey das Recht des Volks; und da dieses Recht auch die Berechtigung zu einem unbedinglichen Arbeitslohne zur Folge hätte, so führt der Chartismus, wo nicht zur Gütergemeinschaft, doch gewiß zur Erschütterung der bisherigen Eigenthumsidee, des Grundpfeilers der heutigen Gesellschaft, und in jenen chartistischen Anfängen läge, in ihre Konsequenzen verfolgt, eine sociale Umwälzung, wogegen die französische Revolution als sehr zahm und bescheiden erscheinen dürfte.« – Das freilich ist weniger aus englischem als aus französischem Geiste formuliert. Dort zählen »Recht auf Arbeit« und »Organisation der Arbeit« längst schon zur Rüstkammer des sozialpolitischen Alternativdenkens; sie füllen dank überall gleicher Arbeiterinteressen den grenzüberschreitenden Diskurs für eine proletarische Emanzipation. »Die französischen Communisten stehen überhaupt auf demselben Standpunkt mit den englischen Fabrikarbeitern, nur daß der Franzose mehr von einer Idee, der Engländer hingegen ganz und gar vom Hunger getrieben wird.«

Heine fügt den »Lutezia«-Berichten einen Anhang bei, dessen Text auf den 15. Juni 1843 datiert und damals von den Augsburger Redakteuren in Gänze abgelehnt worden ist: »Communismus, Philosophie und Clerisei«. Da spricht er von jenem Häuflein Galiläer, der frühen Christengemeinde also, deren Mitglieder anfangs von den Römern verbrannt wurden – bis diese Menschenfackeln weithin Funken streuten, die alte Römerwelt in Flammen aufging und das Christentum siegte. Er habe in seinen Pariser Berichten, fährt er fort, »sehr oft von einer kleinen Gemeinde gesprochen, die, der Ecclesia pressa des ersten Jahrhunderts sehr ähnlich, in der Gegenwart verachtet und verfolgt wird [...]«. Gern würde er den Trümmern des Saint-Simonismus und den noch frisch wirkenden Fourieristen dieselbe Aufmerksamkeit widmen: »[...] Aber diese ehrenwerthen Männer bewegt doch nur das Wort, die sociale Frage als Frage, der überlieferte Begriff, und sie werden nicht getrieben von dämonischer Nothwendigkeit, sie sind nicht die prädestinirten Knechte, womit der höchste Weltwille seine ungeheuren Beschlüsse durchsetzt.«

Der alte Hegelianer, der neuerdings wieder freundlich von seinem philosophischen Lehrmeister denkt, überträgt die Geschäftsführung des »Weltgeistes« von Napoleon Bonaparte – der historisch letzten Heroengestalt – auf die Proletarier, insbesondere jedoch ihre intellektuellen Vordenker und Propagandisten. Er nennt »Armuth« das Los dieser »großen Menschheitshelfer« – nicht bloß als ein »Antrieb zu tieferer Forschung« und ein »stärkendes Stahlbad der Geisteskräfte«, sondern auch als eine »empfehlende Annonce für ihre Lehre«. Denn wie gewaltig der Industrialismus jetzt um sich greife: man kenne die »unsauberen Quellen«, woraus bei vielen die Reichtümer geflossen, so daß die Armut bei den geistvollen Köpfen der sozialen Bewegung ein »wahrer Ehrentitel« sei. »Freylich«, so läßt er einen fiktiven Freund sarkastisch lächelnd erwidern, »das macht dem gepriesenen Lande der Intelligenz keine sonderliche Ehre, und das würde gewiß nicht bey uns in Deutschland passiren: die Regierung würde bei uns die Leute von solchen Grundsätzen gleich unter ihre besondere Obhut nehmen und ihnen lebenslänglich freye Kost und Wohnung geben.«

### **Politisches Testament**

Deutschland scheint nach der gescheiterten Revolution der Jahre 1848/49 tatsächlich von Gefängniswärtern und stummgewordenen Inhaftierten bewohnt. Das Buch »Lutezia«, das der Autor den »Erweckern des politischen Lebens« zugedacht hat, bleibt erfolglos. Staatsnahe Rezensenten, die noch immer für Öffentlichkeit stehen, fühlen sich bestenfalls durch Heines Witz amüsiert, erklären aber seine Gegenstände als »längst in Vergessenheit« geraten. Von »politischer Einsicht«, von »Gesinnung und Überzeugung« könne bei ihm »durchaus keine Rede« sein. Und prompt sind die Deutschtümler wieder zur Stelle, um den Juden, haltlosen Zyniker, frankophilen Schwarmgeist und wiederum »Vaterlandsverräther« anzuschwärzen.

Da festigt sich in Heine der Gedanke, sein Buch auch in französischer Sprache zu publizieren. »Wer keine große, ungeheure Anerkennung in Frankreich sich erworben hat, darf sich keiner europäischen Reputazion rühmen.« Michel Lévy frères, ein jüdischer Verlag in Paris, übernimmt die Herausgabe, und Reinhardt besorgt die Rohübersetzung. Obwohl der Autor selbst kaum mehr sprechen, also nicht diktieren kann, redigiert er während des Winters diesen französischen Text. Er beendet die Arbeit am 30. März 1855 mit einer »Préface«, einer Vorrede also, die von den Heine-Forschern jedweder Gesinnung als das »politische Testament« des Dichters anzusehen ist. Was nun bleibt als Botschaft – zehn Monate vor dem Tod?

Schon die erklärte Absicht, die Briefe, die er für die »Allgemeine Zeitung« geschrieben, nicht in »verstümmelter Gestalt« der Nachwelt überlassen zu wollen, bekundet eine Art letzten Willens: »Wer [...] den Geist meiner Worte auffaßt, wird darin die strengste Einheit der Absichten und eine unwandelbare Liebe für die Sache der Menschheit, für die demokratischen Ideen der Revolution, überall erblicken.« Nahezu fröhlich erinnert er sich an seine Taktik des »publizistischen Freibeuters«, der eine »gute Ladung« in die »Häfen der öffentlichen Meinung« hineinschmuggelte. Und es sind zwei »bedenkliche Themen«, die er jetzt ausdrücklich als seine Konterbande bezeichnet. Zunächst die Sache der Republikaner, die aber dem Autor einen Mangel an politischem Ernst, an Parteilichkeit vorwarfen und dabei verkannten, daß er ihre »moralische Überlegenheit« fortwährend dem »gemeinen Übermuth [...] der herrschenden Bourgeoisie« entgegenstellte. In noch höherem Grade bedenklich sei ein anderes Thema gewesen: »die Sozialisten oder um das Schreckniß bei seinem rechten Namen zu nennen, die Communisten«. Gerade diesen habe er eine »gute Reklame« gemacht.

»Communismus« bleibt dann das dominierende Thema. Das Geständnis von dessen Zukünftigkeithabe er, Heine, meist mit dem Ausdruck größter Besorgnis gemacht – und das sei keinesfalls eine Maske gewesen. »In der Tat, nur mit Grauen und Schrecken denke ich an die Zeit, wo jene dunklen Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden: mit ihren rohen Fäusten zerschlagen sie alsdann erbarmungslos alle Marmorbilder der Schönheit, die meinem Herzen so teuer sind [...].« Sie würden seine Lorbeerwälder roden und statt ihrer Kartoffeln pflanzen, sein »Buch der Lieder« zu Tüten verwenden, um Kaffee und Schnupftabak für die alten Weiber der Zukunft hineinzuschütten. »Ach! das sehe ich alles voraus, und eine unsägliche Betrübniß ergreift mich, wenn ich an den Untergang denke, womit das siegreiche Proletariat meine Gedichte bedroht, die mit der ganzen alten romantischen Weltordnung vergehen werden. Und dennoch, ich gestehe es freimüthig, übt ebendieser Communismus, so feindlich er allen meinen Interessen und Neigungen ist, auf mein Gemüth einen Zauber, dessen ich mich nicht erwehren kann [...].« Zwei Stimmen sprächen beständig in seiner Brust. Die erste sei die unbestechliche Stimme

der Logik, die ihn mit einem »schrecklichen Syllogismus« behexe. Könne er die Prämisse nicht widerlegen, »daß alle Menschen das Recht haben zu essen«, so müsse er auch alle Folgerungen anerkennen. Er laufe Gefahr, darüber seinen Verstand zu verlieren – und am Ende erfasse ihn ein verzweiflungsvoller Großmut, so daß er ausrufe: »Sie ist seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Mag geschehen was recht ist! Mag sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde! [...] fiat justitia, pereat mundus!«

Die zweite Stimme sei die des Hasses. Sie wende sich gegen einen Feind, den er gemeinsam mit den Kommunisten bekämpfe. »Ich rede von der Partei der sogenannten Nazionalität in Deutschland, von jenen falschen Patrioten, deren Vaterlandsliebe nur in einem blödsinnigen Widerwillen gegen das Ausland und die Nachbarvölker besteht und die namentlich gegen Frankreich täglich ihre Galle ausgießen.« Jetzt, da das Schwert der Hand des Sterbenden entsinke, fühle er sich getröstet, daß die Kommunisten dem Nationalismus künftig den Gnadenstoß versetzen müßten: Denn sie seien um ihrer selbst willen dem »absolutesten Cosmopolitismus« verpflichtet – »einer allgemeinen Völkerliebe, einer auf Gleichheit beruhenden Verbrüderung aller Menschen, freien Bürger dieses Erdballs«. Dieser Jünger der Aufklärung und Parteigänger der Französischen Revolution, der ein Leben lang für »Liberté! Égalité! Fraternité!« gestritten hatte – er wagte es also, die Verwirklichung der Menschenrechte und der Völkersolidarität auf die noch ungefüge proletarische Emanzipationsbewegung zu übertragen. Daß der Nationalismus vernichtet und die Idee des Weltbürgertums triumphieren werde, nannte er seine »Überzeugungen«, wobei er doch richtiger von Glaube und Hoffnung hätte sprechen müssen. Sie mochten ihm das lange und elende Sterben leichter machen, erfüllten ihn – jedenfalls nach seinen eigenen Worten – mit der Beruhigung, »ohne Sorge diese Welt verlassen« zu können.

Zuvor aber sollte er bei allen Widrigkeiten des Niedergangs noch Freude erfahren. Wir denken jetzt nicht an Elise Krienitz, die »liebliche Mouche«, und den um ihren Besuch bittenden »Nebukatnetzar«, ehemals »königlich preussischen Atheisten, jetzt aber Lotosblumenanbeter«. Vielmehr sei an ein waches und großzügiges Lesepublikum erinnert. Nachdem nämlich »Lutèce. Lettres sur la vie politique, artistique et social en France« im April 1855 erschienen war, rühmten französische Rezensenten den »Sozialisten Heine«, den genialen Schriftsteller von Voltaireschem Esprit und von hervorragender Fähigkeit zu politischer Prognose. Kein anderes Werk vermochte den Ruhm des Publizisten und Dichters in Frankreich so zu begründen wie dieses. Noch im selben Jahr erschien eine zweite Auflage; sieben weitere folgten bis 1871, dem Jahr der Pariser Kommune.

Heinrich Heine starb am frühen Morgen des 17. Februar 1856. Wie viele, die durch Geist und Tat die Menschenwelt glücklicher gestalten wollten, hatte

auch er den Horizont seiner Utopie verkürzt gesehen, hatte er Zeit und Raum der Geschichte zu knapp oder überhaupt zu optimistisch bemessen. Bis zuletzt dem Fortschrittsglauben verhaftet, mochte er nicht wissen oder ahnen, wie labyrinthisch der Weg in die Zukunft führt – daß also bis heute weder der Nationalismus ganz überwunden noch der geschwisterliche Bund aller Menschen und Völker begründet ist. So teilt unser Dichter die beständige Utopie und die bisherige Tragik mit allen, die mit ihm und nach ihm für diese Ziele stritten und streiten.

Ein Bruder in solchen Mühen, hat er sich selbst in der Abfolge der Generationen als ein Geistkämpfer der Menschenrechte gesehen. Er hat sich bei sinkender Lebenskraft aber auch ein »Enfant perdu« genannt:

»Verlor'ner Posten in dem Freiheitskriege,  
Hielt ich seit dreißig Jahren treulich aus.  
Ich kämpfte ohne Hoffnung, daß ich siege,  
Ich wußte, nie komm' ich gesund nach Haus.

Ich wachte Tag und Nacht – Ich konnt' nicht schlafen,  
Wie in dem Lagerzelt der Freunde Schar –  
(Auch hielt das laute Schnarchen dieser Braven  
Mich wach, wenn ich ein bißchen schlummrig war).

In jenen Nächten hat Langweil' ergriffen  
Mich oft, auch Furcht – (nur Narren fürchten nichts) –  
Sie zu verscheuchen, hab ich dann gepfiffen  
Die frechen Reime eines Spottgedichts.

Ja, wachsam stand ich, das Gewehr im Arme,  
Und nahte irgendein verdächt'ger Gauch,  
So schoß ich gut und jagt ihm eine warme,  
Brühwarme Kugel in den schnöden Bauch.

Mitunter freilich mocht es sich ereignen,  
Daß solch ein schlechter Gauch gleichfalls sehr gut  
Zu schießen wußte – ach, ich kann's nicht leugnen –  
Die Wunden klaffen – es verströmt mein Blut.

Ein Posten ist vacant! – Die Wunden klaffen –  
Der eine fällt, die andern rücken nach –  
Doch fall' ich unbesiegt und meine Waffen  
Sind nicht gebrochen – nur mein Herze brach.«

# Krieg – Revolution – Frieden

Wandlung zweier »Klassiker«. Vergewissernde Thesen (1996)

»Liberté! Égalité! Fraternité!« Wer kennt nicht den dreifachen Lebensschrei jener politischen Neugeburt, die Hoffnungen zahlloser Menschen in vielen Ländern trug? Er verhieß Interessenharmonie für die Individuen der Nationen, Weltbürgertum und Frieden für die Völker. Doch niemals zuvor stürzten hohe Erwartungen in tiefere Abgründe der Enttäuschung.

Die bürgerlichen Aufklärer und die Volksrevolutionäre von 1789 hatten schlechte Saat keinesfalls streuen wollen. Ihr geschichtlicher Horizont, den sie bis zur Emanzipation des Menschengeschlechts spannten, endete nicht an den Interessen des Reichtums – der Finanzaristokraten und des kapitalistischen Unternehmertums. Ihre Utopie aber, daß eine liberalistische Bürgerordnung und ein unbegrenzter Handels- und Industriefortschritt das Glück aller Menschen bewirken könnten, verrauchte über den Schlachtfeldern der napoleonischen Eroberungsarmeen, den Kielwassern der britischen Kaperflotten, den Plantagen der ausgeplünderten Kolonialvölker, den Elendsquartieren und zerschossenen Rebellionen der frühen Proletarier.

## 1.

Gang und Zeit der Geschichte widerstreben der Ungeduld des arg befristeten Menschenlebens. Erst seit 1830 sammelte eine neue Generation das Saatgut von Robespierres jakobinischen Republikanern und von Babeufs kommunistischen Sozialrevolutionären. Mit erneuerten Hoffnungen sollte wiederum ein Aufbruch beginnen – zu freieren und besseren Revolutionen. Und dies bei Maschinen- und Dampfkraft einer industriellen Umwälzung, mit der die »Moderne« der Industriegesellschaft unaufhörlich von England her auf den Kontinent kam, sogar nach Nordamerika übergriff. Solche Entwicklungstendenz versprach die künftige Möglichkeit eines materiellen Auskommens für alle, allerdings bei der Gegenwärtigkeit einer sozialen Spaltung in wohlständische Kapitalisten und vegetierende Lohnarbeiter. Angesichts dieses Widerspruchs prognostizierten sozialrevolutionäre Alternativdenker die Aufhebung des Privateigentums an den größeren Produktionsmitteln, die »Gütergemeinschaft« der Arbeitenden und die Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als das Ziel der Menschheitsgeschichte.

»Die kommunistische Revolution wird [...] keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d. h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein.« Sie werde auf die übrigen Länder der Erde eine bedeutende Wirkung ausüben, ihre bisherige Entwicklung gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Es war Friedrich Engels, der 27jährige Fabrikantensohn, der die im englischen

Manchester erfahrene Umwälzung der industriellen Produktivkräfte mit einiger Kühnheit bereits auf ihrem Höhepunkt sah und im Herbst 1847 eine nicht allzu ferne politisch-soziale »Weltrevolution« ankündigte.

Ob nun verfrühte Prognose oder weltgeschichtliche Antizipation – wenige Wochen darauf heißt es im »Manifest der Kommunistischen Partei«: »In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.« Wer immer den ursprünglichen Marxismus beurteilen mag, wird anerkennen müssen, daß dieser mit der Abschaffung der Ausbeutung auch die Abschaffung der Kriege als das humane Endziel der »Weltrevolution« setzte.

## 2.

Die weitdenkenden Prognostiker wurden durch die Revolutionen von 1848 herabgezogen in konkret-historische Kämpfe. In Deutschland, wo eine Nationalrevolution noch immer vonnöten war, stritten Marx und Engels auf dem äußersten »linken« Flügel für eine bürgerlich-demokratische und einheitliche Republik. Sie beurteilten die Situation in Mittel-Ost-Europa mit Hilfe von Erfahrungsbildern, die sie von der Großen Revolution der Franzosen abgezogen hatten, wobei ihnen der jakobinisch geführte Krieg von 1793/94 als ein Katalysator der Revolution ungemein wichtig erschien. Folglich unterstützten die beiden Köpfe der »Neuen Rheinischen Zeitung« nicht nur alle Waffenerhebungen gegen die Adelsregime in Deutschland und anderswo. Sie wünschten überdies einen Völkerkrieg gegen die Hauptmacht der spätfudalen Konterrevolution: das russische Zarentum, den »Gendarmen Europas«.

Bereits im Frühsommer 1848 aber erwiesen sich historische Analogieschlüsse, die aus den Zeitverhältnissen von 1789 gefolgert waren, als schlicht vereinfacht. Die Regierung der Pariser Februarrevolution provozierte die Proletarier zum Juniaufstand, der bereits Losungen einer sozialen Erneuerung der bürgerlichen Gesellschaft erhob. Die Blutorgie, womit die Bourgeoisie einige Tausend der Empörer niederkartätschte, erstickte auch in den Kölner Redaktionsstuben die tagelange Hoffnung auf eine vielleicht schon jetzt beginnende proletarische Revolution als Eröffnung der »Weltrevolution«. Nun richteten Marx und Engels ihre militante Konzeption ebenfalls gegen die herrschende Bourgeoisie. Ohne Befremden setzten sie auf die Wahrscheinlichkeit eines gesamteuropäischen Krieges, den sie mit Blick auf 1849 einen bevorstehenden »Weltkrieg« nannten. Er werde, so meinten sie, nunmehr von der britischen Bourgeoisie (dem Zentrum der »bürgerlichen Konterrevolution«) gegen eine bald wieder ausbrechende Revolution des französischen Proletariats begonnen werden, in langen und permanenten Kämpfen die Herrschaftssysteme sowohl der Adelsaristokratien als auch der Bourgeoisie zu Grabe bringen – und

dann die neue Menschenwelt ohne Ausbeutung und Völkerkriege heraufzuführen.

Mit der Rigorosität eines abstrakt denkenden Intellektuellen und wohl auch verhärtet durch die enttäuschenden Resultate aller bisherigen Revolutionen, wagte Marx noch 1850 die höchst problematischen Sätze: »Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Es hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.« Das war die Bejahung eines vom Proletariat selbst nicht entfesselten und verschuldeten »Weltkrieges« – zum Zweck einer daraus erwachsenden »Weltrevolution«.

### 3.

Die Voraussage einer erneuten französischen Arbeitererhebung, des allgemeinen Krieges und der Entwicklung einer universellen, in Permanenz sich ausweitenden Revolution erfüllte sich nicht. Schneller als ihre linksradikalen Genossen im »Bund der Kommunisten« erfaßten Marx und Engels, daß die Arbeiterbewegung künftig vielleicht »15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe« durchmachen müsse. Sie unterschieden streng die Zeiten sozialer und politischer Krisen, woraus die Revolution erwachsen könnte, von jenen ruhigen Perioden, in denen der bewaffnete Aufstand zur Revolutionsspielerei entarte. Doch fast die ganzen fünfziger Jahre hindurch beharrten sie auf einer Konzeption, wonach sie die Kriege der Herrschenden im Interesse der revolutionären Demokratie und der proletarischen Emanzipation nutzen wollten.

Indessen reifte zuerst in Marx eine paradigmatische Wandlung heran. Am Musterfall Frankreichs, wo Kaiser Napoleon III. die innenpolitischen Spannungen durch äußere Erfolge in Italien, China und Mexiko entlasten wollte, beobachtete er sogenannte Zivilisationskriege des »imperialistischen Bürgerturns«. Und weil er in Frankreich die proletarische Revolution noch immer und am ehesten reifen sah, warnte er seit 1859 vor der Schädlichkeit großer Militärkonflikte, deren chauvinistische Negativwirkungen für die Arbeiterbewegung weit schwerer wögen als etwaige revolutionäre Kriegsfolgen. Die Kriege und ihre Vernichtungen, die Europas Staatenwelt seit dem Krimkrieg alle paar Jahre heimsuchten, verneinte Marx nunmehr rundweg mit der sarkastischen Bemerkung: Es gäbe für die Regierungen kein besseres Mittel, um den eigenen Völkern »Sand in die Augen zu streuen, als Armeen marschieren, Pferde trampeln und Kanonen böllern zu lassen«.

Bei Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (1864) verfocht Marx für das Proletariat die strategische Aufgabe einer »eigenen Außenpolitik«. Es sei die »Pflicht« der nationalen Arbeiterklassen, »in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen«, die Regierungsdiplomatie zu überwachen, ihr notfalls entgegenzuwirken und »die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten,

als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen«. Noch auf der Grundlage bürgerlich-liberaler Gesetzbücher wurde hier die Einheit des Friedensringens und des proletarischen Emanzipationskampfes postuliert. Es geschah somit zum ersten Male, daß das prinzipielle Interesse der Arbeiter am internationalen Frieden und ihre historische Pflicht, gegen die Entzweiung der Völker und die Kriege der Staaten zu wirken, in einem programmatischen Dokument der Arbeiterbewegung (»Inauguraladresse«) formuliert wurden.

Der diskutierte und beschlossene Text war kein Konstrukt. Er bewirkte Realitäten. Schon die bewaffnete Intervention der britischen Bourgeoisie, insbesondere der Baumwollfabrikanten, gegen die Nordstaaten der USA, folglich zugunsten der Sklavenhalter im Sezessionskrieg, wurde durch Massenproteste der Arbeiter verhindert. Wohl unterstützte die »Erste Internationale« die nationalen Unabhängigkeitskämpfe der Italiener, Ungarn, Iren und Polen. Sie negierte jedoch alle interstaatlichen Militärkonflikte, so den Krieg Preußens gegen Österreich (1866), die Gewaltabsichten Napoleons III. gegen Preußen in der Luxemburgkrise (1867), den abermals drohenden Konkurrenzkrieg zwischen Britannien und den USA (1869).

Den vorausgesehenen Zweikampf zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich, der 1870 begann, konnte die »Internationale« nicht verhindern. Aber die organisierten Arbeiter beider Länder standen auf Seiten der Kriegsgegner. Trotz Kriegsrecht und Festungsstrafen verweigerten Arbeiterdeputierte das Jawort zu den Kriegskrediten. Über die Schlachtfelder hinweg verkehrten Proletarier mit Solidaritätsbekundungen. Und obwohl die Pariser Kommune durchaus kein gewolltes Produkt der »Internationale« war, fand der heroische und abermals tragische Kampf der Arbeiter und Demokraten an der Seine eine klare Parteinahme.

#### 4.

Die restliche Lebenszeit von Marx und Engels blieb schwarz überschattet von einem Europakonflikt, der mit verheerenden Folgen ins 20. Jahrhundert hineinwirkte. Sein militärischer Ausbruch aber wurde von den Zeitgenossen schon bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erwartet und gefürchtet.

Zusammen mit seinem idealen Freund, der ihm wie so oft die Vorarbeit leistete, hatte Marx im Kriegssommer 1870 die deutschen Arbeiterführer vor aller Öffentlichkeit dazu angehalten, unbedingt gegen einen Raubfrieden aufzutreten: Eine Annexion Elsaß-Lothringens würde das »unfehlbarste Mittel« sein, um »Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbsterfleischung zu ruinieren«. Es war die zeitigste Warnung und Voraussage der gesamteuropäischen Katastrophe in Gestalt eines deutschen Zweifrontenkrieges, bei dem sich das bürgerliche Frankreich mit dem halb noch feudalen Rußland verbünde. Das eben sei die »Friedensperspektive«, die Deutschland

von den annexionistischen Kriegsgewinnlern, den »hirnkranken Patrioten der Mittelklasse«, garantiert werde. Nach dem deutschen Sieg bei Sedan und der Gefangennahme Napoleons sollte die einzig richtige Losung heißen: »ehrvoller Frieden für Frankreich« und »Anerkennung der französischen Republik«.

Jedoch Bismarcks Annexionsfrieden gegen Frankreich (1871) legte den schwelenden Herd, aus dem der Erste Weltkrieg entbrannte. Marx und Engels sahen das Unglück kommen. Der große Krieg Europas werde früher oder später stattfinden, urteilte der erste wiederholt im Jahre 1874, und vor dessen Ende könnten infolge der Völkerverhetzung keine revolutionären Massenaktionen erwartet werden. Der drohende Krieg, so ergänzte Engels 1879, werde die sozialistische Bewegung »auf Jahre zugrunde« richten. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei.

## 5.

Nachdem Marx gestorben war, sah Engels mit Genugtuung, wie die nationalen Arbeiterparteien und ihr Wählerpotential anwuchsen, in Deutschland schließlich sogar den Reichskanzler Bismarck zum Rücktritt zwangen. Mit steigender Sorge aber gewahrte er auch, wie mit der umfassenden industriellen Revolution eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen hatte: eine »nie endende Revolution der Waffentechnik« und ein darauf gegründetes Wettrüsten aller großen Nationalstaaten Europas. Wohl erzeuge der brisante Rüstungswettlauf eine Kriegsfurcht selbst in Regierungskreisen. Aber dieser Frieden sei trügerisch, und jeder militärische Konflikt könnte allzu bald in das ungeheuerliche Novum eines tatsächlichen Weltkrieges umschlagen. Seit den achtziger Jahren war diese Gefahr ein stetiges Thema der Briefe und Schriften, in denen sich Engels' populäre Schreibweise sogar zu prophetischen Warnbildern steigerte.

Wären die Marxisten so extremistische Revolutionäre und Katastrophenpolitiker, wie es die Sozialistenfresser seit jeher behaupten, so hätten sie jetzt auf Weltkrieg und Massenruin begierig sein müssen, um zur Revolution zu gelangen. Das ganze Gegenteil aber tat Engels: Angesichts des herandrohenden Weltkrieges müßten die »Sozialisten in allen Ländern für den Frieden« sein – sonst würden die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, »sich gegenseitig abzuschlachten«. Gerade sie seien es doch, die größte Blutopfer und »sämtliche Kriegskosten« zu zahlen hätten. Der Frieden ermögliche den Sozialisten in Deutschland vielleicht einen Sieg »in ungefähr zehn Jahren«, erwoog Engels unter dem Eindruck steigender Wählerstimmen für die Sozialdemokratie im Jahre 1891. Der Weltkrieg dagegen werde die Arbeiterklasse infolge seiner totalen Erschütterungen entweder in wenigen Jahren an die Macht bringen oder – was ebenso wahrscheinlich sei – in den »vollständigen Ruin«

stürzen, wodurch sich die Revolution um Jahrzehnte verzögere. Stand also die sozialistische Umwälzung im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen, so erschien doch ein Weltkrieg, den die Regime der herrschenden Klassen verschuldeten, keinesfalls als der Preis, den der »Alte in London« für die Emanzipation des Proletariats zu zahlen wünschte.

In Konsequenz einer solchen Überzeugung veröffentlichte Engels im März 1893 jene Antikriegsschrift, deren Titel und Inhalt bis heute aktuell sein dürften: »Kann Europa abrüsten?« Auf der Basis internationaler Verträge sollten die Militärdienstzeiten gesenkt, die stehenden Heere schrittweise abgeschafft und die allgemeine Wehrpflicht durch die demokratische Institution der Miliz verwirklicht werden. Das bedeutete den Verzicht auf Angriffskriege. Die Funktionen der militärischen Staatsorgane sollten sich auf eine vom Volk getragene Landesverteidigung beschränken.

Engels starb 1895 mit der Erwartung eines »schließlichen Siegs der Arbeiterklasse«, den er jedoch nicht mehr wie früher als ein Resultat bewaffneter Erhebung verstand. Die Geschichte habe ihm und Marx »unrecht gegeben«, habe ihre Ansichten von 1848/49 »als eine Illusion enthüllt«. Jetzt gelte es, Parteiarbeit und Wahlagitation, Massenaktivität und Parlamentsopposition zu betreiben – folglich die Institutionen der modernen bürgerlichen Demokratie zu nutzen, um zur Emanzipation zu gelangen. Der alte Revolutionär wollte damit das Legalitätsprinzip, die gesetzlich erlaubte Tätigkeit, nicht für jedwede Gesellschaftssituation verabsolutieren. Aber die möglichste Vermeidung von Bürgerkrieg und Staatenkrieg war zuletzt ein sorgendes Anliegen seines Revolutionsdenkens.

Er hatte seit langem im Einklang mit Marx gelebt, der schon 1859, am Wendepunkt ihrer Strategie, den vielzitierten römischen Grundsatz ablehnte: »Si vis pacem, para bellum«. Es sei eine »große Lüge«, daß, »um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten« müsse.

# Dynamit und Friedenspreise

Alfred Nobel. Zum hundertsten Todestag (1996)

Schrecklicher ist die Idee des Weltfriedens niemals zuvor gedacht worden. Als die junge Gräfin Kinsky, alias Bertha von Suttner, im Herbst 1875 von Wien nach Paris fuhr, um sich infolge der Zeitungsannonce eines »älteren Herrn« als sprachkundige Sekretärin zu verdingen, traf sie den Mann, den wir in ihren Memoiren beschrieben finden: »Ein Denker, [...] bitter und gut, unglücklich und heiter, mit genialem Gedankenflug und schlimmem Mißtrauen, der die große Weite der menschlichen Gedankenwelt leidenschaftlich liebt und die Kleinlichkeit der menschlichen Dummheit tief verachtet, ein Mensch, der alles versteht und nichts erhofft.« Dieser Mann hatte ihr gestanden, einen Traum zu hegen: »Ich möchte einen Stoff, eine Maschine schaffen können, von so fürchterlicher, massenhaft verheerender Wirkung, daß dadurch Kriege unmöglich würden!«

Das ist mehr als eine der Anekdoten, die das Salz in den Suppen der Geschichtsschreiber sind. Hier geisterte der Gedanke, den Krieg durch die ihm eigene höllische Entfaltung, durch die Überspitzung seiner Vernichtungskraft ad absurdum zu führen. Einige Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg, nach Bismarcks Triumph im Spiegelsaal zu Versailles und der Demütigung Frankreichs, lautete die Idee, die von Faust und zugleich von Mephistopheles gedacht sein könnte: »[...] An dem Tag, da zwei Armeekorps sich gegenseitig in einer Sekunde werden vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden.«

Dieser Welt-Friedens-Täter, der den schlechthin verheerenden, zur internationalen Verträglichkeit zwingenden Bannstrahl erzeugen wollte, war 1833 in Schwedens Hauptstadt geboren: Alfred Nobel. Aufgewachsen in Petersburg, mit den späten Aufklärungsideen seiner Privatlehrer, aber auch dem rigorosen Unternehmertum eines Vaters, der als Metallwaren- und Waffenfabrikant während des Krimkriegs mit Sprengstoffen experimentierte. Durch den Sog der russischen Niederlage in den Bankrott gezogen, kehrten Vater und Sohn nach Stockholm zurück – der Jüngere ganz der Chemie hingegeben und sich nun selbst an explosiven Stoffen versuchend.

Das Objekt seiner zähen Bemühung hieß Nitroglyzerin. Dem kaum Dreißigjährigen gelang die erste Erfindung, die man einen großen Wurf nennen könnte, wenn sich ihre Folgen nur als ersprießlich, nicht auch als lebensbedrohend erwiesen hätten. Nobel brachte den äußerst empfindlichen Stoff mittels gelenkter Ladung zur Explosion, gewann so das ihm zugesprochene Patent der Initialzündung und begann sogleich mit der fabrikmäßigen Produktion des Nitroglyzerins und der für das indirekte Auslösen einer Sprengung nötigen »Patentzündler«. Seine Fabrik flog in die Luft – unter fünf Toten auch der jün-

gere Bruder Oscar-Emil. Aber unaufhaltsam eilte der Schwede zu Weltruhm und Reichtum: Er entwickelte Dynamit (1867), wodurch das flüssige Nitroglyzerin, Nobelsches Sprengöl genannt, in eine feste Form gebracht und mit erheblich verringerter Gefahr zu transportieren, zu handhaben war. Die ersten dauerhaften, Nobels Namen tragenden Fabriken erstanden 1865 in Schweden und in Krümmel bei Hamburg. Sie zogen weltweite Sprengstoffindustrien wie einen gleißenden Kometenschweif nach sich. Die Dynamitproduktion stieg von 424 Tonnen im Jahr 1870 auf 66 500 Tonnen im Jahr 1896. Sieht man ab von späteren Neuheiten wie der Sprenggelatine (1875) und dem Ballistit (1887), einem rauchschwachen, im Artilleriegefecht nicht leicht rekonoszierbaren Schießpulver, so war Nobels zweite Lebenshälfte von Unternehmertum geprägt. In Paris und San Remo lenkte der Chemiker und Industrielle die kommerzielle Verwertung seiner hochbrisanten Erfindungen.

Hier nun offenbart sich der abgründige Riß in Nobels Leben und Schaffen. Er hatte dem Ringen des Menschen mit der Natur nützlich sein wollen. Sprengöl und Dynamit sollten die Produktion in den Bergwerken, die Arbeit im Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau erleichtern. Die erstrebte Sicherheit gegen Explosionsgefahr sollte die Arbeiter selbst schützen. Doch mit seinen Erfindungen und eigenen Produktionsstätten begab sich Nobel auch mitten hinein in die Barbarei sich steigernder Militärkonflikte: Denn seit dem Krimkrieg erschütterten stetige Waffengänge das Staatensystem Europas, wobei schon im deutsch-französischen Krieg auf beiden Frontseiten Dynamit eingesetzt wurde. Auch der Sezessionskrieg der USA verschlang ungemein viele Menschenopfer. Die Kolonialkriege der Engländer und Franzosen plünderten, dezimierten, unterjochten die Völker Asiens und Afrikas. Und gerade des Deutschen Reiches arroganter Triumph über die französische Nation beschwor den Zeitgenossen des ausgehenden 19. Jahrhunderts den Krieg aller bisherigen Kriege, das Menetekel eines kommenden Weltkriegs herauf. Das war die Welt, in der Nobel sein Genie entfaltete, seine Sprengstoffabriken produzieren ließ, seine Riesengewinne kassierte – und gleichwohl nicht glücklich war. In Wissensnöten und peinlichen Selbstbefragungen tastete er nach der massenvernichtenden Materie, der ungeheuren Mord- und Friedensmaschine, die den Kriegen ein endgültiges Ende gebieten würde.

Der Ehelose und sicherlich oft Einsame, der »Streit wie die Pest« haßte, Räuber seiner Patente nur widerwillig verfolgte, bei weltschmerzlichem Aufbegehren eine geistige Wahlverwandtschaft in den Dichtungen Byrons und Shelleys suchte, fand schließlich zumindest das Glück eines schöpferischen Alter ego. Das war eben die Frau, die ihm 1875, noch jung und wenig welterfahren, das genannte Geständnis entlockt hatte – 1889 aber als gereifte Schriftstellerin entgegenkam. Bertha von Suttner antwortete auf Nobels Idee, den Krieg durch todbringende Abschreckung zu bannen, mit einer ganz und gar friedlichen Alternativkonzeption.

Als nämlich die Große Revolution der Franzosen zum hundertsten Male sich jährte und die herrschenden, zum Krieg treibenden Nationalbourgeoisien mit Eiffelturm und Pariser Weltausstellung ein schillerndes, von Rivalitäten belastetes Fest begingen, erinnerten Pazifisten und Arbeiterdelegierte auf getrennten Kundgebungen an die einstige, noch uneingelöste Verheißung: »Liberté! Égalité! Fraternité!« Diese weltpolitische Losung wurde von dem Pariser Friedenskongreß und der gleichzeitigen Interparlamentarischen Konferenz, womit sich der moderne Pazifismus formierte, zum Maßstab der Politik erhoben. »Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern.« Genau in dieser historischen Situation veröffentlichte die Österreicherin Suttner ihr Welterfolgsbuch: »Die Waffen nieder!« Sie gab allen Kriegsgegnern die bündigste und einprägsamste Losung.

Diese Frau wagte den geistigen Aufstand gegen Nationalismus und Chauvinismus. Was die sogenannte öffentliche Meinung der Regierungspolitiker und Generäle, Staatspropagandisten und Schulmeister als geheiligte Institution pfliegte, wurde durch ihr Buch demaskiert als Völkermord, »von Staats wegen« erlaubtes und immer wieder begangenes Verbrechen. Die Friedensstreiterin beschwor mit rationaler Argumentation und emotionaler Empörung ihre Zeitgenossen, damit sie die Regierungen in die Pflicht nähmen und »des Volkes Wille« zur Geltung brächten. »Das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden!« so lautet die Forderung.

Suttner hatte genau den Nerv der obwaltenden Staatsweisheiten getroffen. »Friedensbestie!« war eine der Invektiven, mit denen Politiker, Militärs und Literaten reagierten. Unter den Zurufen aber, die diese Pazifistin ermutigten, fanden sich die Briefzeilen Nobels: »Man sagt, daß es 2 000 Sprachen gibt – das wären 1 999 zuviel –, aber gewiß gibt es nicht eine, in die Ihr köstliches Werk nicht übersetzt, in der es nicht gelesen und durchdacht werden sollte.« Was allerdings die Überzeugungskraft des Pazifismus und andererseits die Friedensfähigkeit der Staatspolitiker betraf, so blieb Nobel zeitlebens ein Skeptiker. Er sah die Ideen der Abrüstung und eines Schiedsgerichts zur friedlichen Beilegung von internationalen Konflikten »nur langsam vorankommen«. Aber er spendete hinfort erhebliche Summen für die Friedensarbeit und zeigte sich berührt von Verstand, Mut und Charme jener Frau, die Friedensgesellschaften in Österreich, Deutschland und Ungarn gründete, bald sogar Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros in Bern war. Am 6. Januar 1893 schrieb er an sie aus Paris: »Liebe Freundin! Ein gutes Jahr für Sie und Ihre edelmütige Kampagne, die Sie so nachdrücklich gegen die Unwissenheit und Dummheit führen [...] Man kann und man sollte bald zu dem Ergebnis kommen, daß sich alle Staaten solidarisch verpflichten, jenen anzugreifen, der als erster angreifen wird. Dies hieße, den Krieg unmöglich machen und selbst die brutalste und unvernünftigste Gewalt zwingen, zu einem Schiedsspruch Zuflucht zu nehmen oder ruhig zu bleiben.«

Nobel hatte also dem Zwang der Waffen nicht abgeschworen. Und doch trug er sich jetzt mit dem Gedanken, einen Friedenspreis zu stiften. An die Erwägung, den Preis »alle fünf Jahre« und im ganzen nur etwa »sechsmal« zu verteilen, knüpfte er eine sehr zweifelnde Vorausschau in das 20. Jahrhundert: »[...] Wenn es in dreißig Jahren nicht gelungen ist, das gegenwärtige System zu reformieren, wird man notgedrungen in die Barbarei zurückfallen.«

Bei seinem Tod am 10. Dezember 1896 hinterließ Alfred Nobel ein widerspruchsvolles Erbe: 93 Dynamitfabriken – in Schweden 5, Deutschland 23, Österreich-Ungarn 6, Frankreich 7, Großbritannien 8, Spanien 10, USA 6 und darüber hinaus in Norwegen, Belgien, der Schweiz, Rußland, Italien, Griechenland, Portugal, Kanada, Brasilien, Venezuela, Australien, Südafrika. Sein erwirtschaftetes Vermögen betrug rund 33 Millionen Schwedenkronen (nach heutigem Wert etwa 700 Millionen). Der Erblasser konnte die Liquidation seiner Unternehmen nicht verfügen, die in verschiedenen internationalen Trusts organisiert waren. Aber er bestimmte im Testament die Verleihung von Friedenspreisen – und zwar in einem großen, auf Bildung und Wohlstand orientierten Zusammenhang: Die Zinsen des vererbten Kapitals sollten in »fünf gleichen Teilen« für Entdeckungen und Spitzenleistungen auf den Gebieten der Physik, Chemie, Physiologie oder Medizin, Literatur und eben der Friedensarbeit gespendet werden. Nobels Testament bezeugt eine möglichst ganzheitliche Weltsicht und ein moralisches Bestreben, das als Vermächtnis weit über den Tod hinauswirkt. Es ist die Entäußerung eines Menschen, der sich bei allen Widersprüchen und Zweifeln dem humanistischen Kern, dem utopischen Fortschrittsglauben der Aufklärung verpflichtet fühlte. »Bildung bedeutet Wohlstand – wobei ich an den Wohlstand im allgemeinen denke, nicht an den Reichtum eines einzelnen –, und mit dem Wohlstand wird auch der größte Teil des Unglücks verschwinden, das ein Vermächtnis aus finsternen Zeitaltern ist.«

Seit hundert Jahren gelten Nobelpreise als namhafteste internationale Auszeichnung für Wissenschaftler, Schriftsteller, Friedensstreiter. Die Würde und Würdigkeit dieser Laureaten soll hier nicht beurteilt werden. Auch Menschenwahl ist Menschenwerk. Es ist ein anderes, wonach zu fragen bleibt: Ist die Menschheit von heute, mit der Politik ihrer Staaten und der inzwischen erreichten Vernichtungsgewalt ihrer Waffen, dem von Nobel gezogenen, auf 30 Jahre berechneten Bannkreis entwachsen? Lebt sie nicht vielmehr auf dem scharfen und steilen Grat einer zivilisatorischen Entwicklung, wo allgemeiner Wohlstand, humane Kultur und Frieden nicht eingelöst sind – hingegen der Absturz in die Barbarei immer noch droht?

# Die Waffen nieder!

Vom Ursprung der einzig richtigen Losung (1999)

Stirbt es sich leichter, wenn man die Frucht seiner Lebensarbeit verdorren sieht – und dennoch Hoffnung hegt? Die Frau, die am 21. Juni 1914, vor 85 Jahren, ihrer tödlichen Krankheit erliegt, hinterläßt allen Gegnern der militärischen Gewalt und des Todes durch Krieg den bündigsten Streitruf: »Die Waffen nieder!« Aber ihr Sterben geschieht nur eine Woche vor den Todesschüssen von Sarajewo, auf die der Kriegstod von Millionen folgt. Aber ihrem Sterben geht ebenfalls die Tagebuchnotiz vom 14. Mai voraus: »Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.«

Kaum mehr als ein Monat vergeht, bis diese Hoffnungsträger in Gestalt von Parlamentariern die Kriegskredite bewilligen und zum Komplizen aller Kriegstreiber werden. Das hinterlassene Buch »Die Waffen nieder!«, gelesen und geachtet in vielen Sprachen, wird seine Leserinnen und Leser vor Waffengewalt nicht bewahren können. Der Wiener Weltfriedenskongreß, der am 17. September mit der Aufführung der von Nordisk verfilmten Romanhandlung beginnen soll, findet nicht statt. Der lange befürchtete, lang auch bekämpfte Weltkrieg hat angefangen. Und die Frau, die unter den Friedensstreitern im besten Sinne Grande Dame war – ist tot. Wer war, wie wurde sie?

## 1.

Hocharistokratie, Militär, Staatsräson, Kriegsdienst stehen gespenstisch an ihrer Wiege. 1843, im Palais Kinsky zu Prag, wo die Tochter des Feldmarschallleutnants, Kämmerers und Landesoberhofmeisters der Habsburger Monarchie geboren wird: Bertha Sophia Felicita Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau. Der Vater freilich lebt nicht mehr. Der erste Schrei der Neugeborenen ertönt im weitab gelegenen Zimmer, wohin die junge Mutter und Witwe von der aristokratischen Familie ihres Mannes verwiesen ist. Berthas Geburtsstern steht eher schlecht als recht.

Adlig geboren, ist sie jedoch Frucht einer »Mesalliance«. Zwei Brüder ihres Erzeugers sind hohe Generale, und ein Urahn, der in Eger zusammen mit Wallenstein unter den Hellebarden fiel, ragt wie eine marmorne Säule in der altstolzen Familientradition. Die Mutter dagegen, eine geborene von Körner, entstammt dem Bürgertum: Eine Verwandte des vielgerühmten Dichters Theodor, der 1813 mit »Leier und Schwert« auf »Franzosenblut und Tyrannen« jagte, mangelt ihr dennoch die »sechzehn Ahnen«, die in der Wiener Hofburg obligatorisch sind. Zur hohen »Société« der Donaumonarchie aber, die golden im historischen Abendlicht schimmert, drängt das Begehren der Mutter: Sie will

ihrer Tochter, die schön und vielversprechend heranwächst, eine »gute Partie« verschaffen.

»Mit siebzehn war ich ein recht überspanntes Ding.« Bis die Komtess als Frau und Weltbürgerin mit diesem Satz ihr wichtigstes Buch beginnen wird, ist es noch weit. Sie scheint die Intentionen der Mutter anzunehmen. Feine Kleider, Ballvergnügen, Konzerte, Reisen – Tochter und Mutter verbringen mit Vaters Erbeil ein unstetes Leben in deutschen Modebädern, in Italien und Paris. Die mütterliche Erziehungsstrategie erfordert allerdings beträchtliche Schulung, Bildung, Kultur, und es ist eine hochgradig Bildungsfähige, die schließlich mehrere Sprachen beherrscht, belletristische und philosophische Lektüre begreift, harte Exerziten an Klavier und ihrer Singstimme erträgt, sich gewandt unter Menschen bewegt. In dieser Art Müßiggang waltet Arbeit. Wächst auch eigenes Wertgefühl. Als der betagte Baron Gustav von Heine-Geldern, schwerreicher Bruder des armen Dichters Heinrich Heine, um Berthas Hand anhält und der Mutter ein Leben in Villen und Schlössern verspricht, entflieht die Achtzehnjährige dem Verlobungskuß: »In mir steigt ein leidenschaftlicher Protest auf – Nein – niemals.«

Erst mit dreißig – ein zweiter Bewerber ist als Schwindler entlarvt, ein dritter und deutscher Kleinstaatenprinz plötzlich verstorben – entfesselt sich die Komtess von dem ihr zgedachten Rollenspiel. Sie will ihre Existenz kraft eigener Tätigkeit fristen, verdingt sich 1873 in Wien als Erzieherin der vier Töchter des Freiherrn von Suttner. Ihre Fertigkeiten sind sehr geeignet, nun diese Rolle auszufüllen. Wenn da nicht Amor wäre, der nach weiteren zwei Jahren ungehörige Pfeile verschießt: Arthur, der Sohn des Hauses, verliebt sich in die Lehrerin seiner Geschwister, sie selbst erwidert die Zuneigung. Eine Braut ohne Vermögen, überdies sieben Jahre älter als der Mann? Liebe erscheint wiederum als Verhängnis, ein Fluch. Die Komtess verläßt das Haus ihres Brotgebers. Sie folgt einer Zeitungsannonce nach Paris, wo eine Begegnung von ganz anderer Art, bedeutsam für später, auf sie wartet. Aus Wien aber ruft Verzweiflung: Ohne dich – kein Leben.

Eine Woche Paris nur. Dann wieder in Wien, heimliche Heirat und zielstrebige Flucht. Endend im Kaukasus, wo eine Gönnerin, frühere Reisebekanntschaft, als Fürstin von Mingrelien das taufrische Ehepaar Suttner willkommen heißt. Das Leben – ein Traum? Neun lange Jahre kann man nicht Gast sein. Nicht leben vom Leumund »freiwilliger Emigranten«, die dort aber nicht »Asylanten« heißen, bürokratischen Schikanen nicht ausgeliefert sind. Was die Liebenden mit Selbstachtung und Kühnheit begonnen haben, ist freilich auch an der Grenze Europas und Asiens, im russischen Protektorat, auf Arbeit angewiesen. Der Mann steigt vom Angestellten eines Fabrikanten zum Berichterstatte der Wiener Presse, zum Literaten auf. Die Frau beginnt als Privatlehrerin für Musik und Sprachen, folgt dann dem Beispiel ihres Mannes – beginnt zu schreiben. Zunächst einfache Texte im Stil zeitgenössischer »Gartenlaube«,

die in der fernen Donaumetropole angenommen, bezahlt werden. Schreiben aber ist Auseinandersetzung, mit sich selbst, mit der Welt. Wissen ist ohnehin verlangt, mehr noch Zu-Ende-Denken. Bei diesem Bestreben entwickelt die Suttner ein Bildungs- und Schreibprogramm, das neueste Erkenntnisse der Philosophie, der Naturwissenschaften, der Technologie integriert: Charles Darwin, Ernst Haeckel, Herbert Spencer, der englische Geschichtsphilosoph Henry Thomas Buckle.

Die Einsamkeit des Studierens und Schreibens im abgelegenen Holzhaus zu Tiflis wird bald zum Zwang: Krieg tobt zwischen Russen und Türken, die Frau darf das Haus nicht verlassen. Da steht plötzlich mitten im Raum die Erinnerung an die letzte Woche Paris. Der Mann, auf dessen Annonce sie reiste, um Dienst als »sprachkundige Sekretärin« zu nehmen, hat ihr gestanden, einen fatalen Wunsch zu hegen: »Ich möchte einen Stoff, eine Maschine schaffen können, von so fürchterlicher, massenhaft verheerender Wirkung, daß dadurch Kriege unmöglich würden!« Es ist Alfred Nobel gewesen, der Erfinder des Dynamits.

## 2.

1889 jährt sich die Große Revolution der Franzosen zum hundertsten Mal. Frankreich feiert das Centenarium mit der Pariser Weltausstellung und der Weihe des Eiffelturms. Auch andere bürgerliche Nationen demonstrieren die neuesten Errungenschaften ihrer Technik und Wirtschaft. Doch die Atmosphäre ist trügerisch. Hinter Festreden, Preisverleihungen, Champagnergüssen der betuchten Männer des Kapitals lauern feindliche Konkurrenzen, schwelen alte und aktuelle Konflikte.

Seit dem Krimkrieg haben sieben regionale Kriege das Staatensystem Europas erschüttert – ganz zu schweigen von den Kolonialkriegen, womit die Schrittmacher der »Moderne« die Völker anderer Erdteile heimsuchen. Mit dem stürmischen Wachstum der Fabrikproduktion, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Wissenschaften und Technologie hat zugleich eine verhängnisvolle Entwicklung begonnen: eine nie endende Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten aller größeren Staaten. Viele Jahrzehnte nach Napoleons Heerzügen ist die Alternativfrage »Krieg oder Frieden« wieder ein Alpdruck all derer, die »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« – die Botschaft der einstigen Revolution – noch ernst nehmen, die eine Welt des humanen Fortschritts und des Friedens noch immer erstreben. Neben dem Arbeiterkongreß, der die Zweite Internationale begründet, treffen sich auch bürgerliche Pazifisten Europas und der USA zum Weltfriedenskongreß: Vermeidung von Kriegen und interstaatliche Schiedsverträge zur friedlichen Schlichtung von Konflikten – heißt das Ziel der Bemühungen. »Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern.«

In diese Geburtsstunde des modernen Pazifismus, der wirksamer Mittel bedarf, um den Un-Geist des Militarismus, die Politik des Wettrüstens und des Kriegsrisikos zu bekämpfen, tritt unverhofft und kühn eine nahezu Unbekannte, die nunmehr in Wien lebt. Bertha von Suttner veröffentlicht im Dresdener Verlag E. Pierson das Buch, das für die frühe Friedensarbeit Epoche machen wird: »Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte.«

Man bedenke: Die Dinge dieses Jahrhunderts, ob gut oder schlecht, werden von Männern gemacht. »Männer machen Geschichte.« Hier aber wagt eine Frau den geistigen Aufstand gegen die ureigene Sache der Männlichkeit, das militärische Staatsdenken rivalisierender Großmächte. Hier gilt der weithin gebilligte, sogar verherrlichte Krieg nicht als »Erwecker der schönsten menschlichen Tugenden«, nicht als »wichtigster Faktor der Kulturentwicklung«, nicht als »Vater aller Dinge«. Was die öffentliche Meinung als geheiligte Institution behandelt, was die Regierungen gegen »Vaterlandsverräter« unter polizeilichen Staatsschutz stellen, entlarvt diese Frau als Völkermord, »von Staats wegen« erlaubtes und immer wieder begangenes Verbrechen. Da verblaßt der Heiligenschein aller Heerführer und Schlachtengewinner, die Historie der Alexander, Cäsar, Napoleon und beflissenen Epigonen – die doch von Politikern, Historikern, Literaten und Schulmeistern als die »vorzüglichen Träger der Geschichte, die Lenker der Länderschicksale« gerühmt, sogar von den Kirchen gesegnet werden. Mit allen Mitteln der rationalen Argumentation und der emotionalen Aufwiegelung appelliert diese Frau an die Zeitgenossen: ihre Regierungen und Parlamente in die Pflicht zu nehmen und des Volkes Willen zur Geltung zu bringen. »Das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden!«

Diese Mahnerin sieht in der Menschheitsgeschichte einen Kulturfortschritt, der vornehmlich dem Entdeckergeist der Wissenschaften und ihrer Nutzung entspringt. Auf dem Gebiet der Maschinen, überhaupt der technischen Erfindungen erscheint ihr »kein Gedankenflug zu hoch«, erblickt sie die Menschheit »an der Schwelle neuer Umwälzungen« – schon deutlich erkennbar durch Elektrizität, Telegraf und Telefon, demnächst gar durch Flugapparate, Fernheizung, Television. Sie glaubt bei alledem an einen Sinn, eine Ratio in der Geschichte: die Vernunft der Humanität, die sich durch Denken und Tat bedeutender Menschen gegen alle Widerstände durchsetzen werde. Doch dieser Fortschrittsglaube, mit dem die Literatin die Aufklärung des 18. Jahrhunderts beerbt, wird durch schlimme Einsichten verfinstert. Sie erkennt, daß »alle Errungenschaften des neuen Geistes« von Barbaren der modernen Gesellschaft ausgenutzt, »alle Fortschritte der Technik sogleich für Mord- oder Vertilgungszwecke« mißbraucht werden. Im Klima der Staatsrivalitäten, der Wehrhaftmachung und Verhetzung der Völker sieht sie ein Militärwesen und eine Waffentechnik wuchern, die bereits jetzt alles Bisherige übertreffen – bald aber mit verheerender, irrsinniger Zerstörungskraft gegen die Menschheit entfesselt würden.

Es ist nicht bloß ein regionaler Waffengang. Es ist ein Krieg des ganzen Kontinents, der da am politischen Horizont heraufdroht. Suttner beschreibt ihn bereits in ihrem Buch »Maschinenalter« (1889) in warnenden Visionen: »Jedes Dorf eine Brandstätte, jede Stadt ein Trümmerhaufen, jedes Feld ein Leichenfeld, und noch immer tobt der Kampf: unter den Meereswellen schießen die Torpedoboote, um mächtige Dampfer in den Grund zu ziehen, in die Wolken steigen bewaffnete und bemannte Luftschiffe einer zweiten äronautischen Truppe entgegen.« Eben das werde der drohende »nächste«, der »große«, der »letzte Krieg des zivilisierten Europa« sein. Käme er aber um einiges später, als allgemein befürchtet, so werde das militärische Erfindungswesen nicht ruhen, werde der Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen »Fortschritts« zu noch schlimmeren, nämlich totalen Vernichtungswaffen führen: Weittragende Schnellfeuergeschütze mit »500 Schuß in der Minute«. Elektrische Mordmaschinen, die »mit einem Schläge ein ganzes Heer vertilgen«. »Sprengstoffpilen, die, aus Wolkenhöhen herunterregend, in ein paar Sekunden eine ganze Stadt zertrümmern«.

Wir Heutigen wissen, daß diese Freundin Alfred Nobels die tendenzielle Entwicklung der Kriegstechnik keineswegs falsch eingeschätzt hat. Vor allem stimmt die welthistorische Folgerung, die aus der Warnphantasie gezogen ist: »Jener Punkt, wo alles, was ist, aufhören muß – der Punkt der Unerträglichkeit nämlich –, von dem ist die Waffenbelastung nicht mehr fern. Aller Reichtum, alle Volkskraft, alles Leben nur auf Ein Ziel – Vernichtung – hingelenkt: ein solches System muß endlich entweder die Menschheit oder sich selbst vernichten.« Weil die Suttner solche Menschheitsgefahr erkannte und nach humanen Konfliktlösungen suchte, schloß sie sich den Pazifisten an – wohl wissend, daß diese von Nationalisten und Militaristen als »Friedensbestien« und »Staatsverräter« verleumdet wurden.

Suttners Antikriegsroman nun ist die fiktive Autobiographie einer Gräfin Althaus, die in Österreich lebt und in vier Militärkonflikte ihrer Zeit hineingerät: in die Kriege von 1859, 1864, 1866 und 1870/71. Dabei vollzieht sich die Wandlung dieser Frau vom adligen Fräulein, das in einer Generalsfamilie reaktionär und kriegsgläubig erzogen wird, zweimal heiratet, beide Männer und selbst ein Kind in den Kriegswirren verliert – bis sie bei soviel Leid und Tod aus einer Kriegsbefürworterin zur Kriegsgegnerin wird.

Kühle oder vernünftelnde Kritiker aus progressivem Lager, so Carl von Ossietzky, haben gerügt, daß hier nicht ohne Sentimentalität, phantasievolles Mitleiden, schmerzhaftes Gefühlserregung erzählt wird. Doch Suttners Grundhaltung ist unverbrüchlich der Vernunft, dem Rationalismus verbunden. Rational ist die Argumentation gegen militaristisch gefärbte Phrasen, Traditionsbilder, Geschichtsdeutungen. Rational ist das Arrangement des Ganzen, vor allem die Verflechtung des Fiktiven mit den authentischen Zeugnissen des erzählten Weltausschnitts. Auch diesmal hat die Suttner genaue Studien betrieben, Ar-

chive und Zeitungen gesichtet, Kriegsberichte und Geschichtsbücher ausgewertet, Augenzeugen befragt – bevor sie deren pseudopatriotische Phraseologie wider den Strich bürstete, um gegen die Kriegs-Verherrlichung die Kriegs-Verneinung zu setzen. Geschult am literarischen Naturalismus, insbesondere den Elendsschilderungen Émile Zolas, widerlegt sie die schönfärbende Staatsräson und Kriegsromantik durch das Leiden und Sterben der Individuen, die nur ein einziges Leben haben, aber unter der Willkür von Politikern und Militärs unwiederbringlich zugrunde gehen. Damit sind Elemente einer Schreibweise angewendet, die in der französischen und deutschen Antikriegsliteratur nach dem Ersten Weltkrieg weiterentwickelt werden: Henri Barbusse, Arnold Zweig, Ludwig Renn, Erich Maria Remarque schreiben dann aus der persönlichen Erfahrung des Soldaten. Doch die sensitive Radikalität der Antikriegshaltung im »Lebensbericht« Suttners gründet besonders in der bis heute seltenen, bei Christa Wolfs »Kassandra« wieder erscheinenden Erzählperspektive: der einer vom Krieg betroffenen, am Krieg leidenden Frau. Bertha von Suttner entmystifiziert die vorgetäuschte Schicksalhaftigkeit des Kriegs als ein von Herrschenden gemachtes und zu verantwortendes Verbrechen.

Nobel wünscht jetzt im Brief an die Verfasserin, daß »der Charme Ihres Stils und die Größe Ihrer Ideen viel weiter führen werde [...] als alle Werkzeuge der Hölle«. Leo Tolstoi vergleicht »Die Waffen nieder!« mit Harriet Beecher-Stoves Roman »Onkel Toms Hütte« (1852), weil Suttner wie jene, die die Abschaffung der Sklaverei propagierte, ein literarisch-politisches Epochensignal setze. Wilhelm Liebknecht publiziert den gesamten Text im sozialdemokratischen »Vorwärts«. Den zögerlichen tausend Stück der Erstveröffentlichung folgen Jahr für Jahr weitere und immer größere Auflagen. In fast alle Sprachen Europas übersetzt, auch in Amerika bekannt, ist dies ein literarischer und politischer Welterfolg, der um die Jahrhundertwende unübertroffen bleibt.

Schon aber treten staatstragende Parteien, Rüstungstreiber, Kolonialvereine, Chauvinisten und deren Gazetten als giftende Gegner auf. Groß-Deutsche und Habsburgs Balkanexperten entblöden sich nicht, in der streitbaren Humanistin auch die Frau herabzuwürdigen: weil sie sich als »Friedensvettel«, »Friedensfurie« – als Angehörige eines unbefugten, hirnlosen Geschlechts – in die Politik einmische.

### 3.

Diese Frau wächst zu einer Integrationsgestalt des Pazifismus. Sie gründet Friedensgesellschaften in Österreich, Ungarn, Deutschland, wird als Vizepräsidentin in das Internationale Friedensbüro gewählt, das in Bern länderübergreifende Aktivitäten koordiniert. Alles, was Erziehung, Bildung, Erfahrung in ihr angelegt haben, nutzt nun der Friedensarbeit. Ihre gewandten Umgangsformen werben Menschen ein, die zumeist aus dem Bürgertum, dem Adel, insbesondere der Intelligenz kommen. Hoffnung richtet sich aber auch

auf einsichtsvolle Regierungsvertreter: Sie vertraut 1898 einem »Friedensmanifest« des Zaren Nikolaus II., reist im Folgejahr zur ersten Haager Friedenskonferenz, von der sie den endlichen Beginn der Abrüstungen erwartet. Und wird enttäuscht. Die Verhandlungen von 26 Staaten Europas scheitern an der Weigerung der deutschen Delegation.

Es gäbe Gründe genug zur Entmutigung, Desillusionierung. Die dennoch ruhelos Tätige wird 1905 von Alfred Nobel, dem längst Verstorbenen, noch einmal eingeholt: als Trägerin seines hinterlassenen Friedenspreises. Vor dem Nobel-Komitee des Storthing zu Kristiania vertritt sie im Vortrag die Programmpunkte des zeitgenössischen Pazifismus. Diese sind auf eine methodische Neuregelung der Staatenbeziehungen orientiert: »1. Schiedsgerichtsverträge«, um Konflikte zwischen den Staaten mit friedlichen Mitteln zu schlichten; »2. Eine Friedensunion« möglichst aller Staaten, die jeden Angriff eines Staats gegen einen anderen mit gemeinsamer Kraft zurückweisen; »3. Eine Internationale Institution«, die als Gerichtshof das Recht zwischen den Völkern vertritt. Dieses Reformstreben, das seiner Tendenz nach auf einen Völkerbund oder auf Vereinte Nationen abzielt, will Frieden schaffen, das Lebensinteresse der Menschheit erfüllen.

Jedoch der kritische Blick, mit dem die Nobelpreisträgerin ihre Ideale am Weltzustand messen muß, bilanziert ganz anderes: Die Menschenschlächterei des russisch-japanischen Kriegs und dessen Folge, die russische Revolution von 1905. In Mittel- und Westeuropa gewahrt sie Säbelgerassel, Pressehetze, Rüstungen. Auf der ganzen Erde weiß sie von Bränden, Raub, Bomben, Hinrichtungen, Massaker – »einer Orgie des Dämons Gewalt«. Ihr Urteil über die »moderne« Staatenwelt ist vernichtend: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut!« Diese Rede zum Andenken Nobels spiegelt den Vorabend der Katastrophe: des Ersten Weltkriegs, mit Maschinenwaffen und Kampfgas, mit nie gekannten Verheerungen unter Menschen und deren Kultur.

Aber Suttner resigniert nicht. Noch als Siebzigjährige reist die Vizepräsidentin durch Europa, über den Atlantik in die USA, um die Gefährdung bewußt zu machen. Weil sie gegen Regierungsquellen und Rüstungsindustrielle immer entschiedener auftritt, wird die »Friedensbertha« nun auch als »rote Bertha« verschrien, in Deutschland und Österreich mit Redeverböten verfolgt. Ein zutiefst ethischer Charakter, gibt sie ihr Letztes. Getreu dem Friedensstreiter Tilling, den sie in ihrem Buch sagen läßt: »Die Hoffnung, daß ich in Person das Reifen der Zeit beschleunigen könne oder gar die ersehnten Früchte sprießen sehe – die muß ich vernünftigerweise wohl aufgeben [...]. Was ich beitragen kann ist gar winzig. Aber von der Stunde an, wo ich dieses Winzige als meine Pflicht erkannt, ist es mir doch zum Größten geworden – also harre ich aus.«

## Die russische Revolution

Kriegskind des 20. Jahrhunderts (1997/2000)

Immer droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr geistiger Selbstauslieferung an gestrige oder heutige »Traditionsmacher«: Sachwalter rein politischer Interessen, die ihre »Traditionen« aus der Geschichte herleiten – zu meist durch willkürliche Auswahl, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen Ereignisse, Ideen und Taten der Vergangenheit gemäß aktuell-politischer Strategien rezipiert, durch die jeweils herrschende Traditionspflege aber auch zurechtgemacht werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: arbeiten mit dem Begriff »historisches Erbe«. Das bezieht sich auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft einen Einfluß auf den Gang der Völker und der Menschheit gewonnen, die Zeitgenossen wie die Nachgeborenen geprägt hat. Der objektivierende Begriff des historischen Erbes ist geeignet, Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den vergangenen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion zu erinnern. Achtzig Jahre nach dem Beginn der Russischen Revolution wäre demnach *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Akteure von 1917 unter den Konflikten ihrer Zeit, dem Zwang zuvor niemals erlebter Verheerungen tun wollten und konnten: was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

Die forschende Analyse und Interpretation (Voraussetzung des historisch gegründeten Erinnerns) erfolgt freilich nicht ohne weltpolitische Erfahrungen, die allen Generationen seit damals zugewachsen sind. Dieses heutige Wissen, das durch sehr verschiedene Urteilsweisen wiederum stark eingefärbt ist, kann nun ebenfalls dazu verleiten, die geschichtliche Rückschau subjektiver Beeinträchtigung auszusetzen. Da sind die Millionen der Desillusionierten, der Enttäuschten und Resignativen. Vormalis Tätige oder Sympathisierende der sozialen Revolution empfinden sie sich nunmehr auf dem Scherbenhaufen des mißlungenen, strukturell auch mißratenen staatsmonopolistischen Sozialismus. Selbst ethische Sozialisten, die vom ideellen Gebot der Gerechtigkeit, von der überlieferten Verheißung der »Gleichheit« und der »Brüderlichkeit« aller Menschen und Völker noch immer überzeugt geblieben sind, nennen die vormalis apostrophierte »Große Sozialistische Oktoberrevolution« eine historische »Sackgasse«. Sie verdiene wohl keine sonderliche Erinnerung, jedenfalls keine Würdigung als ein großes Ereignis und Datum der Weltgeschichte.

Jedoch da sind auch die Verächter sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen. Durch deren Brille betrachtet, erscheint die Russische Revolution als Büchse der Pandora, aus der die gesellschaftspolitischen Irrtümer, Krankheiten, Staatsverbrechen des 20. Jahrhunderts gekommen seien.

Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so heißt das Konstrukt, wonach das Wesen des 20. Jahrhunderts erklärt werden soll.

Die konkrete Historie aber zeigt mehr als nur den Gegensatz von Demokratie und Totalitarismus, deren differente Staats- und Gesellschaftsformen gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der nun wiederum ideologischen Theorie verfälscht sind. Nicht einfach Totalitarismus, sondern Rüstung, Kriege, menschheitliche Vernichtungsgefahr waren das Krebsgeschwür. Eine realistische und ehrliche Retrospektive offenbart, daß zumindest die erste Hälfte des Jahrhunderts eine Epoche nie gekannter Kriege und weltweit wachsender Zerstörungen war. Und nicht die von 1917 gekommene Sowjetunion war »der Schoß, aus dem das kroch«. Schon der Erste Weltkrieg war eine Völkerkatastrophe – bewirkt und verschuldet von kapitalistischen Staaten verschiedener Nationen und Wachstumsgrade.

Ursachen und Wirkungen erscheinen unter diesem Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt. »Revolution war das Kriegskind des 20. Jahrhunderts: besonders die Russische Revolution von 1917 [...]. Die Revolution, die schließlich alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte, war ein Aufstand gegen den Krieg.« So schreibt der britische Historiker Eric Hobsbawm zu Recht in seiner Jahrhundertbilanz »Das Zeitalter der Extreme«.

## 1.

Man befrage die hinterlassenen Zeugnisse der Vorkriegszeit um 1900, als die führenden Nationalstaaten längst konstituiert waren und das große Kapital begonnen hatte, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren. Seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschüttert, ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Zumal Deutschlands Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles war Ursache eines ganz neuartigen Unheils: Bismarcks Reichsgründungsakt und der Annexionsfriede von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das düstere Menetekel des Weltkrieges herauf. In steigender Sorge beobachtete die geistige Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie, den die Wachstumsfanatiker eine unaufhaltsame Modernisierung, sogar einen »Fortschritt« nennen, hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen – eine nie endende Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

Das war die Welt, in der sich die Parteien der nationalen Arbeiterklassen formierten, um mit der sozialen Emanzipation auch eine internationale Be-

friedung herbeizuführen. Marx und Engels, strategisch denkende Köpfe dieser Bestrebungen, hatten in ihrer Frühzeit einen »Weltkrieg« durchaus für die »Weltrevolution« und den erstrebten »Weltfrieden« in Kauf nehmen wollen. Seit Gründung der »Ersten Internationale« (1864) und dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wirkten sie jedoch mit Entschiedenheit gegen jeden der europäischen Staatenkriege. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei. Der kommende Weltkrieg war die schlimmste Befürchtung des alten Engels in London. Dafür zeugt ein Text von nahezu alttestamentlicher Prophetie (1887): »Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, [...] Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt [...].« Angesichts solcher Vernichtungen müßten die »Sozialisten in allen Ländern für den Frieden« sein. Sonst würden gerade die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, »sich gegenseitig abzuschlachten«. Gewiß stand die sozialistische Revolution nach wie vor im Mittelpunkt marxistischer Strategie. Doch ein Weltkrieg, den die machthabenden Regime verursachen würden und verantworten müßten, war keinesfalls mehr der Preis, den die Marxisten für ein Ende von Ausbeutung und Völkerzwietracht zu zahlen wünschten.

Auch Menschen des Bürgertums negierten Imperialismus und Militarismus, indem sie auf Friedenskongressen, Interparlamentarischen Konferenzen, nationalen und internationalen Kundgebungen den modernen Pazifismus gegen den Moloch des modernen Krieges vertraten. »Die Waffen nieder!« hieß ihre bündigste Losung. Als aber Bertha von Suttner, die den Streitruß propagiert und vorgelebt hatte, im Jahre 1906 vor dem Nobel-Komitee des Storting in Kristiania die Weltlage reflektierte, erblickte sie alles andere als die gewünschte Achtung des Friedens und des obersten der Menschenrechte – des »Rechts auf Leben«: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut.« Das Reformstreben der Pazifisten, das seiner Tendenz nach auf einen Völkerbund oder gar auf Vereinte Nationen abzielte, wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Deshalb wies die Friedenspreisträgerin wiederholt auch auf Hoffnungsträger: nicht nur Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, sondern auch Sozialisten der »Zweiten Internationale«. Sie empfahl den bürgerlichen Friedensgesellschaften eine andere, weit größere Friedensbewegung als mögli-

chen Verbündeten: »die Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des Volkes, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ›Völkerfrieden‹ obenansteht«.

Es wäre ein leichtes, die wiederholten Friedensresolutionen der »Zweiten Internationale« an dieser Stelle nachzubeten. Von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Vorkriegs-Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Dafür mögen enttäuschte Erwartungen zeugen, die selbst aus dem Bürgertum kamen. Suttner verstarb eine Woche vor den Schüssen von Sarajewo mit vergeblichem Glauben an die Zuverlässigkeit der Arbeiterbewegung: »[...] Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.« Wie jeder weiß, verrieten die Führer der »Internationale« ein Vertrauen, das sie jahrelang selbst in Anspruch genommen hatten. Wohl fiel Jean Jaurès in Paris als ein Märtyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber reckten die Kriegsstandarten, gaben ihr Jawort für »Burgfrieden« und Kriegskredite, so daß die »Proletarier aller Länder« alles andere taten, als sich zu »vereinigen«.

Es gelang sämtlichen zum Krieg treibenden Regierungen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Parteipresse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu zwingen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen dazu auf, ihre bürgerlichen Freiheiten gegen die »halbfeudalen Monarchien« Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstrompete stießen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Die Deutschen und die Österreicher indes erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des russischen Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Argument als »marxistisch« ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei, müßten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen – aber als solche galt immer nur die des eigenen Landes.

Der Verrat an Idee und Beschlüssen des proletarischen Internationalismus riß die erste, kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegungen des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit verabsäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

## 2.

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf selbst die schlimmsten Erwartungen und Voraussagen. Niemals zuvor verzeichneten die Annalen der

Weltgeschichte eine solche Barbarei. Das chauvinistische Wechselgeschrei der »Vaterlandsverteidigung«, die blutigen Massenszenen der »Generaloffensiven«, die verheerenden Trommelfeuer der »Materialschlachten« beherrschten das sichtbare Geschehen. Das exzessive Elend der Individuen und der Völker aber blieb nur in einer lautlos wachsenden Statistik verzeichnet: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungertes, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviel Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit der Französischen Revolution von 1789.

Unbegreifliche Menschenopfer. Milliardenverlust an Produktivkräften, materiellen Gütern und unwiederbringlichen Schätzen der Kultur. Menschliche Beziehungen – zu gegenseitiger Abschachtung erniedrigt. Dies alles war Resultat der Politik von sogenannten zivilisierten Staaten. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Wen mag es wundern, wenn damalige Alternativdenker von einer ganz anderen »Sackgasse« sprachen als es heutige tun: von Massenmord, staatlich sanktionierten Verbrechen, Ruin aller Kultur, in die niemand anders als bürgerlich-kapitalistische Großmächte die Menschheit hineingezerzt hatten.

Doch am 23. Februar 1917 des Julianischen Kalenders (dem 8. März der gemeinhin gültigen Zeitrechnung) eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: »Brot!« – »Nieder mit der Selbstherrschaft!« – »Schluß mit dem Krieg!« Nach sechs Tagen anhaltender Massenempörung an der Newa standen auch 127 000 Soldaten, mehrheitlich Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Frauen und Mütter, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die örtliche Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und eben das machte den Volkswiderstand zur erfolgreichen Februarrevolution. Der Abdankung Nikolaus II. folgte der Thronverzicht seines Bruders – und an demselben 2.(15.) März konstituierte sich eine bürgerliche, allerdings nur Provisorische Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit ihren Füßen erstritten. Der hauptstädtische Aufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber nachhaltigen Widerhall fand, entsprang dem brisanten Gemenge von sozialen, mentalen, politischen Konfliktstoffen – zur Explosion getrieben durch die Verelendung der Massen, die Zwangsmittel der zaristischen Kommandogewalten und die sinnwidrige Scharfmacherei der Durchhaltestrategen des fast schon verlorenen Krieges.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese Revolution »gemacht« habe, antwortete der »Volkssozialist« W. A. Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhe-

bung begonnen – wie schon im Jahre 1905. Aber es habe den Kampf »nicht allein geführt«. Erst als sich die werktätige Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz den Protestbewegungen anschlossen, »erzitterte die Zarenmacht«. Im »letzten Moment« hätten dann auch »bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil« genommen. Diese sozial breit gefächerte Februarrevolution sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie habe jedoch auch keine »rein bürgerliche« Revolution werden können, »weil unsere Bourgeoisie« – allzu fest mit der alten Macht verbunden – »nicht fähig ist, sie zu vollbringen«. Gewiß habe die »russische werktätige Masse« selbst nicht die Reife, eine »völlig neue soziale Ordnung« errichten zu können. Aber sie werde, prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch fernerhin keinesfalls mit der »Zuschauerrolle« begnügen. Diese Erklärungen Mjakotins veranschaulichten den abstrakten Begriff der »bürgerlich-demokratischen Revolution«. Sie machen zugleich deutlich, wie sehr der Umsturz des Februar als Resultat spontaner Volks- und Massenbewegungen verstanden werden muß, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz des Zaren keinesfalls erschöpft war.

Dennoch schien vorzugsweise die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma saßen, dazu berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden. Vor allem über den aktuellen Urgrund des Massenelends, den Krieg. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiken und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Aktivisten der bisherigen »Vaterlandsverteidigung« und des »Burgfriedens«) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde. Die neuen Minister, überdies die im Dienst verbleibenden Armeeeoberbefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum »Sieg-Frieden« fortzusetzen.

Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen vorbehalten, bereits im März eine sofortige Beendigung des Krieges, überdies ohne Annexionen und Kontributionen, zu verlangen. – »Frieden ohne Annexionen und Kontributionen!« Das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Lösung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit beschlossen und vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie den Arbeiterhirnen, zündete sie auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Gerade die Alternative Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen im Revolutionsjahr 1917 insgesamt vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Vor allem die von Alexander Kerenski befohlene Sommeroffensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen im Juli, war der mentale Wendepunkt,

seitdem eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. »Alle Macht den Sowjets!« hieß das Banner, unter dem die gewaltsam zurückgewiesenen Massen sich sammelten: Mehr und mehr auch gegen regierungstreue Menschewiken und Sozialrevolutionäre gestimmt, in Petrograd, Moskau und weiteren Städten unter den Einfluß der entschieden revolutionären Bolschewiken geratend.

Die Situation war seit dem Februaraufstand im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt war Rußland befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern durchaus unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme drängten in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen, zur Bildung von unzähligen Komitees und zumal von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Volksvertretungen, die eine Basisdemokratie verkörperten. Nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus! Vielmehr vergleichbar mit den auf konsequenter »Volksouveränität« basierenden Verbündnissen des revolutionären Demokratismus aller früheren Revolutionen seit 1789.

Mit Recht betont daher der russische Geschichtsschreiber Roy Medwedew die Bedeutung der Februarrevolution und ihrer unmittelbaren Wirkungen im Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: »Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses, der das Jahr 1917 in Rußland bestimmte.« Pawel W. Wolobujew und Wladimir P. Buldakow, akademische Koordinatoren der russischen Revolutionshistoriographie, ergänzen diese Gesamtschau durch eine betonte Wertung der Februarrevolution unter psycho-sozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich nicht der ›bolschewistische‹ Oktober, sondern der ›demokratische‹ Februar als der kritische Punkt im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...].« Der Sturz des Zarismus habe für Rußland einen sofortigen, mentalen Gewinn gebracht: Den Sieg der Idee der »Gerechtigkeit« und die Erwartung, sie müsse hinfort von einer volksnahen oder gar »volksdemokratischen« Politik ausgefüllt werden.

Interessen und Streitsachen der sich organisierenden Massen vervielfachten und überkreuzten sich in zwei verschiedenen Zivilisationsphären, die für Rußland charakteristisch waren: in der relativ fortgeschrittenen »europäischstädtischen« Sphäre und in der »traditionell-dörflichen« Rückständigkeit. Hier wie dort erhob man unabdingliche Ansprüche, wurden sogar vollendete

Tatsachen geschaffen. Sie widersprachen den Zielen der Besitzklassen, ihrer wechselnd amtierenden Staatsregierungen und widerspiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik der Jahre 1917/18. Der Ruf »Schluß mit dem Krieg!« war die akute Massenforderung und insbesondere eine verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, zur Befehlsverweigerung und Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte, mit der gewaltsamen Unterdrückung erneuter Antikriegsdemonstrationen und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen erwidert. – Die Forderung »Der Boden den Bauern!«, nächst dem Antikriegsruf die verbreitetste Losung der größten, mindestens achtzig Prozent zählenden Bevölkerungsmasse, meinte Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung von bäuerlichen Produzenten: schon praktiziert durch Überfälle auf die Großgrundbesitzer, durch eigenmächtige Konfiskationen von Land, Saatgut und Gerätschaften. Die Regierung, obwohl mit agrarischen Reformprojekten beschäftigt, reagierte mittels Einsatz von Kosakenschwadronen, worauf Bauernaufstände in rund 30 Gouvernements antworteten. – Die Proletarier in Großindustrie, Verkehrswesen und den kleineren Produktionsstätten waren in politischer und organisatorischer Hinsicht die am meisten bewußte, aber mit nur vier Prozent die kleinste Schicht der Bevölkerung. Diese Beginner der Februarrevolution kämpften nunmehr mit Hilfe ihrer spezifischen Vereinigungen – der Fabrikkomitees und der Gewerkschaften – für achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle in den Betrieben spekulierender Fabrikanten. Dem Unternehmertum und den amtlichen Hütern des bürgerlichen »Eigentums« galten gerade sie als Bedrohung der kapitalistischen »Freiheit«, als eine Gefahr für die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung. – Die Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, der Regionen des Südens beanspruchten Autonomie, endlich sogar staatliche Unabhängigkeit. Doch die Provisorische Regierung gesamt Rußlands glaubte sich genötigt, auf den Fortbestand des Vielvölkerstaats, auf die großrussische Einheit zu pochen. Die amtlichen Verlautbarungen sagten zu allen diesen Problemen: Noch müßten die Gesetzesbeschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung«, die den neuen, verfassungsmäßigen Staat begründe, abgewartet werden. Jedoch die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der vielfachen Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs Kerenski im Herbst 1917 zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Nach »links« war sie gegen die »Anarchie« der Massen gerichtet und drohte, die künftige Konstituante zu benutzen, um die Sowjets, die politisch bedeutendsten Volksvertretungen, aufzulösen. Von »rechts« aber wurde sie selbst bedroht – durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow. Bei alle-

dem standen die Armeen der Deutschen im russischen Land. Sie rückten über das Baltikum näher und näher nach Petrograd vor. Nachweislich herbeigewünscht von Offizierscliquen und Kreisen der Bourgeoisie, die den äußeren Feind für ein geringeres Übel als die Revolution hielten.

Wir glauben, an dieser Stelle eine kritische Reminiszenz einschalten zu müssen. Im »leninistischen« Geschichtsbild, das auch in der DDR dominierte, wurde der »Februar« als bürgerlich-demokratische Revolution streng vom »Oktober«, der »Großen Sozialistischen Revolution«, abgesondert. Um das Problem zuspitzend zu formulieren: Der »Februar« erschien nur als eine Art Vorspiel unreifer Charaktere und Volkselemente vor dem eigentlichen und sieghaften Revolutionsdrama mit dem »genialen Führer« Wladimir Lenin und den sich ihm anschließenden bolschewistischen Heroen. Ein Blick in historische Chroniken, Leitfäden und Abrisse erweist daher nicht selten eine Schreibart, wonach es zu genügen schien, Rußlands alte Epoche am 27. Februar (12. März) 1917 mit dem Erfolg der Petrograder Februarrevolutionäre enden und eine zeitliche Lücke offen zu lassen. Erst am 3. April (16.) begann dann die Reifungsperiode der Großen Revolution: mit Lenins Ankunft auf dem Finnländischen Bahnhof. Dort nämlich trug der intellektuelle Parteiführer seine fertig ausgedachten »April-Thesen« in der Tasche, um sie am nächsten Tag – ganz ohne gesellschaftliche Analysen vor Ort – den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiken und Menschewiken vorzusetzen.

Es war eine unbedingte Alternative zum Weltkrieg, die Lenins Thesen konstituierte. Zurecht bezeichnete er den Charakter der Provisorischen Regierung als »kapitalistisch«, die Fortsetzung der Kriegspolitik mit ihren Zielen als »räuberisch« und »imperialistisch«, so daß die gebräuchliche Phrase der »revolutionären Vaterlandsverteidigung« nicht gelten dürfe. Aber gemäß der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bereits zu Ende sei, verlangte er einen sofortigen »Übergang von der ersten Etappe« zur »zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft« legen müsse. Nach dem historischen Vorbild der Pariser »Kommune« sei ein Sowjetstaat der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten zu gründen, der den »völligen Bruch mit allen Interessen des Kapitals« vollziehe und auch »auf alle Annexionen« verzichte. Lenin wollte eine in den Basisorganisationen mehrheitlich gewünschte Vereinigung der Bolschewiken mit den Menschewiken vereiteln, indem er die aktuellen Beschlüsse, in der bürgerlichen Revolution für möglichst viel revolutionäre Demokratie zu streiten, schlechthin über den Haufen warf. Er setzte die Gründung der Kommunistischen Partei gegen jede Kooperation mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus, die Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen die Provisorische Regierung, das Projekt des sozialistischen Sowjetstaats gegen die bürgerlich-parlamentarische Republik. Aber er scheiterte an der Mehrheit der Versammelten und

ernstete den Vorwurf »anarchistischer Demagogie«. Die bedenklichste Kritik lautete: »Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkriegs in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.«

Lenins Kontrahenten, darunter der Bolschewik Lew Kamenew, Vertreter der Redaktion der »Prawda«, und der Menschewik Georgi Plechanow, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, aber auch Anhänger der »Vaterlandsverteidigung«, beriefen sich auf marxistische Überlieferung. Sie betonten die ökonomische Rückständigkeit, die gesellschaftliche Unreife Rußlands, so daß von einem baldigen Übergang zur sozialistischen Revolution keine Rede sein könnte. Dabei erinnerten sie an Friedrich Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen Revolutionärs veranschaulicht hatte, und folgerten: »der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern«. Es war ein Arbeiter im Soldatenrock, der in der Diskussion am 4. (17.) April 1917 die Voraussage machte: »[...] Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.«

Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten und seine Fortsetzung auch durch Rußlands neue Regierungen den radikalen Intellektuellen herausforderte, eine sofortige Alternative zum kapitalistischen Weltkrieg zu praktizieren – so gilt doch die Qual der humanen Empfindung, des geistig-moralischen Verantwortungsgefühls vor der Menschheit auch für alle anderen Anhänger der Ideen des Sozialismus. Die Kritik an den »April-Thesen« ist jedoch vom Verfasser selbst und später von der »leninistischen« Geschichtsschreibung als »Opportunismus«, Gesinnungslumperei und Handreichung für die Bourgeoisie, verteufelt worden. Sie hat erst durch den Untergang der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Überdies ist zu bedenken, daß der »Leninismus« nach dem Tod seines Begründers fast stets nur auf ihn, den »großen Mann«, fokussiert blieb – trotz der marxistischen Maxime von der »schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte«. Es war ideologische Didaktik, die die Februarrevolution zu gering schätzte und nicht hinreichend als eine in der Entwicklung begriffene »Volksrevolution« rezipierte. Dabei geriet der höchst eigenständige Anteil der Massen, zumal ihre nicht mit Lenins Strategie übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen, wenig ins Blickfeld.

### 3.

Selten war in den Verwicklungen konkreter Historie ein »Deus ex machina« so gefragt wie im Herbst 1917. Er kam – wie man weiß – nicht aus den Reihen von Menschewiken und Sozialrevolutionären, die auf das künftige Parlament einer Republik setzten und deren gemäßigte Repräsentanten bereits als Minister in der zunehmend verachteten Koalitionsregierung wirkten. Als durchschlagend handlungsfähig erwies sich einzig jene Parteiströmung, die sich als

»Avantgarde«, »bewußter Vortrupp« des Proletariats auffaßte. Eine Partei, die mit entschiedener Agitation gegen Kapitalisten, Großgrundbesitzer, bürgerliche Regierungen kämpfte und deren paramilitärische Schlagkraft auf einem zentralistischen, in Zukunft allerdings keineswegs unproblematischen Führungsstil beruhte: die Bolschewiken unter dem enorm gewachsenen Einfluß Lenins. Wohl widerstrebten Kamenew und Grigori Sinowjew dem Beschluß des Zentralkomitees zum bewaffneten Aufstand, indem sie sich mit einem Warnschreiben an die Partei wandten. Doch die proletarische Rote Garde verhielt sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung einer revolutionär gesinnten Soldatenmasse stürmte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais – fast genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und der Soldaten im Gebäude des Smolny versammelten.

Erst dieser Aufstand eröffnete eine neue Phase der Russischen Revolution. Er war kein formal-demokratisch beglaubigter Vorgang, den die Sowjetdeputierten beschlossen hätten. Er war ein Akt radikaler Überraschung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des erneuten Machtvakuum grundlegende Gesetzesbeschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch eilige Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung Lew Trotzki, den Regierungssturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblätter soufflierten den »Bürgern Rußlands« vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion – und nicht zuletzt: Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinjagenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Auf den ersten Blick mochte sich die Frage stellen, ob diese Zielsetzung nicht bloß die konsequente Weiterführung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigte. Ob also die Bolschewiken (in historischer Analogie) vielleicht nur die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 nachahmten. Doch wenige Stunden später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtsowjet das gesellschaftliche Ziel des bevorstehenden Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das »städtische Proletariat« und die »ganze Masse der armen Bauernschaft« stützen. Und vor allem: Sie werde »unbeirrt zum Sozialismus schreiten«, »dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen«.

Das war die Strategie, die Lenin bereits in seinen »April-Thesen« verfochten hatte. Er sah sich jetzt nicht mehr abgewiesen, vielmehr als geistiger Führer und nannte die beabsichtigte Sowjetregierung ein Machtorgan »ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie«. Als ein Rezipient des historischen Marxis-

mus, den er soeben wieder studiert, in »Staat und Revolution« verarbeitet hatte, forderte er die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats. Er sah sich aber auch genötigt, der tradierten Überzeugung, wonach eine sozialistische »Weltrevolution« nur von den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte, Rechnung zu tragen. So kündigte er für das revolutionäre Wagnis in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Italiens, Großbritanniens, Deutschlands an. Sie seien zur Empörung bereit, so daß die Weltrevolution alsbald kommen werde. Von der dringendsten aller Aufgaben sagte er: »Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.«

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets, der revolutionären Aktivitäten also, schmorte der Gesamtrossische Sowjetkongreß. Dort hielten die Führer der Menschewiken und der Sozialrevolutionäre stundenlang das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen, die meisten Minister verhaftet und die genannten Parteigrößen frustriert genug waren, um unter demonstrativem Protest den Kongreß zu verlassen: »Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.« Jedoch die Isolation derer, die so plötzlich von den Führungsspitzen in die Opposition abstürzten, war unverkennbar. Der anwesende Sozialrevolutionär S. D. Mstislawski berichtet, daß »an der Basis die Stimmung der Parteimassen ohne Zweifel linker war als bei den im Februartaumel erstarrten Führungsschichten [...]«. Wer zuletzt im Saal verblieb und die Beschlüsse der Oktoberrevolutionäre durch Abstimmung besiegelte, zählte immerhin zu den 625 Deputierten: 390 Bolschewiken, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Am Abend des 26. Oktober (8. November) 1917, nach dem gelungenen Aufstand, schlug Lenins historische Stunde. »In armseligen Kleidern, mit Hosen, viel zu lang für ihn [...]. Führer nur dank der Überlegenheit seines Intellekts; farblos, humorlos, unnachgiebig. Als Redner nüchtern, aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfachste Worte zu kleiden, die Analyse konkreter Situationen zu geben«, so schildert ihn der US-amerikanische Augen- und Ohrenzeuge John Reed in seinem weithin bekannten Buch, das neben den Berichten von Mstislawski und N. N. Suchanow noch heute als eine Quelle für den II. Sowjetkongreß, »zehn Tage« davor und danach, gelten kann. »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.« Mit diesem Satz begann Lenin die Verlesung des »Dekretes über den Frieden«.

Der heutige Leser, der das Dokument in Lenins »Werken« findet, kann sich kaum der historischen Tatsache verschließen, daß der Vorschlag an die kriegsführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen über einen »gerechten, demokratischen Frieden« aufzunehmen, eine Botschaft war, die in

der bisherigen Weltgeschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen »Gerechtigkeit« und »Demokratie« sollte ein »Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen« sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Bestimmung des Begriffs der »Annexion«, wie sie noch heute und zukünftig taugen möchte. Es war selbstverständlich, daß die traditionelle Geheimdiplomatie, die sekretären Regierungsabsprachen der Ententemächte, überdies sämtliche bisherigen »Annexionen der Großrussen« sofort und bedingungslos als ungültig erklärt wurden. Für alle Nationen und Völker – gleich, ob sie »in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern« lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung eingefordert.

War dieser größere Textteil an die Völker und ihre Regierungen gerichtet, wobei die Bereitschaft erklärt wurde, auch deren eigene Friedensbedingungen erwägen zu wollen, so wandte sich das Dekret am Schluß allerdings an ganz besondere Adressaten: die »bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands«. Die geschichtlichen Verdienste der englischen Chartisten, der französischen Arbeiterrevolutionäre, der deutschen Sozialdemokraten im Kampf gegen Bismarcks »Sozialistengesetz« in Erinnerung rufend, sprach das Dekret nun auch vor aller Öffentlichkeit die Erwartung einer Weltrevolution aus. Die genannten nationalen Arbeiterklassen würden die russischen Oktoberrevolutionäre gewiß nicht im Stich lassen: Sie würden »durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen [...], die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen«. Trotz dieses optimistischen Ausblicks sagten Lenins Erläuterungen, die nicht im Dekret enthalten sind, einen schweren Kampf voraus: »Die Regierungen und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zu vereinen und die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken.« Am Ende aber würden »Frieden und Sozialismus« den Charakter der soeben beginnenden neuen Weltepoche bestimmen.

Als die Diskussion über das Dekret stattgefunden hatte, sprach Lenin ein »Schlußwort«. Darin findet sich ein Gedanke, den wir festhalten möchten, weil er bezeugt, wie die Bolschewiken in der Stunde der großen Deklarationen gelobten, den Willen der Volksmassen zu achten: »Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparats die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen

können und alles bewußt tun.« Das mußte als ein Anerkenntnis der konsequenten Volkssouveränität, der wahren Demokratie des Volkes verstanden werden – dem aber die Bolschewiken, sobald sie Staatspartei wurden, nicht die Treue hielten. Um einen historischen Vergleich zu wagen: Der 26. August 1789, mit der Deklaration der Rechte des Menschen und des Bürgers, und der 26. Oktober (8. November) 1917, mit der Botschaft des Friedens und dem Versprechen volksdemokratischer Verhältnisse, erscheinen als Sternstunden der Menschheit. Doch ihre idealen Verheißungen wurden zu schlechter Letzt durch Abfälschungen und Enttäuschungen verdüstert, wofür sowohl Sachwalter des Kapitals als auch Führer des »realen Sozialismus« in historischer Verantwortung stehen.

Der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, seit Jahren schon von den Sozialrevolutionären vertretene »Dekret über den Grund und Boden«. Es sollte »die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen«, die bekanntlich in Aufständen gegen die Großgrundbesitzer und die Provisorische Regierung rebellierten: »Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben« (Artikel 1). Diese Konfiskation galt auch für Ländereien der zaristischen Krone, der Klöster und der Kirchen. Das beschlagnahmte Eigentum sollte einstweilen der Kontrolle bäuerlicher Bodenkomitees und der Kreisowjets der Bauerndeputierten unterstehen – und zwar solange, bis Rußlands Konstituierende Versammlung endgültige Gesetze beschließen würde.

Das Dekret formulierte eine revolutionär-demokratische Lösung der Agrarfrage, die das bisherige Bodeneigentum der Bauern akzeptierte und sogar eine Garantieerklärung für den Besitz der »einfachen Bauern und der einfachen Kosaken« enthielt. Doch die Linken Sozialrevolutionäre und die Bolschewiken selbst favorisierten als »gerechteste Lösung« solche Prinzipien, die den Sozialismus erstrebten. Deshalb wurde dem Text des Dekrets ein »Bäuerlicher Wählerauftrag« beigegeben: Das »Privateigentum am Grund und Boden« sei »für immer« aufzuheben, der gesamte Boden zum »Gemeineigentum des Volkes« zu machen, die Bodenschätze, Waldungen und Gewässer von größerer Bedeutung in die »ausschließliche Nutzung des Staats« zu überführen. Das »Recht der Bodennutzung« sollte allen Staatsbürgern, »die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen«, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zugesprochen werden. Volkseigentum wurde demnach als Staatseigentum definiert. Die Losung »Der Boden den Bauern!« sollte sich nicht als Privateigentum, sondern nur als Verfügungsgewalt des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit aber sollte verboten werden.

Den Bolschewiken war bewußt, daß die Majorität der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären, der größten und einflußreichsten Partei Rußlands, folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abermals zu einer volks-

freundlichen Erklärung: »[...] Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser als wir verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.« Auch das war ein momentanes Zugeständnis, das aber von der Staatspartei Lenins und späterhin Stalins keineswegs eingelöst wurde.

Das dritte Dekret des Kongresses beinhaltete den »Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung«: ausdrücklich deklariert als ein Provisorium »zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung« und betitelt als »Rat der Volkskommissare«. Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen: des Ministerpräsidenten) anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiken, der seit dem anfänglichen Fiasko seiner »April-Thesen« die Gegenmeinungen in der Partei zurückgedrängt und bei den wichtigsten Entscheidungen seine Dominanz durchgesetzt hatte.

Die drei Beschlüsse des Sowjetkongresses waren das unmittelbare Ergebnis des zweiten Petrograder Aufstands im Prozeß der seit Februar begonnenen Revolution. Obwohl der Aufstand nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen siegte, ist er in der Sowjetunion und von deren Parteigängern in aller Welt ein Dreivierteljahrhundert lang mit dem Diktum »Große Sozialistische Oktoberrevolution« erinnert, gefeiert, sogar verabsolutiert worden. Tatsächlich aber erfüllte die neue, sich selbst als »provisorisch« bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben des bürgerlich-demokratischen Februarumsturzes: Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und dessen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, überdies die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. – Nur die Regierungsabsichten zur Arbeiterkontrolle der Produktion und zur Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze öffneten ein Tor, das den direkten Zugang zum Sozialismus ermöglichte.

Den Führern des Oktoberumsturzes war das politische Wagnis ihrer Machteroberung bewußt. Trotzki, bekannt als ein Hauptvertreter der marxistischen Hypothese der »Weltrevolution«, hatte auf der Tribüne des Sowjetkongresses freiheraus gesagt: »[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland

sich allein nicht zu halten vermag. Es gibt nur die Alternative: Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.«

Der alte Plechanow warnte im »Offenen Brief« an die Petrograder Arbeiter vor einer Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiterklasse, nur eine sehr kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, daß die Bauern, die überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber »nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet« seien. Die Bauern wären daher »beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner«. Plechanow widersprach auch der vorschnellen Behauptung: »Was der russische Arbeiter begonnen hat, wird der deutsche vollenden.« Statt dessen entwarf er die unfreiwillig düstere Prognose: »Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.« Dieser Mahner wurde durch staatspolizeiliche Gewalt der Öffentlichkeit entzogen. Er starb Monate später im finnischen Exil.

#### 4.

Im ganzen Frühjahr und Sommer 1917 waren die Bolschewiken eine radikale, selbstverantwortliche, in den Untergrund gedrängte Oppositionspartei gewesen. Jetzt aber, bei Ausübung der provisorischen Regierungsgewalt, befanden sich Lenin und seine Mitstreiter in der höchsten Verantwortung und daher nicht mehr so »frei« wie zuvor. Sie standen im zeitweiligen Koalitionszwang mit Linken Sozialrevolutionären und mehr noch unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten, die von »Sozialisierung« und gar von »Sozialismus« sprachen, ohne aber die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen.

Es gab gravierende Widersprüche. Während die proletarische »Avantgarde« das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte – wollten die grundbesitzenden Bauern ihr Land behalten, wollten auch viele der Besitzlosen in den Dorfgemeinden endlich zu persönlichem Eigentum an Boden gelangen. Während derselbe »Vortrupp der Arbeiterklasse« trotz seiner Friedensbemühungen an die sehr wahrscheinliche Notwendigkeit denken mußte, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe – strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung gegenwärtig zu sein. Während die »Marxisten-Leninisten« gerade im Industrieproletariat den missionarischen Träger für Sozialismus und Kommunismus erblickten – waren die Proletarier bekanntlich nur ein sehr geringer Bevölkerungsteil, und manch ein Arbeiter mochte das soeben gewonnene Recht,

seine Vertreter zu wählen und abzuwählen, nicht der bolschewistischen »Partei- und Klassendisziplin« opfern. Und schließlich waren die politischen Führungskräfte, die in Finnland und den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung in Anspruch nahmen, in der Mehrzahl keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu schweren Konflikten führen.

Schon in der bisherigen Revolution hatten Losungen der bürgerlich-demokratischen »Freiheit« und der sozialrevolutionären »Gleichheit« polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das die gemäßigten Demokraten und die entschieden sozialistischen Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der lange angekündigten Konstituierenden Versammlung, die von 46,5 Millionen (etwa 60 Prozent der Stimmberechtigten) gewählt worden war. In ihr wollten die Bolschewiken, die kaum ein Viertel der Abgeordnetenplätze besaßen, die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen, indem sie den Text einer »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« zur Beratung und Annahme vorschlugen.

Das Dokument war von verfassungspolitischer Bedeutung. Es erstrebte die Gründung des neuen Staats als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Vollzug der sozialistischen Revolution: durch Abschaffung des »Privateigentums an Grund und Boden«, den »Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates«, die Verstaatlichung der Banken, die Einführung der »allgemeinen Arbeitspflicht« und die »Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern«. Mit der Annahme dieser Deklaration sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstauflösung beschließen. Weil sich aber die parlamentarische Majorität mit Berufung auf die Landeswahlen und ihre rechtliche Eigenständigkeit verweigerte, brach der Klassenkampf offen hervor. Nikolai Bucharin, Hauptredner der Bolschewiken, attackierte alle Absichten zum »Aufbau einer hundsmiserablen bürgerlich-demokratischen Republik« und erklärte im Namen der Weltrevolution den »Kampf auf Leben und Tod«.

Sogleich reagierte auch die im Hintergrund lauernde Revolutionsregierung. Der Rat der Volkskommissare beschloß die sofortige Auflösung der Konstituante und ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen. Seit vielen Wochen hatte Lenin, der stetige Verneiner des Parlamentarismus, seine Genossen auf diesen Coup eingeschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nunmehr tatsächlich endigen und die sozialistische Revolution beginnen sollte.

Der Kommentar Lenins, des Treibers der Geschehnisse, lautete: »[...] Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.«

Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: »Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle.« Wir registrieren den Radikalismus, den Willen zum äußersten Risiko. Was aber ebenfalls interessieren sollte, ist die Tatsache, daß Lenins Kommentar allen späteren Geschichtsideologen widerspricht, die auf den Akt bloßer Machteroberung eingeschworen scheinen und glauben, den Sieg der sozialistischen Revolution bereits auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datieren zu können. Lenin selbst sah sich und seine Partei zu dieser Zeit noch immer »im Entwicklungsprozeß der Revolution«.

Folglich sei die Frage gestellt: Wann und womit denn die Russische Revolution, die im Oktober und Januar keinesfalls schon entschieden war, tatsächlich abschloß? – Das könnte helfen, der historisierenden Schönfärberei entgegenzuwirken, die den Bürgerkrieg aus der Revolution herausnimmt und allein auf dem Schuldkonto der verschiedensten Widerständler gegen die bolschewistische Staatsmacht verrechnet. Solches geschieht faktisch durch die Behauptung der völligen »Interessengleichheit zwischen Bolschewiken und Volksklassen« und durch die Legende von der »unblutigsten Revolution der Geschichte«.

In Wirklichkeit waren die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges, der nicht zuletzt durch den sozialen Interessenwiderspruch von Bolschewiken und Bauern ausbrach, ein immanenter Bestandteil der Revolution. So weist auch der Historiker Medwedew nachdrücklich über die Machtergreifung hinaus: auf den Zusammenprall von Bolschewiken und Bauernmassen – und auf den Schuldanteil des von Lenin geführten neuen Regimes. Die schon genannten Akademiker Wolobujew und Buldakow sehen den Prozeß der Russischen Revolution ebenfalls weit über den Regierungsantritt der Bolschewiken hinwegwirkend: »Der eigentliche Umbruch im Verlauf der russischen Krise erfolgte nicht im Oktober 1917, sondern vom Oktober 1917 bis Sommer 1918, nachdem die Masse der Bevölkerung den versprochenen Grund und Boden erhalten hatte und nun auf die gefestigte neue Macht traf.« Die Revolution war auch nach Auflösung der Konstituierenden Versammlung noch nicht entschieden.

Was den langfristigen Vorgang der Russischen Revolution betrifft, so sei zum Vergleich an die Große Französische Revolution erinnert. Es fällt keinem Historiker ein, ihre Entscheidungen und Resultate auf 1789 zu begrenzen. In widerstreitenden Ansichten werden die Jahre 1791 oder 1794/95 oder 1799 als abschließende Zäsuren der Revolutionsgeschichte genannt: Die Proklamation

der konstitutionellen Monarchie, der Bürgerkrieg, die Errichtung der Republik, die revolutionäre Vaterlandsverteidigung, der Sturz der Jakobinerdiktatur, die schließliche Gestaltung des bürgerlichen Staats und der liberalistischen Rechtsordnung bis zum Militärputsch des Napoleon Bonaparte – dies alles wird mehr oder weniger in den unmittelbaren Revolutionsprozeß einbezogen. Eine Antwort auf die Frage nach dem Ende und den Resultaten der Russischen Revolution sollte in ähnlicher Weise gesucht werden – und zwar in den Jahren vom Februarumsturz 1917 bis zum Frühjahr 1921, dem Ende des Bürgerkrieges und dem Beginn der Neuen Ökonomischen Politik. Wo immer die Zäsur gesetzt wird, ergeben sich staats- und gesellschaftspolitische Resultate, die den Begriff der Russischen Revolution rechtfertigen. Sie widerlegen aber die glorifizierenden Behauptungen vom Sieg einer »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«.

Richtig bleibt die positive Feststellung, daß die Sowjetmacht unter Führung der Bolschewiken ihre Existenz in dreijährigem Bürgerkrieg und Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen von 14 kapitalistischen Staaten behaupten konnte. Damit rückte ein Staat in die Weltgeschichte ein, der weder vom halbfeudalen Zarismus noch von der kapitalistischen Bourgeoisie beherrscht wurde. Die sogenannte Sowjetmacht übersprang die in der bisherigen Staatengeschichte gewohnten, auf Feudalismus und Absolutismus folgenden Herrschaftssysteme der Bourgeoisie. Obwohl für diese Novation die Bezeichnung »Arbeiter- und Bauernstaat« schon damals in Gebrauch kam, war aber dieser Titel de facto noch keinesfalls zutreffend, sondern eine Verheißung für die Zukunft.

Als eine schwere Hypothek erwies sich der Irrtum Lenins, der im Oktober 1917 und Januar 1918 mit Berufung auf »wissenschaftliche Voraussicht« behauptet hatte, daß »die sozialistische Revolution in Europa kommen« müsse, sich daher »alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus« gründen dürften. In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regime, scheiterten aber die proletarischen Revolutionen. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die Weltrevolution ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiken Kamenew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer hatten sich als berechtigt erwiesen.

Was nun den neuartigen Krieg zur Verteidigung des revolutionären Staats betrifft, so schwanken die Urteile zwischen berechtigtem »Heroismus« und dem von dem Kriegsteilnehmer Isaak Babel hinterlassenen Zeugnis »einer erlebten Hölle und endlosen Totenmesse«. Daß die bewaffnete Konterrevolution der Gutsbesitzer und überdies der ausländischen Interventionskorps nicht mit Friedenssprüchen zu bannen war, also wiederum Krieg erforderte, war eine

Zwangslage, die die Bolschewiken mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, der Engländer, der US-Amerikaner und der Franzosen teilten. Jedoch geschahen Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik gegenüber der eigenen Bevölkerung überall dort, wo Zwang statt Überzeugung regierte, wo Abneigung durch martialische Niederwerfung, Widerstand durch weit überzogene Gegengewalt gebrochen wurde. Dabei waren die Millionenmassen des bäuerlichen Volkes, auf dessen Rücken sich die konträren Militärgewalten insbesondere austobten, eigentlich gar keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgegring der verbündeten Widerständler und Intervenenten zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den »Kriegskommunismus«. Ihre Roten Garden zogen in die Dörfer, requirierten Lebensmittel und Vieh, raubten Saatgut, brachen Proteste und Gegenwehr mit Waffengewalt. Indem sie die schwer vermeidliche Praxis der Jakobiner von 1793 wiederholten, erzeugten sie selbst die »Vendée«, in der sich die wirkliche Konterrevolution durch zahlreiche Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Belorußland bis Osttsibirien wurde gebrandschatzt, gemetzelt, verhungert, an Seuchen krepirt. Man hat die Toten auf rund 13 Millionen geschätzt. Allein durch die Hungersnot, die 1921 in den Gebieten der Wolga grassierte, starben fünf Millionen Menschen.

Die Schrecken des Bürgerkriegs, seit dem Streit um Lenins »April-Thesen« immer wieder warnend beschworen, waren also gekommen. Die kapitalistischen Großstaaten, zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann die Ententemächte England und Frankreich, zudem Japan und Polen, die alle das Selbstbestimmungsrecht der Russen mißachteten oder auf Seiten der Konterrevolution mißbrauchten, übertrugen die Gewaltlogik des Weltkrieges auf ihre Aggressionen gegen diesen Staat, der eine antikapitalistische Alternative werden wollte. Wenn daher Lenin mit allen seinen selbsternannten »Berufsrevolutionären«, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären mauserten, auch nicht primäre Schuld trugen – sie hatten das Risiko gewagt und die Mahnungen dreist in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom des Krieges befindlich, den Angriffen der Konterrevolution ausgesetzt, vermochten sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu verteidigen. Und indem sie von dieser Notlage reichlich Gebrauch machten, wagten sie martialische Willkür, Mord und Totschlag gegen Teile des eigenen Volkes. Unter dem Zwang der Verhältnisse hüllten sie die ursprünglich humanen Ideale des Sozialismus aus.

Man könnte dies vielleicht eine moralisierende Kritik nennen, wenn auf der Waagschale der Revolutionsgeschichte nicht noch andere schwere Gewichte lägen. Sieht man einmal ab von den temporären Erfolgen einiger Guerillakriege der neueren Geschichte, so ist freilich ein großer Krieg ohne Konzentration der militärischen Kommandogewalten und ohne Zentralisation des Staatsapparats kaum zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept schon früh an Zen-

tralismus, Machtbehauptung und Disziplinierung angelegt war, realisierte sich daher in den äußerst bedrohlichen Situationen des bolschewistischen Staats. Das ermöglichte den schwer errungenen Sieg, der ohne die duldende und kämpferische Lebenskraft des russischen Volkes nie erreicht worden wäre. Aber ein durchaus negatives Kriegsergebnis, das sich aus militärischer und staatlicher Zentralisierung ergab – war die Unterwerfung selbständiger Regungen im werktätigen Volke, die tatsächliche und bleibende Vernichtung der demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution.

Nicht genug, daß die bürgerlichen Parteien abgeschafft, die staatliche Gewaltenteilung, die Pressefreiheit und jeglicher Parlamentarismus verworfen wurden. In den Verbotspraktiken gegen Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und dem stetigen Argwohn gegen die Menschewiken offenbarte sich die Tendenz zum Ein-Partei-Regime, zur Liquidation aller Organisationsformen demokratischer Eigenständigkeit und Kritik. Den Schlußpunkt setzte die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands, der unter der Losung »Sowjets ohne Bolschewiki!« erfolgte. Der Bürgerkrieg und somit die Revolution endete 1921 mit der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei. Der Staatstitel »Sowjet-Republik« gebrauchte zwar den Namen der Basisdemokratie, die 1917 als »Revolution von unten«, als vielfältiger und organisierter Volkswille gegen Zarismus und bürgerliche Regierung gestritten hatte. Doch die basisdemokratischen Institutionen waren nun von den Bolschewiken selbst zurückgedrängt oder gar zerschlagen worden.

Abschließend sei an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die der Volkssozialist Mjaskotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im ganzen Verlauf der Russischen Revolution aus den damals genannten Klassen und Schichten geworden? – Die zaristische Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie entkam entweder ins Ausland oder verbarg sich unter Preisgabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen Strukturen. Das von Mjaskotin nicht beurteilte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler, weiteren Gewerbetreibenden, die in der bürgerlichen Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sozialem Auf- oder Abstieg leben, vegetierten in den Abgründen des Schwarzhandels und des Ruins. Allein die Arbeiterklasse, die im Februar zuerst auf die Straße gegangen war, hatte Losung und Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen, hatte im Bürgerkrieg die Stoßtruppen der Roten Armee verkörpert, war aber durch Kämpfe und Hunger stark dezimiert. Die Intelligenz, soweit sie anfangs für die Erneuerung Rußlands begeistert war, fühlte sich seit Oktoberumsturz und Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlich-demokratischen Länder des Westens emigrierten.

Ein Beispiel ist Maxim Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, daher die Machteroberung der Bolschewiken ablehnte. Was sie wagten, sei ein »grausames Experiment am lebenden Körper Rußlands«, wobei vor allem das noch junge Proletariat als Material für den Versuch einer Weltrevolution mißbraucht werde. In der Petrograder Tageszeitung »Nowaja Shisn« verfocht der Schriftsteller seine »Unzeitgemäßen Gedanken« einer politischen Alternative: ein Bündnis der Intelligenz mit der organisierten Arbeiterschaft, um die Revolutionswirren zu beenden und sogar einsichtige Industrielle für den Wiederaufbau Rußlands zu gewinnen. Es waren Ideen, die im Jahre 1918 nichts anderes als Ablehnung und das Verbot der Zeitung zur Folge hatten.

Bleiben noch die vielen Millionen der Landbevölkerung. Die Massenlosung »Der Boden den Bauern!«, von den Bolschewiken selbst aufgegriffen und in Gesetze überführt, hatte die Lokalherrschaften der Gutsbesitzer hinweggefegt, aber nicht bewirkt, daß der Großgrundbesitz in genossenschaftliche Musterwirtschaften verwandelt wurde. Neben weiteren Bedenken in Rosa Luxemburgs Gefängnisschrift hatte schon das (bei aller Sympathie für die Oktoberrevolutionäre) zur Kritik gereicht. Aber da war auch noch die Differenzierung in grundbesitzende Bauern und Dorfarmut – und ebendiese eskalierte infolge der bolschewistischen Agrarpolitik im Sommer 1918 zum offenen Bürgerkrieg. Die reichen und mittleren Bauern, die bislang in den Dorfsowjets das Sagen hatten, sahen sich dem Angriff von mehr als hunderttausend »Komitees der Dorfarmut« ausgesetzt, wobei sie 50 Millionen Hektar Land von 80 Millionen einbüßten. Diese erste »Entkulakisierung« führte wiederum nicht zu Kollektivwirtschaften, sondern zu Kleinbauernstellen, zum Rückgang der Produktion und bewaffneten Widerstand der Enteigneten. Gorki kritisierte: Das sei »ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung«. Statt strategischer Agrarpolitik praktizierten die Bolschewiken in ihrer Notlage den »Kriegskommunismus« und den »Roten Terror« zwecks Sicherung eines nur spärlichen Lebensunterhalts. Es war ein Verfahren, das den Namen der Gesellschaftspolitik schwerlich verdiente und nach dem Sieg über die Interventionen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch immer flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiken auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die staatskapitalistische NÖP. Sie wagten jedoch zur selben Zeit noch einmal einen Versuch in Richtung »Weltrevolution«, indem sie mit Hilfe der Kommunistischen Internationale die proletarischen Märzunruhen in Mitteldeutschland anheizten, die aber gänzlich mißlangen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands ungemein schädigten.

So bleiben am Schluß der historischen Tragödie zwei polemische Feststellungen. Erstens können die unmittelbaren Revolutionsresultate von 1917 bis 1921 den zweifelhaften Titel der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«

keinesfalls rechtfertigen. Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte müßte im Traditionsverständnis heutiger Sozialisten und Kommunisten ernstlich geprüft und präzisiert werden. – Zweitens aber sollte die historische Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die Krise Rußlands und damit die Revolution bewirkte, daß ebendiese Staaten der anti-kapitalistischen Sowjetmacht den erbittertsten Widerstand entgegensetzten. Selbst vom Blut der Millionen Kriegstoter und Verwundeter besudelt, isolierten sie den jungen Staat durch diplomatische Invektiven, verteufelten sie ihn durch antikommunistische Hetze, und sie zwangen durch ihre Interventionen auch ihn zum blutigen Aderlaß.

## Schöne neue Welt

Zwischenbilanz aktuell (2000)

Was für ein schöner Jahrhundertbeginn. Ein Waffenhändler schmierte die Borse der christlichen Regierungspartei, damit Thyssen eine Panzerfabrik in Kanada aufrüstete. In zynischer Phrase nennt er es »Landschaftspflege«. – Die »sozial« und »ökologisch« daherkommende Nachfolgeregierung genehmigte ihrer Rüstungslobby die Lieferung des neuesten Kampfpanzers »Leopard II« an die türkische, auf Menschenrechtsbruch und Kurdenjagd spezialisierte Armee. Es sei »nur ein einziges Testfahrzeug«. Man spielt unsere Proteste herunter, hält aber die lukrative Bestellung von 1 000 Stück als Option der deutsch-türkischen NATO-Bruderschaft vorsorglich unterm Tisch. – Eine eiserne Jungfrau von Niedersachsen erstritt vor Europas hohem Gerichtshof ihr Anrecht auf Kampfanzug und tödlichen Waffengebrauch. Sogleich sprach der Bundesminister für »Verteidigung«, seit dem Vorjahr schon Kriegsminister, von »Gleichberechtigung der Frau« (die sonst doch zuerst auf die Straße gesetzt, an den Kochtopf verwiesen wird). Er läßt Personalstellen vorplanen und erwartet den Umsturz des Grundgesetzes, das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine Bewaffnung der Frauen nicht vorgesehen hatte.

Ist das die Spitze des Eisbergs, der im Fachjargon »Disposition zur Kriegsführung« heißt? Es sind nur Indizien, eine Art flüchtiger Vögel auf dem klirrenden Monstrum, das uns frieren, womöglich gar sterben macht und das tief in die Abgründe der Staatenwelt reicht. Da sind die zahllosen Waffenwerkstätten und Forschungslabors, bevölkert von Leuten, die, von humanen Geboten der Ethik unbeschwert, den Tod denken, erfinden, fabrizieren – und unterhalten von Kreaturen, die aus jedem Mordwerkzeug ihr Kapital wuchern lassen. Da sind Kasernen und Manövergelände, Flugplätze und Kriegshäfen, tatsächliche Kampfgebiete mit Millionen Soldaten, wobei der Zusatz »bis an die Zähne bewaffnet« nur ein niedliches Wortspiel wäre. Mobile Panzerkorps und Luftlandtruppen, global operierende Flotten und Bomberstaffeln. Einsatzbereite Atomwaffen und Trägerraketen, die den allegorischen Begriff der »Bombe« längst zur poetischen Untertreibung gemacht haben. Stützpunkte rund um den Erdball. Selbst im Kosmos allgegenwärtige Spionage- und Alarmsatelliten, militärsprachlich als »strategische Aufklärungs- und Leitsysteme« bezeichnet.

Um in der semantischen Schönfärbung zu verweilen: Was sind denn von alledem die »völkerverbindenden« Resultate? – Rüstungswettlauf, Erpressung und Geiselnahme, feindliche Staatenkonflikte und wirklicher Krieg. Alles in allem: Droh- und Explosivkräfte staatlich hochorganisierter, aber privatwirtschaftlich produzierter Militärgewalt. Noch immer gilt Krieg als Politik mit anderen Mitteln. Frieden ist Vorkriegszeit.

## 1.

Noch immer. Oder schon wieder? – Hatten wir nicht mit den Ideologien des Kalten Krieges gebrochen? Nicht Schluß machen wollen mit dem regierungsamtlichen Irrsinn, in einem Angstfrieden leben zu müssen, der auf dem höchst unsicheren »Gleichgewicht des Schreckens«, dem Risiko des atomaren Untergangs beruhte? »Pflugscharen« anstelle von »Schwertern«! So hatte doch der alttestamentliche Streitruif geheißен – angesichts der verschärften Gefahren zu Anfang der 80er Jahre: Brüsseler Raketenbeschlüsse der NATO, Konflikte in Polen, Invasionen in Afghanistan, Grenada und auf den Falkland-Inseln, »Nachrüstung« der Mittelstreckenraketen in der Alt-BRD und »Nach-Nachrüstung« in der DDR, Abbruch der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allzu kurz ist das Gedächtnis für vergangene Fakten. Doch damals fanden sich im »Osten« wie im »Westen« Menschen genug, die für eine Alternative eintreten mochten.

Ehe ein Holocaust der Menschheit geschah, war Vorrang für allgemeinhensliche Gattungs-Interessen vor politischen Gruppen-Interessen, war ebenso Schutz der nahen und fernen Umwelt, der natürlichen Lebensgrundlagen, geboten. Anstelle der Hypertrophie des Macht- und Klassenkampfdenkens mahnten wir gewaltfreie Konfliktlösungen und Dialog, friedlichen Wettbewerb und Kooperation der Gesellschaftssysteme an. Anstelle des verordneten »Wehrunterrichts« verlangten wir Friedenserziehung. Anstelle der hegemonialen Führungsrolle und des angemäßen Wahrheitsmonopols der Politbüros traten wir zum Zwecke des Weltfriedens für ein tolerantes Bündnis aller Sozialisten, überdies mit Pazifisten, Christen und Kirchen ein. Das Reform- und Friedensverlangen schien bald beflügelt durch »Perestroika« und »Neues Denken«: die weltpolitische Botschaft, die – nach 1917 – noch einmal von Osten kam. Dieser ist zu verdanken, daß mit den Gipfeltreffen der Präsidenten der Supermächte eine Umkehr von militärischer Bedrohung und Abschreckung zu gemeinsamer Sicherheit, also auch Abrüstung, einige Konturen gewann.

Das Ende der nicht-kapitalistischen Staaten Europas und damit der bipolaren Konfrontation kam plötzlich als die Strategen des »Westens« denken konnten. Bei den Demonstrationen, Podiumsdebatten, Medienauftritten, Runden Tischen hegten wir die durchaus vage Hoffnung: Man könnte durch die Entmachtung der bürokratisch-zentralistischen SED-Führungsorgane und der »Stasi« zu einem demokratischen Sozialismus gelangen, der im sozialen, politischen, nicht zuletzt moralisch-kulturellen Wettbewerb mit der Alt-BRD bessere Lebensbedingungen für das arbeitende Volk hervorbrächte. Unser Verfassungsentwurf enthielt Menschen- und Staatsbürgerrechte, die auf das Bonner Grundgesetz aufbauten, aber eine erweiterte, in den Massen basierende und durch Volksentscheid erwählte Demokratie verhiessen. In der Außenpolitik hielten wir – selbst nur mit friedlichen Mitteln vorgehend – völkerfreund-

liche Deklarationen und Vorleistungen zugunsten einer entschiedenen Abrüstung, sogar Entmilitarisierung in der Mitte Europas für nötig. »Ein wirklicher Friede in Deutschland und in Europa, gegründet im unbedingten Friedenswillen unseres Volkes, das dem Krieg und der Rüstung für immer entsagt – das wäre jetzt eine große Botschaft für die Völker der Welt« (Bock, UTOPIE konkret, 2/1990). So lautete die Quintessenz unserer Denkschriften an die letzten, diesmal frei gewählten DDR-Minister der Übergangsregierung des Lothar de Maizière. Wir wirkten für eine »Utopie«, die, in Jahrhunderten gewachsen, »jetzt zu verwirklichen« sei, und ertrugen den Spott, der uns »blauäugig« nannte. Es ist nun einmal die historische Rolle der »Linken«, daß sie in den Umbrüchen der bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß das »Menschen-Mögliche«, sondern auch das »Menschen-Notwendige« einfordern.

Immerhin formulierte der Moskauer Vertrag vom 12. September 1990, der dem vereinten Deutschland die völkerrechtliche Souveränität verlieh, das Friedensgebot (Art. 2), den Verzicht auf ABC-Waffen (Art. 3.1), die Reduzierung konventioneller Streitkräfte (Art. 3.2). Die Regierungen an Rhein und Spree gaben ihr Versprechen, »daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen« werde und »Handlungen, die geeignet sind [...], das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«, als »verfassungswidrig und strafbar« gelten. Boutros-Ghali, Generalsekretär der UNO, gemahnte an das Scheitern des Völkerbundes und sprach vom »glücklichen Geschick« der Vereinten Nationen: die Welt vielleicht doch noch im Sinne der Charta gestalten zu können. »Das Ende des Kalten Krieges hat uns vom Rande einer Konfrontation zurückgebracht, welche die Welt bedroht und unsere Organisation allzuoft gelähmt hat [...]. Es mag für unseren Planeten, der nunmehr aus anderen Gründen nach wie vor in Gefahr schwebt, nicht noch eine dritte Chance geben« (Agenda für den Frieden, 53).

## 2.

Mit dem Ausgang des Weltkonflikts zwischen den Großmächten des Kapitalismus im »Westen« und den Ländern des staatsmonopolistischen Sozialismus im »Osten« schwand die augenblickliche Gefahr des atomaren Infernos. Grund genug für ein befreites Aufatmen der Menschheit. Mehr noch: »Die Waffen nieder!« – Bertha von Suttners hundertjährige Losung – schien nicht weit vor dem Ziel.

Die USA und die NATO hatten ihren Feind, den »Kommunismus«, das demagogisch beschworene »Reich des Bösen«, verloren – somit auch den stets genannten Urgrund ihrer andauernden, sich modernisierenden Rüstungen, ihrer weltumspannenden Stützpunktpolitik und Kriegsbereitschaft, ihrer nie preisgegebenen Strategie des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Darf man annehmen, daß sich die profitorientierten Rüstungskonzerne glücklich schätz-

ten, künftig statt automatischer Handwaffen nur computerisierte Küchengeräte, statt Panzern und Bombenflugzeugen nur Drei-Liter-Autos und Solarkraftanlagen zu bauen? Darf man hoffen, das Pentagon und die NATO-Institutionen seien froh und bereit gewesen, den Großteil ihres kostspieligen Personals zu entlassen, damit dieses einen weniger martialischen Job suche?

Schon im Januar/Februar 1991 tobte der High-tech-Krieg »Wüstensturm« gegen den Irak, der allerdings durch seine Aggression gegen Kuwait keineswegs schuldlos war. Je länger die amerikanisch-britische Strafexpedition dauerte und irakische Ölfelder brannten, desto mehr erhob sich aber die Frage der Zweck-Mittel-Relation. Wer jetzt für ein konsequentes Embargo, jedoch auch gegen die sechswöchigen Bomberangriffe und den zynischen Test neuester Waffen auf die Straße ging, erfuhr das Alarmgeheul und die speienden Wasserwerfer einer gesamtdeutschen Polizei. Obwohl am Persischen Golf selbst nicht beteiligt – jetzt war ganz Deutschland ein NATO-Mitglied. Bonner Minister predigten erhöhte Verantwortung für Europa, sogar für die Welt und verschrien »Friedenstrottel«, die das Ansehen der neuen und großen BRD im Ausland beschädigen würden.

Die Hymnen und die Friedensschwüre der Wiedervereinigung waren verklungen. Nun waren und sind andere Texte zu lesen. Francis Fukuyama zum Beispiel, Planungsspezialist des US-Außenministeriums, bilanziert das Ende des Kalten Krieges und schreibt über kommende heiße Kriege mit Berufung auf den Philosophen einer längst verflossenen Epoche: »Ohne den Krieg und die Opfer, die er verlangt, wird der Mensch laut Hegel verweichlicht und egozentrisch; die Gesellschaft versinkt in eigensüchtigem Hedonismus, und die Gemeinschaft wird letztlich zerfallen.« Mit der Kaltschnäuzigkeit des Schreibtischstrategen fügt er hinzu: »Eine liberale Demokratie, die alle zwanzig Jahre einen kurzen, entschlossenen Krieg zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit führen könnte, wäre bei weitem gesünder und zufriedener als eine Demokratie, die in dauerhaftem Frieden lebt [...]« (Das Ende der Geschichte, 434 f.).

Es mag nicht vergessen werden, daß hier der Verstand eines Liberalismus waltet, der auf den Vorrang des kapitalistischen Eigentums gerichtet ist und in allen bürgerlichen Revolutionen seit 1640/49 und 1688/89, 1776 und 1789 die sozialen Erwartungen der kämpfenden Massen enttäuscht, die Volkssouveränität geschmälert, die Volks-Demokratie erstickt, die unterentwickelten Völker ins Kolonialjoch gebeugt hat. Die gedachte Demokratie, mit liberalistischen Konstitutionen und Kapitalbewegungen, ist heute in den G-7-Staaten verkörpert – unter Vormacht der USA. Nach dem Ableben der Pax sowjetica beharrt die Pax americana auf einer Weltwirtschaftsordnung, in der 80 Prozent der global verfügbaren Ressourcen von jenen 20 Prozent der Weltbevölkerung verbraucht werden, die in den reichen Ländern des Nordens leben. Pax americana im Verbund mit den »westlichen« Großmächten steht für das »Zentrum«, das mit dem Schlachtruf »Globalisierung« die absolute Hegemonie ge-

winnen will. Es versucht, seine Gesellschaftsordnung, Kapitaldominanz, formaldemokratischen Werte den historisch und kulturell anders gewachsenen Völkern der »Peripherie« zu oktroyieren – und es verfügt dabei über mindestens fünf Monopole: die Überlegenheit der Technik und Technologie, die Kontrolle der globalen Finanzströme, den weltweiten Zugang zu den natürlichen Ressourcen, die Herrschaft über Medien und Kommunikationen, nicht zuletzt den Besitz der zahlreichsten und neuesten Massenvernichtungswaffen. »Freiheit« und »Unabhängigkeit«, die reizenden Worte aus Fukuyamas Begriffsdschungel, bedeuten für diese durchaus souveränen, wohlhabenden und hochgerüsteten Staaten nichts Geringeres als »freien Zugang« zu allen gewünschten Naturschätzen, Billiglohnkräften, Kapital- und Warenmärkten im »Rest der Welt«.

Von »unseren nationalen Interessen« spricht Präsident Clinton, wenn er die bestausgerüsteten Boys in den Einsatz fern von Washington schickt. Könnte es sein, daß Amerikas Golfkriege im Namen des UN-Sicherheitsrats zu »schlechter« Letzt um Kuweits Erdöl, die Bodenschätze der ganzen Region geführt wurden? Abgesehen vom angstmachenden Exempel militärischer Überwucht – zensurgerecht auf den Bildschirm gezaubert. Wie Zeus seinen Feuerstrahl fiktiv über die wehrlosen Völker des Altertums warf, so schleudern raketenbestückte Piloten ihre tödliche Fracht realiter auf den nahezu verteidigungsunfähigen Gegner. 1 : 1000 etwa beträgt der Verlust auf beiden Seiten der Front. Ein solcher Krieg hat sein Wesensmerkmal, Zweikampf zu sein, verloren. Unablässige Rüstung der High-tech-Waffen scheint zu genügen, hinfort geringer gewappnete Staaten und Völker zu erpressen, zur Botmäßigkeit zu zwingen. Vielleicht ist die Voraussage ernst zu nehmen, wonach künftig etwas weniger Krieg, desto mehr Gewalt sein wird.

Doch Hegemonialmacht braucht Rüstung. Rüstung braucht »Schurkenstaaten« und »Kriegsgefahr«: das Bild eines akuten oder künftigen Feindes. Da ist nach dem Bestsellerautor Fukuyama auch der Bestsellerautor Samuel P. Huntington im Gespräch. Für den Politologen und Berater des Pentagon gerät nach dem Ende des Kalten Krieges sozial gegensätzlicher Gesellschaftssysteme nunmehr ein Krieg der Kulturen, der Kulturkreise in Sicht, die durch verschiedene Weltanschauungen, Religionen, Werte, Gesellschaftsstrukturen geprägt sind. Die »Interessen« der USA würden insbesondere durch den Aufstieg Chinas, des konfuzianischen Kulturkreises, und durch die Expansion des Islam bedroht. »Auf jeden Fall werden asiatisches Wirtschaftswachstum und muslimischer Bevölkerungsdruck in den kommenden Jahrzehnten zutiefst destabilisierende Auswirkungen auf die etablierte, westlich dominierte internationale Ordnung haben. [...] Infolgedessen werden die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts die anhaltende Resurgenz nichtwestlicher Macht und Kultur sowie den Zusammenprall der Völker nichtwestlicher Zivilisationen mit dem Westen und miteinander erleben« (Kampf der Kulturen, 188 f.). Damit der

»Westen« politisch und wirtschaftlich überdauere, müßten die USA »ihre Identität als westliche Nation bekräftigen und es als ihre globale Rolle definieren, die Führungsnation der westlichen Kultur zu sein« (507).

### 3.

Wir sind wieder wer! hörte man allzu bald nach der deutschen Wiedervereinigung aus Bonner Regierungskreisen. Dem Weißen Haus sichtlich voraussehlend, anerkannte Außenminister Gentscher die Sezession und die staatliche Souveränität Sloweniens und Kroatiens: Die BRD war 1991 unter den Staaten der erste, der die Axt an Jugoslawiens Vielvölkerschaft legen half. Serben, die (anders als kroatische Ustascha) in zwei Weltkriegen auf der richtigen Frontseite, also gegen die Aggressoren Deutschland und Österreich, gekämpft und gelitten hatten, wurden benachteiligt, verteufelt, vertrieben. Seitdem ist Jugoslawien der Kampfplatz ethnischer und zugleich nationalistischer Volksgruppen: die offene und quälende Krebswunde Europas.

Vor diesem Hintergrund haben Politiker und Militärs der NATO zum Wandel ihrer Strategie geblasen. Schon 1992 ist in den Richtlinien des deutschen Bundesministers der »Verteidigung« von künftigen Bundeswehreinsetzungen für »vitale Sicherheitsinteressen« die Rede: »Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung« (Bonn, 26. November 1992, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Ziffer 8). Vier Monate später, am 19. März 1993, verlaubliche Außenminister Kinkel, Gentschers Nachfolger, in der FAZ: »Gegenwärtig bewegen wir uns vom Interventionsverbot im Namen staatlicher Souveränität hin zum Interventionsgebot im Namen der Menschenwürde und humanitären Hilfe« (Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung. Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt). Menschenrecht bricht Völkerrecht: endlich – oder bedenklich?

Wo immer Menschen verfolgt werden, die vor dem Maßstab der Humanität unschuldig sind, bleibt eine »höhere Macht« zu wünschen, die »Recht auf Leben« sichert und den Codex der Menschenrechte vermittelt. Da Gott nicht barmherzig und keineswegs allgegenwärtig ist, muß dies die UNO sein – aufgrund eines stets verbesserten Völkerrechts und unbeeindruckt von Machtinteressen einzelner ihrer Mitglieder. Fukuyama freilich hält wenig davon. Nach seiner Ansicht ist »souveräne Gleichheit aller Mitglieder« ein Geburtsfehler der Vereinten Nationen, so daß er seiner Regierung rät, sich »mehr an der NATO« zu orientieren (Ende der Geschichte, 379). Tatsächlich reifte im ursprünglichen Atlantischen »Verteidigungs«-Bündnis das Schlangenei, das »out of area« heißt: Militäreinsatz außerhalb der Bündnisregion, um Streitparteien gewaltsam zu befrieden, wobei auch eigene Interessen nach Gutdünken zu erfüllen sind. Volker Rühle, CDU-Fachminister für potentielle Militärinterventionen, beanspruchte gar den hehren Begriff »Friedensethik«, um die In-

terventenrolle zu beschönigen, hingegen Pazifisten und Antimilitaristen zu entmündigen (Rede in der Hamburger Sankt-Katherinen-Kirche, 5. Februar 1996). In der Schule von Amerikanern und Briten haben Bundeswehrkontingente erste und wachsende Erfahrungen gesammelt: Kambotscha, Somalia, Bosnien und Herzegowina. Aber der blanke Sündenfall der Außen- und Militärpolitik Deutschlands, das in der historischen Stunde der Wiedervereinigung seine »Friedenspflicht« gelobte und dem »Angriffskrieg« abschwur, heißt »Kosovo« – richtiger: Angriffskrieg gegen den überlebenden Rest der Föderativrepublik Jugoslawiens.

Das erste Opfer eines jeden Kriegs ist die Wahrheit. Gewiß sind Serben an allen nationalistischen und ethnisch begründeten Konflikten des ehemaligen Staatsgebiets schwerwiegend beteiligt. Und gewiß verletzte die Belgrader Zentralregierung das Minderheitenrecht, als sie die Unruhen der albanischen Kosovaren mit dem Entzug der Autonomie, mit Repressalien und Vertreibung beantwortete. Daß aber Serben die ganz alleinigen Bösewichter des Balkans seien, ist die Propagandalüge der NATO, die Falschmeldung deutscher Regierungen und Medien, die eine Zerschlagung der Föderativrepublik und ihres staatlichen wie gesellschaftlichen Eigentums seit nunmehr zehn Jahren betreiben. Unter den fünf Millionen Flüchtlingen befindet sich eine Million Serben; auch sie beklagen ihre Toten, ihre verlorenen Heimstätten. Die Verhandlungen in Rambouillet mißachteten Jugoslawiens Souveränität gröblichst, indem sie die Militärkontrolle der NATO im gesamten Staatsterritorium verlangten, wobei dieser Annex B des ultimativen Vertragstextes der Öffentlichkeit verschwiegen wurde. Unterwerfung im Frieden oder durch Krieg – hieß die einzige Alternative. Allein die Serben sollten als die Rechtsbrecher gelten.

Jedoch die NATO-Offensive brach Völkerrecht. Es existierte kein UNO-Mandat. Die sich selbst mandatierenden Paktmächte vollzogen den bereits angekündigten Salto mortale vom Verteidigungs- zum Interventionsprinzip. Ihr Angriff ignorierte den Rechtsgrundsatz der Staatssouveränität, der auch dem UNO-Mitglied Jugoslawien zusteht. Während die deutschen Außen- und Kriegsminister zum Tyrannenmord an Milošević aufhetzten, wurde die gesamte serbische Zivilbevölkerung als Geisel genommen. Die Folgen könnten unter anderen Konstellationen wohl Kriegsverbrechen bedeuten: Verwundete, Tote und noch mehr Vertriebene unter jugoslawischen Staatsbürgern. Zerstörung der zivilen Infrastruktur mitsamt der internationalen Donauschiffahrt. Wiederum Mißbrauch des Kriegs zum Test verbotener und neu entwickelter Waffen (Streu- und Splitterbomben, Uranmantelgeschosse und Graphitbomben). Aufheizung des Hasses und der Vertreibungswut unter allen Bewohnern des Kosovo. Es war ein siebenwöchiges Schlachtfest, bei dem die höhnischen Überflieger selbst nichts riskierten und die von ihnen gemordeten Zivilisten, die bombardierten Eisenbahnen, Brücken, Fabriken, Auslandsbotschaften als zufällige »Kollateralschäden« abrechneten. Dieser Krieg sei für

den Frieden notwendig! tönte die tägliche Medienlosung. Sie war das verlängerte NATO-Schwert, das die Friedensbewegungen enthaupten sollte.

Ist dieser schreckliche Vorgang, den wir nicht »Kosovo«, sondern NATO-Krieg nennen, das Menetekel des neuen Jahrhunderts? Oder darf man mit historisch verlängerter Geduld wieder einmal auf die Vernunft der Staaten und der Völker hoffen? Jetzt, da die Rauchschwaden verzogen, die Toten verscharrt, die Ruinen geblieben sind, kommt die Frage auf, wie lange die NATO-Besetzung im Kosovo dauern und wer alles wie viel für den Wiederaufbau zahlen soll. Wann und wie wird Jugoslawien einen Frieden bekommen? – Die staatsnahen Medien, die den Angriffskrieg, die Aggression also, wie im Veitsanz begleitet haben, schweigen sich über Kriegsfolgen aus. Die Politologen orakeln über »antihumanitären Humanismus«, über nötige und leider auch fragwürdige »Doppelmoral«. Sogar im Lager der Krieger zischelt das Unbehagen: Die Deutschen hätten die Amerikaner in den Balkankonflikt hineingezogen. Die Amerikaner hingegen hätten der Europa-Union just in den Geburtsstunden des EURO zeigen wollen, wer die Welt-Ordnungsmacht sei. Die Militärintervention als Friedensmittel erscheint zweifelhaft. Schon wird auf das Gegenbild »Südafrika« gewiesen, wo ein langes und konsequentes Embargo den Krieg vermieden, die Apartheid gebrochen hat. Aber die atlantischen Strategen liegen im Fangeisen ihrer eigenen martialischen Politik: Nur lau ist ihr Einspruch gegen Rußlands Kaukasuskrieg – wobei sie doch unter der Hand ein »nationales Interesse« an Tschetscheniens Sezession wie an der ganzen Öl- und Handelsregion vom Kaspischen Meer bis zum Balkan hegen.

#### 4.

Noch immer besteht die fatale Alternative, in der seit Jahrhunderten zwei Entwicklungslinien widerstreiten. Die erste und dominierende Linie offenbart Tendenz und Triebkräfte von Staatspolitiken, die mit den Mitteln des Hegemoniestrebens, der permanenten Rüstung und der verheerenden Kriege zum Ruin der Moral und Kultur, zum Massenmord »von Staats wegen«, letzten Endes zum Exitus der Menschheit führen. Die zweite, gegenläufige Linie aber bezeugt das Bedürfnis und die Interessenträger einer anderen Politik: Sie ist verkörpert in Friedensdenken und Friedensbewegungen, Menschenrechtsdeklarationen und Völkerrechtsgeboten, Völkerfreundschaften und universalen Föderationen, die auf vernünftige und friedliche Konfliktlösungen abzielen – auf eine Verwirklichung gemeinsamer Sicherheit, Gleichberechtigung, Solidarität und schließlich des Weltfriedens. – Krieg oder Frieden? Von Machtstreben verursachte Katastrophen oder von Friedenswillen rational gesteuerte Entwicklung? Welche Kraft dieser entscheidenden Alternative wird in Gegenwart und Zukunft obsiegen?

Vor diesem welthistorischen Hintergrund haben führende PDS-Politiker in den Monaten vor dem Münsteraner Parteitag (April 2000) die Möglichkeit ver-

fochten, Militäreinsatz und Krieg aufgrund von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats im »Einzelfall« oder auch »Ausnahmefall« bejahen zu können. In der Partei, die sich nach den Golfkriegen als »dem Pazifismus verpflichtet«, sogar als »entschiedene Gegnerin von Kampfeinsätzen jeglicher Art, ob unter UNO- oder NATO-Helmen«, erklärte (Zum 50. Jahrestag der UNO-Gründung), ist die leninistische Unterscheidung zwischen guten und bösen, »gerechten« und »ungerechten« Kriegen wieder aufgekommen. Was von den »realpolitischen« Diskussionsmachern nicht ganz und gar unmißverständlich als höchstes Prinzip verfochten wurde, ist das unbeirrte Nein gegen Militärgewalt und Krieg, ihre Ersetzung durch alle nur möglichen Initiativen und Instrumentarien zwecks Konfliktlösung und Friedensstiftung. Nomen est omen: »Pazifismus« ist in ihrem (allerdings fehlgeschlagenen) Antrag an den Parteitag gestrichen worden. Sind denn nicht Produktion und Einsatz der Nuklearwaffen, der sonstigen massenvernichtenden Mordwerkzeuge, eine Todesgefahr für die Menschheit geblieben, so daß die pazifistische Maxime »Die Waffen nieder!« vernünftig ist? Hat nicht die ebenfalls pazifistische Losung »Pflugscharen statt Schwerter« vormals die Kraft der Friedensemotion von Millionen erwiesen und politische Entscheidungen erzwingen können? Trotz antimilitaristischer Beteuerungen des Parteivorstands: Ideen und Praktika der Friedensbewegungen – zumal der internationalen Konflikt- und Friedensforschung – scheinen durch lebendige Zusammenarbeit keineswegs ausgeschöpft.

Wohl könnten Situationen aufkommen, wo ein Aggressor oder ein Massenschlächter á la Pol Pot durch militärische Aktivitäten der UNO in eine gewünschte Weltfriedensordnung gezwungen werden muß. Der PDS stünde es dabei wohl an, in Kooperation mit anderen Friedenskräften dafür zu wirken, daß Konflikte möglichst mit unkriegerischen Mitteln befriedet, im Falle einer unvermeidbaren Militärintervention die Zweck-Mittel-Relation streng kontrolliert und imperialistische Vorteilsnahme durch die von der UNO beauftragten Staaten ausgeschlossen würde. – Doch überhaupt: Ist jetzt die übereilte Erwägung des Jaworts für Militäraktionen und Krieg die gebotene Klugheit einer alternativen Partei? Wäre nicht Entmilitarisierung in der Mitte Europas, wenigstens die Beseitigung von ABC-Waffen, die bessere Streitsache? Könnte nicht selbst Japans halbhundertjährige Verweigerung, an Kriegen teilzunehmen, eine militärpolitische Ermutigung sein?

Noch ist Zeit, der Menschheit ein Zeichen zu setzen: Ein ehrlicher Friede, gegründet im Friedenswillen von Deutschen, die dem Krieg und der Rüstung entsagten – das allein wäre die große Botschaft für die Völker Europas, der Welt. Der blanke Hohn, der da von »Blauäugigkeit« spricht oder gar »Friedenstrotzel« verteufelt, ist erträglich. Auch zu Jahrhundertbeginn gilt der Satz: Es ist die geschichtliche Rolle der »Linken«, daß sie in den Umbrüchen der bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß das »Menschen-Mögliche«, sondern auch das »Menschen-Notwendige« einfordern.

## Textnachweise mit Anmerkungen

### »Ich glaube nicht an mechanischen Siegeslauf«

Interview für »Sonntag«. Kulturpolitische Wochenzeitung, hg. vom Kulturbund der DDR; aufgenommen von Ilse Ziegenhagen, veröffentlicht am 17. Juni 1983 (Nr. 29). Die Publikation erfolgte im Jahr der Aufstellung modernisierter Mittelstreckenraketen auf beiden Frontseiten des Kalten Krieges, zumal auf den Territorien der beiden deutschen Staaten. Auch der Abbruch der Genfer Abrüstungsgespräche seitens der Sowjetunion und die Erklärung ihres Unterhändlers, vor einer Rücknahme der neuen NATO-Raketen nicht mehr an den Verhandlungstisch zurückkehren zu wollen, verschärften mein Bewußtsein für die sehr angespannte Weltsituation. In der DDR traten Friedensgruppen auf, die mit der alttestamentlichen Losung und Forderung, alle »Schwerter zu Pflugscharen« umzuschmieden, vom Staatsapparat der DDR aufgrund der geltenden Militärstrategie keinesfalls wohlgeleiteten waren. Vor diesem Hintergrund erschienen mir aber sofortige Friedensinitiativen und entsprechende Aktivitäten als unabdingbar. Meine Mittel waren nur Rede und Schrift. Beispielsweise in diesem Interview: Der kritische Umgang mit dem herrschenden Dogma der historischen Gesetzmäßigkeiten, insbesondere der sakrosankten Epochendefinition des »gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus«, wodurch seit Jahrzehnten irrtümliche Gewißheiten genährt wurden, bot Ermutigungen für das eigenständige Denken, aber auch Angriffsflächen für die politische Zensur. Zur Verschleierung wählte die Redaktion den unverfänglichen Titel »Wenn einer Bernstein finden will«. Gleichwohl wurde die Interviewreihe, die Lenins historische Fragestellung »Was tun?« in den aktuellen Imperativ »Was tun!« verwandelte, infolge obrigkeitlichen Entscheids abgebrochen. Wegen des Interviews und der Mißachtung institutioneller Zensurbestimmungen wurde mir an der Akademie der Wissenschaften der DDR eine »Verwarnung« erteilt. Durch den jetzigen Titel stelle ich den Kerngedanken meines damaligen Anliegens aus.

### Für wen »arbeitet« ein Weltkrieg?

Vortrag unter dem Titel »Zum Charakter der gegenwärtigen Epoche und zur Hauptthematik marxistischer Historiker«, gehalten am 2. Mai 1984 in Berlin auf einer Tagung des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft der DDR, die den »Aufgaben der Historiker im Friedenskampf« gewidmet sein sollte. Der vorhergehende Historikerkongreß (1982) hatte noch den Vergleich zwischen sozialistischer und bürgerlicher Revolution thematisiert, wobei Sensibilität für die Mängel des sogenannten realen Sozialismus, überdies für die Dramatik der militärischen Aufrüstungen und somit der internationalen Lage kaum

zum Ausdruck kam. Mit größter Verspätung war dies nun die erste Präsidiumstagung, die Probleme von Krieg und Frieden in der Geschichte erörterte. Weil unorthodoxe Gedanken infolge des Gegenstands zu erwarten waren, taten wissenschaftspolitische Leiter, was ihnen klug schien: Sie blieben vorsorglich abwesend. Am Abend desselben Tages aber wurde mein Vortrag, dank der Initiative der leitenden Redakteurin Marianne Thoms, von Radio DDR II ausgestrahlt. Was den am Schluß befindlichen Fragespiegel betrifft, so blieb ich hinfort bemüht, zu allen genannten Problemen wissenschaftliche und publizistische Veröffentlichungen vorzulegen. Zunehmend faßte ich mich nicht mehr nur als Historiker, sondern auch als ein sozialistisch gesinnter Friedens- und Konfliktforscher auf. Das umfassendste Projekt, das ich demzufolge als Initiator und Herausgeber leitete, zusammen mit Marianne Thoms und 57 Autoren verschiedener Fachdisziplinen der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften zur Publikation brachte, war nach mehrjähriger Arbeit das Sammelwerk: »Krieg und Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart«, Berlin: Dietz Verlag 1989 (748 S.). Das Projekt wurde von der inzwischen erneuerten Direktion des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften gutgeheißen und materiell gefördert. Doch zur Zeit der »Wende« hatte das Buch auf dem nun gesamtdeutschen Markt keine Chance, so daß einzelne Exemplare des Titels heute nur noch in wenigen Sammelstellen der DDR-Literatur zu finden sind.

### **»Der Scheißkrieg ist zu Ende!«**

Interview für Wochenzeitung »Sonntag«, aufgenommen von Charlotte Groh, erschienen am 5. Mai 1985 (Nr. 18) unter dem Titel »Erkundungen nach den Vätern«. Anlaß war der 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Indem ich diesen Text in die Sammlung übernehme, möchte ich ein politisch-geistiges »Ur-Erlebnis« dokumentieren, das mein gesamtes weiteres Leben geprägt hat. Die Erfahrung von Faschismus, Weltkrieg, Gefangenschaft und späterer Remilitarisierung entschied, daß ich zum Kriegsgegner wurde, auch zum Verfechter einer gesellschaftspolitischen Alternative, die der Restauration des großen Kapitals und seiner Politik in Deutschland widerstrebte. Wenn mich Stalins Kundgabe von 1942, allgemein erst 1945/46 verbreitet, tief berührte, so hängt dies mit meinem damaligen Innenbild zusammen, in dem politische Rat- und Ziellosigkeit vorherrschte. Ich glaubte, in diesem Text die Zusage für eine politische Fortexistenz meines Volkes erkennen zu können. Zum Kritiker Stalins wurde ich erst 1956. – Unter der Metapher »Väter« sind Frauen und Männer der älteren Generation und zugleich des antifaschistischen Widerstands gemeint, die mir in den Jahren nach 1945 vertraut wurden: Gertrud Rosenow (gemäßregelt in Dt.), Ruth Kraft (Emigrantin Sowjetunion, Gulag), Walter Barthel (Konzentrationslager Dt.), Ernst Engelberg (Emigrant Schweiz, Türkei), Hans Mayer (Emigrant Schweiz), Walter Markov (Zuchthaus Dt.), Jürgen

Kuczynski (Emigrant Großbritannien), Karl Obermann (Emigrant USA), Heinrich Scheel (Zuchthaus Dt.), Wolfgang Ruge (Emigrant Sowjetunion, Gulag).

### **Kein Ort. – Nirgends?**

Diesen Text schrieb ich bereits im Sommer 1985 mit einiger Verzweiflung über die Weltsituation und stagnierende Zustände im »realen Sozialismus«, wo Friedensbewegungen unterdrückt, demokratische Entwicklungen verabsäumt wurden. Der Titel, den ich der aktuellen Belletristik entnahm, aber von einer Aussage (»Nirgends«) zur Frage veränderte, entsprach einerseits meiner gedrückten Stimmung, schwebte daher beständig meiner Niederschrift vor. Andererseits jedoch wollte ich mir und meinen potentiellen Lesern eine Hoffnung auf künftigen Wandel bewahren, der freilich gemäß meines Denkens nur auf reformatorischem oder gar revolutionärem Wege erreichbar schien. Ich reagierte daher auf einige DDR-Literatur, wo Gestalten der deutschen Romantik als Stoff freier Erzählung, nicht historischer Darstellung dienten. Dort wurden, so glaubte ich, die Resultate der Großen Revolution von 1789 kritisch an den unerfüllten Verheißungen der Menschen- und Bürgerrechte gemessen: reale Lebenssituationen geprüft, individuelle Ansprüche eingeklagt – wohl mit dem Empfinden, auch in der Gegenwart unbehaut zu sein, d. h. auch nach der Großen Revolution von 1917, ihren ebenfalls unerfüllten Menschen- und Bürgerrechten, an »Keinem Ort« und »Nirgends« eine wahre Heimstatt finden zu können. (Vgl. Christa Wolf, *Kein Ort. Nirgends*, Berlin/Weimar 1979; dieselbe, *Der Schatten eines Traumes. Karoline von Günderode – ein Entwurf*, in: *Fortgesetzter Versuch. Aufsätze, Gespräche, Essays*, Leipzig 1980) Diese aktualisierende Romantik-Rezeption, die den geschichtlichen Gegenstand als ein transparentes Vergleichsmuster benutzte, erschien mir mit ihren suizidschwangeren Dichtergestalten Günderode und Kleist zwar anklagend, aber auch resignativ und hoffnungsarm. Daher wollte ich mit Heinrich Heine eine Gestalt entgegenstellen, der romantische Sensibilität keineswegs fremd war, die aber mit ihrem Bekenntnis zur Französischen Revolution zum geistigen Überwinder deutscher Zustände und literarischen Aufrührer im europäischen Revolutionsjahr 1830 wurde. Das Ergebnis meiner Arbeit widmete ich mit dem jetzt wiederholten Titel dem antifaschistischen Widerstandskämpfer und Jakobinismus-Forscher Heinrich Scheel auf dem Ehrenkolloquium am 12. Dezember 1985 anlässlich seines 70. Geburtstages. Der Vortrag erschien in einer wenig gekürzten Fassung in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9/1986 unter dem Titel: »Heinrich Heine und die Julirevolution. Revolutionär-demokratische Positionsbestimmung 1830.«

### **Der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen!**

1987 führte ich eine Auseinandersetzung mit dem Leipziger Historikerkollegen Kurt Holzapfel hinsichtlich seiner Ansichten über die französische Bour-

geoisie des »Juste-milieu« und den Lyoner Weberaufstand von 1831 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4/1987). Ich war für das strittige Thema vorbereitet, weil die soziale Eruption in meinem Buch »Die Illusion der Freiheit« (Berlin: Dietz Verlag 1980) schon einmal beschrieben wurde. Dennoch verfaßte ich sogleich nach dem Disput die neue, hier dokumentierte Niederschrift, die allerdings erst 1989 veröffentlicht wurde (»Der neue Bürgerkrieg. Geburtsschrei des proletarischen Klassenkampfes«, in: »Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte«, siehe oben). Ich faßte die Lyoner Ereignisse als eine frühe Erscheinungsform des sozialen Antagonismus auf, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum weltweiten Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, also zum Kalten Krieg führte. Wenn den Erfahrungen des heutigen Lesers das frühe Proletariat auch entrückt, die Arbeiterklasse in einem Prozeß der sozialen Differenzierung befindlich ist, so bleibt doch immer die Erinnerung, wohin Arbeitskämpfe und Armutspolizeien führen können, denen von Seiten des bürgerlichen Staats und des Unternehmertums mit polizeilich-militanten Provokationen begegnet wird. Damit verknüpft sich Einsicht in die historische Tatsache, daß nicht die Arbeiter die ursächlichen Angreifer waren. Frankreichs Regierungsparteien und nicht wenige radikal-kapitalistische Unternehmer preßten die Proletarier in die Aufstände von 1831, sodann von 1848 geradezu hinein. Die Bourgeoisie als Klasse – nicht als Vielfalt ihrer Individuen – ist vor dem »Richterstuhl« der Geschichtsbetrachtung von Ausbeutung, Unfrieden und Gewalt keineswegs freizusprechen.

### **Pazifismus und Marxismus**

Der Text entstand aus Vorträgen, die auf zwei internationalen Tagungen gehalten wurden: 1. »Pazifism and Marxism. Early Warnings before the First World War«, Moskau, Intern. Konferenz der Akademie d. Wiss. d. UdSSR: Ideen des Friedens in Geschichte und Gegenwart, 23. Juni 1987. 2. »Pazifismus und Marxismus. Frühwarnungen vor dem Ersten Weltkrieg«, Hannover, Intern. Kongreß: Kultur gegen Krieg – Wissenschaft für den Frieden, 28. November 1987. Die jetzt vorliegende Schriftfassung wurde zwecks thematischer Vorbereitung des letzten Historikerkongresses der DDR veröffentlicht: »Pazifistische und marxistische Frühwarnungen vor dem ersten Weltkrieg«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1989. Mein konzeptionelles Anliegen war die Überwindung traditioneller Animositäten, die von Marxisten-Leninisten gegen den Pazifismus und seine Verfechter gehegt wurden. Zudem war die Metamorphose von Marx und Engels, wodurch selbst diese »Begründer des Marxismus« von der Bejahung des revolutionären Krieges zur entschiedenen Ablehnung der Staatenkriege gelangten, in der DDR nicht rezipiert. Weil aber die Staaten des Warschauer Pakts auf ihrer Berliner Tagung am 29. Mai 1987 ihre Militärdoktrin ausdrücklich änderten und den Verzicht auf jeglichen Angriffskrieg erklärten, war es mir möglich, Friedensarbeit durch

viele weitere Vorträge und Publikationen zu betreiben, insbesondere mit Hilfe der »URANIA. Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse«. Meine speziellen Arbeiten über Bertha von Suttner gipfelten 1989 in der Vorbereitung einer historisch-kritischen Edition, die im Folgejahr erschienen und noch heute zugänglich ist: Sigrid u. Helmut Bock (Hg.), »Bertha v. Suttner. Die Waffen nieder! Ein Lebensbericht«, Berlin: Verlag der Nation 1990.

### **Die fatale Alternative**

Ursprünglich Referat, gehalten im Plenum des letzten Historikerkongresses der DDR, 31. Januar 1989. Abgesehen von der definitorischen Formulierung des Gegensatzes zwischen Krieg und Frieden sowie der ihn auskämpfenden Staatsmächte und Klassenkräfte in der Geschichte der Neuzeit, enthält der Text viele aktuelle Andeutungen, die in der krisenhaften Atmosphäre der DDR leicht zu entschlüsseln waren und bei Historikerkollegen auch Anklang fanden (Koexistenzfragen, Kritik des Präventivkriegskonzeptes, klassische bürgerliche Ökonomen gegen Militär und Krieg, revolutionärer Terror, Geschichtsbild der Napoleonischen Zeit, Metamorphose von Marx und Engels, Infragestellung des Konstrukts von »gerechten« und »ungerechten« Kriegen, Gebrauch des historischen Konjunktivs »Was wäre wenn?«). Dieses Alternativdenken war allerdings nicht nur an die Regierung der DDR, sondern auch an die BRD adressiert. Das Plenarreferat wurde in erweiterter, hier nun wiederholter Fassung publiziert: »Krieg oder Frieden im Zeitalter bürgerlicher Revolutionen«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 7/1989 sowie in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 7-8/1989.

### **Das süße Wort Frieden war nie vergessen**

Interview unter dem jetzt wiederholten Titel für die Halbmonats-Illustrierte »Freie Welt«, aufgenommen von Hans Bergmann, erschienen im Juli 1989 (Nr. 14). Die Interpretation und Kritik zum Historikerkongreß der DDR ist unverschlüsselt und leicht verständlich. Eine Aufarbeitung des geforderten Forschungsprogramms durch die DDR-Historiker scheiterte in der bald beginnenden »Wende«: Einerseits endete der Kalte Krieg und somit die Gefahr seines Umschlagens in eine unmittelbare Weltgefährdung, andererseits wurde die Geschichtswissenschaft der DDR im Zuge der deutschen »Wiedervereinigung« von staatstragenden Mächten der BRD zerschlagen.

### **Sturz der DDR-Regierung**

Ich übernehme den französischen Titel in seiner treffenden deutschsprachigen Bedeutung: »Wir sind unterwegs ...«. Beide Interviews wurden von Helen Brügger/Genf aufgenommen. Das erste Interview erschien in den »Réalités«, Genf, No. 45, am 9. November 1989 unter dem Titel »Avant la séance du comité central du SED. Nous sommes en route«; gleichzeitig im »Vorwärts«, Soziali-

stische Wochenzeitung der Partei der Arbeit der Schweiz, Basel, Nr. 45, ebenfalls am 9. November 1989 unter dem Titel »Die Regierung der DDR hat demissioniert. ›Wir sind unterwegs ...‹«. – Das zweite Interview erschien fünf Wochen später in: »Réalités«, Genf, No. 50, am 14. Dezember 1989 unter dem Titel »Les développements en RDA: Restauration ou saut qualitatif du Socialisme?«; auch in: »Vorwärts«, Basel, Nr. 50, am 14. Dezember 1989 unter dem Titel »Die Entwicklungen in der DDR: Restauration oder qualitativer Sprung?« Dem Leser wird nicht entgehen, daß Erfahrung und Urteilsvermögen in der soeben begonnenen Umwälzung erst wachsen mußten. Enthält das erste Interview vor allem additive Aussagen über die anfänglichen Volksproteste und die amtlichen Reaktionsweisen, wobei aber ein Plädoyer für weitere Demonstrationen deutlich wird, so bringt das zweite Interview analytische Aussagen über Ursachen der Systemkrise des »realen Sozialismus« und die Zielsetzungen demokratischer Sozialisten (PDS) im allerdings ungewissen Wandlungsprozeß. In beiden Fällen ist die Bejahung des Sturzes der alten DDR-Regierung und des SED-Monopols, also des demokratischen Wandels von Staat und Gesellschaft, nicht fraglich. Eine gesellschaftspolitische Restauration des Kapitalismus auf dem Territorium der DDR wurde jedoch abgelehnt.

### **Die Erblast Stalins**

Der Text wurde Anfang bis Mitte November 1989 geschrieben und erstmalig vorgetragen auf dem »Jour fix« des Verbandes der Bildenden Künstler Berlins am 27. November. Veröffentlichungen erfolgten sodann in Radio DDR II (Urania im Funk) am 20. Dezember, gekürzt in Zeitschrift »Wochenpost« (Nr. 51) am 22. Dezember 1989. Das löste eine Welle von Zuschriften und Diskussionen aus. Der Text erschien vollständig als Broschüre unter dem Titel »Stalinismus oder demokratischer Sozialismus? Von den Ursachen und Zielen unserer Revolution«, URANIA-aktuell, hg. v. Präsidium der URANIA, Berlin, Anfang Januar 1990 (29 S.). Diese Textfassung liegt der jetzigen Wiedergabe zugrunde. Meine Einschätzungen waren Gegenstand auf Podiums- und Vortragsveranstaltungen in Berlin, Frankfurt/Oder, Cottbus, Schwerin sowie auf dem Internationalen »Marxismus-Forum« in Zürich (3. Februar 1990). Um für das damalige öffentliche Interesse nur ein Beispiel zu nennen: Eine Podiumsdiskussion des »Neuen Forums« zum Thema »DDR – woher – wohin?«, die am 19. November 1989 in der Erlöserkirche zu Potsdam stattfand und an der ich als Diskutant auf dem Podium teilnahm, wurde von über zweitausend Menschen besucht.

### **Menschenrechte – Frieden – Fortschritt**

Die Rede wurde gehalten auf der Gedenkveranstaltung des Zentralvorstands der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) aus Anlaß des 200. Jahrestages der Französischen Revolution, Berlin, am 29. November 1989. Der

Text erschien unter dem jetzt wiederholten Titel in: »200 Jahre Französische Revolution. Ehrung der LDPD«, hg. v. Sekretariat des Zentralvorstands der LDPD, Berlin 1989. Auszüge veröffentlichte »Der Morgen«, Nr. 284 v. 2./3. Dezember 1989. Die LDPD, repräsentiert von ihrem Vorsitzenden Manfred Gerlach, bekannte sich damals ausdrücklich zu einer Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, wobei sie als Elemente ihres Traditionsverständnisses Carl von Ossietzky (»Die Weltbühne«) und den revolutionär-demokratischen Jakobinismus bezeichnete.

### **Politik des Notstands**

Im Januar 1990 sah ich die Hoffnungen auf eine sozialistische Erneuerung der DDR scheitern. In dieser für mich wiederum problematischen Situation erhielt ich von ausländischen Sozialisten, die sich bereits vor Jahrzehnten mehrheitlich vom Stalinismus losgesagt hatten (Partei der Arbeit der Schweiz), eine Einladung, bei ihnen über die Vorgänge in der DDR zu berichten. Ich überwand meine Skrupel, vor Sozialisten des Auslands negative Reports über den Sieg des Kapitalismus und die weltgeschichtliche Niederlage der Sozialisten geben zu müssen, durch die Ermahnung des Freundes und Staatsrechtlers Hermann Klenner (»Du mußt, wer denn sonst sollte es tun?«). So reiste ich am 1. Februar 1990, sprach auf Veranstaltungen in Basel, Bern, Frybourg und auf einem Internationalen Podium in der Kulturfabrik Zürich. Dabei erfolgte ein Interview für die »Basler Zeitung«, aufgenommen von Willi Herzig, publiziert am 3. Februar 1990 (Nr. 29) unter dem Titel »Modrow betreibt eine Politik des nationalen Notstands«. Das zweite hier nachgedruckte Interview wurde in Bern für den »Vorwärts« gegeben, aufgenommen von Helen Brügger und veröffentlicht in Genf am 8. Februar 1990 (Nr. 6). Titel: »Ich hoffe auf den Sieg der demokratischen Front«. Ich unterstützte die nationalpolitische Konzeption der Regierung von Hans Modrow und hegte – trotz meiner kritischen Einschätzungen zur Lage – noch vage Erwartungen hinsichtlich eines Erfolgs der Sozialdemokratischen Partei und »linksdemokratischer« Kräfte bei den bevorstehenden Wahlen am 18. März 1990.

### **Was ist des Deutschen Vaterland?**

Vom Landschaftsverband Rheinland kam die Einladung, zwecks Eröffnung eines Bonner Symposions am 26. April 1990 einen Vortrag zu halten, der unter dem damals sehr häufigen Thema stand: »Nachdenken über Deutschland«. Teilnehmer waren außer den Tagungsbesuchern auch geladene Abgeordnete des Landesparlaments Nordrhein/Westfalen und des Deutschen Bundestages. In diesem Frühling des Jahres der Wiedervereinigung war die Kooperation mit DDR-Historikern noch offen und fußte auf Absichten, die den Veranstalter charakterisieren: »Das allgemeine Thema ›Integration und Bewahrung von Eigenständigkeit‹ hat in den letzten zwölf Monaten für die deutsche Geschichte un-

geahnt an Aktualität gewonnen. Daß bei dem Symposium in Bonn vier der acht Vorträge von Historikern der ›Akademie der Wissenschaften der DDR‹ gehalten wurden, entsprach der bewußt so angelegten offenen Konzeption dieser Tagung. Der zur Eröffnung des Symposiums gehaltene, eher allgemein-reflektierende Vortrag ›Nachdenken über Deutschland‹ steht besonders für diesen aktuell-politischen Entstehungszusammenhang der Veranstaltung.« Die partnerschaftliche Anerkennung von DDR-Historikern in der BRD sollte sich im Herbst desselben Jahres allerdings grundlegend ändern. Die »Wiedervereinigung« erwies sich sodann als bloße Angliederung und Unterordnung unter die vor-mundschaftlichen Strukturen und Personalien der Alt-BRD. Der Vortrag wurde veröffentlicht in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 11/1990.

### **In welcher Zeit leben wir?**

Der Text wurde zuerst am 9. September 1990 in Berlin auf einer Erneuerungskonferenz der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Arbeitskreis Geschichte, vorgetragen – gegen den lauten Protest von Mitgliedern der Kommunistischen Plattform. Die Veröffentlichung erfolgte sodann dreimal im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung: »Neues Deutschland« v. 2. Oktober 1990; »Vorwärts«, Genf, Nr. 40 v. 4. Oktober 1990; »Berlin-Dienst. Informationen – Hintergründe«, Nr. 11 v. 6. Oktober 1990. Die Kritik an Egon Krenz, die noch im nachhinein von meinem ursprünglichen, nun allerdings überholten Interesse an einer sozialistischen Erneuerung der DDR und ihrer politisch gleichberechtigten Föderation mit der BRD getragen war, veranlaßte diesen zu einer ablehnenden Presseerklärung im »Neuen Deutschland«. Durch sein kollektiv erarbeitetes Buch »Wenn Mauern fallen« sah sich Krenz in einer »Befreierrolle« zugunsten der Völker Europas, die ihm m. E. nicht zustand. Meine Interpretation hat aber auch noch andere Kritik hervorgerufen, die in dem hier nachfolgenden Text »Ein deutsch-deutscher Briefwechsel« dokumentiert wird.

### **Schwieriger Dialog**

Der bislang unveröffentlichte Briefwechsel dürfte als Zeitdokument verschiedener Ansichten und Urteilsweisen aufschlußreich sein. Meine eigene Haltung zum ostdeutschen »Wende«-Geschehen gelangt einigermaßen zum Ausdruck, erscheint aber auch im distanzierenden Licht der Kritik des westdeutschen Briefpartners. Aus Gründen der Fairneß, nicht das »letzte Wort« behalten zu wollen, versage ich mir nachträgliche Erörterungen.

### **Die ungeliebten Linken**

Den Text publizierte in etwas gekürzter Fassung die Zeitschrift »UTOPIE kreativ«, Heft 5, Januar 1991, unter dem Titel »Die ungeliebten Linken. Erinnerungen an die Große Revolution des Bürgertums«. Die faszinierende Gestalt des

Abbé Roux, die ohnehin eine objektivierend historische Beurteilung verdient, bietet die Möglichkeit, ein auf die Gegenwart bezogenes Selbstverständnis zu gewinnen. Daher wird im Schlußteil des Textes ein Sinnwandel der Rezeptionsweise angedeutet. Der Hinweis bezieht sich auf meine frühere Verwendung des historischen Gegenstands im November 1988: Damals reagierte ich auf das DDR-Verbot der sowjetischen und antistalinistischen Zeitschrift »Sputnik« mit einem Warnbild, worin die Verfolgung des revolutionären »Linksaußen« Roux durch die revolutionäre Jakobinerregierung seiner Zeit in Analogie gesetzt wurde zur Verfolgung »linker« Kritiker durch die angeblich revolutionäre DDR-Regierung. Geschrieben für die Zeitung »Wochenpost« ließ aber die Redaktion mein Manuskript zurückstellen, bis sie im Folgejahr das politische Klima günstiger beurteilte: »Linksaußen der Revolution. Erinnerung an den Priester Jacques Roux«, Nr. 31 v. 4. August 1989. Inzwischen war der Essay bereits im Ausland erschienen: »Linksaußen der Revolution. Agitator im Pfaffenrock«, in: »Vorwärts«, Basel, 11. Mai 1989.

### **Moskauer Staatsstreich und PDS**

Dieser Text erschien unter dem Titel »Der Staatsstreich, das PDS-Präsidium und das Elend der Geschichte«, in: »Neues Deutschland«, 14./15. September 1991. Man mag bemerken, daß hier mit Unmut geschrieben wurde. Das hat mit meiner persönlichen Geschichte zu tun, die in der Einleitung skizziert wurde. Beständige Kritik gegen Verharrung und Beschönigung der Vergangenheit im Denken traditionalistischer Parteimitglieder erwies sich als notwendig. Weiterhin publizierte Beispiele: »Staatssozialismus und Geschichts-ideologie«, in: »Pressedienst der PDS«, Nr. 22/91 v. 31. Mai 1991; »Es führt kein Weg zurück. Stalinismus in der DDR«, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 13/1991. Bei alledem bestimmte mich auch die Überzeugung, daß man Sozialisten wie Gregor Gysi und Lothar Bisky bei ihren Mühen um die demokratische Parteireform nicht im Stich lassen durfte.

### **Partei – Staat – bürokratische Kaste**

Meine Ansätze zur strukturellen Kritik des politischen Systems der DDR führten im Frühjahr 1992 zur Abfassung des hier dokumentierten Textes. Von den Mitgliedern des PDS-Parteivorstands Gregor Gysi, André Brie, Michael Schumann in brieflichen Zuschriften begrüßt, von anderen als »radikale DDR-Kritik« distanziert, erfolgte die erste Veröffentlichung mit Hilfe von Parteireformern der Historischen Kommission in Form einer Broschüre: »Partei – Staat – bürokratische Kaste. Zu einigen struktur-analytischen Aspekten bezüglich des staatsmonopolistischen Sozialismus in der DDR«, hg. v. Brandenburgischen Verein für politische Bildung, »Rosa Luxemburg« e. V., Potsdam 1992 (33 S.), 2. Aufl. 1994. Aufgrund dieser Erstveröffentlichung erfolgten wiederholte Nachdrucke in der Schweiz und der BRD unter demselben Titel.

## Zwischen den Stühlen

In der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung des DDR-Unrechts« war der Abgeordnete Dietmar Keller, vormals stellvertretender Kulturminister der DDR, das einzige stimmberechtigte Mitglied der PDS. Seine erklärende Ansprache vor der Kommission und die Veröffentlichung derselben riefen eine heftige Debatte in der PDS und den ihr nahestehenden Zeitungen hervor. Gegen Ende der Aufregung bat mich die Redaktion der Zeitschrift »DISPUT« um eine abschließende Stellungnahme. Dieser nun dokumentierte Text erschien: »Nach-Denken über die Keller-Rede«, in: »DISPUT«, H. 8/1993. Der allseits kritisierte Sozialist Keller verhielt sich als ein aufrichtiger Demokrat, indem er das divergierende Echo seiner Enquête-Rede gesammelt unter sinnfälligem Titel publizierte: »Zwischen den Stühlen. Pro und Kontra SED«, Berlin: Dietz Verlag 1993. Darin befindet sich auch meine Stellungnahme. Zwecks Vertiefung seiner eigenen DDR-Kritik zitierte Keller in seinem Nachwort ausgiebig aus meiner struktur-analytischen Broschüre vom Herbst des Vorjahres.

## Spaltung der Menschenrechte

Eine erste Fassung dieses Textes entstand zu Ehren des Staatsrechtlers und Rechtshistorikers Hermann Klenner aus Anlaß seines 70. Geburtstages, erschienen in: UTOPIE kreativ, H. 63, Januar 1996. Ein Nachdruck erfolgte in: »Recht und Ideologie in historischer Perspektive. Festschrift für Hermann Klenner II«, hg. v. G. Haney, W. Maihofer, G. Sprenger, Freiburg/Br.-Berlin-München 1998. Wegen des geschichtlichen Selbstverständnisses deutscher Sozialisten und Kommunisten war über das Thema und seine Aktualität weiterhin nachzudenken. Die Parteien KPD und SED schrieben ihre politische Existenz von der russischen Oktoberrevolution, also »von 1917 her«. Sie hegten die prinzipielle Auffassung, Avantgarde und schließlich gar führende Staatspartei in einer »welthistorischen Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« zu sein. Diese leninistische Epochendefinition hat sich vor den bisherigen Tatsachen der Geschichte nicht als wissenschaftliche Erkenntnis, sondern als teleologisches Wunschbild erwiesen. Die politische und soziale Welt, in der Sozialisten als Opposition oder Alternative wirken mögen, wurzelt primär nicht in den Entwicklungen seit 1917, sondern in einer bürgerlich-liberalistischen, zugleich kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die – allgemein gesprochen – »von 1789 kommt«. Doch genauer gesagt: Die frühmodernen Ursprünge von Staat und Gesellschaft liegen in den bürgerlichen Revolutionen und der Industriellen Revolution des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts. Es waren zunächst die Revolutionen der USA und Frankreichs, die Menschen- und Bürgerrechte deklarierten – jedoch im realdemokratischen Sinne nicht einlösten. Zumal die kämpfenden Volksklassen der Revolution von 1789 mußten erfahren, daß die Klasse der Eigentümer den

Menschenrechten der »Freiheit« und »Gleichheit« das Kardinalprinzip der »Freiheit des Eigentums« überstülpten. Infolge der kritischen Reflexion dieses Vorgangs begründeten sich schon damals gegen den besitzbürgerlichen Liberalismus die weitertreibenden Alternativen: Strömungen des oppositionellen und revolutionären Demokratismus. Sie waren die ersten, die »Volkswohlfahrt« und konsequente »Volkssouveränität« auf ihre Fahnen schrieben. »Liberté! Égalité! Fraternité!«, 1793 vom »Club der Cordeliers« für das französische Volk und gegen die besitzenden Klassen eingefordert, sind noch heute nicht eingelöst. Diese Überzeugung belebte meine Arbeit an der jetzt vorliegenden thematischen Fassung, die zweimal publiziert wurde: »Menschenrechte und Frieden. Streitsachen des Maximilien Robespierre«, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 42, Juni 2000, sowie »Menschenrechte und Frieden. Wie aktuell ist Maximilien Robespierre?«, in: Helmut Bock, »Freiheit, Gleichheit – und kein Ende. Streit um Menschenrechte«, (Helle Panke e. V.: Philosophische Gespräche 3), Berlin 2001.

### **Die »häßliche« Revolution**

Seit dem konterrevolutionären Putsch gegen die Volksregierung Allende in Chile (1973) beschäftigt mich als eine historische Analogie die Niederschlagung der proletarischen Februarrevolutionäre in der Pariser Arbeiterempörung vom Juni 1848 – und zudem die Reflexionsweise von Marx und Engels als Zeitgenossen und Redakteure der damaligen »Neuen Rheinischen Zeitung«. Aufbauend auf früheren Schreibversuchen und Publikationen erschien »Die »häßliche« Revolution. Erinnerung an 1848: Wer bedroht wen?« in: UTOPIE kreativ, H. 31/32 v. Mai/Juni 1993. Erst jüngst entstand der vorliegende Text auf der Quellenbasis aller einschlägigen Korrespondentenberichte und Artikel der »Neuen Rheinischen Zeitung. Organ der Demokratie«, Juni/Juli 1848, und der Marx-Engels-Werksammlung des Berliner Dietz Verlags (MEW), Bd. 5, 7, 22. Diese textliche Langfassung widme ich dem Historikerkollegen Wolfgang Küttler aus Anlaß seines 65. Geburtstages.

### **Unsterbliche Utopie**

Des Dichters Leben und Sterben in der Pariser Matratzengruft erschien unter dem Titel »Utopie und Vermächtnis des Weltbürgers. Zum 140. Jahrestag: Das politische Testament Heinrich Heines«, in: UTOPIE kreativ, H. 53, März 1995. Der Text war Grundlage von Vorträgen im Heinrich-Heine-Institut zu Düsseldorf (1995), im Heine-Haus zu Hamburg (1996) und im Plenum der Leibniz-Sozietät, Berlin (1996). Aus diesen Vorarbeiten entstand der jetzige Text. Heines Überzeugung, daß die im Jahre 1789 begonnene Revolution ihre menschen- und bürgerrechtlichen Verheißungen und Ziele keineswegs erfüllte, folglich noch immer in der Entwicklung sei, stützt eine historische Deutung, die ich in den Jahren vor der »Wende« vertreten habe. Die Große Revolution

der Franzosen und die etwa gleichzeitige, von England ausgehende Industrielle Revolution seien die Geburtsstätte gegenwärtiger Verfassungsstaaten und aller existierenden Industriegesellschaften gewesen. So sei beispielsweise auch der deutsche »Vormärz« eine »Wiege der industriellen und sozialen, politischen und kulturellen Lebensfragen der heute auf deutschem Boden koexistierenden Gesellschaftsordnungen« (»Unzeit des Biedermeiers«, hg. v. Helmut Bock u. Wolfgang Heise, Leipzig-Jena-Berlin: Urania-Verlag 1985 und Köln: Pahl-Rugenstein 1985, jeweils S. 20). Damit wurde ein in der DDR herrschender Grundsatz in Frage gestellt, der die gänzlich andere Qualität der »real-sozialistischen« Gesellschaftsordnung, sogar deren historisch höhere Entwicklungsstufe und Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Revolution und Gesellschaft behauptete. Meine Auffassung wandte sich ebenfalls gegen die liberalistische These des Westens, wonach die bürgerliche Revolution abgeschlossen sei, ihre menschen- und bürgerrechtlichen Deklarationen längst eingelöst wurden. Es war mein Anliegen, die am Ende des 18. Jahrhunderts begonnenen Umwälzungen von Staat und Gesellschaft noch immer in einer weltgeschichtlichen Entwicklung zu sehen, also den damals angefangenen Prozeß für die Gegenwart und die Zukunft »offen« zu halten. Die bei Heine vor 150 Jahren angelegte Utopie der sozialen Gerechtigkeit und der Völkersolidarität vertrete ich als eine Zielsetzung der Gleichheit, der Geborgenheit und des Glücks aller Menschen und Völker, die »unsterblich« ist.

### **Krieg – Revolution – Frieden**

Der im Herbst 1995 aus Anlaß des hundertsten Todestages von Friedrich Engels gehaltene Vortrag wurde veröffentlicht: »Von Krieg und Frieden. Paradigmatische Wandlung bei Marx und Engels«, in: »Geschichtskorrespondenz«, hg. v. Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, Mitteilungsblatt, Berlin: Nr. 1, Januar 1996. Obwohl schon im Teil I der vorliegenden Selbstdokumentation die Ansichten von Marx und Engels zu Krieg und Frieden in periodisch getrennten Untersuchungen behandelt werden, soll an dieser Stelle der gesamte Vorgang des Wandels in Thesen, also möglichst knapper Form, zusammengefaßt werden. Ich richte dies einerseits gegen die Unwissenheit von Sozialisten, die eine Metamorphose ihrer »Klassiker« nicht kennen oder im Falle des alten Engels als Zugeständnis an den »sozialdemokratischen Opportunismus« abtun, andererseits gegen die Unwahrheit bürgerlicher Ideologen, die den Marxismus undifferenziert als eine »Kriegslehre« verrufen.

### **Dynamit und Friedenspreise**

Zwecks Erinnerung an den hundertsten Todestag Alfred Nobels erschien dieser kurze Essay in der Zeitung »Neues Deutschland« vom 7./8. Dezember 1996.

## Die Waffen nieder!

Die hier wiederholte Erinnerung an die »klassische« Antikriegslosung der Pazifistin Bertha von Suttner erfolgte vor dem aktuellen Hintergrund des militärischen Überfalls der NATO gegen das restliche Jugoslawien. Wohl verletzte die Belgrader Regierung Milošević in der Region Kosovo die Minderheitenrechte der Albaner. Aber die zwingenden Mittel eines Wirtschaftsembargos waren nicht ausgeschöpft, das Verhandlungsdiktat in Rambouillet brach Jugoslawiens völkerrechtliche Souveränität (Vertragstext, Annex B), die NATO vollzog jetzt den längst beabsichtigten Übergang von der Strategie der »Verteidigung« zur weltpolizeilichen »Intervention« – und sie tat dies mit blanker Willkür, ohne Beschluß und Auftrag des derzeit höchsten Gremiums der Weltstaatengemeinschaft, des Sicherheitsrates der UNO. Wie ich nun selbst auf die Straße ging und als Staatsbürger gegen den Angriffskrieg der NATO, die Teilnahme der Bundeswehr, die Schönfärbungen in amtlichen und manipulierenden Medien protestierte, so wollte ich auch den Rückblick auf die Botschaft und die Mühen des historischen Pazifismus als einen aktuellen Beitrag verstanden wissen: »Die Waffen nieder! Bertha v. Suttner. Vom Ursprung der einzig richtigen Losung«, in: »Neues Deutschland« v. 19./20. Juni 1999. Mit derselben Intention erschien »Pax Americana. Wie human sind die USA? Erinnerung aus gebotenem Anlaß«, in: »UTOPIE kreativ«, H. 105, August 1999.

## Die russische Revolution

Als die russische Februarrevolution und der Petrograder Oktoberaufstand von 1917 sich zum siebzigsten Male jäherten, war ich der Meinung, daß gerade Sozialisten nicht schweigen könnten. Der Herausgeber Wladislaw Hedeler gab mir Gelegenheit, einleitende Gedanken in einem Buch zu veröffentlichen, das Aufsätze von russischen und deutschen Historikern, überdies in deutscher Übersetzung bislang unbekannte Dokumente aus dem Jahr 1917 enthält: »Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?«, hg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin: Dietz Verlag 1997. Es folgte eine Reihe von Streitgesprächen und Publikationen, in denen ich den Grundgedanken vertrat, daß die Revolution letzten Endes als eine Massenempörung gegen die verheerenden Wirkungen des Ersten Weltkrieges zu verstehen sei. Zugleich wandte ich mich gegen die pauschale Hochschätzung der Politik Lenins im Stil früherer Staatsfeiern zu Ehren der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, die keinesfalls historisch-kritische Betrachtungen zugelassen hatten. Meine inhaltlich wichtigste Veranstaltung war das von mir organisierte wissenschaftliche Kolloquium der Leibniz-Sozietät: »Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen.« Der Bericht darüber findet sich in: »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät«, Bd. 19, H. 4, Juni 1998 sowie in: »Z.

Zeitschrift Marxistische Erneuerung«, H. 34, Juni 1998. Der jetzt dokumentierte Text faßt meine damals gewonnenen und vertretenen Einsichten nach Inhalt und Form zusammen.

### **Schöne neue Welt**

Die Redaktion des Schweizer »Vorwärts« bat um einen Beitrag zum Jahrhundertwechsel 1999/2000. So entstand dieses Pamphlet, das in zwei Teilen erschien: »Schöne neue Welt. Von Krieg und Frieden«, in der sozialistischen Wochenzeitung »Vorwärts«, Bern, Nr. 7 v. 18. Februar und Nr. 8 v. 25. Februar 2000. Die Druckfassung bestand nur aus den Teilen 1 bis 3. Als aber in der PDS im Zusammenhang mit ihrem Parteitag zu Münster (April 2000) eine heftige Kontroverse zum Engagement für oder gegen bewaffnete Interventionen im Rahmen der UNO entbrannte, wobei der Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi die pro-militärische Option, hingegen die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann den Gegenantrag vertrat, unterstützte ich letzteren. Eben dieser wurde auch von der Mehrheit der Delegierten beschlossen. Während der Auseinandersetzung fügte ich dem früheren Text den aktuellen Teil 4 hinzu. Diese erweiterte und nun dokumentierte Fassung erschien unter dem Titel »Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell« in »Philosophische Gespräche«, H. 2, Berlin: Helle Panke (Verein für politische Bildung) 2000 sowie ebenfalls in »UTOPIE kreativ«, Nr. 115/116 v. Mai/Juni 2000.